

Interviewleitfaden

A. Allgemeines

I. Zweck

Interview zu Bürgerbeteiligung am Beispiel der Gemeinde Korb

Warum? Nutzen für Korb und seine Bürger, für mehr Zufriedenheit; landesweite Beobachtung, dass Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren zunehmend

II. Ziel

Eignung informeller Bürgerbeteiligungsinstrumente in einer 10.000 Einwohner-Kommune; Rahmen abstecken → formelle/ informelle Bürgerbeteiligung klarstellen

III. Hinweis

Bitte um Aufzeichnung/Protokollieren des Interviews und Einverständnis; Anonymität wird gewährleistet → keine Verwendung vertraulicher Daten; Zusammenfassung vorab schicken?

B. Interview

Einstiegsfrage

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung? (positiv oder negativ/eigene Erfahrungen?)

I. Informelle Bürgerbeteiligungsinstrumente

1. Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

(gleichzeitig: Auswahl der 5 geeignetsten Instrumente vorstellen)

2. Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung? Einschätzung?

3. Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

II. Bezug zur Einwohnerzahl

1. Speziell auf die Einwohnerzahl abgehoben:

Warum denken Sie, dass gerade die Top 3 für eine 10.000 Einwohner-Kommune geeignet sind? Welche Faktoren sind hierfür ausschlaggebend?

Oder (je nach Antwort auf I.3.): Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

III. Rechtsverbindlichkeit

1. Wie kritisch sehen Sie die fehlende Rechtsverbindlichkeit informeller Bürgerbeteiligungsinstrumente bezüglich ihrer Effektivität?

Oder anders gefragt: Informelle Instrumente sind nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

2. Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Abschlussfrage

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

C. Abschluss

Danke und Angebot über die Ergebnisse der Arbeit zu informieren

Planungszelle/ Bürgergutachten

→ Planungsprozesse initiieren,
gestaltend begleiten

Mobilisierung der Kompetenz von Laien

- Zufallsauswahl von 25 Teilnehmern
- Freistellung und Vergütung der Teilnehmer
- Dauer: ca. 1 Woche
- Gemeinsam Lösungsvorschläge für vorgegebenes Planungsproblem erarbeiten
- Am Ende: Bürgergutachten zur Vorlage im GR

Zukunftskonferenz

→ Visionen entwickeln, Zukunft gestalten

Einfache, stabile Struktur für Planungs- und Entwicklungsprozesse

- Ziel: Entwicklung langfristiger Ziele und Maßnahmen für die ganze Gemeinde
- Dauer: 18 Stunden auf 3 Tage verteilt
- Teilnehmerzahl: 64 optimal (mgl. 30-80)
- Teilnehmerauswahl: Funktionsträger und Interessensgruppen, um breiten Querschnitt der Realität abzubilden
- Gemischte Arbeitsgruppen, ca. 8 Personen
- 6 Arbeitsschritte an 3 Tagen

Runder Tisch

→ Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren

Einfaches Bild/ kein Vorsitz/ alle gleich

- Verschiedene Positionen an einem Tisch
- Zusammen gemeinsame Lösung für einen Konflikt erarbeiten
- Teilnehmerauswahl: relevante Akteure für Konflikt/ persönliche Einladung/ Ansprache
- Optimal: fachlich versierte und neutrale Begleitung von extern

Open Space

→ Ideen sammeln, Energie bündeln

Konzept nach Art „Offene Kaffeepause“

- Teilnehmer selbst bestimmen Richtung/ Verlauf/ Inhalt
- Lösungsorientiert
- Keine feste Teilnehmeranzahl (mgl. 8-2000)
- 4 Runden, ca. 90 min
- Kleine Arbeitsgruppen
- Freiwillige Teilnahme

Bürgerpanel

→ Meinungen einholen, Bürger aktivieren

Bürgeraktivierung

- Bisher passive Bürger aktivieren
- Kern: regelmäßig (3-4 mal/ Jahr) stattfindende repräsentative Bürgerbefragung
- Schritt 1: repräsentative Gruppe (500-1000 Bürger), Bereitschaft für 3-4 Jahre, jeweils 3-4 mal/Jahr befragt zu werden
- Schritt 2: anschließend intensivere Methoden für Arbeit an den weiteren Schritten
- Drei Kernphasen: Information – Befragung – Kommunikation

Fragen	Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?	Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?	Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?	Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?
Kategorien	Grundhaltung	Bekanntheit der ausgewählten Instrumente	effektiver Einsatz der Instrumente in Korb / Eignung für Korb	Rangfolge/ effektivste Instrumente für Korb
Kernaussagen	sehr positiv (7) / großer Nutzen (3)	Runde Tische (11) / oft zu spät (2)	Zukunftskonferenz (10)	keine Rangfolge, da situativ/fallbezogen (3)
	grundsätzlich positiv (2)	Zukunftskonferenz (8) / nicht in Reinform (3)	Runde Tische (9), dabei Vermittlerrolle und gemeinsam Lösungen erarbeiten (2)	geeignetste: Zukunftskonferenz (4), als gestalterische Runde für langfristige Ziele/ Gesamtvision (3)
	positiv verhalten (1)	Open Space/ Meinungen einholen (8)	Ideen sammeln/ Open Space (8)	Rangfolge: 1. Zukunftskonferenz, 2. Ideen sammeln, 3. Runde Tische (4)
	skeptisch, eher kritisch (1)	Planungszelle/Bürgergutachten (4)	Leitbildprozess als Mischung der Instrumente (7)	Runde Tische: bei Konflikten am geeignetsten (5), Kommunikationsplattform einer Konfliktkultur (1)
		Bürgerpanel/ Bürgeraktivierung (6)	weniger geeignet: Bürgerpanel (3) wegen finanziellen Mitteln (2) und Bindung über längeren Zeitraum (2)	Rangfolge: 1. Runde Tische, 2. Zukunftskonferenz, 3. Ideen sammeln (3)
			weniger geeignet: Planungszelle/Bürgergutachten (4) da unbekannt (2) bzw. nur mit Profis mgl/teuer (1) bzw. Gefahr der Frustration (1)	wenn neu beginnend: 1. Ideen sammeln, 2. Ideen bündeln (Runde Thementische), 3. Weiterverfolgung in Arbeitsgruppen; wenn anlassbezogen: Meinungsumfragen/ Bürgeraktivierung (1)
			frühzeitige Beteiligung ist wichtig (5)	Leitbildprozess: 1. Zukunftskonferenz, 2. Planungszelle, 3. Ideen sammeln, 4. Runde Tische, 5. Bürgeraktivierung als Umsetzungsphase (1)

sonstige Anmerkungen	fachlich fundiert, Bürgerinformation als Grundvoraussetzung für erfolgreiche Beteiligung (5)	Informationsveranstaltungen (4)	mehr Beteiligung in GR-Sitzung/ GR ansprechen (2)	wichtig: zu seinem Wort stehen (1)
	Bürger mitnehmen, Verantwortung übernehmen, Gemeinschaftsgefühl, Ehrenamt stärken (4)	jegliche Art von Befragungen (2)	in Korb fehlt: Zukunftskonferenz richtig anwenden, Visionen für 20-30 Jahre entwickeln (2)	Umgang mit Frustration/ Akzeptanz der Bürger, dass GR entscheidet (1)
	formelle Regelung zu ernstnig (1)	Aufzählung von Korber Beispielen (2)	GR von Anfang an involvieren (2)	Rahmenbedingungen für Leitbild (1)
	Zweifel an Gemeininteress/ Umfang der Beteiligung/ wer beteiligt sich?/ Missbrauch als politisches Instrument (3)	Korber Köpfe (2)	Gefahr: Emotionen, fehlende Objektivität (2)	wichtig: Bürger erkennt, Ehrenamt lohnt sich/ wenn man aktiv ist, erreicht man auch was (2)
	wichtiger: Beteiligung durch Wahlen/ repräsentative Demokratie (1)	Korber Leitbildprozess / Mischung der Instrumente (7)	Bürgeraktivierung als Kampf (läuft noch nicht gut) (1)	
	bedauernswert: geringe Wahrnehmung seitens Bürger (1)	Fachvorträge (1)	alles gut, was GR-Entscheidung positiv beeinflusst (2)	
	kommt auf Thema an (2)	Exkursionen (1)	direkte Demokratieformen nicht gut (2)	
	Gewichtung der Stimmen (1)	Presse/soziale Medien (Gefahr+Potenzial) (1)	GR für Gesamtüberblick (2)	
	Bürgerbeteiligung als Teil des Ganzen, Formen der Demokratie ergänzen sich gegenseitig (2)	Aufruf im Mitteilungsblatt (2)	Bürgermeister muss Beteiligungskultur vorgeben (1): Rückgriff wenn da, ansonsten Überforderung	
		Bürgerfragestunde (1)	generell in Korb: alle machbar (3)	
		Gemeinderäte haben das Wort (1)	Korber sind engagiert (1)	
		Informarkt (Pinnwände) (1)	Eignung von Komplexität abhängig (1)	
		klassisches Ehrenamt (2)	muss nicht repräsentativ sein (1)	
		frühzeitig auf Bürger zugehen/ Wertschätzung der Bürger (5)	Problem: Demokratiemüdigkeit der Bürger (1)	
		themenbezogene Auswahl der Instrumente/ Fragestellung (2)	Methode muss passen: auf Thema und Gemeinde (1)	
		Hoheitsrecht GR in Bürgerhand, außer Haushaltsrecht (1)		
		Beteiligung der stillen Masse (1)		
		leider noch nicht: Zukunftskonferenz richtig: Visionen entwickeln für 30 Jahre (2)		
		Open Space/ Kaffeeklatsch nicht gut (2)		
		englische Begriffe nicht gut (1)		
		weniger Obrigkeitsdenken, hin zu Dienstleistung (2)		
		Verfahren als Weg = Ziel (1)		

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?	Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?	Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?	Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?
Eignung in Bezug zur Einwohnerzahl	Effektivität der Instrumente (Rechtsverbindlichkeit)	Eignung eines institutionalisierten Konzepts	wünschenswerter Ausblick
einwohnerzahlabhängig (3)	Akzeptanz der Bürger muss da sein (2)/ rechtzeitig abholen (1)	keine Eignung (4), da fallabhängig/situativ (3) und was es in Korb gibt, ist ausreichend (4)	<u>Bürger</u> : mehr Aktivität und Teilnahme (auch an GR-Sitzung) (6)/ Erkenntnis, dass Umfeld selbst gestaltbar (3)/ bessere+fundiertere Information (2)/ Errungenschaft Demokratie schätzen (sich als Teil der Demokratie sehen) (1)
keine Abhängigkeit (7)	Rechtsverbindlichkeit durch Bürger wäre schlimm (4)	eher zurückhaltend, aber Weiterentwicklungen denkbar (7): Aufstellung eines Zukunftskonzepts (2)/ Weiterentwicklung Leitbild (3) mit Organisationskonzept (1)/ Einrichtung eines Informationsbüros (1)/ Weiterentwicklung der Zusammenarbeit außerhalb der Gremien (1)	<u>Gemeinde</u> : vorausschauender Blick in Zukunft, langfristige Vision (2) / Motivationskreislauf, mehr Engagement durch Lob (3) / mehr Transparenz (1)
unentschieden (1)	GR entscheidet über Vorlage zur Weiterarbeit/ Machbarkeitsüberprüfung+Abwägung (5)	Konzept BM: mit Bürger reden, präsent sein, Sorgen wahrnehmen (1)	<u>von allen Seiten</u> : fachlich konstruktive Diskussion (2) / gegenseitige Akzeptanz der Ergebnisse (3) / gegenseitige Toleranz + Austausch (2) / Klarstellung: Ehrenamt ist zeitlich begrenzt+überschaubar (2) / Offenheit+Neugier (2)
Faktoren: Bürgernähe, Interessenslage/ Themenabhängig, Kostenrelation, Komplexität der Instrumente, soziale Aspekte/ sozialer Querschnitt, überschaubare Menge für arbeitsfähige Gruppe (siehe unten)	an gemeinsam formulierte Ziele halten/ verbindliche Entscheidungskultur/ Zielvereinbarungen als Rahmen vorgeben/ Organisationskonzept/ Ehrlichkeit+Transparenz/ keine falschen Erwartungen wecken (7)		
	sonst Folge: Unzufriedenheit/ weniger Bürgeraktivität (2)		
	entscheidend: klares Bekenntnis der Entscheidungsträger/ von vornherein GR involvieren (2)		

Experteninterview 1 (26.06.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Sehr positiv, das ist mir sehr wichtig!

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Runde Tische, Informationsveranstaltungen, Befragungen und dergleichen... Wichtig ist meiner Meinung nach eben, auf die Bürger zuzugehen, wenn diese Betroffene sind. *(Karten gezeigt und vorgestellt)* Von Bürgerpanel halte ich nichts. Eigentlich halte ich von zwei dieser vorgestellten Instrumente nichts – Open Space und Bürgerpanel. Und ich sage Ihnen auch warum: wegen den englischen Begriffen. So holt man keine Bürger ab. In unserer Gesellschaft sind ohnehin schon zu viele Anglizismen und Abkürzungen. Wie soll da der normale Bürger noch alles genau verstehen können? Wenn man Bürger abholen will, dann auf Deutsch in einer einfachen Sprache und verständlich formuliert. Wenn die Gemeinde sieht, dass Konflikte entstehen, sollte die Gemeinde schon im Vorfeld auf die Bürger zugehen, nicht umgekehrt – Bsp. Steinacher Str. Nicht nur reagieren, die Gemeinde reagiert nur und agiert nicht von sich aus. Die Bürger sollten mehr wertgeschätzt werden. Das fehlt in Korb. Hier sind die Defizite. Das Obrigkeitsdenken ist zu sehr verwachsen in der Verwaltung, das ist nicht gut.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Korb versucht und macht schon viel in der Hinsicht, aber halt erst hinterher. Runde Tische, Ideen sammeln im Zuge der RGS, Zukunftskonferenzen und dergleichen. Das war ja schon alles da. Aber keine Kaffeepause – das ist meiner Ansicht nach auch der falsche Name. So was ist doch deplatziert.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Meines Erachtens ist eine Rangfolge hier nicht möglich. Die Situation ist von Fall zu Fall verschieden. Hier sollte man sensibel sein und je nach Situation ein geeignetes Instrument wählen. Es gibt kein Patentrezept, das für jeden Fall gleich gut ist. Das ist immer von der jeweiligen Situation abhängig. Je nach Konfliktherd muss man Sensibilität reinbringen. Und vor allem zu seinem Wort stehen!

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Ich denke nicht, dass die Eignung einer Methode von der Masse abhängig ist. Klar ist, ein Runder Tisch mit zwei Personen geht natürlich nicht, aber das ist ja nicht die Frage. Ich denke, der Kontakt zu den Bürgern muss immer da sein – egal wie groß die Gemeinde ist. Der Vorteil einer kleineren Gemeinde ist eben, dass auch auf einem Fest der Kontakt entstehen kann und man sich wie an einen Runden Tisch setzen kann zum Austausch. Ein Runder Tisch muss ja auch nicht per se als solcher ausgewiesen sein, sondern es geht bei der Bürgerbeteiligung ja in erster Linie um den Kontakt an sich!

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Ich denke man sollte von Anfang an mit den Bürgern ordentlich umgehen und sie an ihrem Standpunkt abholen. Dann erübrigt sich die Frage nach der mangelnden Verbindlichkeit, wenn sie rechtzeitig abgeholt werden. Dann ist nämlich die Akzeptanz unter den Bürgern gegeben. Rechtlich sind diese Instrumente ja ohnehin nicht bewertbar, wie Bürgerbegehren. Das steht ja auf einem anderen Blatt.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren?

Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Nein, da es von Fall zu Fall abhängig ist. Wie vorhin schon gesagt, es gibt kein Rezept, das für alle gelten kann, sondern es muss immer individuell der Fall betrachtet werden und auf den Fall münzen. So hätte man in Korb in der Vergangenheit einige Konflikte im Vorfeld schon lösen können, wenn die Bürger rechtzeitig involviert worden wären. Dann wären die Konflikte erst gar nicht entstanden.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Einen offeneren und frühzeitigeren Umgang mit dem Ganzen und den Kontakt zu den Bürgern suchen, wenn man das Ganze weiterhin regeln will. Man sollte viel mehr vorausschauend in die Zukunft blicken und Konflikte erst gar nicht entstehen lassen. Man sollte in die Zukunft denken und sich dabei fragen, wie setzt sich das zusammen und überlegen, wie die Entscheidungen überhaupt zustande kommen. Einen kritischeren Umgang mit der Thematik würde ich mir zudem wünschen. Entscheidend ist doch der Punkt, die Bürger hab ich und wenn die interessiert sind, sind die auch da. Die möchten doch konkret eingebunden werden. Und Lob ist dafür sehr wichtig – siehe Ehrenamtsfest. Das sollte viel mehr Berücksichtigung finden! Dann ist die Motivation auch gegeben. Den Schlüssel sehe ich in der Motivation der Bürger und die entsteht durch Lob. Man muss also viel weiter unten ansetzen und die Leute loben, damit sie motiviert bleiben. Und die Bürger schon in jungen Jahren einbinden und motivieren, damit das erhalten bleibt. Dann entsteht die Beteiligung von allein. Der Kern der Sache ist ein Motivationskreislauf. Die Selbstherrlichkeit der Verwaltung ist in meinen Augen viel zu groß. Da sollte man den Parteigedanken komplett raushalten.

Schlussworte:

Bei uns hat es den Austausch schon immer gegeben. Hier liegt doch die Zukunft. Wichtig ist die Motivation der Bürger, dann brauche ich gar nicht viele informelle Instrumente!

Man müsste viel mehr Ehrenamtsmedaillen verteilen – auf allen Ebenen. Auch auf Landesebene mangelt es an Bürgerbeteiligung. Da frag ich mich, warum geben die sich das? Auch auf Kreisebene. Die Ehrenamtsmedaille sollte in meinen Augen viel großzügiger verteilt werden. Das Ehrenamt sollte viel mehr wertgeschätzt und gelobt werden. Man könnte ja auch eine Abstufung reinbringen mit Bronze – Silber – Gold, aber das wollte man nicht. Auch die Bürgerstiftung, die wurde von uns herauskristallisiert. Und die kommt gut an!

Ich muss doch den Bürger hinter die Gemeinde stellen und nicht neben dran. Mit Lob erreiche ich viel mehr! Schauen Sie, die Bürger zahlen so viele Steuern – wovon zu viel Bürokratie verwaltet wird. Das kann doch nicht sein. Ich muss den Bürger doch auch leben lassen. Die Grünen haben sich zu einer „Verbotspartei“ entwickelt und wollen alles regeln und vorschreiben. Aber das geht doch nicht. Es kann nie alles vorgeschrieben und im Vorfeld geregelt werden.

Oder die Sorgen um das Dorfhaus in Kleinheppach. Da hätte man durch Kompromisse im Vorfeld so viel Ärger ersparen können. Da hat man sich Probleme geschaffen ohne Not! Durch Unterlassen. In der Konsequenz heißt das doch, heutzutage kann man den Bürger nicht mehr einschüchtern. Der ist heutzutage besser informiert als früher – gerade in den Themen, die ihn bewegen. Da ist er womöglich noch besser informiert als die Verwaltung. Und im Zweifel holt er sich eben Rechtsschutz. Das ist sein gutes Recht als Bürger! Und gewinnt damit ggf. vor Gericht.

Die Verwaltung ist nicht schlecht, das will ich gar nicht sagen. Aber in der Hinsicht einfach nicht sensibel genug. Die müsste eben viel vorausschauender in die Zukunft denken.

Ich sehe die Verwaltung als Dienstleister und dazu gehört wie für jeden anderen Dienstleister auch, dass der Kunde König ist. Die ganzen Gebühren für Perso oder Kleingebühren gehören abgeschafft.

Die Verwaltung will es jedem recht machen. Aber das geht schlicht nicht. Lieber weniger, dafür richtig machen. So sehe ich das. Eine Vorschrift, die nicht kontrolliert werden kann, bringt auch nichts.

Wie gesagt, den Schlüssel in der Beteiligung sehe ich in der Motivation durch Lob!

Experteninterview 2 (28.06.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Sehr positiv, ich finde das sehr wichtig und sehe einen großen Nutzen für die Bürger. Alles hat Vor- und Nachteile, aber wenn man das richtig angeht, kann das auch gut funktionieren.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Am Beispiel Korb gab es schon informelle Bürgerbeteiligung z.B. zur Seeplatzgestaltung, Alfred-Leikam-Platz, da gab es viel Protest, klar wenn was viel kostet. Dann zum Hallenbad, da gab es auch Stimmen dafür und dagegen... Die Korber Köpfe gibt es noch, wobei das auf einem anderen Blatt steht. Da wird halt was gemacht, aber das ist ja keine Bürgerbeteiligung in dem Sinne. Und der Korber Leitbildprozess, da wurde auch viel unternommen. *(Karten gezeigt und vorgestellt – kennen Sie diese Instrumente?)* Teilweise bekannt – ansatzweise wurde das ein oder andere davon in Korb verwendet (Open Space, Runder Tisch, Meinungen einholen).

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Zum Thema Asylbetreuung hat sich das ja frühzeitig herauskristallisiert. Hier wurde zuerst zum Thema eingeladen zum Ideenaustausch, da hat man dann Stichpunkte herausgefiltert wie Integration, Sprachhilfe usw. und diese dann direkt im Anschluss weiterverfolgt, in Form von Runden Thementischen, wo sich dann jeder beteiligen und dazusetzen konnte, den das Thema interessiert hat. Da hat man schon gesehen, da waren viele Leute agil und bereit sich zu beteiligen, fast schon zu viel. Die Leute hier sind sehr engagiert. Und da hat sich dann herausgestellt, wer von denen dann einen führenden Posten übernehmen wird, das hat man dann da auch gleich festgelegt. Und daraus hat sich die ganze Thematik hier in Korb so entwickelt, wie sie ist. Und das hat funktioniert. Das war dann quasi eine Mischung aus Open Space im Vorfeld und anschließender Runder Tische, um bei Ihren Instrumenten zu bleiben.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Wenn man von Anfang an beginnen müsste, dann würde ich so vorgehen wie gerade beschrieben: Erst die Ideen sammeln in Form eines Open Space, dann gleich die Ideen bündeln und themenbezogen weiterverfolgen in Form der Runden Thementische zum Heraus kristallisieren der weiteren Schritte. Anlassbezogen sind natürlich auch Meinungsumfragen zum Einholen von Meinungen geeignet. So entstehen halt aus den Wünschen immer wieder neue Impulse und die Leute kann man gleich integrieren, ansprechen mitzumachen und die Mitarbeit aktiv fördern. Wie bei dem Bürgerpanel, zur Bürgeraktivierung.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ich denke, die Größe von Korb ist gut. Ist aber in meinen Augen nicht ausschlaggebend. Ich vermute, in einer 3.000 – 4.000 Einwohner-Kommune würde prozentual gesehen der gleiche Austausch stattfinden. Wenn man jetzt aber größere Städte oder Stuttgart nimmt, da würden sich prozentual gesehen bestimmt weniger beteiligen. Da interessieren sich die Leute nicht so sehr wie hier. Da sind

die eher nur zum Arbeiten und Wohnen, aber nehmen nicht am Leben der Gemeinde teil. So ein Bürgerinteresse ist eher in kleineren Gemeinden gegeben, wie 3.000 Einwohner bis zur Korber Größe. Bei einer großen Gemeinde ist die Beteiligung prozentual auf die Einwohnerzahl gesehen wesentlich geringer als in Korb. Ich würde mal sagen, auch in Korb ist bei ca. 30 % das Interesse nicht da, aber die restlichen 70 % interessieren sich umso mehr und sind auch aktiv und wollen teilhaben an der Entwicklung und am Geschehen dran sein. Wenn die Leute mitmachen, sehen sie, man muss aktiv werden, wenn man was erreichen will.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Ich denke, das hat keinen Einfluss auf deren Effektivität und hält die Leute nicht davon ab, mitzumachen. Die, die was bewegen wollen, die rechnen auch damit, dass am Ende was dabei rauskommt und im Normalfall ist das ja auch so! Ich fände es eher schlimm, wenn die rechtsverbindlich wären – da könnte ja jeder kommen, jeder Verein könnte dann machen, was er will, wie es ihm gerade passt. Das geht nicht!

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Eher nein, ich finde, so wie es ist, aktuell in Korb, ist es eigentlich ausreichend. Weil wenn heute jemand aktiv wird, z.B. zur Seeplatzgestaltung, mitten im Ort, wo es jeden etwas angeht und wenn da jemand der Meinung ist, es muss was anders gemacht werden, dann hat er ja auch die Freiheit, sich einzubringen. Wenn das eine Gruppe von einigen Leuten ist (klar nicht ein, zwei) mit praxisnahen Vorschlägen, dann wird sich die Gemeinde nicht verschließen. Eine Institution einzurichten, z.B. in Form einer Abteilung „Bürgerbeteiligung“, wo es dann einen Ansprechpartner gibt, der nur wartet, bis einer mit seinem Anliegen kommt, wäre nicht gerechtfertigt. Das braucht man nicht. Sowas könnte ich mir vielleicht in einer größeren Gemeinde vorstellen, wie Stuttgart oder Hamburg... Dort geht eine Bürgerbeteiligung von 100 Leuten unter.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Seitens der Bürger: Dass mehr Leute zu den Gemeinderatssitzungen gehen, nicht nur dann, wenn was kommt, was einen interessiert, sondern auch darüber hinaus. Klar ist, bei einer Gemeinderatssitzung kann der Bürger nur in der Bürgerfragestunde zu Wort kommen und nicht an dem Punkt zum Thema, wo er vielleicht einhaken würde. Aber dann weiß man wenigstens Bescheid und kann seine Idee, die man zu dem Thema hat, im Nachgang dem Bürgermeister direkt oder auch einem Gemeinderat mitteilen, damit die das in der nächsten Diskussion platzieren. So kann man quasi mitdiskutieren, das habe ich auch schon gemacht. Es wäre mir wichtig, dass die Bürger selbst öfter zu den Sitzungen gehen würden – auch im Hinblick auf die nächsten Gemeinderatswahlen. Da wird doch eher der gewählt, der bekannt ist, mit dem man sich unterhalten kann, der meine Meinung auch in der Sitzung vertreten kann und sich nicht nur seinen Vorrednern anschließt und keine eigene Meinung hat. Dass der Bürger das miterlebt und in die Sitzung geht, ist wichtig für die Wahl! Oder sich selbst zur Wahl stellen...

Seitens der Gemeinde: Ich finde, die Information ist schon da. Was soll man da noch mehr machen? Die Gemeinde stellt ja schon alles ausführlich vor und bei Dingen, die diskussionswürdig sind, was man ja im Vorfeld gar nicht weiß, die Widerstände kommen oft erst danach (wie z.B. beim Alfred-Leikam-Platz damals), da macht die Gemeinde ja auch was. Ich finde, die Gemeinde macht das schon gut, wie es ist. Korb hat da ein offenes Ohr – im Gegensatz zu Waiblingen z.B. was ich da schon

gehört hab, da passiert viel weniger. Das liegt in Korb aber auch am bürgernahen Bürgermeister, der hört auch den Bürgern zu und nimmt sie wahr. Das ist sehr schön und positiv für die Gemeinde!

Experteninterview 3 (29.06.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Sehr positiv – darf ich ein Wenn einschieben? Wenn sie fachlich fundiert ist. Entscheidend ist, dass ein fachlicher Diskurs stattfindet über neutrale Fakten.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Fachvorträge, Exkursionen, Presse und soziale Medien... Hier liegen aber oft auch die Gefahr und das Potenzial gleichermaßen. *(Karten gezeigt und vorgestellt)* Teilweise sind mir diese Instrumente bekannt.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Z.B. beim Leitbildprozess in Korb, da wurde nach Art der Zukunftskonferenz vorgegangen. So wurde das Leitbild entwickelt. Was es in Korb leider nicht gibt, und jetzt durch die Wiederwahl des BM wieder nicht, dass Visionen entwickelt werden, wie bei der Zukunftskonferenz bzw. ein Zukunftskonzept zu formulieren. Das müsste meiner Meinung nach stärker forciert werden. Runde Tische werden häufig gemacht, aber leider häufig auch erst dann, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Ja, und bei der Bürgeraktivierung wie mit einem Bürgerpanel, da kämpfen wir oft gegen Windmühlen. So eine Art Open Space wurde auch im Rahmen des Leitbildentwicklungsprozesses durchgeführt zum Ideen sammeln und Energien bündeln. Das ist auch gut. Aber von der „offenen Kaffeepause“ halte ich nichts. Das endet dann tatsächlich in einem Kaffeeklatsch und das geht bei einem so riesigen Themenkomplex wie der Kommunalpolitik einfach nicht. Da sagt dann jeder nur das, was einem nicht passt und am Ende hat man nichts erreicht. Dafür ist das Thema viel zu groß. Das funktioniert im Kleinen, wenn ein Thema brodeln.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Für Korb würde ich wie oben beschrieben vorgehen, z.B. wie beim Leitbildprozess, da hat das gut funktioniert. *(Oder meinen Sie eine Rangfolge ist nicht zielführend?)* Doch, eine Rangfolge ist hier sehr wichtig, zu spät sollte hier nämlich nicht vorgegangen werden. Daher würde ich wie oben beschrieben, zuerst ein Zukunftskonzept entwickeln, über die Amtszeit eines Bürgermeisters hinweg, also länger als 8 Jahre, um eine Vision vorzugeben. Dann kann man eine Zukunftskonferenz wie beim Leitbild machen und dabei die Bürger mit einbinden. Eine frühzeitige Einbindung sollte hier gewährleistet sein. Und die Erfahrung zeigt, das ist wiederum die Stärke des BM Müller, dass er die Bürger frühzeitig abholt und den Bürger einbezieht. Dann regt sich der Bürger im Laufe der Diskussionen auf, dass er nicht einbezogen worden wäre und dann kann man ihm klar aufzeigen, dass es bereits passiert ist und er einbezogen wurde. Da muss man halt die Fakten im Blick behalten. Und das tut der Bürger oft nicht. Und an die Zukunftskonferenz anschließend eben die Planung mit Umsetzung. Zuletzt eben noch die Runden Tische, die sind dann typisch, wenn was hochkocht, wie z.B. beim Jugendzentrum oder damals beim Bau der Halle mit dem SC.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Nein, ich glaube, das hat keinen Einfluss darauf. Es ist doch so, dass immer nur die kommen, die ein Interesse an dem bestimmten Thema haben, andere kommen doch erst gar nicht. Da muss man

manchmal eingreifen, dass der Egoismus der Leute nicht ins Thema integriert wird. Als Beispiel, wenn sie Kinder im Kindergarten haben, dann sollen die Kindergartengebühren frei sein. Wenn die Kinder dann studieren, sollen die Studiengebühren frei sein, und was der Kindergarten kostet, ist dann uninteressant. Und wenn sie keine Kinder haben, dann ist es entweder egal oder die sagen, diejenigen, die Kinder in die Welt setzen, sollten sich diese eben auch leisten können. Es geht doch immer nur um ich, ich, ich...

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Wenn Ziele mit dem Bürger zusammen formuliert wurden, dann ist es wichtig, dass diejenigen, die die Ziele umsetzen, sich auch daran halten. Es geht also nicht um die Rechtsverbindlichkeit, sondern um die Ehrlichkeit. Ansonsten muss man halt von vornherein klarstellen, dass was aus welchem bestimmten Grund einfach nicht geht. Da geht es dann um Ehrlichkeit und Transparenz (*keine falschen Erwartungen wecken*). Z.B. am Seeplatz, da gibt es zahlreiche Planungsrunden und am Ende findet die Umsetzung doch ohne den Bürger statt. Sowas ist unehrlich. Die Folge ist dann nicht nur schlechte Stimmung, sondern am Ende bleiben dann auch die weg, die eigentlich aktiv sind, weil sie sich dann fragen, warum soll ich überhaupt noch wo mitmachen, wenn es ohnehin keine Berücksichtigung findet. Das ist dann schade.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Das, was wir haben, ist eigentlich genug. Wie zum Leitbild die Methoden oder Runde Tische. Das reicht. Was uns fehlt, ich sage es nochmal, ist ein Zukunftskonzept für die Gemeinde. Wie sieht Korb in 8-10 Jahren aus? Die Institution könnte also sein, dass jeder Bürgermeister, der seine Amtszeit beginnt, ein Zukunftskonzept vorlegen und formulieren muss. Wie die Gemeinderäte, die bewerben sich auch, wenn es um den Wahlkampf geht. Da formuliert doch auch jeder (oder vielleicht nicht jeder, aber die meisten) in ihren Flyern die Ziele, die sie erreichen wollen.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Auch das sage ich gern nochmal, eine fachlich konstruktive Diskussion zu den Themen, die voraussetzt, dass man sich im Vorfeld fundiert informiert (seitens der Bürger). So funktioniert das dann auch in allen Medien – auch in den sozialen. Die Bürger sollten in meinen Augen viel besser informiert sein, von sich aus. Die wissen oft zu wenig und beharren auf ihrer nicht fachlich fundierten Meinung. Und natürlich sollten die Bürger dann auch Ergebnisse annehmen und nicht krampfhaft auf dem eigenen Standpunkt beharren. Das prophezeie ich auch wieder für die kommende Gemeinderatssitzung, zur Steinacher Str. Da geht es wieder ab, auch trotz Verkehrsgutachten, obwohl das Gutachten besagt, dass es keine Probleme gibt. Man hat da klar analysiert, es gibt 2-3 Verbesserungsmöglichkeiten, die umgesetzt werden und dann ist gut. Aber die Bürger akzeptieren das nicht, die beharren auf ihrem alten Standpunkt – das ermüdet!

Haben Sie noch Verbesserungsvorschläge für die Gemeinde?

Mein Hauptwunsch ist für Korb, eine Vision zu entwickeln. Wie soll Korb in 8-10 Jahren aussehen? Oder auch hinsichtlich der Energiewirtschaft nachzurüsten. Da ist Waiblingen energetisch z.B. schon viel weiter, dass neue Gebäude klimaneutral sind und dergleichen. Davon ist Korb weit entfernt. Oder auch bezahlbaren Wohnungsbau zu leisten – 30 % ist das Ziel. Schauen Sie doch Langenacker an, 10 % mindestens in wenigen ausgewählten Häusern, und gesehen aufs ganze Wohngebiet bleiben dann noch 3 % maximal. In Punkto Nachhaltigkeit ist es in Korb ganz übel.

Schlussworte

Und Lob ist natürlich auch entscheidend. Das ist in unserer heutigen Gesellschaft viel zu selten und mit Lob allein kann auch keiner mehr umgehen. Da erwartet man immer, jetzt kommt noch was... Dass das Lob nur als Vorlage dient für den anschließenden Tadel. Das ist schade. Dabei ist das doch so wichtig – auch für die Motivation der Bürger.

Und dann hab ich noch was zum Abschluss für Sie – ein Zitat: „Die Unwissenheit der Masse ist die Macht der Mächtigen.“ Und von Kretschmann noch ein weiteres: „Wir müssen zivilisiert streiten! Zivilisierter Streit hält die Gesellschaft zusammen, unzivilisierter treibt sie auseinander“ – und das geht eben nur im Austausch über Fakten und nicht subjektiver Meinungen.

Experteninterview 4 (04.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Die Frage ist natürlich selbsterklärend. Klar ist, dass sich jeder Gemeinderat Bürgerbeteiligung auf die Fahne schreibt. Man muss die Bürger mitnehmen. Ich denke, es geht gar nicht anders. Aber ehrlicherweise bin ich auch kein Freund der formellen Bürgerbeteiligung, wie sie in der GemO festgeschrieben ist, z.B. die Bürgerversammlung. Diese Regelungen sind zu engstirnig. Ich denke, man sollte ob formell oder informell mehr machen.

In der Vergangenheit haben wir immer wieder themenbezogene Bürgerversammlungen durchgeführt, z.B. zur Ortskernsanierung rund um den Seeplatz oder vor Jahren mal zur Verkehrssituation und der Fragestellung nach Einbahnstraßen. Das war ganz spannend, da hat man nämlich gesehen, dass einige die Einbahnstraßen gefordert haben und andere nicht. Das Problem bei der Bürgerbeteiligung ist natürlich immer – wie hier –, dass man die Meinung immer nur derer hört, die für die Einbahnstraßen sind. Die andere Meinung bekomme ich nicht. Daher haben wir in diesem Fall einen Aufruf im Mitteilungsblatt gemacht, um auch die Meinung der anderen zu hören. Dasselbe geschieht ja aktuell auch bei der Interessensgemeinschaft Steinacher Straße. Das ist ja auch Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne, dass wir die Bürger abholen und fragen, was ihr Problem ist und was sie für Vorstellungen haben.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Frage wurde bereits durch ausführliche Einleitung beantwortet. *Karten vorgestellt und erläutert.*

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

So eine Art Open Space haben wir im Rahmen der Planungen zur RGS 2019 durchgeführt mit der Ideensammlung und einem offenen Austausch darüber.

Von einem Bürgerpanel halte ich für eine kleinere Gemeinde wie Korb nicht viel, das mag vielleicht sinnvoll sein in einer größeren Gemeinde oder Großen Kreisstadt, aber darunter nicht, weil es viel Geld kostet. Sie müssen sehen, für kleinere Kommunen ist Bürgerbeteiligung nicht unabhängig ihrer finanziellen Mittel möglich. Das ist immer eine Kostenfrage. Aber das größere Problem, das ich beim Bürgerpanel sehe, ist die Leute über einen längeren Zeitraum bei der Stange zu halten.

Ein Bürgergutachten ist machbar, wenn ich Profis dabei habe. Aber genau das ist das Problem, die professionellen Moderatoren kosten Geld und die Zufallsauswahl sehe ich dahingehend problematisch, dass die Kompetenz unter den Ausgewählten gegeben sein muss.

Eine Zukunftskonferenz haben wir im Rahmen des Leitbildprozesses bereits durchgeführt. Und bei den Runden Tischen, das muss man sich genauer anschauen. Das ist in Korb auch da. Aber es gibt auch Situationen, wo Bürger untereinander unterschiedlicher Meinung sind. Es ist also nicht immer die Konstellation Verwaltung gegen Bürger, sondern auch Bürger gegen Bürger, wie z.B. bei der

Einbahnstraßenfrage oder Interessensgemeinschaft Steinacher Straße. Da gibt es diejenigen, die wollen, dass man über ihre Straße fährt und diejenigen, die nicht wollen, dass man über ihre Straße fährt. Da muss man dann genauer hinschauen. Da hat dann die Verwaltung bzw. der Gemeinderat eine Vermittlerrolle – eine andere Art von Runder Tisch. Was ich feststelle oder wichtig ist, zu erkennen, dass eine Gegnerschaft nicht grundsätzlich vorhanden ist in Form von „ihr da oben und wir da unten“. Der falsche Ansatz ist die Grundstimmung, konträr aufgestellt zu sein. Es wird immer wichtiger, das zu erkennen und dieses Thema grundsätzlich auszuräumen. Heute sind wir längst weg vom Obrigkeitsstaat, sondern fragen uns stattdessen, kann man das dem Bürger anbieten? Richtiger ist es, Dienstleistungen anzubieten. Das Problem ist, wenn der Bürger das nicht erkennt. Meines Erachtens ist der wichtigste Punkt, deutlich zu machen, dass die Grundhaltung lautet: gemeinsam bereit zu sein, gemeinsame Lösungen zu suchen, die von beiden Seiten akzeptiert werden. Wenn der Gemeinderat von Anfang an in den Entwicklungsprozess mit eingebunden ist, dann ist das eine gute Sache. Schlimm ist es, wenn der Gemeinderat aus einer anderen Meinung heraus, versuchen muss, seine andere Meinung durchzubringen, weil er womöglich mal überstimmt wurde. Dann funktioniert das nicht.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

1. Runde Tische
2. Zukunftskonferenzen
3. Open Space – Ideen sammeln

Warum habe ich ja bereits erläutert. Das erklärt auch, warum ich eher nicht zu Planungszelle und/oder Bürgerpanel tendiere. Die Gründe sind bereits benannt.

Speziell auf die Einwohnerzahl abgehoben: Warum denken Sie, dass gerade die Top 3 für eine 10.000 Einwohner-Kommune geeignet sind? Welche Faktoren sind hierfür ausschlaggebend?

In einer kleinen Gemeinde muss man die Relation zu den Grundkosten, die eine Bürgerbeteiligung verursacht (wie Moderatoren beauftragen usw.) betrachten. Bürgerbeteiligung kostet Geld, egal was. Auch eine Zukunftskonferenz kostet Geld, wenn man Profis als Moderatoren engagiert. Wenn man beispielsweise Grundkosten von 20.000 EUR hat, ist das für eine Große Kreisstadt ein anderer Betrag als für eine kleine Gemeinde. Die muss den Betrag erst mal aufbringen. Da ist es dann schwierig im Gemeinderat Mehrheiten zu finden, um verschiedene Modelle zu wählen.

Ich denke, die verschiedenen Instrumente sind von der Einwohnerzahl als solcher nicht abhängig. Klar ist, dass in einer 2.000 Einwohner-Kommune der Kontakt zu den Bürgern ein anderer ist als in einer 10.000 Einwohner-Kommune. Aber grundsätzlich ist die Instrumentenauswahl nicht von der Einwohnerzahl abhängig. In Korb kann auch funktionieren, was in Weinstadt funktioniert. Klar muss sein: Wenn ich Ja zur Bürgerbeteiligung sage, bedeutet das aber auch, dass Bürgerbeteiligung Geld und Zeit kostet – und das ist in vielen Gremien und unter der Bürgerschaft noch nicht angekommen. In der Vergangenheit gab es auch schon Bürgerbeteiligung, wie Bürgerversammlungen oder Informationsveranstaltungen. Aber dass genau das in der heutigen Zeit Geld und Zeit kostet, ist bei vielen noch nicht angekommen. Es kommt immer mehr, und das muss in die Köpfe rein, sowohl der Verwaltung als auch der Gemeinderäte. Oder wenn sich die Fraktionen selbst nicht einig sind – auch das kostet Zeit und Diskussionen im Gemeinderat. Das wird oft nicht bedacht bei dem Thema. Am Ende muss trotzdem der Gemeinderat zur Entscheidung kommen.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Das Problem taucht dann nicht auf, wenn ich den Gemeinderat von vornherein ins Boot hole. So war der Gemeinderat in Korb bei allen Angelegenheiten von vornherein mit im Boot, wie z.B. beim WorldCafé zum Leitbild oder der Gartenschau. Dann gelingt es auch, Wege zu finden, die im Gemeinderat Mehrheiten finden. Das sehe ich nicht kritisch. Eher kritisch sehe ich, dass sich die Bürger nur dann engagieren und einsetzen, wenn es sie persönlich trifft. So z.B. bei den Windrädern, die sind so lange egal bzw. woanders wichtig, solange sie nicht vor meiner eigenen Haustür gebaut werden... Sobald es in meiner Nähe ist, bin ich als Bürger eher dagegen. Genauso bei Sportplätzen des Sportvereins oder beim Beachvolleyballfeld des Jugendtreffs. Das interessiert mich alles nicht, wenn es beim übernächsten Nachbarn passiert. Das ist das größte Problem. Ein altruistisches Denken wie früher findet in der heutigen Gesellschaft nicht mehr statt. Und das ist das Problem – die zunehmend gelebte Eigenschaft „es muss alles so bleiben wie es war“. Die Änderungsbereitschaft und der Wille dazu ist unter den Bürgern nicht mehr da. Heute wird eher ein bewahrender Charakter gelebt, Neues erscheint eher suspekt. Auch beim Seeplatz meinen die Bürger, das Alte geht doch auch, warum muss man da was ändern? Zusammenfassend nochmal: Die Leute sind nicht mehr bereit, sich für was zu engagieren, das sie nicht betrifft. Die fehlende Rechtsverbindlichkeit sehe ich nicht als Problem. Sondern eher so rum, dass der Gemeinderat eher bereit ist, bei Entscheidungen mitzugehen, wenn die Bürgerbeteiligung im Voraus breit angelegt war und nicht nur eine Interessensgruppierung einzelner Meinungen abgefragt wurde bzw. sich zu Wort meldet, sondern die gesamte Bürgerschaft. Dann geht die Entscheidung im Gemeinderat auch meistens gleich durch.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Das braucht Korb nicht. Es gibt nur ein Konzept – nicht verschriftlicht: Und das heißt, man muss mit dem Bürger reden und sehr stark Präsenz zeigen und in den Bürger hineinhören, was der Bürger für Sorgen und Nöte hat und diese wahrnehmen. Das ist das Wichtigste!

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Im Allgemeinen funktioniert es in Korb ganz gut. Mein Wunsch wäre, dass sich die Bürger über die Informationen hinaus aktiv ins Gemeindeleben einbringen würden und nicht immer nur die üblichen Verdächtigen. Der Bürger sollte erkennen, dass er sein Umfeld auch selbst gestalten kann, wenn er sich einbringt, unabhängig von formeller oder informeller Bürgerbeteiligung. Am Beispiel der RGS 2019 sieht man das deutlich: Hier geht es jetzt um die Umsetzung der Ideen und die Gestaltung der Gemeinde – da wünsche ich mir, dass die Bürger auch danach bei der Umsetzung mitmachen, und nicht nur sagen „man sollte mal...“, sondern den nächsten Schritt auch tun. In Zukunft kann sowas nur gelingen, wenn man dem Bürger im Voraus sagen kann, dass es sich um einen begrenzten Zeitraum handelt, das Engagement überschaubar und kalkulierbar für den Bürger ist und er sich darauf einstellen kann, was ihn erwartet. Dann kann das funktionieren.

Experteninterview 5 (06.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Positiv – viel Erfahrung habe ich in dem Bereich allerdings noch nicht.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Keine. Karten vorgestellt und erläutert.

Das ist interessant, genau diese Methoden kenne ich sehr wohl aus der Industrie/ Wirtschaft, wenn in einem Unternehmen ein neues Projekt eingeführt bzw. durchlaufen wird. Da haben wir genau diese Schritte angewandt und durchlaufen. Mit der öffentlichen Verwaltung habe ich diese aber noch nicht in Verbindung gebracht.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Aus meiner eigenen Erfahrung heraus kann ich konkret nur den Leitbildprozess beurteilen. Und meines Wissens nach wurden diese Methoden alle durchlaufen: Mit einer Art Planungszelle ist man in die Planung eingestiegen und hat im Herbst Lösungsvorschläge erarbeitet. In einer Zukunftskonferenz wurden im Vorfeld aber schon die Ziele und Visionen definiert. Die Runden Tische haben wir in Form der Steuerungsgruppe mit den 7-8 Schwerpunktthemen, wo aber auch Ideen gesammelt werden (Open Space). Das ist vermischt. Am Punkt der Bürgeraktivierung sind wir jetzt gerade dran, um die Bürger als Teamplayer zu gewinnen. Da bilden wir gerade Arbeitsgruppen für die Umsetzung unserer Ideen und Zukunftsvorstellungen.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Da ist das Problem, dass ich bei den Vorphasen nicht aktiv dabei war. Das kann ich also nur dahingehend beurteilen, was ich im Ergebnis gehört habe. Die Phasen bis zum Bürgerpanel liefen alle im Vorfeld ab. Und beim Bürgerpanel sind wir wie gesagt gerade dran. Da suchen wir nun Mitstreiter unter den Bürgern bzw. auch aus dem früheren Leitbildprozess, um Fehler nicht nochmal zu machen. Das Thema läuft ja jetzt schon länger. Dieser Leitbildprozess ist ja nur die Fortschreibung des alten. Deshalb holen wir möglichst Teamplayer mit der Erfahrung aus dem alten Prozess, um die Fehler von früher möglichst nicht mehr zu machen und zu vermeiden. Es hat ja wohl Gründe, warum das Thema 10 Jahre nicht umgesetzt wurde. Und diese Fehler wollen wir eben nicht nochmal machen. Die Rangfolge wäre also die Vorphasen: Zukunftskonferenz – Planungszelle – Open Space – Runde Tische und zum Schluss die jetzige Phase als Umsetzungsphase für die Bürgeraktivierung anhand der Bürgerpanels.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ich denke von der Methodik her nicht. Methodisch würde ich immer so vorgehen unabhängig der Größe der Gemeinde. Die Komplexität der Methoden und der erarbeiteten Ergebnisse hingegen bzw. der Ausgestaltung der Methoden, die hängt sehr wohl von der Einwohnerzahl ab. Die Dimensionen sind eben unterschiedlich – die Methode ist die gleiche.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Genau das ist in der aktuellen Phase mein Problem. Wenn zum Thema X bereits ein GR-Beschluss gefasst wurde und der verbindlich sein soll, da wurde die grobe Richtung hinsichtlich der Umsetzung bereits mit dem GR-Beschluss zum Leitbild gefasst. Und nun heißt es, wir müssen, vor der Umsetzung nochmal in den GR, um die Umsetzung beschließen zu lassen, um Rechtsverbindlichkeit zu schaffen und quasi um Erlaubnis fragen. Das ist für mich unlogisch und nicht konsequent. Da frage ich mich, muss das sein, wenn der erste Beschluss schon da ist und der Gemeinderat hinter dem Konzept steht. Da frage ich mich dann, was hat der Gemeinderat dann damals beschlossen und wofür? Hat er damals im Zeitpunkt der Entscheidung die Umsetzungsfolgen nicht berücksichtigt? Da fordere ich mehr Disziplin und eine Entscheidungskultur, die dann auch eingehalten wird. Das kann man besser

machen im Sinne von bewusster machen, dass ich das am Ende auch umsetzen kann. Wenn das Thema schon 10 Jahre gärt, sag ich mal, dann besteht doch auch heute wieder die Gefahr, dass es zerredet wird wie damals. Ich finde, da muss ein gefasster Beschluss auch verbindlich sein. Wenn ich sage, ich mache das mit allen getroffenen Vorgaben wie Zeit und Geld und gleichzeitig sage, aber wenn ihr das umsetzen wollt, müsst ihr nochmal kommen, das ist doch nicht glaubwürdig. Das ist wie in einer falschen Kindererziehung, wenn ich meinem Kind sage, probiere das mal selbst, aber wenn du es dann machen willst, kommst du nochmal, um zu versichern, dass du das auch richtig machst. Wie soll das Kind da selbstständig werden? Und übertragen auf das Leitbild, wie soll das dann selbstständig laufen? Zumal es ja die Steuerungsgruppe gibt, die das Gesamtprojekt verantwortet und die Verantwortung für ein vernünftiges Ergebnis am Ende hat. Warum brauche ich dann für jeden Schritt nochmal einen eigenen Beschluss? Meines Erachtens fehlt da ein Organisationskonzept. Die Frage, wie man mehr Verbindlichkeit schaffen könnte, kann ich nicht beurteilen. Ich habe den Gemeinderat hierzu noch nie erlebt und weiß nicht, wie die inhaltliche Diskussion zu diesem Thema aussieht. Ich frage mich an dieser Stelle eben, was bedeutet der erste Gemeinderatsbeschluss, wenn es an die Umsetzung geht? Und wie muss ich jetzt nochmal den GR informieren, wenn ich die beschlossenen Schritte umsetzen will? Das erscheint mir aktuell wie Training on the top. Da sollte man für die Zukunft empirisch daraus lernen und ein vernünftiges Umsetzungskonzept als Beschlussvorlage erarbeiten.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?
Ja, unbedingt. (siehe oben) Das methodische Konzept ist ja bereits da und gut umgesetzt. Was an dieser Stelle fehlt ist ein organisatorisches Konzept als Ergänzung zum bestehenden methodischen, das besagt, wie ich die Methoden verantwortlich umsetze und wie ich die Umsetzung hinsichtlich Geld und Zeit etc. gestalten und danach umsetzen will, damit es am Ende jedem klar ist, und jeder weiß, was Sache ist und woran er ist.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?
Eigentlich läuft es ja ganz gut in Korb. Mein Wunsch wäre, klarzustellen, wie läuft die informelle Bürgerbeteiligung in Korb ab? Hier müsste man dem Bürger gegenüber mehr Transparenz schaffen und verständlich die Sachverhalte und inhaltliche Fragestellungen erläutern. Den Laien und naiven Bürgern verständlich und transparent machen, was läuft. Wie läuft das ab? Ich würde mal behaupten, die Laien unter den Bürgern wissen das gar nicht, und kennen auch nicht den Unterschied zwischen formeller und informeller Bürgerbeteiligung.

Experteninterview 6 (10.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Grundsätzlich positiv. Bürgerinformation finde ich sehr wichtig und die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

An Bürgerinformation und Bürgermitarbeit wird in Korb schon einiges getan. So haben wir in Korb die Bürgerfragestunde oder auch die Rubrik „Gemeinderäte haben das Wort“. Was in Korb leider noch nicht so gut gelebt wird, ist eine gute Information der Bürger. Aber genau das ist ja die Grundvoraussetzung für gute Bürgerbeteiligung, dass die Bürger fundiert informiert sind. An Beteiligung macht Korb schon viel: Mir persönlich ist das Leitbild sehr wichtig und da haben wir

vieles direkt in die Bürgerhand gegeben, wie bei der Kunst in der Alten Kelter oder auch der RGS 2019. Der Gemeinderat hat sein Hoheitsrecht in die Hand der Bürger gegeben, soweit die Bürger eben dazu bereit sind mitzuarbeiten. In Korb ist es so, dass man die Bürger eher aktiv motivieren muss, in der Kommune mitzuarbeiten. Bürgerbeteiligung hat aber auch Grenzen, so z.B. beim Haushalt, das muss der GR entscheiden, das kann nicht der Bürger machen. Ich lege Wert darauf, auch in Zukunft gute Gemeinderäte zu bekommen, die das gut entscheiden können. In manchen Bereichen ist Bürgerbeteiligung aber erwünscht bzw. unerlässlich, in anderen hingegen liegt das Instrumentarium und die Entscheidung in der Hand der gewählten Vertreter, die müssen dann entscheiden und das ist auch richtig so.

Karten vorgestellt und erläutert, dann direkt auf nächste Frage übergeleitet.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Runde Tische sind bekannt und werden in Korb praktiziert und effektiv eingesetzt. Open Space zum Ideen sammeln ist auch bekannt. Zukunftskonferenz wurde im Rahmen des Leitbilds oder RGS 2019 durchgeführt. Neu für mich sind Planungszelle und Bürgerpanel. Meines Erachtens ist die Bürgerinformation dabei aber das Wichtigste. Ich sehe bei der aktiven Beteiligung aber immer auch die Gefahr, dass es für den Bürger emotional ist und das ist gefährlich. So können keine objektiven Entscheidungen getroffen werden. So wird bei einem Bürgerentscheid doch immer nur über ein Schlagwort entschieden. Da gehören aber ein Vorbereitungsprozess und die Erfahrung der gewählten Vertreter dazu, die müssen dann objektiv und nicht emotional entscheiden. Ich sag mal so, alles was dazu dient, die Entscheidung des Gemeinderats positiv zu beeinflussen, ist wichtig und gut. Von direkter Mitentscheidung der Bürger aber, in Form von direkten Bürgerentscheiden in Kommunen halte ich aber wenig. Da muss ich aber revidieren: Wenn es um kulturelle Angelegenheiten geht absolut (wie Kunst in der Alten Kelter). Wenn es aber um richtungsweisende oder finanzielle Angelegenheiten geht, dann muss die Entscheidung bei den Gremien liegen, die alle Argumente gegeneinander abwägen können und die gesamte Situation im Blick haben. Für die genannten Kategorien (Planungsprozesse initiieren und begleitend gestalten, Visionen entwickeln, Konflikte bearbeiten, Ideen sammeln und Energien bündeln, Meinungen einholen), da ist die Bürgerbeteiligung positiv, immerhin geben wir ja das Geld der Steuerzahler aus und da ist diese Art der Beteiligung auch gerechtfertigt. Aber wenn es nur um Schlagworte geht wie in den direkten Bürgerentscheiden, da besteht die Gefahr, dass dies verfehlt wird und die Entscheidung allein aus Emotionen oder aus Strömungen heraus getroffen wird.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

1. Runde Tische, 2. Zukunftskonferenzen – auch zu dem Thema wie sieht Korb in 20-30 Jahren aus, Vorstellungen hierzu, 3. Open Space bzw. Ideen sammeln, das ist sehr wichtig.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Nein, ich denke, das hängt nicht von der Einwohnerzahl ab. Natürlich ist es ein Unterschied, ob ich einen Runden Tisch in New York oder in Korb durchführe, aber da geht es schon um die Bürgernähe an sich. Wichtig ist, dass schon die gewählten Vertreter den sozialen Schnitt der Einwohner abbilden und repräsentieren. Abhängig sind die Instrumente von den sozialen Aspekten. Es ist wichtig, dass soziale Verhältnisse in einer Gemeinde herrschen und der Umgang sozial ist. Klar ist, es wird ein Unterschied sein, ob ich in Baden-Baden, wo ich nur Millionäre habe, oder in Mannheim in den sozialen Brennpunkten Befragungen mache, das Ergebnis wird ein anderes sein, die Schwerpunkte

werden anders liegen. Die Art des sozialen Status spielt hier eine wichtige Rolle! Wichtig ist, einen gewählten Rat zu haben, der die gesamte Bevölkerung widerspiegelt – je nach Art der direkten Bürgerbeteiligung ist das aber nicht immer gegeben, dass der Querschnitt abgebildet wird. Bei direkten Fragen ist der Unterschied, dass sozial Schwächere anders antworten als sozial Stärkere und darin liegt Gefahr.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Das hat auf jeden Fall Einfluss auf deren Effektivität. In jeder Entscheidung sollte immer der Bürgerwille widerspiegelt werden! Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die Anliegen auf Machbarkeit zu prüfen. Die Abwägungen und Prüfungen sind Aufgabe des Gemeinderats bzw. aller Parlamente und des Bürgermeisters. Die müssen sich damit befassen. Ich mache auch ein Beispiel, wenn Sie im Sportverein fragen, ob die eine neue Halle wollen, dann sagt doch jeder ja, aber die Machbarkeit müssen die Entscheidungsträger prüfen. Damit will ich deutlich machen, die Art der Fragestellung ist wichtig: Wen befrage ich und wie?

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Ich könnte mir gut vorstellen, dass man manche Bereiche aus dem Leitbild weiterentwickeln könnte. Voraussetzung ist natürlich, dass der Bürger dazu bereit ist mitzumachen, sonst funktioniert das nicht. In manchen Bereichen könnte man erfolgreich institutionalisieren: Das Leitbild als Überbegriff erweitern und in manchen Bereichen zusammen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln. Da müsste man gezielt schauen, was passt, welches Instrumentarium geeignet wäre und wie das insgesamt dann aussehen könnte. Aber das Leitbild ist ja quasi schon institutionalisiert, das wurde damals mit Profis erstellt, da hat man professionelle Hilfe geholt und speziell für Korb entwickelt. Man könnte aber die Bedürfnisse nun weiterentwickeln bzw. es kommen ja vielleicht auch neue Bedürfnisse hinzu.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Wünschen würde ich mir beim Leitbild mehr aktive Mitarbeit seitens der Bürger. Bei der Bürgerfragestunde ist immer rege Teilnahme und wird gefragt, aber dieses Engagement wünsche ich mir auch bei der aktiven Mitarbeit.

Seitens der Vereine würde ich mir ein Gremium unter den Vereinen wünschen, in dem die Vereine ihre Meinung und Wünsche gebündelt nach oben artikulieren können.

Seitens der Kultur passt es schon gut. Seitens der Parteien (nicht Fraktionen) würde ich mir wünschen, dass die noch aktiver wären bzw. auf ihre Vertreter in den Fraktionen zugehen würden, und sich mehr mit ihnen austauschen würden. Eine SPD oder CDU kann viel aufnehmen, was unter den Bürgern gewünscht wird, wo da der Schuh drückt. Da ist aber noch vieles verbesserungswürdig. Da brauche ich Leute dazu, das ist klar – und das ist das Problem.

Experteninterview 7 (11.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Skeptisch. Ich denke, Bürger sollten maßgeblich durch Wahlen beteiligt werden. Ich sehe Bürgerbeteiligung eher kritisch. Das mache ich auch am aktuellen Bürgerbegehren fest, da gibt es eine Interessensgruppe, die ihre Interessen einbringen will. Ich habe aber meine Zweifel, ob das Bild der gesamten Bürgerschaft dabei abgebildet wird oder nur das der kleinen Gruppe. Das sehe ich

schon fast als Wahlkampf zwischen zwei Meinungsgruppen. Ich wünsche mir mehr Information der Bürger, dass sich die Bürger von sich aus mehr und besser informieren über die Hintergründe. Ich finde, eine repräsentative demokratische Wahl, der Gang zur Urne, ist doch auch schon Bürgerbeteiligung – in meinen Augen die wichtigste Form der Bürgerbeteiligung.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Keine, bzw. eben Bürgeraktivierung in jeglicher Form. *Karten vorgestellt und erläutert.*

Davon sind mir Zukunftskonferenz und Runde Tische bekannt, was in Korb auch praktiziert wird.

Runde Tische kenne ich auch zum Thema Kindergärten, wobei das weniger mit Bürgerbeteiligung zu tun hat.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Prinzipiell halte ich in Korb alle für machbar. Eingesetzt werden wie gesagt, was ich mitbekommen habe, Runde Tische und Zukunftskonferenz bzw. auch Ideen sammeln. Ich frage mich, sind wir in Korb anders als woanders. Ich sehe die Gefahr generell eher in der Demokratiemüdigkeit der Bevölkerung. Wenn die Bürger von der Gemeinde ein Schreiben bekommen, dass sie im Rahmen der Bürgeraktivierung ausgewählt und beteiligt werden, kommen die dann? Ich weiß es nicht. Zu Zukunftsvisionen hat das in der Vergangenheit hier in Korb durch die Zukunftskonferenz doch gut funktioniert. Ich sehe eher die Gefahr darin, dass die Bürger demokratiemüde geworden sind und sich nur informieren, wenn es sie interessiert. Dann kommentieren sie gerne und schimpfen, aber mitmachen und was ändern wollen die wenigsten – dann kann man ja auch nicht mehr schimpfen, wenn man dabei ist. Ich frage mich bei den Instrumenten, sind die Entscheidungsträger und Meinungsführer auch dabei und nehmen die schon im Vorfeld Einfluss darauf? Das würde sich natürlich auch auswirken.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Ich denke, eine Rangfolge macht wenig Sinn. Ich würde diese Instrumente eher themenorientiert einsetzen, da jedes eine andere Qualität hat und andere Ziele verfolgt. Die geeignetsten für Korb wären für mich Zukunftskonferenz und Runde Tische. Problematisch sehe ich die Planungszelle, wenn am Ende ein Bürgergutachten vorgelegt wird, worüber der Gemeinderat dann entscheidet. So entsteht dann die Verstimmung und Frustration der Bürger, wenn diese unterliegen und was anderes entschieden wird. Die Frage ist, wie gehe ich dann mit der Frustration der Bürger um. Ich finde, die Bürger müssten mehr akzeptieren, dass sie in solchen Prozessen unterliegen und dass die Entscheidung beim Entscheidungsträger liegt. Die Entscheidung ist nun mal Aufgabe des Gemeinderats, dafür ist er gewählter Vertreter.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ein Bürgerpanel z.B. hängt sehr wohl von der Einwohnerzahl ab. Das kann ich erst ab 10.000 Einwohnern machen, um einen breiten Schnitt von 500-1000 Bürgern zu haben. Entscheidend dabei ist, dass die Auswahl repräsentativ sein muss.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Das hat auf jeden Fall Einfluss. Die Frage ist für mich, wo steht da der Bürger, wie sieht der Bürger das. Ich bin sehr froh, dass immer ein Gemeinderatsbeschluss folgt und dieser entscheidet. Das muss

immer formell sein. Es wäre fatal, wenn ich Rechtsverbindlichkeit schaffen würde, das würde krasse Züge annehmen, wenn jeder über alles entscheiden könnte. Da bestünde dann die Gefahr, dass etwas nur aus einer Meinung heraus rechtsverbindlich würde. Die Gremien sind doch als repräsentative Vertreter da, und haben den Überblick über alles und müssen daher entscheiden. Bezüglich der Effektivität sehe ich eher die Gefahr des Lobbyismus: Wenn eine Interessensgruppe massiv Druck macht, frage ich mich, ob das nicht an Lobbyismus grenzt. Ich bin ganz klar für die repräsentative Demokratie. Andererseits schafft man auch Frust, wenn ich den Bürger nicht beteilige. Da fragt sich dann der Bürger, wie merke ich als Bürger, dass ich effektiv wirken kann. Das ist die andere Seite. Ziel eines Beteiligungsprozesses muss es sein, dass der Bürger sagt, ich war am Prozess beteiligt und das ist gut so. Die Entscheidung trifft dann der Gemeinderat. Aber es ist doch nun schon so, dass der Bürger nur sein Interesse einbringt und sein Ziel ist es, dass sein Interesse am Ende rechtsverbindlich wird. Und das ist falsch. Man muss die repräsentativen Demokratievertreter entscheiden lassen.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Ich finde Korb macht schon sehr viel oder hat sehr viel, wie Zukunftskonferenz, Runde Tische und Open Space zu allen wichtigen Themen. Ich nehme in Korb wahr, dass der Bürgermeister und die Verwaltung sich bemühen, dem Bürger verständlich zu machen, wie es läuft. Klar ist, dass Interessensgruppen immer unterschiedlicher Meinung sind, das macht es ja auch aus. Aber Reibereien unter den verschiedenen Meinungen müssen eine Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat aushalten. Der Gemeinderat muss Interessen abwägen und Entscheidungen treffen. Und am Ende dazu stehen und klar sagen, so machen wir das jetzt, auf diesem Weg machen wir weiter. Und das muss die Gemeinde aushalten.

Meine Idee wäre evtl. je nach Möglichkeit, Kapazität und wenn das Interesse gegeben wäre, eine Art Bürgerbüro für alle zu etablieren, wo alle relevanten Informationen zu allen relevanten und aktuellen Themen der Gemeinde aushängen, und je nach Kapazität auch eine Person sitzt, um Auskunft zu geben über alle anstehenden Anliegen. Dort kann sich der Bürger dann umfassend informieren und so können auch eher passive Bürger aktiviert werden. Klar bilden sich daraus dann auch immer wieder Interessensgruppen, aber das ist auch normal. Dafür gibt es ja dann die Runden Tische. Runde Tische sind eine tolle Sache, wenn die Bürger, die es angeht, an einen Tisch geholt werden, um sich auszutauschen. Aber da ist dann wieder die Gefahr, dass ich passive Bürger nicht erreiche.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Ich wünsche mir, dass die Leute die Errungenschaft der Demokratie wieder mehr zu schätzen wissen und sich als Teilnehmer der Demokratie verstehen. Und sich nicht als Interessensvertreter verstehen, sondern prinzipiell verstehen, dass sie Teil der Demokratie sind und die Freiheit haben sich zu äußern und einzubringen. Ich nehme wahr, dass seitens der Interessensgruppen viel Druck gemacht wird und die Demokratie angreifen. Man sollte gewählte Vertreter, die ihr Ehrenamt ausüben, nicht beschimpfen. Es gibt nicht nur die eine richtige Meinung – meine Meinung, mein Horizont. Die kann es nicht geben. Alle Meinungen haben ihre Berechtigung.

Aber man muss in der Abwägung und in der Entscheidung auch die finanzielle Seite berücksichtigen; und das wird bei diesen Instrumenten ausgeblendet: Wie informiert müssen die Bürger sein und ist es ihre Aufgabe alles zu beleuchten und zu durchdenken? Ist das dem Bürger zumutbar? Ist die Entscheidung über die finanzielle Machbarkeit auch Aufgabe der Bürger, sich da zu informieren?

Oder sollte ich nicht doch lieber „nur“ die Meinung der Bürger erfragen und deren Interesse vertreten? Ist die finanzielle Beleuchtung nicht Aufgabe des Gemeinderats?

Experteninterview 8 (11.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Sehr positiv, die Delegation von Verantwortung an Bürger und diese mitmachen lassen ist sehr wichtig. Zur Entwicklung für Kommune und Vereine beizutragen, das Ehrenamt stärken, die Verantwortung den Bürgern überlassen, in den Sozialraum, wo ich lebe, integriert und beteiligt zu werden, das ist sehr wichtig. Ich bedauere es, dass es oft sehr wenig wahrgenommen wird (seitens der Bürger).

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Klassisches Ehrenamt, ob in Gemeinderat oder Vereine, Gemeindeversammlungen, Aktionen zur Bürgeraktivierung, Befragungen und dergleichen. Ein klassisches Ehrenamt zu begleiten finde ich sehr wichtig! *Karten vorgestellt und erläutert.*

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Ja, die sind mir alle bekannt und werden in Korb auch eingesetzt. Beim Leitbild wurden diese 4 Instrumente erfolgreich eingesetzt: Zukunftskonferenz, Planungszelle, Ideen sammeln/Open Space, Bürgerpanel. Daran kann ich mich noch gut erinnern, damals in der Gemeindehalle mit Stehtischen. Runde Tische gibt es auch, diese habe ich selbst aber noch nicht miterlebt. Die gab es zu den unterschiedlichsten Themen, wo es Konflikte gab, z.B. mit dem Jugendzentrum oder zu Konflikten rund um den Seeplatz. In Zusammenhang mit dem Leitbild wurden aber insbesondere die 3 (Zukunftskonferenz, Open Space, Bürgerpanel) erfolgreich eingesetzt. Aber natürlich nicht in dieser Reinkultur, wie es hier aufgeführt ist, nicht nach Lehrbuch, sondern in einer gewissen Varianz unter diesen Kategorien.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Open Space – Zukunftskonferenz – zum Ideen sammeln und Energien bündeln; und Visionen zu entwickeln: Was haben wir 2020?

Konflikte muss man sowieso immer klären – dafür dann die Runden Tische. Diese sind aber themenabhängig, daher immer themenbezogen anzustreben.

Wichtig ist, der Bürger muss sehen, dass sich sein Ehrenamt und sein Engagement lohnen, dass es sich lohnt, sich einzubringen. Der Bürger muss sehen, wenn ich mich engagiere, dann geht was voran, dann kann ich was gestalten.

In der Leitbild-Gruppe haben wir Rahmenbedingungen festgelegt und abgesteckt; innerhalb derer können wir entscheiden und gestalten und auch mit dem festgelegten Budget frei umgehen, wie es passt. Daran sieht man, wenn ich mich engagiere, kann ich was bewegen in Korb.

Nochmal die 3 Wichtigsten: Open Space – Zukunftskonferenz – Runde Tische

Wobei das Wichtigste überhaupt sind Runde Tische: Konflikte müssen immer zeitnah geklärt werden. In Korb gibt es damit schon Erfahrung: Beim Jugendzentrum mit der Nachtwächter-Geschichte, dazu gab es meines Wissens nach einen Runden Tisch mit der Polizei, Ehrenamtlichen und sonstigen beteiligten Akteuren. Da muss man sensibel füreinander werden und gemeinsam Lösungen für die Zukunft entwickeln, das hat dann immer Vorrang. Konflikte sind nicht schlimm, Konflikte entstehen immer und überall. Nur der Umgang mit Konflikten ist problematisch, oftmals existiert keine gute

Konfliktkultur. Aber wenn unterschiedliche Sichtweisen aufeinander treffen, gibt es immer Konflikte, per Definition. Der richtige Umgang mit Konflikten ist wichtig. Da muss ich eine Kommunikationsplattform in Form von Runden Tischen schaffen, dann ist das gut.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ja, ich denke, das hat Einfluss. In einer Großstadt wie Stuttgart geht ein Open Space nicht. Da braucht man eine überschaubare Menge. Auch bei 10.000 Einwohnern ist schon die Frage, wie viele erreiche ich? Wie viele bringen sich ehrenamtlich ein? Ca. 200 ist da dann schon ideal. Es muss händelbar sein und die Gruppe muss am Ende arbeitsfähig sein. Die Frage ist, wo ist die Grenze: Wenn ich z.B. in Waiblingen im Kernbereich 30.000 Einwohner erreichen muss, funktioniert das genauso. Oder ein anderes Beispiel: Beim VfB haben sie unter den Mitglieder auch ein Open Space gemacht, aber nur mit 500 Leuten, nicht mit 15.000 Mitgliedern. Open Space eignet sich gut für Korb, das ist hier angemessen. Wenn es sich um eine größere Einheit handelt, dann muss ich es stadtteil- oder quartiersbezogen durchführen. Da habe ich dann verschiedene Möglichkeiten, Kriterien festzulegen wie altersbezogen oder mehr als 30 Jahre dort lebend, um die Bürgerbefragung davon abhängig zu machen. In Korb ist das nicht notwendig, da habe ich schon Erfahrungswerte und weiß, mit wie viel Beteiligung ich bei welcher Methode rechnen kann. Da bin ich froh, wenn 200-250 Leute kommen.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Eine Rechtsverbindlichkeit würde ich nicht reinbringen. Die rechtsgültigen Beschlüsse fasst der Gemeinderat, das muss auch jedem klar sein. Wichtig ist an dieser Stelle, dass ich einen verbindlichen Rahmen schaffe, an den sich alle halten und der dann gilt. Im Vorfeld verbindliche Absprachen treffen, Stichwort Zielvereinbarungen. Was soll am Ende rauskommen? Was darf ich tun, was darf es kosten? Das ist dann als Zielvereinbarung beschlossen: 2020 soll in Korb sein... und 50.000 Euro darf es kosten. Und innerhalb dieses Rahmens entwickelt die Gruppe dann aber selbstverantwortlich die Ausgestaltung. Nicht die Leitbild-Gruppe hat letztes Wort, sondern der Gemeinderat, der muss die Entscheidung treffen. Aber dieser muss dem Bürger, der sich engagiert, auch einen gewissen Spielraum lassen zur selbstverantwortlichen Ausgestaltung, innerhalb des definierten Rahmens. Sonst fühlt sich der Bürger nicht ernst genommen und macht beim nächsten Mal auch nicht mehr mit. Es muss eine verbindliche Form der Zusammenarbeit geben und das Ehrenamt muss ernst genommen werden. Klare Delegation, klare Aufgabenverteilung. Was sollen wir tun? Was dürfen wir tun? Wie oft sollen wir berichten? etc. Das alles muss festgelegt werden und da muss Klarheit herrschen. Sich gegenseitig ernst nehmen – all das sind die nötigen Standards! Mir als Bürger muss aber auch klar sein, wenn ich im Ehrenamt arbeite, darf ich keine rechtsverbindlichen Entscheidungen treffen. Da kommt die Frustration her. Wenn ich als Bürger nur den Eindruck bekomme, ich arbeite für den Papierkorb und ich habe nichts zu sagen, dann steigt das Gefühl des Frusts. Klar ist aber auch, dass ich keine unrealistischen Vorschläge bringen sollte, die nicht umsetzbar sind. Da sollte schon ein ernsthafter Gedanke dahinter stecken und die Machbarkeit betrachtet werden im Austausch mit dem Gemeinderat.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren? Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Institution gibt es schon: Der Leitbildprozess ist für mich institutionalisiert. Das ist keine Einmalgeschichte. Korb hat schon institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung, zu denen breit

und öffentlich eingeladen wird. Ideen sind gefragt, sich mit einbringen, das gibt es alles schon beim Leitbild. Oder auch die Bürgerfragestunde im öffentlichen Teil der GR-Sitzung. Das ist auch eine institutionalisierte Form der Bürgerbeteiligung, wo ich mich äußern, Themen ins Gespräch bringen, aber keine Entscheidungen treffen kann, sondern Themen dort ansprechen kann, wo sie hingehören. Sonst muss ich selbst Entscheidungsträger werden und mich in ein Gremium wählen lassen. Dann kann ich auch entscheiden. Auch die Parteien haben etablierte Formen wie eine stammtischmäßige öffentliche Vorberatung über die Gemeinderatsvorlagen. Etabliert heißt, alles, was nicht zufällig geschieht, sondern bewusst initiiert ist. Das gibt es bereits. Ich kann aber nicht einschätzen, ob das reicht oder ob es noch mehr braucht. Ich würde sagen, das, was es gibt, reicht. Korb macht was!

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Ich würde mir wünschen, dass sich mehr Menschen ehrenamtlich engagieren und beteiligen würden. Ich sehe aber auch, dass das heutzutage immer schwieriger wird. Menschen, die sich über einen gewissen Zeitraum beteiligen, gibt es immer weniger, da die Zeit im Alltag fehlt und die Energie für ein Ehrenamt neben Beruf und Familie noch aufzubringen – das ist schwierig geworden. Ich nehme immer mehr den Rückzug aufs Privatleben wahr und weniger Engagement fürs Gemeinwohl. Ein Ehrenamt ist aber begrenzt. Das muss deutlich gemacht werden. Ich erlebe es hier in Korb als positiv, dass das Ehrenamt auch gewürdigt wird in Form des Ehrenamtsfestes mit Dankesessen. Das Ehrenamt ist eine Projektarbeit, die zeitlich begrenzt ist mit klarem Anfang und Ende. Und das ist vielen nicht bewusst. Viele haben die Angst, sie kommen da rein und dann nicht mehr raus. Aber das ist es nicht. Und daran muss man arbeiten. Klar, am Ende muss jeder selbst einschätzen können, ob er den Aufwand leisten kann oder nicht und hierfür müssen die Rahmenbedingungen klar geregelt werden. Hinzu kommt die gezielte Ansprache der Bürger: Ich muss die Bürger gezielt und persönlich ansprechen, auf ihre Stärken hin motivieren mitzumachen – wir suchen dich für dieses Ehrenamt wegen deinen Stärken. Klare Aufgabenbeschreibung, klare zeitliche Begrenzung und direkte persönliche Ansprache – das sind die Kriterien, mit denen ich den Bürger auch begeistern kann, mitzumachen. Ich finde, allgemeine Aufrufe im Mitteilungsblatt reichen hier nicht aus und bringen in dieser Hinsicht nichts. Unklare Dinge und Ungewissheit sind schwierig. Das muss klar sein.

Experteninterview 9 (11.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Grundsätzlich positiv, es kommt aufs Thema an. In Korb gibt es einige Themen, wo Bürgerbeteiligung schon stattfindet wie beim Dorfhaus Kleinheppach, bei der Schule oder rund um den Seeplatz. Ich denke, es ist überall dort sinnvoll, wo im Vorfeld Möglichkeiten gegeben sind, sich zu beteiligen. Bei anderen Dingen weniger (z.B. Netzgesellschaft), da geht Bürgerbeteiligung nicht. Schwierig ist es immer, wenn es um Entscheidungen geht. Und die Frage, in welchem Umfang sollen wir beteiligen. Ich finde aber in Korb haben wir keinen kleinen Rahmen der Bürgerbeteiligung. Hier läuft schon viel übers Leitbild, wodurch wir einen großen Rahmen der Bürgerbeteiligung geschaffen haben. Meiner Meinung nach ist Korb schon weit, was im Bereich der Bürgerbeteiligung geht. Auch beim Namen der GMS wurden die Bürger gefragt. Die Suche nach einem passenden Namen wurde öffentlich angestoßen und Vorschläge in die engere Auswahl genommen. Das kann aber auch gefährlich werden, wie man am Beispiel Schwäbisch Gmünd mit dem Tunnel gesehen hat. Schwierig ist dabei eben die Frage, wer sich da beteiligt.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Karten vorgestellt und erläutert.

Ideen sammeln, Energien bündeln: In dem Bereich haben wir zum Leitbild viel gemacht und erfolgreich angewendet. / Meinungen einholen durch Bürgeraktivierung: Da machen wir in Korb viele Aufrufe im Mitteilungsblatt, und bitten um Ideenvorschläge zu ausgewählten Themen, wie z.B. bei der RGS 2019. / Runde Tische: Da gibt es in Korb auch immer wieder welche, sobald Konfliktpotenzial da ist, wie in der Steinacher Straße z.B. Ende Juli. Die werden auch nicht abgeschüttelt, so kann man gemeinsam Lösungen erarbeiten. / Bürgergutachten sind in der Form noch nicht erfolgt. / Zukunftskonferenz: Das wäre was Tolles in Korb. Im kleinen Rahmen haben wir das ja schon zum Leitbild gemacht. Aber eigentlich sollte dabei die Gemeinde als Ganzes betrachtet und Zukunftsvisionen entwickelt werden. Wie sieht Korb in 30 Jahren aus? Was sind unsere Ziele? Wie sieht das Leben in Korb aus? Z.B. im Bereich Mobilität/ Zukunftsmobilität/ Verkehrsraumplanung: wie sieht das Fahrradfahren innerorts aus? Da ist Korb hinterher, da geht mehr.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

(Siehe oben) Zukunftskonferenz könnte ich mir in Korb sehr gut vorstellen – Brainstorming zu den Visionen der Bürger. Was wollen die Bürger? Wie sehen sie ihre Gemeinde in 30 Jahren? Da können dann neue Dinge zum Vorschein kommen, wie Golfplatz, Sommerskihalle usw. – aber auch sinnvolle Vorschläge. Das muss dann das Gremium beurteilen. Aber generell kann ich mir da mehr vorstellen für Korb. Es ist aber leider oft so, wenn die Gemeinde was macht, dann kommen nur 8 bis 10 Leute, manchmal auch 25. Das sieht man in den Gemeinderatssitzungen: Wenn kein Interesse bzw. Problem da ist, dann kommt da auch keiner. Ein erster Schritt in der Bürgerbeteiligung wäre, regelmäßig in die Gemeinderatssitzung zu kommen. Und dann weiter: Die Leute (Gemeinderäte) auch auf der Straße anzusprechen, statt immer nur hinterher zu schimpfen. Die Leute sollten viel mehr im Vorfeld schon auf Gemeinderäte zugehen, da sollte mehr stattfinden.

Der informative Abend zur RGS 2019 mit der Vorstellung der Ideensammlung, das war gut gelungen mit guter Resonanz. Wenn aber nur 10 von 10.000 Einwohnern zu solchen Veranstaltungen kommen, dann läuft was falsch. Beim Schimpfen sind dann aber komischerweise immer 1.000 Leute da, wenn der Prozess bereits abgeschlossen ist. Das ist dann schwierig, die Leute sollten früher kommen.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Die Zukunftskonferenz wäre meine Priorität, da diese Methode an langfristige Ziele ansetzt und die Frage beleuchtet: Wie soll meine Kommune in Zukunft aussehen?

Die restliche Rangfolge wäre: Ideen sammeln, Bürgerpanel und Runde Tische. Diese sind aber alle auf Einzelprojekte fokussiert, und dafür jeweils auch gut genutzt. Für die Gesamtvision eignet sich aber die Zukunftskonferenz am besten. Hier wird gesamt auf die Visionen abgehoben, kann Ideen spinnen und Gedanken spielen lassen für kreative Visionen.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ich weiß ich nicht, ob man das an der Einwohnerzahl festmachen kann. Politisch gesehen sind Projekte in größeren Gemeinden andere als in Korb. Hier wäre ein Flugplatz z.B. ausgeschlossen. Unsere Projekte sind kleiner. Aber in Stuttgart sind Bürgerbeteiligungsprojekte auch oft nur auf Stadtteile bezogen, raumbezogen. Ein Einkaufszentrum im Zentrum interessiert die umliegenden Stadtteile nicht, umgekehrt aber genauso wenig. Je weiter weg, desto weniger Interesse ist da. Die Entfernungen innerhalb der Stadt sind aber teilweise weiter als von Korb nach Schwaikheim. Anders ist es, wenn es um generelle Dinge geht, wie Feinstaub oder Verkehr. Das ist dann schon kreisübergreifend. Es kommt immer aufs Thema an, weniger auf die Einwohnerzahl.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Wenn ich solche Instrumente nutze und Planer einbinde, die das Projekt unterstützend begleiten und am Ende ein fundiertes Konzept steht, dann folgt der Gemeinderatsbeschluss. Und dann kann man das Ganze auch realisieren, dann ist das eine gute Sache und richtige Demokratie. Das ist dann sehr gut! Die Rechtsverbindlichkeit entsteht, wenn ein fundiertes Konzept da ist, das Hand und Fuß hat. Das lehnt der Gemeinderat dann auch nicht ab, wenn es finanzierbar ist. Manchmal liegt es auch an anderen Instanzen und Stellen, warum es nicht geht, Bsp. Weiher als Ausgleichsmaßnahme und RGS 2019. Da liegt das Problem beim LRA nicht bei der Gemeinde, obwohl es die Bürger wollen. Es ist nicht immer nur die Entscheidung des Gemeinderats.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren?

Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Ich denke, das ist immer themenabhängig. Meine Bedenken habe ich bereits geäußert (siehe oben). So kann man z.B. keine Bürgerbeteiligung machen, wenn es um Personalpolitik geht. Darüber kann ich keine Bürger entscheiden lassen. Hier fehlen der Gesamtüberblick und die Kompetenz der Bürger, das zu entscheiden.

Grundsätzlich kann ich eine Bürgerbeteiligung nur machen, wenn ich im Vorfeld alles transparent machen kann. Ich muss weit bzw. früh im Vorfeld dazu aufrufen können, wie bei einer Zukunftskonferenz. Aber klar ist auch, ich muss die Bürgerbeteiligung immer davon abhängig machen, ob es sich um ein Einmal-Projekt oder ein längerfristiges Projekt über mehrere Jahre handelt. Aber grundsätzlich muss ich fragen, was gefällt den Korb, was missfällt ihnen? Was sollte sich ändern? Hier können die Ansichten total unterschiedlich sein, wie am Bsp. Verkehr: der eine will den Verkehr innerorts abschaffen, der andere will zum Döner fahren können.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Ich würde mir wünschen, dass die Bürger sehen, dass sie auch wahrgenommen werden, und dass die Bürger die Infoveranstaltungen mehr annehmen. Ein voller Saal wäre wünschenswert, zum Bilden von Arbeitsgruppen. Aber andererseits ist es auch wünschenswerter lieber 25 Motivierte zu haben, die vor Energie sprühen, als 100, die sich daran stoßen. Diese Auswahl geht natürlich nicht. Man sollte gegenseitig mehr im Gespräch sein und sich mehr austauschen, das ist sehr wichtig!

Experteninterview 10 (11.07.2017)

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Positiv verhalten: 1. Es kommt darauf an, wie, in welcher Form und von wem. 2. Grundvoraussetzung ist, danach und während des Prozesses schon die Stimmen zu gewichten. Man muss die unterschiedlichen Stimmen ernst und wichtig nehmen, aber sie nicht überbewerten. 3. Wenn Bürgerbeteiligung, muss man bereit sein, Verantwortung dafür zu übernehmen. Sonst besteht die Gefahr, dass darauf zurückgegriffen wird und man sich dahinter versteckt. 4. Bürgerbeteiligung darf nicht als politisches Instrument missbraucht werden, um Stimmung zu machen und damit die eigene Position zu verbessern und sich daran zu bereichern.

Die Frage ist, wie nutze ich Bürgerbeteiligung, wie gewichte ich, wie bewerte ich. Bürgerbeteiligung ist immer ein Teil des Ganzen. Man darf sich der Verantwortung hieraus nicht verweigern. Man hat die Verantwortung fürs Ganze. Man muss immer kritisch prüfen und hinterfragen, was die Interessen dahinter sind. Handelt es sich um bloße Einzelinteressen oder politische Interessen Einzelner, die was bewegen wollen. Am Schluss muss klar sein, dass eine Entscheidung fürs Ganze getroffen werden

muss und keine Einzelinteressen übervorteilt werden dürfen. Da muss eine klare Abwägung der Interessen erfolgen. Wer hat welches Motiv und wie gewichte ich dieses? Immer mit Blick auf das Gesamtinteresse.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Karten vorgestellt und erläutert.

Zukunftskonferenzen und Open Space bzw. World-Café zum Ideen sammeln, kennt man in Korb vom Leitbild-Prozess. Bei der RGS 2019 wurden auch Ideen der Bürger gesammelt. Selbst die Korber Köpfe sind im weitesten Sinne Bürgerbeteiligung bzw. eine Beteiligung einzelner Gruppen, um Kunst im öffentlichen Raum auszustellen – eine besondere Art der Bürgerbeteiligung.

Planungszelle kommt mir bekannt vor, aber wird nicht praktiziert.

Welche werden davon bereits in Korb eingesetzt? Mit welcher Erfahrung?

Siehe oben.

Wenn Sie eine Rangfolge für Korb reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Das geeignetste ist für mich die Zukunftskonferenz. Die gibt es in Korb schon als gestalterische Runde, die die Zukunft deklariert und entscheidet, was umgesetzt werden soll in einer fruchtbaren Kombination aus Ehrenamt und Hauptamt. Am Beispiel Leitbild hat das gut funktioniert, erst die Bürger, dann die Gemeinderäte. Hier gibt es in Korb eine Kultur dazu, Prozesse, die schon geschehen sind, und gut laufen. Daran anschließend bzw. im Umfeld zur Zukunftskonferenz würde ich Ideen sammeln. Vorstellen kann ich mir auch Runde Tische. Das liegt mir nahe, kann ich selbst aber nicht beurteilen, da ich noch nicht dabei war. Die gab es z.B. mit Vereinen und zum Jugendzentrum.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Ja, ich denke schon. 10.000 Einwohner sind eine überschaubare Größe und darauf kommt es an. Da kennt man sich noch und hat einen Bezug dazu. Es gibt überschaubare Strukturen und die Identifikation mit dem Ort ist groß. In Korb gibt es zwei Ortsteile, wo jeweils ein Bewusstsein sowie ein Zugehörigkeitsgefühl da sind. Ein Netzwerk ist in jedem Ortsteil vorhanden, aber auch ein übergeordnetes. Es gibt eine homogene Struktur, ein Gefüge der Überschaubarkeit der Interessenslage, gemeinsame Themen, wie Bewusstsein für Natur, Weinbau und Kultur. Das sind die homogenen Interessen der Bürger, definierbare Interessen. Die Bürgerschaft bricht nicht auseinander. Ein Zusammenhalt ist da, mit sozialem Zugehörigkeitsgefühl und Sozialgefüge. Das Bewusstsein, dass man auch in der vielfältigen Vereinslandschaft mit Gruppierungen, wie Kirchen, Vereine und sonstige Gruppierungen, verbunden ist. Die sind in sich agil und als Ganzes agil. Und das Ganze ist überschaubar.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität? Wie könnten Sie sich vorstellen, Verbindlichkeit reinzubringen?

Wenn die Gemeinde einen konstruktiven Rahmen vorgibt, wirkt das entschieden auf die Effektivität. Wie beim World-Café zum Leitbild, da hat man das professionell organisieren und leiten lassen. Eine Veranstaltung, die gut organisiert ist, wirkt sympathiestärkend für die Sache. Wenn ein Rahmen da ist, kann ein Ziel verfolgt werden und senkt die Schwelle sich zu beteiligen. Es muss klar gemacht werden, dass ein Ehrenamt eine überschaubare Aufgabe ist mit definiertem Anfang und Ende. Das ist ganz wichtig, zu verdeutlichen, nach Ablauf der Zeit ist es auch zu Ende.

Beim Freundeskreis Asyl funktioniert die Beteiligung und das Ehrenamt hervorragend. Da sind viele Leute, die gelernt haben, sich zu engagieren, aber auch andere, die es zum ersten Mal machen. Ich finde eine Kultur der Beteiligung und des Mitmachens ist sehr wertvoll und wirkt sich auf die ganze Kommune und das Leben in einer Zivilgesellschaft aus.

Sollte Korb Ihrer Meinung nach ein institutionalisiertes Konzept zur Bürgerbeteiligung etablieren?

Wenn ja, wie könnte dies Ihrer Meinung nach aussehen? Wenn nein, welche Bedenken haben Sie?

Da bin ich zurückhaltend. Ich sehe da die Gefahr, dass es sich tot läuft. Strukturen laufen sich oft tot, wenn Strukturen verkrusten. Ich denke, das müsste man in jedem Einzelfall prüfen. Ob z.B. eine Instanz der Zwischenprüfung durch ein Leitbild-Gremium sinnvoll wäre, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man eher bestehende Gremien und deren Zusammenarbeit weiter ausbauen im Sinne von mehr mit Leben füllen und besser gestalten, nicht im Sinne von ausdehnen. Beispiele, wo die Zusammenarbeit gut läuft: Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Gemeinde, beim Straßenfest die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und der Gemeinde oder beim Ehrenamtsfest zwischen Ehrenamtlichen, Gemeinderäten und Gemeinde, um stille Wohltäter zu ehren.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung in Korb wünschen?

Ich würde mir wünschen, dass die Unterscheidung zwischen Einzel- und Gesamtinteresse gezielter erfolgt: Einzelinteressen mehr respektieren, aber im Hinblick auf das Gesamtinteresse besser abwägen und gewichten. Zudem würde ich mir mehr Verständnis für die jeweilige andere Position wünschen, sich in deren Beweggründe reindenken und diese hinterfragen oder bestärken zum Wohle des Gesamtinteresses. Konkret zur Bürgerbeteiligung würde ich mir wünschen, einfach loslegen, wenn es was zu tun gibt, sich zusammenschließen mit anderen und gestalten und nicht nur sich selbst im Blick haben.

Zudem mehr Toleranz anders Denkenden gegenüber. Es ist völlig legitim, ein Einzelinteresse zu verfolgen, aus seinem inneren Interesse heraus, wenn es z.B. um Kultur geht. Wenn ein Thema interessiert und die Entscheidungsfreude da ist, sich werteorientiert einbringen. Ferner würde ich mir eine sich verbindende Gesellschaft, nicht trennende oder auseinander brechende Gesellschaft wünschen. Dem muss man entgegenwirken.

Viele Leute sollten einfach mehr genießen – Natur, Menschen, Kultur und Weine genießen: Wenn Menschen genießen können, prägt es die Menschen positiv.

Anmerkung zum Weinbau:

In einer Weinbaugemeinde wie Korb sollte der Weinbau natürlich auch nicht unberücksichtigt bleiben. Im traditionellen Sinne bedeutet der Weinbau für Korb auch eine gewisse bürgerliche Mitbestimmung und Mitverantwortung, die heute vielleicht nicht mehr so stark ausgeprägt ist wie früher, aber nach wie vor trotzdem gegeben ist. In Korb gibt es neben dem Haupterwerbscharakter, auch den genossenschaftlichen sowie den Nebenerwerbscharakter und nicht zuletzt die Hobbywinzer. Jeder Zweig trägt auf seine Weise zur Beteiligung im weitesten Sinne, zu einer Kultur-, Traditions- und Landschaftspflege bei. Insbesondere durch ein starkes Vereinsleben wird das gesellschaftliche Miteinander geprägt und lebt von einer gesellschaftlichen Mitbestimmung und Mitwirkung. Der Weinbau trägt daher auf seine Art zu einem gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein und Zusammenwirken bei.

Experteninterview 11 (18.07.2017)

Vorab

Unterscheidung: Instrumente, Methoden, Verfahren ist wichtig – Bürgerbeteiligung sollte eher ein Verfahren sein. Ich stelle oft fest, dass versucht wird, das Heil in der Methode oder in den Instrumenten zu sehen, aber das ist es nicht. Bürgerbeteiligung soll ein Verfahren sein. Feststellung: Welche Methoden eignen sich für welches Problem? Aber das ist es nicht: Der Weg ist das Ziel. Die Frage nach der Eignung der Instrumente ist eine interessante Frage, aber die muss in den Gesamtprozess eingebettet sein.

Wie stehen Sie zu Bürgerbeteiligung?

Sehr positiv, ich sehe Bürgerbeteiligung als Bereicherung für die Gesellschaft und für die repräsentative Demokratie. Bürgerbeteiligung zählt zur deliberativen Demokratieform –es gibt 3 Formen der Demokratie: repräsentative, direkte und deliberative. Diese ergänzen sich sehr gut. Wir müssen alles versuchen. Bürgerbeteiligung ist eine Möglichkeit, das Zusammenleben und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und Chancengleichheit zu fördern. Dafür ist Bürgerbeteiligung ein schönes Instrument.

Welche informellen Beteiligungsinstrumente kennen Sie?

Wenn es um die Eingrenzung des Begriffs „Instrumente“ im Sinne von „Formate“ geht, dann kenne ich einige: Zukunftskonferenz, Zukunftswerkstätten, Open Space, Runde Tische, Planungszelle, Infomarkt (Pinnwände). Wichtig dabei ist aber immer die Fragestellung! (Siehe oben) Der Fokus muss auf dem Verfahren liegen. Schlimm ist es, wenn ein Bürgermeister, 90 min Infoveranstaltung in Form eines Frontalvortrags hält. Dies kann auch informativ sein, ist aber nicht Zweck.

Karten vorgestellt und erläutert.

Welche eignen sich davon für eine 10.000 Einwohner-Kommune? Einschätzung?

Bürgerbeteiligung muss nach h.M. nicht repräsentativ sein. Wenn ich hinten anfangen: Bürgerpanel ist für eine kleine Kommune eher schwer. Sobald es quantitativ wird und damit repräsentativ, ist es schwierig handelbar. Also für eine kleine Kommune wie Korb eher nicht geeignet, bzw. man muss sich immer fragen, wie sind die finanziellen Mittel? Im Rahmen der finanziellen Mittel kann nicht alles durchgeführt werden. Ich möchte die Frage gerne allgemein beantworten: Es muss passen. Der Bürgermeister kennt seine Kommune am besten. Die Kultur der Bürgerbeteiligung muss passen. Open Space vs. Runde Tische, das Thema muss passen. Wie geht Bürgerbeteiligung? Die Methode muss passen zu dem, was schon lief. Wenn ich auf eine Beteiligungskultur zurückgreifen kann, ist es sinnvoll das so fortzuführen, wenn was eingeübt ist. Dann kann die Methode auch zunehmend komplexer werden. Wenn ich keine Beteiligungskultur habe, dann muss ich mich dem Ganzen empathisch und behutsam nähern. Kein Masterplan für Korb aufstellen, damit werden Kommune und Bürger überfordert. Eignung hängt auch von der Komplexität der Instrumente ab – Komplexitätsstränge nach oben.

Wenn Sie eine Rangfolge reinbringen müssten, welche wären Ihrer Meinung nach die Top 3 (Favoriten)? Und warum? Welches ist die geeignetste für Korb?

Es kommt immer auf den Fall an. Worum geht es? Die Methode muss immer zur Fragestellung passen. Das muss immer der erste Schritt sein und ist auch der wichtigste Schritt. Zum Beispiel passt eine Zukunftskonferenz nicht zur Umgehungsstraße.

Glauben Sie, dass die Eignung der Instrumente von der Einwohnerzahl abhängt? Wenn ja, woran machen Sie das fest? (Welche Faktoren?) Wenn nein, warum nicht?

Nein, ich würde behaupten, das hat keinen Einfluss. Wie vorhin schon erwähnt, Bürgerbeteiligung muss nicht repräsentativ sein. Tipp: Sie dürfen als Kommune den Menschen auch sagen, dass die Mittel begrenzt sind. Man darf sich als Kommune nicht übernehmen/ überheben. Sie dürfen da transparent sein. Transparenz, warum jenes Instrument geeignet erscheint.

Informelle Instrumente sind von sich aus nicht rechtsverbindlich. Welchen Einfluss hat das auf ihre Effektivität?

Das ist eine sehr interessante Frage. Das eine muss mit dem anderen nicht korrelieren. Bürgerbeteiligung ist nur ganz selten messbar/ zählbar/ wiegbar. Der Output ist mit quantitativen Methoden nicht zu erfassen. Wenn es um Effizienz geht, muss man vom Ende her denken, was kann dabei rauskommen? Ich brauche in erster Linie ein klares Bekenntnis der Entscheidungsträger (Bürgermeister und Gemeinderat) zu einem Verfahren der Bürgerbeteiligung als zentrale Schnittstelle – ein zentrales Bekenntnis. Einen effizienten Output kann ich erst dann generieren, wenn sich der Gemeinderat dazu bekennt, und einen Rahmen vorgibt. Dann ist Bürgerbeteiligung effizient. Ich darf NICHT den Leuten ein weißes Blatt Papier geben und dann loslegen, das geht nicht. Wichtig bzw. entscheidend ist, wie verhalten sich der Gemeinderat und der Bürgermeister dazu? Dann wird es auch schnell effizient. Dann ist das toll! Als Vorlage für den Gemeinderat zur Weiterarbeit im Gemeinderat (bewusst WEITERarbeit). Informelle Verfahren in formelle Verfahren einarbeiten.

Was halten Sie von einem institutionalisierten Konzept zur Bürgerbeteiligung?

Das hat mit Leitlinien und Priorisieren zu tun. Bestes Beispiel ist hier Heidelberg. Dazu braucht es aber eine Bestandsaufnahme der Leitungsspitze (Bürgermeister oder Hauptamtsleiter), die dazu befähigt ist, herauszuarbeiten, was bereits an Wissen zum Thema Bürgerbeteiligung vorhanden ist, was in der Kommune in dem Bereich gemacht wird? Haben wir schon eine Beteiligungskultur, an die wir anknüpfen können? Dann können wir uns auf den Weg machen, Leitlinien zu entwickeln. Dann ist das eine sinnvolle Sache und schöner und effektiver für den Gemeinderat. Eine Vorgehensweise: Wenn wir X haben, gehen wir nach Y vor, und dazu Spielregeln aufstellen im Sinne einer Effizienzverteilung. Aber wenn ich noch nie Instrumente angewandt habe, dann kommt es da leicht zur Überforderung der Bürger. Man muss den Bürger empathisch an das Thema hinführen und nicht überfahren.

Was würden Sie sich im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung wünschen?

Offenheit und Neugier – von allen Seiten: Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Menschen.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind entschlossen, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und den Zusammenhalt der deutschen Nation zu wahren, den Frieden zu erhalten und an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, die Freiheitsrechte und den Wohlstand unseres Volkes zu erweitern und unser Land so zu entwickeln, daß sein Rang in der Welt von Morgen anerkannt und gesichert sein wird. Die Politik dieser Regierung wird also im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen.

Unser Respekt gebührt dem, was in den vergangenen Jahren geleistet worden ist – im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, von allen Schichten unseres Volkes. Ich nenne die Namen Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher stellvertretend für viele andere, mit denen die Bundesrepublik Deutschland einen Weg zurückgelegt hat, auf den sie stolz sein kann. Niemand wird die Leistungen der letzten zwei Jahrzehnte leugnen, bezweifeln oder gering-schätzen. Sie sind Geschichte geworden.

Die Beständigkeit unserer freiheitlichen Grundordnung ist am 28. September erneut bestätigt worden. Ich danke den Wählern für die eindeutige Ablehnung des Extremismus, den es weiterhin zu bekämpfen gilt.

(Beifall bei den Regierungsparteien sowie bei der CDU/CSU.)

Unsere parlamentarische Demokratie hat 20 Jahre nach ihrer Gründung ihre Fähigkeit zum Wandel bewiesen und damit ihre Probe bestanden. Dies ist auch außerhalb unserer Grenzen vermerkt worden und hat unserem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt verholfen.

Die strikte Beachtung der Formen parlamentarischer Demokratie ist selbstverständlich für politische Gemeinschaften, die seit gut 100 Jahren für die deutsche Demokratie gekämpft, sie unter schweren Opfern verteidigt und unter großen Mühen wieder aufgebaut haben. Im sachlichen Gegeneinander und im nationalen Miteinander von Regierung und Opposition ist es unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe, dieser Bundesrepublik eine gute Zukunft zu sichern.

Die Bundesregierung weiß, daß sie dazu der loyalen Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Körperschaften bedarf. Dafür bietet sie dem Deutschen Bundestag und natürlich auch dem Bundesrat ihren guten Willen an.

Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen.

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß nicht nur durch Anhörungen im Bundestag,

(Abg. Dr. Barzel: Anhörungen?)

sondern auch durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.

(Abg. Dr. Barzel: Die Regierung will uns gnädigst anhören?! – Abg. Wehner: Beruhigen Sie sich! Das heißt neudeutsch „Hearing“, nichts anderes! – Abg. Dr. Barzel: Dann soll er es doch richtig sagen!)

Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, daß auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben.

Wir werden dem Hohen Hause ein Gesetz unterbreiten, wodurch das aktive Wahlalter von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir werden auch die Volljährigkeitsgrenze überprüfen.

Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft.

Dies gilt nicht zuletzt für die Gewerkschaften, um deren vertrauensvolle Zusammenarbeit wir uns bemühen. Wir brauchen ihnen ihre überragende Bedeutung für diesen Staat, für seinen weiteren Ausbau zum sozialen Rechtsstaat nicht zu bescheinigen.

Wenn wir leisten wollen, was geleistet werden muß, brauchen wir alle aktiven Kräfte unserer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die allen weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen offen sein will, ist auf ethische Impulse angewiesen, die sich im solidarischen Dienst am Nächsten beweisen. Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familie, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. Wir sehen die gemeinsamen Aufgaben, besonders, wo Alte, Kranke, körperlich oder geistig Behinderte in ihrer Not nicht nur materielle Unterstützung, sondern auch menschliche Solidarität brauchen. Im Dienst am Menschen – nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern – begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln.

Wir werden uns ständig darum bemühen, daß sich die begründeten Wünsche der gesellschaftlichen Kräfte und der politische Wille der Regierung vereinen lassen.

Meine Damen und Herren! Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.)

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa.

20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis. Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab. Im übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des internationalen Handels und Kulturaustausches nicht schmälern.

Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Unruhe bei der CDU/CSU.)

Anknüpfend an die Politik ihrer Vorgängerin erklärt die Bundesregierung, daß die Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt auch gegenüber der DDR gilt.

Die Bundesregierung wird den USA, Großbritannien und Frankreich raten, die eingeleiteten Besprechungen mit der Sowjetunion über die Erleichterung und Verbesserung der Lage Berlins mit Nachdruck fortzusetzen. Der Status der unter der besonderen Verantwortung der Vier Mächte stehenden Stadt Berlin muß unangetastet bleiben. Dies darf nicht daran hindern, Erleichterungen für den Verkehr in und nach Berlin zu suchen. Die Lebensfähigkeit Berlins werden wir weiterhin sichern. West-Berlin muß die Möglichkeit bekommen, zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Teile Deutschlands beizutragen.

Wir begrüßen es, daß der innerdeutsche Handel wieder zunimmt. Hierzu haben auch die Erleichterungen beigetragen, die durch die Vereinbarung am 6. Dezem-

ber 1968 eingetreten sind. Die Bundesregierung hält einen weiteren Ausbau der nachbarlichen Handelsbeziehungen für wünschenswert.

Wir haben das bisherige Ministerium für gesamtdeutsche Fragen entsprechend seinen Aufgaben in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Die Deutschlandpolitik insgesamt kann nicht Sache eines Ressorts ein. Sie ist eine ständige Aufgabe der ganzen Regierung und umfaßt Aspekte der auswärtigen Politik, der Sicherheits- und Europapolitik, ebenso wie die Bemühungen um den Zusammenhalt unseres Volkes und um die Beziehungen im geteilten Deutschland.

Meine Damen und Herren, in unserer Bundesrepublik stehen wir vor der Notwendigkeit umfassender Reformen. Die Durchführung der notwendigen Reformen und ein weiteres Steigen des Wohlstandes sind nur möglich bei wachsender Wirtschaft und gesunden Finanzen. Doch diese Bundesregierung hat ein schwieriges wirtschaftspolitisches Erbe übernommen, das zu raschem Handeln zwang:

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Lachen und Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Seit gestern ist die Parität der Deutschen Mark um 8,5 % verbessert. Die außenwirtschaftliche Absicherung auf steuerlichem Wege wurde endgültig aufgehoben.

Wir werden die Forderung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums erfüllen. Dieses Gesetz, eine der großen Reformleistungen des 5. Deutschen Bundestages, verpflichtet zum Handeln, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdet ist. Diese Pflicht war seit dem Frühjahr 1969 vernachlässigt worden.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Beschluß der Bundesregierung vom letzten Freitag, vom 24. Oktober, beendet eine Phase der Unsicherheit und beseitigt das fundamentale Ungleichgewicht in unserer Zahlungsbilanz.

(Zuruf von der CDU/CSU: Abwarten!)

Außenwirtschaftlich haben wir damit einen entscheidenden Beitrag geleistet, um den Welthandel weiter zu liberalisieren und das Weltwährungssystem zu stabilisieren.

Binnenwirtschaftlich wird die Aufwertung die Preisentwicklung des Jahres 1970 dämpfen.

(Abg. Dr. Müller-Hermann: Abwarten!)

Allerdings wäre mehr zu erreichen gewesen, wenn die vorige Bundesregierung rechtzeitig gehandelt hätte.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der CDU/CSU.)

Der Höhepunkt der Preisentwicklung kann wegen dieses Versäumnisses sogar noch vor uns liegen.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Ohne Aufwertung wäre eine weitere Zuspitzung der Konjunkturlage mit der Gefahr einer nachfolgenden Rezession kaum vermeidbar gewesen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Unser Ziel lautet: Stabilisierung ohne Stagnation. Diesem Ziel dient unser wirtschafts- und finanzpolitisches Sofortprogramm. Es enthält:

1. Eine Finanzpolitik, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebots auf den Binnenmarkt hin fördert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr bedenklich!)

2. Weitere Konsultationen mit der Bundesbank über eine der neuen Lage nach der DM-Aufwertung angemessene Linie der Geld- und Kreditpolitik.

3. Die Fortsetzung und Intensivierung der bewährten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden im Rahmen der Konzertierten Aktion, an der in Zukunft auch Vertreter der Landwirtschaft teilnehmen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

4. Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Konjunkturrat der öffentlichen Hand.

5. Die aktive Mitarbeit der Bundesregierung an einer stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und an der notwendigen Weiterentwicklung des Weltwährungssystems.

6. Die Aufwertung der D-Mark verlangt von uns einen Einkommensausgleich für die Landwirtschaft. Unsere Verpflichtung gegenüber den deutschen Bauern müssen wir jedoch mit den Römischen Verträgen über den Gemeinsamen Markt in Einklang bringen.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat anerkannt, daß der Einkommensverlust der deutschen Landwirtschaft voll ausgeglichen werden muß. Nach stun-

denlangen Beratungen hat er – der Rat – in den heutigen Morgenstunden folgendes beschlossen:

Auf Antrag der deutschen Delegation wurde zunächst eine Übergangsregelung für die Dauer von 6 Wochen getroffen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was kommt danach?)

Während dieser Zeit werden die Preise nach der bisherigen Parität aufrechterhalten und durch ein Grenzausgleichssystem abgesichert. Nach dieser Zeit erhält die Landwirtschaft den Einkommensausgleich. Dieser Ausgleich kann zum Teil durch eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes herbeigeführt werden.

(Unruhe bei der CDU/CSU.)

Wie das im einzelnen geschieht, darüber wird dieses Hohe Haus in Kürze beraten müssen.

(Abg. Dr. Barzel: Was machen die Bauern so lange? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Der Rest wird durch direkte Ausgleichszahlungen gedeckt, an denen sich die Gemeinschaft beteiligen wird. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften wird in Kürze erneut zusammentreten, um die Einzelheiten der langfristigen Regelung festzulegen.

(Abg. Rasner: Also wir wissen noch nichts!)

Leider hat der Rat dem mehrfach und mit großem Nachdruck vorgetragenen Antrag der Bundesregierung, das bisherige Preisniveau durch ein Grenzausgleichssystem auf Dauer beizubehalten, nicht entsprochen. Unsere Partner in der EWG und die Kommission vertraten den Standpunkt, daß dadurch die Grundlage der gemeinsamen Agrarpolitik und des Gemeinsamen Marktes in Frage gestellt werden würde.

Dieser Kompromiß zeigt deutlich, meine Damen und Herren, daß ein Widerspruch zwischen der weit vorangetriebenen Integration des Agrarmarktes und der mangelnden Koordinierung der Konjunktur- und Währungspolitik besteht. Eine Weiterentwicklung der Agrarpolitik im Rahmen der EWG muß daher in Zukunft stärker auf Fortschritte bei der Wirtschafts- und Währungspolitik abgestimmt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es bleibt das Ziel der Bundesregierung, die nationale Verantwortung für die landwirtschaftliche Strukturpolitik zu erhalten. Bei der notwendigen Strukturverbesserung

rung der Landwirtschaft muß vermieden werden, daß eine Politik des Preisdrucks betrieben wird.

Die vorzeitige Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarkts hat ohne Zweifel die internen Anpassungsprobleme der deutschen Landwirtschaft wesentlich verschärft. Wir halten es deshalb für unausweichlich, der Landwirtschaft bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten zu helfen. Sie soll sich zu einem gleichrangigen Teil unserer modernen Volkswirtschaft entwickeln, der an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in vollem Umfang teilnimmt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Unser Sofortprogramm, wie ich es in fünf Punkten skizziert habe, ist ein klares Angebot der Bundesregierung an alle, die unsere Wirtschaft tragen. Eine stetige Wirtschaftsentwicklung ist die beste Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie schafft das Klima, in dem sich private Initiative, Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit entfalten können. Sie sichert die Arbeitsplätze, schützt die steigenden Einkommen und wachsenden Ersparnisse vor der Auszehrung durch Preissteigerungen.

Auf Dauer können Stabilität und Wachstum nur in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung erreicht werden. Ein wirksamer Wettbewerb nach innen und nach außen ist und bleibt die sicherste Gewähr für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft. Allen protektionistischen Neigungen im In- und Ausland erteilen wir eine klare Absage.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird modernisiert werden. Unternehmenskonzentration ist zwar in vielen Bereichen notwendig. Sie darf aber nicht zur Ausschaltung des wirksamen Wettbewerbs führen. Deshalb ist eine vorbeugende Fusionskontrolle notwendig. Diese soll sich auf alle Bereiche der Wirtschaft erstrecken. Die Einrichtung einer unabhängigen Monopolkommission kann dazu ein wichtiges Instrument sein. Die Mißbrauchskontrolle marktbeherrschender und marktstarker Positionen muß ausgebaut werden. Dagegen soll die leistungssteigernde Kooperation zwischen Mittel- und Kleinunternehmen, auch im Handwerk und Handel, erleichtert werden. Sie darf nicht an dem Verbot von Bagatellkartellen scheitern. Die Klein- und Mittelbetriebe haben ein Recht auf gleiche Startchancen im Wettbewerb und auf einen wirksamen Schutz vor diskriminierenden Praktiken.

Die Fusionskontrolle soll auch für die Presse gelten. Diese Regierung beabsichtigt, ein Presserechts-Rahmengesetz vorzulegen. Im Fernsehen sollen neue technische Möglichkeiten zum besten Nutzen der Gesellschaft, vor allem auch für Bildungsaufgaben, verwendet werden; in jedem Falle sind dabei die Interessen der Öffentlichkeit vorrangig zu sichern.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Rasner: Das sagt nichts!)

Ein verbessertes Kartellgesetz muß zum Instrument einer wirksamen und fortschrittlichen Mittelstandspolitik werden. Auf dieser Grundlage können dann weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten, zum Ausbau des Beratungswesens und zu einer vom Betrieb unabhängigen Alterssicherung für die Selbständigen aufbauen.

Zu den Schwerpunkten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dieser Bundesregierung gehört das Bemühen um eine gezielte Vermögenspolitik. Die Vermögensbildung in breiten Schichten – vor allem in Arbeitnehmerhand – ist völlig unzureichend; sie muß kräftig verstärkt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Bundesregierung wird einen Entwurf zum Ausbau des Vermögensbildungsgesetzes vorlegen. Darin soll als nächster Schritt der Begünstigungsrahmen für vermögenswirksame Leistungen von 312 auf 624 DM erhöht werden. Die Bundesregierung erwartet, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber diese Offerte annehmen.

Darüber hinaus soll die Vermögensbildung so gestaltet werden, daß gleichzeitig die Kapitalbildung in der Wirtschaft und die Anlage in Beteiligungswerten erleichtert werden. Ein gesetzliches Zwangssparen entspricht jedoch nicht unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nach der Absicht der Regierung sollen das Sparen im eigenen Betrieb in die allgemeine Sparförderung einbezogen und die Möglichkeiten des Bausparens erweitert werden. Weitere Vorschläge zur Vermögenspolitik, vor allem auch im Zusammenhang mit der notwendigen Reform der Sparförderung werden geprüft. Die Verbesserung des Sparerschutzes und die Reform des Börsenwesens sind dabei wichtige flankierende Maßnahmen.

Dauerhafte Sicherheit kann es in einer entwickelten Gesellschaft nur durch Veränderung geben. Das wird sich in den 70er Jahren noch deutlicher zeigen. Der permanente wirtschaftliche und soziale Wandel ist eine Herausforderung an uns alle. Er kann ohne die Initiative des einzelnen nicht gemeistert werden. Die Eigeninitiative braucht jedoch die Unterstützung der Politik. Wir dürfen keine Gesellschaft der verkümmerten Talente werden. Jeder muß seine Fähigkeiten entwickeln können. Die betroffenen Menschen dürfen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden. Im Bewußtsein der Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes in den 70er Jahren werden wir uns besonders intensiv der Ausbildung und Fortbildung sowie der Forschung und der Innovation annehmen.

Dabei gilt es insbesondere, das immer noch bestehende Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen. Ich bin sicher, daß wir auf diese Weise beträchtliche Leistungsreserven unserer Gesellschaft mobilisieren und die Chancen jedes einzelnen verbessern können.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, Solidität wird die Richtschnur unserer Finanzpolitik sein.

(Abg. Dr. Barzel: Na! Bei diesem Staat?)

Wir dürfen allerdings nicht verschweigen, daß die Situation weniger günstig ist, als sie von bestimmter Seite dargestellt wurde.

(Abg. Dr. Barzel : Und deshalb Ihre ganzen Vorhaben!)

Die Bundesregierung steht zunächst vor der Aufgabe, einen mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 1969 bis 1973 und – so bald wie möglich – einen Entwurf für den Bundeshaushaltsplan 1970 dem Hohen Hause vorzulegen.

(Abg. Dr. Barzel: Aber vorweg erst einmal die Steuern senken! Das ist dann „solide“!)

Die neue mittelfristige Finanzplanung wird unsere politischen Absichten in Zahlen ausdrücken. Dabei ist all das zu berücksichtigen, was bei der Aufstellung des letzten mittelfristigen Finanzplans des Bundes noch nicht gewollt oder noch nicht absehbar gewesen ist:

1. In dem letzten Finanzplan, der die Jahre 1968 bis 1972 umfaßt, ist eine Vielzahl von Maßnahmen nicht enthalten, die durch die vorige Bundesregierung im letzten Jahr getroffen wurden.
2. Diese Regierung hat die finanziellen Möglichkeiten für die Erfüllung einer Reihe von politischen Forderungen des 5. Deutschen Bundestages zu prüfen.

3. Für die nationale Agrarpolitik stehen im Haushalt 1969 3,4 Milliarden DM, nach den Ansätzen der Finanzplanung im nächsten Jahre nur noch 2,7 Milliarden DM zur Verfügung. Dies dürfte nach den Unterlagen, die der Landwirtschaftsminister vorgefunden hat, keineswegs ausreichen. Die in Zukunft getrennt auszuweisenden Ausgaben für die EWG-Marktordnungen werden im Jahre 1970 um 1,4 Milliarden DM höher sein als bisher veranschlagt.

4. Durch die Verzögerung der Aufwertung der Deutschen Mark sind im Bundeshaushalt besondere Belastungen entstanden: zusätzliche Leistungen im öffentlichen Dienst

(Lachen und Zurufe von der Mitte: Ah ja!)

– ich wiederhole: zusätzliche Leistungen im öffentlichen Dienst als Folge der Situation auf dem Arbeitsmarkt durch die Nichtaufwertung

(Beifall bei den Regierungsparteien – Anhaltendes Lachen bei der CDU/CSU)

und jetzt höher als im Frühjahr zu veranschlagende Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

(Abg. Rasner: Durch die Aufwertung! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, die in der vorigen Legislaturperiode angekündigte Steuerreform wird die Bundesregierung verwirklichen. Wir erfüllen damit auch das Verfassungsgebot zur Schaffung des sozialen Rechtsstaates. Wir haben nicht die Absicht, bestehende Vermögen durch konfiskatorisch wirkende Steuern anzutasten. Wir wollen auch in der Steuerpolitik die Voraussetzungen für eine breitere Vermögensbildung schaffen.

Zunächst werden wir den Bericht der Steuerreformkommission abzuwarten haben. Unser Ziel ist es, ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem zu schaffen. Die Vorlage einer reformierten Abgabenordnung muß beschleunigt erfolgen.

Bei einer rationellen Bewirtschaftung und bei Verwendung moderner, kostensparender Methoden können die öffentlichen Haushalte die in den nächsten Jahren entstehenden Finanzierungsaufgaben erfüllen, ohne daß die Steuerlastquote des Jahres 1969 erhöht wird.

(Abg. Dr. Barzel: Nennen Sie doch mal die Zahlen!)

Ohne der Arbeit der Steuerreformkommission vorzugreifen, halten wir es für notwendig, zwei Änderungen vorwegzunehmen:

(Abg.: Dr. Barzel: Erst einmal einen ausgeben!)

1. Der Arbeitnehmerfreibetrag, der seit 1964 unverändert 240 DM jährlich beträgt, soll vom 1. Januar 1970 an verdoppelt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der Mitte.)

Dies ist ein notwendiger Akt der sozialen Symmetrie zugunsten der Arbeitnehmer.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Kommt auch noch in die „soziale Symmetrie“!)

2. Vom 1. Januar 1970 an soll auch die Einkommensgrenze, von der ab die Ergänzungsabgabe bislang erhoben wird, zugunsten der mittleren Einkommen verdoppelt werden.

(Abg. Köppler: Das ist die andere Symmetrie! – Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)

– Ach, wissen Sie, Sie müssen sich noch angewöhnen, auch einmal einer Regierungserklärung zuzuhören. Alles will gelernt sein.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der Mitte. – Abg. Dr. Barzel: Herr Kollege Brandt, und Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß hier nicht nur „angehört“ wird!)

Ab 31. Dezember 1970 soll die Ergänzungsabgabe ganz fortfallen; sie war zur Sanierung des Bundeshaushalts nach der finanzwirtschaftlichen Krise im Jahre 1966 eingeführt worden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Soziale Symmetrie!)

Die Bundesregierung wird die Finanzreform vollenden und wird sie in praktische Finanzpolitik umsetzen. Besonders hervorzuheben ist das Zusammenwirken im Finanzplanungsrat. Dieser Rat ist die institutionelle Hilfe, um den Ausgleich zwischen den Interessen von Bund, Ländern und Gemeinden zu vollziehen. Wir sind sicher, daß es auch auf diesen Gebieten zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem Bundesrat kommen wird.

Die Regierung muß bei sich selbst anfangen, wenn von Reformen die Rede ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Allerdings!)

Die Zahl der Ministerien wurde vermindert,

(Lachen bei der CDU/CSU)

eine erste Flurbereinigung der Ressortzuständigkeiten vorgenommen. Wir werden diese Bemühungen fortsetzen, um Verantwortlichkeiten klarer festzulegen und Doppelarbeit zu vermeiden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das Bundeskanzleramt und die Ministerien werden in ihren Strukturen und damit auch in ihrer Arbeit modernisiert.

Dem Bundestag wird eine Übersicht vorgelegt werden, aus der sich die jetzt geltenden Zuständigkeiten ebenso ergeben wie die Zusammensetzung und Arbeitsgebiete der neu gebildeten Kabinettsausschüsse.

Für das Bundespostministerium und das Bundesverkehrsministerium, die künftig gemeinsam von einem Bundesminister geleitet werden, bot es sich schon lange an, zergliederte Zuständigkeitsbereiche zusammenzufassen. Das Post- und Fernmeldewesen kann seine Aufgaben für unsere Gesellschaft besser erfüllen, wenn die ministerielle Aufsicht sich auf das politische Notwendige beschränkt. Dadurch wird die Eigenständigkeit der Bundespost gestärkt und eine wirtschaftliche Unternehmensführung erleichtert.

(Zuruf des Abg. Stücklen.)

Die Bundesregierung beabsichtigt daher, der Bundespost eine neue Rechtsform zu geben. Diese Veränderungen, zu deren Vorbereitung eine Kommission eingesetzt wird, werden den Rechten der Postbediensteten ebenso wie den Interessen der Postkunden gerecht werden.

Das Vertriebenenministerium wird in das Innenministerium eingegliedert.

(Zuruf rechts.)

Ich begrüße es, daß der Staatssekretär a. D. Dr. Nahm sich bereit erklärt hat, dort seinen früheren Arbeitsbereich zu betreuen.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU/CSU.)

Die Bundesregierung bleibt sich ihrer Verantwortung für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten bewußt. Sie wird die notwendigen Maßnahmen zur Eingliederung vollenden. Sie wird den Lastenausgleich und die Kriegsfolgesetzgebung, auch im Interesse der Flüchtlinge aus der DDR, zu einem gerechten Abschluß bringen. Sie wird weiter alle vernünftigen Bestrebungen fördern, die der Erhaltung und Entfaltung der kulturellen Leistungen und Werte Ostdeutschlands dienen.

Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode ein Gremium schaffen,

(Abg. Dr. Barzel: Noch eines!?)

dem Politiker aus Bund, Ländern und Gemeinden, Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler angehören. Es soll Vorschläge zur Fortentwicklung der bundesstaatlichen Struktur ausarbeiten.

Für die Länderneugliederung werden wir von dem nach Art. 29 unseres Grundgesetzes gestellten Auftrag ausgehen. Für die Verwaltungsreform und die Reform des öffentlichen Dienstrechts werden wir Vorschläge unterbreiten.

Verwaltungsreform und Reform des öffentlichen Dienstes sind miteinander zu verbinden. Die Laufbahnreform muß das Leistungsprinzip stärker in den Vordergrund stellen,

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

die Personalführung flexibler gestalten und die Personalentscheidungen transparenter machen. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes Anspruch haben auf Teilnahme an dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt.

Um die Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten, wird die Bundesregierung die Modernisierung und die Intensivierung der Verbrechensbekämpfung energisch vorantreiben. Sie wird unverzüglich die Arbeit an einem Sofortprogramm aufnehmen und dieses dem Deutschen Bundestag im Jahre 1970 zuleiten.

Die Bundesregierung wird die vom Herrn Bundespräsidenten als früherem Bundesminister der Justiz begonnenen Reformen unseres Rechts fortführen.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Sie hofft, hierfür eine ebenso große Mehrheit über alle Parteien hinweg zu erhalten, wie sie die vom letzten Bundestag verabschiedeten Reformgesetze gefunden haben. Es geht um mehr als um die erforderliche Anpassung von Rechtsvorschriften an die sich rapide verändernden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Verhältnisse. Die Menschen in unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft erwarten eine soziale und humane Rechts- und Lebensordnung, die allen Bürgern gleiche Chancen und Schutz auch vor dem wirtschaftlich Stärkeren gewährt.

Zunächst wollen wir unsere zersplitterte Rechtspflege für den rechtsuchenden Bürger durchschaubarer machen. Die Zuständigkeiten für die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit werden auf den Bundesminister der Justiz übertragen. Die

ordentliche Gerichtsbarkeit soll dreistufig gegliedert werden. Dem Bürger soll außerdem nicht nur ein gutes, sondern auch ein schnelleres Gerichtsverfahren zu Verfügung gestellt werden.

(Abg. Dr. Barzel: Bravo!)

Entscheidend ist, daß unsere Richter den ihnen gestellten Aufgaben gewachsen sind. Dazu müssen wir ihre Aus- und Fortbildung überdenken, ihre Verantwortungsfreude – etwa durch die Heraushebung des Einzelrichters – stärken,

(Zustimmung des Abg. Dr. Barzel)

ihre Mitwirkung in eigenen Angelegenheiten verbessern, ihnen eine ihrer verfassungsrechtlichen Stellung gemäße Besoldung geben und für die Gerichte die Möglichkeiten erschließen, die die moderne Technik bietet. Dem Verfassungsrichter jedenfalls muß das Recht eingeräumt werden, sein von der Mehrheitsmeinung abweichendes Votum zu veröffentlichen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Im Zivilrecht ist die Reform des Eherechts dringend. Die Bundesregierung wird auf der Grundlage der Empfehlungen der eingesetzten Kommission im kommenden Jahr eine Reformnovelle vorlegen. Weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten dürfen uns nicht daran hindern, eine Lösung zu finden, um die Not der in heillos zerrütteten Ehen lebenden Menschen zu beseitigen. Dabei muß verhindert werden, daß im Falle der Scheidung Frau und Kinder die sozial Leidtragenden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP.)

Wir meinen, daß in dieser Legislaturperiode die Strafrechtsreform vollendet werden muß, der sich die Fortsetzung der Reform des Strafvollzugs anschließen wird. Mit der Verabschiedung der beiden Strafrechtsreformgesetze ist ein guter Anfang gemacht worden. Die Bundesregierung wird weitere Novellen zum Strafgesetzbuch so rechtzeitig vorlegen, daß sie zusammen mit dem bereits verabschiedeten Gesetz am 1. Oktober 1973 in Kraft treten können.

Die Bundesregierung weiß, daß unsere Soldaten in vielen Einheiten und in vielen Funktionen bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gefordert werden. Die zur Ausführung nötige Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten sowie der Stand der Ausbildung und Ausrüstung entsprechen nicht überall den Aufträgen. Wir wissen, daß darüber hinaus der Wandel unserer Gesellschaft und der Fortschritt der Technik, daß vor allem aber die praktische Erfahrung unserer Soldaten heute eine umfassende kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr nötig gemacht haben. Diese

Bestandsaufnahme wird unverzüglich eingeleitet. Soldaten, Wissenschaft und Bundesregierung werden dabei zusammenwirken. Im Verteidigungs-Weißbuch 1970 werden dem Parlament die vorläufigen Ergebnisse dieser generellen Inventur und sogleich die beabsichtigten Veränderungen vorgelegt werden.

Wir müssen die Bundeswehr als integrierten Teil unserer Gesellschaft verstehen. Schon heute will ich in fünf Punkten die Absichten der Bundesregierung klar herausstellen:

1. Wir wollen ein Maximum an Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung der wehrpflichtigen jungen Männer schaffen; Wehrdienstausnahmen und -befreiungen werden abgebaut. Ob sich daraus Konsequenzen für die Dauer des Grundwehrdienstes ergeben, werden wir prüfen.
2. Innerhalb des Verteidigungsministeriums sollen die Führungsstäbe die international übliche militärische Arbeitsweise anwenden; sie werden dazu von bürokratischem Ballast befreit.

(Beifall bei der SPD.)

Technik und Beschaffung werden nach Methoden modernen industriellen Managements rationalisiert.

3. Wir werden die bisherigen Bemühungen um geeignete Ausbilder, Truppenführer und technische Fachleute fortsetzen und ausbauen. Auch aus diesem Grunde wird die Sorge für die Truppe im Zentrum unserer Bemühungen stehen.
4. Wir vertrauen auch auf die fruchtbare Arbeit des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. An den Grundsätzen der Inneren Führung, zu deren Inhaltung Inspektoren, Kommandeure und Soldaten aller Rangstufen sich verpflichtet wissen, werden wir festhalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir wissen, daß auf dem Boden der feststehenden rechtlichen und sittlichen Maßstäbe Anpassungen einzelner Regelungen an Entwicklung und Erfahrung nötig sein können.

5. Wir halten am Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen fest. Für sie gilt das Prinzip gerechter Gleichbehandlung. Das Verfahren soll entbürokratisiert werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Leistungen der Soldaten und Zivilisten in der Bundeswehr, meine Damen und Herren, werden nur dann voll wirksam, wenn sie von der Anerkennung durch die öffentliche Meinung getragen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt. Wir haben die Verantwortung, soweit sie von der Bundesregierung zu tragen ist, im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zusammengefaßt.

Mit diesem Hohen Haus sind wir uns wohl darin einig, daß die Aufgaben von Bildung und Wissenschaft nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden gelöst werden können. Der 5. Deutsche Bundestag hat für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen, die diese Bundesregierung voll ausschöpfen will; sie will den Ländern – ohne deren Zuständigkeiten anzutasten – helfen.

Schwere Störungen des gesamten Bildungssystems ergeben sich daraus, daß es bisher nicht gelungen ist, die vier Hauptbereiche unseres Bildungswesens – Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Erwachsenenbildung – nach einer durchsichtigen und rationalen Konzeption zu koordinieren. Solange aber ein Gesamtplan fehlt, ist es nicht möglich, Menschen und Mittel so einzusetzen, daß ein optimaler Effekt erzielt wird.

Die Bundesregierung hat aufgrund des Art. 91 b des Grundgesetzes eine klare verfassungsrechtliche Grundlage für eine Bildungsplanung gemeinsam mit den Ländern erhalten. Besonders dringlich ist ein langfristiger Bildungsplan für die Bundesrepublik für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Dieser dem Bundestag und den Länderparlamenten vorzulegende Plan soll gleichzeitig erklären, wie er verwirklicht werden kann. Gleichzeitig muß ein nationales Bildungsbudget für einen Zeitraum von 5 bis 15 Jahren aufgestellt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Bundesregierung wird in den Grenzen ihrer Möglichkeiten zu einem Gesamtbildungsplan beitragen. Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten. Die Schule der Nation ist die Schule.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei der FDP. – Lachen bei der CDU/CSU.)

Wir brauchen das 10. Schuljahr, und wir brauchen einen möglichst hohen Anteil von Menschen in unserer Gesellschaft, der eine differenzierte Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr erhält. Die finanziellen Mittel für die Bildungspolitik müssen in den nächsten Jahren entsprechend gesteigert werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie?)

Die Bundesregierung wird sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß der zentrale Auftrag des Grundgesetzes, allen Bürgern gleiche Chancen zu geben, noch nicht annähernd erfüllt wurde. Die Bildungsplanung muß entscheidend dazu beitragen, die soziale Demokratie zu verwirklichen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Zu den neuen Aufgaben der Bundesregierung gehört es, ein Hochschulrahmengesetz vorzulegen. Ein solches Gesetz wird auch die Lage der bisherigen Fachhochschulen im Rahmen eines Gesamthochschulsystems zu berücksichtigen haben. Fragen der Personalstruktur stehen zunächst im Mittelpunkt. Für Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen müssen wirksame Vorschläge für die Überwindung überalterter hierarchischer Formen vorgelegt werden. Soweit der Bund vorwiegend betroffen ist, werden entsprechende Maßnahmen beschleunigt getroffen.

Der Ausbau der Hochschulen muß verstärkt vorangetrieben werden. Um eine kurzfristige Erweiterung der Kapazitäten der Hochschulen zu erreichen, soll ein möglichst großer Teil der Mittel für den Hochschulbau sofort für solche Bauten bereitgestellt werden, die durch eine Rationalisierung des Bauverfahrens innerhalb von 12 bis 15 Monaten schlüsselfertig zur Verfügung stehen können.

Die Bundesregierung wird prüfen, wie den Ländern bei der Überwindung des Numerus clausus in wesentlichen Fachbereichen am besten geholfen werden kann. Vordringlich werden auch die modernen Unterrichts-Technologien und das Fernstudium anzuwenden sein.

Die Hochschulreform ist aber nur ein Teil der vor uns liegenden Reformen unseres allgemeinen Bildungswesens. Die Bildungspolitik kann und darf nicht mehr nach Ausbildungsstufen isoliert betrachtet werden. Bildung, Ausbildung und Forschung müssen als ein Gesamtsystem begriffen werden, das gleichzeitig das Bürgerrecht auf Bildung sowie den Bedarf der Gesellschaft an möglichst hochqualifizierten Fachkräften und an Forschungsergebnissen berücksichtigt. Grund-

legende Reformen in Bildung und Forschung sind zugleich Bedingung für die zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, neuerdings wird viel über die technologische Lücke, über das, was einige den Mut zur Lücke nennen, und über rationale Kriterien für die Festsetzung von Prioritäten in und zwischen den verschiedenen Kategorien der Forschung diskutiert. Wir meinen, ein Land von der Größe der Bundesrepublik kann und muß auch heute noch die Grundlagenforschung in ihrer ganzen Breite fördern. Dies steht nicht in Widerspruch zur Auswahl von Schwerpunkten für die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung, die wegen der begrenzten Mittel unerlässlich ist. Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung ist, Methoden des politischen Entscheidungsprozesses über Forschungsprioritäten zu entwickeln, die heute kaum in den Anfängen vorhanden sind.

Die Bundesregierung beabsichtigt, verstärkt Haushaltsmittel für die Förderung der Informatik und der Entwicklung von Computer-Sprachen einzusetzen. Diese Seite der Datenverarbeitung ist besonders umfangreich und erfordert mehr Mittel als die Entwicklung der eigentlichen Rechenmaschinen. Man übertreibt nicht, wenn man der Computertechnik eine katalytische Wirkung nicht allein für die gesamte wissenschaftlich-technische Entwicklung zuspricht, sondern weit darüber hinaus auch für die industrielle Produktion, die Verwaltung und andere Bereiche.

Wir sind uns bewußt, daß moderne Forschungsvorhaben weltweit miteinander verflochten sind. Wir werden jede internationale, vor allem europäische Arbeitsteilung auf diesem Gebiet fördern. Meine Damen und Herren, in Europa gibt es eine Gemeinschaft der Wissenschaftler, die in ihrer Leistungsfähigkeit hinter der amerikanischen und sowjetrussischen dann nicht zurückstehen braucht, wenn sie es lernt, ihre Kräfte zu vereinigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung wird stärker als bisher eine wachstumsorientierte Strukturpolitik betreiben. Durch die Auflösung des Bundes-schatzministeriums und die Übernahme des ERP-Vermögens in das Bundeswirtschaftsministerium können die strukturpolitischen Maßnahmen in der Regional-, Sektoral- und Unternehmensgrößenpolitik besser koordiniert und intensiviert werden. Eine „Strukturpolitik aus einem Guß“ wird möglich.

Unter Erhaltung der Priorität Berlins und des Zonenrandgebiets bleibt die Stärkung der Leistungskraft ländlicher Gebiete ein strukturpolitischer Schwerpunkt. Die Konzentration der Mittel auf entwicklungsfähige Standorte sichert die höchste Effizienz. Die Gemeinschaftsaufgabe der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur verlangt dabei neue Formen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Ich sage noch einmal: eine große strukturpolitische Aufgabe ist die Modernisierung unserer Landwirtschaft.

Die Industriegewirtschaft ist auf ein stetiges und billiges Angebot von Energie und Rohstoffen angewiesen. Wir werden die Politik der Gesundung des Steinkohlenbergbaus, der Sicherung der Mineralölerzeugung, der Öffnung der Märkte für neue Energieträger und der Verbesserung des Wettbewerbs in der Elektrizitätswirtschaft ausbauen. Die Vorsorge für Krisensituationen erfordert auch einen ausreichenden Vorrat an lebenswichtigen Importwaren.

Umwelt und Lebensverhältnisse werden sich in den 70er Jahren immer rascher verändern. Besonders auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus und des Wohnungsbaus werden daher systematische Vorausschau und Planung immer wichtiger. Als erster Schritt muß ein Städtebauförderungsgesetz zügig verabschiedet werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Sie sind ja nicht einig in der Koalition!)

Dieses Gesetz soll eine Reform des Bodenrechts einleiten, die den Gemeinden eine sachgerechte Durchführung ihrer Planungen ermöglicht und die Bodenspekulation verhindert.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dabei dürfen und wollen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß es die breite Streuung privaten Eigentums zu fördern und den bäuerlichen Bodenbesitz zu wahren gilt.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Wir werden ein langfristiges Programm des sozialen Wohnungsbaus aufstellen und mit den Ländern abstimmen. Es wird sich am Bedarf orientieren.

Neben diesen Aufgaben steht gleichberechtigt die Verbesserung des Wohngeldgesetzes.

Die Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik sollen in einem Bundesraumordnungsprogramm entwickelt werden. Maßnahmen der Strukturpolitik, der regionalen Wirtschaftsförderung und des Städte- und Wohnungsbaus werden sich hier sinnvoll einfügen. Die Bundesregierung bietet Ländern und Gemeinden an, Vorstellungen für einen langfristig angelegten Städtebau zu entwickeln. Sie wird diese in einem zweiten Städtebaubericht konkretisieren.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist mit vielen draußen im Lande und sicher auch mit vielen in diesem Hause der Überzeugung, daß dem Schutz der Natur, von Erholungsgebieten, auch dem Schutz der Tiere, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

*(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU. –
Zurufe von der CDU/CSU.)*

Die Verbesserung der Struktur unserer Wirtschaft erfordert ein leistungsfähiges Verkehrswesen.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU/CSU.)

Mit Nachdruck wird die Bundesregierung die in der letzten Legislaturperiode eingeleiteten Reformen fortsetzen. Moderne Verkehrspolitik bedarf einer umfassenden Planung, zu der die Verkehrswissenschaft noch mehr als bisher heranzuziehen ist. Die Bundesregierung wird als Voraussetzung für eine von ihr angestrebte liberalere Verkehrswirtschaft ihre Bemühungen verstärken, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Verkehrsträger zu schaffen.

Die Deutsche Bundesbahn hat in den letzten Jahren in erfreulicher Weise begonnen, sich auf die Verkehrsbedürfnisse der Zukunft auszurichten. Weitere Reformen in Organisation und Verwaltung sind notwendig, damit sie – einem Wirtschaftsunternehmen vergleichbar – nach modernen kaufmännischen Grundsätzen handeln kann. Es ist auch an der Zeit, daß der Bund als Eigentümer der Bundesbahn die durch den Wiederaufbau nach dem Krieg bei ihr entstandene Schuldenlast abnimmt. Die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsträgern im kombinierten Verkehr wird die Bundesregierung weiter fördern.

Das Autobahn- und Bundesstraßennetz wird in einem Fünfjahresplan als Teil eines Plans für die Jahre 1971 bis 1985 verstärkt ausgebaut werden. Ein Schwerpunkt wird die Chancenverbesserung strukturell schwacher Gebiete sein.

Im Jahre 1970 wird außerdem der Entwurf der neuen Straßenverkehrsordnung vorgelegt.

Die Bundesregierung wird die Vorarbeiten für ein Schnellverkehrssystem mit einer Reisegeschwindigkeit von über 200 km in der Stunde,

(Abg. Dr. Barzel: Donnerwetter! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

das in ein mitteleuropäisches Schnellverkehrssystem einzubetten ist, vorantreiben.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Rasner: 210! – Unruhe bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist dem sozialen Rechtsstaat verpflichtet. Sie wird zur Verwirklichung dieses Verfassungsauftrags das unübersichtlich gewordene Arbeitsrecht in einem Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie wird auch mit den Arbeiten für ein den Anforderungen der Zeit entsprechendes Sozialgesetzbuch beginnen. Zur besseren Überschaubarkeit der Sozialleistungen wird die Bundesregierung das Sozialbudget zu einer Grundlage sozial- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen ausbauen.

Auf der Grundlage der in der letzten Legislaturperiode eingebrachten Gesetzentwürfe wird eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes durchgeführt. Im Rahmen der Reform des Personalvertretungsgesetzes wird eine materielle und formelle Ausweitung der Mitwirkung der Personalvertretung vorgeschlagen. Unabhängig davon wird die Bundesregierung in ihrem eigenen Bereich schon jetzt Wert darauf legen, daß die Personalräte auch in solchen Sachfragen gehört werden, die nach geltendem Recht noch nicht zu deren Zuständigkeitsbereich gehören.

(Beifall bei der SPD.)

Der in der vergangenen Legislaturperiode angeforderte Bericht der Mitbestimmungskommission wird geprüft und erörtert werden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Wir wollen die demokratische Gesellschaft, zu der alle mit ihren Gedanken zu einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen sollen.

Meine Damen und Herren, dem Schutz der Menschen vor den Risiken für die Gesundheit, die durch die technisierte und automatisierte Umwelt entstehen,

dienen umfassende, aufeinander abgestimmte Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung, in der Gesundheitsgesetzgebung, in der Gesundheitsvorsorge und in der gesundheitlichen Aufklärung. Die Bundesregierung wird ein Institut für Sozialmedizin einrichten, das ausreichende Grundlagen für breit angelegte, gezielte Vorsorgeuntersuchungen und für die Frühdiagnose der großen Krankheiten unserer Zeit schafft. Dem weiteren Ausbau der Krebsforschung und Krebsvorsorge messen wir besondere Bedeutung bei. Zum ausreichenden Schutz vor Luft- und Wasserverunreinigung und vor Lärmbelästigung werden entsprechende Gesetze vorgelegt.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU/CSU: Blauer Himmel! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

– Wenn ich jetzt doch einmal eine Zwischenbemerkung machen darf: Hier kommt wieder einer mit dem „blauen Himmel“ und hat noch immer nicht gemerkt, wie sehr er sich mit den törichten Bemerkungen von 1961 blamiert hat;

(Beifall bei der SPD.)

denn damals wurde von dem gesprochen, was längst notwendig war und heute notwendig ist.

(Zurufe von der CDU/CSU. – Abg. Dr. Barzel: Gegen wen reden Sie jetzt?)

– Nicht gegen Sie, Herr Kollege Barzel!

Um kranken Menschen die besten Chancen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu geben, wird die Bundesregierung einmal 1970 ein Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung eines bedarfsgerecht gegliederten Systems leistungsfähiger Krankenhäuser vorlegen, zum anderen die ärztliche Ausbildung reformieren und modernisieren. Die entsprechende Verordnung soll noch im Frühjahr 1970 verabschiedet werden.

Die Bundesregierung bekennt sich zum Grundsatz der freien Arztwahl und der freien Berufsausübung der Heilberufe.

(Abg. Barzel: Jubel bei der SPD!)

Abgestimmt auf die europäische Entwicklung wird sie dafür sorgen, daß im Arzneimittelwesen Staat und Hersteller verantwortlich zusammenwirken, um ein Maximum an Sicherheit zu gewährleisten.

Im Zuge der Lebensmittelrechtsreform wird 1970 dem Deutschen Bundestag ein umfassender Gesetzentwurf zugeleitet. Hier geht es um den bestmöglichen Verbraucherschutz, um Klarheit und Wahrheit in Werbung und Deklaration.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Kindergeld, Steuerbegünstigungen und andere materielle Hilfen für die Familien müssen aufeinander abgestimmt und zugleich mit dem weiteren Ausbau der Ausbildungsförderung verbunden werden. Die weithin unzureichenden personalen Hilfen vor allem für berufstätige Mütter sind zu verbessern. Über die Erhöhung des Kindergeldes soll im Jahre 1970 entschieden werden.

Für die gesellschaftspolitischen Reformen und die moderne Gestaltung unseres demokratischen Industriestaates will und braucht jede Bundesregierung eine starke Mitwirkung der Frauen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Frauenenquete wird beschleunigt fortgeführt. Die notwendigen Konsequenzen werden gezogen werden, um den Frauen mehr als bisher zu helfen, ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen.

Die Bundesregierung wird darauf achten, daß Rationalisierung und Automatisierung nicht zu Lasten der Erwerbstätigen gehen, sondern den sozialen Fortschritt fördern. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik werden auch bei notwendigen Umstrukturierungen sichere Arbeitsplätze gewährleisten. Wir wollen alle entsprechenden Bestrebungen der Tarifparteien unterstützen.

Technischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung stellen ständig neue Anforderungen an die Mobilität aller Erwerbstätigen. Darum halten wir die Einführung eines Bildungsurlaubs für eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Zur Humanisierung des Arbeitslebens haben Gesetzgeber und Tarifparteien den Schutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu garantieren. Die Arbeitssicherheit und die gesundheitliche Betreuung am Arbeitsplatz werden ausgebaut.

Die Bundesregierung bekennt sich zur Bewahrung und Stärkung der Tarifautonomie.

(Beifall des Abg. Dr. Barzel.)

Wir werden Errungenes sichern und besonders für die Mitbürger sorgen, die trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im Schatten leben müssen, die durch Alter, durch Krankheit oder durch strukturelle Veränderung gefährdet sind. Die

Bundesregierung wird im verstärkte Maßnahmen bemüht sein, die den Benachteiligten und Behinderten in Beruf und Gesellschaft, wo immer dies möglich ist, Chancen eröffnen.

Vom 1. Januar 1970 an werden die Kriegsofferrenten erhöht. Sie werden jährlich an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Auch strukturelle Verbesserungen sind vorgesehen.

Damit jeder Bürger klar erkennen kann, auf welche Sozialleistungen er Anspruch hat, wird eine Rentenberechnung nach Punkten eingeführt werden,

(Beifall bei der SPD.)

um Übersicht und Anschaulichkeit der Sozialleistungen zu erhöhen. Die Bundesregierung wird im Laufe der Legislaturperiode den schrittweisen Abbau der festen Altersgrenze prüfen und sich bemühen, sie durch ein Gesetz über die flexible Altersgrenze zu ersetzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die gesetzliche Alterssicherung soll für weitere Gesellschaftsgruppen geöffnet werden.

Zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung wird die Bundesregierung ein Sachverständigengremium einsetzen. Dieses soll eine gründliche Bestandsaufnahme und Vorschläge für eine moderne Gesetzgebung erarbeiten.

Die Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte wird überprüft und dynamisiert. Oberhalb der Versicherungspflichtgrenze wird auch für alle Angestellten der Arbeitgeberbeitrag eingeführt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Auswirkungen der vom 1. Januar 1970 an in Kraft tretenden Beitragsrückgewähr werden einer ständigen Überprüfung unterzogen.

Zur Vorbereitung der Reformen der Jugendgesetzgebung und des Bundesjugendplans werden wir die Jugend selbst einschalten.

(Abg. Dr. Barzel: Warum machen Sie denn hier keinen Jugendausschuß?)

Die Bundesregierung wünscht, ein europäisches Jugendwerk zu schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Nach unseren Vorstellungen soll sich die Jugend osteuropäischer Länder daran beteiligen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Förderung des Sports werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, ohne von dem Grundsatz abzulassen, daß der Sport von staatlicher Bevormundung frei bleiben muß. Der Höhepunkt der sportlich bedeutsamen Ereignisse in unserem Land werden die XX. Olympischen Sommerspiele in München und Kiel sein. Wir haben damit die Chance, der Weltöffentlichkeit das moderne Deutschland vorzustellen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Zuruf von der CDU/CSU: Dann haben wir es also schon!)

Die Bundesregierung befürwortet, so wie es mit den Vertretern der drei Fraktionen schon im vorigen Bundestag besprochen worden war, die Bildung einer Deutschen Sport-Konferenz. Sie würde aus Vertretern des Deutschen Sportbundes, des Bundes, der Länder und der Gemeinden zusammengesetzt sein und die Koordinierung aller Sportmaßnahmen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung wird im kommenden Jahr, dem ersten des neuen Jahrzehnts, in Ergänzung dieser Erklärung ihre Pläne und Vorhaben auf dem Gebiet der inneren Reform unseres Landes dem Parlament und der Öffentlichkeit in Einzelberichten unterbreiten. Sie wird im Januar 1970 den Bericht zur Lage der Nation erstatten, im Februar den Jahreswirtschaftsbericht zur Diskussion stellen.

(Abg. Dr. Barzel: Und werden Sie den Haushalt beraten?)

Im März wird die Bundesregierung den Bericht über die Lage der Landwirtschaft, im April den Sozialbericht vertreten. Im Mai wird die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung, im Juni das Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorgetragen werden.

(Abg. Dr. Barzel: Und wann kommt der Haushalt?)

Nach den Parlamentsferien werden Berichte über die Verkehrspolitik und die Gesundheitspolitik, über Raumordnung und Städtebau, über die Vermögensbildung und über die Steuerreform folgen. Damit werden das Parlament und die Öffentlichkeit im ersten der 70er Jahre ein umfassendes Bild der Reformpolitik dieser Regierung gewinnen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Und wann kommt der Haushalt? Vielleicht darf dieses Haus bei der Termingestaltung auch noch mitreden!)

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen: Nur der Friede macht unsere Welt sicher; nur auf der Grundlage der Sicherheit kann der Friede sich ausbreiten. Diese Erkenntnis teilen wir mit den meisten Völkern dieser Erde. Die Bundesregierung ist entschlossen, dazu den deutschen Anteil zu leisten im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung in Europa und nach besten Kräften, die wir aber nicht überschätzen.

Wir werden die Initiative des Herrn Bundespräsidenten aufgreifen und die Friedensforschung – im Wissen um die begrenzte Zahl der dafür gegenwärtig zur Verfügung stehenden Kräfte – koordinieren, ohne die Unabhängigkeit dieser Arbeit zu beeinträchtigen. Wir wollen auch damit einen deutschen Beitrag für die Befriedung der von Krisen und Kriegen zerrissenen Welt leisten. Es liegt im nationalen Interesse, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, damit die Völker ihre Umwelt besser verstehen. Professor Carl Friedrich von Weizsäcker hat sich bereit erklärt, der Bundesregierung auf diesem Gebiet beratend zur Seite zu stehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Zur notwendigen internationalen Zusammenarbeit gehört der Austausch geistiger Leistungen. Die Darstellung der deutschen Kultur im Ausland wird sich künftig stärker darauf richten, anderen Völkern neben den unvergänglichen Leistungen der Vergangenheit ein Bild dessen zu vermitteln, was in dieser Zeit des Überganges auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe tägliche Wirklichkeit ist.

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens im Geiste der Partnerschaft ausbauen.

Am Vorabend der zweiten Entwicklungsdekade erklärt sie: Wir werden zu einer gemeinsamen Strategie der Entwicklung beitragen und Anregungen aus dem Bericht der Pearson-Kommission in Betracht ziehen. Die Bundesregierung wird sich bemühen, das dort vorgesehene Ziel für die öffentlichen Leistungen an der Entwicklungshilfe durch eine Steigerungsrate von durchschnittlich 11 % im Jahr zu erreichen. Wir werden Wege suchen, um Rückflüsse aus Mitteln der öffentli-

chen Kapitalhilfe wieder voll für Zwecke der Entwicklungshilfe zu verwenden. Die Zahl der deutschen Entwicklungsexperten und Entwicklungshelfer wird erhöht mit dem Ziel, sie bis zur Mitte der 70er Jahre zu verdoppeln. Die Bundesregierung wird fortfahren, die Qualität der deutschen Hilfe zu verbessern. Dazu wird sie Planung und Durchführung der Entwicklungshilfe vereinfachen und straffen. Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt ist nicht allein Sache des Staates. Daher wird die Bundesregierung auch alle nichtstaatlichen Initiativen fördern, die den Entwicklungsprozeß in diesen Ländern beschleunigen können.

Die Welt kann von einem wirtschaftlich starken Lande wie dem unsrigen eine liberale, den Handel aller Länder fördernde Außenwirtschaftspolitik erwarten. Dazu tragen wir durch unsere eigenen Bemühungen und durch unsere Beteiligung in allen mit dem Welthandel befaßten Organisationen bei. Ebenso wollen wir den Handel der Entwicklungsländer fördern; ich nenne hier nur die universellen Präferenzen für Waren aus den Entwicklungsländern.

Meine Damen und Herren, die Außenpolitik dieser Bundesregierung knüpft an die Friedensnote vom März 1966 und die Regierungserklärung vom Dezember 1966 an. Die in diesen Dokumenten niedergelegte Politik hat damals die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses erhalten. Der Wille zu Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf manche Wiederholung zu verzichten. Die Bundesregierung beabsichtigt, in den Vereinten Nationen, in ihren Sonderorganisationen und in anderen internationalen Organisationen verstärkt mitzuarbeiten. Dies gilt auch für weltweite Abkommen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, die zunehmend Bedeutung gewinnen. Die Bundesregierung wird dabei die Politik fortsetzen, die ich als Außenminister am 3. September 1968 auf der Konferenz der Nichtnuklearmächte in Genf entwickelt habe.

Wir unterstreichen die grundsätzliche Bereitschaft, mit allen Staaten der Welt, die unseren Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit teilen, diplomatische Beziehungen zu unterhalten und die bestehenden Handelsbeziehungen zu verstärken. Die Bundesregierung lehnt jede Form von Diskriminierung, Unterdrückung und fremder Beherrschung ab, die das friedliche Zusammenleben der Völker auch in unseren Tagen immer von neuem gefährdet.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, das nordatlantische Bündnis, das sich in den 20 Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen. Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ersten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen.

Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen. Ohne gegenseitiges Vertrauen in die politische Stabilität dieser Einsicht sind weder Bündnis noch Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen und erwarten dies auch von unseren Bündnispartnern und von ihren Beiträgen zur gemeinsamen Sicherheitspolitik und zu den vereinbarten gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen.

So wie das westliche Bündnis defensiv ist, so ist auch unser eigener Beitrag dazu defensiv. Die Bundeswehr ist weder nach ihrer Erziehung und Struktur noch nach ihrer Bewaffnung und Ausrüstung für eine offensive Strategie geeignet. Die Bundesregierung wird an dem ihrer Verteidigungspolitik zugrunde liegenden Defensivprinzip keinen Zweifel lassen.

Meine Damen und Herren, die engen Bindungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Amerika schließen für die Bundesregierung jeden Zweifel an der Verbindlichkeit der Verpflichtungen aus, die von den USA nach Vertrag und Überzeugung in Europa, für die Bundesrepublik und für Berlin übernommen worden sind. Unsere gemeinsamen Interessen bedürfen weder zusätzlicher Versicherungen noch sich wiederholender Erklärungen.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Sie sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.

(Erneuter Beifall.)

Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Verbündeten konsequent für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einsetzen. Sie wird zusammen mit ihnen auf gleichzeitige und ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West hinwirken.

Zur Thematik einer Konferenz, die der europäischen Sicherheit dienen soll, bekräftigt die Bundesregierung die Haltung, die in dem am 12. September dieses Jahres in Helsinki übergebenen Memorandum eingenommen worden ist. Eine derartige Konferenz kann nach sorgfältiger Vorbereitung eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden.

Unter den gegenwärtigen Spannungsherden ist der Konflikt im Nahen Osten besonders besorgniserregend. Die Bundesregierung meint, daß es im Interesse der betroffenen Völker läge, eine Lösung zu finden, wie sie in der Entschließung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 angeboten wurde. Wir wünschen gute Beziehungen zu allen Staaten dieser Region und bestätigen zugleich die Entschlossenheit, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Wir vereinigen uns mit allen Staaten und nicht zuletzt mit den gequälten, betroffenen Menschen in dem Wunsch, daß der Krieg in Vietnam endlich beendet wird durch eine politische Lösung, die von allen Beteiligten gebilligt werden kann. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, dann, wenn es soweit ist, am Wiederaufbau beider zerstörter Landesteile mitzuwirken.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, der bevorstehenden Konferenz der Sechs in Den Haag kommt eine besondere Bedeutung zu. Diese Konferenz der Sechs kann darüber entscheiden, ob Europa in den sachlichen miteinander verknüpften Themen des inneren Ausbaus, der Vertiefung und der Erweiterung der Gemeinschaft entweder einen mutigen Schritt nach vorn tut oder aber in eine gefährliche Krise gerät. Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Der deutsch-französische Gleichklang kann dabei ausschlaggebend sein. Die Bundesregierung ist bereit, den engen vertraglichen Bindungen jene Unverbrüchlichkeit zu verleihen, die beispielgebend sein sollte für die Art der Beziehungen, die zwischen europäischen Partnern heute hergestellt werden können.

Meine Damen und Herren, die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft muß kommen. Sie, die Gemeinschaft, braucht Großbritannien ebenso wie die anderen beitrittswilligen Länder. Im Zusammenklang der europäischen Stimmen darf die britische keineswegs fehlen, wenn Europa sich nicht selbst schaden will.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Wir haben mit Befriedigung verfolgt, daß für die ausschlaggebenden Kräfte der britischen Politik weiterhin die Überzeugung gilt, Großbritannien brauche seinerseits Europa. Es ist an der Zeit, so meinen wir, den sicher schwierigen und vermutlich auch zeitraubenden Prozeß einzuleiten, an dessen Ende die Gemeinschaft auf einer breiteren Grundlage stehen wird.

Im Zusammenhang damit wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Gemeinschaft neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Staaten Europas entwickelt, die ihr nicht beitreten können oder wollen.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung einer engeren politischen Zusammenarbeit in Europa mit dem Ziel fördern, eine gemeinsame Haltung dieser Staaten in weltpolitischen Fragen Schritt um Schritt aufzubauen. Wir wissen uns darin auch besonders einig mit Italien und den Benelux-Staaten.

Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Aber auf diesem Hintergrund sage ich mit starker Betonung, daß das deutsche Volk Frieden braucht – den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes – auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat.

Dabei geben wir uns keinen trügerischen Hoffnungen hin: Interessen, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Unterschiede sind weder dialektisch aufzulösen, noch dürfen sie vernebelt werden. Aber unsere Gesprächspartner müssen auch dies wissen: Das Recht auf Selbstbestimmung, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, gilt auch für das deutsche Volk.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Dieses Recht und der Wille, es zu behaupten, können kein Verhandlungsgegenstand sein.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind frei von der Illusion, zu glauben, das Werk der Versöhnung sei leicht oder schnell zu vollenden. Es handelt sich um einen Prozeß; aber es ist an der Zeit, diesen Prozeß voranzubringen.

In Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerin erstrebt die Bundesregierung gleichmäßig verbindliche Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung von oder Drohung mit Gewalt. Die Bereitschaft dazu gilt – ich darf es wiederholen – auch gegenüber der DDR. Ebenso unmißverständlich will ich sagen, daß wir gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei zu den Abmachungen bereit sind, die über die Vergangenheit hinausführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Die Politik des Gewaltverzichts, die die territoriale Integrität des jeweiligen Partners berücksichtigt, ist nach der festen Überzeugung der Bundesregierung ein entscheidender Beitrag zu einer Entspannung in Europa. Gewaltverzicht würde eine Atmosphäre schaffen, die weitere Schritte möglich macht.

Diesem Zweck dienen auch gemeinsame Bemühungen, um den Handel, die technische Kooperation und den kulturellen Austausch zu fördern.

Die Bundesregierung verzichtet heute bewußt darauf, über den in der Erklärung gesetzten Rahmen hinaus Festlegungen vorzunehmen

(Abg. Dr. Barzel: Hört! Hört!)

oder Formeln vorzutragen, welche die von ihr erstrebten Verhandlungen erschweren könnten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie ist sich bewußt, daß es Fortschritte nur geben kann, wenn es neben unserer Bereitschaft auch eine kooperative Haltung in den Hauptstädten der Staaten des Warschauer Vertrages gibt.

Meine Damen und Herren, kurzfristig wird die Bundesregierung eine Reihe von Entscheidungen treffen, die ihren Willen zur kontinuierlichen und konsequenten Weiterführung der bisherigen Politik beispielhaft deutlich machen:

Erstens. Die Bundesregierung wird auf der Konferenz in Den Haag darauf hinwirken, daß wirksame Maßnahmen zur Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft und zur verstärkten politischen Zusammenarbeit eingeleitet werden.

Zweitens. Sie wird das Angebot der Vereinigten Staaten von Amerika aufgreifen, die deutsche industrielle Leistungskraft auf begrenzten Gebieten der Weltraumforschung zu beteiligen.

Drittens. Sie wird sich aktiv an den Arbeiten des vom Rat der Nordatlantikpaktorganisation eingesetzten Ausschusses für die Probleme der modernen Gesellschaft beteiligen.

Viertens. Sie wird demnächst das sowjetische Aide-mémoire zum Thema Gewaltverzicht beantworten und einen Termin für die von der Sowjetunion angeregten Verhandlungen in Moskau vorschlagen.

Fünftens. Sie wird der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Wladislaw Gomułka vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet.

(Abg. Dr. Barzel: Dazu hätte das Parlament gern etwas gehört!)

Sechstens. Sie wird den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnen, sobald – entsprechend den Beschlüssen der letzten Bundesregierung – die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Lachen bei der CDU/CSU.)

– Meine Damen und Herren, wenn nicht gerade heute darüber in Washington gesprochen würde, würde ich auf die höhnischen Zurufe von soeben antworten. Ich verzichte darauf, zu antworten, weil mir am Erfolg der Verhandlungen liegt und nicht an der Polemik in diesem Augenblick. Das können wir auch morgen noch machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Polemisieren dazu können wir auch noch morgen oder übermorgen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schulmeister! – Abg. Dr. Barzel: Herr Kollege Brandt, bringen Sie bitte eins nicht durcheinander: Wir legen Wert darauf, zu wissen, welches Angebot Sie Polen machen werden! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

– Es ging jetzt nicht um Polen, es ging um den NV-Vertrag.

(Abg. Dr. Barzel: Unsere Unruhe begann bei Polen, wo wir etwas mehr wissen wollen!)

– Ich habe Ihnen das dazu gesagt, was heute im Rahmen der Regierungserklärung zu sagen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Aber zu wenig!)

Meine Damen und Herren! Diese Regierung redet niemanden nach dem Mund.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Sie fordert viel, nicht nur von anderen, sondern auch von sich selbst.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie setzt konkrete Ziele. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn sich manches im Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und seiner Regierung ändert.

Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je.

Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.

(Abg. Dr. Barzel: Aber Herr Brandt! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Das ist ein starkes Stück, Herr Bundeskanzler! Ein starkes Stück! Unglaublich! Unerhört!)



Politik des Gehörtwerdens ist der richtige Weg



Die „Politik des Gehörtwerdens“ ist nach Ansicht von Ministerpräsident Winfried Kretschmann trotz einiger Stolpersteine der Weg zu mehr Bürgernähe. „An der Politik des Gehörtwerdens nimmt die Bevölkerung am deutlichsten wahr, dass sich im Regierungsstil etwas geändert hat“, sagte Kretschmann der Deutschen Presse-Agentur.

Große Infrastrukturprojekte könnten in Zukunft nicht mehr umgesetzt werden, ohne die Bürger früh einzubinden. Das sei eine Lehre aus dem Konflikt um das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 gewesen.

„Natürlich haben wir auch eine Lernkurve hinter uns“, räumte Kretschmann angesichts von Kritik ein. «Ich musste irgendwann sagen: Die Politik des Gehörtwerdens heißt nicht, dass man erhört wird.» Kretschmann erläuterte, dass das Gehörtwerden aus zwei Strängen bestehe: aus Volksentscheiden und Bürgerentscheiden mit direktdemokratischen Entscheidungen - und aus einer Bürgerbeteiligung, mit der die Menschen zwar beteiligt werden, aber zum Schluss nicht die Entscheidung treffen dürfen.

„Das war ein Problem beim Nationalpark Schwarzwald. Die Bürger haben geglaubt, dass ihr Votum in einer Umfrage bindend für uns in der Politik ist“, gab Kretschmann mit Blick auf die Befragungen in sieben Gemeinden zu. «Das war ein Irrtum, weil im Landtag über einen Nationalpark entschieden wird - oder bei einer Volksabstimmung.» Es dauere seine Zeit, bis die neuen Instrumente der Beteiligung etabliert seien. „Ich sag immer: Was die Schweiz seit vielen Jahrzehnten macht und was da jeder mit der Muttermilch schon mitgekriegt hat, das müssen wir alle erst noch lernen.“

Quelle: dpa/lsw

ist-der-richtige-weg/

BETEILIGUNG

Positive Evaluation der Öffentlichkeitsbeteiligung



Öffentlichkeitsbeteiligung durch Verwaltungen ist mittlerweile Alltag in jedem Winkel des Landes. Das zeigt die Evaluation der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung, die Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatsrätin Gisela Erler heute vorgestellt haben. Die Politik des Gehörtwerdens wirkt.

Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, hat im Ministerrat die Evaluation der vor gut drei Jahren in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift (VwV) Öffentlichkeitsbeteiligung vorgestellt, die vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer durchgeführt wurde. In einem ersten Schritt wurde der tatsächliche Personalaufwand zur Umsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung ein Jahr nach Inkrafttreten evaluiert.

Musterland der Beteiligung

„Die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein zentraler Baustein für mehr Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Wir sind damit bundesweit zum Musterland der Beteiligung geworden“, betonte Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

„Öffentlichkeitsbeteiligung ist inzwischen Alltag in jedem Winkel des Landes.“

Im Erhebungszeitraum Oktober 2014 bis Dezember 2015 wurden in den vier Regierungspräsidien des Landes 145 Verfahren im Rahmen der Evaluation erfasst. 81 davon im Bereich Straßenbau und 64 im Bereich der Gewässer. Bei rund zwei Dritteln der evaluierten Projekte war das Land Vorhabenträger, sie fielen somit in den unmittelbaren Anwendungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung. „Für die Umsetzung der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung wurden in allen vier Regierungspräsidien zusammen 10,45 Personalstellen als erforderlich ermittelt. Damit liegt der tatsächliche Aufwand nur äußerst geringfügig über den hierfür bewilligten neun Stellen im Staatshaushaltsplan. Die ursprünglichen Befürchtungen, dass ein enormer Stellenaufwuchs notwendig wird, sind bisher nicht eingetreten“, sagte Staatsrätin Gisela Erler.

Öffentlichkeitsbeteiligung auch in weiteren Bereichen

„Die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung strahlt auch über ihren eigentlichen Anwendungsbereich hinaus“, so Erler. So würden die Regierungspräsidien deren Grundsätze aufgrund der positiven Erfahrungen auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise bei der Bundesauftragsverwaltung, sinngemäß anwenden. 42 der 145 evaluierten Projekte wurden im Auftrag des Bundes durchgeführt. „Bei Aufgaben der Bundesauftragsverwaltung gaben die Regierungspräsidien an, 7,81 Personalstellen für die Öffentlichkeitsbeteiligung einzusetzen“, sagte die Staatsrätin.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungspräsidien erstellten in den ermittelten Personalstunden beispielsweise Informationsmaterialien, Präsentationen der Vorhaben für Gemeinderäte und Bürgerversammlungen oder organisierten Sitzungen von Projektbeiräten oder Runden Tischen. Etwas mehr als ein Drittel des Aufwands fiel für allgemeine Leitungs- und Koordinierungstätigkeiten an. „Je nach Verfahren ist der Arbeitsaufwand natürlich sehr unterschiedlich“, so die Staatsrätin. Häufig würden wenige, meist sehr große Projekte den überwiegenden Teil der Personalstunden ausmachen. Für die Hochwasserschutzmaßnahmen in Breisach wurden beispielsweise 154,4 Stunden pro Monat für die Öffentlichkeitsbeteiligung ermittelt. Für den Neubau der B30 von Ravensburg nach Friedrichshafen 151 Stunden pro Monat. Und für die „Naturnahe Umgestaltung des Neckars beim Freibad in Tübingen“ sind nur 55 Stunden im Jahr angefallen. „Bei vielen Verfahren liegt der Aufwand bei weniger als zehn Stunden im Monat“, sagte die Staatsrätin.

Kulturwandel auf allen Verwaltungsebenen

„Wir sehen insgesamt einen klaren Kulturwandel auf allen Verwaltungsebenen hin zu mehr Öffentlichkeitsbeteiligung“, betonte der Ministerpräsident. „Das liegt sicherlich auch daran, dass nirgendwo sonst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so konsequent Fortbildungsangebote für bessere Bürgerbeteiligung unterbreitet werden wie in Baden-Württemberg.“ Neben Einführungsqualifizierungen für den mittleren und höheren Dienst der Landesverwaltung biete das Land zusammen mit der Führungsakademie Baden-Württemberg und der Allianz für Beteiligung eine Vielzahl von Seminaren zur Öffentlichkeitsbeteiligung auch für zivilgesellschaftliche Organisationen an.

Gisela Erler ergänzte: „Informelle Verfahren haben einfach unschätzbare Vorteile. Denn in den reinen Verwaltungsverfahren verstecken sich die wahren Interessen oft hinter den rechtlichen und naturfachlichen Vorgaben. Mit der informellen Beteiligung gelingt es, über die anfangs oft noch versteckten Motive der Menschen in den Dialog zu kommen. Oft stellen wir fest, dass auch alte lokale Konflikte nachwirken.“ In einer zweiten Stufe der Evaluation werde daher auch untersucht, inwieweit die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung inhaltliche Wirkungen entfalte. Mit Ergebnissen wird Ende 2019 gerechnet.

Personalaufwand für die Öffentlichkeitsbeteiligung

In Abstimmung mit den Personalvertretungen wurde die Zeiterfassung genutzt, um die Arbeitsaufwände speziell für die Bürgerbeteiligung zu erheben. Es haben sich im Detail folgende Werte ergeben:

Regierungspräsidium Freiburg

- nach VwV Öffentlichkeitsbeteiligung: 5,03 Normstellen
- in Bundesauftragsverwaltung: 1,65 Normstellen

Regierungspräsidium Karlsruhe

- nach VwV Öffentlichkeitsbeteiligung: 3,30 Normstellen
- in Bundesauftragsverwaltung: 1,31 Normstellen

Regierungspräsidium Stuttgart

- nach VwV Öffentlichkeitsbeteiligung: 0,66 Normstellen
- in Bundesauftragsverwaltung: 1,65 Normstellen

Regierungspräsidium Tübingen

- nach VwV Öffentlichkeitsbeteiligung: 1,46 Normstellen
- in Bundesauftragsverwaltung: 3,20 Normstellen

Insgesamt waren es nach VwV Öffentlichkeitsbeteiligung 10,45 und in Bundesauftragsverwaltung 7,81 Normstellen. Eine Normstelle entspricht 140,75 Stunden pro Monat.

Beteiligungsportal: Neue Planungskultur

Evaluation Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung des Landes Baden-Württemberg (PDF)

<http://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/positive-evaluation-der-oeffentlichkeitsbeteiligung/>

Wirtschaftslexikon

Suchbegriff eingeben

 suchen

Detaillsuche

Digitale Fachbibliothek

Anspruchsgruppen

 suchen

in über 61.000 Fachbüchern + 500 Fachzeitschriften

ANZEIGE

Aktuelle News aus der Wirtschaft

Wahl der Rechtsform wirkt sich auf S ...

Zukunft der Arbeit - ein unausweichl ...


Innovativ, aber zu wenig digital

Unternehmensnachfolgen und die Rolle ...

"Strategisches Denken gefragt"



Bücher

**Erfolgreiches Integrationsmanagement bei Fusionen und Akquisitionen**
Piotr Bartoszewski sichtet Forschungsrichtungen und wichtigste Forschungsergebnisse, unterzieht sie einer kritischen Prüfung, deckt Theorielücken auf und leistet so einen Beitrag ... Vorschau
66.99 €
Bestellen (portofreit) | Weitere Bücher

Dieses Buch online im Abo für monatlich 45,90 €
- inkl. weiterer 61.000 Fachbücher als PDF auf Springer Professional !

Stellenmarkt

Verkaufsprofi Softwarelösungen

(Senior) Account Manager (m/w)

Teamleiter Spezialverkehre (w/m)

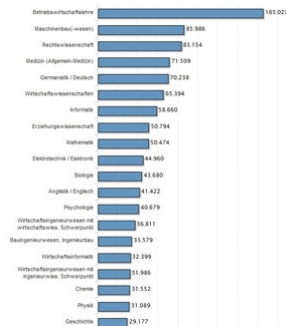
Fachgebietsleiter Application Management Services (m/w)

Leiter Vertrieb/ Business Development (m/w)



Statistik (von statista.com)

Beliebteste Studiengänge in Deutschland
Anzahl der deutschen Studierenden in den am stärksten besetzten Studienfächern im Wintersemester 2010/2011



(Kostenpflichtige Statistik)

Statista: hochwertige Statistiken, Umfragen und Studien aus über 10.000 Quellen

Meine zuletzt besuchten Definitionen

Anspruchsgruppen

Schwerpunktbeiträge des Tages

Corporate Governance

Corporate Governance bezeichnet den rechtlichen und faktischen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung eines Unternehmens. Unvollständige Verträge und unterschiedliche Interessenlagen bieten den Stakeholdern prinzipiell Gelegenheiten wie auch Motive zu opportunistischem Verhalten. Regelungen zur Corporate Governance haben grundsätzlich die Aufgabe, durch ... mehr

von Prof. Dr. Axel v. Werder

Verkehrspolitik

Verkehrspolitik ist eine spezielle Wirtschaftspolitik (sektorale Strukturpolitik), die sich mit dem Transport von Personen, Gütern und Nachrichten und den damit verbundenen Dienstleistungen (Logistik) befasst. Sie umfasst materialwirtschaftlich-technische, juristische und ökonomische

Anspruchsgruppen

(weitergeleitet von Stakeholder)

Definition

Literaturhinweise/Links

Sachgebiete



Definition

Kurzerklärung:

Stakeholders; Anspruchsgruppen sind alle internen und externen Personengruppen, die von den unternehmerischen Tätigkeiten gegenwärtig oder in Zukunft direkt oder indirekt betroffen sind.

Ausführliche Erklärung:

Stakeholders; Anspruchsgruppen sind alle internen und externen Personengruppen, die von den unternehmerischen Tätigkeiten gegenwärtig oder in Zukunft direkt oder indirekt betroffen sind. Gemäß Stakeholder-Ansatz wird ihnen - zusätzlich zu den Eigentümern (Shareholders) - das Recht zugesprochen, ihre Interessen gegenüber der Unternehmung geltend zu machen. Eine erfolgreiche Unternehmungsführung muss die Interessen aller Anspruchsgruppen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen (Social Responsiveness). Die Abbildung „Anspruchsgruppen“ zeigt die internen und externen Anspruchsgruppen sowie deren Ansprüche und Erwartungen an die Unternehmung.

ANZEIGE

Anspruchsgruppen

Anspruchsgruppen	Interessen (Ziele)
Interne Anspruchsgruppen	1. Eigentümer <ul style="list-style-type: none">• Kapitaleigentümer• Eigentümer-Unternehmer
	2. Management (Manager-Unternehmer)
	3. Mitarbeiter
Externe Anspruchsgruppen	4. Fremdkapitalgeber
	5. Lieferanten
	6. Kunden
	7. Konkurrenz
	8. Staat und Gesellschaft <ul style="list-style-type: none">• lokale und nationale Behörden• ausländische und internationale Organisationen• Verbände und Interessenlobbies aller Art• politische Parteien• Bürgerinitiativen• allgemeine Öffentlichkeit

Bild in Originalgröße zeigen

Zitierfähige URL

Suche in der E-Bibliothek für Professionals

Anspruchsgruppen 



Fachwissen. Digital. Finden.



► Digitale Fachbibliothek für Wirtschaft + Technik

► 1,8 Mio. Dokumente, Fachbücher und Fachzeitschriften direkt durchsuchen und downloaden

Jetzt informieren und kostenlos testen

Sachgebiete

Anspruchsgruppen

ist im Gabler Wirtschaftslexikon folgenden Sachgebieten zugeordnet:

Springer Professional: Digitale Fachbibliothek für Wirtschaft + Technik

Direkter Zugriff und einfache Recherche in über 1,8 Mio. Fachinformationen aus Büchern, Zeitschriften und Fachartikeln.

Jetzt informieren und kostenlos testen

Informationen zu den Sachgebieten**Allgemeine Betriebswirtschaftslehre**

Die Bezeichnung Allgemeine Betriebswirtschaftslehre zielt auf jeden Teil der Betriebswirtschaftslehre, der sich mit den übergreifenden Aspekten des unternehmerischen Handelns befasst. So setzt sich die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre aus verschiedenen Sachfunktionslehren wie Produktion, Investition und Finanzierung, Forschung und Entwicklung, Marketing zusammen. Mit ... [mehr](#)

Internationale Rechnungslegung

Durch eine internationale Rechnungslegung und damit internationale Harmonisierung der Rechnungslegung soll eine Vergleichbarkeit bzw. Interpretierbarkeit der Jahresabschlüsse international agierender Unternehmen, die ansonsten nach länderspezifischen, unterschiedlichen Rechtsnormen erstellt sind, erreicht werden. Diese Harmonisierung ist seit 2001 Aufgabe des IASB, des privatrechtlichen ... [mehr](#)

Wirtschaftsinformatik

Die Wirtschaftsinformatik als Wissenschaft von der Konzeption, Entwicklung und Anwendung computergestützter Informations- und Kommunikationssysteme (IKS) nimmt eine interdisziplinäre Schnittstellenfunktion zwischen der Betriebswirtschaftslehre und der Informatik ein. Jedoch bietet die Wirtschaftsinformatik auch zusätzliche Funktionen/Ergebnisse wie etwa Methoden und Modelle, anhand derer ... [mehr](#)

Weiterführende Schwerpunktbeiträge**Bankvertrieb**

I. Begriff Bankgeschäfte § 1 Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen (kurz: Kreditwesengesetz, KWG) ordnet Unternehmen als Kreditinstitute ein, wenn sie bereits eines der nachstehenden Bankgeschäfte tätigen. Bankgeschäfte sind danach die Annahme fremder Gelder als Einlagen oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder ... [mehr](#)

Schwerpunktbeitrag von Prof. Dr. Detlef Hellenkamp

Atypische Beschäftigung

I. Definition und Abgrenzung zu Normalarbeitsverhältnissen Normalarbeitsverhältnisse sind definiert als unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnisse, die vollständig in die sozialen Sicherungssysteme integriert sind, eine Identität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis aufweisen, d.h. nicht in Form von Leiharbeit ausgeübt werden, und bei denen eine Gebundenheit des ... [mehr](#)

Schwerpunktbeitrag von Prof. Dr. Berndt Keller, Privatdozent Dr. Fred Henneberger

Data Mining

I. Begriff und Motivation Unter Data Mining versteht man die Anwendung von Methoden und Algorithmen zur möglichst automatischen Extraktion empirischer Zusammenhänge zwischen Planungsobjekten, deren Daten in einer hierfür aufgebauten Datenbasis bereitgestellt werden. Bspw. kann so ermittelt werden, welche Produkte häufig zusammen ... [mehr](#)

Schwerpunktbeitrag von Prof. Dr. Richard Lackes

Vernetzung

Mindmap

Wie interpretiere ich diese Grafik?

zusätzlich zweite Hierarchieebene anzeigen



Verweise auf dieses Stichwort ([einblenden](#))

weitere interessante Stichwörter der Autoren

BWL Formalwissenschaft **Wirtschaftlichkeitsprinzip** Geisteswissenschaft Kalkül
Schlussfolgerung Betriebswirtschaftslehre (BWL) Social Responsiveness
Konstruktivismus Syntaktik Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre (AOEWL) Selektion
Modell Heuristik Gemeinwirtschaftlichkeit Homo oeconomicus
Anspruchsgruppen Ceteris-Paribus-Annahme **Stakeholder** Effizienz

Wichtige Begriffe ([einblenden](#))

Gesetzesbeschluss

des Landtags

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Der Landtag hat am 14. Oktober 2015 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. April 2013 (GBl. S. 55), wird wie folgt geändert:

1. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:
„(4) Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit werden erstattet. Das Nähere wird durch Satzung geregelt.“
- b) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden die Absätze 5 bis 7.
- c) Im neuen Absatz 7 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

2. § 20 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Gibt die Gemeinde ein eigenes Amtsblatt heraus, das sie zur regelmäßigen Unterrichtung der Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde nutzt, ist den Fraktionen des Gemeinderats Gelegenheit zu geben, ihre Auffassungen zu Angelegenheiten der Gemeinde im Amtsblatt darzulegen. Der Gemeinderat regelt in einem Redaktionsstatut für das Amtsblatt das Nähere, insbesondere den angemessenen Umfang der Beiträge der Fraktionen. Er hat die Veröffentlichung von Beiträgen der Fraktionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums von höchstens sechs Monaten vor Wahlen auszuschließen.“

3. § 20 a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Sätze 3 und 7 wird das Wort „Bürgerversammlungen“ jeweils durch das Wort „Einwohnerversammlungen“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Gemeinderat hat eine Einwohnerversammlung anzuberaumen, wenn dies von der Einwohnerschaft beantragt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternden Angelegenheiten angeben, dabei findet § 3 a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) keine Anwendung; der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten sechs Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Er muss in Gemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern von mindestens 5 vom Hundert der antragsberechtigten Einwohner der Gemeinde, höchstens jedoch von 350 Einwohnern unterzeichnet sein. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern muss er von mindestens 2,5 vom Hundert der antragsberechtigten Einwohner der Gemeinde, mindestens jedoch von 350 Einwohnern und höchstens von 2 500 Einwohnern unterzeichnet sein. Er soll bis zu drei Vertrauenspersonen mit Namen und Anschrift benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Sind keine Vertrauenspersonen benannt, gelten die beiden ersten Unterzeichner als Vertrauenspersonen. Nur die Vertrauenspersonen sind, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Antrag abzugeben und entgegenzunehmen. Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt. Über die Zulässigkeit des Antrags entscheidet der Gemeinderat. Ist der Antrag zulässig, muss die Einwohnerversammlung innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags abgehalten werden. Sätze 1 bis 10 gelten entsprechend für Ortsteile, Gemeindebezirke und Ortschaften; für die erforderliche Zahl der Unterschriften sind in diesem Fall die Zahlen der dort wohnenden Einwohner maßgebend; die zu erörternden Angelegenheiten müssen sich auf den Ortsteil, Gemeindebezirk oder die Ortschaft beziehen.“

- c) In der Überschrift sowie in Absatz 1 Sätze 2, 4, 5, Absätze 3 und 4 wird das Wort „Bürgerversammlung“ jeweils durch das Wort „Einwohnerversammlung“ ersetzt.

4. § 20 b wird wie folgt gefasst:

„§ 20 b

Einwohnerantrag

(1) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass der Gemeinderat eine bestimmte Angelegenheit behandelt (Einwohnerantrag). Ein Einwohnerantrag darf nur Angelegenheiten des Wirkungskreises der Gemeinde zum Gegenstand haben, für die der Gemeinderat zuständig ist und in denen innerhalb der letzten sechs Monate nicht bereits ein Einwohnerantrag gestellt worden ist. Ein Einwohnerantrag ist in den in § 21 Absatz 2 genannten Angelegenheiten ausgeschlossen; das Gleiche gilt bei Angelegenheiten, über die der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss nach Durchführung eines gesetzlich bestimmten Beteiligungs- oder Anhörungsverfahrens beschlossen hat.

(2) Der Einwohnerantrag muss schriftlich eingereicht werden; richtet er sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses, muss er innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. § 3 a LVwVfG findet keine Anwendung. Der Einwohnerantrag muss hinreichend bestimmt sein und eine Begründung enthalten. Er muss in Gemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern von mindestens 3 vom Hundert der antragsberechtigten Einwohner der Gemeinde, höchstens jedoch von 200 Einwohnern unterzeichnet sein. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern muss er von mindestens 1,5 vom Hundert der antragsberechtigten Einwohner der Gemeinde, mindestens jedoch von 200 Einwohnern und höchstens von 2 500 Einwohnern unterzeichnet sein. Er soll bis zu drei Vertrauenspersonen mit Namen und Anschrift benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Sind keine Vertrauenspersonen benannt, gelten die beiden ersten Unterzeichner als Vertrauenspersonen. Nur die Vertrauenspersonen sind, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Antrag abzugeben und entgegenzunehmen. Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt.

(3) Über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags entscheidet der Gemeinderat. Ist der Einwohnerantrag zulässig, hat der Gemeinderat oder der zuständige beschließende Ausschuss innerhalb von drei Monaten nach seinem Eingang die Angelegenheit zu behandeln; er hat hierbei die Vertrauenspersonen des Einwohnerantrags zu hören.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend in einer Ortschaft für eine Behandlung im Ortschaftsrat. Für die erforderliche Zahl der Unterschriften ist in diesem Fall die Zahl der in der Ortschaft wohnenden Einwohner maßgebend. Über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags entscheidet der Ortschaftsrat. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Gemeindebezirke in Gemeinden mit Bezirksverfassung.“

5. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Nummer 6 werden nach dem Wort „Bauvorschriften“ die Wörter „mit Ausnahme des verfahrenseinleitenden Beschlusses“ eingefügt.
- b) Die Absätze 3 bis 8 werden wie folgt gefasst:

„(3) Über eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, kann die Bürgerschaft einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid auf Grund eines Bürgerbegehrens durchgeführt worden ist. Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden, dabei findet § 3 a LVwVfG keine Anwendung; richtet es sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Das Bürgerbegehren muss die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Die Gemeinde erteilt zur Erstellung des Kostendeckungsvorschlags Auskünfte zur Sach- und Rechtslage. Das Bürgerbegehren muss von mindestens 7 vom Hundert der Bürger unterzeichnet sein, höchstens jedoch von 20 000 Bürgern. Es soll bis zu drei Vertrauenspersonen mit Namen und Anschrift benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Sind keine Vertrauenspersonen benannt, gelten die beiden ersten Unterzeichner als Vertrauenspersonen. Nur die Vertrauenspersonen sind, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Antrag abzugeben und entgegenzunehmen.“

(4) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der Vertrauenspersonen unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags. Nach Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens dürfen die Gemeindeorgane bis zur Durchführung des Bürgerentscheids keine dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung treffen oder vollziehen, es sei denn, zum Zeitpunkt der Einreichung des Bürgerbegehrens

haben rechtliche Verpflichtungen hierzu bestanden. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.

(5) Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, muss den Bürgern die innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung durch Veröffentlichung oder Zusendung einer schriftlichen Information bis zum 20. Tag vor dem Bürgerentscheid dargelegt werden. In dieser Veröffentlichung oder schriftlichen Information der Gemeinde zum Bürgerentscheid dürfen die Vertrauenspersonen eines Bürgerbegehrens ihre Auffassung zum Gegenstand des Bürgerentscheids in gleichem Umfang darstellen wie die Gemeindeorgane.

(6) Der Bürgerentscheid ist innerhalb von vier Monaten nach der Entscheidung über die Zulässigkeit durchzuführen, es sei denn, die Vertrauenspersonen stimmen einer Verschiebung zu.

(7) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 20 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.

(8) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Gemeinderatsbeschlusses. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.“

c) Es wird folgender Absatz angefügt:

„(9) Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt.“

6. § 24 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Eine Fraktion oder ein Sechstel der Gemeinderäte kann in allen Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung verlangen, dass der Bürgermeister den Gemeinderat unterrichtet. Ein Viertel der Gemeinderäte kann in Angelegenheiten im Sinne von Satz 1 verlangen, dass dem Gemeinderat oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt wird. In dem Ausschuss müssen die Antragsteller vertreten sein.“

7. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 2 bis 4 werden aufgehoben.

b) In Absatz 5 werden die Wörter „den Absätzen 1 bis 4“ durch die Wörter „Absatz 1“ ersetzt.

8. § 30 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „Monats, in“ durch die Wörter „Tages, an“ ersetzt.

b) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Wesentliche Entscheidungen, die bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Gemeinderats aufgeschoben werden können, bleiben dem neu gebildeten Gemeinderat vorbehalten.“

9. § 31 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 wird gestrichen.

10. In § 32 Absatz 5 wird das Wort „wirtschaftlichen“ gestrichen.

11. Nach § 32 wird folgender § 32 a eingefügt:

„§ 32 a

Fraktionen

(1) Gemeinderäte können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Das Nähere über die Bildung der Fraktionen, die Mindestzahl ihrer Mitglieder sowie die Rechte und Pflichten der Fraktionen regelt die Geschäftsordnung.

(2) Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeinderats mit. Sie dürfen insoweit ihre Auffassungen öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.

(3) Die Gemeinde kann den Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen der Fraktionsarbeit gewähren. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.“

12. § 34 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „rechtzeitig“ die Wörter „, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag,“ eingefügt.

b) In Satz 4 werden die Wörter „eines Viertels“ durch die Wörter „einer Fraktion oder eines Sechstels“ ersetzt.

13. In § 35 Absatz 1 Satz 4 werden vor dem Wort „bekannt“ die Wörter „im Wortlaut“ eingefügt und das Wort „sofern“ durch das Wort „soweit“ ersetzt.

14. In § 38 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes“ durch die Angabe „LVwVfG“ ersetzt.

15. § 39 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „eines Fünftels“ durch die Wörter „einer Fraktion oder eines Sechstels“ ersetzt.

b) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Vorberatungen nach Absatz 4 können in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung erfolgen; bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 35 Absatz 1 Satz 2 muss nichtöffentlich verhandelt werden.“

16. § 41 a wird wie folgt gefasst:

„§ 41 a

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Die Mitglieder der Jugendvertretung sind ehrenamtlich tätig.

(2) Jugendliche können die Einrichtung einer Jugendvertretung beantragen. Der Antrag muss

in Gemeinden mit bis zu 20 000 Einwohnern	von 20,
--	---------

in Gemeinden mit bis zu 50 000 Einwohnern	von 50,
--	---------

in Gemeinden mit bis zu 200 000 Einwohnern	von 150,
---	----------

in Gemeinden mit über 200 000 Einwohnern	von 250
---	---------

in der Gemeinde wohnenden Jugendlichen unterzeichnet sein. Der Gemeinderat hat innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags über die Einrichtung der Jugendvertretung zu entscheiden; er hat hierbei Vertreter der Jugendlichen zu hören.

(3) In der Geschäftsordnung ist die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht vorzusehen.

(4) Der Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.“

17. Nach § 41 a wird folgender § 41 b eingefügt:

„§ 41 b

Veröffentlichung von Informationen

(1) Die Gemeinde veröffentlicht auf ihrer Internetseite Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die der Tagesordnung beigefügten Beratungsunterlagen für öffentliche Sitzungen sind auf der Internetseite der Gemeinde zu veröffentlichen, nachdem sie den Mitgliedern des Gemeinderats zugestanden sind. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass hierdurch keine personenbezogenen Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unbefugt offenbart werden. Sind Maßnahmen nach Satz 2 nicht ohne erheblichen Aufwand oder erhebliche Veränderungen der Beratungsunterlage möglich, kann im Einzelfall von der Veröffentlichung abgesehen werden.

(3) In öffentlichen Sitzungen sind die Beratungsunterlagen im Sitzungsraum für die Zuhörer auszulegen. Absatz 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Die ausgelegten Beratungsunterlagen dürfen vervielfältigt werden.

(4) Die Mitglieder des Gemeinderats dürfen den Inhalt von Beratungsunterlagen für öffentliche Sitzungen, ausgenommen personenbezogene Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, zur Wahrnehmung ihres Amtes gegenüber Dritten und der Öffentlichkeit bekannt geben.

(5) Die in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats oder des Ausschusses gefassten oder bekannt gegebenen Beschlüsse sind im Wortlaut oder in Form eines zusammenfassenden Berichts innerhalb einer Woche nach der Sitzung auf der Internetseite der Gemeinde zu veröffentlichen.

(6) Die Beachtung der Absätze 1 bis 5 ist nicht Voraussetzung für die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und Leitung der Sitzung.“

18. In § 46 Absatz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „65. Lebensjahr“ durch die Angabe „68. Lebensjahr“ ersetzt.

19. In § 50 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1 a eingefügt:

„(1 a) Zum Beigeordneten kann bestellt werden, wer am Tag der Wahl das 68. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.“

20. In § 55 Absatz 2 Satz 2 wird nach den Wörtern „mit mehr als 30 000“ das Wort „Einwohnern“ eingefügt.

21. In § 64 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern“ durch die Wörter „in Stadtkreisen und Großen Kreisstädten“ ersetzt.

22. § 72 wird folgender Satz angefügt:

„§ 20 Absatz 3 findet für Fraktionen des Ortschaftsrats Anwendung, soweit dies der Gemeinderat bestimmt hat.“

23. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 2

Änderung der Landkreisordnung

Die Landkreisordnung in der Fassung vom 19. Juni 1987 (GBl. S. 289), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. April 2013 (GBl. S. 55), wird wie folgt geändert:

1. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit werden erstattet. Das Nähere wird durch Satzung geregelt.“

b) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden Absätze 5 bis 7.

c) Im neuen Absatz 7 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

2. § 17 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Gibt der Landkreis ein eigenes Amtsblatt heraus, das er zur regelmäßigen Unterrichtung der Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten des Landkreises nutzt, ist den Fraktionen des Kreistags Gelegenheit zu geben, ihre Auffassungen zu Angelegenheiten des Landkreises im Amtsblatt darzulegen. Der Kreistag regelt in einem Redaktionsstatut für das Amtsblatt das Nähere, insbesondere den angemessenen Umfang der Beiträge der Fraktionen. Er hat die Veröffentlichung von Beiträgen der Fraktionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums von höchstens sechs Monaten vor Wahlen auszuschießen.“

3. § 19 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Eine Fraktion oder ein Sechstel der Kreisräte kann in allen Angelegenheiten des Landkreises und seiner Verwaltung verlangen, dass der Landrat den Kreistag unterrichtet. Ein Viertel der Kreisräte kann

in Angelegenheiten im Sinne von Satz 1 verlangen, dass dem Kreistag oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt wird. In dem Ausschuss müssen die Antragsteller vertreten sein.“

4. § 21 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „Monats, in“ durch die Wörter „Tages, an“ ersetzt.

b) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Wesentliche Entscheidungen, die bis zum Zusammentreten des neugewählten Kreistags aufgeschoben werden können, bleiben dem neugewählten Kreistag vorbehalten.“

5. In § 26 Absatz 5 wird das Wort „wirtschaftlichen“ gestrichen und die Angabe „§ 105“ durch die Angabe „§ 104“ ersetzt.

6. Nach § 26 wird folgender § 26 a eingefügt:

„§ 26 a

Fraktionen

(1) Kreisräte können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Das Nähere über die Bildung der Fraktionen, die Mindestzahl ihrer Mitglieder sowie die Rechte und Pflichten der Fraktionen regelt die Geschäftsordnung.

(2) Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Kreistags mit. Sie dürfen insoweit ihre Auffassungen öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.

(3) Der Landkreis kann den Fraktionen Mittel aus seinem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen der Fraktionsarbeit gewähren. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.“

7. § 29 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Halbsatz 1 werden die Wörter „spätestens eine Woche vor dem Sitzungstag ein und teilt rechtzeitig“ durch die Wörter „mit angemessener Frist ein und teilt rechtzeitig, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag,“ ersetzt.

b) In Satz 4 werden die Wörter „eines Viertels“ durch die Wörter „einer Fraktion oder eines Sechstels“ ersetzt.

8. In § 30 Absatz 1 Satz 4 werden vor dem Wort „bekanntzugeben“ die Wörter „im Wortlaut“ eingefügt.

9. § 34 Absatz 5 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Vorberatungen nach Absatz 4 können in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung erfolgen; bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 30 Absatz 1 Satz 2 muss nichtöffentlich verhandelt werden.“

10. Nach § 36 wird folgender § 36 a eingefügt:

„§ 36 a

Veröffentlichung von Informationen

(1) Der Landkreis veröffentlicht auf seiner Internetseite Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die der Tagesordnung beigefügten Beratungsunterlagen für öffentliche Sitzungen sind auf der Internetseite des Landkreises zu veröffentlichen, nachdem sie den Mitgliedern des Kreistags zugegangen sind. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass hierdurch keine personenbezogenen Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unbefugt offenbart werden. Sind Maßnahmen nach Satz 2 nicht ohne erheblichen Aufwand oder erhebliche Veränderungen der Beratungsunterlage möglich, kann im Einzelfall von der Veröffentlichung abgesehen werden.

(3) In öffentlichen Sitzungen sind die Beratungsunterlagen im Sitzungsraum für die Zuhörer auszulegen. Absatz 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Die ausgelegten Beratungsunterlagen dürfen vervielfältigt werden.

(4) Die Mitglieder des Kreistags dürfen den Inhalt von Beratungsunterlagen für öffentliche Sitzungen, ausgenommen personenbezogene Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, zur Wahrnehmung ihres Amtes gegenüber Dritten und der Öffentlichkeit bekannt geben.

(5) Die in öffentlicher Sitzung des Kreistags oder des Ausschusses gefassten oder bekannt gegebenen Beschlüsse sind im Wortlaut oder in Form eines zusammenfassenden Berichts innerhalb einer Woche nach der Sitzung auf der Internetseite des Landkreises zu veröffentlichen.

(6) Die Beachtung der Absätze 1 bis 5 ist nicht Voraussetzung für die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und Leitung der Sitzung.“

11. In § 38 Satz 1 wird die Angabe „65. Lebensjahr“ durch die Angabe „68. Lebensjahr“ ersetzt.

12. § 39 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Der Kreistag bestimmt den Wahltag.“

b) Es wird folgender letzter Satz angefügt:

„Der Bewerbung ist eine Bescheinigung über die Wählbarkeit des Bewerbers beizufügen; § 10 Absatz 4 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend.“

13. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 3

Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 1. September 1983 (GBl. S. 429), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GBl. S. 320, 323), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Wörter „Bürgerversammlung, den Bürgerantrag“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, den Einwohnerantrag“ ersetzt.

2. § 41 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Wörter „Bürgerversammlung, Bürgerantrag“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, Einwohnerantrag“ ersetzt.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Antrag auf eine Einwohnerversammlung und der Einwohnerantrag können nur von Einwohnern unterzeichnet werden, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen. § 12 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung gilt entsprechend. Das Bürgerbegehren kann nur von Bürgern unterzeichnet werden, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung wahlberechtigt sind.“

c) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Bürgerversammlung, eines Bürgerantrags“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, eines Einwohnerantrags“ ersetzt.

3. In § 55 Absatz 1 Satz 2 Nummer 16 werden die Wörter „Bürgerversammlung, den Bürgerantrag“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, den Einwohnerantrag“ ersetzt.

4. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 4

Änderung des Gesetzes über die Errichtung
des Verbands Region Stuttgart

Das Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 (GBl. S. 92), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. April 2015 (GBl. S. 282, 283), wird wie folgt geändert:

1. § 12 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Monats, in“ durch die Wörter „Tages, an“ ersetzt.
- b) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:
„Wesentliche Entscheidungen, die bis zum Zusammentreten der neugewählten Regionalversammlung aufgeschoben werden können, bleiben der neugewählten Regionalversammlung vorbehalten.“

2. Nach § 13 wird folgender § 13 a eingefügt:

„§ 13 a

Fraktionen

§ 32 a der Gemeindeordnung findet entsprechende Anwendung.“

3. Nach § 15 wird folgender § 15 a eingefügt:

„§ 15 a

Veröffentlichung von Informationen

§ 41 b der Gemeindeordnung findet für öffentliche Sitzungen der Regionalversammlung und ihrer Ausschüsse entsprechende Anwendung.“

Artikel 5

Änderung der Verordnung zur Durchführung
der Gemeindeordnung

Die Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung vom 11. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 2), geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 313, 327), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
„2. durch Einrücken in eine bestimmte, regelmäßig erscheinende Zeitung,“.

bb) Nach Nummer 2 wird folgende neue Nummer 3 eingefügt:

„3. durch Bereitstellung im Internet oder“.

cc) Die bisherige Nummer 3 wird die Nummer 4.

b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Bei der öffentlichen Bekanntmachung im Internet ist in der Satzung über die öffentliche Bekanntmachung (Absatz 1 Satz 2) die Internetadresse der Gemeinde anzugeben. In dieser Satzung ist darauf hinzuweisen, dass die öffentlichen Bekanntmachungen an einer bestimmten Verwaltungsstelle der Gemeinde während der Sprechzeiten kostenlos eingesehen werden können und gegen Kostenerstattung als Ausdruck zu erhalten sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass Ausdrücke der öffentlichen Bekanntmachungen unter Angabe der Bezugsadresse gegen Kostenerstattung auch zugesandt werden. Bei der Bekanntmachung im Internet ist der Bereitstellungstag anzugeben. Öffentliche Bekanntmachungen im Internet müssen auf der Internetseite der Gemeinde so erreichbar sein, dass der Internetnutzer auf der Startseite den Bereich des Ortsrechts erkennt. Die Bereitstellung im Internet darf nur im Rahmen einer ausschließlich von der Gemeinde verantworteten Internetseite erfolgen; sie darf sich zur Einrichtung, Pflege und zum Betrieb eines Dritten bedienen. Öffentliche Bekanntmachungen im Internet müssen für Internetnutzer ohne Nutzungsgebühren und ohne kostenpflichtige Lizenzen etwa für Textsysteme lesbar sein. Sie sind während der Geltungsdauer mit einer angemessenen Verfügbarkeit im Internet bereitzuhalten und gegen Löschung und Verfälschung durch technische und organisatorische Maßnahmen, insbesondere eine qualifizierte elektronische Signatur, zu sichern.“

c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

d) Im neuen Absatz 5 werden in den Sätzen 1 und 2 jeweils die Wörter „Absätzen 1 bis 3“ durch die Wörter „Absätzen 1 bis 4“ ersetzt.

2. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nummer 4 wird die Angabe „§ 11 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 2 Satz 1“ und die Angabe „§ 11 Abs. 3 Satz 2“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 2 Satz 2“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 11 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Verordnung zur Durchführung
der Landkreisordnung

§ 1 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Landkreisordnung vom 11. Dezember 2000 (GBl. 2001 S. 5) wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises können, soweit keine sondergesetzlichen Bestimmungen bestehen, in folgenden Formen durchgeführt werden:

1. durch Einrücken in das eigene Amtsblatt des Landkreises,
2. durch Einrücken in eine bestimmte, regelmäßig erscheinende Zeitung oder
3. durch Bereitstellung im Internet.“

b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Bei der öffentlichen Bekanntmachung im Internet ist in der Satzung über die öffentliche Bekanntmachung (Absatz 1 Satz 2) die Internetadresse des Landkreises anzugeben. In dieser Satzung ist darauf hinzuweisen, dass die öffentlichen Bekanntmachungen an einer bestimmten Verwaltungsstelle des Landratsamts oder der kreisangehörigen Gemeinden während der Sprechzeiten kostenlos eingesehen werden können und gegen Kostenerstattung als Ausdruck zu erhalten sind. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass Ausdrücke der öffentlichen Bekanntmachungen unter Angabe der Bezugsadresse gegen Kostenerstattung auch zugesandt werden. Bei der Bekanntmachung im Internet ist der Bereitstellungstag anzugeben. Öffentliche Bekanntmachungen im Internet müssen auf der Internetseite des Landkreises so erreichbar sein, dass der Internetnutzer auf der Startseite den Bereich des Kreisrechts erkennt. Die Bereitstellung im Internet darf nur im Rahmen einer ausschließlich in Verantwortung des Landkreises betriebenen Internetseite erfolgen; er darf sich zur Einrichtung, Pflege und zum Betrieb eines Dritten bedienen. Öffentliche Bekanntmachungen im Internet müssen für Internetnutzer ohne Nutzungsgebühren und ohne kostenpflichtige Lizenzen etwa für Textsysteme lesbar sein. Sie sind während der Geltungsdauer mit einer angemessenen Verfügbarkeit im Internet bereitzuhalten und gegen Löschung und Verfälschung durch technische und organisatorische Maßnahmen, insbesondere eine qualifizierte elektronische Signatur, zu sichern.“

c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

d) Im neuen Absatz 5 werden in den Sätzen 1 und 2 jeweils die Wörter „Absätzen 1 bis 3“ durch die Wörter „Absätzen 1 bis 4“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Kommunalwahlordnung

Die Kommunalwahlordnung vom 2. September 1983 (GBl. S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GBl. S. 320, 323), wird wie folgt geändert:

1. § 53 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „Bürgerversammlung, Bürgerantrag“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, Einwohnerantrag“ ersetzt.
- b) Absatz 1 Sätze 1 und 2 werden aufgehoben.
- c) Absatz 2 wird aufgehoben.
- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

2. In § 56 Absätze 1 und 3 werden jeweils die Wörter „Bürgerversammlung, Bürgeranträge“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, Einwohneranträge“ ersetzt.

3. In § 57 Absatz 4 werden die Wörter „Bürgerversammlung, den Bürgerantrag“ durch die Wörter „Einwohnerversammlung, den Einwohnerantrag“ ersetzt.

4. Die Inhaltsübersicht ist entsprechend anzupassen.

Artikel 8

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Das Landesplanungsgesetz in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GBl. S. 585, 614), wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 und § 19 Absatz 4 Satz 1 Nummer 5 wird jeweils das Wort „Naturschutzvereine“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

2. § 35 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30 Abs. 2 Sätze 1 und 3“ durch die Wörter „§ 30 Absatz 2 Sätze 1, 3 und 4“ ersetzt.

- b) In Absatz 10 wird folgender Satz angefügt:

„§ 41 b der Gemeindeordnung findet für öffentliche Sitzungen der Verbandsversammlung und ihrer Ausschüsse entsprechende Anwendung.“

Artikel 9

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Das Landesbeamtengesetz vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 794), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GBl. S. 326, 330), wird wie folgt geändert:

In § 36 Absatz 4 und § 41 Absatz 2 wird jeweils die Angabe „68. Lebensjahr“ durch die Angabe „73. Lebensjahr“ ersetzt.

Artikel 10

Übergangsbestimmungen

§ 1

Veröffentlichung von Informationen

§ 41 b Absatz 1, 2 und 5 der Gemeindeordnung und § 36 a Absatz 1, 2 und 5 der Landkreisordnung finden keine Anwendung auf Gemeinden und Landkreise, in denen kein elektronisches System zur Bereitstellung der Sitzungsunterlagen für die Gemeinderäte beziehungsweise Kreisräte existiert.

§ 2

Ruhestandseintritt und Verabschiedung von kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten

(1) Hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, Beigeordnete sowie hauptamtliche Amtsverweserinnen und Amtsverweser nach § 48 Absatz 3 der Gemeindeordnung und § 39 Absatz 6 der Landkreisordnung, deren Amtszeit am Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes läuft und die in dieser Amtszeit ihr 68. Lebensjahr vollenden werden, erreichen die Altersgrenze nach § 36 Absatz 4 des Landesbeamtengesetzes in der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung.

(2) Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie ehrenamtliche Amtsverweserinnen und Amtsverweser nach § 48 Absatz 3 der Gemeindeordnung, deren Amtszeit am Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes läuft und die in dieser Amtszeit ihr 68. Lebensjahr vollenden werden, sind nach § 41 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes in der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung zu verabschieden.

§ 3

Wählbarkeit von kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten

(1) Für Wahlen, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes (Artikel 11 Absatz 3) stattfinden, finden § 46 Absatz 1

und § 50 der Gemeindeordnung und § 38 der Landkreisordnung in den vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassungen Anwendung, wenn die durch die Wahl zu besetzende Stelle am Tag des Inkrafttretens dieser Vorschrift (Artikel 11 Absatz 4) ausgeschrieben ist.

(2) Findet die Bürgermeisterwahl vor Inkrafttreten dieses Gesetzes statt, findet § 46 Absatz 1 der Gemeindeordnung in der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung auch bei einer Neuwahl nach § 45 Absatz 2 der Gemeindeordnung, die erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindet, Anwendung.

§ 4

Hinderungsgründe

Für die auf Grund der Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 gewählten Gemeinderäte und Ortschaftsräte und festgestellten Ersatzpersonen für den Gemeinderat und den Ortschaftsrat finden bis zum Ende der laufenden Amtszeit § 29 Absätze 2 bis 4 und § 31 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung in den vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassungen Anwendung.

Artikel 11

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des übernächsten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft, soweit in den Absätzen 2 bis 4 nicht anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 1 Nummer 17, Artikel 2 Nummer 10, Artikel 8 Nummer 2 Buchstabe b und Artikel 10 § 1 treten ein Jahr nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(3) Artikel 1 Nummern 18 und 19, Artikel 2 Nummer 11, Artikel 9 und Artikel 10 § 2 und § 3 Absatz 2 treten am ersten Tag des vierten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

(4) Artikel 10 § 3 Absatz 1 tritt am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung)

Vom 17. Dezember 2013 (GABl. Nr. 2, 2014, S. 22)

in Kraft getreten am 27. Februar 2014

außer Kraft am 28. Februar 2021

1 Allgemeines

1.1 Ziele

Diese Verwaltungsvorschrift hat das Ziel, die Beteiligungskultur zu fördern und diese aufgrund der langjährigen Erfahrungen in der Landesverwaltung mit der Öffentlichkeitsbeteiligung weiterzuentwickeln. Augenhöhe, Transparenz und die Einbeziehung von Bürgerideen sind das Ziel einer stärkeren Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungs- und Zulassungsverfahren soll die Qualität der Planungen und ihrer Durchführung weiter verbessern sowie Lösungswege und Alternativen bei Konflikten aufzeigen. Sie soll die Entscheidung der Behörde mit vorbereiten. Wegen der Vorbildfunktion des Landes stellt diese Verwaltungsvorschrift spezifische Anforderungen an das Land als Vorhabenträger auf.

1.2 Anwendungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift ist von staatlichen Verwaltungsbehörden im Sinne von § 1 des Landesverwaltungsgesetzes (LVG) bei der Planung, Zulassung und Realisierung von Vorhaben, die beteiligungsrelevant sind, anzuwenden. Beteiligungsrelevant sind alle Vorhaben, für deren Zulassung ein Planfeststellungsverfahren oder ein Genehmigungsverfahren nach § 10 des Bundesimmissionsschutzgesetzes durchzuführen ist. Landesrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt, soweit diese weitergehend sind..

1.3 Begriffsbestimmungen

1.3.1 Land als Vorhabenträger

Das Land ist Vorhabenträger, wenn staatliche Verwaltungsbehörden im Sinne von § 1 LVG beteiligungsrelevante Vorhaben planen und realisieren.

1.3.2 Dritte Vorhabenträger

Dritte Vorhabenträger sind private oder kommunale Träger von beteiligungsrelevanten Vorhaben. Soweit das Land Vorhaben im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung plant und realisiert, gelten die Vorgaben dieser Verwaltungsvorschrift für dritte Vorhabenträger.

1.3.3 Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durch den Vorhabenträger, bei der diese möglichst vor Antragstellung über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet sowie ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

1.3.4 Nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung

Die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit nach der Antragstellung oder der sonstigen Verfahrenseinleitung, die während eines Verwaltungsverfahrens ergänzend zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird.

1.3.5 Beteiligungsscoping

Das Beteiligungsscoping ist der Meinungsaustausch zu den Fragen, ob eine zusätzliche Bürgerbeteiligung neben den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsformen zweckmäßig ist und welche Methoden im Rahmen einer frühen oder nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung gegebenenfalls eingesetzt werden können.

1.3.6 Nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung

Die nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit durch den Vorhabenträger nach Erlass der Zulassungsentscheidung während der Vorhabenrealisierung.

VerwR 4.11

1.4 Aufgabe von Vertretern des Landes in privatrechtlichen Unternehmen

Die Vertreter des Landes in privatrechtlichen Unternehmen des Landes sollen im Rahmen von § 65 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung auf die Beachtung dieser Verwaltungsvorschrift hinwirken.

2 Raumordnungsverfahren

2.1 Aufgabe des Landes als Vorhabenträger

Das Land als Vorhabenträger hat vor Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für beteiligungsrelevante Vorhaben die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und nach Einleitung des Raumordnungsverfahrens die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn das Ergebnis des Beteiligungsscoping dies vorsieht, durchzuführen.

2.2 Aufgabe der zuständigen Behörde bei dritten Vorhabenträgern

Die zuständige Behörde im Raumordnungsverfahren hat vor Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für beteiligungsrelevante Vorhaben darauf hinzuwirken, dass dritte Vorhabenträger die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und nach Einleitung des Raumordnungsverfahrens die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn das Ergebnis des Beteiligungsscoping dies vorsieht, durchführen. Dabei soll die Behörde den dritten Vorhabenträger auf die Richtlinien VDI 7000 und 7001 hinweisen.

3 Zulassungsverfahren

3.1 Aufgabe des Landes als Vorhabenträger

Das Land als Vorhabenträger hat vor Beantragung der Zulassung eines beteiligungsrelevanten Vorhabens die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und nach Beantragung des Zulassungsverfahrens die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn das Ergebnis des Beteiligungsscoping dies vorsieht, durchzuführen.

3.2 Aufgabe der zuständigen Behörde bei dritten Vorhabenträgern

Die zuständige Behörde im Zulassungsverfahren hat darauf hinzuwirken, dass dritte Vorhabenträger vor der Beantragung der Zulassung eines beteiligungsrelevanten Vorhabens die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und nach Beantragung des Zulassungsverfahrens die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn das Ergebnis des Beteiligungsscoping dies vorsieht, durchführen. Dabei soll die Behörde den dritten Vorhabenträger auf die Richtlinien VDI 7000 und 7001 hinweisen.

4 Anforderungen an das Beteiligungsscoping

Auf Grundlage einer Umfeldanalyse soll der Vorhabenträger einen Kreis von Vertretern der Nachbarschaft und der vom geplanten Vorhaben betroffenen Belange sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger einladen, um gemeinsam die geeigneten Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln. Der Vorhabenträger entscheidet, soweit nicht in gesetzlichen Vorschriften anderes vorgegeben, über die Durchführung und die Auswahl der geeigneten Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Zeigt in Fällen von Nummer 2.1 und 3.1 (Land als Vorhabenträger) die Umfeldanalyse, dass das Verfahren offenkundig unstreitig ist, kann zudem von einer Einladung abgesehen werden. Diese Verfahrensentcheidung ist von der Behörde aktenkundig zu machen.

5 Anforderungen an die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Anforderungen an die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ergeben sich aus Nummer 1.3.3 dieser Verwaltungsvorschrift oder Landesrecht, soweit es weitergehende Regelungen enthält. Um die geeigneten Beteiligungsformen einsetzen und entwickeln zu können, soll der Vorhabenträger frühzeitig ein Beteiligungsscoping im Hinblick auf die frühe Beteiligung durchführen. Wenn das Land Vorhabenträger ist, sind im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung die Planungsalternativen und die sogenannte Null-Variante, also der Verzicht auf das Vorhaben, sowie die jeweiligen Folgen darzustellen und zu erörtern.

6 Anforderungen an die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung

Die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung schließt nach Antragstellung an die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung an. Sie begleitet und ergänzt die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Um die geeigneten Beteiligungsformen einsetzen und entwickeln zu können, soll der Vorhabenträger frühzeitig ein Betei-

ligungsscoping im Hinblick auf die nicht-förmliche Beteiligung durchführen. Abschlüsse sind zulässig, um die Wiederholung von in der Öffentlichkeit bereits erörterten Fragen zu vermeiden. Ergebnis kann auch das Absehen von weiteren Beteiligungsformen sein, wenn die frühe und die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung als ausreichend angesehen werden können oder höherrangiges Recht dies verlangt.

7 Erörterungstermin im Raumordnungs- und Zulassungsverfahren

7.1 Durchführung des Erörterungstermins im Raumordnungsverfahren

Die zuständige Behörde im Raumordnungsverfahren soll im Raumordnungsverfahren einen Erörterungstermin entsprechend § 73 Abs. 6 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes durchführen, um die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen zu erörtern. Ausnahmsweise kann die Behörde von der gemeinsamen Erörterung absehen, insbesondere wenn keine oder wenige Äußerungen vorgebracht wurden oder dies im Beteiligungsscoping empfohlen wurde.

7.2 Durchführung des Erörterungstermins im Zulassungsverfahren

Soweit das Fachrecht im Planfeststellungsverfahren die Durchführung eines Erörterungstermins in das Ermessen der Anhörungs- beziehungsweise Planfeststellungsbehörde stellt, soll diese den Erörterungstermin durchführen. Ausnahmsweise kann die Behörde von der gemeinsamen Erörterung absehen, insbesondere wenn keine oder wenige Einwände erhoben oder Stellungnahmen abgegeben wurden oder wenn dies im Beteiligungsscoping empfohlen wurde.

8 Verzahnung der frühen und der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem Verwaltungsverfahren

8.1 Scoping-Termin

Soweit Erkenntnisse und Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung vorliegen, sollen sie im Scopingtermin berücksichtigt werden.

8.2 Vorbereitung des Erörterungstermins

Die zuständige Behörde hat zur Vorbereitung des Erörterungstermins den Vorhabenträger zum Stand der Erkenntnisse und der Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung anzuhören. Das Land als Vorhabenträger hat diese Anhörung durch Vorlage eines schriftlichen Berichts, der die wesentlichen Schritte und Ergebnisse der frühen und nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung zusammenfasst, vorzubereiten. Ausnahmsweise kann die Berichtsvorlage als Anhörung ausreichen.

8.3 Vertiefung der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung

Die zuständige Behörde kann dem Vorhabenträger vorschlagen, die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung zu vertiefen, wenn sich im Vorfeld eines Erörterungstermins ein großes Konfliktpotenzial abzeichnet, das eine lang andauernde und konfliktreiche Erörterung erwarten lässt. Von großem Konfliktpotenzial ist auszugehen, wenn mehr als 3000 Einwände vorgebracht, sich mehr als zehn Kommunalvertretungsorgane ablehnend zu dem Vorhaben geäußert haben oder die Anhörung nach Nummer 7.2 zu einer solchen Konflikteinschätzung führt. Zur Vertiefung kann eine Mediation angeregt werden. Der Erörterungstermin soll spätestens sechs Monate nach dem Vorschlag zur Vertiefung ungeachtet deren Ergebnisse anberaumt werden.

8.4 Durchführung Erörterungstermin

Die zuständige Behörde hat zu einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zuzulassen, soweit dem höherrangiges Recht nicht entgegensteht. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Des Weiteren kann sie einem Kreis von Personen, die im Rahmen der nichtförmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung bestimmt worden sind, die Möglichkeit zur zusammenhängenden Darstellung des Verlaufs und der Ergebnisse der frühen und nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den behandelten Belangen im Erörterungstermin geben.

8.5 Amtsermittlungs- und Begründungsgebot

8.5.1 Amtsermittlung

Die zuständige Behörde hat die frühe und die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung des Vorhabenträgers zu unterstützen. Die Amtsermittlung der zuständigen Behörde erstreckt sich auf Erkenntnisse und Ergebnisse der frühen und der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung.

VerwR 4.11

8.5.2 Begründung der Entscheidung

Die zuständige Behörde hat die Erkenntnisse und Ergebnisse der frühen und der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Entscheidung, insbesondere bei der Sachverhaltsdarstellung und der Begründung, darzustellen und zu bewerten.

9 Übergreifende Verfahrensanforderungen

9.1 Nutzung des Internets

Das Land als Vorhabenträger soll zur Unterstützung der frühen und der nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung Unterlagen im Internet veröffentlichen. Dort sind alle Unterlagen einzustellen, die für die Information der Öffentlichkeit nicht unwesentlich sind.

9.2 Einigungsgrundsatz

Die zuständige Behörde soll in jeder Verfahrensphase auf eine Einigung zwischen dem Vorhabenträger und Dritten hinwirken, soweit dem gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Die Behörde wirkt darauf hin, dass Gutachteraufträge und Fragestellungen einvernehmlich formuliert werden.

10 Nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung

Das Land als Vorhabenträger kann eine nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. Dies kann insbesondere dann sinnvoll sein, wenn zwischen Zulassungsentscheidung und Vorhabenrealisierung mehrere Jahre liegen und sich viele Einwendungen in den förmlichen oder nicht-förmlichen Verfahren auf Fragen des Bauablaufes bzw. Beeinträchtigungen und Belästigungen durch die Bauzeit bezogen.

11 Evaluation

Diese Verwaltungsvorschrift ist ein Jahr nach Inkrafttreten zu evaluieren.

12 Geltungsdauer

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe in Kraft und gilt sieben Jahre.

Evaluation Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung des Landes Baden-Württemberg

Analyse des Ressourcenaufwandes
Zwischenbilanz nach 1. Jahr Datenerhebung (2015)

22.02.2017

Wissenschaftliche Studie im Auftrag der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und
Bürgerbeteiligung Gisela Erler im Staatsministerium Baden-Württemberg

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis	5
Vorwort: Auf dem Weg zu einer „neuen Verwaltungskultur“: Die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung und die dazugehörige Evaluation	8
Zusammenfassung (Executive Summary).....	12
1. Evaluationskonzept und methodisches Vorgehen	15
1.1. Erarbeitung der Erhebungsinstrument mit intensiver Einbeziehung aller relevanten Akteure 16	
1.2. Das spezifische einzelne Verfahren als zentraler Erhebungsgegenstand – Entwicklung und Zeitablauf im Focus	17
1.2.1. Entwicklung im Zeitablauf als wichtige Informationsquelle.....	17
1.2.2. CA-TS® als „Glücksfall“ – Kombination mit Excel®-Tabellen	19
1.3. Erfassung der frühen und nicht-förmlichen Beteiligung – spezifische und allgemeine Bestandteile.....	21
1.3.1. Spezifische und allgemeine Bestandteile der frühen Beteiligung.....	21
1.3.2. Eckdaten formelles Verfahren.....	26
1.3.3. Bewertung des Ablaufs des Verfahrens	26
2. Der Aufwand (Arbeitsbelastung) der RP für Bürgerbeteiligung als zentraler Indikator für die Entwicklung der Bürgerbeteiligung (und folglich der Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung).....	28
2.1. Kurzfristige „saisonale“ Schwankungen und „längerfristiger“ Trend: Die Öffentlichkeitsbeteiligung der RP im Überblick	28
2.1.1. Projektbezogener Aufwand und allgemeine Koordinierungstätigkeiten: Gleichklang und offene Fragen	29
2.1.2. Projektbezogener Aufwand: Wie sind die großen Unterschiede zu erklären?	32
2.2. Es sind die großen Verfahren, die den Unterschied ausmachen	34
2.2.1. Die „Big Six“: Projekte mit überproportionalem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung 35	
2.2.2. Der Arbeitsaufwand der Verfahren im Einzelnen	36
3. Ermittlung des Stellenbedarfs bei den RP für Öffentlichkeitsbeteiligung.....	42
3.1. Welche Verfahren werden durch die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung erfasst?	42
3.1.1. Relevante Rechtsnormen: UVwG, LVwVfG und VwV	42
3.1.2. Erhebungszeitraum und Erhebungssachverhalte.....	48
3.2. Stellenbedarf der RP im Detail	49

3.2.1	Methodisches Vorgehen	50
3.2.2.	Stellenbedarf der RP differenziert nach Abteilungen, allgemeine Koordinierungstätigkeiten und Hinwirkungspflichten	50
3.2.3.	Gesamtübersicht und Überprüfung des Ergebnisses (Probe)	64
3.3.	Detaillierter Vergleich der Ergebnisse	65
3.4.	Fazit Ermittlung Stellenbedarf (Datenerhebung 2015)	70
3.5.	Vergleich mit der vorangegangenen Studie 2014	70
3.5.1.	Bürgerinformation und/oder Bürgerbeteiligung?	71
3.5.2.	Die besonderen Verfahren	72
3.5.3.	Vergleich der Stellenermittlung	73
4.	Wie wird die Öffentlichkeit beteiligt? (Inhaltliche Merkmale der Öffentlichkeitsbeteiligung)....	75
4.1.	Zu welchem Zeitpunkt wird die Öffentlichkeit beteiligt?	75
4.1.1.	Abt. 4: Schwerpunkt der Bundesauftragsverwaltung auf früher Beteiligung	77
4.1.2.	Abt. 5: IRP sorgt für hohen Anteil nachlaufender Beteiligung	79
4.2.	Charakter (Art) der Beteiligung: Information, Anhörung und Beteiligung	80
4.2.1.	Differenzierung nach Abteilungen und RP	83
4.2.2.	Ausblick 1: Monitoring besonders relevanter (großer) Vorhaben	87
4.2.3.	Ausblick 2: Experteninterviews	92
5.	Fazit nach einem Jahr Evaluation (Datenerhebung)	94
5.1.	Wirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung sind in der Verwaltungspraxis spürbar	94
5.2.	Rationale Umsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung in der Verwaltungspraxis	94
5.3.	Wichtige Fragen für die weitere Evaluation	96
	Quellenverzeichnis.....	97

Abbildungsverzeichnis

Abbildung: 1.2.1: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, Pretest (Okt.-Dez. 2014), differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und Allgem. KA, lineare Trendgeraden	18
Abbildung: 1.2.2: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, 2015), differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und Allgem. KA, lineare Trendgeraden	18
Abbildung: 1.3.1: Excel-Erfassung, spezifische Aspekte der frühen Beteiligung, Beispiel aus dem RPK, Sept. 2015	22
Abbildung: 1.3.2: Excel-Erfassung, Besonderheiten frühe Beteiligung, Beispiel „Dropbox-Auswahl“ aus dem RPK, Sept. 2015	22
Abbildung: 1.3.3: Excel-Erfassung, Erfassung Beteiligungsinstrumente, identisch für alle Projektphasen, Beispiel „Dropbox-Auswahl“ aus dem RPK, Okt. 2015	25
Abbildung: 2.1.1: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, Okt. 2014 – Dez. 2015), differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und Allgem. KA, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen durch gleitende 3-Monats-Mittelwerte	29
Abbildung: 2.1.2: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) und relativer Anteil OH (%), 2015	30
Abbildung: 2.1.3: Aufwand OH in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen), 2015, differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und Allgem. KA, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015	31
Abbildung: 2.1.4: Abt. 5, Aufwand reine Projektarbeit in Personenstunden (Ph), 3 RP, 2015, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015	33
Abbildung: 2.1.5: Abt. 4, Aufwand reine Projektarbeit in Personenstunden (Ph), 4 RP, 2015, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015	34
Abbildung: 2.2.1: Relativer Anteil (%) des Arbeitsaufwands (bis 50%, bis 66% usw.) im Verhältnis zur relativen Anzahl (%) der Verfahren, Differenziert nach Abt.	35
Abbildung: 3.1.1: Vgl. Regelung der Öffentlichkeitsbeteiligung UVwG / VwW / VwVfG	45
Abbildung: 3.1.2: Adressaten der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	47
Abbildung: 3.1.3: „Legitimationspyramide“ von Bundesgesetzgebung bis zur Verwaltungsverordnung des Landes	47
Abbildung: 3.2.1: RPF Abt. 4 – Erfasste Verfahren	51
Abbildung: 3.2.2: RPF Abt. 5 – Erfasste Verfahren	52
Abbildung: 3.2.3: RPK Abt. 4 – Erfasste Verfahren	54

Abbildung: 3.2.4: RPK Abt. 5 – Erfasste Verfahren	55
Abbildung: 3.2.5: RPS Abt. 4 – Erfasste Verfahren	57
Abbildung: 3.2.6: RPT Abt. 4 – Erfasste Verfahren	60
Abbildung: 3.2.7: RPT Abt. 5 – Erfasste Verfahren	61
Abbildung: 3.5.1: Besondere Bedeutung „großer Verfahren“ – Vergleich Studie 2014 und aktuelle Daten	73
Abbildung: 4.1.1: Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung und Abteilung (4 & 5)	76
Abbildung: 4.1.2: Abt. 4, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung	77
Abbildung: 4.1.3: Abt. 4, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung sowie Vorhabenträger (Bund oder Land)	78
Abbildung: 4.1.4: Abt. 5, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach RP und Phase der Beteiligung	79
Abbildung: 4.2.1: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte	82
Abbildung: 4.2.2: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand und Prozentwerte, differenziert nach Phase der Beteiligung und Abteilungen	83
Abbildung: 4.2.3: RPF, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5	84
Abbildung: 4.2.4: RPK, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5	85
Abbildung: 4.2.5: RPS, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5	86
Abbildung: 4.2.6: RPT, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5	87
Abbildung: Verfahrenssteckbrief	90

Tabellenverzeichnis

Tabelle: 1.2.1: CA-TS Daten, Beispiel aus dem RPK, Okt. 2015	20
Tabelle: 2.1.1: Vergleich des Anteils OH differenziert nach RP und Abteilungen (Werte in Prozent des Gesamtaufwands), Durchschnittswerte pro Monat für das Jahr 2015	30

Tabelle: 2.1.2: Vergleich des projektbezogenen Aufwands (Ohne OH) differenziert nach RP und Abteilungen (Werte in Personenstunden (Ph), Durchschnittswerte pro Monat für das Jahr 2015	32
Tabelle: 2.2.1: Relativer Anteil (%) des Arbeitsaufwands im Verhältnis zur absoluten Anzahl der Verfahren, Differenziert nach Abt. & RP	36
Tabelle: 2.2.2: Abt. 5 – RPF, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	37
Tabelle: 2.2.3: Abt. 5 – RPK, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	38
Tabelle: 2.2.4: Abt. 5 – RPT, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	38
Tabelle: 2.2.5: Abt. 4 – RPF, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	39
Tabelle: 2.2.6: Abt. 4 – RPK, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	39
Tabelle: 2.2.7: Abt. 4 – RPS, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	40
Tabelle: 2.2.8: Abt. 4 – RPT, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)	41
Tabelle: 3.1.1: Ursachen Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung bei den RP, ohne zentrale OH und BAV und zentrale OH, h/Monat und Prozentwerte	48
Tabelle: 3.2.1: RPF Abt. 4 – Normstellen	51
Tabelle: 3.2.2: RPF Abt. 5 – Normstellen	52
Tabelle: 3.2.3: RPF Hinwirkung – Normstellen	53
Tabelle: 3.2.4: RPF Gesamtergebnis – Normstellen	53
Tabelle: 3.2.5: RPK Abt. 4 – Normstellen	54
Tabelle: 3.2.6: RPK Abt. 5 – Normstellen	55
Tabelle: 3.2.7: RPK Hinwirkung – Normstellen	56
Tabelle: 3.2.8: RPK Gesamtergebnis – Normstellen	56
Tabelle: 3.2.9: RPS Abt. 4 – Normstellen	58
Tabelle: 3.2.10: RPS Hinwirkung 4 – Normstellen	58
Tabelle: 3.2.11: RPS Gesamtergebnis – Normstellen	59
Tabelle: 3.2.12: RPT Abt. 4 – Normstellen	60
Tabelle: 3.2.13: RPT Abt. 5 – Normstellen	62
Tabelle: 3.2.14: RPT Hinwirkung – Normstellen	62
Tabelle: 3.2.15: RPT Gesamtergebnis – Normstellen	62
Tabelle: 3.2.16: Alle RP – Gesamtergebnis – Normstellen	63

Tabelle: 3.2.17: Alle RP – Gesamtergebnis – Normstellen	64
Tabelle: 3.3.1: Vergleich Anzahl Verfahren – Durchschnitt h/Monat	66
Tabelle: 3.3.2: Vergleich Allgem. KA (%) – Allgem. KA (h/Monat)	66
Tabelle: 3.3.3: Vergleich Allgem. KA – Projektbezogener Aufwand (h/Monat)	67
Tabelle: 3.3.4: Vergleich Land (VwV) / Bund	68
Tabelle: 3.3.5: Vergleich größte drei Verfahren Land (VwV) / Bund	68
Tabelle: 3.3.6: Hinwirkungspflichten: §10 BImSchG – Vergleich Aufwand Projekte / Gesamt	69
Tabelle: 3.5.1: Anzahl Vorhaben sowie Aufwand (PT/Monat) für Öffentlichkeitsbeteiligung, differenziert nach Art der Beteiligung (förmlich / früh / nicht-förmlich), Studie 2014	74
Tabelle: 4.1.1: Anzahl Vorhaben sowie (projektbezogener) Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase des Vorhabens	75
Tabelle: 4.1.2: Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach Abteilungen	76
Tabelle: 4.1.3: Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach Vorhabenträger	78
Tabelle: 4.1.4: Abt. 5, Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach RP	80
Tabelle: 4.2.1: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte	81
Tabelle: 4.2.2: Die sechs (sieben) Verfahren mit dem größten Aufwand (> 50 h/Monat)	92

Vorwort: Auf dem Weg zu einer „neuen Verwaltungskultur“: Die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung und die dazugehörige Evaluation

Der folgende Text berichtet über die Ergebnisse der Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung (mit dem zugehörigen „Planungsleitfaden“) des Landes Baden-Württemberg. Sowohl die VwV als auch die Evaluation sind in dieser Form einzigartig. Es gab zuvor keine vergleichbaren Regelungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und auch keine in dieser Form (Methode) durchgeführte wissenschaftliche Untersuchung. Es sind folglich einige einleitende Bemerkungen zur VwV wie auch zur Vorgehensweise und Zielsetzung der Evaluation angebracht.

Zielsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung (in Abgrenzung zu anderen einschlägigen Rechtsnormen)

Die Einführung des Abs. 3 in § 25 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zielt darauf ab, der betroffenen Öffentlichkeit die Möglichkeit der Beteiligung zu einem Zeitpunkt zu eröffnen, zu dem die wesentlichen Entscheidungen über ein Vorhaben (insbesondere große Infrastrukturvorhaben wie S21, Bundesfernstraßen, Flughafenausbau und Hochwasserschutz) noch nicht getroffen sind und noch zwischen verschiedenen Alternativen gewählt werden kann.¹ Die Träger von Vorhaben sollen mittels § 25 Abs. 3 dazu „veranlasst werden“ (nicht verpflichtet), bei Vorhaben die „nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können“ die Öffentlichkeit 1) frühzeitig zu unterrichten und 2) ihr Gelegenheit zur Äußerung und 3) Erörterung zu geben. Da dies „frühzeitig“, also vor dem formellen Genehmigungsverfahren (z.B. einem Planfeststellungsverfahren) erfolgen soll, handelt es sich um den Einsatz „informeller Verfahren“² (im Gegensatz zu den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren z.B. im Planfeststellungsverfahren). Grundsätzlich sind nach § 25 Abs.3 VwVfG Behörden verpflichtet, auf Vorhabenträger hinzuwirken, eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durch informelle Beteiligungsverfahren durchzuführen. Das Land Baden-Württemberg hat die Regelung des § 25 Abs. 3 VwVfG in drei landesspezifischen Regelungen aufgegriffen.

Die Besonderheit der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung

Wie andere Bundesländer hat das Land Baden-Württemberg die Einfügung von Abs. 3 in § 25 VwVfG im Rahmen der Parallelgesetzgebung (möglichst einheitliche rechtliche Regelungen im Bund und den Ländern) in entsprechendes Landesrecht umgesetzt. § 25 LVwVfG ist hierbei in seinem Wortlaut übereinstimmend mit dem § 25 VwVfG des Bundes.

Am 01.01.2015 trat in Baden-Württemberg das neue Umweltverwaltungsgesetz (UmVG) in Kraft. Unter anderem ist die Verankerung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ein besonderes Anliegen der Gesetzesnovelle.³ Das UmVG ist lex specialis zu § 25 Abs. 3 LVwVfG und geht über dessen Regelung hinaus, indem es Vorhabenträger, seien es private oder öffentliche, dazu verpflichtet, eine

¹ Vgl. hierzu und im Folgenden (passim) Masser, K., T. Ritter und J. Ziekow, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg – Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift „Bürgerdialog“ und des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ der Landesregierung, Speyerer Forschungsberichte 275, 2014, im Folgenden wiedergegeben als Studie 2014, S. 1ff.

² Vgl. Arndt, U., Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung, in: Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (VBIBW) 5/2015, S. 192ff., im Folgenden nachgewiesen als Arndt, U., VBIBW,

³ Vgl. Ebda.

frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.⁴ Dadurch wird aus der Soll-Regelung des § 25 Abs. 3 VwVfG eine Muss-Regelung für alle Vorhabenträger.

Eine Verwaltungsvorschrift kann als Binnenrecht nur die unmittelbaren Landesbehörden zur Durchführung informeller Beteiligung verpflichten. D.h. dass lediglich die Regierungspräsidien sowie die Land- und Stadtkreise erfasst werden können. Rechtssystematisch enthält die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung Weisungen, wie die Verwaltung ihren Spielraum beim Verfahrensermessen wahrnehmen soll. Das hat die folgenden konkreten Auswirkungen für die betroffenen Behörden, bei welchen es sich im Wesentlichen auf die Regierungspräsidien handelt:

- Die Landesbehörden üben eine Vorbildfunktion aus. Sie sind zur Durchführung informeller Beteiligungsinstrumente verpflichtet,
 - a. allerdings nicht nur in der Phase vor der formellen Antragstellung, üblicherweise als frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bezeichnet,
 - b. sondern auch „sehr früh“ vor und während Raumordnungsverfahren,
 - c. aber auch im laufenden Planfeststellungsverfahren und darüber hinaus in der Realisierungs-(Bau-)Phase eines Vorhabens kann die Behörde eine dann „nachlaufende Beteiligung“ durchführen.
- Darüber hinaus wirken sie auf andere Vorhabenträger (Private, Kommunen, Bund) hin, Maßnahmen der frühen und nicht-förmlichen Beteiligung durchzuführen

Damit ist die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung des Landes Baden-Württemberg einzigartig in der bundesdeutschen Regelungslandschaft. Wie wird eine solche Regelung in der Verwaltung aufgenommen und wie wird sie umgesetzt?

Die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem zugehörigen Leitfaden für eine neue Planungskultur wurde in einem aufwendigen mehrstufigen Prozess entwickelt:⁵

1. Erarbeitung eines Entwurfs mit Experten aus Verwaltung, Wirtschaft sowie der Beteiligungspraxis
2. Diskussion des Entwurfs mit Beschäftigten der betroffenen Landesverwaltung
3. Einbeziehung der Öffentlichkeit: Verbände, Wirtschaft, Bürgerinitiativen, aber auch einzelne Bürger konnten Stellung nehmen (auch auf dem Beteiligungsportal der Landesregierung⁶).

Aus Sicht der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler ist die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung auch bundesweit richtungsweisend.⁷

Die Besonderheit der Evaluation

Auch die Evaluation der VwV kann einige Alleinstellungsmerkmale für sich verbuchen. Zunächst einmal basiert sie auf der bereits angeführten Vorläuferstudie, die die Auswirkungen der VwV zunächst prospektiv auf die Zukunft gerichtet untersucht hat. Entworfen wurden mögliche Szenarien der Entwicklung, was die Auswirkungen der Arbeitsbelastung der Beschäftigten der RP durch die VwV

⁴ Zu den Einzelheiten der Regelungen des UVwG siehe ebda. und dort die in Fn. 9 wiedergegebenen Quellen Feldmann/Heiland und Feldmann.

⁵ Vgl. <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/planungsleitfaden/>.

⁶ Vgl. hierzu auch: Masser, K., Fischer, F. und T. Ritter (2015), Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals des Landes Baden-Württemberg, Speyerer Forschungsberichte 284, insbes. Kap. 4.

⁷ Vgl. <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/planungsleitfaden/>.

anbelangt. Die Szenarien basierten auf unterschiedlichen Annahmen, z.B. darüber welche Entlastungswirkungen eine frühe, informelle Beteiligung im formellen Verfahren verursacht. Die Ergebnisse der Studie wurden kontrovers diskutiert und so entschloss sich die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg Gisela Erler dazu, die Entwicklung über einen Zeitraum von drei Jahren (2015 bis 2017) begleitend evaluieren zu lassen. Damit ist nicht nur die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung für sich genommen etwas Besonderes, sondern auch die umfassende wissenschaftliche Begleitung der Regelung stellt eine Ausnahme dar. Auch die Methodik ist für diesen konkreten Fall zusammen mit den betroffenen Behörden neu entwickelt worden.

Für die Evaluation einer neuartigen Regelung wie der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung ergeben sich erstmalige Herausforderungen, da es vergleichbare Untersuchungen nicht oder nur ansatzweise gibt (zu den Einzelheiten siehe das folgende Kapitel 1. Evaluationskonzept und methodisches Vorgehen). Die Besonderheit der Datenerhebung liegt darin dass

1. alle relevanten Vorhaben im Land erfasst (ca. 150) und Monat für Monat für jedes dieser Vorhaben die notwendigen Daten erhoben wurden.
2. Dabei wurde nicht nur ermittelt, welche Instrumente der informellen Beteiligung eingesetzt worden sind (über die Vorstellung von Vorhaben und Planungen in Gemeinderatssitzungen und Bürgerversammlungen, über die Erstellung von Informationsmaterialien bis zur Einrichtung von Projektbeiräten und Runden Tischen), sondern auch welchem primären Zweck diese dienten (1. Information, 2. Anhörung von Meinungen und Einwendungen, 3. Beteiligung an der Planung).
3. Gleichzeitig wurde erfasst, welche Intensität die jeweilige Beteiligung hat, gemessen vor allem anhand des Aufwands in Form von Arbeitsstunden, die in den Regierungspräsidien geleistet werden mussten (in Zukunft ergänzt mit der Angabe über abgerufene externe Unterstützung).

Diese besondere Form der Datenerhebung hat belastbare und in dieser Form in der deutschen Forschung einzigartige Ergebnisse ermöglicht. Wir möchten uns daher an dieser Stelle bei allen beteiligten Personen und Institutionen, insbesondere natürlich in den Regierungspräsidien, aber auch in der Stabstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, dem Hauptpersonalrat sowie den lokalen Personalvertretungen für die Unterstützung und die geleistete Arbeit sehr herzlich bedanken.

Die erste Phase der Evaluation (Datenerhebung für das Jahr 2015) galt dem Schwerpunkt der Analyse des Ressourcenaufwands bei den Regierungspräsidien, speziell dem Stellenbedarf für den Einsatz nicht-formeller Beteiligungsinstrumente. Das Ergebnis der Auswertung der Daten ist im dritten Kapitel des vorliegenden Berichts wiedergegeben. Kapitel 4 beleuchtet, durch welche Aktivitäten der Behörden die Aufwendungen verursacht worden sind (Information, Anhörung, Beteiligung). Im weiteren Verlauf der Evaluation soll dieser Aspekt, wie sieht informelle Beteiligung in der Praxis aus, intensiver analysiert werden. Darüber hinaus wird versucht zu ermitteln, welche Auswirkungen der Einsatz informeller Beteiligungsinstrumente hat. Aufgrund der üblicherweise langen, mehrjährigen Dauer großer Planungsverfahren (z.B. bei Autobahnen oder Bundesstraßen) sind Auswirkungen erst mittel- bis langfristig spürbar.

Zukünftig erwarten wir, durch die Auswertung der an uns von den Regierungspräsidien übermittelten Daten und die Erstellung von langfristigen statistischen Zeitreihen neben Erkenntnissen über die Entwicklung des Stellenbedarfes und dem unterschiedlichen Einsatz informeller Beteiligungsinstrumente weitere tiefere Einsichten in die Anwendung der VwV Bürgerbeteiligung.

Speyer, im Februar 2017

Kai Masser
Ingo Hamann
Jan Ziekow

Zusammenfassung (Executive Summary)

Nach den Erfahrungen bei Stuttgart21 wollte die Landesregierung die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Projekten des Landes ausbauen. Im Koalitionsvertrag des Jahres 2011 wurde die Erarbeitung eines Planungsleitfadens und eine diesen stützende Verwaltungsvorschrift (VwV) festgelegt. Es oblag der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, beides auszuarbeiten. Nachdem zu Beginn eine Diskussion um den Arbeitsaufwand bei den RP aufkam, beauftragte die Staatsrätin das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer, eine dreijährige Begleitevaluation durchzuführen. Der Zwischenbericht mit Schwerpunkt „Ressourcenaufwand“ nach einem Jahr Datenerhebung liegt hiermit vor.

Besondere methodische Vorgehensweise (Kap. 1)

- Erfassung aller relevanten Verfahren / Vorhaben, die im Geltungsbereich der VwV liegen. Insgesamt wurden 145 einzelne Verfahren im Rahmen der Evaluation erfasst (155, wenn man einzelne Autobahn-Bauabschnitte wie die A6 gesondert betrachtet)
- Sämtlicher Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung wurde mittels der Arbeitszeiterfassungssoftware CA-TS (SAP) für alle Verfahren gesondert erhoben
- Zeitlicher Ablauf der Verfahren / Vorhaben im Fokus: Erfassung bereits vor einem Raumordnungsverfahren über das Planfeststellungsverfahren (nicht-förmliche Beteiligung) bis zur Baufertigstellung (nachlaufende Beteiligung)
- Art der Beteiligung (wesentlicher Charakter: Information, Anhörung und Beteiligung) wie auch die konkret eingesetzten Beteiligungsinstrumente (Vorstellung und Diskussion im Gemeinderat, auf Bürgerversammlungen, Bürgerbefragungen, Begleitkreise (fachlich und politisch), Runde Tische usw.). Termine, Sitzungen wie auch die Vor- und Nachbereitung
- Einzigartiges Verfahren: Durch die Verbindung von Aufwand und dahinter liegendem Tätigkeiten und Aktivitäten ist es möglich, die Öffentlichkeitsbeteiligung der Landesbehörden in Baden-Württemberg einem fortlaufenden Monitoring zu unterziehen. Dadurch wird es möglich, die Entwicklung, aber auch den Erfolg abzuschätzen

Ergebnis der Aufwandsabschätzung (Kap. 3)

Insgesamt wurden über den Zeitraum Oktober 2014 bis Dezember 2015⁸ ca. 40.000 Arbeitsstunden für Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne der VwV erfasst. Das entspricht pro Monat für alle vier RP etwas mehr als 2.500 Personenstunden. Etwa ein Drittel (33%) entfällt auf allgemeine Leitungs- und Koordinierungstätigkeiten.

Von der VwV in der Praxis betroffen sind in erster Linie die planenden Abteilungen 4 (Straßenbau) und 5 (Gewässer) der RP sowie die Abt. 2 als Genehmigungsbehörde - letztere in Form des Hinwirkens auf private Vorhabenträger und Kommunen, ebenfalls eine frühe und nicht-förmliche Beteiligung im Rahmen ihrer Vorhaben durchzuführen. Der Zeitaufwand hierfür ist aber im Vergleich zu den Vorhaben, die die RP selbst durchführen, vergleichbar gering (ca. 1% des Aufwands für Landesprojekte). Die Abt. 1 erfüllt Aufgaben der zentralen Steuerung und Koordination im Hinblick auf die VwV in den RP.

⁸ Eine erfolgreiche Testphase der Aufwandserfassung wurde von Oktober bis Dezember 2014 durchgeführt. Die dort erhobenen Daten konnten in die Analyse aufgenommen werden.

Die jährliche Arbeitszeit im Landesdienst⁹ betrug im Erhebungszeitraum pro Monat 140,75 Stunden. Aus den im Rahmen der Evaluation erfassten Arbeitsstunden für Öffentlichkeitsbeteiligung lässt sich errechnen, wie viele Stellen(anteile) für Öffentlichkeitsbeteiligung rechnerisch („Normstellen“) erforderlich waren:

Gesamtübersicht RP	h / Monat			"Normstellen" (140,75h / Monat)		
	VwV	Bund	Summe	VwV	Bund	Summe
FR	707,9	231,8	939,7	5,03	1,65	6,68
KA	465	183,8	648,8	3,30	1,31	4,61
S	93,1	231,3	324,4	0,66	1,65	2,31
TÜ	205,9	450,4	656,3	1,46	3,20	4,66
Gesamt	1.471,9	1.097,3	2.569,2	10,48	7,81	18,29

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass auf die Bundesauftragsverwaltung im Bereich des Straßenbaus (Autobahnen und Bundesstraßen) mit fast acht Stellen, die benötigt werden, ein sehr erheblicher Anteil am Gesamtaufwand entfällt. In diesem Zusammenhang ist der hohe Anteil am Aufwand / Stellenbedarf für das RP Tübingen (ca. 450 Stunden pro Monat) auffallend, der daher rührt, dass dort die beiden Aus- und Neubauprojekte B30 und B31 am Bodensee durchzuführen sind. Die großen regionalen Unterschiede bei den Landesprojekten (VwV) sind im Wesentlichen auf das Integrierte Rheinprogramm zum Hochwasserschutz (IRP) zurückzuführen. Durch die großen Hochwasserschutzbauwerke am Oberrhein im Bereich der RP Freiburg und Karlsruhe ist dort ein deutlich höherer Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung entstanden als im übrigen Land. Auf das „Konto“ des IRP entfallen ca. sechs der 10 Stellen für Landesprojekte (VwV). Insgesamt hat die Evaluation die Ergebnisse einer Vorläuferstudie aus dem Jahr 2014 mit großer Eindeutigkeit bestätigt.¹⁰

Große Verfahren mit überragender Bedeutung (Kap. 2 & 4)

Wie bereits angeklungen ist, spielen große Verfahren / Vorhaben im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung eine große Rolle. Auf sieben große Vorhaben entfällt mit ca. 680 h/Monat an Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung bereits etwa die Hälfte des gesamten Aufwands aller 145 im Rahmen der Evaluation erfassten Verfahren.

Verfahren	RP / Abt.	h / Monat	Zeitpunkt	Träger
GFI0003 Breisach/Burkheim	FR / 5	154,4	Früh	Land
B 30 RV-Eschach - Friedrichshafen	TÜ / 4	151	Früh	Bund
B 31, Meersburg/W bis Immenstaad	TÜ / 4	99,2	Früh	Bund
VwV ÖB Elisabethen. Planungsleitf.	KA / 5	91,6	Früh	Land
BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March	KA / 4	70,5	Früh	Bund
GFI0005 Elzmündung	FR / 5	63,9	NachL	Land
SammelVerf. A6 AK Weinsberg-Landesgr.	S / 4	50,3	Früh	Bund

⁹ Nach VwV-Kostenfestlegung des Landes vom 3. Januar 2014 (Az.: 2-0541.8/33).

¹⁰ Vgl. Masser, K., T. Ritter und J. Ziekow, Studie 2014.

Ca. 5% der Verfahren vereinigen also ca. 50% des gesamten Aufwands. Alle „großen“ Verfahren sind entweder in der Verantwortung des Bundes oder gehören zum IRP. Der Fokus der Öffentlichkeitsbeteiligung liegt also, ganz wie in der VwV gefordert, auf Vorhaben mit „nicht nur unwesentlichen Auswirkungen“ auf die Belange einer „größeren Zahl“ von Betroffenen. Die RP beteiligen die Öffentlichkeit präzise dort, wo dies besonders geboten erscheint.

Ausblick auf die weitere Evaluation (Kap. 5)

Im Rahmen von Experteninterviews in den RP wurde deutlich, dass es im Grunde kaum möglich erscheint, bei großen Infrastrukturprojekten auf den Einsatz von Instrumenten früher und nicht-förmlicher Öffentlichkeit in Zukunft verzichten zu können. Tenor bei den Planern sowohl aus dem Bereich Straßenbau wie auch aus dem Bereich Gewässer ist:

1. Ob (frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung den weiteren Verlauf von (großen) Infrastrukturverfahren positiv beeinflusst (weniger Widerstand / Einsprüche im formellen Verfahren) kann nicht mit Sicherheit prognostiziert werden. Dies ist immer auch abhängig von den spezifischen Besonderheiten „vor Ort“.
2. Als sicher kann aber angenommen werden, dass ohne (frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung der Widerstand von Verbänden / Bürgerinitiativen sich einstellen und die Realisierung eines Projekts verzögert / erschwert / verhindert wird.
3. Auch wenn i.d.R. Konflikte nicht gelöst und Gegner nicht zu Befürwortern von Vorhaben gemacht werden können, so ermöglichen es Instrumente wie „Begleitkreise“, „Runde Tische“ und ähnliches, mit den Gegnern von Vorhaben in einem konstruktiven Dialog zu bleiben. Dies trägt i.d.R. zur Versachlichung und dem besseren Umgang mit Konflikten bei.

Ein Zitat aus einem der geführten Interviews (aus der Erinnerung, also nicht wortgetreu, aber sinngemäß wiedergegeben), fasst die Herangehensweise zusammen:

„Wir möchten die Menschen so behandeln, wie wir selbst in einer vergleichbaren Situation auch behandelt werden wollen“

Der Schwerpunkt der weiteren Evaluation liegt insbesondere auf den Wirkungen von Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie unter den Ziffern 1 bis 3 oben bereits angesprochen worden sind.

Gute Zusammenarbeit mit vielen Stellen im Land

Besonders zu erwähnen ist die gute und enge Zusammenarbeit mit den vier Regierungspräsidien (RP) des Landes Baden-Württemberg sowie weiteren Stellen (u.a. HPR). Ohne deren Engagement, insbesondere im Rahmen einer Steuerungsgruppe, deren Anregungen und Ideen das Evaluationskonzept laufend verbessert haben, wäre die Evaluation in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen.

1. Evaluationskonzept und methodisches Vorgehen

Die Evaluation „VwV Öffentlichkeitsbeteiligung“ ist auf drei Jahre angelegt (2015-2017) und gliedert sich in drei grundlegende Abschnitte:

1. Phase 1:

- a. Entwicklung der Erhebungsinstrumente und deren Erprobung
- b. Start der laufenden Datenerhebungen (Datenabfragen, Interviews etc.)
- c. Arbeitsaufwand (Stellenbedarf) der RP
- d. **Zwischenbericht**

2. Phase 2:

- a. Weiterführung der laufenden Erhebungen (gegebenenfalls Anpassung aufgrund der Erfahrungen aus Phase 1)
- b. (Weiter)Entwicklung von (statistischen) Zeitreihen und deren Analyse, u.a. weiterlaufendes Monitoring des Arbeitsaufwands
- c. Erweiterung des Auswertungsfokuses um „qualitative“ Aspekte, d.h. den „Erfolg“ des Einsatzes früher und nicht-förmlicher Beteiligung: Auswirkungen auf die formellen Verfahren (i.d.R. Planfeststellung)
- d. Auswertung der laufend eingehenden Daten plus Interviews/Fokusgruppen besonders relevanter Verfahren („Case-Studies“)
- e. **2. Zwischenbericht**

3. Phase 3:

- a. Weiterführung der bislang laufenden Erhebungen, insbesondere zur Generierung von (statistischen) Zeitreihen, sowie zur Dokumentation der „Geschichte“ der Verfahren
- b. Fazit des Projekts: Workshop mit allen Stakeholdern
- c. **Abschlussbericht:** Fazit nach 3 Jahren Evaluation

Auf zwei Punkte ist im Hinblick auf Phase 1 hinzuweisen. Zunächst einmal benötigten die Arbeiten im Vorfeld der Evaluation deutlich mehr Zeit als geplant. Letztlich haben die einvernehmliche Abstimmung der Datenerhebungen mit dem Hauptpersonalrat (und den lokalen Personalvertretungen) und die kooperative Entwicklung der Erhebungsinstrumente in einer Reihe von zentralen und dezentralen Workshops mit den RP die Qualität des Erhebungskonzepts sowie die Qualität der Erhebungsinstrumente (siehe Kap. 1.1ff.) erheblich gefördert. Die Ergebnisse, die das FÖV in diesem Bericht präsentieren kann, wären ohne die sehr engagierte Mitarbeit des HPR sowie vieler Personen aus den RP in der zentralen Steuerungsgruppe nicht möglich gewesen.

Speziell im Hinblick auf die Phase 1 und die Frage nach den Auswirkungen auf den Arbeitsanfall bei den RP ist ein Vergleich mit der Vorläuferstudie „Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg – Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift „Bürgerdialog“ und des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ der Landesregierung“ unerlässlich. Dort standen die „Auswirkungen der VwV auf den Stellenbedarf“ bei den RP im Zentrum der Fragestellung¹¹. Das methodische Vorgehen kann jedoch kaum unterschiedlicher sein:

- 1. Für die Durchführung der Vorläuferstudie stand insgesamt ein halbes Jahr zur Verfügung. Methodisch ergab sich dadurch zwingend die folgende Vorgehensweise:
 - a. Punktuelle Abfrage (zu einem bestimmten Zeitpunkt / „Stichtag“), Online-Befragung mit wenigen ergänzenden Interviews.

¹¹ Vgl. Studie 2014, S. 9ff.

- b. Basis / Ansatzpunkt der Datenerhebung: Einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
 - c. „Schätzwerte“ der involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
 - d. Auswirkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung können (wegen der langfristigen Verfahren) nur in Ansätzen ermittelt werden.
- 2. Für die hier präsentierte Evaluation sind drei Jahre veranschlagt, dies ermöglicht eine vollständig andere methodische Herangehensweise, die detaillierte, genauere und weitergehende Informationen ermöglicht:
 - a. Laufende, monatliche Abfrage exakter Daten über einen längeren Zeitraum.
 - b. Basis sind alle (für die VwV) relevanten Verfahren, die involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „buchen“ regelmäßig „was sie gemacht haben“ und „wie viel Zeit dies erfordert hat“ auf diese Verfahren.
 - c. Auswirkungen werden aufgrund der Beobachtung der Verfahren in ihrem Zeitablauf eher deutlich. Hinweise der statistischen Daten können, weil auf das einzelne Verfahren bezogen, durch gezielte Interviews / Fokusgruppen verifiziert oder falsifiziert, gegebenenfalls auch differenziert ausgeleuchtet werden.

Gegenüber der Vorläuferstudie ist der Forschungsansatz deutlich breiter angelegt. Ging es bei der Vorläuferstudie im Wesentlichen um die Abschätzung der Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung, so basiert die vorliegende Studie auf der Erfassung des vollständigen Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, sofern dieser unter die Regelungen der VwV fällt. Bereits vor der Einführung der VwV gehörte Öffentlichkeitsbeteiligung zur guten Praxis der Regierungspräsidien (wie auch anderer Landesbehörden).¹² Die Auswirkungen der VwV sind damit ein wichtiger Teilaspekt eines breiter angelegten Untersuchungsdesigns. Eine wichtige Fragestellung wird sein, welche der im Rahmen der Vorläuferstudien entwickelten (prospektiven) Szenarien sich durch die begleitende Evaluation als (bis zum gegenwärtigen Moment) zutreffend erwiesen hat.

1.1. Erarbeitung der Erhebungsinstrumente unter intensiver Einbeziehung aller relevanten Akteure

Die Konzeption der Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung und hierbei insbesondere das methodische Vorgehen wurde unter Einbeziehung des Innenministeriums (IM), des Hauptpersonalrates (HPR) und lokaler Personalvertretungen, den Regierungspräsidien (RP) sowie der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in einem aufwändigen Abstimmungsprozess erarbeitet. Der intensive Abstimmungsprozess war notwendig, um unterschiedliche Zielsetzungen miteinander in Einklang bringen zu können. Für die RP sollte, dies war eine der wichtigen Zielsetzungen, durch die notwendigen Datenerhebungen ein möglichst geringer (zusätzlicher) Aufwand für die Beschäftigten entstehen. Zur Erreichung dieses Zieles wurde eine möglichst reibungslose Integration in die bestehenden Arbeitsabläufe angestrebt, um die notwendige Akzeptanz bei den RP herzustellen. Gleichzeitig, und dies war das zweite zentrale Ziel, musste sichergestellt werden, dass die notwendigen Daten in wissenschaftlichen Standards entsprechender Qualität erhoben werden. Diese beiden Gesichtspunkte in Einklang zu bringen, war nur durch die angesprochene sehr intensive Beteiligung von HPR und den RP selbst möglich. Idealerweise wird die Evaluation Informationen zu Tage fördern, die auch aus Sicht der RP, z.B. zur Planung der Beteiligung in Planungsprozessen, für deren praktische Arbeit nützlich sind. Als besonders hilfreich erwies sich die Installation einer Steuerungsgruppe aus FÖV sowie Vertreterinnen und Vertretern aller RP (aus den besonders betroffenen Abteilungen 4 & 5 sowie der Leitungsebene);

¹² Vgl. hierzu Kap. 3.5 und dort die Quellen „Holzwarth“ und „Arndt“.

bei Bedarf wurden Vertreterinnen und Vertreter weiterer Akteure, z.B. der Stabsstelle, dem IM oder dem HPR hinzu gezogen. Die Erhebungsinstrumente der Evaluation wurden im Wesentlichen durch die Steuerungsgruppe erarbeitet und im Rahmen eines dreimonatigen Pretests auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft und angepasst.

Das ursprünglich durch das FÖV entwickelte Evaluationskonzept wurde im Rahmen des Abstimmungsprozesses mehrfach überarbeitet und zweimal fortgeschrieben. Die gemeinsam mit den RP entwickelten Erhebungsinstrumente wurden im Zuge der Erprobung ebenfalls mehrfach modifiziert und verbessert. Insbesondere die „starre“ Zuordnung von Beteiligungsformaten zu den drei wesentlichen Zielsetzungen der Beteiligung (1. Informationsvermittlung, 2. Anhörung von Meinungen und Vorschlägen und 3. Beteiligung)¹³ wurde aufgehoben. So wird die Vorstellung eines Vorhabens in einem Gemeinderat nun nicht mehr ausschließlich als Informationsvermittlung „verbucht“. Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter in den RP können nun auch angeben, dass z.B. im Rahmen einer Bürgerversammlung Meinungen angehört wurden und/oder Bürgerinnen und Bürger beteiligt worden sind. Eine weitere wichtige Änderung war, dass neben der Hinwirkungspflicht auf dritte Vorhabenträger nach § 10 BImSchG, die im Fokus der VwV steht, auch weitere Hinwirkungen, und zwar das Hinwirken bei Raumordnungsverfahren (ROV), Planfeststellungsverfahren (PIFV) sowie auch die Betätigung der Behörde als Träger öffentlicher Belange (TÖB) und das Tätigwerden der Behörde für Dritte erfasst worden sind. Nach Inkrafttreten des Umweltverwaltungsgesetzes (UVwG) am 1. Januar 2015, welches die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durch Dritte verpflichtend regelt, sowie den Ergebnissen des ersten Evaluationsjahres, hat sich für den „Hinwirkungsteil“ der Evaluation eine weitere signifikante Veränderung ergeben.

1.2. Das spezifische einzelne Verfahren als zentraler Erhebungsgegenstand – Entwicklung und Zeitablauf im Focus

Die Vorläuferstudie ist im Untertitel bewusst als „„Abschätzung“ der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift...“¹⁴ bezeichnet worden, da die damalige Studie in kurzer Zeit die möglichen Auswirkungen der VwV ermitteln sollte. Aufgrund dieser Vorgaben und den bisherigen einschlägigen Erfahrungen mit wissenschaftlichen Untersuchungen dieser Art¹⁵ lag es auf der Hand, die in den RP mit Bürgerbeteiligung befassten Beschäftigten zu ermitteln und zu befragen, um zu erfassen, wie viel Zeit diese mit (relevanter) Beteiligung (im Durchschnitt, z.B. pro Monat) aufwenden müssen.

Zwangsläufig konnten nur Schätzwerte ermittelt werden, die sich aber als sehr verlässlich erwiesen haben (vgl. Kap. 3.3., insbes. 3.3.3.). Eine zukünftige Entwicklung kann bei einer punktuellen Datenerhebung nur abgeschätzt werden. Es konnten aber wahrscheinliche und weniger wahrscheinliche Voraussagen ermittelt werden; daher haben wir, je nach „Wahrscheinlichkeit“, drei unterschiedliche Szenarien ermittelt und dargestellt.¹⁶

1.2.1. Entwicklung im Zeitablauf als wichtige Informationsquelle

Die hier vorliegende Untersuchung konnte nun methodisch anders angelegt werden. Anstatt einer punktuellen Erhebung zu einem bestimmten Zeitpunkt wurde es uns ermöglicht, Daten über einen (verhältnismäßig) langen Zeitraum, bisher 15 Monate, zu erheben. Dies ermöglicht im Vergleich zur

¹³ Vgl. S. 15 und insbes. Kap. 7.2 des Leitfadens für eine neue Planungskultur des Landes („Planungsleitfaden“), https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf.

¹⁴ Vgl. Studie 2014, a.a.O.

¹⁵ Vgl. Ebda.

¹⁶ Vgl. Ebda., S. 9, S. 62f. und insbes. S. 77f.

Vorstudie ganz neue Einblicke. Betrachtet man zunächst lediglich das Ergebnis des Pretests (Test der Erhebungsinstrumente über drei Monate) vom Oktober bis zum Dezember 2014, dann liegt zunächst die Hypothese nahe, dass der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung der RP tendenziell rückläufig ist.

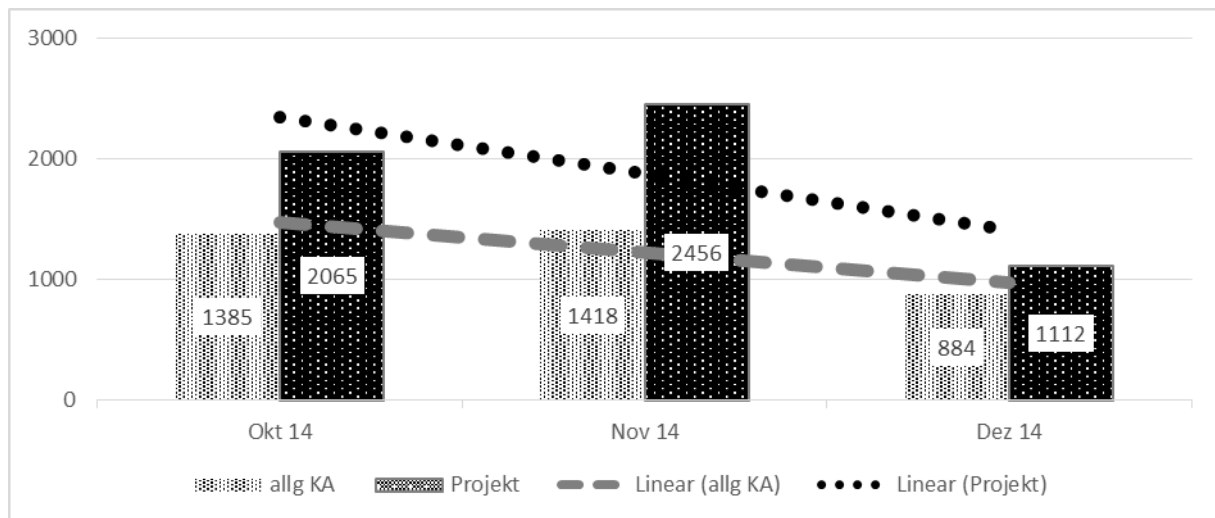


Abbildung: 1.2.1: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, Pretest (Okt.-Dez. 2014), differenziert nach Projektarbeit (spezifische Verfahren) und allgemeine Koordinierungstätigkeiten¹⁷, lineare Trendgeraden

Abbildung 1.2.1 zeigt, dass nach einem (leichten) Anstieg der Projektarbeit von Oktober zu November (von 2.065 h auf 2.456 h) diese im Dezember deutlich auf 1.112 h zurückgegangen ist. Die (gepunktete) Trendlinie zeigt daher einen Rückgang von zunächst im Durchschnitt über 2.000 h auf nur noch 1.500 h. Die Daten der folgenden Monate Januar und Februar schienen diesen Trend zu bestätigen, dann änderte sich das Bild.

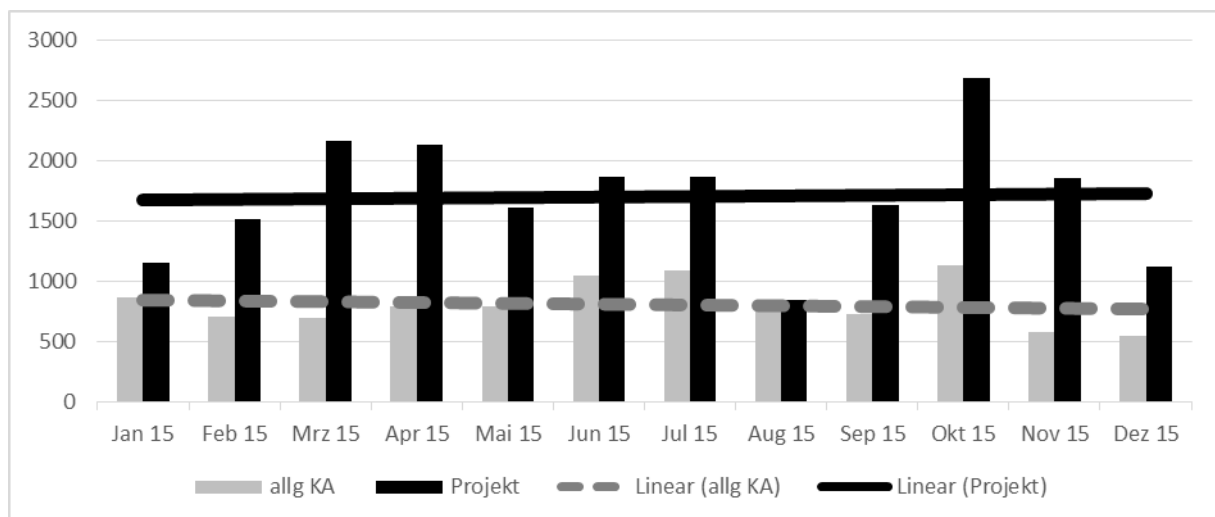


Abbildung: 1.2.2: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, 2015), differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und allgem. KA, lineare Trendgeraden

¹⁷ Bei den allgemeinen Koordinierungstätigkeiten bzw. dem allgemeinen Koordinierungsaufwand (allgem. KA) handelt es sich um verschiedene Koordinierungs- und Führungstätigkeiten, die nicht einzelnen Verfahren zugeordnet werden können (z.B. Besprechung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Abteilungsrunden oder Fortbildungsmaßnahmen zum Thema VwV-Öffentlichkeitsbeteiligung).

Der Gesamtüberblick für das Jahr 2015 offenbart, dass insbesondere die Projektarbeit zyklischen Schwankungen unterliegt und einen deutlichen Rückgang im Winter und August aufzeigt. Es fällt die Analogie zu den Arbeitslosenquoten im Jahresverlauf ins Auge, nur dass im Falle der Arbeitslosenquote ein Anstieg im Winter und im August festzustellen ist; die Zyklen sind sozusagen „spiegelverkehrt“¹⁸. Wie bei den Arbeitslosenquoten, so ist auch für den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung die entscheidende Frage, wie sie sich jenseits der Zyklen im Zeitablauf verändert: Steigt oder fällt sie? Wie die Trendgeraden in der Grafik 1.2.2 zeigen, ist der Aufwand der RP für Öffentlichkeitsbeteiligung für das Gesamtjahr 2015 fast konstant (ca. 2.500 h im Monat, Projektarbeit + allgem. KA). Wie im folgenden (Kap. 2) noch zu sehen sein wird, setzt sich der „Gesamtrend“ allerdings aus verschiedenen RP-spezifischen „Teiltrends“ zusammen, die entsprechend sehr unterschiedlich ausfallen (können).

In der Vorläuferstudie hatten wir, ebenfalls bezogen auf einzelne Verfahren, nach dem Aufwand in einem durchschnittlichen Monat gefragt.¹⁹ Im Nachhinein hat es sich als sehr nützlich erwiesen, dass nach einem „durchschnittlichen“ Monat gefragt worden war und nicht „im letzten Monat“. Die damals (richtige) Grundannahme war, dass es im Falle einzelner Verfahren Phasen mit hohem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung gibt, aber auch Phasen mit geringer bzw. gar keiner Aktivität in diesem Bereich. (Allerdings liegen sechs der zwölf Monate des Jahres 2015 nahe an der Trendlinie, das bedeutet, dass es eher „normale“ Monate und solche mit außergewöhnlicher Aktivität gibt). Die Betrachtung der Verfahren im Zeitablauf ergibt also gänzlich neue und intensivere Einblicke in die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung (bzgl. Großprojekten).

1.2.2. CA-TS® als „Glücksfall“ – Kombination mit Excel®-Tabellen

Bereits zu einem frühen Zeitpunkt ergaben die Diskussionen in der zentralen Steuerungs- und Arbeitsgruppe, dass mit dem Arbeitszeitblatt CA-TS® (SAP)²⁰ ein sehr hilfreiches Instrument für die Aufwandserfassung zur Verfügung steht. Es handelt sich um eine Personenzeiterfassung, bei der verschiedene Personen Arbeitszeiten (h) auf ein gemeinsames Projekt buchen können. Es liegt auf der Hand, dass diese Software für die Aufwandserfassung der Maßnahmen für Öffentlichkeitsbeteiligung bei einzelnen Planungsvorhaben prädestiniert war. Das Programm war im Bereich des Straßenbaus (Abt. 4) bereits seit Jahren in Gebrauch. Es lagen also in einem für die Evaluation wesentlichen Bereich bereits Erfahrungen vor und es existierte eine Dienstvereinbarung über den Einsatz mit dem HPR. Das Verfahren musste „nur“ an die Erfordernisse der Evaluation angepasst und die weiteren, von der Evaluation betroffenen Stellen, also insbesondere die Abt. 5 (Gewässer), von der Nützlichkeit überzeugt werden. Die Arbeitsgruppe einigte sich darauf, dass für alle relevanten Verfahren, z.B. Planfeststellungen wie „B 27 Tübingen - B 28, Schindhaubasistunnel“²¹, eigene CA-TS Tabellenblätter (mit spezifischer Nummerierung) angelegt werden sollten, in denen ausschließlich die mit dem Verfahren verbundenen Beteiligungsaktivitäten erfasst werden sollten. Die folgende Tabelle zeigt eine typische Übermittlung von CA-TS Daten aus dem RPK (Oktober 2015).

¹⁸ Vgl. z.B. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1239/umfrage/aktuelle-arbeitslosenquote-in-deutschland-monatsdurchschnittswerte/>.

¹⁹ Vgl. Studie 2014, S. 9ff., insbes. S. 12.

²⁰ CA-TS steht für Cross-Application Time Sheet, vgl.

https://help.sap.com/saphelp_pserv471/helpdata/DE/35/d7d35cd35a2569e10000009b38f9b7/content.htm.

²¹ Vgl. <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/Abt4/B27-28/Seiten/default.aspx>.

Kostenträgernummer	Kurzbezeichnung Kostenträger	Personalstunden [Std]
220030010000	PRO VwV ÖB Tätigwerden als TÖB RPK	26,50
220030020000	PRO VwV ÖB Beteiligungsmaßn. Dritter RPK	
220030030000	PRO VwV ÖB Hinwirkungspfl. bei PLFV RPK	9,00
220030040000	PRO VwV ÖB Hinwirkungspfl. bei ROV RPK	
220030050000	PRO VwV ÖB Hinwirkung bei §10 BImSchG RPK	2,00
220030100000	PRO Aufw. Planungsleitfaden KOB/A1 RPK	150,10
220030200000	PRO Aufw. Planungsleitfaden Abt. 2 RPK	84,00
220030400000	PRO Aufw. Planungsleitfaden Abt. 4 RPK	30,42
220030500000	PRO Aufw. Planungsleitfaden Abt. 5 RPK	125,80
V.2210.A0005 .A09.110	A5, 6str. Ausb. AK Walld./AS Walld-Wiesl	3,00
V.2210.B0039 .A07.110	B 39/L 722 Knotenpunktumbau Altlußheim	
V.2210.B0292 .A02.110	B 292 3-spur. Ausbau Waibstadt-Helmstadt	11,50
V.2210.A0656 .N05.110	A 656 ÜF Rangierbhf. MA - Friedrichsfeld	
V.2220.A0005 .A13.110	A5, UMB AS Rastatt-Nord	98,50
V.2220.A0008 .A05.110	A8, AS Karlsbad - AS Pforzheim-W	
V.2220.A0008 .N02.110	A8, Grünbrücke Mutschelbach BW 7017-694	4,00
V.2220.L0067 .A02.110	L 67, Ausbau zwischen Kuppenheim u. B462	
V.2220.L0067 .E01.110	L67, FDE zw. Haueneberstein - Kuppenheim	3,00
V.2220.L0087A.R01.110	L87a, RW Zell-Moos	39,00
V.2220.L0559 .N01.110	L559, OU Weingarten	
V.2220.L0623 .A01.110	L 623 Ausbau bei Langensteinbach	
V.2230.A0008 .A02.110	A8 ö AS Pforzheim--N - AS Wurmberg	
V.2230.A0008 .A05.110	Karlsbad - Pforzheim-W, BA Ost	
V.2230.B0032 .N71.110	B 32 OstU Horb Brücke	
V.2230.L0410 .N01.110	L410 - OU Empfingen	
V.2230.L1125 .N01.110	L1125, OU Öschelbronn	16,00
V.2230.L1135 .A02.110	L 1135, Ausbau zw. L1177 und Wiernsheim	
2952B3212000	VwV ÖB Planungsleitf.HWS a.d.Elz	
2952B3212001	VwV ÖB Planungsleitf.HÖP Hockenheim	16,41
2952B3212003	VwV ÖB Planungsleitf.Dammerh.RHWD XXX	
2952B3212004	VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Oberl.alle BA	1,00
2952B3212006	VwV ÖB Planungsleitf.Zus.leg.Leimb.Land.	
2952B3212007	VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Unterlauf	1,50
2952B3212010	VwV ÖB Planungsleitf.RHWDXXV	
2952B3222502	VwV ÖB Planungsleitf. DRV KiGA	
2952B3211514	VwV ÖB Planungsleitf. Deichsan. Prioris.	24,60
2952BGKIF111	VwV ÖB Polder BR Planungsleitf.	
2952BGKIF112	VwV ÖB Elisabethen.Planungsleitf.	130,00
2952BGKIF113	VwV ÖB Polder RSI Planungsleitf.	100,60
	Summe	876,93

Tabelle: 1.2.1: CA-TS Daten, Beispiel aus dem RPK, Okt. 2015

Die ersten fünf Kostenträger (Nummern 22030010000 bis 22030050000) repräsentieren die oben angesprochenen Hinwirkungsarten. Die folgende Gruppe 220030100000 bis 220030500000 umfasst die zentralen und dezentralen Leitungs- und Koordinationstätigkeiten. Die mit einem „V“ beginnende Gruppe kennzeichnet die Verfahren aus der Abt. 4 und abschließend, jeweils mit „2952B“ beginnend, sind die Verfahren aus der Abt. 5 aufgelistet. Wie zu sehen ist, wurden im wiedergegebenen

Beispielmonat nicht für alle Verfahren Aufwände festgehalten. Bei diesen Verfahren wurde folglich in mindestens einem der Vormonate der Erhebung Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung gemeldet. Für jedes Verfahren, das in den Tabellen enthalten war, wurde ein eigenständiges „Evaluationskonto“ eingerichtet. Für jedem Monat, in welchem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung aufgetreten ist, wurde dieser Aufwand dem Konto des Verfahrens „gutgeschrieben“. Verfahren, die in einem Monat erstmals erscheinen, sind als „neu“ gekennzeichnet. Ebenfalls deutlich wird, dass die Höhe des Aufwands der einzelnen Verfahren (im Beispielmonat) sehr unterschiedlich ist.

Nachdem in CA-TS der mit der Öffentlichkeitsbeteiligung verbundene Zeitaufwand (monatsweise) erfasst wird, benötigt die Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung weitere Informationen über die relevanten Verfahren. Dabei geht es um Informationen über das Verfahren und was den Aufwand in einem betreffenden Monat verursacht hat (z.B. die Vorbereitung einer Gemeinderatssitzung oder die Durchführung eines Runden Tisches). Besonders wichtig ist die Angabe des Vorhabenträgers, denn die VwV kann als Binnenrecht des Landes eine Verpflichtungswirkung nur dann entfalten, wenn das Land selbst der Träger eines Verfahrens ist. Bei allen anderen Vorhabenträgern wie privaten Dritten, dem Bund (Bundesauftragsverwaltung) oder Kommunen ist dies nicht der Fall.

Betrachtet man einzelne Verfahren im Detail im Zeitablauf, dann ist weiterhin von entscheidender Bedeutung, in welchem Stadium sich ein Verfahren befindet. Auf einem Zeitstrahl hat jedes Verfahren grundsätzlich die folgende logische Abfolge: Vor einem Raumordnungsverfahren (RoV) -> RoV -> Vor der Planfeststellung (PIFV) -> Laufendes PIFV -> nach Beschlussfassung (Bau- oder Realisierungsphase). Aus Sicht der Öffentlichkeitsbeteiligung ergeben sich deutlich voneinander unterscheidbare Phasen, 1) Frühe Beteiligung, 2) während eines laufenden Planungsverfahrens (PIFV) und 3) nachlaufende Beteiligung (Projektrealisierung). Um frühe Beteiligung handelt es sich immer, bevor ein Antrag auf Planfeststellung gestellt worden ist. Alle diese Aspekte und noch einige mehr werden durch spezifische Excel-Tabellenblätter erfasst. Die Analogie zum Zeiterfassungsblatt CA-TS liegt auf der Hand. In beiden Fällen wird für jedes Verfahren ein individuelles Erfassungsblatt mit monatlicher Datenerfassung angelegt. Die entsprechenden Excel-Tabellenblätter werden mit der jeweiligen CA-TS-Nummer und der Kurzbezeichnung des Verfahrens versehen. Dadurch können Aufwand und Informationen zum Verfahren miteinander verbunden werden. So kann Monat für Monat für jedes Verfahrens ermittelt werden, welcher Aufwand hinsichtlich Öffentlichkeitsbeteiligung entstanden ist sowie welche sachlichen Gründe den Aufwand verursacht haben.

1.3. Erfassung der frühen und nicht-förmlichen Beteiligung – spezifische und allgemeine Bestandteile

Die Sachstandsermittlung der Verfahren in der Phase der frühen Beteiligung, die spätestens mit der Einleitung des formellen Verfahrens (dem Eingang der vollständigen Antragsunterlagen, z.B. PIFV) abgeschlossen ist, hat aus Sicht der VwV / des Planungsleitfadens Elemente, die nur in dieser Phase relevant sind und die entsprechend in den Tabellenblättern der „frühen Beteiligung“ spezifisch erfasst werden müssen.

1.3.1. Spezifische und allgemeine Bestandteile der frühen Beteiligung

- **Spezifische Fragen in der Phase der frühen Beteiligung**
 - Umfeldanalyse

- Von wem durchgeführt? (Behörde selbst, Externe(r) oder Behörde und Externe(r) gemeinsam)
- Beteiligungsscoping
 - Von wem durchgeführt?
 - In Verbindung mit UVP?
 - Beteiligte? (Andere Behörden, Kommunen, Bürger etc.)
 - „Fahrplan“ für die frühe Beteiligung

V.2210.A0005.A09.110		Bezeichnung des Vorhabens:		AS Rastatt Nord	
2	3	4	5		
Umfeldanalyse	Einleitung Beteiligungsscoping	Teilnehmer Beteiligungsscoping	Fahrplan (Frühe) Beteiligung		
Eigene Behörde	Nur Beteiligungsscoping		ja		
Ja, vollständig	Ja, vollständig	Anzahl			
Andere Behörde / Dritter:		Abteilungen RP	2		
		Andere RP			
		Fachbehörden			
		Betroffene			
		Bürgerinitiativen			
		Einzelne Bürger (ca.)			
		Kommunen			
		Kreise			
		Verbände			
		Sonstige			

Abbildung: 1.3.1: Excel-Erfassung, spezifische Aspekte der frühen Beteiligung, Beispiel aus dem RPK, Sept. 2015

Die Eingabe erfolgte i.d.R. durch „Drop-Down-Menüs“,

The screenshot shows an Excel spreadsheet with a dropdown menu open for the cell 'Selbst durchgeführt?'. The menu options are: 'Ja, vollständig' (highlighted), 'Mit externer Unterstützung', and 'Andere Behörde / Dritter'. The background shows the same form structure as in Abbildung 1.3.1.

Abbildung: 1.3.2: Excel-Erfassung, Besonderheiten frühe Beteiligung, Beispiel „Dropbox-Auswahl“ aus dem RPK, Sept. 2015

Die Erfassung der benötigten Informationen in den Excel-Tabellenblättern sollte soweit wie möglich standardisiert erfolgen, i.d.R. durch immer gleiche Drop-Down-Menüs, um den Beschäftigten die Eingabe in der größtmöglichen Weise zu erleichtern, indem die regelmäßige Eingabe immer mehr zur Routine wird.

- **Allgemeine Informationen: Identisch für alle Phasen eines Projektes (Frühe Beteiligung / Laufendes (PIFV-/RoV-)Verfahren / Nachlaufend (Projektrealisierung))**
 - Welche Instrumente / Beteiligungsformate wurden eingesetzt, differenziert nach
 - Information über Vorhaben und Planungsstand, Auswahlmöglichkeiten:
 - Auslegung der Projektpläne

- Flyer, Broschüren
 - Baustellenbriefe
 - Themenbriefe
 - Pressemitteilungen
 - Internet (FAQs, Visualisierung etc.)
 - öffentliche Sitzungen im Gemeinderat, Bürgerforen, Bürgerversammlungen
 - Informationsstände
 - Sonstiges
- Anhörung von Meinungen, Empfehlungen und Einwänden, Auswahlmöglichkeiten:
 - Postwurfsendung (mit Fragebogen)
 - Qualitative Interviews
 - Fokusgruppen
 - Konsultationsrunden
 - Vor-Ort-Terminen und Ortsbegehungen
 - „Joint-Fact-Finding“
 - Bürgersprechstunden / Bürgertelefon
 - Internet-Blogs-/Foren
 - Bilaterale Vorgespräche mit Betroffenen
 - Bilaterale Vorgespräche mit Interessenvertretern
 - Sonstiges
- Beteiligung an Lösungsfindung und Planung, Auswahlmöglichkeiten:
 - Projektbeiräte
 - Runde Tische
 - Begleitende Monitoringgruppen
 - Gemeinsame Vision erstellt
 - Leitsätze erarbeitet
 - Mediation
 - Werkstatt
 - Szenarioprozess (Zukunftsbilder)
 - „Planning for Real“, Planungszellen und
 - „Bürgergutachten“
 - Metaplan
 - Sonstiges
- Angabe des Charakters (überwiegend):

Wie bereits in Kap. X.1 beschrieben, wurde die starre Zuordnung der Instrumente / Formate dahingehend aufgelöst, dass zusätzlich der „starre“ Charakter um die Möglichkeit ergänzt wurde, diesem einen jeweils spezifischen Charakter zuzuweisen.

 - Jedem Instrument konnte ein spezifischer Charakter zugewiesen werden, von „reiner“ Informationsvermittlung bis zu *Informationsvermittlung + Anhörung von Meinungen, etc. + Beteiligung an Lösungsfindung etc.*
 - Konkret bedeutet dies, dass man von Seiten der RP z.B. im Rahmen von Gemeinderatssitzungen oder Bürgerversammlungen häufig auch „*Meinungen anhört*“ und auch der Tatbestand der „*Beteiligung*“, in dem die Meinungen in die Planungen einfließen, *erfüllt wird*“
- Auch der Einsatz der Instrumente / Formate kann nach zeitlichem Ablauf gegliedert wiedergegeben werden:

- Vorbereitung
 - Durchführung, mit Angabe der Anzahl von (Vor-Ort)Terminen
 - Nachbereitung
- Externe Unterstützung (ja/nein)
- Wie im Falle des Beteiligungsscopings (siehe Abb. X.4) wird auch im Falle der frühen, laufenden und nachlaufenden Beteiligung in identischer Weise nach den Teilnehmern gefragt.
- Abschließend erfolgt für die frühe und nicht-förmliche Beteiligung im laufenden Verfahren noch eine Abfrage zu wesentlichen Merkmalen (ja/nein):
 - Alternative Planungen geprüft
 - Planung inhaltlich beeinflusst
 - Argumente abgewogen
 - Antragstellung unterblieben
 - Gutachten / Stellungnahmen erstellen
- Im Falle der nachlaufenden Beteiligung in der Phase der Realisierungsphase wurden folgende, spezifisch angepasste Merkmale abgefragt:
 - Nachträgliche Auflagenerteilung
 - Vereinbarungen über die Realisierung (z.B. Bauphase)
 - Monitoringmaßnahmen in der Betriebsphase
 - Gutachten / Stellungnahmen erstellen
 - Sonstiges

Mit welchem Instrument / Format?	Vorbereitung	Durchführung/Termine	Termine*	Nachbereitung	Charakter (überwiegend)	Externe Unterstützung
Information über Vorhaben und Planungsstand						
Auslegung der Projektpläne	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Flyer, Broschüren	ja	ja		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Nein
Baustellenbriefe	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Themenbriefe	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Pressemitteilungen	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Internet (FAQs, Visualisierung etc.)	ja	Ja/Nein ..		ja	Bitte Auswählen ..	Nein
Öffentliche Sitzungen im Gemeinderat, Bürgerforen, Bürgerversammlungen	ja	ja	1	ja	Bitte Auswählen ..	Nein
Informationsstände	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Sonstiges:	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
	*Anzahl (bitte unbedingt angeben)					
Anhörung von Meinungen, Empfehlungen und Einwänden						
Postwurfsendung (mit Fragebogen)	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Qualitative Interviews	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Fokusgruppen	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Konsultationsrunden	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Vor-Ort-Terminen und Ortsbegehungen	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
„Joint-Fact-Finding“	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Bürgersprechstunden / Bürgertelefon	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Internet-Blogs-/Foren	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Bilaterale Vorgespräche mit Betroffenen	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Bilaterale Vorgespräche mit Interessenvertretern	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Sonstiges:	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
	*Anzahl (bitte unbedingt angeben)					
Beteiligung an Lösungsfindung und Planung						
Projektbeiräte	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Runde Tische	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Begleitende Monitoringgruppen	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Gemeinsame Vision erstellt	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Leitsätze erarbeitet	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Mediation	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Werkstatt	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Szenarioprozess (Zukunftsbilder)	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
„Planning for Real“, Planungszellen und Bürgergutachten	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Metaplan	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
Sonstiges:	Ja/Nein ..	Ja/Nein ..		Ja/Nein ..	Bitte Auswählen ..	Ja/Nein ..
	*Anzahl (bitte unbedingt angeben)					

Abbildung: 1.3.3: Excel-Erfassung, Erfassung Beteiligungsinstrumente, identisch für alle Projektphasen, Beispiel „Dropbox-Auswahl“ aus dem RPK, Okt. 2015

1.3.2. Eckdaten formelles Verfahren

Um ein Verfahren im Zeitablauf reliabel (verlässlich) und valide abzubilden, ist es unerlässlich, auch den Ablauf des formellen Verfahrens (PIFV/RoV) mit seinen wesentlichen Merkmalen zu erfassen. Die monatliche Erfassung einzelner Vorhaben wird auch hier beibehalten, damit eine passgenaue Zuordnung zu den CA-TS Daten (Aufwandserfassung) und den Maßnahmen der nicht-förmlichen Beteiligung erfolgen kann. Die wesentlichen Merkmale, die erfasst werden sollen, sind:

1. Eingang der vollständigen Antragsunterlagen (Zeitpunkt/Datum)
2. Auslegung der Antragsunterlagen
 - a. Beginn (Datum)
 - b. Falls mehrere Auslegungen erforderlich: Anzahl
3. Erörterungstermin
 - a. Zeitpunkt/Datum
 - b. Zahl der Einwender (Personen)
 - c. Falls mehr als ein Erörterungstermin: Anzahl
4. Abschließende Entscheidung
 - a. Datum
 - b. Art der Entscheidung (Drop-Box): Ablehnung / Modifizierte Genehmigung / Genehmigung wie beantragt / Sonstiges
5. Rechtsbehelfsverfahren
 - a. Widersprüche
 - i. Anzahl
 - ii. Zeitdauer („von – bis“)
 - b. Gerichtsverfahren
 - i. Anzahl
 - ii. Zeitdauer („von – bis“)

1.3.3. Bewertung des Ablaufs des Verfahrens

Nach Abschluss einer der zentralen Phasen eines Verfahrens (frühe Beteiligung – formelles Verfahren – nachlaufende Beteiligung) haben die Bearbeitenden (d.h. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beteiligung (federführend) in den RP durchführen bzw. organisieren) die Möglichkeit, den bisherigen Ablauf zu bewerten.

A. Zunächst den Nutzen der Frühen Beteiligung und des Beteiligungsscopings:

1. Zeitaufwand für die Behörde
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Im Verhältnis zum Nutzen unangemessen hoch
 - b. Angemessen
 - c. Niedrig
 - d. Kann ich nicht beurteilen
2. Minderung von Konflikten / Akzeptanz
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Eintreten
 - b. Keine spürbaren Wirkungen
 - c. Verschärfung des Konflikts
 - d. Kann ich nicht beurteilen
3. Qualität Konzept / Planungen etc.
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung

- a. + / Überwiegend positiv
- b. +/- keine spürbaren Wirkungen
- c. - /Überwiegend negativ
- d. Kann ich nicht beurteilen

B. Bewertung Ablauf des formellen Verfahrens (nach Abschluss):

1. Auswirkungen der nicht-öffentlichen Beteiligung auf die Dauer des formellen Verfahrens
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Deutliche Verzögerung
 - b. Keine Auswirkungen
 - c. Formelles Verfahren ließ sich schneller abschließen
 - d. Kann ich nicht beurteilen
2. Aufwand für die Behörde (nicht-förmliche Beteiligung)
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Überdurchschnittlich hoch
 - b. Normal
 - c. Sehr gering
 - d. Kann ich nicht beurteilen
3. Minderung Konflikte / Erhöhung Akzeptanz
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Eingetreten
 - b. Keine spürbaren Wirkungen
 - c. Verschärfung des Konflikts
 - d. Kann ich nicht beurteilen
4. Auswirkungen des nicht-förmlichen Beteiligung auf die Qualität des formellen Verfahrens/der erteilten Genehmigung
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Verbesserung
 - b. Keine Auswirkungen
 - c. Verschlechterung
 - d. Kann ich nicht beurteilen

C. Bewertung „nachlaufende Beteiligung“

1. Zeitaufwand für die Behörde
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Im Verhältnis zum Nutzen unangemessen hoch
 - b. Angemessen
 - c. Niedrig
 - d. Kann ich nicht beurteilen
2. Minderung Konflikte / Erhöhung Akzeptanz
Auswahlmöglichkeiten der Bewertung
 - a. Eingetreten
 - b. Keine spürbaren Wirkungen
 - c. Verschärfung des Konflikts
 - d. Kann ich nicht beurteilen

2. Der Aufwand (Arbeitsbelastung) der RP für Bürgerbeteiligung als zentraler Indikator für die Entwicklung der Bürgerbeteiligung (und folglich der Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung)

Im Zentrum der ersten Phase der Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung stand die Frage der Belastung der Regierungspräsidien (RP) des Landes durch (notwendige) Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, verursacht bzw. zurückzuführen auf die in der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung festgelegten Regelungen. Neben der Frage der für die Öffentlichkeitsbeteiligung benötigten Personalausstattung bei den RP, die im vorliegenden Bericht im Vordergrund steht (Kap. 3), erlauben die erhobenen Daten viele weitere interessante Aufschlüsse. Insbesondere lassen die über einen längeren Zeitraum erhobenen Daten (im hier vorliegenden Bericht 15 Monate; die Erhebungen laufen aber bis Ende 2017 weiter) Aufschlüsse über die Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Landesverwaltung zu: Nimmt sie zu oder etwa ab? Weiterhin lässt sich insbesondere im Straßenbau und bei den Gewässer feststellen, mit welchen Instrumenten (und Formaten) der Öffentlichkeitsbeteiligung gearbeitet wird (und wiederum: wie sich dies entwickelt). Letztlich sind gerade die angesprochenen weiteren Informationen wesentlich dafür, um die (Entwicklung) der Arbeitsbelastung bei den RP erklären zu können. Beide Aspekte, Arbeitsbelastung und Gründe hierfür ergeben nur gemeinsam valide Informationen.

2.1. Kurzfristige „saisonale“ Schwankungen und „längerfristiger“ Trend: Die Öffentlichkeitsbeteiligung der RP im Überblick

In Kapitel 1.2.1. war bereits zu sehen, dass die durch Öffentlichkeitsbeteiligung verursachte Arbeitsbelastung der RP zwischen einzelnen Monaten starken Schwankungen unterworfen ist. Andererseits zeigt die Betrachtung über das gesamte Jahr 2015 (Trendanalyse über 12 Monate), dass sowohl die projektbezogene Arbeitsbelastung, wie auch die notwendigen allgemeiner Koordinierungsaufwand (OH; im Folgenden: allg. KA) in den RP, über alle vier RP insgesamt sehr stabil ist: Im Durchschnitt des Jahres 2015 sind pro Monat bei allen vier RP ca. 2.524,5 Personenstunden (h) für Öffentlichkeitsbeteiligung aufgewendet worden. Etwa ein Drittel davon, also ca. 833 h, entfielen auf OH; an projektbezogenem Arbeitsaufwand sind dementsprechend ca. 1.691,5 h im Durchschnitt pro Monat aufgetreten. Die Unterschiede zwischen einzelnen Monaten sind allerdings groß: Im Oktober meldeten die RP insgesamt ca. 3.832 h (nur im Rahmen des Pretests im November 2014 waren es mit 3.873,5 h noch etwas mehr), dagegen betrug die erfasste Stundenzahl im August 2015 nur ca. 1.612 h. In beteiligungsintensiven Monaten wie Oktober oder November ist die Arbeitsbelastung der RP mindestens doppelt so hoch wie in typischen Urlaubsmonaten wie August und Dezember. Für die Öffentlichkeitsbeteiligung gilt also das, was auch für die Gesellschaft im Allgemeinen gilt: Im Sommer wie auch an Weihnachten tritt eine gewisse Pause ein.

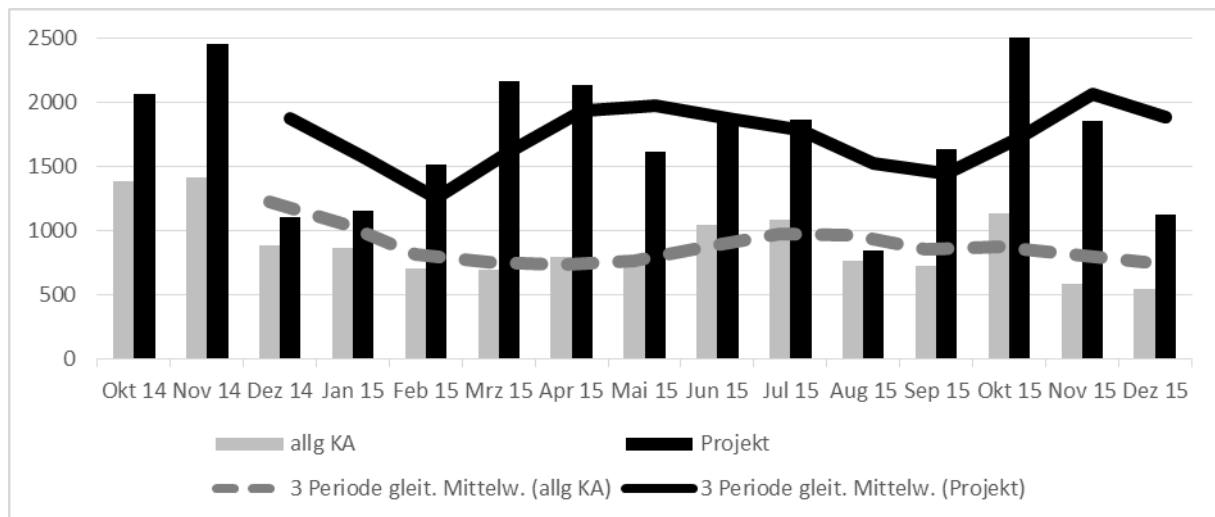


Abbildung: 2.1.1: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) für Öffentlichkeitsbeteiligung, Okt. 2014 – Dez. 2015), differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und allgem. KA, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen durch gleitende 3-Monats-Mittelwerte²²

2.1.1. Projektbezogener Aufwand und allgemeine Koordinierungstätigkeiten: Gleichklang und offene Fragen

Interessanterweise schwanken allg. KA und projektbezogener Aufwand in fast identischer Art und Weise (Verlauf der Trend-Kurve). Es hat dabei den Anschein, dass der projektbezogene Aufwand etwas stärker schwanken würde als die allgem. KA. In absoluten Zahlen trifft dies auch zu, da die Unterschiede in den Arbeitsstunden um etwa 50% größer sind. Relativ betrachtet, d.h. gemessen am Unterschied zwischen den Monaten mit den höchsten und den niedrigsten Werten des Jahres (August und Oktober) ist der Unterschied zwischen allgem. KA und Projektaufwand exakt gleich (ca. 42,1%). Der Unterschied bei den allgem. KA ist also im Grunde gleich groß wie bei den projektbezogenen Aufgaben (dieser schwankt nur nicht so stark zwischen einzelnen Monaten).

Gleichwohl verhalten sich die allgem. KA im Grunde antizyklisch zu den projektbezogenen Aufwandsstunden. Die allgem. KA machen immer dann einen relativ hohen Anteil am Gesamtaufwand aus, wenn die projektbezogenen Aufwendungen eher niedrig sind; man könnte sagen, dass die allgem. KA „weniger Urlaub machen“ als konkrete Projekte. Anders gesagt, strategische Planungen und Fortbildungen finden scheinbar verstärkt in Zeiten statt, in denen der Aufwand in den Projekten eher gering ist:

²² Siehe z.B. <https://www.wiwiweb.de/statistik/zeitreihenanalyse/zeitverfahre/methode.html>

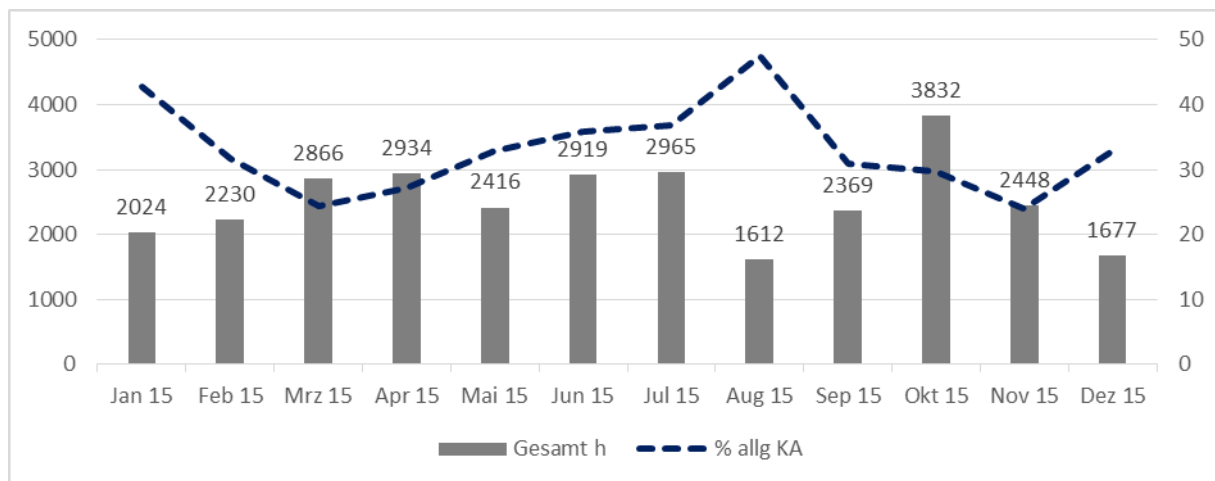


Abbildung: 2.1.2: Gesamtaufwand in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen) und relativer Anteil allgem. KA (%), 2015

Der Anteil der allgem. KA unterscheidet sich deutlich zwischen den RP (und teilweise auch zwischen den Abteilungen):

Anteil allgem. KA (%)	Gesamt	Abt. 4	Abt. 5
FR ²³	33	46	33
KA	31	21	32
S	60	-	-
TÜ	7	6	24

Tabelle: 2.1.1: Vergleich des Anteils allgem. KA differenziert nach RP und Abteilungen (Werte in Prozent des Gesamtaufwands), Durchschnittswerte pro Monat für das Jahr 2015

Zunächst fällt der hohe Wert von 60% allgem. KA insgesamt für das RP Stuttgart (S) auf. Da in diesem RP allerdings keine abteilungsspezifischen allgem. KA erfasst worden sind, ist der erhöhte Wert für die Gesamt-allgem. KA nachvollziehbar. Auffallend sind aber auch die geringen Werte für Tübingen (TÜ), insbesondere für die Abt. 4, und der hohe Wert für FR (Freiburg) im Falle von Abt. 4. Es gibt drei mögliche Erklärungen für die teilweise deutlichen Unterschiede zwischen den RP und Abt.:

1. Unterschiedliche Erfassungsgepflogenheiten für die Evaluation, d.h. es wurden Zeiten (Personenstunden) in einem Fall auf Projekte gebucht, im anderen Fall auf allgem. KA. Möglicherweise wurden auch in einem Fall Sachverhalte, speziell im Bereich allgem. KA, auf das „Konto“ Öffentlichkeitsbeteiligung gebucht, im anderen Fall nicht (z.B. allgemeine Abteilungsbesprechungen).
2. Tatsächlich unterschiedliche „Arbeitskulturen“ in den RP, wobei z.B. mehr dezentrale Verantwortlichkeiten zu weniger allgem. KA führen könnten. Möglicherweise liegt aber auch eine höhere Arbeitsbelastung in den Projekten vor.
3. Zusätzlich kann auch der Aufwand, der durch die Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung in den RP entstanden ist, in unterschiedlicher Weise bearbeitet und erfasst worden sein.

²³ Sigel für die RP in Anlehnung an die Autokennzeichen.

Im weiteren Verlauf des Projekts wird eine der wichtigen zu klärenden Fragen sein, wie die unterschiedlichen allgem. KA-Werte zu erklären sind. Die Auflösung dieser Frage genießt für die weitere Betrachtung eine hohe zeitliche Priorität.

Betrachtet man ausschließlich das Jahr 2015, so ist für alle vier RP ein mehr oder weniger deutlicher Rückgang der allgem. KA im Jahresverlauf festzustellen.

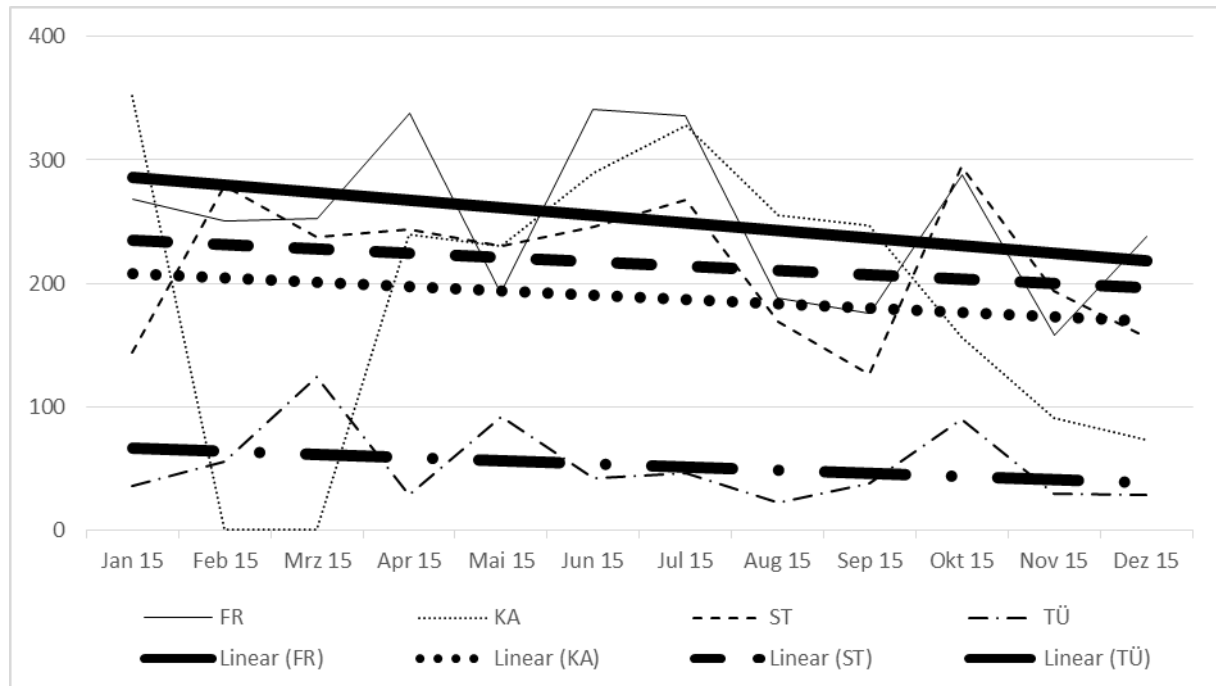


Abbildung: 2.1.3: Aufwand allgem. KA in Personenstunden (4 RP, alle Abteilungen), 2015, differenziert nach Projektarbeit (Verfahren) und allgem. KA, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015

In allen RP ist ein leichter Rückgang der allgem. KA zu verzeichnen (Trendgeraden). Dies ist vermutlich dadurch zu erklären, dass der Aufwand zu Beginn der Evaluation, speziell im Rahmen der Abstimmung und Entwicklung der Evaluation und der Evaluationsinstrumente, höher war (siehe Kap. 1.1). Einige Workshops und bilaterale Termine waren daher in der Anfangsphase zur weiteren Abstimmung vonnöten.²⁴ Es deutet sich an, dass sich der allgem. KA-Aufwand bei ca. 200h im Monat einpendelt. Lediglich die Werte für Tü passen nicht in das allgemeine Bild, da diese deutlich unter den Werten der anderen RP liegen.

²⁴ Aus Sicht des RPK ist der Rückgang des allgem. KA „auf den Wegfall von Einarbeitungszeiten und den nun routinierten Einsatz und die Zusammenarbeit zurückzuführen. Beispielsweise sank der zu Beginn notwendige Aufwand für umfangreiche Einführungsveranstaltungen und Fortbildungsmaßnahmen zur VwV kontinuierlich“, zurückzuführen,

2.1.2. Projektbezogener Aufwand: Wie sind die großen Unterschiede zu erklären?

Die zyklischen Schwankungen im Jahresverlauf sind bei weitem nicht die einzige und auch nicht die ausschlaggebende Quelle für die sehr unterschiedliche Arbeitsbelastung.

Projektaufwand (Ph) ²⁵	Gesamt	Abt. 4	Abt. 5
FR	500	118	382
KA	356	145	211
S	119	119	²⁶
TÜ	520	422	98

Tabelle: 2.1.2: Vergleich des projektbezogenen Aufwands (ohne allgem. KA) differenziert nach RP und Abteilungen (Werte in Personenstunden (Ph), Durchschnittswerte pro Monat für das Jahr 2015)

Zwei Werte stechen ins Auge: Die im Jahresdurchschnitt 2015 im Bereich der Abt. 5 angefallenen 382 Ph pro Monat und die 422 Ph für die Abt. 4 des RP Tübingen (auch die 211 Ph bei Abt. 5 RP KA fallen natürlich aus dem Rahmen). Es stellt sich zwangsläufig die Frage, welche Ursachen dazu geführt haben, dass im Bereich dieser Präsidien fast doppelt oder sogar fast dreimal höherer Aufwand entstanden ist.

Im Falle der Abt. 5 liegt die Ursache für die vergleichsweise hohe Belastung der RP FR und KA auf der Hand. Es ist das „Integrierte Rheinprogramm“, ein mit Frankreich und Rheinland-Pfalz abgestimmtes Hochwasserschutzprogramm am Oberrhein. In Baden-Württemberg liegt die Koordination des Programms in den Händen des RP FR (mit Landesbetrieb Gewässer). Die Maßnahmen betreffen daher zwangsläufig ausschließlich die „Rheinanlieger-RP“ FR und KA.

„Ziel des Integrierten Rheinprogrammes des Landes Baden-Württemberg ist es, den vor dem Oberrheinausbau vorhandenen Hochwasserschutz am Rhein unterhalb Iffezheims wiederherzustellen. Dies soll mit 13 Rückhalteräumen zwischen Weil a.R. und Mannheim mit einem Volumen von insgesamt 167,3 Mio. m³ erreicht werden. Die Gesamtkosten des Integrierten Rheinprogramms betragen rund 1,47 Milliarden Euro (...).“²⁷

Der hohe Arbeitsaufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung in den Bereichen der RP FR und KA im Bereich „Gewässer“ (Abt. 5) ist also evident. 40% der baulichen Gewässerschutzmaßnahmen sind derzeit bereits abgeschlossen und einige weitere stehen kurz vor der Vollendung.²⁸ Inwieweit sich dies auf die (Arbeits-)Belastung der betreffenden Abteilungen im weiteren Verlauf der Evaluation auswirken wird, ist ein interessanter Aspekt. Allerdings sind Planung und Bau von Maßnahmen im Rahmen des IRP eine sehr langfristige Angelegenheit.

²⁵ In den Werten dieser Tabelle sind sowohl die „zentralen“ Koordinierungstätigkeiten der Abt. 1, als auch die Koordinierungstätigkeiten in den Abteilungen 2, 4 und 5 nicht berücksichtigt. Die Zahlen beruhen also „rein“ auf den auf den CA-TS-Buchungen auf Projekte.

²⁶ Im Bereich der Abt. 5 (Gewässer) des RP Stuttgart werden keine Planfeststellungsverfahren (stattdessen Plangenehmigungen) durchgeführt. Daher ergibt sich hier kein für die VwV relevanter Aufwand.

²⁷ <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/Abt5/Ref533/Seiten/default.aspx>, zum IRP siehe auch: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/FuA-IRP.aspx#antwort5>.

²⁸ Vgl. Ebda.

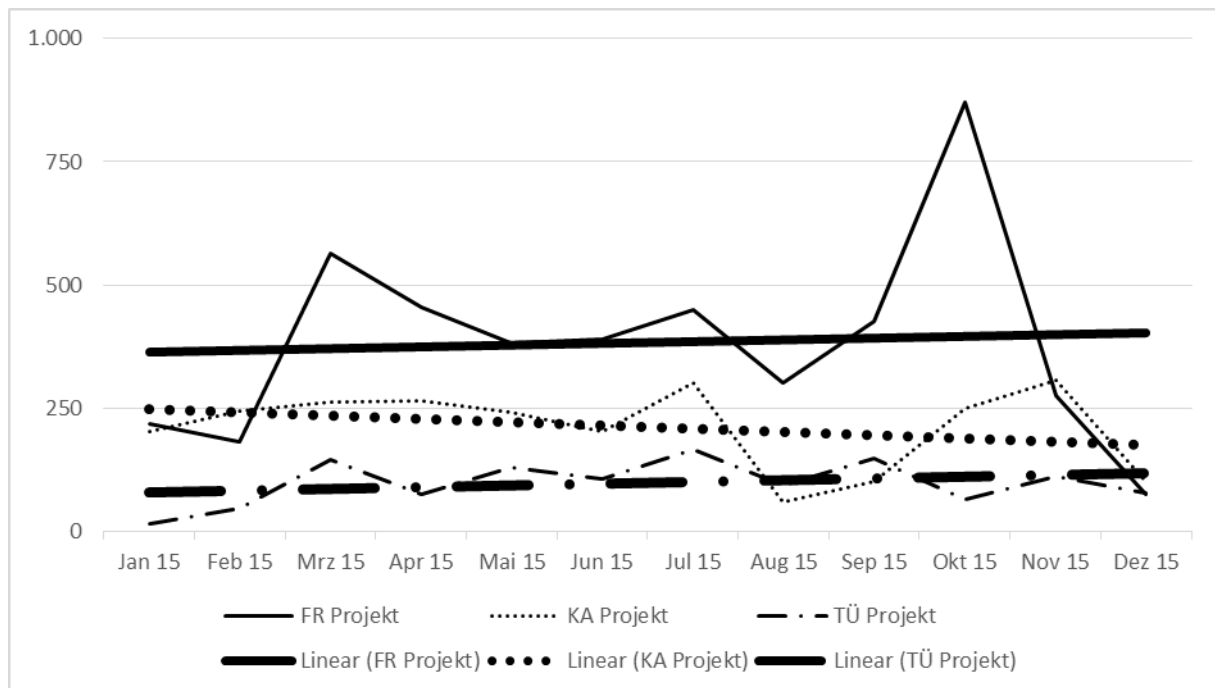


Abbildung: 2.1.4: Abt. 5, Aufwand reine Projektarbeit in Personenstunden (Ph), 3 RP, 2015, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015

Die Arbeitsbelastung für Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Abt. 5 ist, wie oben erläutert, beim RP Tü deutlich geringer. Die Höhe der Arbeitsbelastung (Ph) verläuft auch sehr homogen (konstant) und weist kaum monatliche Schwankungen auf. Im Falle des RP KA ist die Arbeitsbelastung zunächst wesentlich höher, geht aber im Verlauf des Jahres im Schnitt deutlich zurück, was auf erhebliche Schwankungen (Rückgang) in den Monaten August und Dezember zurückzuführen ist. Ganz anders beim RP FR. Dort steigt die, ohnehin deutlich höhere durchschnittliche Arbeitsbelastung, im Jahresverlauf leicht an. Grund ist vor allem ein ganz außergewöhnlicher Anstieg im Oktober, der deutlich um mehr als das Doppelte über der durchschnittlichen Arbeitsbelastung (Ph) liegt.

Die hohe Arbeitsbelastung der Abt. 4 des RP Tü ist dagegen nicht ganz so einfach zu erklären (im Bereich des Straßenbaus gibt es nichts dem IRP Verwandtes). Der Vergleich der Entwicklung der Belastung in den Abteilungen 4 und 5 der verschiedenen RP gibt wiederum wichtige Hinweise darüber, wo nach den Ursachen zu suchen ist. Aber wie bereits im Falle der Abt. 5 sind es auch hier scheinbar „besondere Ereignisse“ (in bestimmten Monaten), die zu einer besonders hohen Belastung mit Beteiligungsangelegenheiten führen.

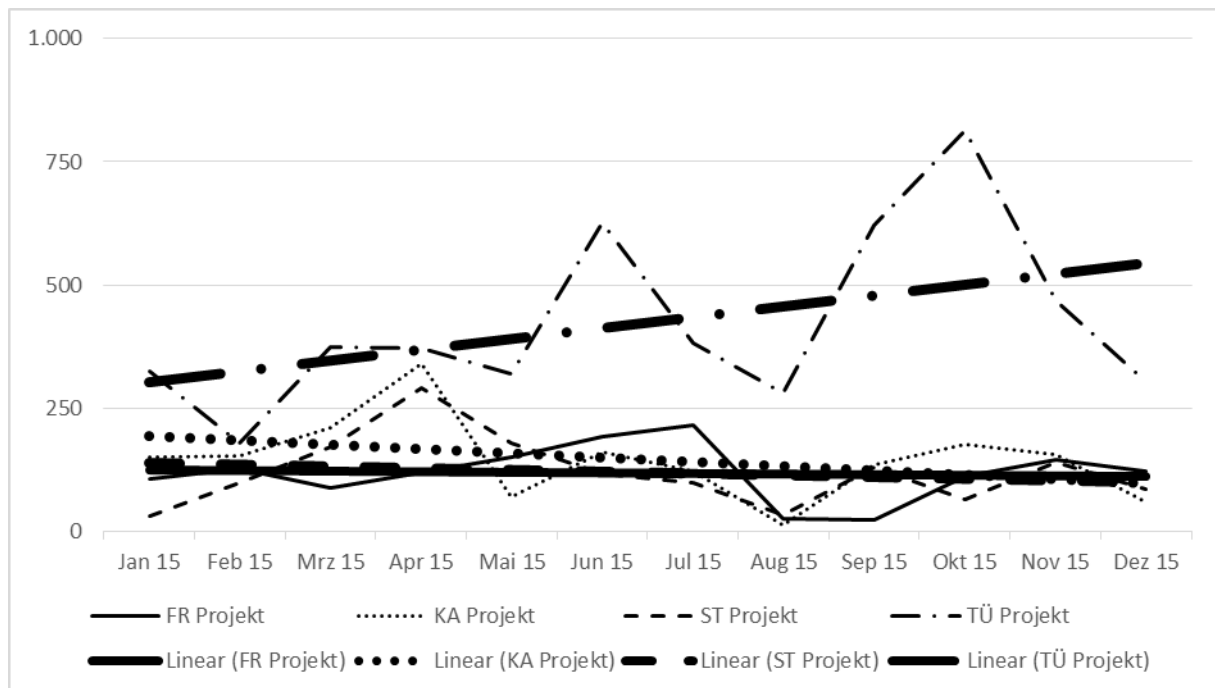


Abbildung: 2.1.5: Abt. 4, Aufwand reine Projektarbeit in Personenstunden (Ph), 4 RP, 2015, Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen und Trendlinie für das Jahr 2015

Für die RP FR, KA und ST ist unisono ein leichter Rückgang der Arbeitsbelastung festzustellen und zwar auf fast identischem Niveau. Ganz anders beim RP Tü: Ein sehr deutlicher Anstieg um fast die doppelte Zahl von Ph über das Jahr (bei ohnehin schon hohem Niveau), verursacht scheinbar wiederum (wie im Falle Abt. 5 / RP FR) durch „besondere Ereignisse“ vor allem im Juni, September und vor allem Oktober.

Eines der wesentlichen Ziele der (weiteren) Evaluation muss es sein zu klären, um welche „besonderen Ereignisse“ es sich handelt, die einen so ungewöhnlichen und überproportionalen Anstieg der Arbeitsbelastung bei den RP verursachen.

Diese „Ereignisse“ haben dabei scheinbar einen doppelten Charakter. Zum einen sorgen sie für erhebliche „Ausschläge“ der Ph (i.d.R. nach oben), zum anderen sind sie scheinbar auch ein Zeichen für eine allgemein höhere Aktivität (im Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung).

2.2. Es sind die großen Verfahren, die den Unterschied ausmachen

Am Beispiel des IRP hat sich im vorangegangenen Kapitel bereits gezeigt, dass es besondere und große Vorhaben sind, die die Öffentlichkeitsbeteiligung und folglich den Personalaufwand bei den RP maßgeblich beeinflussen. Um die Untersuchungen zum notwendigen Arbeitsaufwand bei den RP für Öffentlichkeitsbeteiligung weiterführen zu können, erweisen sich die im Rahmen der Konzeption der Evaluation mit allen beteiligten Akteuren getroffenen Entscheidungen (siehe Kap. 1.2.), alle Verfahren individuell zu erfassen, als zielführend. Die „besonderen Ereignisse“, die zu überproportionalen Anstiegen der Beanspruchung der Beschäftigten der RP geführt haben, so die weitere Hypothese, sind auf „besondere Verfahren“ zurückzuführen.

Insgesamt sind es nur 15 Verfahren, die bereits ca. die Hälfte des gesamten ermittelten projektbezogenen Aufwands (ohne allgem. KA) ausmachen. Erfasst wurden insgesamt 155 Verfahren, d.h. 10% aller Verfahren vereinigen bereits etwa die Hälfte des gesamten Aufwands. Zwei Drittel des

Aufwands (66%) entfallen auf 28 bzw. ca. 18% der Verfahren und 25% aller Verfahren beanspruchen bereits 75% der Arbeitsleistung. Die folgende Grafik zeigt, dass es bei dieser Frage im Grunde keine Unterschiede zwischen den Abt. 4 & 5 der RP gibt.

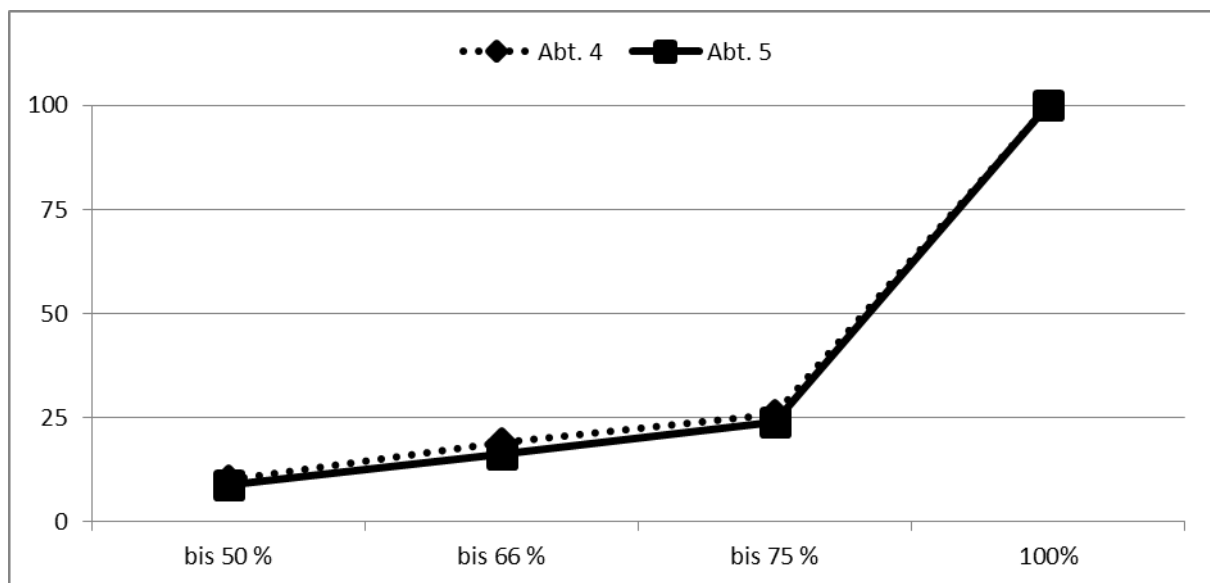


Abbildung: 2.2.1: Relativer Anteil (%) des Arbeitsaufwands (bis 50%, bis 66% usw.) im Verhältnis zur relativen Anzahl (%) der Verfahren, Differenziert nach Abt., 4 RP

Abt. 4 und 5 verhalten sich scheinbar vollkommen parallel. Dies ist aber nur „die halbe Wahrheit“.

2.2.1. Die „Big Six“: Projekte mit überproportionalem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung
Der Begriff „Big Six“ soll an die „großen und außergewöhnlichen“ Tiere, die man bei einer Safari, bei einigem Glück, beobachten kann, erinnern²⁹. Hier handelt es sich um sechs Verfahren, die im Durchschnitt mehr als 50 Ph im Monat im Jahr 2015 verursacht haben. Insgesamt liegt der Durchschnitt zwischen ca. 11 Ph (Abt. 4) und 12 Ph (Abt. 5), wobei dieser aber durch die „Big Six“ deutlich nach oben verschoben wird.

Der Begriff „Big Six“ soll unterstreichen, dass dieser Gruppe großer Verfahren im weiteren Verlauf der Evaluation besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

²⁹ „Üblicherweise als die „Big Five“, die „Großen Fünf“, werden in Afrika jene imposanten Wildtierarten bezeichnet, deren sportlich kämpferische Bezwingung die Erfüllung jedes Großwildjägerlebens war und ist. Diese illustre Gruppe afrikanischer Jäger- und Safariträume setzt sich aus afrikanischem Elefant, Nashorn, afrikanischem Büffel, Löwe und Leopard zusammen.“, <http://www.touring-afrika.de/suedafrika/big-five.htm>

Abt. /RP Abt. 4	Aufwand (Ph), ohne zentralen allgem. KA			
	> 100 Ph	> 50 Ph	> 10 Ph	< 10 Ph
FR		1	3	10
KA			4	15
S			5	33
TÜ	1	1	4	12
Abt. 5	> 100 Ph	> 50 Ph	> 10 Ph	< 10 Ph
FR	1	1	3	19
KA		1	6	5
TÜ			2	29

Tabelle: 2.2.1: Relativer Anteil (%) des Arbeitsaufwands im Verhältnis zur absoluten Anzahl der Verfahren, Differenziert nach Abt. & RP

In Abb. 2.1.4 war zu sehen, dass im Bereich von Abt. 5 des RP Freiburg ein deutlicher höherer Aufwand, verbunden mit großen (monatlichen) Schwankungen, im Vergleich zu den anderen RP erkennbar wurde. Hier wird deutlich, dass dies im Wesentlichen auf wenige, große Verfahren zurückzuführen ist (2). Beim RP KA, ebenfalls vom IRP betroffen (siehe Kap. 2.1.2), gibt es kein ganz großes Projekt (mehr als 100 Ph im Monat) dafür aber ein großes Projekt (mit über 90 h/Monat) und sechs Projekte mit immerhin mehr als 10 Ph im Monat. In TÜ dominieren dagegen die kleinen Verfahren.

Für Abt. 4 ergibt sich das gleiche Ergebnis. Es ist hier nur nicht das RP FR, sondern das RP TÜ, das durch wenige große Verfahren einen deutlich höheren Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung aufzuweisen hat als die anderen RP (wiederum zwei). Es zeigt sich ebenfalls, dass im RP KA und vor allem im RP S überproportional viele „kleine Fälle“ mit weniger als 10 Ph gemeldet worden sind.

Wie ist der Zusammenhang zwischen Größe der Verfahren (Aufwand) und Anzahl, für die Aufwand gemeldet wurde, zu erklären? Zwei Hypothesen, die sich nicht widersprechen müssen, liegen nahe:

- *Hypothese 1: Große Verfahren binden die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen einer Abteilung in erheblichem Maß. Dadurch gibt es weniger „kleine“ Beteiligung bei weniger wichtigen Verfahren*
- *Hypothese 2: Bei geringerer Belastung durch große Verfahren wird mehr Aufmerksamkeit auf kleine Verfahren gerichtet (Im Straßenbaubereich in der Reihenfolge BAB > B > Landesstrasse, Im Gewässerbereich Rhein > Donau/Neckar > Kleinere Gewässer).*

2.2.2. Der Arbeitsaufwand der Verfahren im Einzelnen

In der Regel sind es nur ca. 4 Verfahren, die bereits 75% und mehr am Aufwand einer Abteilung ausmachen. Ausnahmen sind die Abt. 4 RP S und Abt. 5 RP TÜ, die wiederum keine sehr großen Verfahren aufzuweisen haben. Im Falle der Abt. 4 des RP TÜ entfallen 2.262 Ph von insgesamt 6.818 Ph auf nur ein Verfahren: „B 30 RV-Eschach – Friedrichshafen“. Ein zweites Verfahren, „B 31, Meersburg/W bis Immenstaad“, beanspruchte 1.488 Ph für das Jahr 2015. Damit entfallen im RP TÜ auf zwei Verfahren bereits ca. 59% der Ph aller 18 Verfahren. Bei der Abt. 5 RP FR ist das Verhältnis noch deutlicher in Richtung der zwei größten Verfahren „verschoben“: Ca. 64% der Ph aller 24

Verfahren vereinigen die beiden größten Verfahren. 18 Verfahren haben dagegen nur einen Anteil von nicht mehr als einem 1%:

Abt. 5 / RPF

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
GFI0003 Breisach/Burkheim	2316	154	45	45
GFI0005 Elzmündung	959	64	64	19
GFI0002 KW Breisach	440	29	73	9
GFI0008 KW Kehl/Straßburg	391	26	81	8
GFI0001 Weil-Breisach III	338	23	87	7
GFI0007 Polder Altenheim	135	9	90	3
GFI0001 Weil-Breisach	68	5	91	1
GFI0203 HWS Rheinhausen	61	4	92	1
Renaturierung Wutach Stühlingen	61	4	94	1
DB01-06 KIN Durchgängigkeit Wolfach	55	4	95	1
HWS Haslach 45700-47500	47	3	96	1
GFI0006 I/M/O Bürgerbeteiligung	40	3	96	1
GFI3026 Rückbau HRB Marbach	34	2	97	1
Hochwasserschutz Haslach / Fischerbach	32	2	98	1
GFI 1010 KIN Struktur Alte Kinzig Willstätt	32	2	98	1
Öffentlichkeitsarbeit Neckar Renaturierung Aistaig	16	1	99	0,3
Hochwasserrückhalteraum Weil-Breisach I	14	1	99	0,3
53.1 DR Dreisam Umkirch Öff.bet.	13	1	99	0,3
GFI0009 Freistett	11	1	99	0,2
DB03-04 Elz / Deichrückverlegung / Strukturmaßnahme / 19	9	1	100	0,2
DB02 Elz / Deichrückverlegung / Riegel	8	1	100	0,2
Elz DS links Teningen ÖB	5	0	100	0,1
RFK DS u. Drückv. Erlach-DB	4	0	100	0,1
Flussverzweigung Singen/Hausen - Planung	3	0	100	0,1

Tabelle: 2.2.2: Abt. 5 – RPF, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

In den Spalten sind die folgenden Informationen wiedergegeben:

- h / Gesamt: Gesamtstunden (Ph) die für das Verfahren im 4. Quartal 2014 und dem Jahr 2015 gemeldet wurden
- h / Monat: Ph pro Monat (Gesamtstunden / 15)
- % Gesamt: (Auf)Summierter Anteil am Gesamtaufwand (100%)
- % Verfahren: Anteil am Gesamtaufwand (Ph) des Verfahrens

Abt. 5 / RPK

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
VwV ÖB Elisabethen.Planungsleitf.	1374	92	41	41
VwV ÖB Planungsleitf. DRV KiGA	457	30	55	14
VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Unterlauf	403	27	67	12
Polder Rheinschanzinsel	307	20	76	9
VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Oberl.alle BA	227	15	83	7
VwV ÖB Planungsleitf. Deichsan. Prioris.	192	13	89	6
VwV ÖB Polder BR Planungsleitf.	189	13	95	6
VwV ÖB Planungsleitf.HÖP Hockenheim	94	6	97	3
VwV ÖB Planungsleitf.RHWDXXV	40	3	99	1
VwV ÖB Planungsleitf.Dammerh.RHWD XXX	35	2	100	1
VwV ÖB Planungsleitf.HWS a.d.Elz	6	0	100	0,2
VwV ÖB Planungsleitf.Zus.leg.Leimb.Land.	2	0	100	0,05

Tabelle: 2.2.3: Abt. 5 – RPK, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Abt. 5 / RPT

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
Gewässerök. Maßnahme Bodenseeuferr Kressbronn	305	20	22	22
Integriertes Donauprogramm (IDP)	271	18	42	20
Iller 13,6 - 9,2 Ökologie	103	7	49	7
Riss, Biberach - HW-Kanal	95	6	56	7
Donau 2952+540 (05)	59	4	61	4
Iller HWS Kirchberg-Sinningen	57	4	65	4
Donau bei Ulm - Ökologie	55	4	69	4
Neckar, Tübingen Freibad (03)	55	4	73	4
Riss Konzept	44	3	76	3
Donau Konzept	36	2	79	3
Neckareinzugsgebiet	33	2	81	2
Donau Datthausen Renaturierung	28	2	83	2
Rot Konzept	24	2	85	2
Hochwasserschutz Dellmensingen	22	1	86	2
Riss Absturz Schemmerhofen	21	1	88	2
Hochwasserschutz Riedlingen, Sohlstabilisierung	21	1	90	2
Riss - Risswehr	17	1	91	1
Eyach - Schlossbrauerei Haigerloch	17	1	92	1
Starzel, Hechingen, Schützenbrücke	16	1	93	1
Neckar Osttangente Rottenburg	15	1	94	1
Hochwasserschutz Riß -Schemmerberg	12	1	95	1
Iller 43,500 - Illerklappe	11	1	96	1
Seefelder Aach, Ahausen HWS	10	1	97	1
Iller 14,6 - 13,6 Sanierung	10	1	97	1
Ök. Maßnahme Neckar 242 - 242,250	8	1	98	1
Bodensee, Strandbad Eriskirch	8	1	98	1
Donau, Sigmaringen (Stadtwerke)	8	1	99	1
Blau Konzept	6	0	99	0,4
Neckar, Tübingen Stadtteilpark (02)	4	0	100	0,3
Hochwasserschutz Ulm-Friedrichsau	3	0	100	0,2
Iller 14,6 - 13,6 Sanierung	2	0	100	0,1

Tabelle: 2.2.4: Abt. 5 – RPT, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Abt. 4 / RPF

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March	1057	70	47	47
A 860 Stadttunnel Freiburg	289	19	60	13
B 31 West 2. BA Breisach - Gottenheim	181	12	68	8
B 294 OU Winden	178	12	76	8
A 98.5 Karsau - Wehr	149	10	82	7
A 98.6 Wehr-Murg	109	7	87	5
L 103 OD Steinach	80	5	91	4
OU Bötzingen / Eichstetten L116/114	79	5	94	3
B317 Parkplätze Feldberg	51	3	97	2
L113 Ausbau OD Malterdingen	40	3	98	2
L 113 Brücke über Rheintalbahn bei Riegel	18	1	99	1
Allensbach ReiWald Siedl. - KN Landepl. 32	10	1	100	0,4
B31 Rötenbach-Löffingen	7	0	100	0,3
BAB A 5 PWC Steinweg- Efringen-Kirchen	0	0	100	0

Tabelle: 2.2.5: Abt. 4 – RPF, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Abt. 4 / RPK

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
A 5, Ausbau AS Rastatt Nord	511	34	25	25
B 32, OstU Horb Brücke	432	29	46	21
B 292, 3-spur. Ausbau Waibstadt-Helmstadt	262	17	59	13
A 5, Sechsspüriger Ausbau AS Walldorf/Wiesloch - AK Wiesloch	220	15	69	11
L87a, RW Zell-Moos	143	10	76	7
A 8, Karlsbad PF West Bauabschnitt Ost	110	7	82	5
L1125, OU Öschelbronn	91	6	86	4
L 67, Ausbau zwischen Kuppenheim u. B462	66	4	89	3
B 39/L 722, Knotenpunktausbau Altlußheim	51	3	92	2
L 559, OU Weingarten	46	3	94	2
Ausbau Haueneberstein und K 3711 Straße	36	2	96	2
L 410, OU Empfingen	22	1	97	1
A8, Grünbrücke Mutschelbach BW 7017-694	18	1	98	1
A 656, ÜF Rangierbhf. MA - Friedrichsfeld	14	1	98	1
A 8, Anschluss Pforzheim Nord bis Anschluss Wurmberg (Enztalquerung)	11	1	99	1
L 1135, Ausbau zw. L1177 und Wiernsheim	10	1	99	0,5
Karlsbad - Pforzheim-W, BA Ost	8	1	100	0,4
L 623, Ausbau bei Langensteinbach	8	1	100	0,4
B 3 / L 723 kreuzungsfreier Knotenpunktausbau beim Bhf. Wiesloch-Wallbrunn	0	0	100	0

Tabelle: 2.2.6: Abt. 4 – RPK, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Abt. 4 / RPS

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
A 6 Kupferzell - Ilshofen/Wolpertshausen	380	42	25	25
AS Mühlhaus. - Hohenstadt (Albauf-/abstieg)	164	18	36	11
BAB A6 Walldorf - Weinsberg: Ersatzneubau Neckartalübergang	127	14	45	8
A 8, Verflechtungsstreifen zwischen AK Stuttgart und AS Leonberg/Ost	120	13	53	8
A81, Tank- und Rastanlage Wunnenstein-West	106	12	60	7
B 19 OU Bad Mergentheim (Südumgehung)	75	8	65	5
Umg. Hölzern Neubau	56	6	68	4
A6 AK Weinsberg-Landesgr.BW/BY 6-streif.	52	6	72	3
StBA Leonb.-Mundelsb. - temporäre Seitenst.-freigabe S-Zuff.-LB-Nord	27	3	74	2
A 6 Weinsberg-Bretzfeld 6-streif. Ausb.	26	3	75	2
L 1148 OU Miedelsbach	26	3	77	2
B 295/B 464 Lückenschluss bei Renningen	26	3	79	2
B 27, Ersatzneubau Gumpenbachbrücke in Kornwestheim	25	3	80	2
B 10, Ortumfahrung Enzweihingen	25	3	82	2
OU Ilsfeld Neubau	23	3	84	2
Neubau Ortsumgehung Jebenhausen	23	3	85	2
UMB KNP B27/L1098 OD Jagstfeld	21	2	87	1
A 6 Ilshofen/Wolpertshausen - Kirchberg	19	2	88	1
Stuttgart 21 Sammelprojekt	18	2	89	1
A Lauchheim - Aufhausen	17	2	90	1
A 81/AS Mundelsheim-Backnang 3 str. Ausb.	17	2	91	1
San. Kocherbr. Kochersteinsf. BW 6722636	16	2	92	1
RGW Fach - Algishofen	14	2	93	1
A 6 Kirchberg - Landesgrenze BW / BY	13	1	94	1
Ertücht. KP. L1202 u. L1192 zw. A8 u. B10	11	1	95	1
Marbach-Murr, Umbau von 3 Knoten	10	1	96	1
A Hermaringen - Brenz	9	1	96	1
A 6 Bretzfeld - Öhringen 6-streif. Ausb.	8	1	97	1
OU Oppenweiler	8	1	97	1
OU Mögglingen	8	1	98	0,5
BRS Mühlhausen 7423510,511,512,519,520	7	1	98	0,5
L1164 OU Heuchlingen	7	1	99	0,5
B 10 Gingen/O - Geislingen/M	7	1	99	0,5
A 6 Öhringen-Kupferzell 6-streif. Ausb.	4	0	99	0,3
B 10, Gingen/Ost - Geislingen/Ost	4	0	100	0,2
Südumgehung S-Plieningen	3	0	100	0,2
Autobahnparallele zw. L 1204 und L 1202	2	0	100	0,1
RW Tischart - Großbettlingen	1	0	100	0,1

Tabelle 2.2.7: Abt. 4 – RPS, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Abt. 4 / RPT

Bezeichnung Verfahren	h / Gesamt	h / Monat	% Gesamt	% Verfahren
B 30 RV-Eschach - Friedrichshafen	2262	151	36	36
B 31, Meersburg/W bis Immenstaad	1488	99	59	24
L 1165 Ortsumfahrung Beimerstetten	688	46	70	11
B 27 Tübingen - B 28, Schindhaubasistunnel	657	44	81	10
B 312 OU Reutlingen (Scheibengipfel)	587	39	90	9
B 31 neu Stockach-Überlingen, BA II B	243	16	94	4
B 30 Anschlusskonzeption bei Bad Waldsee	99	7	95	2
vorl. AS Rengoldshauser Str. b Altbirnau	86	6	97	1
Hohenstadt - Ulm/West	81	5	98	1
B 312 Ringschnait - Ochsenhausen - Edenbachen	51	3	99	1
AUSB OD Rohrbach	26	2	99	0,4
B31 Immenstaad-FN/Waggershausen,BAIIB	19	1	100	0,3
L 284 OU Kleinwinnaden	13	1	100	0,2
L 265 Verlegung bei Kißlegg	7	0	100	0,1
B 463 Ortsumgehung Lautlingen	5	0	100	0,1
B 27 Bodelshausen - Nehren	3	0	100	0,05
B 28 Neubau Rottenburg - Tübingen BA II	2	0	100	0,03
A 8 6-streifiger Ausbau Ulm/West bis AK Ulm/Elchingen	1	0	100	0,01

Tabelle: 2.2.8: Abt. 4 – RPT, Verfahren nach ihrer Größe (Ph)

Im weiteren Verlauf der Evaluation ist ein besonderes Augenmerk auf die großen Verfahren zu richten. Insbesondere ist zu klären, ob es besondere Merkmale gibt, die die großen Verfahren von den anderen, kleineren Verfahren mit geringerem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung unterscheidet. Von besonderem Belang ist, a) ob es bestimmte Gründe gibt, die dazu führen, einem Verfahren, was die Beteiligung anbelangt, besondere Aufmerksamkeit zu schenken, b) ob die Verwendung bestimmter Instrumente besonders aufwändig ist und ob c) der Aufwand / die eingesetzten Instrumente besondere Wirkungen erzeugen (erfolgreich sind). Die Beantwortung (einiger) der angesprochenen Fragen können bereits mit den in der ersten Phase der Evaluation erhobenen Daten angegangen werden. Kap. 4. nimmt die Fragestellung daher wieder auf.

3. Ermittlung des Stellenbedarfs bei den RP für Öffentlichkeitsbeteiligung

Nach einem Jahr verlässlicher Datenerhebung soll in einem Zwischenbericht der Stellenbedarf der RP – verursacht durch die VwV – ermittelt werden. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die folgenden Aspekte:

1. Was fällt unter die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung, d.h. welcher Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung (der RP) ist sachlich der VwV zuzuordnen?
2. Gibt es signifikante Abweichungen zur Voruntersuchung aus dem Jahr 2014? Wenn ja, wie sind die Abweichungen zu erklären?
3. Ist der Effekt der VwV seit ihrem Inkrafttreten am 27.02.2014 überhaupt bereits „spürbar“ (messbar)? Öffentlichkeitsbeteiligung gab es auch bereits vor dem Inkrafttreten der VwV (siehe Kap. 3.3.1) und die meisten der (großen) Verfahren haben ihren Ursprung (lange) davor.

In diesem Abschnitt sind einige methodische und theoretische Passagen unerlässlich, da es sich um die Beantwortung der wesentlichen Fragestellung der ersten Phase der Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung handelt.

3.1. Welche Verfahren werden durch die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung erfasst?

Insgesamt wurden 155 einzelne Verfahren erfasst³⁰, 86 davon im Bereich Straßenbau, 69 im Bereich Gewässer. Die meisten Verfahren im Gewässerbereich werden im RP Tübingen (29) durchgeführt, die meisten Straßenbauprojekte im RP Stuttgart (32).

Für die Ermittlung des Stellenbedarfs bei den RP ist zunächst wesentlich zu prüfen, ob die Verfahren unter den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fallen. Hierzu dient das folgende Kapitel, das den Geltungsbereich aller relevanten Regelungen im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung behandelt und dadurch versucht, das spezifische Anwendungsprofil der VwV herauszuarbeiten.

3.1.1. Relevante Rechtsnormen: UVwG, LVwVfG und VwV

Für die Abschätzung des durch die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Regierungspräsidien verursachten Arbeitsanfalls ist zunächst eine Abklärung der Wirkung anderer (Rechts-)Normen wesentlich. Zu nennen sind hier insbesondere der mit dem 01.01.2015 in Kraft getretene § 2 Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) des Landes sowie der am 27.05.2015 in Kraft getretene § 25 Abs. 3 Landes-Verwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG). Im vorliegenden Zusammenhang vernachlässigt werden kann hingegen § 25 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG). Durch die Einfügung des § 25 Abs. 3 LVwVfG existiert eine landesrechtliche Regelung, die gemäß § 1 Abs. 3 VwVfG dem § 25 Abs. 3 VwVfG vorgeht. Soweit § 25 Abs. 3 LVwVfG durch § 2 UVwG verdrängt wird

³⁰ Es handelt sich dabei um etwas weniger Verfahren als in Kapitel 2.2.2. aufgelistet (von den RP gemeldet). Dies liegt in erster Linie daran, dass es für die komplette Erfassung des Aufwands eines (großen) Verfahrens wie dem Ausbau der A6 zwischen dem AK Weinsberg und der Landesgrenze (zu Bayern) sinnvoll ist, den Abschnitt in einzelne Planungsschritte zu unterteilen (RPS). Für die Öffentlichkeitsbeteiligung bedeutet dies aber, dass in einigen dieser Abschnitte sehr hoher Aufwand im Erfassungszeitraum angefallen ist, in anderen keiner oder nur sehr geringer. Um die Zahl der „Verfahren“ mit nur wenigen Ph etwas einzugrenzen, wurden „logisch“ zusammenhängende Verfahren, wie einzelne Bauabschnitte an der A6 zu einem Verfahren zusammengefasst.

(dazu sogleich), ist § 25 Abs. 3 VwVfG im Bereich der Bundesauftragsverwaltung auch gegenüber § 2 UVwG subsidiär³¹.

§ 2 UVwG bezieht sich ausdrücklich auf die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung. In diesem Bereich ist die Regelung von UVwG und VwV nahezu deckungsgleich³². In § 2 UVwG heißt es:

§ 2 UVwG. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung. (1) Bei Vorhaben, für welche die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder eines Planfeststellungsverfahrens besteht, soll bereits vor Antragstellung eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Der Vorhabenträger soll die Öffentlichkeit über die Ziele des Vorhabens, die Mittel es zu verwirklichen und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichten sowie ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung geben.

In der Zielsetzung richtet sich das UVwG auf die Planung „besonders umweltbedeutsamer Vorhaben“, das VwVfG auf „Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer großen Zahl von Dritten haben können ...“ und die VwV auf alle „Vorhaben ..., für deren Zulassung ein Planfeststellungsverfahren nach Fachplanungsrecht oder ein förmliches Genehmigungsverfahren nach § 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz durchgeführt wird“. Praktisch ergibt sich eine sehr allgemeine Schnittmenge an Verfahren, die von den drei Normen erfasst werden. Sie umfassen grundsätzlich alle Vorhaben, die eines Planfeststellungsverfahrens bedürfen, § 2 UVwG ausdrücklich alle Vorhaben, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfordern, die VwV für Genehmigungsverfahren nach § 10 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sowie § 25 Abs. 3 LVwVfG alle weiteren Vorhaben mit nicht nur unwesentlichen Auswirkungen.

Grundsätzlich ist § 2 UVwG die intensivere Regelung, da sie eine Verpflichtung zur Durchführung einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung für alle Vorhabenträger statuiert³³, also auch Private und Kommunen, während die VwV dies explizit nur für das Land als Vorhabenträger verlangt. Prinzipiell ist die VwV allerdings auf einen größeren Bereich von Verfahren anwendbar, z.B. Windkraftanlagen mit drei oder weniger Windrädern, oder Anlagen innerhalb eines bestehenden Industriegeländes, allerdings nur im Hinblick auf die Hinwirkung auf den Vorhabenträger, nicht auf die zwingende Durchführung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung. Für dritte Vorhabenträger (private oder kommunale Vorhabenträger sowie Bundesauftragsverwaltung) statuiert die VwV eine Pflicht für die Behörde, auf den Vorhabenträger hinzuwirken, eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Gleiches gilt für das Raumordnungsverfahren.³⁴ Eine entsprechende Hinwirkungspflicht sieht § 25 Abs. 3 LVwVfG vor, allerdings nicht für das Raumordnungsverfahren. Soweit der sachliche Anwendungsbereich des § 2 UVwG ausreichend ist sind die Hinwirkungspflichten nach VwV und § 25 Abs. 3 LVwVfG obsolet.

³¹ Dazu Heribert Schmitz, in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 8. Aufl. 2014, § 1 Rdnr. 76.

³² Zur VwV vgl. hier und im Folgenden: Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung) Vom 17. Dezember 2013 (GABl. Nr. 2, 2014, S. 22), im Folgenden wiedergegeben als VerwR 4.11, abrufbar unter: https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/StM/131217_VwV-Oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf.

³³ Vgl. Feldmann, Mirja, Neue Wege bei der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung und mehr Transparenz im Umweltbereich. Ausgewählte Neuerungen des Umweltverwaltungsgesetzes für Baden-Württemberg, NVwZ 6/2015, S. 323.

³⁴ Vgl. VerwR 4.11., 3.2 und 2.2.

Der Zeitpunkt der frühen Öffentlichkeitbeteiligung wird von § 2 UVwG dahingehend festgelegt, dass sie vor der Antragstellung stattzufinden hat, z.B. nach Feststellung der UVP-Pflicht, damit noch Planänderungen möglich sind, aber auch nicht „zu früh“, da die Planungen ansonsten noch zu unkonkret sind. Ausgeschlossen ist damit explizit eine „frühe Beteiligung“ bereits im Raumordnungsverfahren, zumal zwischen Raumordnung und Planfeststellungsverfahren in manchen Fällen Jahre vergehen können.³⁵ Nach Sinn und Zweck der Regelung statuiert das UVwG vorhabenbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung. Demgegenüber ist die VwV „bei der Planung, Zulassung und Realisierung von Vorhaben, die beteiligungsrelevant sind, anzuwenden“. Damit sind explizit auch eine Anwendung im Rahmen von Raumordnungsverfahren, bei laufenden (Planfeststellungs-)Verfahren sowie eine nachlaufende Beteiligung gefordert.³⁶

Es ergibt sich somit eine Gemengelage der Anwendbarkeit von VwV, UVwG und VwVfG, die sich allerdings anhand des chronologischen Ablaufs eines Verfahrens strukturieren lässt:

³⁵ Vgl. Feldmann, Mirja, S. 324.

³⁶ Vgl. VerwR 4.11.


Norm*	Raumordnung		Vorhaben (vor Antragstellung)				Laufend	Nachlaufend
Zeitpunkt / Art des Verfahrens	vor Antrag	Laufend	PlfV	UVP-pfl. ohne § 10 BImSchG	UVP-pfl. mit § 10 BImSchG	§ 10 BImSchG ohne UVP	nach Antragstellung	Realisierung
UVwG	Keine Regelung		föB			keine Regelung		
VwVfG	Keine Regelung		föB				keine Regelung	
VwV	föB	n-f ÖB	föB	keine Regel.	föB		n-f ÖB	
Zeitablauf 								

Abbildung: 3.1.1: Vgl. Regelung der Öffentlichkeitsbeteiligung UVwG / VwV / VwVfG³⁷

*Erläuterungen zu den Normen:

UVwG: Durchführungspflicht für alle Vorhabenträger

VwVfG: nur Hinwirkenspflicht (für die Genehmigungsbehörde)

VwV: Durchführungspflicht für Landesbehörden, Hinwirkenspflicht auf dritte Vorhabenträger

Abkürzungen:

PlfV: Planfeststellungspflichtig

UVP: UmweltVerträglichkeitsPrüfung

BImSchG: BundesImmissionsschutzGesetz

UVwG: UmweltVerwaltungsGesetz

VwVfG: VerwaltungsVerfahrensGesetz

VwV: VerwaltungsVerordnung (Öffentlichkeitsbeteiligung)

föB: frühe Öffentlichkeitsbeteiligung

n-f ÖB nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung

³⁷ Die jeweils Geltung beanspruchende Regelung ist durch Fettdruck und grau hinterlegt hervorgehoben.

Das UVwG ordnet für die Phase vor Beginn der Planfeststellung die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung an. Sofern das Land selbst Vorhabenträger ist, ist es daran (wie private Vorhabenträger) gebunden. Wie die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist, regelt die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung (dort Nr. 2.1 für das Raumordnungsverfahren, 3.1 für das Zulassungsverfahren, 5 allgemein). Darüber hinaus ist bei Landesprojekten auch im Rahmen von Raumordnungsverfahren eine frühe Beteiligung vor dem laufenden Verfahren und eine nicht-förmliche Beteiligung im Raumordnungsverfahren durchzuführen. Gleiches gilt für die nicht-förmliche Beteiligung nach Antragstellung einer Planfeststellung. Einschränkend legt die VwV allerdings fest, dass auf die nicht-förmliche Beteiligung – nicht aber die frühe, da diese gesetzlich geregelt ist – verzichtet werden kann, sofern die Ergebnisse eines wiederum im Vorfeld durchzuführenden Beteiligungsscopings dies nahelegen³⁸.

Feldmann spricht in Bezug auf die Hinwirkungspflicht der Behörde nach § 25 Abs. 3 LVwVfG davon, dass deren „Inhalt unscharf bleibt“³⁹. Die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung konkretisiert dieses Hinwirken in Nr. 2.2 und 3.2. Im Hinblick auf das von der Behörde geforderte Handeln bestehen unterschiedliche Anforderungen nach UVwG und VwV:

- Da Adressat der Pflicht nach § 2 UVwG der Vorhabenträger ist, muss die Behörde als Vorhabenträger nicht selbst gesondert auf das Bestehen der Pflicht hinweisen. Eine Prüfungsnotwendigkeit besteht lediglich mit Blick auf das Vorliegen einer Atypik. Nach § 25 Abs. 3 LVwVfG besteht ebenfalls die Pflicht zu gesetzesmäßigem Verhalten. Die öffentliche Stelle wird nicht auf sich selbst hinwirken, sondern sich entsprechend des Leitbildes des Gesetzes verhalten müssen⁴⁰.
- Der dritte Vorhabenträger ist darin frei, wie er die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchführt. Entsprechende Hinweise der Behörde wären lediglich unverbindliche Anregungen. Das Land als Vorhabenträger ist an die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung gebunden.

§ 2 UmVG verpflichtet alle Vorhabenträger, sei es das Land, eine Kommune, private Dritte oder der Bund, eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Im Vergleich zu den Regelungen in § 25 Abs. 3 LVwVfG ist § 2 UmVG die speziellere Norm und hinsichtlich der VwV auch die höherrangige.⁴¹

Inwieweit bindet aber die VwV im Falle der nicht-förmlichen Beteiligung, z.B. bei laufenden Verfahren oder in der Realisierungsphase? Als Binnenrecht des Landes ist eine Bindung zunächst nur für nachgeordnete Behörden des Landes festzustellen. Kommunen und private Dritte sind nicht verpflichtet, eine nicht-förmliche Beteiligung durchzuführen. Wie verhält es sich aber, wenn die Landesbehörde (ein Regierungspräsidium) im Auftrag des Bundes tätig wird? Hier gilt die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung nicht. Verfassungsrechtlich wäre solch eine Bindung mehr als zweifelhaft, vgl. Art. 85 Abs. 2 S. 1 GG. Demnach erlässt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats allgemeine Verwaltungsvorschriften für die

³⁸ Vgl. VerwR 4.11., 5.

³⁹ Feldmann, Mirja, S. 323.

⁴⁰ Arndt, U., VB | BW, S. 196 (zur sogenannten Organtreue)

⁴¹ Vgl. ebda., S. 194.

Bundesauftragsverwaltung. Inwieweit z.B. bei Bundesfernstraßen der Bund die Kosten der Bürgerbeteiligung übernehmen sollte, ist nach Arndt eine derzeit noch offene Frage.⁴²

	Landes- behörden als Vorhabenträger	Landes- behörden als Genehmigungs- stelle	Kommunale Behörden als Genehmigungs- stelle	Dritte Vorhabenträger (Private und Kommunen)	Landes- behörden als Bundesauftrags- verwaltung (Bund als „Dritter“)
LVwVfG	Nein	Ja	Ja	Nein	(?)
UmVG	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
VwV Öffentlich- keitsbeteiligung	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein

Abbildung: 3.1.2: Adressaten der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

Die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung stellt demnach die Regelung mit dem für die Landesverwaltung sowohl konkretesten als auch umfänglichsten Geltungsbereich dar. Man kann die VwV von einer „Legitimationspyramide“⁴³ ableiten, die „nach unten“ zwar einen immer kleineren Geltungsbereich beanspruchen kann, in ihrer Bindungswirkung (Anwendungsbereich für die Verwaltung) aber immer konkreter und spezifischer wird.



Abbildung: 3.1.3: „Legitimationspyramide“ von Bundesgesetzgebung bis zur Verwaltungsvorschrift des Landes

Für die Evaluation der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung ist wesentlich:

1. *Nur die unmittelbare Landesverwaltung kann durch die VwV (als Binnenrecht) gebunden werden.*
2. *Ausschließlich planfeststellungs- oder raumordnungspflichtige Verfahren sind relevant.*
3. *Es ist unerheblich, in welchem Konkretisierungsstadium sich ein Vorhaben befindet.*

Aus 1. und 2. ergibt sich, dass im Grunde ausschließlich Verfahren, die bei den RP angesiedelt sind, für die VwV relevant sind. Gespräche mit den Ersten Landesbeamten der Landratsämter ergaben, dass bei den Kreisverwaltungen des Landes keine nennenswerte Zahl von Verfahren zu erwarten ist.

⁴² Ebda.

⁴³ Die Anregung zur „Legitimationspyramide“ verdanken wir Herrn U. Arndt (siehe auch Fn. 11).

Nicht übersehen wird aber, dass die Landkreise die unterste staatliche Verwaltungsbehörde sind, §§ 15, 19 LVG.

Unklar war, wie mit der Hinwirkungspflicht der Behörde auf (private) Dritte als Träger von Vorhaben nach § 10 BlmschG umgegangen werden soll. Einerseits bestimmt die VwV eine Hinwirkungspflicht der Behörde auf private (oder andere dritte) Vorhabenträger, andererseits verpflichtet das UVwG diese Vorhabenträger eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die Hinwirkungspflicht wird damit im Bereich der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, soweit damit das Vorfeld von Planfeststellungsverfahren gemeint ist, der Sache nach zur Erinnerungs- oder Hinweispflicht. Das ist rechtssystematisch, v.a. im Hinblick auf den Arbeitsaufwand, aber wenig relevant. Denn die Hinwirkungspflicht des allgemeinen Verwaltungsrechts (§ 25 Abs. 3 Landes- und Bundes-VwVfG) ist ein Unterfall der „Beratung“ (§ 25 Landes- und Bundes-VwVfG). Anders ist dies aber im Vorfeld von Raumordnungsverfahren oder im Falle der nicht-förmlichen Beteiligung (nach Einleitung PIFV oder nachlaufend).

Insgesamt entfallen auf „Hinwirkungspflichten“ für § 10 BlmschG unterfallende Vorhaben durchschnittlich ca. 14 Stunden im Monat bei den RP. Das entspricht ca. 1,3% des gesamten Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung.⁴⁴

Ursache Aufwand	h/Monat	Prozent
Abt. 4 (mit allgem. KA)	174	15,7
Abt. 5 (mit allgem. KA)	863	77,8
Hinwirkung	72,4	6,5
davon § 10 BlmSchG	14,1	1,3

Tabelle: 3.1.1: Ursachen Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung bei den 4 RP, ohne zentrale allgem. KA und BAV, h/Monat und Prozentwerte⁴⁵

Zieht man zusätzlich die ca. 862 h pro Monat in die Betrachtung ein, die im Bereich der Abt. 4 auf die Bundesauftragsverwaltung entfallen (ohne zentrale allgem. KA), dann sinkt der Anteil aus Hinwirkung in Verfahren nach §10 BlmSchG auf deutlich unter 1% (ca. 0,7%).

3.1.2. Erhebungszeitraum und Erhebungssachverhalte

Insgesamt wurden dem FÖV im Zeitraum Okt. 2014 bis Dez. 2015 (15 Monate) von allen vier Regierungspräsidien 39.613 Personenstunden (2.641 h/Monat) übermittelt, die für Öffentlichkeitsbeteiligung aufgewendet werden mussten. Dahinter verbergen sich sehr unterschiedliche Sachverhalte, von der Erstellung von Informationsmaterialien (sehr häufig für das Internet), der Präsentation der Vorhaben in Gemeinderäten, auf Bürgerversammlungen bis hin zu Organisation von Projektbeiräten und Runden Tischen. Leitungs- und Führungsaufgaben (allgem. KA) machen etwas mehr als ein Drittel (ca. 34%) des Aufwandes der RP aus (siehe Kap. 2.1.11).

Im Gegensatz zur Erfassung der eingesetzten Beteiligungsformate (Instrumente wie Bürgerversammlungen, Runde Tische etc.) und deren Charakter (Information, Anhörung, Beteiligung), hat sich die Aufwandserfassung (CA-TS) nach dem Pretest (Okt.-Dez. 2014) nicht

⁴⁴ Berechnung ohne zentrale allgem. KA und Bundesauftragsverwaltung, die für die Hinwirkungspflicht nach § 10 BlmschG nicht relevant sind.

⁴⁵ Valide Prozentwerte: Ohne BAV und zentrale allgem. KA.

verändert (siehe Kap. 1.2.2. und Kap 1.1 und passim). Auch zeigen die Ergebnisse im Zeitvergleich (siehe Kap. 2.1), dass der Zeitraum Okt. – Dez. für die Jahre 2014 und 2015 keine wesentlichen Unterschiede zum späteren Erfassungszeitraum 2015 aufweist. Es spricht daher nichts dagegen, die Datenbasis von den zunächst angestrebten 12 Monaten für die Ermittlung des Stellenbedarfs auf 15 Monate (2015 plus Pretest Okt.-Dez. 2014) zu erweitern. Dass die Erfassung des zeitlichen Aufwands keinerlei Modifikation bedurfte, hat den positiven Effekt, dass sich die statistische Basis um drei Monate erweitert und sich damit entsprechend die Zuverlässigkeit der Ergebnisse verbessert.

Für die Ermittlung des Stellenbedarfs bei den RP ist es unerlässlich, für jedes einzelne Verfahren zu prüfen, ob es unter den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fällt oder nicht. Zwei Aspekte sind für diese Prüfung essentiell:

1. Handelt es sich um ein raumordnungs- oder planfeststellungspflichtiges Vorhaben? Im Falle von PIFV ist noch zwischen früher Beteiligung, vor der Antragstellung, und nicht-förmlicher Beteiligung im laufenden Verfahren zu unterscheiden. Nicht-förmliche Beteiligung ist auch noch nach Abschluss ergangener Planfeststellung im laufenden Realisierungsverfahren möglich (nachlaufende Beteiligung im Rahmen der Realisierung eines Vorhabens).
2. Handelt es sich um ein Vorhaben in der Verantwortung des Landes (Land als Vorhabenträger)? Oder ist der Bund verantwortlich (Bundesauftragsverwaltung, i.d.R. Bundesfernstraßen im Bereich der Abt. 4)?

Neben diesen konkret vorhabenbezogenen Aspekten ist weiterhin der Aufwand einzubeziehen, der verursacht wird durch:

3. Hinwirkungspflichten (insbesondere bei Vorhaben nach nach §10 BImSchG, aber ebenso im Vorfeld von Planfeststellungs- und Raumordnungs-pflichtigen Verfahren) sowie Durchführung der Beteiligung für (private) Dritte⁴⁶).
4. Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben, die mit den unter 1. und 2 beschriebenen Vorhaben verbunden sind (sowie in den relevanten Abt. 4 & 5, als auch auf der zentralen Ebene (Abt. 1 (&2)).

3.2. Stellenbedarf der RP im Detail

Die Ermittlung des Stellenbedarfs erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Wie im vorangegangenen Kapitel beschreiben, muss zunächst geklärt werden, ob ein Verfahren unter den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fällt. Die Verfahren, für die die RP Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung gemeldet haben, gliedern sich grundsätzlich in zwei Gruppen: Verfahren in der Zuständigkeit des Landes und der Bundesauftragsverwaltung. Daher muss die Ermittlung des Stellenbedarfs zunächst am einzelnen Verfahren (Vorhaben) ansetzen. Allgem. KA (zunächst Abteilung) und Aufwand für Hinwirkungspflichten werden sukzessive hinzugefügt; abschließend der zentrale allgem. KA für das ganze Haus (RP).

Weiterhin ist es Ziel der Analyse, den Aufwand / Stellenbedarf nach RP (also regional), abteilungs- und unmittelbar projektbezogenen Aufwand sowie allgem. KA differenziert zu ermitteln. Wie in Kap 2 (und insbesondere in Kap. 2.2) zu sehen war, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Abteilungen und RP, was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung angeht. Speziell der Einfluss

⁴⁶ Die Behörde führt in diesen Fällen die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen eines Verfahrens eines privaten Vorhabenträgers durch, z.B. wenn dieser hierzu nicht in der Lage ist und die Öffentlichkeit dies erwartet.

besonderer, großer Verfahren ist signifikant. Eine differenzierte Ermittlung des Stellenbedarfs ist folglich notwendig.

3.2.1 Methodisches Vorgehen

Ansatzpunkt für die Ermittlung des Stellenbedarfs sind die Stunden (h), die durchschnittlich im Monat für Öffentlichkeitsbeteiligung für ein spezifisches Vorhaben aufgewendet wurden. So wurden durch das RPF für den Hochwasserrückhalteraum Breisach/Burkheim (Frühe Beteiligung (im PIFV), RPF Abt. 5)⁴⁷ im Erhebungszeitraum (Okt. 2014 – Dez. 2015) insgesamt 2.316 h Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung an das FÖV übermittelt. Pro Monat ergeben sich im Durchschnitt 154,4 h (2.316h / 15 Monate). Nach VwV-Kostenfestlegung des Landes vom 3. Januar 2014 (Az.: 2-0541.8/33)⁴⁸ betrug die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit im Landesdienst Baden-Württemberg im relevanten Erhebungszeitraum 1.689 Stunden (VwV-Kostenfestlegung, Anlage 1) pro Jahr. Das sind pro Monat 140,75 Stunden (h). Dieser Wert wird im Folgenden zur Errechnung einer Normstelle zugrunde gelegt. Für den Hochwasserrückhalteraum Breisach/Burkheim ergibt sich damit ein rechnerischer Stellenbedarf von 1,1 Stellen pro Monat für rein projektbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung im Untersuchungszeitraum. Hinzukommen zunächst abteilungsbezogene allgem. KA in Höhe von 37% (Abt, 5 RPF), das entspricht ca. 0,41 zusätzlicher Stellenanteile bzw. insgesamt 1,51 Stellen für das Vorhaben im Bereich der Abteilung 5. Für das RPF sind noch 33% zentrale allgem. KA hinzuzurechnen, das entspricht weiteren 0,5 Stellenanteilen. Insgesamt ergibt sich also ein Stellenbedarf für Öffentlichkeitsbeteiligung entsprechend der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung von 2,01 Stellen.

Der vollständige Stellenbedarf eines RP ergibt sich aus der Summe aller Verfahren (projektbezogener Aufwand) plus dem Aufwand für Hinwirkungspflichten (ebenfalls plus zentralem allgem. KA).

3.2.2. Stellenbedarf der RP differenziert nach Abteilungen, allgemeine Koordinierungstätigkeiten und Hinwirkungspflichten

Es erfolgt zunächst eine detaillierte Aufstellung aller erfassten Verfahren in den Abteilungen der RP mit den wichtigsten Eigenschaften (Aufwand (h), Art des Verfahrens, Vorhabenträger) sowie Kennzeichnung, ob das Vorhaben unter den Geltungsbereich der VwV fällt (oder ob es sich um Bundesauftragsverwaltung handelt). Anschließend erfolgt die Darstellung des Aufwands (h) für Hinwirkungspflichten und abschließend das Gesamtergebnis für jedes RP.

⁴⁷ Vgl. <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/Breisach-Burkheim.aspx>.

⁴⁸ Vgl. http://www.gaa.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16499/4_01.pdf.

RPF Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt / h	Monat / h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
L 103 OD Steinach	80	5,4	PfV	NachL	Land	x
OU Bötzingen / Eichstetten L116/114	79	5,2	PfV	NachL	Land	x
L113 Ausbau OD Malterdingen	40	2,7	PfV	NachL	Land	x
L 113 Brücke über Rheintalbahn bei Riegel	18	1,2	PfV	Früh	Land	x
Allensbach ReiWald Siedl. - KN Landepl. 32	10	0,7	PfV	NachL	Land	x
BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March	1057	70,5	PfV	Früh	Bund	
A 860 Stadttunnel Freiburg	289	19,3	PfV	Früh	Bund	
B 31 West 2. BA Breisach - Gottenheim	181	12,1	PfV	Früh	Bund	
B 294 OU Winden	178	11,9	PfV	NachL	Bund	
A 98.5 Karsau - Wehr	149	9,9	PfV	Früh	Bund	
A 98.6 Wehr-Murg	109	7,2	PfV	Früh	Bund	
B31 Rötenbach-Löffingen	7	0,5	PfV	Früh	Bund	
BAB A 5 PWC Steinweg- Efringen-Kirchen	0	0,0	PfV	Früh	Bund	
B317 Parkplätze Feldberg	51	3,4	Sonstiges	Früh	Bund	

Abbildung: 3.2.1: RPF Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Bei fünf der 14 Verfahren (ca. 36%) ist das Land Vorhabenträger. Der durchschnittliche Aufwand dieser (fünf) VwV-relevanten Verfahren beträgt insgesamt ca. 15 h/Monat. Der durchschnittliche Aufwand der neun Verfahren, die im Auftrag des Bundes durchgeführt werden, beträgt ca. 135 h/Monat. Der Anteil VwV am Gesamtaufwand beträgt ca. 10%. Es sind also nicht nur mehr Verfahren im Auftrag des Bundes vorhanden, sondern diese verursachen auch einen relativ höheren Aufwand an Öffentlichkeitsbeteiligung. Da es sich um Fernstraßen handelt (Autobahnen, Bundesstraßen), erscheint dies plausibel.

RPF Abt. 4 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	15,1	134,7	0,11	0,96
Allg. KA Abt. 4 (41%)	6,2	55,2	0,04	0,39
Gesamt	21,4	190,0	0,15	1,35

Tabelle: 3.2.1: RPF Abt. 4 – Normstellen

Der Anteil der allgem. KA der Abt. 4 im Erhebungszeitraum beträgt 41%; damit entfällt auf die VwV 21,4 h / Monat zusätzlicher Aufwand und auf Bundesvorhaben 190 h. Das ergibt bei 140,75 h durchschnittlicher Arbeitszeit im Monat („Normstelle“) 0,15 Stellenanteile VwV und 1,23 Bund; insgesamt 1,5 Stellen.

RPF Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt/ h	Monat/h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
GFI0003 Breisach/Burkheim	2316	154,4	PIFV	Früh	Land	x
GFI0005 Elzmündung	959	63,9	k.A.	NachL	Land	x
GFI0002 KW Breisach	440	29,3	k.A.	NachL	Land	x
GFI0008 KW Kehl/Straßburg	391	26,1	k.A.	NachL	Land	x
GFI0001 Weil-Breisach III	338	22,5	k.A.	NachL	Land	x
GFI0007 Polder Altenheim	135	9,0	k.A.	NachL	Land	x
GFI0001 Weil-Breisach	68	4,6	PIFV	Früh	Land	x
GFI0203 HWS Rheinhausen	61	4,1	PIFV	NachL	Land	x
Renaturierung Wutach Stühlingen	61	4,1	PIFV	Früh	Land	x
DB01-06 KIN Durchgängigkeit Wolfach	55	3,7	PIFV	NachL	Land	x
HWS Haslach 45700-47500	47	3,1	PIFV	Früh	Land	x
GFI0006 I/M/O Bürgerbeteiligung	40	2,6	PIFV	Früh	Land	x
GFI3026 Rückbau HRB Marbach	34	2,3	PIFV	NachL	Land	x
Hochwasserschutz Haslach / Fischerbach	32	2,2	PIFV	Früh	Land	x
GFI 1010 KIN Struktur Alte Kinzig Willstätt	32	2,1	k.A.	NachL	Land	x
Öffentlichkeitsarb. Neckar Renaturierung Aistaig	16	1,1	PIFV	Laufend	Land	x
Hochwasserrückhalteraum Weil-Breisach I	14	1,0	PIFV	NachL	Land	x
53.1 DR Dreisam Umkirch Öff.bet.	13	0,9	k.A.	Laufend	Land	x
GFI0009 Freistett	11	0,7	PIFV	Früh	Land	x
DB03-04 Elz / Deichrückverlegung / Strukturmaßnahme / Teningen	9	0,6	k.A.	NachL	Land	x
DB02 Elz / Deichrückverlegung / Riegel	8	0,5	k.A.	NachL	Land	x
Elz DS links Teningen ÖB	5	0,3	k.A.	NachL	Land	x
RFK DS u. Drückv. Erlach-DB	4	0,3	PIFV	Früh	Land	x
Flussverzweigung Singen/Hausen - Planung	3	0,2	PIFV	Früh	Land	x

Abbildung: 3.2.2: RPF Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Die Verfahren im Zuständigkeitsbereich der Abt. 5 befinden sich grundsätzlich in der Trägerschaft des Landes. Der durchschnittliche Aufwand aller 24 Verfahren beträgt ca. 340 h pro Monat. Der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung ist im Falle der Abt. 5 damit etwa doppelt so hoch wie bei Abt. 4. Bezieht man nur die VwV-relevanten Verfahren in die Betrachtung ein, ist der Aufwand um mehr als den Faktor 12 höher.

RPF Abt. 5 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	339,4		2,41	
Allg. KA 5 (37%)	125,6		0,89	
Gesamt	465,0		3,30	

Tabelle: 3.2.2: RPF Abt. 5 – Normstellen

Die abteilungsbezogenen allgem. KA machen einen Anteil von 37% aus, welcher 125,6 h / Monat entspricht. Dies ergibt 3,3 Normstellen pro Monat für Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Abt. 5. Insbesondere das Integrierte Rheinprogramm⁴⁹ (Internationales Hochwasserschutzprogramm) sorgt dafür, dass im RPF im Gewässerbereich ein hoher Arbeitsanfall für Öffentlichkeitsbeteiligung auftritt.

RPF Hinwirkung – Normstellen

Art	h / Monat	"Normstellen" (140,75h / Monat)
TÖB	0,3	0,00
Dritte	1,3	0,01
Hinw. PIFV / ROV	0,3	0,00
§ 10 BImSchG	5,7	0,04
Gesamt	7,5	0,05

Tabelle: 3.2.3: RPF Hinwirkung – Normstellen

Während der projektbezogene Aufwand im RPF mit insgesamt ca. 489 h/Monat zu verzeichnen ist (Abt. 4 & 5, ohne allgem. KA), sind es für die Hinwirkungspflichten lediglich 7,5 h/Monat (§10 BImSchG: 5,7 h). Der Stellenanteil beträgt insgesamt 0,05 Normstellen.

RPF Gesamtergebnis

FR Gesamt	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Abt. 4	21,4	190,0	0,15	1,35
Abt. 5	465,0		3,30	
HinW etc.	7,5		0,05	
allg KA ges. (22%)	108,7	41,8	0,77	0,30
IRP (15%)	105,3		0,75	
Gesamt	707,9	231,8	5,03	1,65

Tabelle: 3.2.4: RPF Gesamtergebnis – Normstellen

An zentralen allgem. KA wurden für das RPF ca. 151 h / Monat gemeldet (ca. 22%). Im Falle des RPF ist allerdings zu berücksichtigen, dass auch der allgem. KA des Landesbetriebs Gewässer den allgem. KA in Form von Koordinierungstätigkeiten für das Integrierte Rheinprogramm (IRP) aufzuweisen hat. Dieser macht ca. 15% des gesamten VwV-relevanten Aufwands im Bereich des RPF (Abt. 5) aus (76,6 h/Monat), was einem zusätzlichen Stellenanteil von etwas mehr als einer halben Stelle (0,54) entspricht.

Insgesamt sind damit für das RPF im gesamten Erhebungszeitraum 910,9 h / Monat für Öffentlichkeitsbeteiligung aufgewendet worden. Auf die VwV entfallen davon ca. 679 h (ca. 75%). In Normstellen sind dies 6,48 Stellen (VwV: 4,83).

⁴⁹ Vgl. <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/default.aspx>.

RPK Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt/h	Monat/h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
L87a, RW Zell-Moos	143	9,6	ROV	Früh	Land	x
L1125, OU Öschelbronn	91	6,1	PIFV	Früh	Land	x
L 67, Ausbau zwischen Kuppenheim u. B462	66	4,4	PIFV	Früh	Land	x
L 559, OU Weingarten	46	3,1	PIFV	Früh	Land	x
Ausbau Haueneberstein und K 3711 Straße	36	2,4	PIFV	Früh	Land	x
L 1135, Ausbau zw. L1177 und Wiernsheim	10	0,6	PIFV	Früh	Land	x
L 623, Ausbau bei Langensteinbach	8	0,5	PIFV	Früh	Land	x
B 39/L 722, Knotenpunktumbau Altlußheim	51	3	PIFV	Früh	Bund/Land	x
B 3 / L 723 kreuzungsfreier Knotenpunktausbau beim Bhf. Wiesloch-Walldorf	0	0	Sonstiges	Laufend	Bund/Land	x
A 5, Ausbau AS Rastatt Nord	511	34,1	PIFV	Früh	Bund	
B 32, OstU Horb Brücke	432	28,8	PIFV	Früh	Bund	
B 292, 3-spur. Ausbau Waibstadt-Helmstadt	262	17,5	PIFV	Früh	Bund	
A 5, Sechsspüriger Ausbau AS Walldorf/Wiesloch - AK Wiesloch	220	14,7	PIFV	Früh	Bund	
A 8, Karlsbad PF West Bauabschnitt Ost	118	7,9	k.A.	NachL	Bund	
L 410, OU Empingen	22	1,5	PIFV	Früh	Bund	
A8, Grünbrücke Mutschelbach BW 7017-694	18	1,2	ROV	Früh	Bund	
A 656, ÜF Rangierbhf. MA - Friedrichsfeld	14	0,9	PIFV	Laufend	Bund	
A 8, Anschluss Pforzheim Nord bis Anschluss Wurmberg (Enztalquerung)	11	0,7	PIFV	Laufend	Bund	

Abbildung: 3.2.3: RPK Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Die Hälfte (9) der 18 Verfahren liegt im Geltungsbereich der VwV. Insgesamt wurden 137 h/Monat Aufwand für projektbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung gemeldet, 13 h/Monat weniger als beim RPF (bei vier Verfahren mehr). Der Anteil VwV (30,1 h/Monat) beträgt im Falle des RPK ca. 22%. Der Anteil VwV liegt also etwas höher als beim RPK (18%), der Unterschied scheint aber unerheblich. Wie im Falle des RPF überwiegt der Aufwand für Projekte im Auftrag des Bundes.

RPK Abt. 4 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	30,1	107,2	0,21	0,76
Allg. KA Abt. 4 (29%)	8,7	31,1	0,06	0,22
Gesamt	38,8	138,3	0,27	0,98

Tabelle: 3.2.5: RPK Abt. 4 – Normstellen

Die in der Abteilung aufgetretenen allgem. KA (29%) sind etwas geringer als im Falle des RPF (41%) und erhöhen den Aufwand um ca. 40 h (VwV: 8,7 h) auf insgesamt 177 h/Monat. Der Stellenanteil für

allgem. KA beträgt damit 0,28 Normstellen. Insgesamt ergibt sich für Abt. 4 ein Stellenbedarf von 1,26 Normstellen (RPF: 1,6).

RPK Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt/h	Monat/h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
VwV ÖB Elisabethen.Planungsleitf.	1374	91,6	PIFV	Früh	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf. DRV KiGA	457	30,4	PIFV	NachL	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Unterlauf	403	26,8	PIFV	Früh	Land	x
Polder Rheinschanzinsel	307	20,5	PIFV	NachL	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.Leimb.Oberl.alle BA	227	15,1	PIFV	Früh	Land	x
VwV ÖB Polder BR Planungsleitf.	189	12,6	PIFV	Laufend	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.HÖP Hockenheim	94	6,3	PIFV	NachL	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.RHWDXXV	40	2,7	PIFV	Laufend	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.Dammerh.RHWD XXX	35	2,4	PIFV	NachL	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.HWS a.d.Elz	6	0,4	PIFV	k.A.	Land	x
VwV ÖB Planungsleitf.Zus.leg.Leimb.Land.	2	0,1	k.A.	Früh	Land	x

Abbildung: 3.2.4: RPK Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Im Vergleich zum RPF wurden deutlich weniger Verfahren erfasst (11 im Vergleich zu 24). Entsprechend geringer ist der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung (ca. 209 h/Monat). Der Mehraufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung im Vergleich zu Abt. 4 ist deutlich geringer als im Falle des PRF: 190 h/Monat Mehraufwand PPF / 71,5 h/Monat RPK.

RPK Abt. 5 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	208,9		1,48	
Allg. KA Abt. 5 (35%)	73,1		0,52	
Gesamt	282,0		2,00	

Tabelle: 3.2.6: RPK Abt. 5 – Normstellen

Mit 35% liegt der Anteil der allgem. KA im gleichen Rahmen wie im RPF (37%). Es ergeben sich ca. 73 zusätzliche Stunden im Monat (282 h/Monat gesamt), was zu einem Bedarf von exakt 2 Stellen für Öffentlichkeitsbeteiligung führt.

RPK Hinwirkung – Normstellen

Art	h / Monat	"Normstellen" (140,75h / Monat)
TöB	13,6	0,10
Dritte	3,0	0,02
Hinw. PIFV / ROV	9,2	0,07
§ 10 BImSchG	3,1	0,02
Gesamt	28,9	0,21

Tabelle: 3.2.7: RPK Hinwirkung – Normstellen

Im Vergleich zum RPF ergibt sich ein deutlich höherer Stellenanteil für Hinwirkungspflichten: 0,21 Stellen, RPF: 0,05. Im RPF machen die Hinwirkungspflichten entsprechend nur ca. 1,5% des projektbezogenen Aufwands aus, im RPK dagegen ca. 8,4%. Dabei ist der Aufwand für Hinwirkung in Verfahren nach §10 BImSchG etwas geringer (RPF: 5,7 h/Monat) als im RPK: 3,1. Der Unterschied erklärt sich vor allem durch die unterschiedliche (Buchungs-)Aktivität für die Betätigung als TöB (RPF: 0,3 / RPK: 13,6 h/Monat) sowie Hinwirkung im Rahmen von PLFV- / ROV-Verfahren (RPF: 0,3 / RPK: 9,2 h/Monat).

RPK Gesamtergebnis

KA Gesamt	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Abt. 4	38,8	138,2	0,27	0,98
Abt. 5	282,0		2,00	
HinW etc.	28,9		0,21	
allgem KA ges. (33%)	115,4	45,6	0,82	0,32
Gesamt	465,0	183,8	3,30	1,31

Tabelle: 3.2.8: RPK Gesamtergebnis – Normstellen

Zur Berechnung des gesamten Stellenbedarfs müssen im Falle des RPK, wie bereits für das RPF, 33% zentrale allgem. KA hinzugerechnet werden (115,4 h/Monat). Insgesamt ergeben sich für das RPK 649 h/Monat, was einem Stellenbedarf von 4,61 Stellen entspricht (RPF: 6,46). Der Anteil der Bundesauftragsverwaltung beträgt ca. 28%. Im Falle des RPF waren es ca. 25%. Der etwas höhere Anteil für das RPK ergibt sich durch den etwas geringeren Anteil der Abt. 5 (die keine Bundesauftragsverwaltung durchführt).

RPS Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt/h	Monat/h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
BAB A6 Walldorf - Weinsberg: Ersatzneubau Neckartalübergang	127	8,4	PIFV	Früh	Land	x
Umg. Hölzern Neubau	60	4,0	PIFV	Früh	Land	x
RGW Fach – Algishofen	49	3,2	Sonstiges	Früh	Land	x
L 1148 OU Miedelsbach	26	1,7	PIFV	Früh	Land	x
OU Ilsfeld Neubau	23	1,5	PIFV	Laufend	Land	x
Neubau Ortsumgehung Jebenhausen	23	1,5	k.A.	Laufend	Land	x
San. Kocherbr. Kochersteinsf. BW 6722636	18	1,2	k.A.	k.A.	Land	x
A Lauchheim - Aufhausen	17	1,1	k.A.	k.A.	Land	x
A 81/AS Mundelsheim-Backnang 3 str. Ausb.	17	1,1	PIFV	Laufend	Land	x
Ertücht. KP. L1202 u. L1192 zw. A8 u. B10	14	0,9	PIFV	Früh	Land	x
Marbach-Murr, Umbau von 3 Knoten	13	0,9	Sonstiges	Früh	Land	x
A Hermaringen - Brenz	11	0,7	k.A.	k.A.	Land	x
OU Ebnat	10	0,7	k.A.	k.A.	Land	x
BRS Mühlhausen 7423510,511,512,519,520	10	0,7	Sonstiges	Früh	Land	x
L1164 OU Heuchlingen	7	0,5	PIFV	Laufend	Land	x
Südumgehung S-Plieningen	3	0,2	k.A.	Laufend	Land	x
Autobahnparallele zw. L 1204 und L 1202	2	0,1	k.A.	Früh	Land	x
Sachsenheim - Bietigheim	1	0,1	PIFV	Früh	Land	x
RW Tischardt - Großbettlingen	1	0,1	PIFV	k.A.	Land	x
SammelVerf. A6 AK Weinsberg-Landesgr.	754	50,3	PIFV	Früh	Bund	
AS Mühlhaus. - Hallgem. KAenstadt (Albauf-/abstieg)	356	23,7	PIFV	Laufend	Bund	
A 8, Verflechtungsstreifen zwischen AK Stuttgart und AS Leonberg/Ost	120	8,0	Sonstiges	Früh	Bund	
A81, Tank- und Rastanlage Wunnenstein-West	106	7,1	PIFV	Früh	Bund	
B 19 OU Bad Mergentheim (Südumgehung)	75	5,0	k.A.	k.A.	Bund	
B 27, Ersatzneubau Gumpenbachbrücke in Kornwestheim	55	3,6	PIFV	Früh	Bund	
Sammelverf. B10 Giengen-Geisl. (OU Enzw.)	36	2,4	PIFV	Früh	Bund	
StBA Leonberg-Mundelsheim - temporäre Seitenstreifenfreigabe zwischen AS S-Zuff. und AS LB-Nord	27	1,8	PIFV	Früh	Bund	
B 295/B 464 Lückenschluss bei Renningen	26	1,7	PIFV	Früh	Bund	
OU Oppenweiler	8	0,5	PIFV	Früh	Bund	
OU Mögglingen	8	0,5	k.A.	k.A.	Bund	
B28 Herrenberg-Jettingen, 3.Fahrspur	2	0,1	k.A.	NachL	Bund	

Abbildung: 3.2.5: RPS Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Die 31 im Rahmen der Erhebung erfassten Verfahren im Bereich der Abt. 4 des RPS stellen einen Spitzenwert dar: Mehr als doppelt so viele wie beim RPF (14) und auch deutlich mehr als beim RPK (18). Der Anteil am Aufwand (h/Monat) in der Verantwortung des Landes (VwV-relevant) liegt bei ca. 21,5%. Fast exakt der gleiche Wert wie beim RPK (ca. 22%) und damit wiederum etwas höher als beim RPF: ca. 18%. Absolut ist der Aufwand pro Monat mit ca. 133,5 h ebenfalls fast identisch mit dem RPK (ca. 137 h) und etwas geringer als beim RPF (ca. 150 h).

RPS Abt. 4 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	28,6	104,8	0,20	0,74
allg.. KA Abt. 4 (38%)	10,9	39,8	0,08	0,28
Gesamt	39,5	144,6	0,28	1,03

Tabelle: 3.2.9: RPS Abt. 4 – Normstellen

Die Overheadleistungen (allgem. KA) der Abteilung 4 machen im RPS ca. 38% aus. Zum Vergleich dazu sind diese im RPK 29% und im RPF bei 41%. Sie liegen demzufolge im Bereich des RPF; im RPK fallen sie dagegen niedriger aus. Der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung erhöht sich damit für die Abt. 4 im RPS um ca. 51 h (VwV: 10,9 h). Daraus folgt ein Stellenbedarf von 1,3 Stellen, fast identisch mit dem Ergebnis für das RPK, 1,26 Normstellen (RPF: 1,6).

RPS Abt. 5 – Plangenehmigungen

Da die Abt. 5 in ihrem Zuständigkeitsbereich i.d.R. bzw. ausschließlich Plangenehmigungsverfahren durchführt (und keine Planfeststellung), fallen diese nicht unter den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung und sind entsprechend nicht erfasst worden.⁵⁰ Für die Abt. 5 des RPS sind daher keine Verfahren und entsprechend kein Aufwand übermittelt worden.

RPS Hinwirkung – Normstellen

Art	h / Monat	"Normstellen" (140,75h / Monat)
TÖB	2,1	0,01
Dritte	11,7	0,08
Hinw. PIFV / ROV	1,8	0,01
§ 10 BImSchG	3,0	0,02
<i>Gesamt</i>	<i>18,6</i>	<i>0,13</i>

Tabelle: 3.2.10: RPS Hinwirkung 4 – Normstellen

Im Vergleich zu den RP, die zuvor behandelt wurden, liegt das RPS mit 0,13 Stellenanteilen für Hinwirkungspflichten in der Mitte. (RPK: 0,21, RPF: 0,05). Im Vergleich zum RPK ist interessant, dass dort der Aufwand für die Betätigung als TÖB und die Hinwirkung im Vorfeld von PIFV und ROV im Vergleich zum RPF vergleichsweise sehr hoch sind. Das ist hier nicht der Fall. Im Gegensatz zum RPF und RPK ist hier die Betätigung für Dritte⁵¹ von besonderer Bedeutung. Der Aufwand für Hinwirkung in §10 BImSchG unterfallenden Verfahren ist dagegen fast identisch mit dem RPK, ca. 3 h/Monat.

⁵⁰ Diese Vorgehensweise ist in der in Kap. 1.1 dargelegten intensiven Abstimmung mit den RP im Rahmen mehrerer Steuerungsgruppensitzungen festgelegt worden.

⁵¹ Handelt es sich um Stuttgart21 - ein Verfahren eines (privaten) Dritten, das für das RPS eine ähnliche Bedeutung haben dürfte, wie das IRP für das RPF (siehe oben, Abschnitt „RPF Abt. 5 – Normstellen“ sowie die dazugehörige Fußnote)?

Der Anteil der Hinwirkungspflichten von ca. 10% im Vergleich zum projektbezogenen Aufwand erscheint sehr hoch. Allerdings ist zu beachten, dass im Vergleich zu den vorangegangenen RP (F & K) der dort nicht unerhebliche Aufwand im Falle des RPS offenbar nicht dokumentiert wird.

Der Anteil des Aufwands verursacht durch Hinwirkung ist mit ca. 10 h/Monat im Vergleich zum projektbezogenen Aufwand relativ hoch. Vergleicht man das Verhältnis des projektbezogenen Aufwands mit dem für Hinwirkungspflichten so machen diese (Betrachtung nur für Abt. 4) ca. 4% des Aufwands aus.

RPS Gesamtergebnis

S Gesamt	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Abt. 4	39,5	144,6	0,28	1,03
Abt. 5				
HinW etc.	18,6		0,13	
allg.. KA ges. (60%)	34,9	86,7	0,25	0,62
Gesamt	93,1	231,3	0,66	1,65

Tabelle: 3.2.11: RPS Gesamtergebnis – Normstellen

Die zentralen allgem. KA machen ca. 60% des gesamten Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung im RPS aus. Das sind im Monatsdurchschnitt des Erhebungszeitraums ca. 121,5 h/Monat. Aufgrund des Fehlens von Verfahren der Abt. 5 sind die Ergebnisse nur bedingt vergleichbar. Während im RPF und RPK der Anteil der Verfahren im Auftrag des Bundes an der Öffentlichkeitsbeteiligung 25% (RPK) bzw. 28% (RPF) beträgt, ist dies im Falle des RPS geradezu spiegelverkehrt: Mehr als 70% des Aufwands ist auf Bundesprojekte zurückzuführen.

Insgesamt wurden aus dem RPS 324,4 h/Monat an Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung übermittelt, also rund die Hälfte von RPK (ca. 649 h/Monat) und ein Drittel des RPF (ca. 910 h/Monat). In Stellenanteilen entspricht dies 2,3 Stellen, wobei 0,66 davon auf die VwV entfallen.

RPT Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt / h	Monat / h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
L 1165 Ortsumfahrung Beimerstetten	688	45,9	PfV	Früh	Land	x
AUSB OD Rohrbach	26	1,7	Absehen	NachL	Land	x
L 284 OU Kleinwinnaden	13	0,9	PfV	Laufend	Land	x
L 265 Verlegung bei Kißlegg	7	0,5	k.A.	Früh	Land	x
B 30 RV-Eschach - Friedrichshafen	2262	151	RoV	Früh	Bund	
B 31, Meersburg/W bis Immenstaad	1488	99,2	PfV	Früh	Bund	
B 27 Tübingen - B 28, Schindhaubasistunnel	657	43,8	PfV	Früh	Bund	
B 312 OU Reutlingen (Scheibengipfel)	587	39,1	k.A.	NachL	Bund	
B 31 neu Stockach-Überlingen, BA II B	243	16,2	k.A.	NachL	Bund	
B 30 Anschlusskonzeption bei Bad Waldsee	99	6,6	PfV	Früh	Bund	
vorl. AS Rengoldshauser Str. b Altbirnau	86	5,8	PfV	Früh	Bund	
Hohenstadt - Ulm/West	81	5,4	PfV	NachL	Bund	
B 312 Ringschnait - Ochsenhausen - Edenbachen	51	3,4	RoV	Früh	Bund	
B31 Immenstaad- FN/Waggershausen,BAIIB	19	1,2	PfV	NachL	Bund	
B 463 Ortsumgehung Lautlingen	5	0	k.A.	Früh	Bund	
B 27 Bodelshausen - Nehren	3	0	k.A.	Früh	Bund	
B 28 Neubau Rottenburg - Tübingen BA II	2	0	k.A.	NachL	Bund	
A 8 6-streifiger Ausbau Ulm/West bis AK Ulm/Elchingen	1	0	k.A.	Früh	Bund	

Abbildung: 3.2.6: RPT Abt. 4 – Erfasste Verfahren

Etwas weniger als ein Viertel (4) der Verfahren (insgesamt 18) fallen in die Verantwortung des Landes, die wiederum (lediglich) ca. 12% des projektbezogenen Aufwands ausmachen. Der Straßenbaubereich (Abt. 4, RPT) ist, was die Öffentlichkeitsbeteiligung anbelangt, im Vergleich zu den anderen RP (RPS: ca. 21,5%, RPK: ca. 22%, RPF: ca. 18%) demnach weitaus stärker durch Aufgaben der Bundesauftragsverwaltung dominiert. Die Abt. 4 des RPT hat mit ca. 421 h/Monat mit großem Abstand den meisten projektbezogenen Aufwand aufzuweisen, drei- bis viermal mehr im Vergleich mit den anderen RP.

RPT Abt. 4 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	48,9	372,3	0,35	2,64
allg. KA Abt. 4 (10%)	4,9	37,2	0,03	0,19
Gesamt	53,8	409,5	0,38	2,91

Tabelle: 3.2.12: RPT Abt. 4 – Normstellen

Während der projektbezogene Aufwand beim RPT Abt. 4 vergleichsweise hoch ist, sind die abteilungsbezogenen allgem. KA mit ca. 10% deutlich niedriger als bei den anderen RP (29%-41%). Die allgem. KA schlagen daher lediglich mit ca. 42 h/Monat (ca. 9%) zu Buche. Es ergeben sich ca. 3,3 Normstellen.

RPT Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Verfahren	Gesamt/h	Monat/h	Art	Zeitpunkt	Träger	VwV
Gewässerök. Maßnahme						
Bodenseeufener Kressbrunn	305	20,4	PIFV	NachL	Land	x
Integriertes Donauprogramm (IDP)	271	18,0	PIFV	Früh	Land	x
Iller 13,6 - 9,2 Ökologie	103	6,8	PIFV	Früh	Land	x
Riss, Biberach - HW-Kanal	95	6,4	PIFV	Früh	Land	x
Donau 2952+540 (05)	59	3,9	PIFV	Früh	Land	x
Iller HWS Kirchberg-Sinningen	57	3,8	PIFV	Früh	Land	x
Donau bei Ulm - Ökologie	55	3,7	PIFV	Früh	Land	x
Neckar, Tübingen Freibad (03)	55	3,7	PIFV	Früh	Land	x
Donau Konzept	36	2,4	PIFV	Früh	Land	x
Neckareinzugsgebiet	33	2,2	PIFV	Früh	Land	x
Donau Datthausen Renaturierung	28	1,9	PIFV	Früh	Land	x
Rot Konzept	24	1,6	PIFV	Früh	Land	x
Hochwasserschutz Dellmensingen	22	1,5	PIFV	Früh	Land	x
Riss Absturz Schemmerhofen	21	1,4	PIFV	Früh	Land	x
Riss - Risswehr	17	1,1	PIFV	Früh	Land	x
Eyach - Schlossbrauerei Haigerloch	17	1,1	PIFV	NachL	Land	x
Starzel, Hechingen, Schützenbrücke	16	1,0	PIFV	Früh	Land	x
Neckar Osttangente Rottenburg	15	1,0	PIFV	Früh	Land	x
Hochwasserschutz Riß - Schemmerberg	12	0,8	PIFV	Früh	Land	x
Iller 43,500 - Illerklappe	11	0,7	PIFV	Früh	Land	x
Seefeldler Aach, Ahausen HWS	10	0,7	PIFV	Früh	Land	x
Iller 14,6 - 13,6 Sanierung	10	0,7	PIFV	NachL	Land	x
Ök. Maßnahme Neckar 242 - 242,250	8	0,5	PIFV	Früh	Land	x
Bodensee, Strandbad Eriskirch	8	0,5	PIFV	Früh	Land	x
Donau, Sigmaringen (Stadtwerke)	8	0,5	PIFV	Laufend	Land	x
Blau Konzept	6	0,4	PIFV	Früh	Land	x
Neckar, Tübingen Stadtteilpark (02)	4	0,3	PIFV	Früh	Land	x
Hochwasserschutz Ulm-Friedrichsau	3	0,2	PIFV	NachL	Land	x
Iller 14,6 - 13,6 Sanierung	2	0,1	PIFV	NachL	Land	x

Abbildung: 3.2.7: RPT Abt. 5 – Erfasste Verfahren

Die 29 beim RPT erfassten Verfahren stellen die höchste Zahl im Bereich der Abt. 5 dar (RPF: 24, RPK: 11). Der durchschnittliche Aufwand pro Monat für Öffentlichkeitsbeteiligung ist mit insgesamt ca. 87 h/Monat niedriger als im RPF (ca. 340 h/Monat) und RPK (ca. 209 h/Monat). Die einzelnen Verfahren sind also, was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung angeht, deutlich „kleiner“ als beim RPK und beim RPF.

RPT Abt. 5 – Normstellen

Aufwand	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Projekt	87,2		0,62	
allg. KA Abt. 5 (33%)	28,8		0,20	
Gesamt	116,0		0,82	

Tabelle: 3.2.13: RPT Abt. 5 – Normstellen

Die allgem. KA liegen mit 33% im gleichen Rahmen wie für das RPK (35%) und das RPF (37%). Es ergeben sich 28,8 zusätzliche Stunden im Monat (116 h/Monat gesamt). Der Stellenbedarf ist 0,82 Normstellen für Öffentlichkeitsbeteiligung.

RPT Hinwirkung – Normstellen

Art	h / Monat	"Normstellen" (140,75h / Monat)
TÖB	1,2	0,01
Dritte	9,0	0,06
Hinw. PIFV / ROV	4,8	0,03
§ 10 BImSchG	2,3	0,02
Gesamt	17,4	0,12

Tabelle: 3.2.14: RPT Hinwirkung – Normstellen

Wie im Falle des RPS ist der Aufwand im Falle der Betätigung für Dritte vergleichsweise hoch (9 h/Monat). Auch der Aufwand für die Hinwirkung im Bereich FV und ROV ist, in diesem Fall wie beim RPK, hoch. Insgesamt ist der Aufwand in diesem Bereich aber, wie bei den anderen RP, gering (0,12 Stellenanteile).

RPT Gesamtergebnis

TÜ Gesamt	h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)	
	VwV	Bund	VwV	Bund
Abt. 4	53,8	409,5	0,38	2,91
Abt. 5	116,0		0,82	
HinW etc.	17,4		0,12	
allg. KA ges. (10%)	18,7	40,9	0,13	0,29
Gesamt	205,9	450,4	1,46	3,20

Tabelle: 3.2.15: RPT Gesamtergebnis – Normstellen

Die zentralen allgem. KA sind mit einem Anteil von 10% am Gesamtaufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung des RPT relativ gering, wie auch im Falle der Abt. 4 des RPT (andere RP: 33%-60%). Mit 59,7 h/Monat ist der Aufwand für zentrale allgem. KA daher relativ niedrig. Wie bereits beim RPS spielt die Bundesauftragsverwaltung eine dominierende Rolle: Auf die Bundesauftragsverwaltung entfallen 450,4 h/Monat oder 68% der 656,3 h/Monat Gesamtaufwand (RPS: 60%). Die beiden am Rhein liegenden RP sind, nicht zuletzt aufgrund des IRP, dominiert von

Landesprojekten (Bundesauftragsverwaltung RPF: 28%, RPK: 25%). Ursache ist, dass die Straßenbauplanung (Abt. 4), was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung anbelangt, durch die Bundesauftragsverwaltung bestimmt wird.

Der rechnerische Stellenbedarf beträgt 4,66 Normstellen (Anteil VwV: ca. 1,5).

Detailbetrachtung IRP

Das Integrierte Rheinprogramm (IRP)⁵², zentral koordiniert durch den Landesbetrieb Gewässer im RPF, beansprucht, wie zu sehen war, einen hohen Teil des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung in den beiden RP Freiburg und Karlsruhe.

Alle Verfahren des IRP, für die Aufwand im Rahmen der Evaluation übermittelt worden ist, sind zusammenfassend betrachtet worden und nach dem bisher angewandten Schema analysiert worden (RP für RP). Das Ergebnis ist wie folgt:

RP KA

Verfahren	Gesamt / h	Monat / h	Art	Zeitpunkt	Träger
VwV ÖB Elisabethen.Planungsleitf.	1374	91,6	PfV	Früh	Land
VwV ÖB Polder BR Planungsleitf.	189	12,6	PfV	Laufend	Land
Polder Rheinschanzinsel	307	20,5	PfV	NachL	Land
Summe 1 (Projekte)		124,7			
allgem. KA Abt. 5		43,6			
Summe 2		168,3			
allgem. KA Zentral		55,5			
Zwischensumme KA		223,8			

RP FR

Verfahren	Gesamt / h	Monat / h	Art	Zeitpunkt	Träger
GFI0003 Breisach/Burkheim	2316	154,4	PfV	Früh	Land
GFI0005 Elzmündung	959	63,9	k.A.	NachL	Land
GFI0002 KW Breisach	440	29,3	k.A.	NachL	Land
GFI0008 KW Kehl/Straßburg	391	26,1	k.A.	NachL	Land
GFI0001 Weil-Breisach III	338	22,5	k.A.	NachL	Land
GFI0007 Polder Altenheim	135	9,0	k.A.	NachL	Land
GFI0001 Weil-Breisach	68	4,6	PfV	Früh	Land
GFI0006 I/M/O Bürgerbeteiligung	40	2,6	PfV	Früh	Land
Hochwasserrückhalteraum Weil-Breisach I	14	1,0	PfV	NachL	Land
GFI0009 Freistett	11	0,7	PfV	Früh	Land
Summe 1 (Projekte)		314,1			

⁵² Siehe Kap. 2.1.2 und passim.

allgem. KA Abt. 5	116,2
Summe 2	430,3
allgem. KA Zentral	94,7
Zwischensumme FR	524,9
Zwischensumme KA + FR	748,8
allgem. KA IRP	76,6
Gesamtsumme (h/Monat)	825,4
"Stellenbedarf" (Normstellen (140,75 h/Monat)	5,9

Tabelle: 3.2.16: IRP Gesamtergebnis – Normstellen

Auf das IRP entfallen damit ca. 6 Normstellen der insgesamt ca. 10 Normstellen, die auf die VwV zurückzuführen sind, bzw. ca. 57%.

3.2.3. Gesamtübersicht und Überprüfung des Ergebnisses (Probe)

Der Aufwand in den RP ist gesamt betrachtet unterschiedlich. Dies ist, wie in Kap. 2.2 zu sehen war, auf einige besonders große Verfahren (RPT: Abt 4, Straßenbau) oder ganze Programme (RPF, RPK: IRP⁵³) zurückzuführen. Im Bereich der Planung zum Bau oder Erhalt von Straßen spielt, was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung angeht, die Bundesauftragsverwaltung die dominierende Rolle (ca. 80%-90%).

Gesamtübersicht		h / Monat		"Normstellen" (140,75h / Monat)		
RP	VwV	Bund	Summe	VwV	Bund	Summe
FR	707,9	231,8	939,7	5,03	1,65	6,68
KA	465	183,8	648,8	3,30	1,31	4,61
S	93,1	231,3	324,4	0,66	1,65	2,31
TÜ	205,9	450,4	656,3	1,49	3,20	4,66
Gesamt	1.471,9	1.097,3	2.569,2	10,48	7,81	18,29

Tabelle: 3.2.17: Alle RP – Gesamtergebnis – Normstellen

Die Bundesauftragsverwaltung macht ca. 43% des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung bei den RP des Landes Baden-Württemberg, die in den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fallen, aus. Das entspricht 7,81 Stellenanteilen (Normstellen). Für das Land ergeben sich weitere 10,25 Stellenanteile, was insgesamt einen Bedarf von ca. 18 Stellen für Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der RP ergibt.

⁵³ Siehe das vorangegangene Kap. 3.2.2., Abschnitt „RPF Abt. 5 – Normstellen“.

Einen weiteren Vorteil des methodischen Vorgehens (siehe Kap. 1, insbes. 1.2) ist die Möglichkeit der Überprüfung der Angaben. Die Diskussion der Ergebnisse auf der Basis der erfassten Verfahren (siehe die Auflistung der erfassten Verfahren spezifiziert für RP und Abteilungen im vorangegangenen Kapitel) ergab, dass einige (allerdings kleinere) Verfahren (oder Teilbereiche größerer Verfahren) tatsächlich doppelt erfasst worden sind. Bei anderen Verfahren ergab sich, dass sie nicht unter den Geltungsbereich der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fielen (z.B. reine Konzepterstellung für ein Projekt, also nicht PIFV oder ROV). Die ursprünglich gemeldeten 155 Verfahren verringerten sich dadurch auf 145. Die betroffenen Verfahren sind aber ausschließlich kleine Verfahren mit wenig Aufwand, die etwa 4% des gesamten Aufwands ausmachen. Diese 4% entsprechen ca. 100 h/Monat oder 0,7 Normstellen. Die gleichsam brutto übermittelten 2.641 h/Monat ergeben rechnerisch 18,76 Normstellen (140,75h Arbeitszeit pro Monat). Das bereinigte Ergebnis ergibt 18,1 Normstellen. Nach der Bereinigung ist das Ergebnis im Grunde identisch. Der kleine Rest (0,04 Stellen) ist auf Rundungsfehler in Folge der unterschiedlichen Berechnungsmethoden zurückzuführen. Auch die Probe ergibt, dass der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung bei den RP in etwa 18 Stellen beansprucht. (Die Überprüfung dieses Ergebnisses wird im nächsten Kapitel 3.3 durch den Vergleich mit der vorangegangenen Untersuchung vertieft).

3.3. Detaillierter Vergleich der Ergebnisse

Die bisherigen Ergebnisse, insbesondere Kap. 3.2.2, haben gezeigt, dass es viele Übereinstimmungen zwischen den Abteilungen und den RP gibt, aber auch interessante Unterschiede. Daher soll in diesem Kapitel ein Vergleich der Ergebnisse erfolgen, der die einzelnen Komponenten der erhobenen Daten analysiert. D.h. dass z.B. die Zahl der erfassten Verfahren, der Anteil der allgem. KA sowie des (rein) projektbezogenen Aufwands differenziert nach RP und Abt. dargestellt werden und darüber hinaus eine statistische Kennzahl der tabellarischen Darstellung hinzugefügt wird (Synopsis von erfassten Daten und statistischer Kennzahl). Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen (mögliche) Ursachen und Erklärungen oder auch offene Fragen für die Ergebnisse identifiziert sowie Hinweise für die Interpretation geliefert werden.

Zu Beginn wird die gemeldete (bereinigte⁵⁵) Zahl der Verfahren einem Vergleich unterzogen. Dabei wird die Anzahl der Verfahren dem durchschnittlichen Aufwand (h/Monat) gegenübergestellt. Was sich zeigt ist, dass generell (viel) mehr Verfahren zu (viel) weniger durchschnittlichem Aufwand führen.⁵⁶ Eine Hypothese zur Erklärung dieses Zusammenhangs ist, dass man, in Zeiten in denen keine bzw. nur wenige großen Verfahren anliegen, mehr freie Ressourcen für kleine Verfahren besitzt. Eine Ausnahme stellt hierbei jedoch die Abt. 4 RPT dar.

⁵⁵ Siehe Kap. 3.2.3.

⁵⁶ Statistisch gesehen bedeutet das eine Korrelation mit negativem Vorzeichen (-), d.h. hohe Werte bei der Zahl der Verfahren gehen mit niedrigen Werten für den durchschnittlichen Arbeitsaufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung einher (Korrelation nach Pearson).

Anzahl Verfahren – Durchschnitt h/Monat

Verfahren	Abt. 4		Abt. 5		Gesamt
	Anzahl	Ø h/Monat	Anzahl	Ø h/Monat	
FR	14	10,7	24	14,1	38
KA	18	7,6	11	19	29
S	31	4,3			31
TÜ	18	23,4	29	3	47
Summe	81		64		145

Tabelle: 3.3.1: Vergleich Anzahl Verfahren – Durchschnitt h/Monat

Betrachtet man zunächst die Werte für Abt. 5, so fällt ins Auge, dass die Zahl der gemeldeten Verfahren umgekehrt proportional zum durchschnittlichen Aufwand ist. Ist die Zahl der Verfahren hoch (RPT: 29h), so ist der durchschnittliche Aufwand pro Monat gering (3 h/Monat). Umgekehrt ist der Aufwand pro Monat mit 19 h/Monat beim RPK am höchsten, wo die geringste Zahl an Verfahren gemeldet wurde. Der Einsatz statistischer Verfahren hat hier heuristische sowie auch analytische Funktion. Es ergibt sich jedenfalls ein außergewöhnlich hoher Wert für den statistischen Zusammenhang zwischen der Zahl der (gemeldeten) Verfahren und dem durchschnittlichen Aufwand für ein Verfahren: $-0,89^{57}$. Betrachtet man nun Abt. 4, so ist der Zusammenhang noch höher (fast 100%): $-0,96$, allerdings ohne Abt. 4 RPT. Zieht man das RPT in die Betrachtung mit ein, sinkt die Stärke des Zusammenhangs zwischen Größe einzelner Verfahren (h/Monat) und der Zahl der gemeldeten Verfahren um fast 50% auf $-0,49$. Verantwortlich sind die (wenigen sehr) großen Verfahren im Bereich der Abt. 4 des RPT, die die Statistik (den allgemeinen statistischen Zusammenhang) stark beeinflussen (Vgl. Kap. 2.2.1).

Allgem. KA (%) – Allgem. KA (h/Monat)

Allgem. KA	Abt. 4		Abt. 5		Zentral ⁵⁸	
	Prozent (%)	h/Monat	Prozent (%)	h/Monat	Prozent (%)	h/Monat
FR	41	61,5	37	125,6	22	150,5
KA	29	39,8	35	73,1	33	161
S	38	50,7			60	121,6
TÜ	10	42,1	33	28,8	10	59,7

Tabelle: 3.3.2: Vergleich Allgem. KA (%) – Allgem. KA (h/Monat)

Während die allgem. KA der Abt. 5 mit 33%-37% relativ einheitlich sind, sind sie in der Abt. 4 (10%-41%) deutlich unterschiedlicher. Dies gilt noch mehr für die zentralen allgem. KA: 10%-60%.⁵⁹ Die

⁵⁷ Der maximale Wert für einen statistischen Zusammenhang (Korrelation) beträgt ± 1 .

⁵⁸ Zusammengefasste Werte für die Abt. 1 und 2.

⁵⁹ Recherchen beim RPS haben ergeben, dass der hohe Anteil zentraler allgem. KA (60%) auf ein Missverständnis bei den Personen, die auf dieses Konto buchen sollten, zurückzuführen ist: Auf dem Konto „zentrale allgem. KA“ wurden scheinbar nicht allein Koordinierungs- und Führungstätigkeiten erfasst, sondern es wurde als eine Art „Sammelkonto“ angesehen. Daher sind einige h Aufwand, die eigentlich Projekten hätten zugeordnet werden sollen, auf dieses Konto gebucht. Ab dem 3./4. Quartal 2016 soll eine „Vereinheitlichung der KA-Buchungen bei allen vier beteiligten RP herbeigeführt werden. Hierzu wurde in einem Workshop der Steuerungsgruppe (siehe Kap. 1.1) am 29.09.2016 im RPK „Richtlinien“ zur Buchung der allgem. KA erarbeitet,

Werte für die allgem. KA des RPT sind am niedrigsten, im Falle der Abt. 5 ist die Differenz nur gering (2%), während sie bei Abt. 4, 19% und den zentralen allgem. KA (23%) sehr hoch ausfallen.

Interessant ist, dass die besonderen großen Verfahren der Abt. 4 RPT scheinbar keinen besonderen Aufwand - was die allgem. KA anbelangt - verursachen, (weder in der Abteilung noch zentral).

Lässt man die Abt. 4 des RPT außer Acht, so zeigt sich auch im Falle der allgem. KA ein statistischer Zusammenhang – allerdings nur für die abteilungsbezogenen und nicht für die zentralen allgem. KA – in der Form, dass die allgem. KA i.d.R. mit zunehmendem durchschnittlichem Aufwand steigen.

Deutlich wird der Zusammenhang, wenn man den Aufwand für allgem. KA und den (rein) projektbezogenen Aufwand (jeweils h/Monat) gegenüberstellt.

Allgem. KA – Projektbezogener Aufwand (h/Monat)

h/Monat	Abt. 4		Abt. 5	
	allgem. KA	Projekt	allgem. KA	Projekt
FR	61,5	149,9	125,6	339,4
KA	39,8	137,2	73,1	208,9
S	50,7	133,3		
TÜ	42,1	421,2	28,8	87,2

Tabelle: 3.3.3: Vergleich allgem. KA – Projektbezogener Aufwand (jeweils h/Monat)

Betrachtet man die Ergebnisse (Daten) für Abt. 5, so ergibt sich ein fast hundertprozentiger Zusammenhang⁶⁰ (0,99) zwischen dem Aufwand für allgem. KA und projektbezogenem Aufwand. D.h. die Stunden pro Monat für allgem. KA und für Projekte (für Öffentlichkeitsbeteiligung) steigen proportional. Der Anstieg der allgem. KA beim RPT zum RPK zum RPF ist für die Projekte exakt gleich groß. Das würde bedeuten, dass jede Stunde höherer projektbezogener Aufwand zu einem exakt gleich großen höheren Aufwand für allgem. KA führt, und zwar bei allen RP exakt gleich.

Für Abt. 4 ergibt sich zunächst ein vollständig anderes Bild: Der Zusammenhang ist negativ (-0,4), d.h. der Aufwand für allgem. KA sinkt mit steigendem projektbezogenem Aufwand. Schließt man allerdings das RPT aus der Betrachtung (statistischen Analyse) aus, dann ergibt sich wieder ein „normales“ Bild. Allerdings ist der (statistische) Zusammenhang immer noch deutlich geringer im Vergleich zu Abt. 5 (0,74). Im Bereich der Abt. 4 nimmt das RPT eine Ausnahmestellung ein. Mit ca. 420 h/Monat hat das RPT gleich viel Aufwand im Rahmen der Evaluation übermittelt wie alle anderen drei RP zusammen.

die kurz zusammengefasst folgende Festlegungen treffen: 1) Soweit möglich soll auf Projekte (Vorhaben) gebucht werden, 2) Festlegung, welche Personengruppe auf Abt.-KA und zentrale KA buchen, 3) Festlegung welche konkreten Sachverhalte hier gebucht werden sollen. Die Stellenermittlung, und insbesondere die Zahl der benötigten Stellen, bei den RP ist hiervon nicht betroffen. Es kann nur zu Verschiebungen der Stellenanteile zwischen Abt. und (zentralen) KA kommen.

⁶⁰ Korrelationskoeffizient nach Pearson, vgl. Abschnitt „Anzahl Verfahren – Durchschnitt h/Monat“.

Land (VwV) / Bund – Projektbezogener Aufwand (h/Monat) / Durchschnitt h/Monat

Projekt Abt. 4	Land (VwV)		Bund	
	h/Monat	Ø h/Monat	h/Monat	Ø h/Monat
FR	15,1	3	134,7	14,9
KA	30,1	3,3	107,2	11,9
S	28,6	1,5	104,8	8,7
TÜ	48,9	12,2	372,3	26,6

Tabelle: 3.3.4: Vergleich Land (VwV) / Bund

Wie bereits an einigen Stellen deutlich geworden ist, nimmt das RPT, was die Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Abt. 4 anbelangt, eine Sonderstellung ein⁶¹. Bei Landesprojekten, wie auch im Falle der Bundesauftragsverwaltung, hat das RPT absolut wie im Durchschnitt (bezogen auf einzelne Projekte) einen deutlich höheren Aufwand gemeldet. Dabei wird wiederum deutlich, dass es einige besonders große Verfahren sind, die das Ergebnis wesentlich beeinflussen. Im Folgenden sind die jeweils drei größten Verfahren (gemessen am Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung) für alle vier RP aufgelistet, um das Ergebnis zu veranschaulichen.⁶²

RPF

Landesprojekte (VwV)	h/Monat	Bundesauftragsverwaltung	h/Monat
L 103 OD Steinach	5,4	BAB A 5 Rastanlage March	70,5
OU Bötzingen / Eichstetten L116/114	5,2	A 860 Stadttunnel Freiburg	19,3
L113 Ausbau OD Malterdingen	2,7	B 31 West 2. BA Breisach – G.-h.	12,1

RPK

Landesprojekte (VwV)	h/Monat	Bundesauftragsverwaltung	h/Monat
L87a, RW Zell-Moos	9,6	A 5, Ausbau AS Rastatt Nord	34,1
L1125, OU Öschelbronn	6,1	B 32, OstU Horb Brücke	28,8
L 67, Ausbau zw. Kuppenheim u. B462	4,4	B 292, 3-spur. Ausbau W.-S.-H.-S.	17,5

RPS

Landesprojekte (VwV)	h/Monat	Bundesauftragsverwaltung	h/Monat
BAB A6 Walldorf - Weinsberg: Ersatzneubau Neckartalübergang Umg. Hölzern Neubau	8,4 4	SammelVerf. A6 AK Weinsberg- Landesgr. AS Mühlhaus. - Hohenstadt (Albauf-/abstieg)	50,3 23,7
RGW Fach - Algishofen	3,2	A 8, Verflechtungsstreifen zw. AK Stuttgart und AS Leonberg/Ost	8

⁶¹ Vgl. Kap. 2.2.1. und passim.

⁶² Hinweis zur Darstellung: Dunkelgrau unterlegt und Fettdruck = Mehr als (>) 3-mal Aufwand als das nächstgrößere Verfahren; Dunkelgrau unterlegt = > 2-mal Aufwand als das nächstgrößere Verfahren; Hellgrau unterlegt 1,5-mal Aufwand als das nächstgrößere Verfahren.

RPT

Landesprojekte (VwV)	h/Monat	Bundesauftragsverwaltung	h/Monat
L 1165 Ortsumfahrung Beimerstetten	45,9	B 30 RV-Eschach - Friedrichshafen	151
AUSB OD Rohrbach	1,7	B 31, Meersb./W bis Immenstaad	99,2
L 284 OU Kleinwinnaden	0,9	B 27 Tü, Schindhaubasistunnel	43,8

Tabelle: 3.3.5: Vergleich größte drei Verfahren Land (VwV) / Bund

Die großen Verfahren im Bereich des RPT sind außergewöhnlich, was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung anbelangt. Im Falle der Landesprojekte gibt es kein anderes Verfahren in den Dimensionen des Projekts „L 1165 Ortsumfahrung Beimerstetten“. Auch die Projekte „B30“ und „B31“ haben eine besondere Dimension. Neben den Verfahren „Rastanlage March“ (RPF) und „A6“ (RPS) verdienen sie in der zweiten Phase der Evaluation besondere Beachtung.

Hinwirkungspflichten: Verfahren nach §10 BImSchG – Vergleich Aufwand Projekte / Gesamt

Für die Hinwirkungspflichten wird der Aufwand für die Hinwirkung in Verfahren nach §10 BImSchG, die durch die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung explizit abgedeckt wird, separat von den übrigen Betätigungen der RP (als TÖB, für Dritte und Hinwirkung PIFV und RoV (vgl. Kap. Z.1)) dargestellt. Zur Einordnung des Aufwands in Verfahren nach §10 BImSchG erfolgt der Vergleich (relativer Anteil (%)) im Vergleich zum projektbezogenen Aufwand. Der Gesamtaufwand für Hinwirkung, Betätigung als TÖB etc. wird ins Verhältnis mit dem Gesamtaufwand gesetzt.

h/Monat	§10 BImSchG	% Projekte	TÖB	Dritte	HinW PIFV/RoV	% Gesamt
FR	5,7	1,2	0,3	1,3	0,3	0,8
KA	3,1	0,9	13,6	3	9,9	4,6
S	3	2,3	2,1	11,7	1,8	5,7
TÜ	2,3	0,5	1,2	9	4,8	2,6

Tabelle: 3.3.6: Hinwirkungspflichten: §10 BImSchG – Vergleich Aufwand Projekte / Gesamt

Der Aufwand für Hinwirkung in Verfahren nach §10 BImSchG liegt zwischen 2,3 und 5,7 h/Monat. Im Vergleich zum Aufwand für konkrete Projekte spielt die Hinwirkung in Verfahren nach §10 BImSchG keine große Rolle für den Aufwand bei den RP.

Interessant wäre die Klärung der Frage, wie erfolgreich die Hinwirkung der RP bei den privaten oder sonstigen Vorhabenträgern ist. Wie in Kap. 3.1.1 zu sehen war, sind die privaten Vorhabenträger durch das UVwG verpflichtet eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Inwieweit wird die Hinwirkung durch die RP aber dahingehend genutzt, die Vorhabenträger dazu zu bewegen, der gesetzlichen Pflicht nicht nur durch ein Minimum an Aufwand Genüge zu tun, sondern eine intensive und ernsthafte Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen? Ist dies stark abhängig von der Größe des Verfahrens, so wie es die Ergebnisse für die RP bislang nahelegen oder spielen andere Faktoren eine Rolle, wie die Art des Vorhabens (Energie-, Verkehr-, Industrie-, Landwirtschaftsbereich etc.)? Auf diese Fragen wird die Evaluation des UVwG Antworten geben können.

3.4. Fazit Ermittlung Stellenbedarf (Datenerhebung 2015)

Die Ergebnisse im Abschnitt „Stellenbedarf“ (Kap.3.2) ermöglichen die folgenden Schlussfolgerungen, die gleichzeitig wichtige Arbeitshypothesen für den weiteren Verlauf der Evaluation darstellen:

1. Das methodische Vorgehen hat sich sehr bewährt (siehe auch das folgende Kapitel 3.5 „Vergleich mit der vorangegangenen Studie 2014“). Einzig die Frage der Unterschiedlichkeit der allgem. KA, insbesondere RPs und RPT, ist einer Klärung zu unterziehen: Ist die Ursache unterschiedliche Kulturen in den Häusern oder werden Sachverhalte unterschiedlich gebucht, der gleiche Sachverhalt (Aufwand) in einem Haus auf ein konkretes Projekt (Verfahren), im anderen Haus (RP) als allgem. KA?⁶³
2. Der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung ist sehr stark von relevanten, d.h. großen, viele Menschen betreffenden, besonders raumrelevanten (und damit politisch wichtigen) und/oder private oder Gruppeninteressen tangierenden Vorhaben (Projekte/Verfahren) abhängig. Das wird am IRP (Abt. 5), im Wesentlichen im Zuständigkeitsbereich des RPF, besonders deutlich
3. Neben der Bedeutung (Größe) der Vorhaben scheint aber auch die Kultur der verschiedenen Häuser Auswirkungen zu haben. D.h. es gibt scheinbar durchaus eine höhere oder geringere „Affinität“ für intensive Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Ergebnisse für (projektbezogenen Aufwand) der Abt. 4, insbesondere RPT, legen diese Schlussfolgerung nahe.

Das abschließende Kap. 4 wird die Frage nach den Auswirkungen der Faktoren a) Größe/Bedeutung des Projekts und b) Kultur der Häuser/Abteilungen näher untersuchen.

3.5. Vergleich mit der vorangegangenen Studie 2014

Aus dem unterschiedlichen Setting der Erhebungen ergaben sich wichtige Unterschiede in der methodischen Vorgehensweise⁶⁴:

- 2014: Retrospektive Erhebung des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung (der vorausgegangenen Jahre) und prospektive Abschätzung der Auswirkungen der VwV (Stellenbedarf bei den RP)
- Vorliegende Studie (ab 2015 bis 2018): Laufende Erhebung des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung und Ermittlung des Stellenbedarfs hierfür sowie der Entwicklung im Zeitablauf und der Auswirkungen der VwV

Auch die Zielsetzung ist explizit eine andere. In der Studie von 2014 hieß es:

„Auf Basis der (Daten-)Analyse der erhobenen tatsächlichen Belastung, die möglichen Auswirkungen der VwV im Rahmen von (mehr oder weniger wahrscheinlichen) Szenarien abzuschätzen.“⁶⁵

In der aktuellen Studie wurde jeder Aufwand, der mit Öffentlichkeitsbeteiligung in Verbindung gebracht werden kann, von der Teilnahme an Gemeinderatssitzungen und Bürgerversammlungen, der Erstellung/Pflege von Homepages, Flyern, Informationstafeln, Beantwortung von E-Mails, Gespräche mit Bürgermeistern, Planern bis zur Organisation von Runden Tischen erfasst. Zielsetzung

⁶³ Siehe hierzu Fn 29.

⁶⁴ Vgl. im Detail Kap. 1.1.

⁶⁵ Vgl. Studie 2014., S. 9.

war demnach nicht, die (erwartete) Veränderung durch die VwV zu ermitteln, sondern allen Aufwand zu erfassen, der unter den Geltungsbereich der VwV fällt (siehe Kap. 3.1.1).

3.5.1. Bürgerinformation und/oder Bürgerbeteiligung?

Das Setting der Studie des Jahres 2014 ging davon aus, dass die Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung in einer höheren Belastung der RP (durch Maßnahmen der frühen und nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung) als auch in einer „Entlastung“ der RP im formellen Verfahren bestehen. In diesem Sinne ist die Intention des Gesetzgebers von § 25 Abs. 3 VwVfG aufzufassen:

„... zielt § 25 Abs. 3 VwVfG darauf ab, die Transparenz bei der Genehmigung von Großvorhaben zu erhöhen und hierdurch Konflikten entgegenzuwirken. Hiermit wird das Ziel verbunden, das eigentliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zu entlasten und die Zahl der gerichtlichen Auseinandersetzungen zu vermindern.“⁶⁶

Eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist demnach im wohlverstandenen eigenen Interesse eines jeden Vorhabenträgers (sei es ein öffentlicher oder privater): „Konflikte um die Grundkonzeption von Vorhaben lassen sich am besten in einem Stadium der Planung austragen, in dem ein Vorhaben noch gestaltet werden kann und eine sachliche Diskussion nicht durch verhärtete Fronten erschwert wird“⁶⁷ Ganz in diesem Sinne beschreibt *J. Holzwarth* (RPS) bereits 2012/2013⁶⁸ die Situation bzw. die Problematik aus Sicht der Straßenplanung (Abt. 4):

„... auch früher schon das Meinungsbild der Bürger abgeholt wurde, wenn auch in einer eher traditionellen Form. Die häufigste Form der Partizipation von Bürgern am Planungsprozess waren Bürgerinformationen in nahezu allen Planungsphasen. Als Forum zur Information und zum Meinungsaustausch dienten Bürgerversammlungen, in denen sich jeder Bürger zu Wort melden kann, oder öffentliche Gemeinderatssitzungen, bei denen die Anliegen der Bürger in der Regel nur mittelbar durch die gewählten kommunalen Vertreter vorgetragen wurden.“⁶⁹

„Problem später Bürgerinformation (sic!)

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Bürgerinformation in der Vergangenheit oftmals sehr spät im Planungsprozess erfolgte, häufig erst unmittelbar vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens. Das provozierte zuweilen heftige Reaktionen bei der Bevölkerung und führte immer wieder zur Bildung von Bürgerinitiativen, die sich gegen die fertig geplante „Amtstrasse“ wandten. Auch wenn die Verwaltung die Kritik aufgriff und intensiv für die Planung warb, gelang es kaum noch, Verständnis und Akzeptanz für die Planung zu erhalten. Noch schwieriger gestalteten sich Situationen, in denen die höhere Politik in den Planungsprozess „eingriff“ und Alternativen forderte. Am Ende stand dann häufig ein Planungsstopp oder gar eine komplette Neuplanung.“⁷⁰

Auch für *U. Arndt* entspricht die „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ bereits der vorhandenen guten Praxis der Verwaltung (in Baden-Württemberg).⁷¹ *Holzwarth* spricht allerdings explizit ausschließlich

⁶⁶ BT-DR 17/9666, S. 15, zitiert nach Studie 2014, S. 2.

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ Vgl. Holzwarth, J., Bürgerbeteiligung im Rahmen des 6-streifigen Ausbaus der Autobahnen A 6 östlich von Weinsberg und A 81 bei Böblingen, in: Straßenverkehrstechnik 1/2013, S. 40-44.

⁶⁹ Ebda., S. 40.

⁷⁰ Ebda.

⁷¹ Vgl. Arndt, U., VB | BW, S. 193.

von **Bürgerinformation**. Die Frage steht also im Raum: In welche Richtung geht der Kulturwandel im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung und welchen Einfluss hat die VwV?

Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung führt nach *Holzwarth* zu einem höheren (Personal-)Aufwand bei den RP. Einsparungseffekte, da z.B. die erwähnten kompletten Neuplanungen entfallen, können bis dato nur schwer kalkuliert werden. Methodisch ist dies nur durch längerfristige statistische Beobachtungen der Zahl von Widersprüchen/Klagen gegen Vorhaben und den Vergleich von (ähnlichen) Vorhaben, die mit und ohne (bzw. geringe) frühe / nicht-förmliche Beteiligung durchgeführt wurden, möglich. Auf diese Frage wird die vorliegende Evaluation am Ende der 3-jährigen Laufzeit versuchen, Antworten zu geben.

3.5.2. Die besonderen Verfahren

In Kap. 2.2 konnte aus den Daten der aktuellen Erhebung folgende Schlussfolgerung gezogen werden:

„... dass es besondere und große Vorhaben sind, die die Öffentlichkeitsbeteiligung und folglich den Personalaufwand bei den RP maßgeblich beeinflussen.“

In der Vorläuferstudie 2014 hatten wir zwar die Personen, die mit Öffentlichkeitsbeteiligung in den RP zu tun haben, als zentrale Untersuchungseinheiten im Fokus. Danach erst kamen die Verfahren/Vorhaben, mit denen die Personen befasst sind, aufgrund der statistischen Auswertung der erhobenen Daten zur identischen Schlussfolgerung:

„... dass es spezielle, einzelne Maßnahmen mit besonderem Beteiligungsaufwand sind, die den Aufwand der RP prägen“⁷²

Der folgende synoptische Vergleich zeigt, dass die Ergebnisse der beiden methodisch sehr unterschiedlichen Erhebungen der Jahre 2014 und (laufend seit 2015) im Hinblick auf den Einfluss weniger, besonderer Vorhaben/Verfahren zu fast identischen Ergebnissen geführt haben:

⁷² Studie 2014, S. 26.

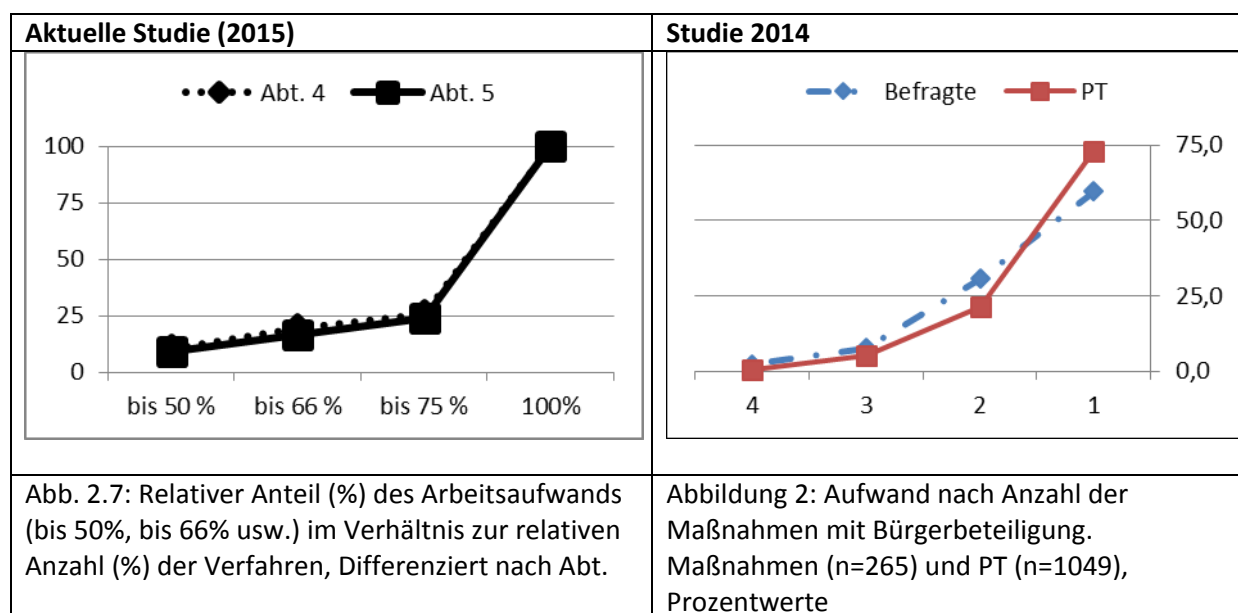


Abbildung: 3.5.1: Besondere Bedeutung „großer Verfahren“ – Vergleich Studie 2014 und aktuelle Daten

Das Ergebnis der beiden Studien ist vollkommen konsistent:

1. 2014: Die Beschäftigten gaben in der Regel nur wenige Vorhaben/Verfahren an. Der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung konzentrierte sich auf ein oder zwei (große) Verfahren.
2. Ab 2015: Der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung konzentriert sich (in den Abt. der RP) jeweils auf wenige (meist ein oder zwei Vorhaben/Verfahren). (Es konnten prinzipiell alle Beschäftigten auf die Verfahren „buchen“).

3.5.3. Vergleich der Stellenermittlung

Ein Vergleich der Stellenermittlung, d.h. der Zahl der aufgrund der VwV benötigten Stellen, ist schwierig. Dies liegt in erster Linie an der etwas anderen Zielsetzung und folglich an der unterschiedlichen methodischen Vorgehensweise (vgl. Kap. 2.3 und 1.1). Dabei sind es weniger die zentralen Untersuchungseinheiten (2014: Personen) die mit Öffentlichkeitsbeteiligung befasst sind (ab 2015 vorliegende, aktuelle Studie: Vorhaben bzw. Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung). Vielmehr war es die Absicht der Studie aus dem Jahre 2014, auch mögliche Entlastungseffekte der frühen und nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung auf die förmliche Beteiligung (im formellen Verfahren) abzuschätzen und in die Stellenermittlung einfließen zu lassen (vgl. Kap. 2.3.1). Daher wurde 2014 auch erfasst, welcher Aufwand für (rein) förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung aufgewendet werden musste. D.h. dass bei den einzelnen, spezifischen Vorhaben/Verfahren zwar differenziert erfasst worden ist, ob es „nur förmliche“, „förmliche und frühe“ und/oder „förmliche und nicht-förmliche“ Beteiligung gegeben hat, der Aufwand (in diesem Fall erfasst in Personentagen (PT)) kann aber nicht exakt nach früher, nicht-förmlicher und förmlicher Beteiligung differenziert werden. In der aktuellen Studie wurde ausschließlich Aufwand für nicht-förmliche und frühe Beteiligung erfasst. Das wurde möglich, weil die Erfassung laufend (monatlich) und verfahrensscharf über einen längeren Zeitraum erfolgen konnte.

Die folgende Tabelle⁷³ (Auszug) gibt das Gesamtergebnis der Erhebung des Jahres 2014 wieder

ART DER BETEILIGUNG	ANZAHL	PT (SUMME)
NUR FÖRMLICH	65	278
FÖRMLICH + NICHT-FÖRML.	16	23
FÖRML. + NICHT-FÖRML. + FRÜH	19	54
FÖRMLICH + FRÜH	33	163
NUR NICHT-FÖRMLICH	34	159
NICHT-FÖRML. + FRÜH	21	137
NUR FRÜH	11	55
ALLGEM. KANE ANGABE	69	182

Tabelle: 3.5.1: Anzahl Vorhaben sowie Aufwand (PT/Monat) für Öffentlichkeitsbeteiligung, differenziert nach Art der Beteiligung (förmlich / früh / nicht-förmlich), Studie 2014

Für den Vergleich mit den aktuellen Ergebnissen kommen nur die dort ausschließlich erfassten Bestandteile der frühen und nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung in Betracht (d.h. die „nur förmliche“ Beteiligung, da 2015 nicht erhoben worden, sowie die Angaben ohne Zuordnung werden für den Vergleich ausgeklammert). Es verbleiben damit noch 591 PT in einem durchschnittlichen Monat (vor dem Jahr 2015). Umgerechnet auf h/Monat (Arbeitszeit ca. 8 h/Tag) ergibt sich ein Stellenbedarf von ca. 33,5 Stellen⁷⁴. Dieser beinhaltet aber auch Anteile für förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Allerdings kann dieser Anteil aufgrund der damaligen Erhebungsmethode nicht exakt bestimmt werden. Auch war nicht genau bestimmbar, wie hoch der Anteil der Bundesauftragsverwaltung aber auch anderer Vorhabenträger am damals erhobenen Aufwand ist.⁷⁵ Bestimmbar ist aber der Anteil der Landesprojekte (relativer Anteil an der Zahl der Vorhaben), der ca. 31% ausmacht. Damit ergibt sich für die Vorhaben, die unter den Geltungsbereich der VwV fallen (frühe und nicht-förmliche Beteiligung von Landesprojekten), ein Stellenanteil von ca. 10,4 Normstellen (für ca. 1.466 h/Monat). In der vorliegenden aktuellen Studie ergab die Erfassung des Aufwands über 15 Monate ca. 1.468 h/Monat und damit einen Stellenbedarf von 10,5 Stellen (siehe Kap. 3.2.3). (Das „Wahrscheinliche Szenario“ der Studie 2014 ergab ca. 9,5 Stellen⁷⁶. Korrigiert um den Faktor 6,5% aufgrund der Nicht-Berücksichtigung von Fehlzeiten (siehe Fn 42), ergibt sich ebenfalls ein Stellenbedarf von etwas über 10).

Das Ergebnis des Stellenbedarfs im Rahmen der vorliegenden Erhebung ist daher plausibel.

⁷³ Vgl. Studie 2014, Tabelle 15, S. 56.

⁷⁴ Die Ermittlung des Stellenbedarfs in der aktuellen Studie ergibt einen i.d.R. um ca. 6% höheren Stellenbedarf der RP im Vergleich zur Studie von 2014, da in der Studie 2014 die durchschnittliche Arbeitszeit mit 150h pro Monat veranschlagt worden ist. Dieser Wert berücksichtigt aber Fehlzeiten, z.B. verursacht durch Krankheit, nicht. Entsprechend wurde in der aktuellen Studie eine durchschnittliche Arbeitszeit von 140,75h für die Berechnung des Stellenbedarfs zu Grunde gelegt (siehe Kap. 3.2.1.).

⁷⁵ Vgl. Studie 2014, Tabelle 18, S. 70.

⁷⁶ Vgl. Ebda, S. 78.

4. Wie wird die Öffentlichkeit beteiligt? (Inhaltliche Merkmale der Öffentlichkeitsbeteiligung)

In diesem Kapitel geht es um die detaillierte Bestimmung der im Geltungsbereich der VwV befindlichen Öffentlichkeitsbeteiligung. Es geht um die nähere qualitative Bestimmung und damit um Aspekte wie:

1. Welche Rolle spielt die nicht-förmliche bzw. frühe Öffentlichkeitsbeteiligung im zeitlichen Ablauf eines Vorhabens, also 1) vor der Antragstellung – 2) während des laufenden Verfahrens – 3) während der Realisierung (z.B. Bau einer Straße, Anlage etc.)?
2. Welche Schwerpunkte setzt die Öffentlichkeitsbeteiligung: Information? Anhörung? Beteiligung? Und gibt es Unterschiede in verschiedenen Bereichen bzw. Vorhabenarten?
3. Welche Instrumente werden eingesetzt? Mit welcher Intention (Information, Anhörung, Beteiligung)?

Die Merkmale der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Zeitpunkt, die gewählten Instrumente können nun nicht allein durch die Häufigkeit ihrer Anwendung, sondern auch in ihrer Intensität (Aufwand für die Behörde) untersucht werden.

4.1. Zu welchem Zeitpunkt wird die Öffentlichkeit beteiligt?

Für 137 der 145 Vorhaben/Verfahren, die im Rahmen der Evaluation erfasst worden sind, liegen Informationen über den Zeitpunkt der Beteiligung, sprich „frühe“, „laufende“ oder „nachlaufende“ Beteiligung, vor.⁷⁷ (Die fehlenden acht Verfahren machen lediglich 0,7% des projektbezogenen Aufwands⁷⁸ aus (ohne allgem. KA), das sind ca. 10 von 1.466,5 h/Monat).

Phase	Anzahl	% Anzahl	h/Monat	% h/Monat
Früh	87	64	1072,4	73
Laufend	15	11	48,8	3
NachL	35	26	345,3	24
<i>Summe</i>	<i>137</i>		<i>1.466,50</i>	

Tabelle: 4.1.1: Anzahl Vorhaben sowie (projektbezogener) Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase des Vorhabens

Während im Falle der nachlaufenden Beteiligung (Realisierungsphase) die Zahl der Verfahren in etwa proportional zum (projektbezogenen) Aufwand bei den RP liegt, so ist dies im Falle der frühen und laufenden Beteiligung gegensätzlich. Im Falle der frühen Beteiligung ist der Aufwand überproportional hoch, im Falle der nicht-förmlichen Beteiligung ist die Zahl der Verfahren gering (11% aller Vorhaben/Verfahren) und der Aufwand pro Verfahren sehr gering (3%).

⁷⁷ Die Differenz von acht Vorhaben/Verfahren ergibt sich durch die unterschiedliche Erfassung von Aufwand (mittels CA-TS) und den (qualitativen) Merkmalen (Excel) der Vorhaben/Verfahren. Für die betreffenden acht Verfahren wurde ein CA-TS Konto angelegt und Aufwand gebucht, aber keine dazugehörigen Excel-Tabellen(-blätter) ausgefüllt (Möglicherweise sind (zumindest einige) Vorhaben noch im Anfangsstadium und entsprechende Excel-Informationen erfolgen in den kommenden Quartalen (nach 2015).

⁷⁸ Siehe Kap. 3.2.4.

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel zu sehen war, gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Abt. 4 (Straßenbau) und Abt. 5 (Gewässer). Der projektbezogene Aufwand im Bereich der Abt. 5 ist, soweit Informationen zum Zeitpunkt der Beteiligung vorliegen, um etwa ein Viertel (ca. 25%) höher als im Falle der Abt. 4. Interessanter ist aber die Verschiebung der Zahl der Vorhaben und insbesondere des Aufwands von früher Beteiligung zu nachlaufender Beteiligung.

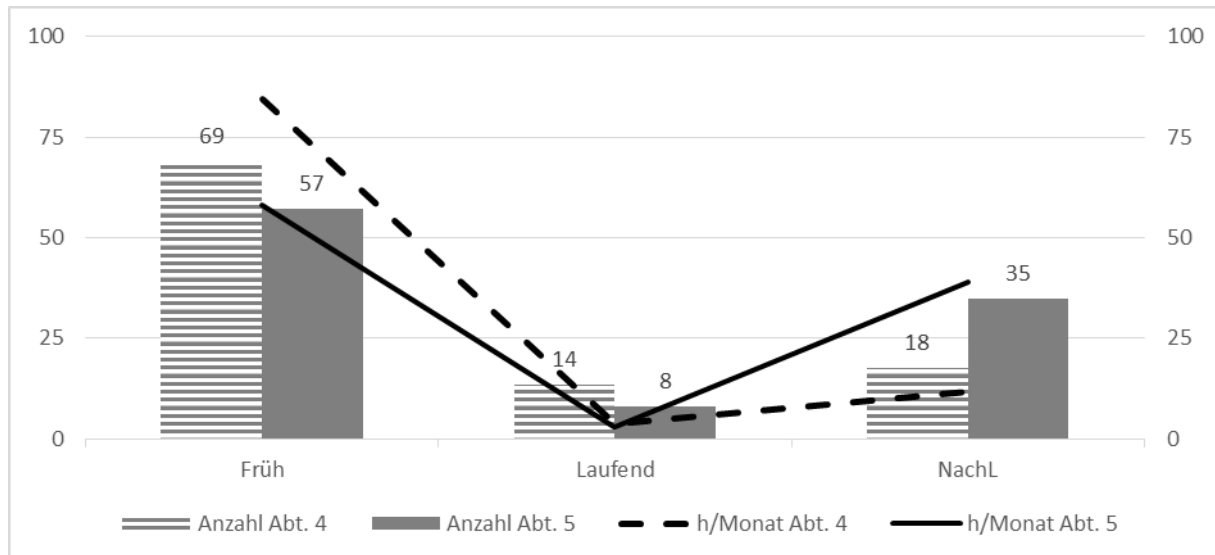


Abbildung: 4.1.1: Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung und Abteilung (4 & 5)

Während im Fall der Abt. 4 die frühe Beteiligung deutlich im Vordergrund steht (gestrichelte Linie: 85% des Aufwands [ca. 702 h/Monat]), ist dies bei der Abt. 5 (ca. 370 h/Monat, durchgezogene Linie) nicht in gleicher Weise der Fall. Die frühe Beteiligung macht lediglich 58% des Aufwands aus. Dagegen macht der Aufwand für nachlaufende Beteiligung fast 40% des gesamten Projektaufwands aus (bei Abt. 4: „nur“ 12%).

Die nicht-förmliche Beteiligung in laufenden Verfahren spielt in beiden Abteilungen nur eine untergeordnete Rolle, der prozentuale Anteil liegt jeweils unter 5%.

Die folgende Tabelle, Zahl der Verfahren im Verhältnis zum Aufwand h/Monat, d.h. durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) für ein Verfahren, verdeutlicht den Unterschied, aber auch die Gemeinsamkeit für die Abteilungen:

Phase	Abt. 4	Abt.5
Früh	13,8	10,3
Laufend	3,1	3,6
NachL	7,5	11,3

Tabelle: 4.1.2: Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach Abteilungen

Deutlich zu sehen ist, dass der Aufwand im laufenden Verfahren im Bereich der Abt. 4 als auch der Abt. 5 deutlich zurückgeht. Im Bereich der Abt. 4 ist der Aufwand für ein durchschnittliches Verfahren bei früher Beteiligung allerdings fast doppelt so hoch wie im Falle der nachlaufenden Beteiligung

(früh: 13,8, nachl: 7,5 h/Vorhaben). Im Bereich der Abt. 5 ist der Aufwand pro Verfahren bei nachlaufender Beteiligung sogar höher als bei früher Beteiligung (Früh: 10,3, NachL: 11,3 h/Vorhaben).

Während des formellen Verfahrens spielt die nicht-förmliche Beteiligung eine im Vergleich zu den Phasen zuvor und danach nur geringe Rolle.

4.1.1. Abt. 4: Schwerpunkt der Bundesauftragsverwaltung auf früher Beteiligung

Grundsätzlich dominiert im Bereich der Abt.4 die frühe Beteiligung. Was den Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung (h/Monat) anbelangt beträgt der Anteil in allen RP mindestens 77% des Gesamtaufwands (bis zu 93% beim RPK siehe durchgezogene Linie in der folgenden Grafik).

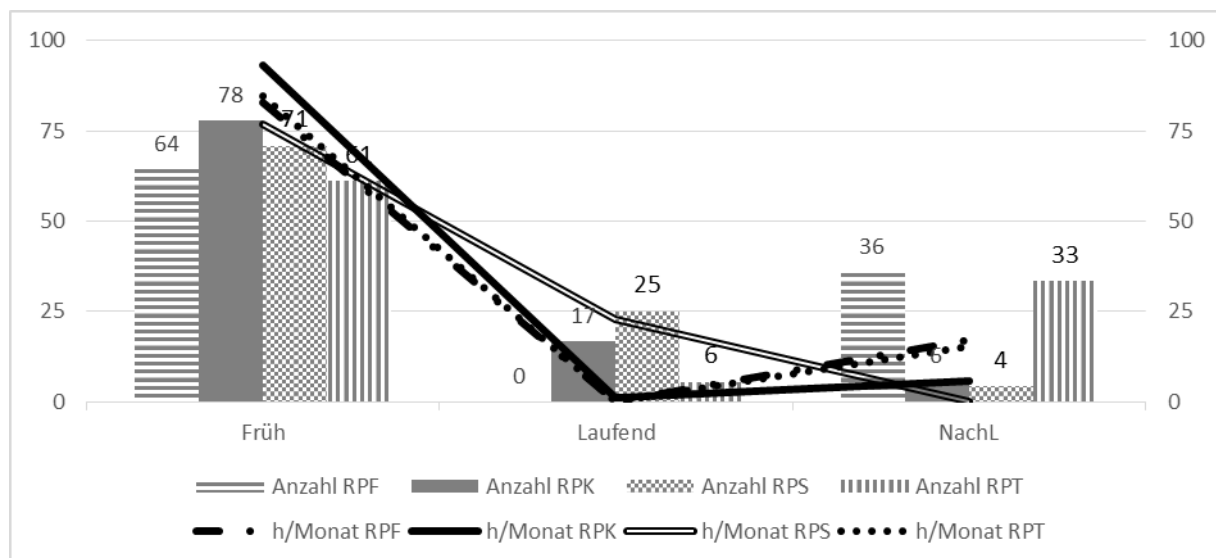


Abbildung: 4.1.2: Abt. 4, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung

Im Falle des RPF sind alle Verfahren, die sich bereits in der Realisierungsphase befinden (nachl, 36%), Vorhaben in der Verantwortung des Landes.⁷⁹ Zusammen entfallen auf die fünf betreffenden Verfahren aber lediglich ca. 38% des Aufwands (ca. 26 h/Monat) des größten Verfahrens mit früher Beteiligung („BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March“ (70,5 h/Monat)) in Verantwortung des Bundes. Insgesamt finden sich im Bereich des RPF acht Vorhaben in Bundesauftragsverwaltung mit ca.123 h/Monat Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung, also fast fünfmal mehr als die fünf Vorhaben in der Realisierungsphase in der Verantwortung des Landes. Insgesamt wird auch an dieser Stelle deutlich, wie sehr einzelne (große) Verfahren („Rastanlage March“) das Gesamtergebnis (Verhältnis frühe und spätere Beteiligung) beeinflussen.

Ganz anders ist die Situation beim RPT, wo nur eines der Verfahren in der Realisierungsphase (nachlaufende Beteiligung) in der Verantwortung des Landes liegt, während es im Falle der Bundesauftragsverwaltung fünf Vorhaben sind. Insgesamt sind fünf Verfahren Vorhaben des Landes, wobei die „L 1165 Ortsumfahrung Beimerstetten“ (frühe Beteiligung) mit mehr als 88% des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung (wiederum) eine Ausnahmestellung einnimmt. Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung spielt, was den Arbeitsaufwand (h/Monat) angeht, auch im Falle des RPT

⁷⁹ Alle erfassten Verfahren sind in Kap. 3.2.2. aufgeführt.

die Hauptrolle. Ca. 83% des gesamten Aufwands für Vorhaben des Bundes für Öffentlichkeitsbeteiligung entfallen auf frühe Beteiligung (bei einem Anteil von ca. 61,5% der Anzahl der 13 Vorhaben). Der Aufwand für ein durchschnittliches Vorhaben für frühe Beteiligung beträgt 38,3 h/Monat; für nachlaufende Beteiligung 12,4 h/Monat, also nur etwa ein Drittel. Dabei drängt sich die Hypothese auf, dass die großen Verfahren die Öffentlichkeitsbeteiligung (den Aufwand) nicht nur insgesamt dominieren, sondern dass sich dies über alle Phasen eines Vorhabens erstreckt. Die beiden Vorhaben mit dem größten Aufwand für eine nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung sind „B 312 OU Reutlingen (Scheibengipfel)“ mit 39,1 h/Monat sowie „B 31 neu Stockach-Überlingen, BA II B“ mit 16,2 h/Monat. Die „B31 neu“ ist aber auch bei den Vorhaben mit früher Beteiligung das zweitgrößte Vorhaben („Meersburg/W bis Immenstaad“, 99,2 h/Monat).

Grundsätzlich verursacht die frühe Beteiligung für Vorhaben des Bundes fast drei Viertel (ca. 72%) des gesamten zeitlichen Aufwands (h/Monat) bei den RP (durchgezogene Linie in der folgenden Grafik). Auf frühe Beteiligung bei Landesvorhaben entfallen ca. 12% (gestrichelte Linie).

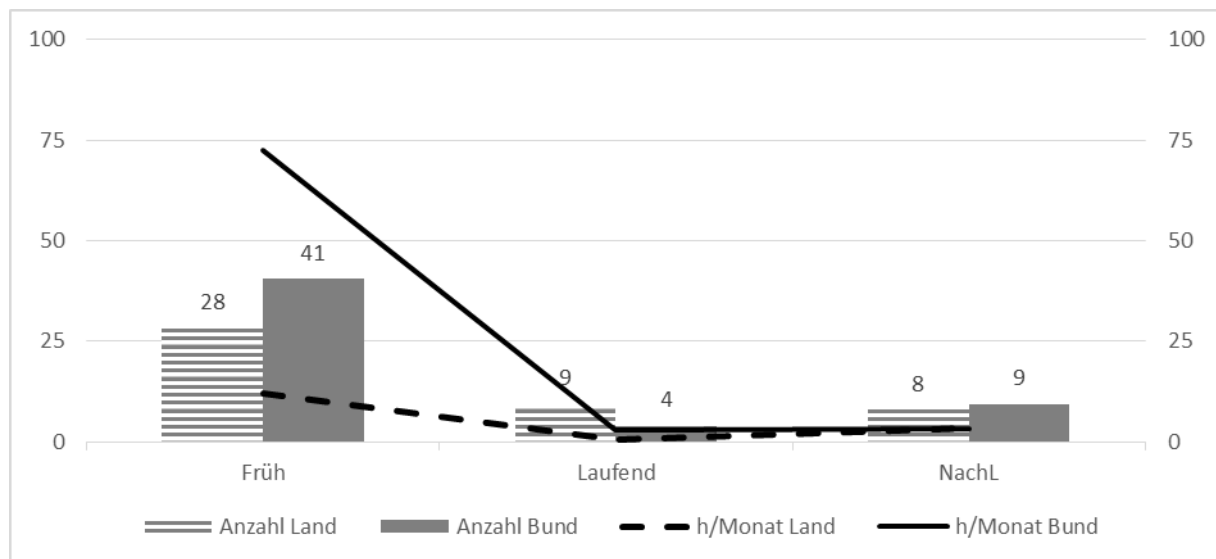


Abbildung: 4.1.3: Abt. 4, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach Phase der Beteiligung sowie Vorhabenträger (Bund oder Land)

Im Durchschnitt (h/Monat dividiert durch Anzahl der Vorhaben) erzeugt die Bundesauftragsverwaltung deutlich mehr Aufwand als die Vorhaben des Landes. Der Unterschied zwischen früher Beteiligung (Verhältnis Land:Bund = 1:4) und nachlaufender Beteiligung fällt allerdings deutlich geringer aus (Land:Bund = 1:2).

Phasen	Land	Bund
Früh	4,8	20,1
Laufend	0,8	8,4
NachL	4,7	10,0

Tabelle: 4.1.3: Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach Vorhabenträger.

Man kann das Ergebnis an dieser Stelle dahingehend interpretieren, dass mit der Größe eines Verfahrens die Bedeutung der frühen Beteiligung steigt. Das zeigen auch die folgenden Ergebnisse für die Abt. 5.

4.1.2. Abt. 5: IRP sorgt für hohen Anteil nachlaufender Beteiligung

Der Vergleich der drei RP, für die im Falle der Abt. 5 Daten vorliegen, zeigt, dass die nachlaufende Beteiligung insbesondere bei den „Rheinanlieger-RP“ Freiburg und Karlsruhe vergleichsweise hoch ist.

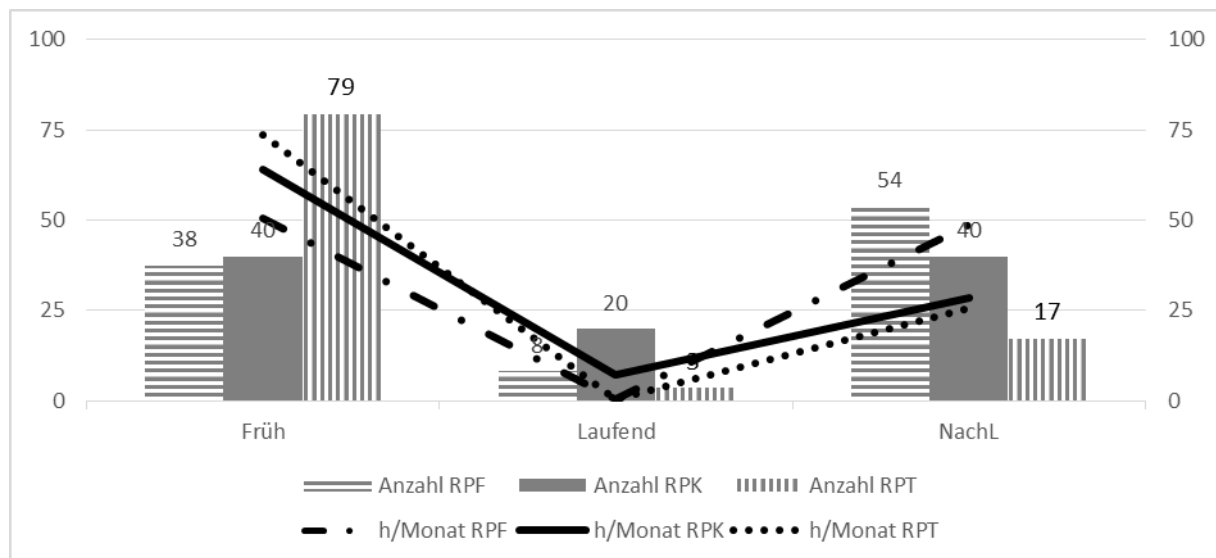


Abbildung: 4.1.4: Abt. 5, Vergleich relativer Anteil (%) Anzahl Vorhaben und Aufwand (h/Monat), differenziert nach RP und Phase der Beteiligung

Wie die obige Abbildung zeigt, weist das RPT - was das Verhältnis von früher, laufender und nachlaufender Beteiligung angeht – im Grunde das gleiche Profil auf wie im allgemeinen die Abt. 4 (siehe Abb. 4.2). Die frühe Beteiligung dominiert, was die Anzahl von Verfahren als auch den Aufwand anbelangt (laufende Beteiligung spielt kaum eine Rolle), während der Anteil der nachlaufenden Beteiligung etwas höher ist, ohne jedoch das Niveau der frühen Beteiligung zu erreichen (nachL /früh, h/Monat: 1/3, Anzahl: 1/4,5). Das RPK und insbesondere das RPF haben einen deutlich höheren Anteil an nachlaufender Beteiligung. Im Falle des RPF ist der Anteil der Zahl der Vorhaben mit nachlaufender Beteiligung sogar höher als der der Vorhaben mit früher Beteiligung, während der Anteil in h/Monat jeweils bei ca. 50% liegt. (Im Falle des RPK spielt zum ersten Mal bei zwei Vorhaben auch die nicht-förmliche Beteiligung im laufenden formellen Verfahren eine nennenswerte Rolle). Verantwortlich für den hohen Anteil der nachlaufenden Beteiligung bei den RPF und RPK ist das IRP. In Freiburg gehören die neun Verfahren mit dem höchsten Aufwand zum IRP.⁸⁰ Sieben Vorhaben befinden sich bereits im Realisierungsstadium (nachlaufende Beteiligung) mit insgesamt ca. 155h/Monat Aufwand. Zwei Verfahren sind noch im „frühen Stadium“ mit ca. 159h/Monat. Beim RPK macht der Aufwand für das größte Vorhaben „Elisabethenwörth“ (IRP, frühe Beteiligung) bereits ca. 44% des gesamten Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung aus. Die nachlaufende Beteiligung spielt also für die mit dem IRP befassten RP eine große Rolle, aber die besonderen großen Verfahren („Elisabethenwörth“, 91,6 h/Monat) und „Breisach/Burkheim“ (154,4

⁸⁰ Die einzelnen Verfahren der RP sind im Kap. 3.2.2 aufgeführt.

h/Monat, ca. 45,5% des gesamten Aufwand der Abt. 5 RPF) sind, wie im Bereich der Abt. 4, im Stadium der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung angesiedelt.

Phase	RPF	RPK	RPT
Früh	19,1	33,4	2,8
Laufend	1,0	7,7	0,5
NachL	12,7	14,9	4,5

Tabelle: 4.1.4: Abt. 5, Vergleich Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) je Vorhaben, differenziert nach RP

Grundsätzlich haben größere Verfahren im Durchschnitt einen höheren Aufwand (h/Monat) aufzuweisen. Allerdings ist der durchschnittliche Aufwand im Falle des RPK auch bei Verfahren in anderen Phasen relativ hoch.

4.2. Charakter (Art) der Beteiligung: Information, Anhörung und Beteiligung

Neben dem Zeitpunkt, an dem die Beteiligung in den einzelnen Vorhaben erfolgt ist, wurde ebenso erfasst, welchen Charakter die eingesetzten Beteiligungsinstrumente (In Anlehnung an die Einordnung des Planungsleitfadens⁸⁶) grundsätzlich haben (vgl. auch Kap. 1.2.3). Zu diesem Zweck wurde - für jeden Monat - in den Excel-Dateien aller erfassten Vorhaben angegeben, welche Maßnahmen konkret ergriffen worden sind. Insgesamt wurden 29 unterschiedliche Formate bzw. Instrumente, z.B. „Pressemitteilungen“, „Bürgerversammlungen“, „Befragungen“, „Runde Tische“ oder „Projektbeiräte“ im Detail erfasst (es konnten aber auch weitere Formate bzw. Instrumente angegeben werden). Die Instrumente/Formate waren in drei Gruppen mit prinzipiell steigender Beteiligungsintensität gegliedert, die ihren wesentlichen Charakter ausdrücken sollten⁸⁷:

1. **Information** über Vorhaben und Planungsstand, Auswahlmöglichkeiten
2. **Anhörung** von Meinungen, Empfehlungen und Einwänden, Auswahlmöglichkeiten
3. **Beteiligung** an Lösungsfindung und Planung, Auswahlmöglichkeiten

Darüber hinaus wurde erfasst, ob der jeweilige Aufwand (in einem bestimmten Monat) durch die Teilnahme an Terminen bzw. Veranstaltungen wie Bürgerversammlungen, Sitzungen etc. entstanden ist, auf die Vor- und Nachbereitung von Präsenzveranstaltungen oder auch die Erstellung von Informationsmaterialien (z.B. FAQs im Internet), Präsentationen, Flyer etc. pp. zurückzuführen ist.

Diese Vor- und Nachbereitung macht insgesamt (über alle Abteilungen und RP) zwischen etwa 60% bis 70% des erfassten Aufwands aus:

⁸⁶ Vgl. Kap 1.1 (Fn. 2).

⁸⁷ Es konnte allerdings für jedes Format/Instrument spezifisch angegeben werden, ob neben Informationsvermittlung, auch eine Anhörung (von Meinungen) oder eine Beteiligung stattgefunden hat, z.B. im Rahmen von Bürgerversammlungen, die grundsätzlich als Instrument der Informationsvermittlung eingestuft werden (siehe Kap. 1.1). Hierauf wird im Folgenden noch zurückgekommen werden.

Beteiligung Charakter	Termine / Veranstaltungen etc.	Vor- / Nachbereitung	
	h/Mon.	h/Mon.	Prozent (%)
Information	207	411	66
Anhörung	135	334	71
Beteiligung	98	142	59

Tabelle: 4.2.1: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte

Für einen kleinen Teil des Aufwands wurden keine Informationen darüber übermittelt, wodurch der Aufwand konkret verursacht worden ist (ca. 6% des gesamten projektbezogenen Aufwands⁸⁸).

Die Zuordnung des Aufwands zu den Kategorien Information, Anhörung und Beteiligung erfolgte in der Form, dass der Aufwand eines Monats immer dann der „höherrangigen“ Kategorie zugeschlagen wurde, wenn ein dieser Kategorie zugehöriges Instrument in einem bestimmten Monat eingesetzt worden ist. Konkret bedeutet dies, dass wenn in einem Monat in den Excel-Tabellen ersichtlich wurde, dass z.B. ein Begleitkreis oder ein Runder Tisch durchgeführt (oder vor- und nachbereitet) worden ist, sämtlicher Aufwand der Kategorie „Beteiligung“ zugeordnet worden ist. Wurden dagegen in einem bestimmten Zeitraum nur Instrumente zur Informationsvermittlung eingesetzt (z.B. Pressemitteilungen), dann wurde der Aufwand für diesen Zeitraum der Kategorie „Information“ zugeschlagen. Durch diese Vorgehensweise sollte dem Sachverhalt Rechnung getragen werden, dass der Einsatz von Anhörungs- und Beteiligungsinstrumenten immer auch die (vorangegangene) Information der Öffentlichkeit voraussetzt. Diese Vorgehensweise ist nicht vollkommen exakt, da der Aufwand nicht „scharf“ den jeweiligen Beteiligungsinstrumenten zugeordnet werden kann, die in einem bestimmten Zeitraum eingesetzt worden sind⁸⁹.

Neben den drei oben genannten Formen Information, Anhörung und Beteiligung wurde auch das Beteiligungsscopng (mit Umfeldanalysen u.ä.) gesondert erfasst. Insgesamt – über alle RP sowie die beiden Abteilungen 4 & 5 – ergibt sich das folgende Bild:

⁸⁸ I.d.R. liegt der Anteil an Aufwand, der nicht zugeordnet werden konnte (konkret bedeutet dies, dass in einem Monat CA-TS Aufwandsbuchungen für ein Vorhaben vorliegen, aber keine Angaben über diesen Aufwand in der dazugehörigen Excel-Tabelle) bei 5% bzw. noch deutlich darunter. Lediglich im RPS ist er höher (ca. 35%), was wiederum mehr als die Hälfte der 6% insgesamt ausmacht, der nicht zugeordnet werden konnte.

⁸⁹ Eine exakte Zuordnung von Aufwand und „Ursache“ (eingesetzte Beteiligungsinstrumente) wäre nur möglich gewesen, indem die CA-TS Software entsprechend durch den Hersteller angepasst worden wäre; dies hätte wiederum eine neue Dienstvereinbarung erfordert, was aufgrund des hohen zeitlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwands bereits in einer frühen Phase durch die Steuerungsgruppe verworfen worden ist. Die im Anschluss verabredete Vorgehensweise (Kombination von CA-TS und Excel-Erfassung) hat, wie zu sehen ist, ebenfalls Ergebnisse ermöglicht, die in dieser Form zuvor noch nicht möglich waren: Die Analyse des Aufwands und der Ursachen von Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung.

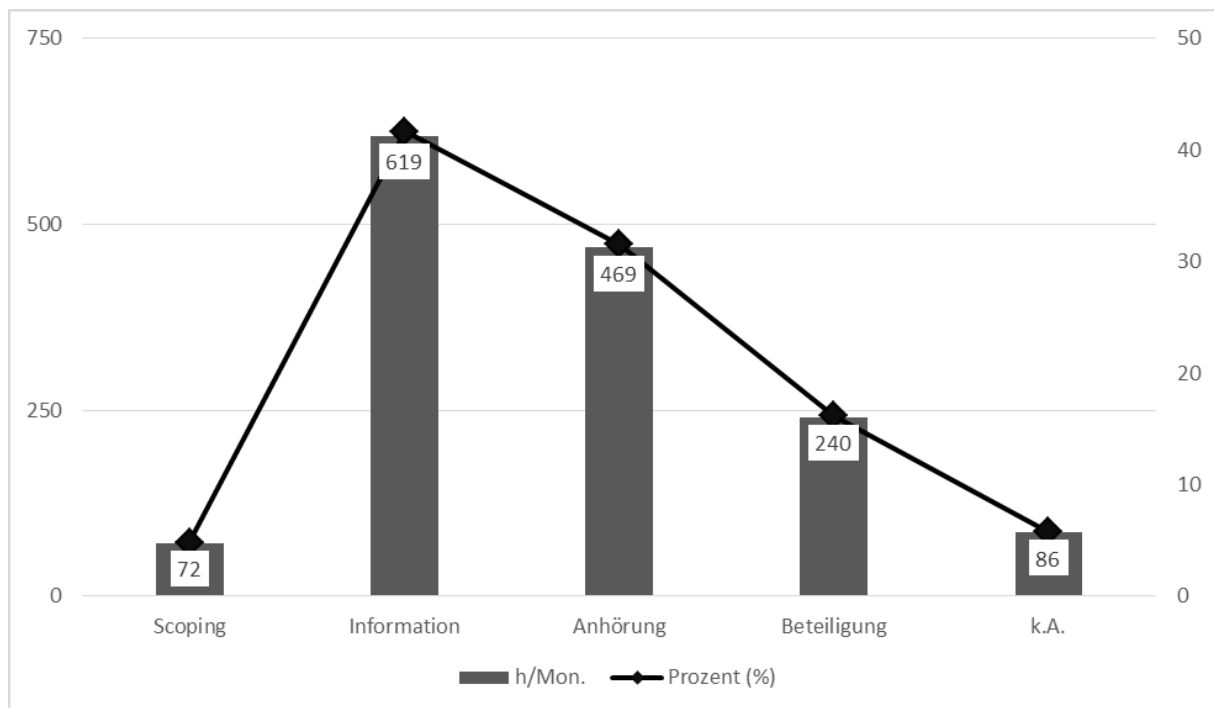


Abbildung: 4.2.1: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte

Insgesamt ergibt sich ein sehr stimmiges Bild. Der Aufwand für Informationsübermittlung und Anhörung überwiegt, denn, wie in den vorausgegangenen Kapiteln zu sehen war (insbes. Kap. 2 und 3), reicht in vielen Fällen die Information und Anhörung der betroffenen Kommunen und Bürger als Öffentlichkeitsbeteiligung aus (möglicherweise unterstützt durch bilaterale Gespräche und Verhandlungen) - jedenfalls dann, wenn die Vorhaben im Grunde unstrittig sind (wie bei einer lange geforderten Umgehungsstrasse). Bei einigen, zwar wenigen, aber umso aufwendigeren Verfahren, müssen Beteiligungsinstrumente wie Begleitkreise, Runde Tische etc. hinzukommen.

Betrachtet man die Ergebnisse differenziert nach den Abteilungen 4 und 5 so wird deutlich, dass das Bild im Wesentlichen identisch ist, es aber wiederum, was sich wie ein roter Faden durch die Auswertung der Daten zieht, einen signifikanten Einfluss einzelner Verfahren gibt, der selbst auf der aggregierten Ebene (aller RP) deutlich sichtbar wird.

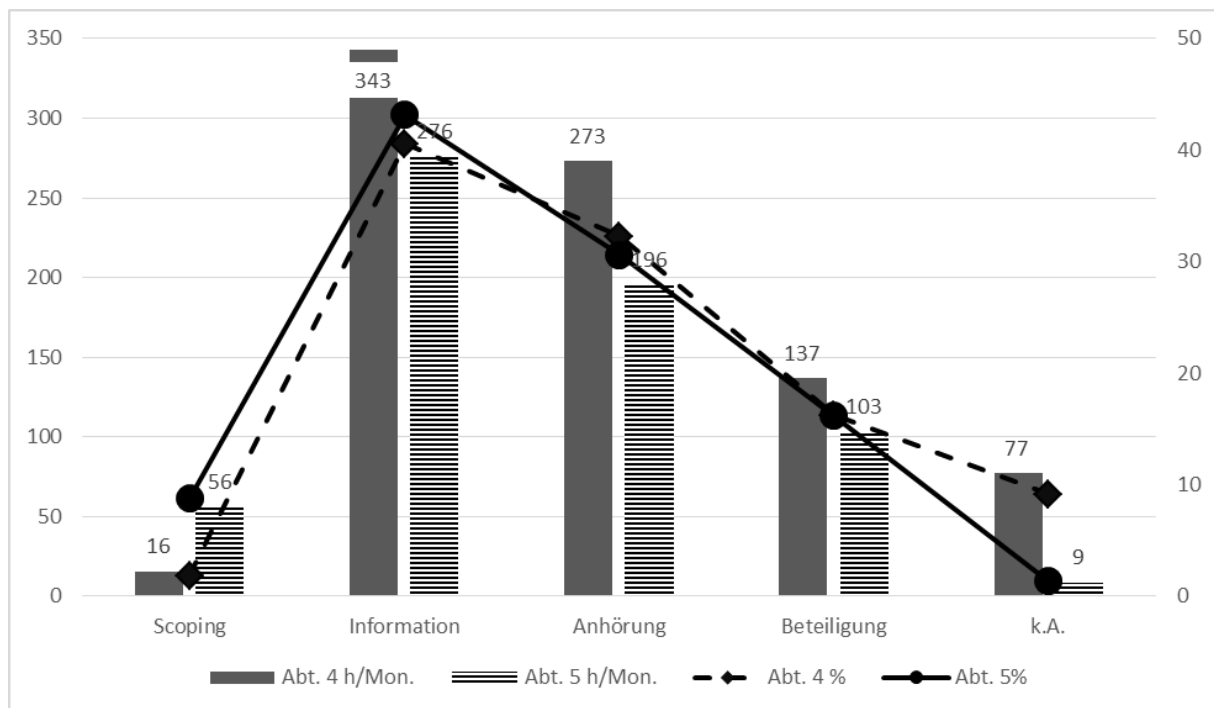


Abbildung: 4.2.2: Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5

Mit ca. 846 h/Monat liegt der von den RP übermittelte Aufwand bei Abt. 4 etwas höher als im Falle der Abt. 5 (ca. 649 h/Monat). Der relative Anteil von Information, Anhörung und Beteiligung ist aber identisch. Der Unterschied zwischen dem Anteil von Aufwand, der nicht zugeordnet werden konnte (k.A.), ist oben bereits erläutert worden.⁹⁰ Der Unterschied, was den Aufwand für das Scoping anbelangt, ist allerdings auf ein ganz bestimmtes Verfahren im Bereich des RPK zurückzuführen: Es handelt sich um das IRP-Vorhaben „Elisabethenwörth“, das gemessen am Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung viertgrößte Verfahren, das im Rahmen der Evaluation erfasst worden ist (91,6 h/Monat). Im Erhebungszeitraum 2015 wurde ein mehrmonatiges Beteiligungsscoping durchgeführt, das den Aufwand für Scoping von ca. 1% bei Abt. 4 auf fast 10% bei Abt. 5 erhöht.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln ist es aufschlussreich und unerlässlich, die dem Gesamtergebnis zugrundeliegenden Details zu betrachten.

4.2.1. Differenzierung nach Abteilungen und RP

Betrachtet man zunächst das Detailergebnis für das RPF, dann wird deutlich, dass nicht alle Abteilungen dem Muster, wie es sich im Allgemeinen finden lässt, entsprechen.

⁹⁰ Vgl. Fn 80.

RPF

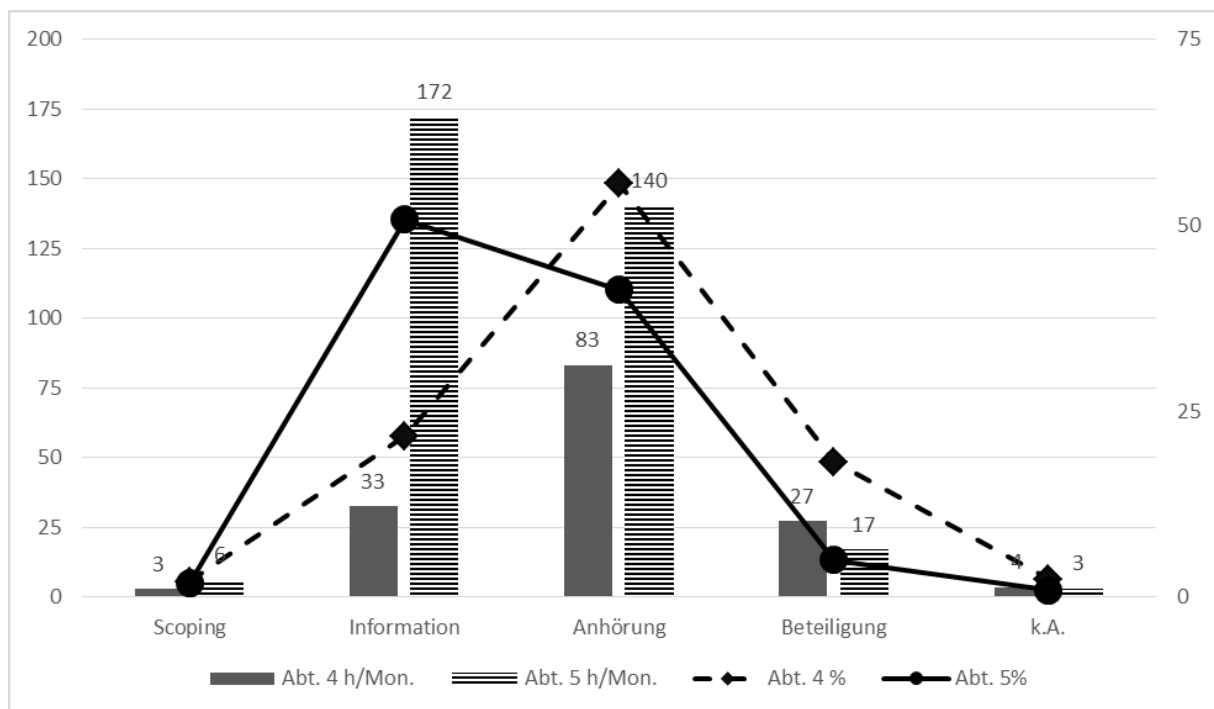


Abbildung: 4.2.3: RPF, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5

Das Profil des Aufwands (Höhe der Balken (h/Mon.) / Verlauf der Linie (%)) zeigt bereits für die Abt. 5 eine gewisse Abweichung vom „Normverlauf“. Die Anteile „Information“ und „Anhörung“ sind deutlich bzw. überproportional höher als für „Beteiligung“. Dies könnte damit zusammenhängen, dass viele der IRP Projekte in der Abt. 5 in Freiburg sich bereits in der Bauphase befinden (siehe Abb. 4.1.4), es also nur noch um das „Wie“ der Realisierung, und nicht mehr um das „Ob“ und gegebenenfalls um Varianten des Vorhabens gehen kann.

Das Profil für Abt. 4 weicht dagegen erheblich vom „Standardmodell“ ab. Der Schwerpunkt liegt auf der Anhörung (86 h/Monat), während Information nur eine untergeordnete Rolle spielt. Auf das Verfahren „BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March“ entfallen fast 50% des gesamten Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Abt. 4 des RPF. Im weiteren Verlauf der Evaluation werden die einzelnen Verfahren im Hinblick auf ihren spezifischen Charakter (der die Ergebnisse, wie oben zu sehen, stark beeinflusst) näher untersucht. Das folgende Kapitel 4.2.2 gibt einen Ausblick auf den weiteren Schwerpunkt der Evaluation, mit Schwerpunkt auf der Betrachtung der großen, besonderen Verfahren, wie es die bisherigen Ergebnisse nahelegen.

RPK

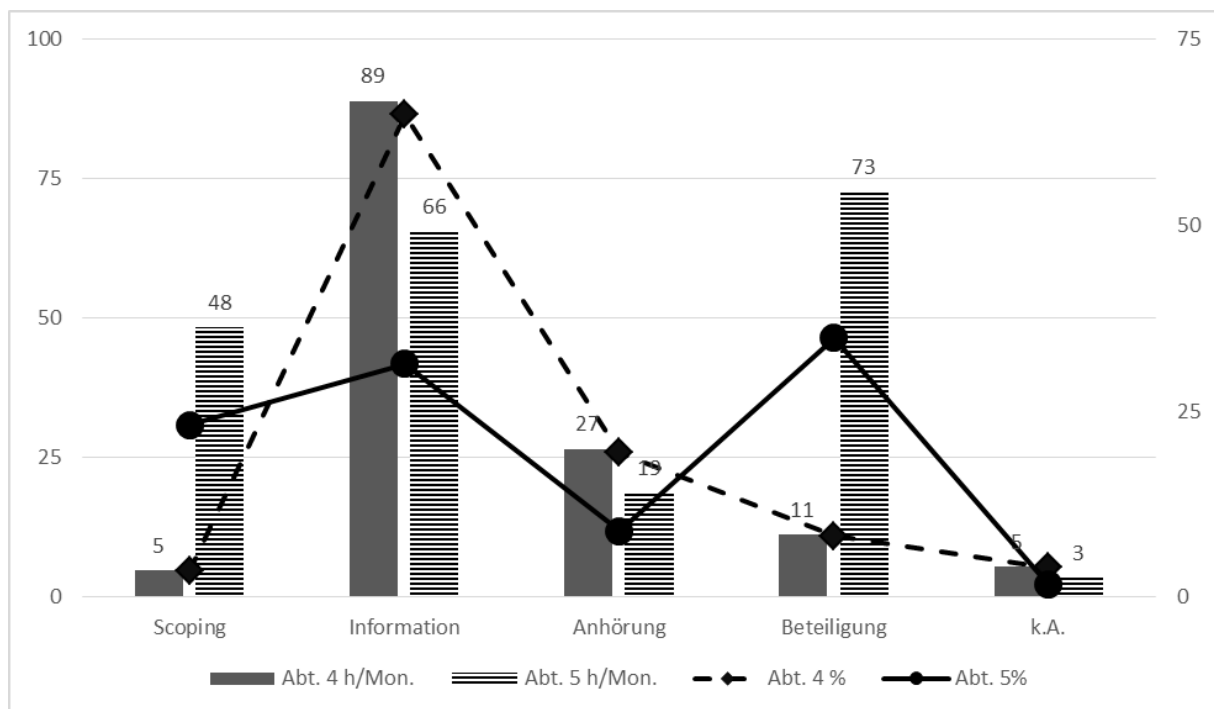


Abbildung: 4.2.4: RPK, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5

Es wird deutlich, dass Abt. 4 dem Standardmodell entspricht, allerdings mit deutlichem Schwerpunkt auf Information - möglicherweise eine Folge der geringen Zahl an großen und sehr großen Verfahren (alle unter 50 h/Monat⁹¹).

Auffällig ist, dass für die Abt. 4 der Anteil „Beteiligung“ im Vergleich zum Standardmodell (und damit zu den anderen RP) am Aufwand sehr hoch ist. Im weiteren Verlauf der Evaluation ist daher zu fragen, inwieweit und aus welchen Gründen die großen Verfahren „Elisabethenwörth“ und „Leimbach“ – beide frühe Beteiligung – eine Rolle für diese signifikante Abweichung spielen (obwohl der Anteil nachlaufender Beteiligung im RPK / Abt. 5 vergleichsweise hoch ist (Vgl. Abb. 4.1.4)).

⁹¹ Vgl. Kap. 2.2.1 (sowie Tabelle 2.2.1).

RPS

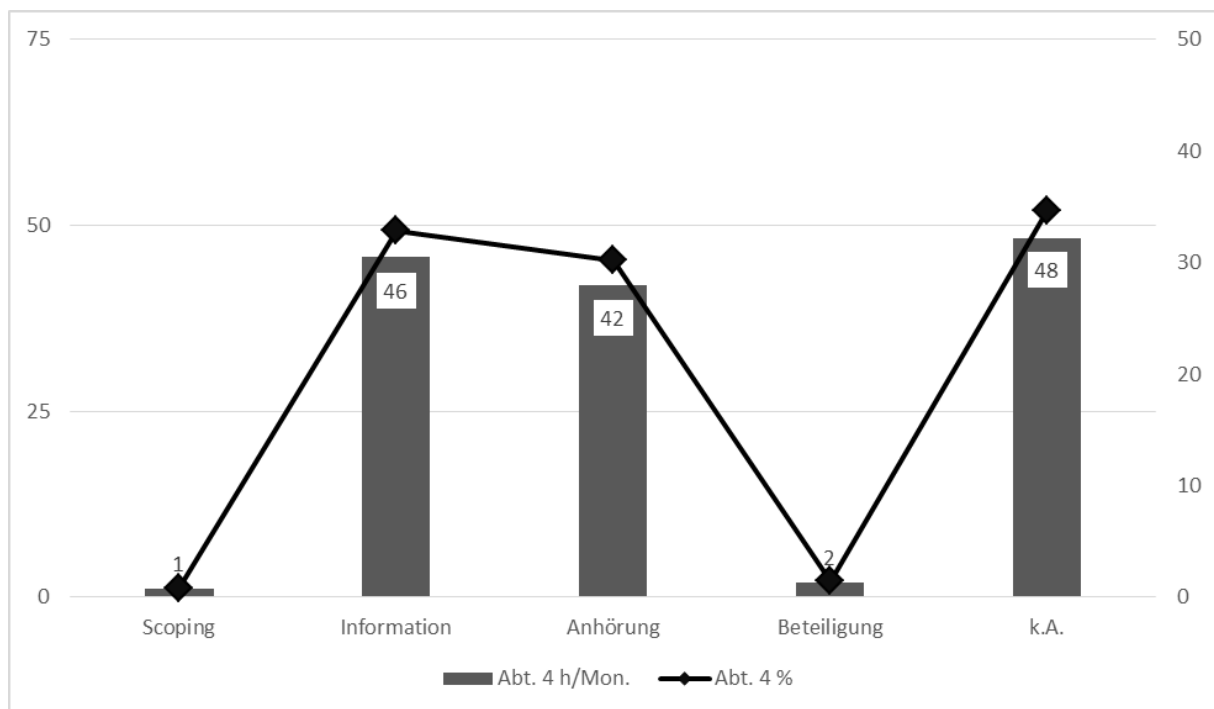


Abbildung: 4.2.5: RPS, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5

Für das RPS liegen nur Daten für die Abt. 4 vor. Das Profil mit dem hohen Anteil für Anhörung und dem geringen Anteil für Beteiligung könnte mit dem fortgeschrittenen Stand der großen Verfahren A6 und A81 im Bereich des RPS zusammenhängen. Wie schon im Falle des RPK (siehe oben), wird im Rahmen der weiteren Evaluation, insbesondere auch durch Interviews mit den Fachleuten, die mit den betreffenden Verfahren befasst sind (siehe Kap. 4.2.3.), den Unterschieden, die vermutlich durch eine spezifisch andere Herangehensweise bei der Öffentlichkeitsbeteiligung verursacht werden, näher auf den Grund zu gehen sein.

RPT

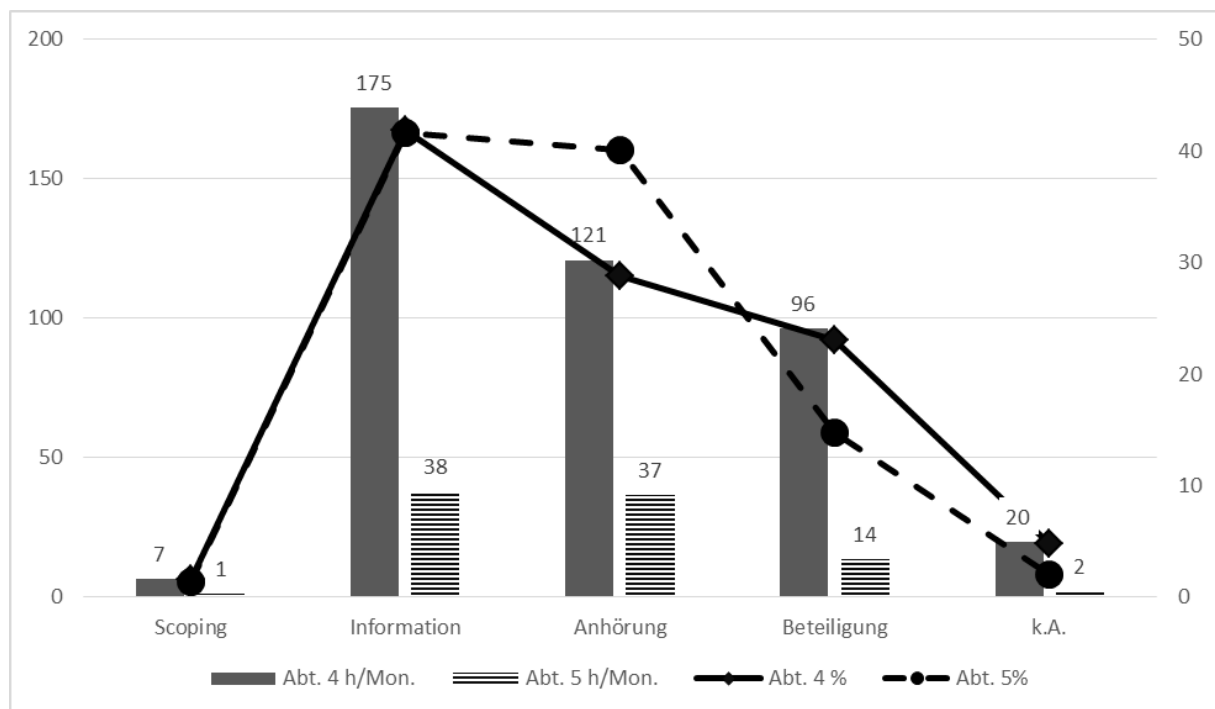


Abbildung: 4.2.6: RPT, Art (Charakter) des Aufwands für Öffentlichkeitsbeteiligung, durchschnittlicher Aufwand (h/Monat) und Prozentwerte, differenziert nach den Abt. 4 & 5

Das RPT ist das Präsidium, bei dem für beide Abteilungen das Profil des Standardmodells noch am ehesten verwirklicht scheint. Auffallend ist aber, dass der relative Anteil für Information in der Abt. 5 eher gering, während dieser in der Abt. 4 eher hoch ist (in beiden Fällen ca. 42%).

Gerade im Falle des RPT ist es interessant nachzuforschen, welchen Einfluss die großen Verfahren wie „B30/B31“ (Abt. 4) und „Kressbronn“ (Abt. 5) auf das Ergebnis haben bzw. was sich hinter den Zahlen verbirgt.

4.2.2. Ausblick 1: Monitoring besonders relevanter (großer) Vorhaben

Insbesondere die Auswirkung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung durch informelle Beteiligungsverfahren auf das formelle Verfahren ist nur zu klären, indem für die großen Verfahren eine detaillierte Betrachtung (Monitoring) erfolgt. Die bisherigen Kapitel (Datenanalysen und Auswertungen) haben gezeigt, dass gerade bei diesen speziellen Verfahren alle Formen der Beteiligung (Information, Anhörung aber auch Beteiligungsformate) intensiv eingesetzt werden und zwar zu allen Zeitpunkten, beginnend vor dem Raumordnungsverfahren bis in die Realisierungsphase. Bei diesen Verfahren ist es daher möglich, die Frage zu klären, ob durch frühe Beteiligung das Ziel, „die eigentliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zu entlasten, z.B. indem die Zahl gerichtlicher Auseinandersetzungen vermindert wird“, erreicht werden kann⁹² (vgl. auch das folgende Kapitel 4.2.3. „Interviews“ sowie das Fazit im Kapitel 5.). Dazu ist es aber unabdingbar, diese Verfahren über einen längeren Zeitraum intensiv zu verfolgen und ihren Verlauf zu vergleichen.

Die im Rahmen der vorliegenden Evaluation entwickelten Erhebungsinstrumente (vgl. Kap. 1.2.) erlauben eine detaillierte Beobachtung der Historie einzelner Verfahren im Zeitablauf. Gemessen an

⁹² Studie 2014, S. 2.

der Zeitdauer eines üblichen Planfeststellungsverfahrens ist ein Jahr Datenerhebung allerdings noch zu kurz, um valide Aussagen darüber zu treffen, inwieweit die „Investition“ in informelle Beteiligung vor der Antragstellung tatsächlich „Zinsen“ in Form eines insgesamt schnelleren und einfacheren Planungs- und Genehmigungsverfahrens erbringt. Was die bisherige Evaluation bereits zu Tage gefördert hat ist, dass in besonderen Verfahren sehr viel in die frühe Beteiligung (teilweise auch die nachlaufende Beteiligung) investiert wird. Häufig erfolgte der Einsatz nicht-förmlicher Beteiligungsinstrumente in der Regel reaktiv (erst sobald Probleme bei der Durchführung der beabsichtigten Planungen auftraten, z.B. sich eine Bürgerinitiative formierte oder betroffene Kommunen Widerstand leisteten). Die Beschreibung der Erfahrung mit großen Straßenbauprojekten, wie sie bspw. J. Holzwarth für den Bereich des RPS schildert (vgl. Kap. 3.3.1), liefern hierfür Indizien. Aktuelle Verfahren, wie die großen Straßenbauprojekte am Bodensee im Bereich des RPT („B30 und B31“) zeigen, dass nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung vermehrt proaktiv eingesetzt wird, d.h. bevor Widerstände sich formiert haben.

Im Folgenden soll ein „Verfahrenssteckbrief“ beispielhaft wiedergegeben werden. Dieser soll aufzeigen, welches Analysepotential für die Verfolgung großer Verfahren im Zeitablauf diese Darstellungs- und Analysemethoden innehat.

Verfahren: „GFI0003 Breisach/Burkheim (295310003002)“ / „Rückhalteraum Breisach/Burkheim“

- RPF / Abt. 5 / frühe Beteiligung / IPR
- Vorhabenträger: Land
- Verfahrensstand: Raumordnungsbeschluss liegt vor; im Planfeststellungsverfahren

Im Internet ist eine Bürgerinitiative (BI) erkennbar:

- Bürgerinitiative für eine vertragliche Retention Breisach Burkheim:
<http://www.buergerinitiative-breisach-burkheim.de>
- Bürgerinitiative für eine vertragliche Retention will im Notfall klagen – Badische Zeitung (20.08.15):
<http://www.badische-zeitung.de/breisach/buergerinitiative-fuer-eine-vertraegliche-retention-will-im-notfall-klagen--109975206.html>
- Integriertes Rheinprogramm - Hochwasserrückhalteraum Breisach/Burkheim - Regierungspräsidium lädt ein zum Infomarkt in Burkheim – regiotrends.de (08.10.15):
<http://www.regiotrends.de/de/schon-gelesen/index.news.285186.html>

Hat die BI möglicherweise auch großen Einfluss auf das Verhalten des RP?

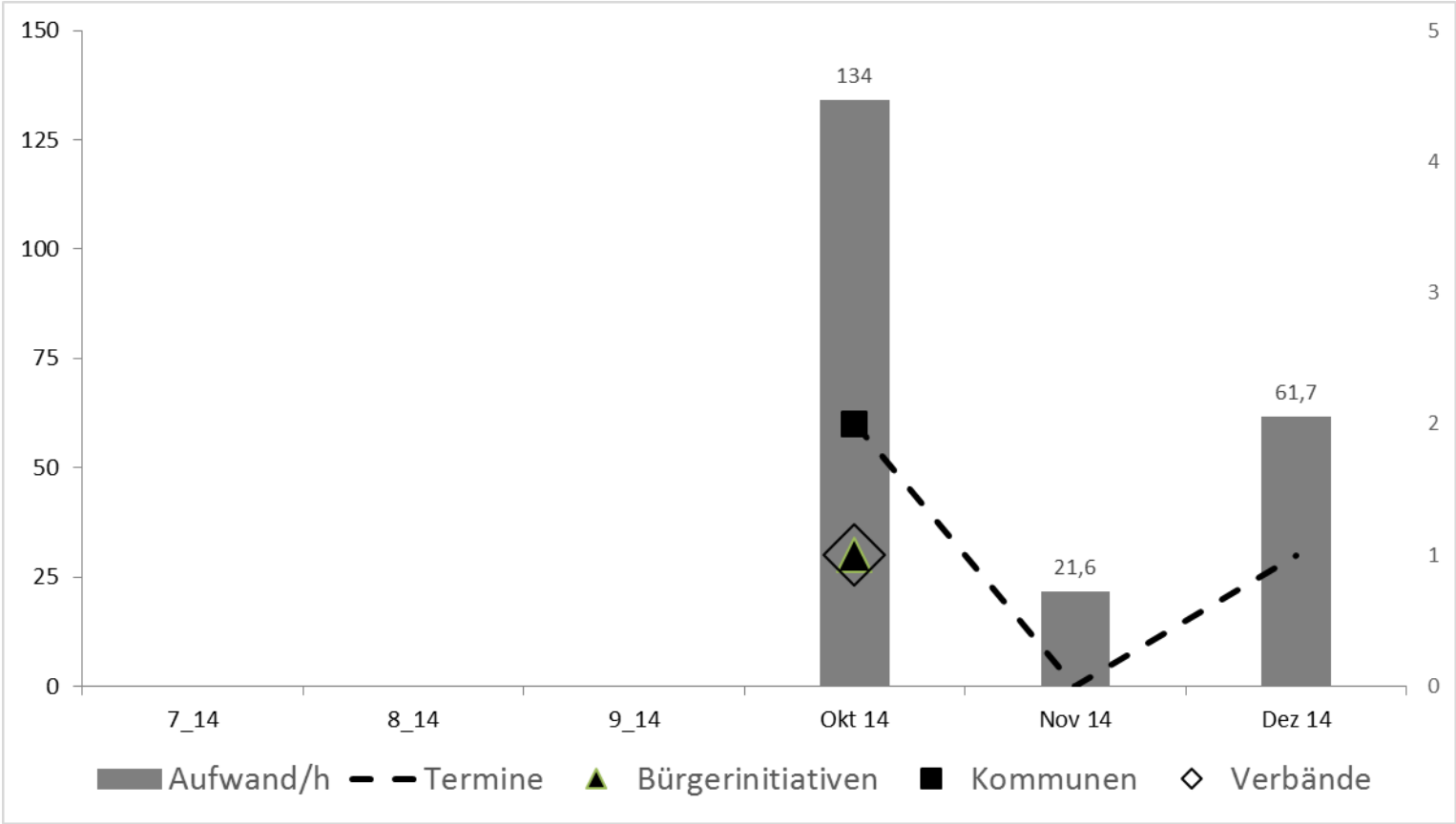
Achse links:

- Aufwand/h

Achse rechts:

Anzahl

- Termine
- BI
- Kommunen
- Verbände

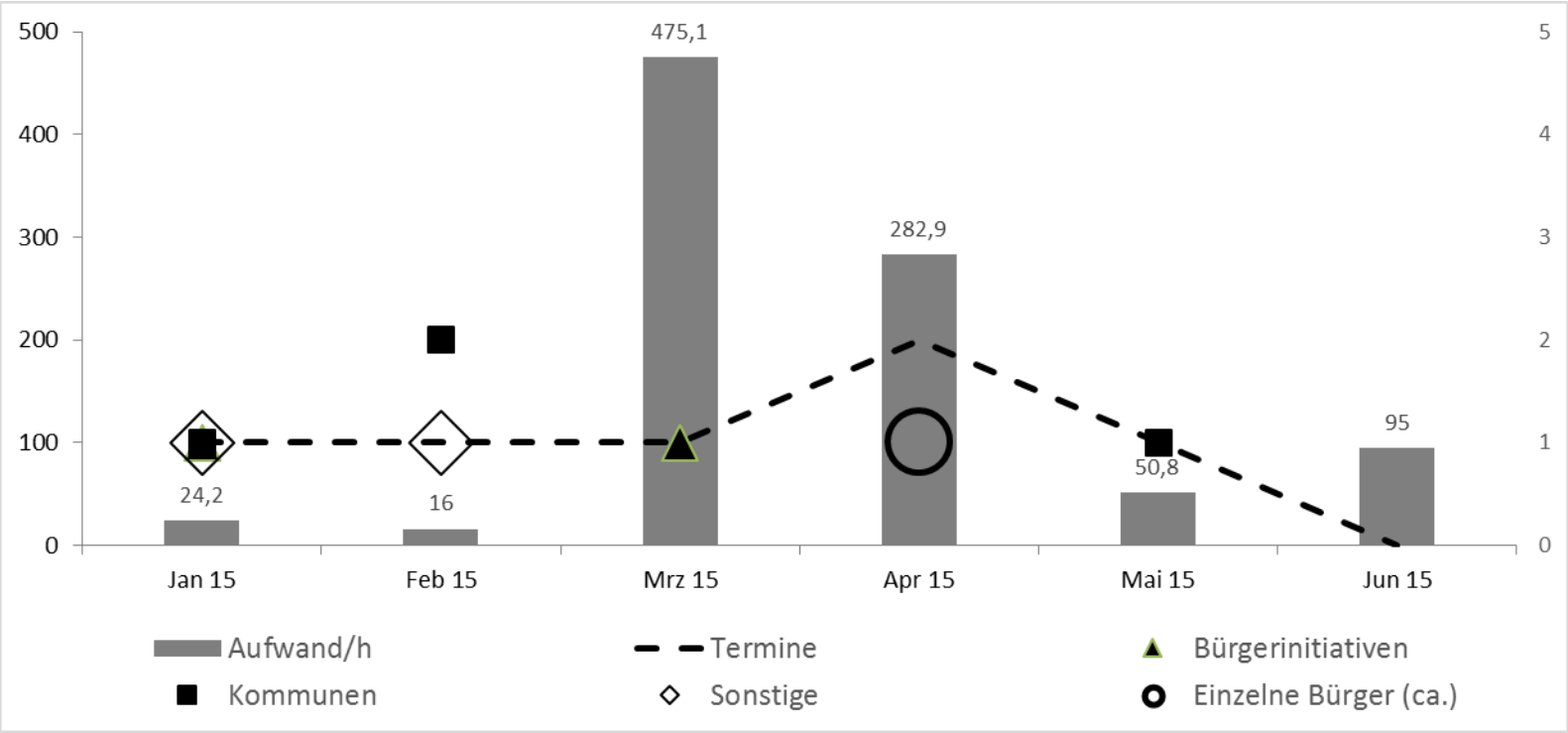


Tätigkeit (Überwiegend)
Charakter (Überwiegend)

Okt 14	Nov 14	Dez 14	
Flyer, Broschüren, Internet (FAQs, Visualisierung etc.)			
öffentliche Sitzungen		Vor-Ort-Terminen / Ortsbegehungen	
Runde Tische			
Information + Beteiligung		Information + Anhörung	

Achse links:

- Aufwand/h
- Einz. Bürger



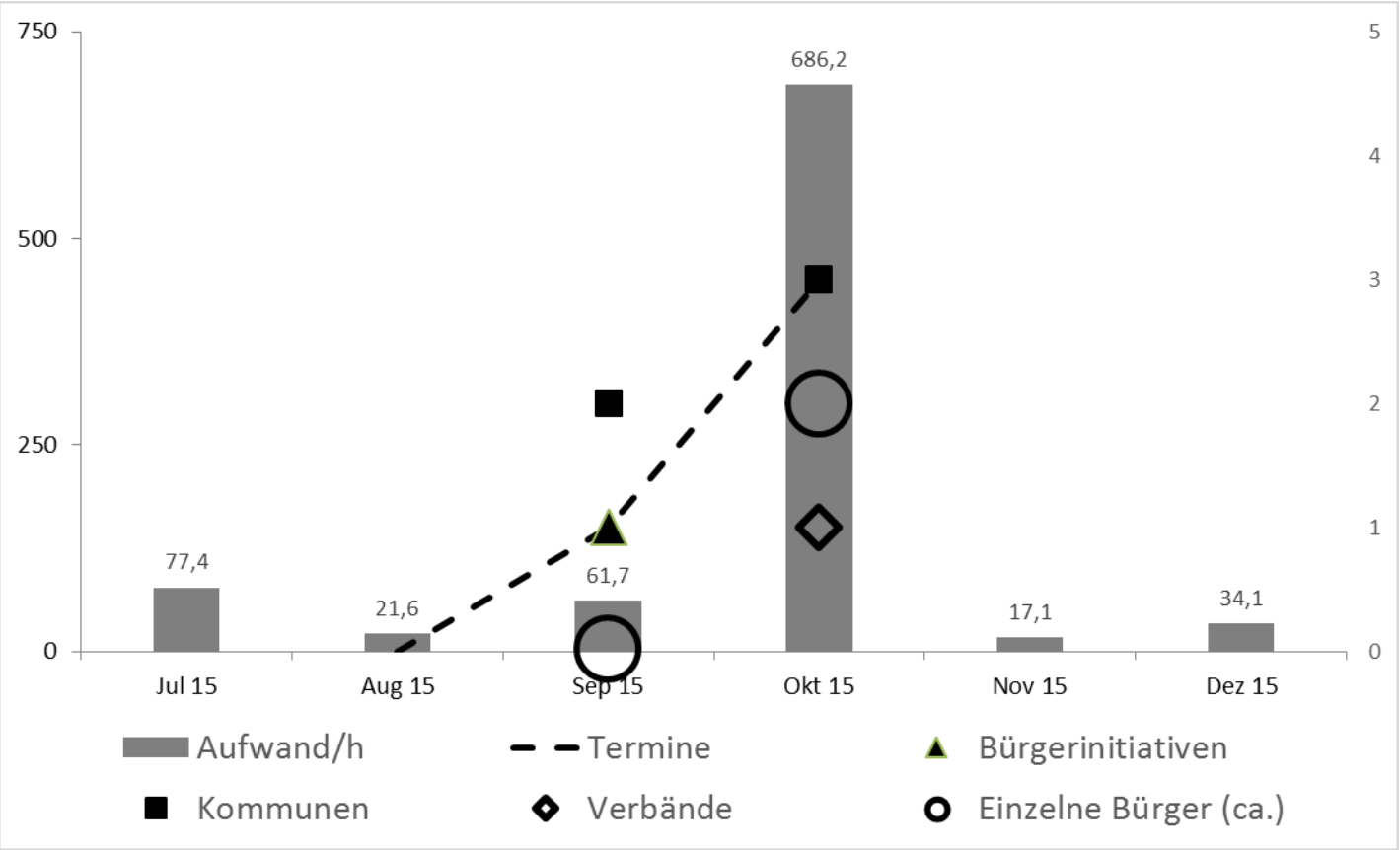
Achse rechts:

- Anzahl
- Termine
 - BI
 - Kommunen
 - Sonstige

	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	
Tätigkeit (Überwiegend)	Flyer, Broschüren, Internet (FAQs, Visualisierung etc.)						
	Bilaterale Vorgespräche						
	Sonstiges						
Charakter (Überwiegend)	Information + Beteiligung			Information + Anhörung			

Achse links:

- Aufwand/h
- Einz. Bürger



Achse rechts:

- Anzahl
- Termine
 - BI
 - Kommunen
 - Verbände

	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15	
Tätigkeit (Überwiegend)	Flyer, Broschüren, Internet (FAQs, Visualisierung etc.)						
			Pressemitteil.				
			Öffentl. Sitzungen		Nachbereitung		
Charakter (Überwiegend)	Information						

4.2.3. Ausblick 2: Experteninterviews

Bereits zur Erstellung der Vorläuferstudie wurden Experteninterviews durchgeführt. Bereits 2013 standen besondere Verfahren (A6 / A81 im Zuständigkeitsbereich des RPS) bzw. Programme wie das IRP (Koordination beim RPF (Landesbetrieb Gewässer)) im Fokus der Interviews. Die Ergebnisse der laufenden Evaluation haben bestätigt, dass bestimmte Verfahren von besonderem Interesse sind.

Verfahren	RP / Abt.	h / Monat	Zeitpunkt	Träger
GFI0003 Breisach/Burkheim	FR / 5	154,4	Früh	Land
B 30 RV-Eschach - Friedrichshafen	TÜ / 4	151	Früh	Bund
B 31, Meersburg/W bis Immenstaad	TÜ / 4	99,2	Früh	Bund
VwV ÖB Elisabethen. Planungsleitf.	KA / 5	91,6	Früh	Land
BAB A 5 Bewirtschaftete Rastanlage March	KA / 4	70,5	Früh	Bund
GFI0005 Elzmündung	FR / 5	63,9	NachL	Land
SammelVerf. A6 AK Weinsberg-Landesgr.	S / 4	50,3	Früh	Bund

Tabelle: 4.2.2: Die sechs (sieben) Verfahren mit dem größten Aufwand (> 50 h/Monat)

Auf die sechs bzw. sieben⁹³ großen Vorhaben entfallen mit ca. 680 h/Monat an Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung etwa die Hälfte des gesamten Aufwands aller ca. 150 im Rahmen der Evaluation erfassten Verfahren. Ungefähr 5% der Verfahren vereinigen also ca. 50% des gesamten Aufwands. Alle großen Verfahren sind entweder in der Verantwortung des Bundes oder gehören zum IRP. Bei einem Verfahren handelt es sich um nachlaufende Beteiligung in der Realisierungsphase. Alle anderen Vorhaben befinden sich in einem frühen Stadium, vor der Antragstellung (PIFV).

Mit den Verantwortlichen der größten Verfahren, Abt. 5 RPF und Abt. 4 RPT, sind bereits Experten-Interviews durchgeführt worden (mit den betreffenden Abt. im RPK und RPS sind diese bereits terminiert oder avisiert). Interessant sind vor dem Hintergrund der Fragestellung nach den Auswirkungen bzw. Effekten der Öffentlichkeitsbeteiligung insbesondere Vorhaben mit sequentielltem Verlauf, wie es die Hochwasserschutzmaßnahmen am Oberrhein (insbesondere „Breisach/(Burkheim“) I bis III, aber auch die „A6“ darstellen. Die Frage, welche Effekte und Erfahrungen von Öffentlichkeitsbeteiligung sich in den bereits abgeschlossenen Planungs- und Bauphasen ermitteln lassen und welche Auswirkungen sich für den weiteren Verlauf der Planungen ergeben haben, können im Hinblick auf diese Projekte näher analysiert werden.

Die Interviews haben ergeben, dass sich aufgrund der zumeist sehr langen Dauer der betrachteten Verfahren (i.d.R. fünf Jahre, aber auch deutlich länger) Fragen nach den Auswirkungen (Effekten) einer (frühen) Öffentlichkeitsbeteiligung immer noch nur schwer beantworten lassen. Zudem muss der individuelle Charakter einzelner Vorhaben beachtet werden. Im Grunde gleichartige Vorhaben können unter anderen Rahmenbedingungen (anderer Ort, andere Zeit) einen sehr unterschiedlichen Verlauf nehmen. So kann ein einmal entstandener Widerstand (z.B. die Bildung einer Bürgerinitiative) eine erhebliche Eigendynamik entfalten.

⁹³ Im Falle der „A6 Weinsberg bis Landesgrenze“ handelt es sich um eine Zusammenfassung verschiedener Teilabschnitte des Vorhabens.

Erste Schlussfolgerungen bezüglich des Erfolgs (früher und nicht-förmlicher) Bürgerbeteiligung scheinen aber möglich:

1. (Frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung erscheint eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung zu sein, um Vorhaben mit „nicht unerheblichen Auswirkungen“ auf eine „größere Anzahl“ von Betroffenen erfolgreich realisieren zu können:
 - a. Ob (frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung den weiteren Verlauf von (großen) Infrastrukturverfahren positiv beeinflusst (weniger Widerstand / Einsprüche im formellen Verfahren) ist unsicher.
 - b. Als sicher kann aber angenommen werden, dass ohne (frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung der Widerstand von Verbänden / Bürgerinitiativen sich einstellen wird und die Realisierung eines Projekts verzögert / erschwert / verhindert wird.
 - c. Auch wenn i.d.R. Konflikte nicht gelöst und Gegner nicht zu Befürwortern von Vorhaben gemacht werden können, so ermöglichen es Instrumente wie „Begleitkreise“, „Runde Tische“ und ähnliches, mit den Gegnern von Vorhaben in einem konstruktiven Dialog zu bleiben. Dies trägt i.d.R. zur Versachlichung und dem besseren Umgang mit Konflikten bei
2. Aufgrund der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung bzw. seit deren Inkrafttreten ist es für die verantwortlichen planenden Stellen (Fachabteilungen) einfacher geworden, Mittel für externe Unterstützung und die dazugehörigen Sachmittel zu erhalten und deren Verwendung zu begründen. (Früher wurde die Notwendigkeit derartiger Ausgaben i.d.R. in Frage gestellt):
 - a. Kosten für externe Moderatoren, Mediatoren, Internet-Beteiligungsformate, Bürgerbefragungen usw., um die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu unterstützen.
 - b. Kosten für Raummieten, Catering etc., die insbesondere für Präsenzveranstaltungen unerlässlich sind.

5. Fazit nach einem Jahr Evaluation (Datenerhebung)

Das „Zwischenfazit“ nach einem Jahr Evaluation VwV Öffentlichkeitsbeteiligung fällt grundsätzlich positiv aus.

5.1. Wirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung sind in der Verwaltungspraxis spürbar

Wesentliche Zielsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Umsetzung von § 25 Abs. 3 VwVfG (identisch mit dem § 25 LVwVfG). Zweck von §25 VwVfG ist es, Vorhabenträger dazu zu bewegen, eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Dabei handelt es sich um informelle Verfahren, die zusätzlich zu den förmlichen Beteiligungsverfahren, z.B. im Planfeststellungsverfahren, durchgeführt werden.⁹⁴ Als Binnenrecht bindet die VwV zunächst ausschließlich Landesbehörden, die mittels der VwV bei der Umsetzung von § 25 Abs. 3 VwVfG eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (*U. Arndt*) einnehmen sollen. Die Ergebnisse der Aufwandserfassung (siehe z.B. 3.2.2) zeigen, dass der Auftrag der VwV in allen RP nachhaltig aufgegriffen worden ist. Im Durchschnitt wurden im Jahr 2015 in den RP zwischen 600 und 800 Stunden pro Monat für informelle Verfahren bei ca. 150 unterschiedlichen Vorhaben der Öffentlichkeitsbeteiligung aufgewendet. Allerdings schwankt der Aufwand stark zwischen einzelnen Verfahren. Grundsätzlich kann zwischen zwei Arten von Verfahren/Vorhaben unterschieden werden: 1) Außergewöhnliche Verfahren mit besonders viel Aufwand und 2) „normale“ Verfahren, die eher im kleineren regionalen Rahmen verortet sind.

Während § 25 Abs. 3 VwVfG auf die Phase vor der Antragstellung fokussiert ist, „greift die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung viel weiter aus. Dort ist die gesamte Projektdauer erfasst. Sie reicht von der ersten Vorüberlegung (noch vor der Raumordnung) über das Raumordnungsverfahren, die Genehmigungsphase bis zur Bauphase.“⁹⁵ Auch hier ist die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgreich (siehe Kap. 4.1), selbst wenn deutlich wird, dass der Schwerpunkt der Aktivitäten von informellen Verfahren in der Phase der frühen Beteiligung vor der Antragstellung liegt (fast drei Viertel des gesamten, projektbezogenen Aufwands). Ca. 25% des Aufwands entfällt auf die Bauphase. Auch hier entfaltet die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung also ihre Wirkung. Die Beteiligung unterscheidet sich aber deutlich zwischen den Phasen eines Vorhabens.

Der Aufwand, der für ein spezielles Verfahren aufgewendet wird, sowie die Art der Beteiligung weisen große Unterschiede auf. Die Verfahrensweise der RP legt die Schlussfolgerung nahe, dass diese höchst rational verfahren, d.h. nur dann in Öffentlichkeitsbeteiligung investieren, wenn dies auch erforderlich ist.

5.2. Rationale Umsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung in der Verwaltungspraxis

Instrumente und Formate, die eine tatsächliche Beeinflussung der Planungen im Vorfeld der Antragstellung erlauben, werden von den RP fast ausschließlich in der Phase vor der Antragstellung (frühe Beteiligung) eingesetzt: Nur ca. 0,5% des gesamten Aufwands entfällt auf Instrumente mit Beteiligungscharakter nach der Antragsstellung. Vor der Antragstellung sind es ca. 12%. Die RP setzen in der Verwaltungspraxis die informellen Verfahren exakt so ein, wie es § 25 Abs. 3 VwVfG und die VwV Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehen:

⁹⁴ Zur Zielsetzung der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung vgl. Arndt, U., VB|BW.

⁹⁵ Ebda., 193.

„Ein in der neueren Diskussion für die Ausgestaltung von Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung angesehenes Element ist der Beginn der Beteiligung zu einem Zeitpunkt, zu dem die wesentlichen Entscheidungen, insbesondere die zwischen mehreren Verwirklichungsvarianten, noch nicht getroffen sind.“⁹⁶

Es ist wiederum zu konstatieren, dass die Intention von § 25 Abs. 3 VwVfG sowie der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung in der Verwaltungspraxis (der RP) angekommen ist. Andererseits wird anhand der erhobenen Daten deutlich, dass sich der Aufwand für informelle Verfahren eindeutig auf einige (wenige) besondere Verfahren konzentriert.⁹⁷ Dies manifestiert sich dadurch, dass im Bereich der Straßenbauverwaltung (Abt. 4 der RP) der Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung – und insbesondere bei Instrumenten mit Beteiligungscharakter – bei großen Verfahren in der Verantwortung des Bundes (Bundesfernstraßen) deutlich höher ist als bei Landesstraßen. Im Bereich der Abt. 5 (Gewässer) ist es das IRP mit seinen großen, auf internationalen Vereinbarungen beruhenden Hochwasserschutzmaßnahmen am Rhein, das besonderen Aufwand mit mehr informeller Beteiligung evoziert als kleinere Verfahren, z.B. Renaturierung oder Hochwasserschutz bei Bächen.

Der Anwendungsbereich von § 25 VwVfG Abs. 3 (identische Formulierung im LVwVfG) für Öffentlichkeitsbeteiligung lautet:

„Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können“⁹⁸.

In der Praxis der Anwendung durch die RP scheinen die Merkmale „nicht nur unwesentliche Auswirkungen“ und „größere Zahl von Dritten“ besonders dann vorhanden zu sein, wenn es sich um Neu- oder Ausbauvorhaben von Bundesautobahnen und –straßen bzw. Hochwasserschutz an großen Flüssen handelt. Zwar finden sich auch signifikante Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Landes- und Kreisstraßen (z.B. „Ortsumfahrung Beimerstetten“) oder kleineren Gewässern (z.B. „Leimbach“). Diese sind jedoch seltener und nicht mit sehr hohem Aufwand verbunden.

Es bleiben wichtige Fragen, die im Verlauf der bisherigen Evaluation noch nicht geklärt werden konnten.

⁹⁶ Studie 2014, S. 1 (mit Hinweisen zu weiteren Belegen) und Arndt, U., VB | BW, S. 193.

⁹⁷ Inwieweit dies auf eine im Vergleich zu anderen Bundesländern angespannte Personalsituation im Bereich der Umweltverwaltung zurückzuführen ist, wie sie das Gutachten von Bogumil, J., S. Bogumil, F. Ebinger und S. Grohs (Weiterentwicklung der baden-württembergischen Umweltverwaltung. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg) kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Zum einen bezieht sich die Aussage der „Mangelverwaltung“ hauptsächlich auf die Landratsämter und weniger auf die RP, zum anderen gehört nur die Gewässerbereich (Abt. 5) zur klassischen Umweltverwaltung, der Straßenbau (Abt. 4) hingegen nicht, vgl. <http://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/umweltministerium-legt-gutachten-zur-zukunft-der-umweltverwaltung-vor/>.

⁹⁸ Arndt, U. VB | BW., S. 194; siehe auch Studie 2014, S. 3.

5.3. Wichtige Fragen für die weitere Evaluation

1. Wie wird ein Verfahren zum „großen Verfahren“, mit hohem Aufwand für Öffentlichkeitsbeteiligung?

Mehrere Aspekte können hier eine Rolle spielen:

- a. Das Projekt hat von Anfang große (politische) Bedeutung (z.B. „Stadttunnel Freiburg“).
 - b. Ergebnis Beteiligungsscopings, wie es die VwV / Planungsleitfaden intendieren.
 - c. Es treten Probleme auf: Widerstand von Kommunen, Bürgerinitiativen etc. Die (frühe) Öffentlichkeitsbeteiligung setzt erst ein, wenn das formelle Verfahren „hakt“ (einige der aktuellen Verfahren wie „Schindhaubasistunnel“, oder „Raststätte Marsch“ könnten in diese Kategorie fallen).
 - d. Sind die Fälle 1.c. ein „Übergangsphänomen“? Die im Rahmen der Evaluation bislang erfassten Verfahren haben ihren Ursprung zumeist vor dem Inkrafttreten der VwV und die Intention des Beteiligungsscopings ist es, Probleme im Vorfeld eines Verfahrens zu erkennen. Ob die Verwaltungspraxis allerdings nicht eher iterativ verfährt, d.h. erst abwartet, ob sich Probleme ergeben, um dann erst „schwere Geschütze“ aufzufahren, bleibt abzuwarten.
2. Gibt es Standardmodelle der informellen Beteiligung?
Wie die Evaluation gezeigt hat, gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen dem Aufwand, der bei großen Verfahren betrieben wird (betrieben werden muss?), und der Masse der kleineren Verfahren, bei denen Instrumente/Formate, die formal der Informationsvermittlung dienen, ausreichend sind:
 - a. Möglicherweise ist es bei Vorhaben, die weniger konfliktreich sind, möglich und ausreichend, Anhörung und Beteiligung der Öffentlichkeit auch im Rahmen „konventioneller“ Formate wie Gemeinderatssitzungen oder Bürgerversammlungen zufriedenstellend durchzuführen.
 - b. Falls die herkömmlichen Instrumente nicht ausreichen: Welche Instrumente werden dann herangezogen und mit welchem Erfolg?
 - c. Welche Rolle / Funktion hat die externe Unterstützung (Moderatoren, Mediatoren, Fachgutachter usw.)

„Erfolg“ der „informellen Instrumente“

„... eine Beteiligung der Öffentlichkeit zu einem sehr frühen Zeitpunkt – noch vor Beginn eines Genehmigungsverfahrens – [liegt] regelmäßig im wohlverstandenen eigenen Interesse eines jeden Vorhabenträgers. ... Konflikte um die Grundkonzeption von Vorhaben lassen sich am besten in einem Stadium der Planung austragen, in dem ein Vorhaben noch gestaltet werden kann ... Vor diesem Hintergrund wird § 25 Abs. 3 VwVfG darauf ab, die Transparenz bei der Genehmigung von Großvorhaben zu erhöhen und hierdurch Konflikten entgegenzuwirken. Hiermit wird das Ziel verbunden, das eigentliche Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren zu entlasten und die Zahl gerichtlichen Auseinandersetzungen zu vermindern.“⁹⁹

Der Klärung dieser Frage dient insbesondere das Monitoring der besonders relevanten (großen) Vorhaben (Kap. 4.2.2.).

⁹⁹ Studie 2014, S. 1f. (siehe auch BT-Dr. 17/96666, S. 15).

Quellenverzeichnis

Arndt, U., Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung, in: Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg, in: VBIBW 5/2015, 192ff..

Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9666, 16. 05. 2012 (Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG)).

Feldmann, M., Neue Wege bei der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung und mehr Transparenz im Umweltbereich. Ausgewählte Neuerungen des Umweltverwaltungsgesetzes für Baden-Württemberg, in: NVwZ 6/2015, 321ff..

Feldmann, M. und J. Heiland, Das neue baden-württembergische. Umweltverwaltungsgesetz, VBIBW 2/2015, 49ff..

Holzwarth, J., Bürgerbeteiligung im Rahmen des 6-streifigen Ausbaus der Autobahnen A6 östlich von Weinsberg und A81 bei Böblingen, in: Straßenverkehrstechnik 1/2103, S. 40ff..

Masser, K., T. Ritter und J. Ziekow, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg – Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift „Bürgerdialog“ und des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ der Landesregierung, Speyerer Forschungsberichte 275, 2014.

Schmitz, H., in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 8. Aufl. 2014, § 1 Rdnr. 76.

Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV-Kostenfestlegung) vom 3. Januar 2014 - Az.: 2-0541.8/33.

Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung) Vom 17. Dezember 2013 (GABl. Nr. 2/2014, S. 22).

Online-Quellen (Aufrufe alle 4. Quartal 2016)

Der Leitfaden für eine neue Planungskultur, Beteiligungsportal Baden-Württemberg unter: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/planungsleitfaden/>

Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung) unter: https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/StM/131217_VwV-Oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf

Umweltministerium legt Gutachten zur Zukunft der Umweltverwaltung vor, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg unter: <http://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/umweltministerium-legt-gutachten-zur-zukunft-der-umweltverwaltung-vor/>

Verwaltungsvorschrift des Finanz - und Wirtschaftsministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV-Kostenfestlegung) unter:
http://www.gaa.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16499/4_01.pdf

Leitfaden für eine neue Planungskultur, Staatsministerium Baden-Württemberg unter:
https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf

B27 Tübingen (Bläsibad)-B28 Langer Schindhaubasistunnel, Regierungspräsidium Tübingen unter:
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/Abt4/B27-28/Seiten/default.aspx>

SAP Help Portal unter:
https://help.sap.com/saphelp_pserv471/helpdata/DE/35/d7d35cd35a2569e10000009b38f9b7/content.htm

Referat 53.3 – Integriertes Rheinprogramm, Regierungspräsidium Freiburg unter:
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/Abt5/Ref533/Seiten/default.aspx>

Fragen und Antworten – Integriertes Rheinprogramm, Regierungspräsidien Baden-Württemberg unter:
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/FuA-IRP.aspx#antwort5>

Breisach/Burkheim, Regierungspräsidien Baden-Württemberg unter:
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/Breisach-Burkheim.aspx>

Integriertes Rheinprogramm, Regierungspräsidien Baden-Württemberg unter:
<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/WasserBoden/IRP/Seiten/default.aspx>

Arbeitslosenquote in Deutschland von Februar 2016 bis Februar 2017, statista unter:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1239/umfrage/aktuelle-arbeitslosenquote-in-deutschland-monatsdurchschnittswerte/>

Die Big Five in Südafrika – Die „großen Fünf“, Touring Afrika unter:
<http://www.touring-afrika.de/suedafrika/big-five.htm>

Weiterentwicklung der baden-württembergischen Umweltverwaltung, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg unter:
https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mum/intern/Dateien/Dokumente/1_Ministerium/Aufgaben_und_Organisation/160822_Gutachten_Weiterentwicklung_Umweltverwaltung.pdf

Methode der gleitenden Durchschnitte unter:
<https://www.wiwiweb.de/statistik/zeitreihenanalyse/zeitverfahre/methode.html>

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de



Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Montag, 2. Januar 2017

179. Jahrgang

Nr. 1

1,80 Euro

Bürger im Land bestimmen deutlich mehr direkt mit

Lockerung der Vorgaben zeigt Wirkung – 28 Bürgerentscheide im vergangenen Jahr

Ein Jahr nachdem die Hürden für Bürgerentscheide im Land gesenkt worden sind, ziehen Landesregierung und auch der Verein Mehr Demokratie eine positive Zwischenbilanz.

VON THOMAS FALTIN

STUTTGART. Im Jahr 2016 hat sich die Zahl der Bürgerentscheide in Baden-Württemberg um 64 Prozent auf 28 erhöht. Auch sind weniger Initiativen an formalen Gründen gescheitert als früher. Zudem gehen die Bürger bei solchen Entscheiden etwas lieber an die Urnen als bei sonstigen Wahlen – bei Bürgerentscheiden lag die Beteiligung bei

52 Prozent, bei Bürgermeisterwahlen bei 43 Prozent und bei Gemeinderatswahlen bei 51 Prozent.

Aufgrund der neuen Regelungen hat sich Baden-Württemberg in der bundesweiten Rangliste des Vereins Mehr Demokratie vom 16. auf den siebten Platz verbessert. An der Spitze liegen Bayern und Bremen. Bürger können jetzt im Land verstärkt über Fragen der Bauleitplanung, also etwa über Baugebiete, abstimmen – eine große Zahl der Bürgerentscheide im vergangenen Jahr fiel tatsächlich in dieses Themengebiet.

Gisela Erler, die als Staatsrätin in der Landesregierung für das Thema Bürgerbeteiligung zuständig ist, sieht die neuen Vorgaben in Paragraph 21 der Gemeindeordnung jetzt als guten Kompromiss an – so ist das

Quorum, ab dem ein Bürgerentscheid gültig ist, von 25 auf 20 Prozent der Wahlberechtigten gesenkt worden. Dennoch sei das Risiko, von Minderheiten überstimmt zu werden, nicht sehr hoch. „Direkte Demokratie eignet sich nicht für alle Themen“, hatte die Grünen-Politikerin gegenüber unserer Zeitung gesagt und nannte dabei gesellschaftspolitische Themen wie die Kinderbetreuung. Diese sollte man nicht stimmungsabhängigen Volksbefragungen unterwerfen. „Aber Bürger einbeziehen, ja, das belebt die Demokratie.“

Sehr positiv ist für Edgar Wunder vom Landesvorstand von Mehr Demokratie, dass nun klare Fristen gelten, wann ein Gemeinderat spätestens über die Zulässigkeit eines Bürgerentscheids entscheiden muss.

Wir nehmen Stellung!

Die Reform der Gemeindeordnung

Der Gemeindetag Baden-Württemberg

Die Geschäftsstelle
Panoramastr. 31
70174 Stuttgart

Präsident und Hauptgeschäftsführer:

Roger Kehle

VORSTELLUNG

Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist der Kommunale Landesverband für kreisangehörige Städte und Gemeinden unseres Landes.

AUFGABEN

Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist Anwalt und Repräsentant von Städten und Gemeinden des Bundeslands Baden-Württemberg.

MITGLIEDER

Von 1.101 Städten und Gemeinden unseres Landes gehören dem Gemeindetag Baden-Württemberg gegenwärtig 1.057 mit rund 6,7 Mio. Einwohnern an.

IHRE ANSPRECHPARTNER ZU DIESEM POSITIONSPAPIER:

Steffen Jäger, Beigeordneter,
Tel. 0711/225 72-32
E-Mail: steffen.jaeger@gemeindetag-bw.de

Irmtraud Bock, Referentin,
Tel. 0711/225 72-21
E-Mail: irmtraud.bock@gemeindetag-bw.de

Kommunale Handlungsfähigkeit nicht gefährden - repräsentative Demokratie braucht Rückendeckung!

Die Städte und Gemeinden sind die bedeutendste politische Ebene wenn es um die Gestaltung der konkreten Lebenswelten der Menschen geht. Seit Jahrzehnten werden in Baden-Württemberg die kommunalen Geschicke im Rahmen einer repräsentativen Demokratie von den gemeindlichen Organen und den kommunalen Verwaltungen im engen Schulterschluss gelenkt. Oberstes Prinzip ist, dass die kommunalen Gremien den Blick für das Wohl der gesamten Gemeinde im Blick haben müssen. Der Entwurf der Landesregierung zur Reform der Gemeindeordnung droht nun, dieses seit Jahrzehnten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger funktionierende kommunalpolitische Gleichgewicht ins Wanken zu bringen. Partikularinteressen sollen mehr in den Mittelpunkt gestellt werden. Die kommunalen Gremien werden in ihrer Kompetenz massiv beschnitten.

Die Bedeutung der Städte und Gemeinden

In Baden-Württemberg gibt es 1.101 eigenständige Städte und Gemeinden. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es bei den Wirtschaftskennzahlen kein nennenswertes Stadt-Land-Gefälle gibt. Grund dafür ist sicher auch die Tatsache, dass viele mittelständische Unternehmen noch heute an ihrem Gründungsstandort ansässig sind, ihre unternehmerische Heimat in kleinen und mittelgroßen

Städten und Gemeinden gefunden haben und sie auch künftig dort sehen.

Ein zentraler Grund für die volkswirtschaftlich gesunde Verteilung der Wirtschaftskraft über das Flächenland dürfte unter anderem in der für Baden-Württemberg charakteristischen, eher kleinteiligen kommunalen Verwaltungsgliederung liegen. Schon die Tatsache, dass 856 der 1.101 Städte und Gemeinden im Südwesten weniger als 10.000 Einwohner haben, spricht für sich. Diese Verteilung auf kleinere und zugleich sehr leistungsfähige Verwaltungsstrukturen mit eigener Entscheidungskompetenz bedeutet klare Zuständigkeiten und kurze Entscheidungswege. Für die zahlreichen mittelständischen Betriebe in Baden-Württemberg sorgt dies für ein hohes Maß an Verlässlichkeit. Die effiziente Verwaltung ist somit ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Volkswirtschaft im Innovationsland Baden-Württemberg.

Aus diesem Grund wird deutlich: Die pflichtgemäße Aufgabenerledigung der kommunalen Ebene ist auf Grundlage der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen in hoher Qualität gewährleistet. Gerade deshalb darf nicht verkannt werden, dass kommunale Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse nicht einem Selbstzweck dienen, sondern die erfolgreiche und ausgewogene Bewältigung

Wir nehmen Stellung! Die Reform der Gemeindeordnung

der vielfältigen kommunalen Aufgaben zum Ziel haben.

Für einen Eingriff in diese Regelungskompetenz bedürfte es also eines grundlegenden Anlasses.

Kommunale Selbstverwaltung ist vom Gesetzgeber garantiert

Insbesondere vor dem Hintergrund der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung sieht der Gemeindetag Eingriffe in die gemeindliche Gremienarbeit als äußerst kritisch an. Diese Einschätzung stützt sich auch auf höchstrichterliche Rechtsprechung: Art. 28 Absatz 2 Satz 1 GG verpflichtet den Gesetzgeber, "bei der Ausgestaltung des Kommunalrechts den Gemeinden eine Mitverantwortung für die organisatorische Bewältigung ihrer Aufgaben einzuräumen. Er hat den Gemeinden einen hinreichenden organisatorischen Spielraum bei der Wahrnehmung der je einzelnen Aufgabenbereiche offenzuhalten." (BVerfGE 91, 228).

Damit ist klar: Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit, diesen organisatorischen Spielraum der örtlichen Geschäftsordnung zu überlassen.

Darüber hinaus garantiert Art. 28 Absatz 2 Satz 1 den Gemeinden "die Organisationshoheit als das Recht, über die innere Verwaltungsorganisation einschließlich der bei der Aufgabenwahrnehmung notwendigen Abläufe und Zuständigkeiten eigenverantwortlich zu entscheiden" (BVerfG 2 BvL 2-13).

Dies zeigt unmissverständlich: Das kommunale Selbstverwaltungsrecht sichert den Städten und

Gemeinden in Baden-Württemberg zu, ihre Angelegenheiten weitestgehend eigenverantwortlich im Rahmen der Gesetze zu regeln.

Subsidiaritätsgrundsatz ist erfolgreiches Fundament

Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf der Staat "nicht Aufgaben an sich ziehen, die von Selbstverwaltungskörperschaften (z.B. Gemeinden) oder von den Einzelnen selbst genauso gut oder besser erledigt werden können. Dieses Prinzip setzen wir in Baden-Württemberg bereits erfolgreich um. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, die erkennen lassen, dass die bisher von kommunaler Seite wahrgenommene Organisationshoheit zu politischen Verwerfungen oder gar Verfehlungen geführt hätte. Im Gegenteil, die kommunale Ebene ist maßgeblicher Garant des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolges in unserem Bundesland.

Auswirkungen der Reform auf die repräsentative Demokratie

Der Gesetzentwurf der Landesregierung bereitet dem Gemeindetag angesichts seiner drohenden Auswirkung auf die repräsentative Demokratie große Sorgen. Schon heute ist festzustellen, dass ein Ehrenamt als Gemeinderat in unserer Gesellschaft an Attraktivität verloren hat. Anerkennung und Wertschätzung für das seitens der Gemeinderäte eingebrachte hohe Maß an persönlichem und zeitlichem Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit weicht zusehends einer kritischen Haltung gegenüber den Entscheidungsträgern in kommunalen Gremien. So werden in zahlreichen Einzelinitiativen

vielfältige Partikularinteressen über das Wohl der Allgemeinheit gestellt. Gerade solch oftmals sehr einseitigen Sichtweisen sind in kommunalen Gremien, die das Wohl der gesamten Gemeinde im Blick haben müssen, nicht mehrheitsfähig. Der Gemeindetag befürchtet, dass in Folge der geplanten Rechtsänderung die Bereitschaft zur Übernahme eines ehrenamtlichen Gemeinderatsmandats erheblich sinken wird.

Fraktionen und Fraktionsrechte können vor Ort geregelt werden

Der Gemeindetag erkennt keinen Sinn darin, Fraktionen auf kommunaler Ebene gesetzlich zu verankern. Es besteht kein Zweifel: Dort wo bereits Fraktionen in kommunalen Vertretungskörperschaften gebildet sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer sinnvollen und effizienten Aufgabenerledigung. Dies war, wenn vor Ort als notwendig gesehen, jedoch schon nach bisheriger Rechtslage auf Grundlage der Geschäftsordnungen möglich.

Es lässt sich jedoch klar feststellen, dass zahlreiche Gemeinderäte seither ohne formal gebildete Fraktionen eine effiziente und am Wohl der Gemeinde orientierte Zusammenarbeit pflegen. Ein Gemeinderat ist kein Parlament im Sinne der Gewaltenteilungslehre, sondern ein Verwaltungsorgan. Die Bildung von Fraktionen sollte deshalb weiterhin der Geschäftsordnungsautonomie der jeweiligen Kommune vorbehalten sein.

Für die Einführung eigener Rechte, insbesondere Antrags- und Veröffentlichungsrechte, gibt es ebenfalls keine Notwendigkeit. Die in der Gemeindeordnung bis jetzt

Wir nehmen Stellung! Die Reform der Gemeindeordnung

enthaltenen Minderheitenrechte sind im Interesse eines Minderheitenschutzes ausreichend. Konkretisierungen können über die örtliche Geschäftsordnung festgelegt werden.

Rechte für Einzelgemeinderäte enormer Eingriff in die innere Selbstverwaltung

Die vorgesehene Regelung, in Gemeinden, in denen nicht mehr als 18 Gemeinderäte zu wählen sind, einzelnen Gemeinderäten, die keinen Fraktionsstatus haben, vergleichbare Rechte wie einer Fraktion zuzusprechen, ist ein aus Sicht des Gemeindetags enormer Eingriff in die innere Selbstverwaltung des Gemeinderates. So soll einzelnen Gemeinderäten die Möglichkeit auf Veröffentlichungen im Amtsblatt und ggf. die Bereitstellung eines eigenen Haushaltsbudgets eröffnet werden.

78 Prozent der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben weniger als 10.000 Einwohner. Die Regelung wäre damit unmittelbar für diese und darüber hinaus auch eine beachtliche Zahl an Kommunen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern, die ihre Gremiengröße freiwillig auf 18 Gemeinderäte begrenzt hat, anzuwenden. Sie hätte damit eine hohe Relevanz und würde bei weitem nicht nur einen Ausnahmeharakter entfalten.

Absenkung der Minderheitenquoren schränkt die Kompetenz des Gemeinderats ein

Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, das gesetzliche Minderheitenquorum für Anträge auf Unterrichtung und Akteneinsicht

nach § 24 Abs. 3 GemO sowie auf Einberufung und Aufnahme eines bestimmten Tagesordnungspunktes nach § 34 Abs. 1 GemO von einem Viertel auf ein Sechstel der ehrenamtlichen Gremienmitglieder abzusenken. Damit wäre eine weitere deutliche Stärkung von Minderheiten - und damit von Partikularinteressen - verbunden. Schließlich hätte eine solche Regelung in allen Städten und Gemeinden zur Folge, dass das Minderheitenquorum um mindestens ein Gemeinderatsmitglied abgesenkt würde. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland kein Bundesland, mit einem Quorum auf solch einem niederen Niveau. Dies zeigt, dass ein Bedürfnis, an dieser Stellschraube zu drehen, bundesweit in der Praxis nicht gesehen wird. Auch in Baden-Württemberg gibt es keine Anhaltspunkte, die erkennen lassen, dass die bisherige Regelung mit einem Quorum von einem Viertel zu erheblichen politischen Problemen führt. Die vorgesehene Absenkung des Minderheitenquorums schränkt die Funktion eines repräsentativen Organs, das verfassungsrechtlich auf Mehrheitsentscheidungen ausgerichtet ist, jedoch unverhältnismäßig ein.

Erweiterung des Bürgerbegehrens auf einleitenden Beschluss im Bauleitplanverfahren nicht sinnvoll

Nach der derzeitigen Rechtslage kann der Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes nicht durch einen Bürgerentscheid ersetzt werden. Nach dem Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung soll jedoch künftig der Aufstellungsbeschluss bzw. der Auslegungsbeschluss ebenfalls für einen Bürgerent-

scheid bzw. ein Bürgerbegehren eröffnet werden.

Dafür gibt es aus Sicht des Gemeindetags keine Notwendigkeit. Das bestehende Recht trägt den grundsätzlichen Anforderungen an direkt-demokratische Elemente Rechnung und schränkt die Bürgerbeteiligung nicht unangemessen ein. Zumal im Vorfeld eines Bebauungsplanes Bürgerentscheide über städtebauliche Entwicklungen durchaus möglich sind.

Zudem lassen sich die Abwägungsentscheidungen im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen in aller Regel nicht vernünftig in ein für ein Bürgerbegehren erforderliches Ja-/Nein-Schema bringen.

Der Gemeindetag ist der Auffassung, dass die Erfüllung der kommunalen Aufgaben schwerpunktmäßig bei den kontinuierlich arbeitenden und vom Volk gewählten Repräsentativorganen verbleiben muss.

Stuttgart, 25. März 2015.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen – Kooperative Demokratie auf dem Vormarsch!?

Vortrag auf der Fachkonferenz „Stadt und Bürger“ des Deutschen Städtetages am 1.3.01
in Kassel

1 Einleitung

Der moderne Staat erfüllt seine Aufgaben nicht ausschließlich in einseitig-hoheitlicher Tätigkeit und in hierarchischen Steuerungsstrukturen. Weder diese Tatsache, noch ihre Erkenntnis ist neu. Neu scheint allerdings zu sein, dass kooperative Handlungsformen an Bedeutung gewonnen haben. Betrachtet man Bürgerbeteiligungsformen, so zeigt sich, dass den seit Mitte der 60er Jahre entstehenden Informations- und Anhörungsrechten im Verfahrensrechtsschutz in den 70er Jahren gesetzliche Anhörungs- und Beratungsrechte einer breiten Öffentlichkeit in der Stadtplanung folgen. In den 80er Jahren geht es vor allem um die aufsuchende und aktivierende Beteiligung spezifischer Zielgruppen, die gezielt angesprochen und motiviert werden. Das Beteiligungsverständnis geht hier schon über Information, Anhören und Beratung hinaus. In den 90er Jahren kommt dann der Kooperation eine wesentliche Bedeutung zu.¹ Ich möchte im Folgenden zunächst einen Überblick über das Spektrum von kooperativen Beteiligungsinstrumenten geben, dann einige Gründe für das Vordringen kooperativer Formen der Bürgerbeteiligung benennen, um dann drittens einige Anmerkungen zu den Potenzialen und Problemen derartiger Beteiligungsformen zu machen.

2 Formen kooperativer Demokratie

Die neuen nicht gesetzlich vorgeschriebenen², sondern freiwilligen, dialogisch orientierten und auf kooperativen Problemlösungen angelegten Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung möchte

¹ Interessant ist bezüglich des Vordringens kooperativer Verfahren die These Selles, der die Entwicklung von Bürgerbeteiligung anhand eines Schichtenmodells beschreibt, in dem die einzelnen Schichten sich nicht ablösen, sondern als Weiterentwicklung die jeweils nächste die vorherige voraussetzt und ergänzt (vgl. Selle 1996).

² Zu den gesetzlich garantierten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten gehören die Beteiligung im Zusammenhang mit Sachgesetzen (Städtebauförderungs-, Bundesbau-, Abfallbeseitigungs-, Naturschutz-, Umweltinformationsgesetz), die Beteiligung im Rahmen der Beschleunigungsgesetze im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost sowie die Beteiligung aufgrund von Regelungen der jeweiligen GOen. Zu letzterem gehören die sachkundigen Bürger oder Einwohner (für ausländische Mitbürger in NRW), die Stadt- und Ortsteilvertretungen, Beiräte, Bürger- und Einwohnerfragestunden in den Gemeinderatssitzungen, Bürger- und Einwohneranträge (vgl. im Detail Roth 1997).

ich als Formen **kooperativer Demokratie** bezeichnen (vgl. Bogumil 2000, S. 221). Diese Verfahren richten sich auf kommunaler Ebene sowohl an einzelne Bürger als auch an Vereine, Initiativen und Verbände. Hierzu gehören neben den traditionellen Formen korporatistischer Verbändebeteiligung,³ vor allem Mediationsverfahren, Zukunftswerkstätten, Stadtteilstforen, runde Tische, Gemeinwesenarbeit, Planungszellen, Ordnungspartnerschaften, Bürgerhaushalte, Arbeitsmarkt-, Pflege- oder Stadtteilkonferenzen, Lokale Agendaprozesse sowie der gesamte Bereich des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne der Mitgestaltung an der Dienstleistungsproduktion.

Kooperative Formen der Demokratie umfassen vor allem den Bereich, in dem die Bürger verstärkt aktiv sind. Kooperative Demokratie beinhaltet damit sowohl die Mitgestaltung der Bürger an der Dienstleistungsproduktion als auch Formen der Mitentscheidung an Planungs- und Entscheidungsprozessen.⁴ Überblicksartig ergibt sich folgendes Bild:

	Auftraggeberrolle	Mitgestalterrolle
Formen	Kooperative Planungsobjekte und Koplanungen durch: Bürgerforen Planungszellen Mediationsverfahren Lokale Agenda Beiräte u.ä.	Mitgestaltung der Dienstleistungsproduktion durch: Selbstverwaltung Selbstorganisation und Selbsthilfe Förderung individuellen Engagements
Ziele	Verfahrensbeschleunigung besseres Steuerungswissen Abbau von Entscheidungsblockaden höhere Akzeptanz	Förderung der Selbststeuerung Haushaltskonsolidierung durch Einbringung eigener Ressourcen höhere Akzeptanz
Zeitpunkt der Partizipation	Planungsphase	Überwiegend Implementationsphase
Theoretische Konzeption	Verhandlungsdemokratie	Kommunitarismus

Abbildung 1: Formen kooperativer Demokratie

³ Lokalen Korporatismus findet man vor allem in Bereichen der Jugendhilfe, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie begrenzt im Bereich der Wirtschaftsförderung (Heinze/Voelzkow 1998). Sie weisen die gleichen „Vorzüge“ auf, die korporatistischen Arrangements auch auf anderen Feldern zugeschrieben werden. Durch die Beteiligung von Interessenorganisationen an der Entscheidungsfindung wird versucht, dass die Verbände die heterogenen Interessen ihrer Mitglieder bündeln und zugleich Verantwortung für die Durchsetzung der getroffenen Vereinbarungen übernehmen. Dies soll zu einer Zusammenführung von Ressourcen und Informationen, besserer Abstimmung und letztlich höherer Effektivität der Maßnahmen führen.

⁴ Hier wird davon ausgegangen, dass die Beziehungen zwischen Kommune und Bürger vielfältig sind und sich idealtypisch drei Rollen des Bürgers in der Kommune unterscheiden lassen (vgl. Bogumil 1999): der Bürger als politischer Auftraggeber, der Bürger als Adressat (Kunde, Klient, Untertan) der Leistungserstellung sowie der Bürger als Mitgestalter des Gemeinwesens, als Koproduzent bei der Leistungserstellung.

Im Bereich der **Auftraggeberfunktion** geht es um dialogisch orientierte Formen der Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Hierzu zählen **punktueller** kooperative Planungsobjekte und Koplanungen (vgl. Holtkamp 2000, S. 86ff.)

- durch Bürgerforen (Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, Szenario-Workshops, Fishbowlverfahren), bei denen sich die Bürger von sich aus zur Teilnahme melden;
- durch Planungszellen, bei denen ca. 15 bis 30 Bürger per Zufallsstichprobe ausgewählt werden, die von ihren sonstigen Verpflichtungen befreit sind und für den Verlust von Frei- und Arbeitszeit entschädigt werden;
- durch Mediationsverfahren, bei denen ein unparteiischer Mediator versucht, verschiedene Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen und im Rahmen eines Diskussionsprozesses zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen⁵ sowie
- im Rahmen von Lokalen Agendaprozessen, in denen verschiedenen kooperative Beteiligungsformen eingesetzt werden.

Zu den **dauerhaften** kooperativen Formen im Bereich der Auftraggeberrolle gehören Beiräte wie die Jugendgemeinderäte oder Seniorenbeiräte, Vertreter von gesamtstädtischen Interessenorganisationen in Fachausschüssen (Stadtsporthund, Stadtjugendring) sowie die Verbändebeteiligung durch Pflegekonferenzen oder kriminalpräventive Räte. Da die verschiedenen kooperativen Verfahren ihre jeweils eigenen Stärken und Schwächen haben, werden sie mitunter auch miteinander kombiniert, z.B. im „Mehrstufigen Dialogischen Verfahren“ (Gessenharter 1996) oder im kooperativen Diskurs (Renn u.a. 1999).

Inhaltlich beziehen sich die aufgeführten Verfahren u.a. auf Wohnprojekte für altersgerechtes Wohnen, die unter Mitwirkung der Betroffenen konzipiert werden, die Hinzuziehung von Gewerbetreibenden bei der Attraktivitätssteigerung von Stadtteilzentren, die an einem attraktiveren Umfeld und guten Parkmöglichkeiten interessiert sind,⁶ die Beteiligung der Bürger schon an der Planung von Spielplätzen, die Einbeziehung von Bürgern in Prozesse der Stadtteilerneuerung oder Verkehrsplanung und die vor allem auf die Umweltpolitik ausgerichteten Initiativen im Bereich der Lokalen Agenda.

Unterschieden werden kann im Bereich der **Mitgestaltungsrolle** zwischen folgenden Formen:

- Selbstverwaltung (Clubhäuser, Schwimmbäder, Sport- und Freizeitanlagen, Senioreneinrichtungen, Sport- und Kulturveranstaltungen);

⁵ Während Planungszellen zwischen 1975 und 1996 nur 15mal bei kommunalen Planungsvorhaben in Deutschland eingesetzt wurden, fanden allein in den 90er Jahren bereits ca. 40 Mediationsverfahren bei Planungsvorhaben im Umweltbereich statt.

⁶ In NRW gibt es 1999 53 Kommunen mit kooperativen Stadtmarketingprojekten nicht zuletzt aufgrund einer Landesförderung. Das ist fast jede achte Kommune in NRW. Die Landesförderung ist hier als Anlaufhilfe für kooperative Stadtmarketingarbeitskreise gedacht und bindet die Förderung an die Einrichtung von Bürgerforen.

- Selbstorganisation und Selbsthilfe von Vereinen und Initiativen (Selbsthilfegruppen in den Bereichen Gesundheit, Drogenabhängigkeit, Behinderung, Arbeitslosigkeit; Initiativen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Bereich Spielanlagen, Sauberkeit, örtliche Sicherheit, Kultur u.a., Durchführung von Sanierungsarbeiten in Schulen und Kindergärten) sowie
- Förderung individuellen Engagements (Tauschbörsen nichtmarktlicher Dienstleistungen; Freiwilligenzentren; Spielplatzpatenschaften, Übernahme von Straßen- und Grünflächenpflegemaßnahmen).

Insgesamt gibt es also vielfältige Formen kooperativer Demokratie auf kommunaler Ebene und es besteht der Eindruck, dass diese von den Kommunalverwaltungen zunehmend angewendet werden, auch wenn es hier keine eindeutigen empirischen Beweise gibt (vgl. Banner 1999; Naschold/Oppen/Wegener 1998; Holtkamp 2000; Bogumil/Vogel 1999). Zumindest beschäftigen sich sowohl die KGSt mit ihrem Arbeitsvorhaben „Aktive Bürger“, die Bertelsmann-Stiftung mit ihren Projekten „Bürgerorientierte Kommune“ sowie dem Netzwerk „Civitas“ als auch das Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ mit einem spezifischen Netzwerkknoten im Bereich der Bürgerkommune intensiv mit dieser Problematik.⁷ Nach Banner handelt es sich hier nicht um eine Modeerscheinung, sondern um ein **Grundanliegen** (Banner 1999, S. 160). Bezüglich des Tempos und der Breite der Umsetzung kooperationsdemokratischer Verfahren ist in der kommunalen Praxis jedoch eine erhebliche Varianz zu beobachten. Der Umsetzungsgrad hängt, typisch für freiwillige Verfahren, stark von örtlichen Faktoren ab, wie der Kooperationsbereitschaft der Verwaltung, des Bürgermeisters und des Rates, dem Vorhandensein akuter Kooperationsanforderungen seitens der Bürger oder der Begleitung durch die örtlichen Medien. Auch die Größe der Gemeinde spielt eine wichtige Rolle (vgl. Kunz/Gabriel 2000).

3 Gründe für das Vordringen kooperativer Beteiligungsformen

Regierungen und Verwaltungen müssen sich aus unterschiedlichen Gründen verstärkt auf Verhandlungen und Arrangements einlassen. Kooperationsbedarf ergibt sich aus den Rationalitätsgrenzen repräsentativer Demokratie, aus den Grenzen rechtsstaatlicher Steuerung und aus den Grenzen sozialstaatlicher Leistungserbringung. Bezogen auf die kommunale Ebene lässt sich feststellen, dass in Zeiten geringer werdender finanzieller Handlungsspielräume bei zum Teil größer werdenden Problemlagen und einer damit

⁷ Zumindest für diese Organisationen spielt dabei der von Frieder Naschold immer wieder forcierte Blick auf die Modernisierungserfahrungen fortgeschrittener ausländischer Kommunen eine wichtige Rolle. Bezüglich weitgehender Bürgerbeteiligungsstrategien wird vor allem auf die finnische Stadt Hämeenlinna hingewiesen (vgl. hierzu ausführlich Oppen 1999). In ihrer „Charter of Democracy“ verpflichtet sich die Stadt Hämeenlinna, die Koplanung und Mitwirkung auf alle Politikbereiche auszudehnen, gemeinsam mit den Bürgern kontinuierlich nach Verbesserungen und neuen bereichsübergreifenden Problemlösungen zu suchen, die Zugänglichkeit zu, Wahlmöglichkeit zwischen und Transparenz aller Leistungsangebote zu verbessern sowie die Leistungsfähigkeit und Servicefreundlichkeit der Verwaltung laufend zu messen und mit anderen Anbietern zu vergleichen.

einhergehenden wachsenden Unzufriedenheit bei den Bürgern kooperative Bürgerbeteiligungsformen an Bedeutung gewinnen. Setzten die alten Konzepte der Bürgerbeteiligung vor allem auf die Stärkung der Legitimation kommunalen Handelns, so zielen die neuen kooperativen Demokratieformen auch auf die Verbesserung der Effektivität und Effizienz kommunalen Handelns. Wesentliche Ursache für ihr Vordringen ist aus meiner Sicht das **gleichzeitige Auftreten von Finanzierungs-, Steuerungs- und Legitimationsproblemen**.

So verstärkt sich zum einen seit ca. 1997 sowohl in der kommunalen Praxis als auch in der wissenschaftlichen Rezeption die Diskussion um die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer Beteiligung der Bürger an der Dienstleistungsproduktion (vgl. Andersen u.a. 1998; Klie u.a. 1998; sowie die Sammelbände Kistler/Noll/Priller 1999; Nährlich/Zimmer 1999; von Alemann/Heinze/Wehrhöfer 1999; Heinze/Olk 2000; Bogumil/Vogel 1999). Die Zeiten, in denen allorts über Entpolitisierung, den Rückzug ins Private und die negativen Folgen eines übertriebenen Individualismus geklagt wurde, scheinen vorbei zu sein, und dies, obwohl bürgergesellschaftliche Traditionen in Deutschland, ebenso wie in vielen europäischen Ländern, nicht besonders ausgeprägt sind.⁸ Gründe für die in Deutschland zunehmende Attraktivität der „Bürgergesellschaft“ werden vielfach in den durch den Wertewandel⁹ hervorgerufenen zunehmenden Legitimationsproblemen der etablierten politischen Institutionen gesehen (vgl. z.B. Klages 1998; 1999), in dem Brüchigwerden alter Orientierungsmuster, nämlich der Marktorientierung auf der einen und der Staatsorientierung auf der anderen Seite (vgl. Evers/Olk 1996a; Naschold/Bogumil 2000), in der Einsicht, dass die Stärkung von Eigenverantwortung auch zu einem pfleglicheren Umgang mit öffentlichen Leistungen führen kann

8 Civil Society und das sie prägende Konzept des Kommunitarismus ist vor allem ein aus den USA stammendes Konzept, wenngleich es auch in Deutschland früher schon Debatten in diesem Bereich gab. Die Diskussionen um den Stellenwert des sogenannten „Dritten Sektors“ neben Markt und Staat sind jedoch in Deutschland lange Zeit eher randständig. Nun gerät die Frage einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen „staatlichen“ und gesellschaftlichen Akteuren aber verstärkt ins Blickfeld der Aufmerksamkeit (vgl. zur Kommunitarismusdebatte in Deutschland Reese-Schäfer 1999).

9 Aufschlussreich zur Einschätzung des Wertewandels sind vor allem die empirischen Studien von Klages (vgl. Klages/Gensicke 1999). Diese bestätigen, dass es in der Bevölkerung in den letzten 30 Jahren einen Wandel von insgesamt abnehmenden Pflicht- und Akzeptanzwerten zu insgesamt zunehmenden Selbstentfaltungswerten gegeben hat. Waren früher Gehorsams- und Unterordnungswerte dominant, sind es heute Selbständigkeit und freier Wille. Dies hat nach Klages allerdings nicht zu einem Absterben gemeinschaftsbezogener Motivlagen geführt, denn auf der Grundlage einer repräsentativen Erhebung zum Wertewandel und bürgerschaftlichen Engagement kann für Deutschland im Jahr 1997 eine im internationalen Vergleich hohe Quote von freiwillig Engagierten von 39% ausgemacht werden. Das Engagementpotential liegt zudem deutlich höher. Allerdings wird dieses kaum genutzt, es fehlt offenbar an Gelegenheiten. Dieser Tatbestand verweist auf das eigentliche Problem, welches nach Klages in der Krise der gesellschaftlichen und politischen Institutionen (Parteien, öffentliche Verwaltungen), liegt, die auf den Wertewandel bis jetzt nicht angemessen reagiert haben und die Gleichgewichtsstörung zwischen den Menschen und den Institutionen damit vertiefen. Eine 1997 durchgeführte Umfrage über Formen kommunalpolitischer Beteiligung zeigt, dass die Bürger mit einem Anteil von 9% in größerem Ausmaß in einer Bürgerinitiative mitarbeiten als in einer Partei (6%). Zudem können sich 23% in Zukunft die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative vorstellen, aber nur 12% in einer Partei (Kunz/Gabriel 2000).

oder in dem Versuch, Kompensationen für alle möglichen Ausfallerscheinungen des klassischen Wohlfahrtsstaates zu installieren (vgl. Bogumil 1999a, ähnlich Dettling 1998). Relevanz erhält dieser eher kommunitaristische Entwicklungsstrang aus meiner Sicht vor allem durch die Verbindung mit Haushaltskonsolidierungsanstrengungen.

Eine zweite Quelle für den Ausbau kooperativer Beteiligungsformen liegt in zunehmenden Steuerungsproblemen bei der Umsetzung bestimmter Maßnahmen, die durch den Aufbau verhandlungsdemokratischer Formen gemildert werden sollen.¹⁰ Seit Jahren belasten tiefgreifende Konflikte die Stadtplanung, die teilweise zu einem Stillstand in der gesamtstädtischen Entwicklung und zu Standortnachteilen im interregionalen Wettbewerb geführt haben. Vor dem Hintergrund massiver Akzeptanzprobleme bei der Standortsuche für öffentliche Infrastruktureinrichtungen und dem Umstand, dass es für die kommunalen Entscheidungsträger zunehmend schwieriger wird mit den konventionellen Planungsverfahren gegen den Protest von Anwohnern Standorte auszuweisen, werden in diesem Bereich Anfang der 90er Jahre die Bürger zunehmend an städtischen Planungsprozessen in Form von nicht gesetzlich vorgeschriebenen Partizipationsangeboten beteiligt.¹¹ Mit diesen Beteiligungsangeboten soll die Effektivität der städtischen Planung erhöht werden, indem die von diesen Planungsprozessen Betroffenen über ihre Präferenzen Auskunft geben und damit die Wirksamkeit verschiedener Strategien besser beurteilt werden kann.

Zudem erfordern neue oder neu wahrgenommene Problemlagen im Bereich der Umweltpolitik, der kommunalen Kriminalprävention, der Wirtschaftsförderung, des Stadtmarketings und der Jugend- und Altenpolitik geradezu eine zunehmende Bürgerbeteiligung (Holtkamp 2000, S. 62.). Beteiligungsfördernde Faktoren sind darüberhinaus neue Fachgesetze wie z.B. das Kinder- und Jugendhilfegesetz, Förderprogramme von Bund und Land,¹² die Beteiligungsangebote unterstützen, die zunehmende Bedeutung von Prävention und Vorsorge, die häufig nur im direkten Dialog mit Bürgern und Verbänden möglich wird sowie größere Kooperationsnotwendigkeiten bei der Erledigung von Aufgaben, die mehrere Politikfelder berühren. Während kooperative Formen im Bereich der Umwelt- und Verkehrspolitik vor allem zur Konfliktlösung eingesetzt werden, gibt es in den anderen Bereichen erhebliche Möglichkeiten ergänzender Selbststeuerung durch die Bürger und Verbände.

¹⁰ Auch hier lässt sich ein Zusammenhang zum Wertewandel herstellen. Wurden früher staatliche Entscheidungen, auch wenn sie die Interessen Einzelner negativ berührten, eher akzeptiert, ist dies heutzutage nicht mehr der Fall.

¹¹ Ein Beispiel ist die Anfang der 90er Jahre einsetzende Diskussion über Mediationsverfahren in Deutschland. In Mediationsverfahren werden die verschiedenen Akteure an einen „runden Tisch“ gebeten, um durch die Vermittlung eines sogenannten Mediators zu einem Konsens zu finden, der letztlich von den formalen Entscheidungsträgern umgesetzt werden muss (vgl. Holtkamp/Stach 1995, S. 7; Jansen 1997; Holtkamp 2000a).

¹² Dies betrifft vor allem die Bereiche Seniorenpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, Stadtmarketing, sozial benachteiligte Stadtteile und die Lokale Agenda. Angesichts der kommunalen Haushaltskrise gibt es wenig Probleme beim Abruf dieser Fördergelder. Unklar ist jedoch, welche Wirkungen ein möglicher Wegfall der Fördermaßnahmen mit sich bringt.

4 Potenziale und Problemfelder kooperativer Demokratie – fünf Thesen

(1) Staatliche Tätigkeit am Ende des 20. Jahrhunderts ist durch eine Verbindung kooperativer mit hoheitlich-hierarchischen Handlungsformen gekennzeichnet. Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung sowie Verhandlungen sind meist keine Alternativen, sondern sich ergänzende Modi der Aufgabenerfüllung. Oft findet Kooperation im „Schatten der Hierarchie und des Mehrheitsprinzips“ statt. Sie dient der Überwindung von Interessenkonflikten. Wenn staatliche Stellen nicht mehr einseitig entscheiden, sondern einen Konsens mit Adressaten und Betroffenen der Entscheidungen suchen, sich notwendige Informationen sichern und Widerstände reduzieren, kann der Vollzug öffentlicher Aufgaben besser gewährleistet werden. Kooperation kann also dazu führen, dass Aufgaben effektiver erfüllt werden und möglicherweise auch Legitimation und Akzeptanz staatlichen Handelns verbessern. Allerdings ist dies nur unter bestimmten Bedingungen der Fall.¹³ Kooperation ist also **kein Allheilmittel**.

(2) Internationale Erfahrungen zeigen, dass der Ausbau kooperativer Demokratieformen institutionelle, organisatorische und kulturelle Veränderungen erfordert (Oppen 1999). So können z.B. Deregulierungen nützlich sein, da hoch verregelte Aufgabenbereiche sowohl bezogen auf die Leistungsstandards als auch auf die Ausführungsvorschriften, die in Deutschland häufig anzutreffen sind, Veränderungsspielräume und damit auch Einflussmöglichkeiten für die Bürger auf „Kernprodukte“ oder Erstellungsprozesse stark begrenzen. Auch begünstigen flachere Hierarchien, eine weitgehende Delegation von Entscheidungskompetenzen und eine ganzheitliche Leistungsproduktion die Einbeziehung von Nutzern ebenso wie veränderte Verhaltensmuster und Kommunikationsformen im Binnenverhältnis der Verwaltung. Insofern ist der Ausbau kooperativer Demokratieformen **untrennbar mit einer erfolgreichen Binnenmodernisierung** verbunden.

(3) Kooperative Demokratieformen ersetzen nicht die bestehenden Formen repräsentativer und direkter demokratischer Willensbildung, sondern **ergänzen** diese. Dennoch ist ihr Einsatz alles andere als selbstverständlich, da er auf einem Machtverzicht von Mandatsträgern oder der Verwaltung beruht und erst nach Abwägung von Vor- und Nachteilen entsteht, mithin aus den Strategiewahlen der Akteure zu erklären ist. Aber auch wenn die Kommunalvertretung und Verwaltung in einzelnen klar umrissenen Fragen Kompetenzen an die Bürger abgeben müssen und nur in zu begründenden Einzelfällen von den Beteiligungsergebnissen abweichen können, ist dieser Machtverlust nicht zu hoch einzuschätzen, denn in der Regel wird nur ein kleiner Teil der Verantwortung auf die Bürger übertragen. Alle grundlegenden Fragen der städtischen Gesamtentwicklung unterliegen weiter der Verantwortlichkeit der Kommunalpolitik. Zudem kann die

¹³ Benz weist mit Nachdruck darauf hin, dass Kooperation zwar durchaus funktional ist, aber nicht unter allen Bedingungen und in allen Bereichen leistungssteigernd sein muss, noch gerade dort praktiziert wird, wo sie produktiv genutzt werden kann. Der Erfolg von Kooperation lässt sich erst beurteilen, wenn Entstehung, Verlauf und Ergebnisse von Kooperationsprozessen untersucht sind (Benz 1994, S. 346ff.).

Kommunalpolitik auch von kooperativer Bürgerbeteiligung profitieren. Z.B. wird es durch Beteiligungsangebote häufig erstmal wieder möglich, bestimmte Entscheidungen zu treffen, die früher aufgrund massiver Akzeptanzprobleme seitens der Bürger „ausgesessen“ wurden. Im Dialog mit dem Bürger können z. T. neue Lösungen dieser Probleme erarbeitet werden, die vorher aufgrund massiver Konflikte nicht lösbar erschienen.

(4) Dialogorientierte Verfahren können gegenseitige Lernprozesse zwischen den Bürgern und der Verwaltung ermöglichen und häufig in konkrete Umsetzungsvorschläge münden. Im Vergleich zu nicht-dialogorientierten Beteiligungsangeboten wie Bürgerversammlungen oder Bürgerbefragungen können die Bürger in dialogorientierten Verfahren differenzierter ihre Wünsche artikulieren und sind gleichzeitig auch besser über die Planungsabsichten der formalen Entscheidungsträger informiert. Hier bestätigt sich auf kommunaler Ebene, dass Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren dazu führen kann, nicht intendierte Folgen und Implementationswiderstände der regulativen Politik zu vermeiden. Besondere Potentiale kooperativer Verfahren auf kommunaler Ebene liegen zudem in der Prävention. Auch der Ausbau bürgerschaftlichen Engagements kann die Legitimation kommunaler Leistungen und die Zufriedenheit der Bürger mit ihrem kommunalen Umfeld erhöhen. Bürgerengagement in der Mitgestalterrolle kann vor allem in den Freizeitbereichen (Sport, Kinderspielflächen) zu einer sehr weitreichenden Verbesserung durch die Eigeninitiative der Bürger unter Begleitung der Verwaltung führen. Zudem kann der Ausbau der Mitgestalterrolle (unbeabsichtigterweise) dazu führen, dass die Bürger gewissermaßen durch die Hintertür ins Entscheidungszentrum vordringen. Denn derjenige, der wichtige Aufgaben für die Stadt wahrnimmt, zu einer Verbesserung der Qualität und Effizienz städtischer Leistungen beiträgt, der hat auch eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den formalen Entscheidungsträgern. Eine Freibadinitiative, die unter großen Eigenengagement mit dazu beigetragen hat, diese kommunale Infrastrukturleistung zu erhalten und attraktiver zu machen, hat eine ganz erhebliche informelle Machtposition gegenüber den Mandatsträgern der Kommune. Während der Bürger als Kunde im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells häufig nicht glaubhaft mit der Exit-Option drohen kann (aufgrund mangelnder Konkurrenz), ist das bei dem Bürger als freiwilligen Anbieter von Leistungen vollkommen anders. Er kann seine Mitarbeit mit der Forderung verknüpfen, auch nachhaltig an für ihn wichtigen Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden.

(5) In Abhängigkeit vom eingesetzten Instrument sind mit dialogorientierten Verfahren bestimmte Problemlagen verbunden. Sie reichen von einer starken sozialen Selektivität, über Motivationsprobleme, hohem Aufwand, einem gewissen Zeitbudget bis zur manchmal geringen Transparenz und Öffentlichkeit solcher Verfahren. Durch ein kluges Partizipationsmanagement¹⁴ können aber viele Problemlagen entschärft werden. Eine

¹⁴ Im Gegensatz zu einem häufig vorzufindenden Beteiligungsaktionismus ist es anzustreben die folgenden Fragen bereits im Vorfeld von Bürgerbeteiligung zu beantworten: Wer soll wann, zu welchem Zweck beteiligt werden und wie ist die Bürgerbeteiligung an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozess anzubinden? Gerade bei Bürgerengagement im Rahmen der Auftraggeberrolle erweist es sich häufig für die dauerhafte Motivation der Bürger als nachteilig, dass vorab nicht überlegt wurde, wie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Entscheidungsprozess eingespeist werden sollen. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Beteiligungsergebnisse meist mehrere Politikfelder

der wichtigsten Aufgabe käme hier der Kommunalvertretung zu, nämlich die soziale Ausgleichsfunktion wahrzunehmen, denn sowohl die Förderung der Mitgestalterrolle als auch der Auftraggeberrolle begünstigt tendenziell die partizipationserfahrene Mittelschicht. Hier müssen die gewählten Mandatsträger regulierend eingreifen, indem beispielsweise die Initiative von sozial „Schwächeren“ besonders gefördert wird und die Beteiligungsangebote so konzipiert werden, dass Bürger aus allen Schichten zu Wort kommen (z. B. Planungszelle, repräsentative Bürgerbefragungen).

Literaturhinweise

- Alemann, Ulrich von / Heinze, Rolf G /Wehrhöfer, Ulrich 1999: Gemeinwohl und Bürgergesellschaft. Analyse. Diskussion. Praxis, Opladen
- Andersen, Uwe u.a. 1998: Erfahrungen und Potentiale eines verstärkten bürgerschaftlichen Engagements zur Entlastung der Kommunen, Gutachten erstellt im Auftrag der Stadt Herne, Bochum
- Banner, Gerhard 1999: Die drei Demokratien der Bürgerkommune, in: Arnim, H.H. (Hg.): Adäquate Institutionen – Voraussetzungen für eine „gute“ und bürgernahe Politik, Speyer, S. 133-162
- Benz, Arthur 1994: Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen, Baden-Baden
- Bogumil, Jörg 1999: Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Der Bürger als Auftraggeber, Mitgestalter und Kunde, in: Kubicek, Herbert u.a. (Hg.) 1999: Multimedia @ Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999, Heidelberg, S. 51-61
- 2000: Modernisierung lokaler Politik. Kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung, Habilitationsschrift, FernUniversität Hagen, erscheint 2001 im Nomosverlag
- Bogumil, Jörg / Vogel, Hans-Josef (Hg.) 1999: Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis - Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente, Köln
- Evers, Adalbert / Olk, Thomas (Hg.) 1996: Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen
- Heinze, Rolf G./ Voelzkow, Helmut 1998: Verbände und „Neokorporatismus“, in: Wollmann/Roth 1998, S. 227-239
- Heinze, Rolf G./ Olk, Thomas 2000 (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen
- Holtkamp, Lars 2000: Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden – Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune, Berlin
- 2000a: Mediation – eine überschätzte Methode, in: GAR-Rundbrief, Heft 3, S. 21-22
- Holtkamp, Lars / Stach, Birgit 1995: Friede, Freude, Eierkuchen? Mediationsverfahren in der Umweltpolitik, Marburg
- Jansen, Dorothea 1997: Mediationsverfahren in der Umweltpolitik, in: Politische Vierteljahrszeitschrift, Heft 2, S. 274-297
- Klages, Helmut 1998: Engagement und Engagementpotential in Deutschland . Erkenntnisse der empirischen Forschung; in: APuZ Heft 38. S. 29-38
- 1999: Zerfällt das Volk? Von den Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie, in: Klages/Gensicke 19, S. 1-20
- Kistler, Ernst / Noll, Heinz-Herbert / Priller, Eckart (Hg.) 1999: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin
- Klages, Helmut / Gensicke, Thomas 1999: Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyerer Forschungsberichte 193, Speyer

berühren, während die Entscheidungsprozesse in den Ratsgremien und in der Verwaltung häufig in fachlich sehr stark spezialisierten Arenen ablaufen.

- Klie, Thomas u.a. 1998: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg, 2. Wissenschaftlicher Jahresbericht, Sozialministerium Baden-Württemberg, Bürgerschaftliches Engagement 15, Stuttgart
- Kunz, Volker / Gabriel, Oscar W. 2000: Soziale Integration und politische Partizipation - Das Konzept des Sozialkapitals; in: Druwe, Ulrich u.a. (Hrsg.): Kontext, Akteur und strategische Interaktion, Opladen, S. 47-74
- Naschold, Frieder / Bogumil, Jörg 2000: Modernisierung des Staates. New Public Management in deutscher und internationaler Perspektive, 2. vollständig aktualisierte und stark erweiterte Auflage (Grundwissen Politik, Band 22), Opladen Naschold, Frieder / Oppen, Maria / Wegener, Alexander 1998: Kommunale Spitzeninnovationen. Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive (Modernisierung des öffentlichen Sektors Band 12), Berlin
- Oppen, Maria 1999: BürgerInnen als MitgestalterInnen aus internationaler Perspektive: Das Beteiligungsmodell der Stadt Hämeenlinna, in: Bogumil/Vogel 1999, S. 86-106
- Roth, Roland 1997: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Klein/Schmalz-Bruns 1997, S. 404-447
- Selle, Klaus 1996: Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung, in: Selle, Klaus 1996: Planung und Kommunikation, S. 61-78

»Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung« im Netzwerk Bürgerbeteiligung

– 10 Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung –

Inhalt

o. Standards für gute Bürgerbeteiligung – Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung

Gute Bürgerbeteiligung...

1. ... braucht die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog.
2. ... braucht Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen.
3. ... nutzt die vorhandenen Gestaltungsspielräume.
4. ... ist ein Dialog auf Augenhöhe.
5. ... ist verbindlich und verlässlich.
6. ... braucht eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.
7. ... braucht transparente Information.
8. ... ermöglicht die Mitwirkung aller.
9. ... lernt aus Erfahrung
10. ... ist in eine lokale Beteiligungskultur eingebettet.

o. Standards für gute Bürgerbeteiligung – Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung muss bestimmten Standards genügen, wenn sie demokratische Anforderungen erfüllen und für alle Beteiligten zufriedenstellend und gewinnbringend sein soll. Es ist deshalb notwendig, sich bei der Umsetzung von partizipativen Verfahren über die wesentlichen Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung zu verständigen.

Der vorliegende Entwurf für »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung« des Netzwerks Bürgerbeteiligung liefert hierfür eine Basis. Ziel ist es, allgemeine Qualitätskriterien für die konkrete Beteiligungspraxis anzubieten, die es den Akteuren ermöglichen, ihre Beteiligungsprozesse selbst einzuschätzen und zu verbessern. Gleichzeitig sollen die Qualitätskriterien eine Verständigungs- und Arbeitsgrundlage für die Arbeit des Netzwerks Bürgerbeteiligung bilden.

Bürgerbeteiligung belebt und bereichert die repräsentative Demokratie, indem sie allen Akteuren eine Stimme gibt und die Möglichkeit zur Mitgestaltung bietet. Bürgerbeteiligung wird hierbei verstanden als Partizipation an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Als Bürger/innen werden alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrem Alter und ihrer Staatszugehörigkeit bezeichnet. Beteiligte in Beteiligungsprozessen sind darüber hinaus Kommunen, Länder, Bund wie auch wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure. In diesem Entwurf werden sowohl von den Kommunen als auch von den Einwohner/innen oder anderen Akteuren initiierte Kommunikationsprozesse in den Blick genommen.

Mit den »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung« werden konkrete Standards formuliert. Es soll deutlich werden, was eine gute Beteiligungspraxis ausmacht. Die konkreten Bedingungen vor Ort, die Besonderheiten der jeweiligen Politikfelder wie auch die Eigenheiten der jeweiligen Beteiligungsverfahren und -instrumente können nicht berücksichtigt werden. Die Übertragung der Beteiligungsstandards auf die jeweils lokalen Bedingungen bleibt Aufgabe der Beteiligten vor Ort.

In einem nächsten Schritt sollen auf Basis der Qualitätskriterien Materialien für die Bewertung lokaler Beteiligungsprozesse entwickelt werden. Den Kommunen und bürgerschaftlichen Akteuren sollen einfache Werkzeuge für eine partizipative Evaluation von Beteiligungsprozessen an die Hand gegeben werden. Zu denken ist hierbei beispielsweise an einfache Evaluationsbögen, die eine Bewertung erleichtern. In einem weiteren Schritt könnten –basierend auf den »allgemeinen« Qualitätskriterien – vertiefende Kriterienkataloge für besondere Themenfelder (z.B. Online-Partizipation, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) entstehen.

Dieser Entwurf der »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung« ist als »lebendes Dokument« konzipiert. Die Qualitätskriterien werden – so ist zu erwarten – mehr oder weniger regelmäßig Gegenstand von Diskussionen im Netzwerk sein. Insofern werden im Laufe der Zeit immer wieder Veränderungen und Ergänzungen dieses Papiers notwendig sein.

1. Gute Beteiligung braucht die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog.

Eine konstruktive Grundhaltung der beteiligten Akteure ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Bürgerbeteiligungsprozessen.

Bürgerbeteiligung setzt vor allem die Offenheit zu einer kooperativen Gestaltung von Ergebnissen voraus. Alle Beteiligten müssen ohne Vorfestlegungen in ein Beteiligungsverfahren gehen und bereit sein, auf eine gemeinsame Lösung hinzuarbeiten. Es gilt das Prinzip der Ergebnisoffenheit. Wichtig ist darüber hinaus die grundsätzliche Bereitschaft der Akteure, sich auf Beteiligungsprozesse einzulassen und fair und wertschätzend miteinander umzugehen – unabhängig von den jeweiligen inhaltlichen Positionen. Idealerweise bringen die Beteiligten die notwendige Entwicklungs- und Lernbereitschaft mit. Dazu gehört auch die Reflexion des eigenen Handelns und der eigenen Rolle im Prozess.

Um die Entwicklung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu unterstützen, verständigen sich die beteiligten Akteure zu Beginn des Prozesses auf verbindliche Regeln für einen fairen Prozess.

2. Gute Beteiligung braucht Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen.

Zur erfolgreichen Umsetzung von Bürgerbeteiligung gehört die Sicherung ihrer Finanzierung und eine ausreichende Ressourcenausstattung.

Eine weitere wichtige Erfolgsbedingung für Partizipationsverfahren sind klare Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen. Diese müssen offen und transparent kommuniziert werden, um zu verhindern, dass sich Akteure unter falschen Voraussetzungen an dem Verfahren beteiligen und Erwartungen enttäuscht werden. Zu den festzusetzenden Rahmenbedingungen gehören der Gegenstand der Beteiligung, die Gestaltungsspielräume, die das jeweilige Verfahren bietet, der Zeitplan, die Arbeitsweise, die Moderation, die verfügbaren Ressourcen (z.B. für Alternativgutachten der Einwohnerschaft) sowie (planungs-)rechtliche Grundlagen. Hierzu gehört auch, dass Beginn und Ende eines Beteiligungsverfahrens klar definiert

sind und gegenüber allen Beteiligten und der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Der Zeitrahmen orientiert sich sinnvollerweise an den entscheidungsrelevanten Zeitfenstern – beispielsweise an den politischen Entscheidungsprozessen oder Genehmigungsverfahren. Idealerweise werden diejenigen Rahmenbedingungen, die gestaltbar sind, am Anfang des Prozesses zwischen den beteiligten Akteuren ausgehandelt.¹

3. Gute Beteiligung nutzt die vorhandenen Gestaltungsspielräume.

Eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner stellt sicher, dass die vorhandenen Gestaltungsspielräume optimal genutzt werden können. Die Einwohner/innen müssen so frühzeitig einbezogen werden, dass wesentliche Weichen noch gestellt werden können. Neben der Frage nach dem »wie« gehört hierzu auch die Frage, »ob« ein Vorhaben oder eine Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll. Die Frage nach dem Bedarf stellt sich insbesondere dann, wenn Vorhaben und Maßnahmen im Raum stehen, die massiv in die Lebenssituation der Einwohner/innen eingreifen oder die gegebenen Ressourcen auf viele Jahre binden. Wird die Frage nach dem »ob« nicht gestellt, müssen die Entscheidungsträger/innen dies öffentlich und nachvollziehbar begründen.

4. Gute Beteiligung ist ein Dialog auf Augenhöhe.

Bürgerbeteiligung auf »Augenhöhe« setzt voraus, dass kontinuierlich daran gearbeitet wird, das Machtungleichgewicht zwischen den Akteuren (Finanzmittel und Ressourcen, Information, Vernetzung, Recht, Medienzugang) auszugleichen. Zu denken ist beispielsweise an die Förderung der lokalen Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Eine Kommune, die Bürgerbeteiligung dauerhaft stärken will, unterstützt die Einwohner/innen in der Ausübung ihrer Beteiligungsaktivitäten und fördert die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation (z.B. durch Community Organizing). Kennzeichnend für einen »Dialog auf Augenhöhe« ist auch ein Initiativrecht, das es den Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht, eigene Vorschläge einzubringen. Dieses Initiativrecht sollte auch das Recht der Bürgerschaft umfassen, zu bestimmten Themen Dialogprozesse aus der Bürgerschaft heraus zu initiieren.²

Die Abwägung der Gemeinwohlinteressen und der Interessen einzelner Gruppen ist kontinuierlicher Bestandteil von Beteiligungsprozessen. Es wird transparent und nachvollziehbar öffentlich erläutert, wie diese Abwägungsprozesse die Entscheidungsfindung bestimmt haben. Die Abwägung der Interessen wird in unterschiedlichen Prozessphasen immer wieder neu diskutiert, die Argumente werden immer wieder neu gewichtet.

¹ Die Stadt Heidelberg hat in ihren Leitlinien eine »kooperative« Mitgestaltung bei der Aushandlung der Rahmenbedingungen festgelegt. Vor allem bei großen Projekten wird ein »Koordinationsbeirat« gebildet, der auf der Grundlage eines festgelegten Stimmenanteils arbeitet.

² Die Stadt Heidelberg beispielsweise hat in ihren Leitlinien den Bürgern das Initiativrecht gegeben, von sich aus Bürgerbeteiligungsverfahren bei Vorhaben der Stadt zu initiieren.

5. Gute Beteiligung ist verbindlich und verlässlich.

Mit gelungener Bürgerbeteiligung verbindet sich ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Es geht darum zu verhindern, dass Beteiligung nur »inszeniert« oder »simuliert« wird oder das Verfahren lediglich dem »Akzeptanzmanagement« von Ergebnissen dient, die bereits vor Beginn des Verfahrens feststehen.

Der Übergang der Ergebnisse in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess muss bereits zu Beginn eines Beteiligungsverfahrens festgelegt und zwischen den beteiligten Akteuren gemeinsam verbindlich vereinbart werden. Die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses trägt dieser Vereinbarung Rechnung.

Die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung oder Unternehmen wie auch die bürgergesellschaftlichen Akteure und Einwohner/innen verpflichten sich, gemeinsam getroffene Entscheidungen anzuerkennen und das erarbeitete Vorgehen mitzutragen. Idealerweise übernehmen sie gemeinsam Verantwortung für das Mandat des Beteiligungsverfahrens, für die Ausgestaltung des Gesamtprozesses und die erarbeiteten Ergebnisse.³

Durch transparente Kommunikation gegenüber den Beteiligten und der gesamten Öffentlichkeit legen die Entscheidungsträger Rechenschaft darüber ab, ob und wie die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses in die Umsetzung des Projektes einfließen oder nicht einfließen. Falls sie bei ihren Beschlüssen von den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses abweichen, legen sie gegenüber den Beteiligten und der Öffentlichkeit über die Gründe und die Entscheidungskriterien nachvollziehbar Rechenschaft ab.

6. Gute Beteiligung braucht eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung muss als Prozess verstanden werden. Verfahrensgrundlagen – beispielsweise aufgrund neuer Erkenntnisse der beteiligten Akteur/innen oder durch veränderte Rahmenbedingungen – können sich stets ändern. Beteiligungsprozesse sollten deshalb flexibel und individuell dem jeweiligen Fall und dessen Entwicklungen angepasst realisiert werden.

Im Beteiligungsprozess bedarf es einer Prozesskoordination, die von allen Beteiligten anerkannt wird und deren Aufgaben für alle transparent nachvollziehbar sind. Die Prozesskoordination dient als Ansprechpartner und als Motor, um die Debatte voranzutreiben und auf das gemeinsam vereinbarte Ziel hin auszurichten. Im Idealfall handelt es sich bei der Prozesskoordination um eine Gruppe mit Vertreter/innen aller beteiligten Akteur/innen und der Moderation.

Eine kompetente Umsetzung des Beteiligungsprozesses ist die Grundlage erfolgreicher Bürgerbeteiligung. Wenn ein Beteiligungsprozess durch unabhängige und ausgebildete Moderator/innen und Prozessbegleiter/innen konzipiert und begleitet wird, trägt dies in der Regel

³ Die Stadt Heidelberg hat Leitlinien der Bürgerbeteiligung formell verabschiedet und durch Satzung und Verwaltungsvorschrift institutionell verankert, um die Verbindlichkeit des Verfahrens und der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zu sichern.

dazu bei, ein Beteiligungsverfahren zielführend zu organisieren. Insbesondere in Konfliktsituationen helfen diese neutral und allparteilich agierenden Dritten, einen Dialog zwischen den Beteiligten anzustoßen und weiterzuführen.

Zur konkreten Umsetzung des Dialogprozesses ist eine reflektierte Wahl der Methoden- und Verfahren wichtig. Unterschiedliche Methoden haben unterschiedliche Schwerpunkte (kreative Ausarbeitung neuer Ideen oder Bearbeitung konkreter Probleme) und Ziele (rein informierende Veranstaltungen bis hin zur gemeinsamen Ausarbeitung konkreter Vorschläge) und Reichweiten (unterschiedliche Gruppengrößen). Zu denken ist auch an die Methoden, mit deren Hilfe die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen in die allgemeine Öffentlichkeit rückgekoppelt werden können⁴, und die Methoden der Mediation und Konfliktlösung. Ein erfolgreicher Beteiligungsprozess ist daher auf die gezielte Kombination verschiedener Elemente angewiesen. Die Auswahl der Methoden und Verfahren muss sorgfältig vorgenommen werden und zusammen mit den Gründen für die Auswahl allen beteiligten Akteur/innen vermittelt werden. Eine detaillierte Diskussion möglicher Formate und deren Stärken und Schwächen kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden.⁵

7. Gute Beteiligung braucht transparente Information.

Zu einem transparenten Beteiligungsprozess gehört, dass aktuelle Informationen im Prozess schnell und verständlich aufgearbeitet an alle Prozessbeteiligten weitergegeben werden. Zudem müssen die nicht unmittelbar involvierten Teile der Öffentlichkeit durch eine begleitende, basisnahe Öffentlichkeitsarbeit – auf verschiedenen Kommunikationswegen und in für alle verständlicher Form – über die Arbeit und den Fortschritt des Beteiligungsprozesses informiert werden.

Eine klare und einfache Darstellung der Sachverhalte und der Verzicht auf juristische und technische Formulierungen helfen dabei, eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen. Pressemitteilungen und Websites im Kontext des jeweiligen Beteiligungsverfahrens sollten unter der Kontrolle und im Zusammenwirken aller beteiligten Akteure (beispielsweise im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe) gestaltet werden, damit die prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit möglichst ausgewogen ausfällt.

In jedem Beteiligungsverfahren sollte geprüft werden, ob die allgemeine Öffentlichkeit – jenseits der reinen Information – auch ausdrücklich die Möglichkeit erhält, Stellungnahmen und Voten

⁴ vgl. Leitlinien der Stadt Heidelberg

⁵ Einige Internetportale und Veröffentlichungen bieten einen guten Überblick:

- www.partizipation.at/methoden.html (Webseite des Projekts »Partizipation und Nachhaltigkeit in Europa«, eine Initiative des Lebensministeriums in Österreich)

- <http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/> (Webseite des »Wegweiser Bürgergesellschaft« der Stiftung Mitarbeit)

- <http://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/startseite/dialogwissen/werkzeugkasten-dialog/> (Werkzeugkasten für Dialog und Beteiligung – Dialog schafft Zukunft – Geschäftsstelle des Landes NRW im MWEBWV)

zurückzumelden, die dann in den Beteiligungsprozess im engeren Sinn des Wortes einfließen müssen.⁶

Eine transparente Prozessgestaltung ist in allen Phasen des Prozesses von Bedeutung.⁷ Alle für den Beteiligungs- und Entscheidungsprozess relevanten Informationen müssen vor Beginn des Verfahrens an die Akteur/innen weiter gegeben werden. Über Veränderungen und Verzögerungen im Prozess – und deren Gründe –, über alternative Lösungsansätze und Herangehensweisen müssen die Akteur/innen zeitnah informiert werden. Es muss klar dargestellt und dokumentiert werden, warum im Verlauf und am Ende des Prozesses welche Entscheidungen getroffen wurden.

Die Forderung nach Transparenz stößt in vielen Beteiligungsverfahren an die rechtlichen und vertraglichen Grenzen der Informationsweitergabe.⁸ Mit diesem Problem muss im Prozess besonders sensibel umgegangen werden. Auch wenn nicht alle Informationen der Öffentlichkeit zugänglich sind, sollte es das Ziel sein, so viele Informationen wie möglich öffentlich zu machen. Zudem muss klar benannt werden, warum welche Informationen zu welchem Zeitpunkt nicht weiter gegeben werden können und ab wann sie ggf. zugänglich sind.

8. Gute Beteiligung ermöglicht die Mitwirkung aller.

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteursgruppen, um der demokratischen Forderung nach politischer Gleichheit gerecht zu werden. Um diese relevanten Akteur/innen zu bestimmen, bedarf es einer fundierten Akteursanalyse, die im Vorfeld des Beteiligungsprozesses von der Prozesskoordination – ggf. mit externer Unterstützung – geleistet wird. Welche Akteursgruppen einbezogen werden sollen und müssen, um einem inklusiven Demokratieverständnis gerecht zu werden, ist für jeden Prozess neu zu analysieren und zu begründen.

In der Praxis zeigt sich, dass bestimmte Akteursgruppen nur schwer zu erreichen sind und die Beteiligungskompetenz sehr unterschiedlich verteilt ist. Oft beteiligen sich nur die meinungsstarken Aktiv-Bürger/innen. Um dem Ziel einer möglichst breiten demokratischen Beteiligung nahe zu kommen, gilt es auch die Meinungen und Interessen derjenigen einzubeziehen, die nicht so leicht zu erreichen sind und die sich aufgrund ihrer Lebenssituation, ihrer Bildung oder gesellschaftlichen Stellung nicht oder nur in geringem Maße artikulieren können oder wollen. Sie bedürfen der Unterstützung und gezielten Ansprache, damit ihre Stimme im Beteiligungsprozess gehört werden kann. Ein wichtiges Qualitätskriterium von Beteiligungsprozessen ist deshalb, dass alle Akteursgruppen in einer Form angesprochen und einbezogen werden, die ihrer jeweiligen Lebenssituation entspricht. Verstärkte Anstrengungen sind notwendig, um schwer erreichbare Gruppen für die Teilnahme zu gewinnen und diese durch

⁶ Die Stadt Heidelberg nennt dies in ihren Leitlinien die »Rückkopplung von Ergebnissen in die breite Öffentlichkeit«.

⁷ Ausnahmen sind Beteiligungsverfahren (z.B. Mediation), bei denen es entscheidend auch auf Vertraulichkeit ankommt.

⁸ Durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Träger hat die Menge der aus vertraglichen Gründen geheim gehaltenen Unterlagen erheblich zugenommen. Das Transparenzgebot in Beteiligungsprozessen müsste deshalb schon bei der Vergabe von Aufträgen gesichert werden, indem die Transparenz selbst Vertragsbestandteil wird.

geeignete Methoden angemessen in das Beteiligungsverfahren einzubeziehen.

Gute Beteiligungsprozesse zielen darauf, die unterschiedlichen Interessen herauszuarbeiten und zu würdigen. Den verschiedenen Ansprüchen, Beiträgen und Sichtweisen wird Rechnung getragen.

9. Gute Beteiligung lernt aus Erfahrung.

Bürgerbeteiligung ist nicht statisch. Sie muss an die jeweilige Situation und wechselnde Bedingungen angepasst werden. Die Formen der Bürgerbeteiligung verändern sich und entwickeln sich weiter. Das Lernen aus Beteiligungsverfahren ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltig gelungene Bürgerbeteiligung. Auf der Grundlage kontinuierlicher Reflexion und prozessbegleitender Evaluation können die beteiligten Akteure beurteilen, ob Beteiligungsprozesse erfolgreich waren. Die Evaluation im laufenden Prozess ist die Voraussetzung, um Beteiligungsprozesse ggf. nachsteuern und optimieren zu können. Neu hinzukommende Akteure erhalten so die Möglichkeit, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen. Eine konsequente Dokumentation und Evaluation schafft darüber hinaus die Grundlage für die Verstetigung und Übertragbarkeit guter Praxis.

10. Gute Beteiligung ist in eine lokale Beteiligungskultur eingebettet.

Eine kommunale Beteiligungskultur entwickelt sich durch die konkrete Beteiligungspraxis in der Kommune. Mit Menge, Intensität und Breite der Beteiligungsmöglichkeiten wachsen die demokratischen Handlungskompetenzen aller Beteiligten – eine neue politische Kultur kann entstehen. Vielfältige, aufeinander abgestimmte und miteinander verwobene Beteiligungsmöglichkeiten stärken ein aktives Demokratieverständnis in der Bürgerschaft und die Bereitschaft zur Teilnahme. Jedem einzelnen wird deutlich, dass er durch sein gesellschaftliches Engagement den Zustand des Gemeinwesens beeinflussen kann.

Um dies zu erreichen, muss das Engagement der Einwohner/innen wertgeschätzt und unterstützt werden. Dies kann beispielsweise durch die Agenda des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin, durch eine beteiligungsorientierte Infrastruktur (Demokratiebüros, Beteiligungsbeauftragte, Ombudsstellen für Bürgerinitiativen, Koordinationsstellen) und die Förderung lokaler Netzwerke geschehen. Wichtig ist, dass die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt und geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Einwohner/innen und Gruppen zu befähigen, sich in Beteiligungsprozesse einzubringen. Auch die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerke, aber auch Unternehmen und Dienstleister sollten die kommunale Beteiligungspraxis durch aktives Engagement unterstützen.

Stand: 22.02.2013

Methoden & Verfahren

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den sie betreffenden Fragestellungen und Entscheidungen ist im Großen und Ganzen allgemein akzeptiert. Dabei wurde in den letzten Jahren aber auch immer stärker die Frage nach der methodischen Gestaltung, also nach dem »Wie« der Beteiligung gestellt. Die hier präsentierten Verfahren und Methoden geben darauf sehr differenzierte Antworten.

Methoden & Verfahren von A bis Z



© eyelab / photocase.de

Hier finden Sie eine alphabetische Auflistung ausgewählter Methoden und Verfahren der Bürgerbeteiligung nebst entsprechender Praxisbeispiele. Ein Klick auf das jeweilige Thema führt Sie zu den entsprechenden Seiten.

Ideen sammeln, Energie bündeln



© Timo Jaster / Stiftung Mitarbeit

Die hier vorgestellten Methoden eignen sich in besonderer Weise zur Organisation offener, partizipativer und zielgerichteter Kommunikationsprozesse in Gruppen unterschiedlicher Größe. Ziel sind angemessene Lösungen für komplexe Probleme.

Visionen entwickeln, Zukunft gestalten



© Timo Jaster / Stiftung Mitarbeit

Richtet sich der Wille zur Beteiligung der Bürger/innen auf mittel- bis langfristige Prozesse der Veränderung, dann helfen Verfahren, welche die Entwicklung von Visionen und realitätsnahen Zukunftsvorstellungen ermöglichen.

Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren



© jodofe / photocase.de

Konfliktreiche gesellschaftliche Fragestellungen sind oft durch scheinbar unversöhnliche Interessensgegensätze und Blockaden der Kommunikation gekennzeichnet. Dem Ziel, solche Blockaden aufzulösen, dienen Methoden und Verfahren wie Diskurs, Walt-Disney-Methode, Konsensuskonferenz, Mediation und Runder Tisch.

Meinungen einholen, Bürger aktivieren



© fanny18 / photocase.com

Der größte Teil der Verfahren zur Bürgerbeteiligung setzt Interesse, Motivation und Engagement der betroffenen Menschen zur Gestaltung ihres Lebensumfelds voraus. Häufig bedarf es aber besonderer Anreize, Methoden und Kommunikationsformen, die Bürger/innen Meinungsbekundung und konkreten Mitarbeit zu bewegen.

Planungsprozesse initiieren und begleiten



© kin kohana / photocase.com

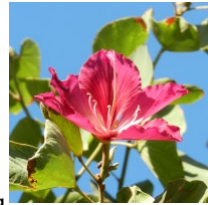
Oft kommt es zu schwer überbrückbaren Gegensätzen zwischen bürgerschaftlicher Betroffenheit und administrativem Expertentum. Die folgenden Beteiligungsmodelle versuchen diese Kluft zu überbrücken, Beteiligung zu professionalisieren, sie aber auch als wertvolle Ressource politischer Planungsprozesse fort zu entwickeln.

Quellen & Copyright

Die Texte in diesem Bereich sind Printpublikationen der Stiftung Mitarbeit entnommen. Hier finden sich die bibliographischen Angaben und Links zur Online-Bestellung.

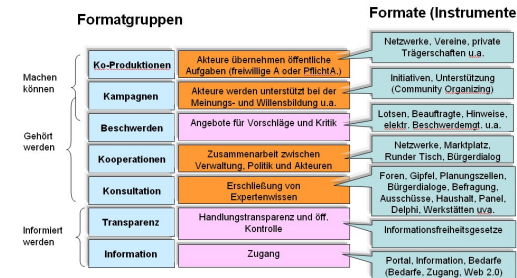


Sie sind hier: [Startseite](#) > [Bildung21 Aktuell](#) > [Managementwissen](#) > Bürger beteiligen



Modelle, Instrumente und Methoden der informellen Bürgerbeteiligung

Die Zusammenstellung zeigt die **Vielfalt von Beteiligungsmodellen, Instrumenten und Methoden** im kommunalen Bereich. Dies gilt auch für Stadtstaaten. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, das Elemente von Bürgerbeteiligung in die Konkretisierung der dortigen Verwaltungsreform integriert hat, existieren auf Landesebene außerhalb der klassischen Planungsbereiche kaum entsprechende informelle Verfahren.



Die hier zusammengestellten Modelle, Instrumente und Methoden enthalten zum Teil eine hohe Redundanz. Dieser Umstand und die Vielfalt sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass fast jedes Beteiligungsformat ein auf die jeweils konkreten Anforderungen zugeschnittenes Unikat ist. Auf Grund der Überschneidungen sind je nach Ansatz unterschiedliche Strukturierungen möglich. So bietet das **Institut für Informationsmanagement** Bremen eine Clusterung nach der Funktionsorientierung an: Information, Transparenz, Konsultation, Eingaben, Beschwerden und Petitionen, Kooperation sowie Aktivismus, Kampagnen und Lobbying an (vgl. Abbildung). Insgesamt werden derzeit rund 120 bis 130 unterschiedliche Formate gehandelt, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass es sich bei dem einen oder anderem Format um eine einzelfallbezogene Anpassung handelt. Für eine gelingende Beteiligung wird es auch künftig darauf ankommen, zu einer bestimmten Bedarfslage das passende Setting zu finden. Die Tabelle soll aufzeigen, auf was es dabei ankommen und auf welche Formate dazu zurückgegriffen werden kann.

Die Zusammenstellung ist alphabetisch geordnet. Sie hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Weiterführende Informationen zu Beteiligungsmodellen, die im Auftrag der BertelsmannStiftung zusammengestellt wurden sowie ein Hinweis auf das aktuelle "**Handbuch Bürgerbeteiligung**" (2012) der Bundeszentrale für politische Bildung. Weitere Hinweise finden Sie am Ende der folgenden Tabelle.

Bezeichnung	Beschreibung	Hauptzwecke	Besondere Voraussetzungen	Besondere Eignungen	Beispiele
Appreciative Inquiry.	Bürger fragen Bürger zu für sie wichtigen bzw. wertvollen Dingen. Die Interviews zu ausgewählten Themen finden in Groß- oder Kleingruppen statt. Sie werden regelmäßig von einem Interviewleitfaden unterstützt. Bei diesem narrativen Ansatz geht es darum, im Erzählen und Erfassen von Geschichten zu erfahren, was Menschen mit ihrer Stadt verbindet, warum sie glücklich sind hier zu leben und um andere positive Fragestellungen. Ziel ist es das Positive deutlich zu machen, um daran anzusetzen und Mitmacher zu gewinnen.	Bei der wertschätzende Erkundung wird an dem angesetzt, was bisher schon gut läuft. Das soll möglichst verstetigt, weiterentwickelt und auf andere Bereiche transferiert werden. Der Prozess läuft regelmäßig in folgenden Schritten ab: <ul style="list-style-type: none">• Verstehen (Berichte über persönliche Erfahrungen und mögliche Erfolgsbedingungen)• Visionieren (Entwicklung von Visionen auf der Grundlage der Erfolgsgeschichten)• Verwirklichen (Diskussion möglicher Entwicklungslinien)• Umsetzen (Erarbeitung konkreter Umsetzungsschritte)	Der Ansatz ist variabel, auch bezüglich Anzahl und Auswahl der Teilnehmenden. Wichtig ist, dass keine konkrete Erwartungshaltung vorgeben werden und Freiräume für Alternativen und für Dynamik zur Verfügung stehen. Es findet regelmäßig ein Wechsel zwischen Plenums- und Gruppenarbeit statt.	Aufbruchstimmung erzeugen (wie könnte die gemeinsame Zukunft aussehen), Kooperationen begründen, Vernetzungen herzustellen, strategische oder In der Literatur wird als Beispiel die kulturelle Entwicklungs- oder Veränderungsvorhaben in Gang bringen.	Identifizierung von Schlüsselfaktoren der Kinder- und Jugendhilfe eines Berliner Bezirks genannt.
Aktivierende Befragung	Offenes, aktivierendes Befragungsgespräch zur Erfassung der Sichtweise, Interessen und Bedürfnisse von Menschen in einem begrenzten Gebiet. Mit der Methode geht es vorrangig darum, Menschen neugierig zu machen, zum Nachdenken anzuregen und Menschen zusammenzuführen, damit Erfahrungen ausgetauscht, Gemeinsamkeiten entdeckt und gemeinsame Handlungsschritte verabredet werden können.	Hauptzwecke sind die Initiierung von Nachdenkprozessen, die Herstellung von Kontakten, ein gegenseitiges Kennenlernen und der Austausch von Sichtweisen.	Besondere Voraussetzung bestehen im Aufbau und in der Strukturierung der Befragung: <ul style="list-style-type: none">• Formulierung eines Vorhabens• Training der Interviewer (keine vorzubegebende Erwartungshaltungen, Respekt des Eigeninteresses und der Selbstbestimmung)• Hauptuntersuchung• Auswertung der Befragung• Versammlung der Interessierten und Bildung von Interessen- und Aktionsgruppen• Beratung und Begleitung der Gruppen.	Besonders geeignet für kleinstädtischen Bereichen, in denen Veränderungen herbeigeführt und wofür regelmäßig benachteiligte Gruppen mobilisiert werden sollen (Quartiersmanagement insbesondere in Problemgebieten).	Beispiel: Leipziger Westen mit dem Ergebnis, dass sich Gruppen bereit erklärt haben, an den Themen Ordnung und Sauberkeit sowie Wohnen und Wohnumfeld weiterzuarbeiten.
Anwaltsplanung	Unterstützung artikulierungsschwacher oder sozial benachteiligter Gruppen bei der	Hauptzwecke sind die Herstellung einer Kommunikationsbrücke zwischen den	Besondere Voraussetzung sind die zur Verfügung	Besonders geeignet für Sanierungsvorhaben und	Beispiel:

	Wahrnehmung ihrer Interessen durch Fachkräfte.	Fach- und Alltagswelten der Betroffenen und die Erarbeitung von Gegengutachten und Alternativplanungen mit Betroffenen.	Stellung fachlicher Ressourcen auf Dauer, da nur über längere Zeiträume wechselseitige Lernprozesse entstehen sowie die Sicherstellung der Finanzierung des bzw. der Experten.	Stadtentwicklung in Brennpunktgebieten.	In Hannover unterstützen und beraten Fachleute einen lokalen Zusammenschluss von verschiedenen Initiativen, um deren Wirkung zu verbessern.
			Besondere Voraussetzungen sind ein strukturiertes Vorgehen: <ul style="list-style-type: none">• Erfassung des Gebiets (was ist sinnvoll und leistungsfähig?).• Bildung einer Redaktionsgruppe (heterogen, repräsentativ zusammengesetzt).• Bestimmung eines hauptamtlichen Koordinators.• Festlegung der übergreifenden Fragen und Themen durch die Redaktionsgruppe• Erstellung des 1. Arbeitsbuchs durch die Redaktionsgruppe (Erfassen der Antworten von „Was ist gut bei ...“, „Was ist weniger gut bei ...“ mit Bildern, Geschichten u. a.).• Verteilung und Einsammlung von Arbeitsbuch 1 (persönlich über Multiplikatoren, für jeden Haushalt, kann auch über Läden und Schulen verteilt werden).• Zusammenstellung der Antworten und Anregungen im Arbeitsbuch 2,• Bildung von Arbeitsgruppen aus Bürgern und Experten (Schwerpunkt verschiebt sich von der Erfassung von Wünschen auf Umsetzbarkeit und Kosten).		
Arbeitsbuchmethode	Eine heterogen zusammengesetzte Redaktionsgruppe erarbeitet einen Katalog mit für das Stadtviertel relevanten Fragen. Der Katalog wird von Multiplikatoren persönlich an Bürgerinnen und Bürger verteilt. Die Antworten darauf werden veröffentlicht und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern konkretisiert, bewertet und in einem mehrstufigen Verfahren zu einem neuen Dokument zusammengestellt. Sie bilden die Grundlage für politische Entscheidungen.	Hauptzweck ist die Inangriffnahme eines Dialogs mittels einer aufsuchenden Beteiligung.		Besonders geeignet für kleinräumige und überschaubare Strukturen, für lokale Planungsprozesse, die Aktivierung ressourcenschwacher Bevölkerungsgruppen durch Multiplikatoren mit demselben Migrationshintergrund.	Methode ist in Skandinavien besonders verbreitet. Im deutschsprachigen Internet konnte kein Beispiel entdeckt werden.
Bürgerausschuss	Der Bürgerausschuss gestaltet das kommunale Leben auf der Stadtteilebene mit. Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden in einer öffentlichen Bürgerversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie arbeiten ehrenamtlich und vertreten die Belange der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat.	Hauptzweck ist die Berücksichtigung örtlicher Belange.	Es sind keine besonderen Anforderungen bekannt.	Besonders geeignet für die Bündelung der lokalen Bedürfnisse, die Vermittlung von Ideen, das Aufgreifen von Anregungen und Ärgernissen und die Mobilisierung von Mitarbeit an Lösungsmöglichkeiten.	Beispiel: Bürgerausschuss: Pliensauvorstadt Esslingen
Bürgerausstellung	Ausstellung von Innensichten in Form von Interviewausschnitten oder Fotos der Bürgerinnen und Bürger eines Stadtviertels zu einem bestimmten Thema.	Hauptzwecke sind die Offenlegung der Einstellungen, Ziele und Motive von Interessengruppen, die Vermittlung von Verständnis und von Innensichten sowie die Inszenierung eines Dialogs.	Besondere Voraussetzungen bestehen bei der Wahl des Ausstellungsthemas, der Auswahl der „richtigen“ Interviewpartner, der Schulung der Interviewer, der Durchführung der Interviews (Fotos der Interviewten) sowie der Zusammenstellung ansprechender und aussagefähiger Exponate aus dem Text- und Bildmaterial. Wichtig ist, dass auch ein Handlungsplan erstellt wird, wie es nach der Bürgerausstellung weiter gehen soll. Hierzu könnte eine Zukunftswerkstatt in Betracht kommen.	Besonders geeignet, um Meinungen, Hoffnungen und Ängste wiederzugeben und darüber ins Gespräch zu kommen.	Beispiel: Bremen: Wissenschaft im Dialog: Was denken Bürger über den Gentechnik?
Bürgerbefragung	Mit dem Begriff Bürgerbefragung oder auch Einwohnerbefragung wird in der Regel eine unverbindliche Befragung von Bürgern zu einem bestimmten Vorhaben der Verwaltung bezeichnet. Wie bei anderen Umfragen üblich, bekommen die Bürger zu diesem Zweck in der Regel ein Papierformular mit den Fragen übergeben oder übersandt, das diese ausfüllen und zurück senden oder an einer bekannt gemachten Sammelstelle abgeben. Bürgerbefragungen sind stets anonym.	Hauptzwecke sind die Ermittlung des tatsächlichen Grad von Zustimmung der Einwohnerschaft zu bestimmten Fragen oder Themen und die Ableitung eines Stimmungsbildes.	Besondere Anforderungen sind an die Erstellung des Fragebogens zu richten sowie an den Befragungsprozess, der auch das Feedback auf die Befragung einschließt.	Besonders geeignet für allgemeine Einschätzung und für die Erfassung von Stimmungsbildern.	Beispiele: Konstanzer Bürgerbefragung Bürgerbefragung Ebersbach
Bürgerdialog	Strategisches Instrument mit dessen Hilfe ausgewählte Beteiligungsgruppen Stellung nehmen zu komplexen Problemstellungen der Kommunal- und Regionalentwicklung. In einem moderierten und elektronisch gestützten Verfahren werden die Möglichkeiten herausgearbeitet, die – bezogen auf ein strategisches Ziel - den höchsten Wirkungsnutzen erwarten lassen. Die Methode kann auch eingesetzt werden, um Teilstrategien zu einer Gesamtstrategie zu bündeln und um die Richtigkeit einer einmal eingeschlagenen strategischen Entwicklungsrichtung zu überprüfen.	Hauptzweck ist die Optimierung des Wirkungsnutzens von Initiativen und Maßnahmen einer bestehenden Strategie sowie deren Überprüfung der die strategische Neuausrichtung einer Kommune oder Region.	Besondere Anforderungen bestehen in der Bestimmung des Untersuchungsgebiets, der repräsentativen Zusammensetzung des Bewertungsteams bezogen auf das Lösungsziel, der Identifizierung und Beschreibung der Einflussgrößen sowie in der Moderation des strukturierten und diskursiven Prozesses. In die Methode ist die "Wissensbilanz made in Germany" eingebunden.	Besonders geeignet für die Beteiligung an strategischen Weichenstellungen bei kommunalpolitischen Entscheidungsfindungen. Das Instrument besteht aus einem Methodensetting. Die einzelnen Methoden können auch in und mit anderen Beteiligungsformaten integriert bzw. zusammengeführt werden.	Beispiel: Landkreis Ortenaukreis

Bürgerforen (Perspektivwerkstatt, Zukunftsforum)	Bürgerforen bestehen aus 20 und mehr Personen, die nach dem Zufallsprinzip oder gezielt (repräsentativ) aus der Bevölkerung ausgewählt und über einen Zeitraum von einem oder mehreren Tagen, Wochen oder gar Monaten zu bestimmten politisch bedeutsamen Fragen Stellung nehmen. In kleinen selbstorganisierten Arbeitsgruppen werden die gewonnenen Erkenntnisse reflektiert und Fragen formuliert, die von Fachleuten beantwortet werden. Die Ergebnisse werden in einem Plenum vorgestellt, dort bewertet und mit weiteren Handlungsschritten versehen.	Hauptzwecke sind die Verbesserung der Transparenz von Planungen, die Verbesserung des Dialogs zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, die Bewertung vorgegebener Fragen, die Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen oder die Erstellung von Bürgergutachten.	Besondere Voraussetzungen bestehen in der Aufarbeitung der Problemlage durch Vorträge, Besichtigungen, Anhörungen, schriftliche Materialien, oder Videovorführungen und in der zur Verfügung Stellung geeigneter Räumlichkeiten, insbesondere bei Großgruppen, repräsentative Zusammensetzung und ein gutes Marketing zur Gewinnung der Bürgerinnen und Bürger (sonst kommen nur die „üblichen Verdächtigen“)	Besonders geeignet bei Maßnahmen der Stadtentwicklung, der Verbesserung des ÖPNV oder der Bewertung von Haushaltskürzungen.	Viele kommunale Beispiele
	Bürgerinnen und Bürger erarbeiten auf der Basis der Ergebnisse von (regionalen) Bürgerkonferenzen Empfehlungen zur Umsetzung von Lösungen und der damit regelmäßig zusammen hängenden Zielkonflikte. Ergebnis ist ein Bürgerreport, den die Bürgerinnen und Bürger an die zuständigen Minister sowie an hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft übergeben.	Hauptzweck ist die fundierte Unterstützung oder die Kritik an Regierungen oder deren Beraterkreise.	Besondere Anforderungen bestehen in der Gewinnung fachlich geeigneter und akzeptierter Bürgerinnen und Bürger. Der Aufbau eines "Think Tanks" kann hierbei nützlich sein.	Geeignet für jedes Thema, zu dessen Bearbeitung eine fachliche Kompetenz erforderlich ist.	Beispiel: Energietechnologie
Bürgerhaushalt	Im Bürgerhaushalt nehmen Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung des Planentwurfs für den (regelmäßig) Gemeindehaushalt teil. Im Unterschied zu anderen Beteiligungsverfahren stehen im Zentrum dieses Beteiligungsverfahrens finanzielle Aspekte. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtkommune oder einem Bezirk statt, sofern dieser mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen ausgestattet ist. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden entweder auf der Grundlage eines Diskussionsprozesses im Rahmen besonderer Treffen, oder online, bzw. auf der Grundlage von Kombilösungen. Beim Bürgerhaushalt sollte es sich um einen auf Dauer angelegten Prozess handeln. Die Verwaltung muss über den Umgang mit den Ergebnissen und über die Diskussion im Rat Rechenschaft ablegen.	Hauptzweck ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalpolitischen Mittelvergabeentscheidungen bzw an der Verbesserung der Ausgabewirksamkeit. Die unterschiedlichen Varianten des Bürgerhaushalts unterschieden sich bezüglich der Verlagerung der Entscheidungsmacht, ob die Bürgerinnen und Bürger nur beratend beteiligt werden, ob die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtend sind oder, ob die Bürgerinnen und Bürger für bestimmte Zwecke auch über ein ihnen eingeräumtes Budget abstimmen können, dessen Verwendung an bestimmte überprüfbare Kriterien geknüpft ist.	Besondere Anforderungen bestehen in der Mobilisierung der abstimmungsberechtigten Bevölkerung, der ausreichenden Information sowie in der Qualität der Konsultation und der Rechenschaftslegung	Bürgerhaushalte, die ausschließlich online erstellt werden, können leicht zur Durchsetzung bestimmter Interessen genutzt werden (Kampagnen). Es sollte daher darauf geachtet werden, dass Präferenzen nicht nur online, sondern auf verschiedenen Wegen erhoben werden.	Beispiele: Bürgerhaushalt Stuttgart. Bürgerhaushalt Köln. Bürgerhaushalt Freiburg. Evaluationsbericht zum Kölner Bürgerhaushalt.
			Kritik wird insbesondere an der Online-Partizipation geübt.		
Bürgerpanel	Regelmäßig 3-4 mal jährlich stattfindende, repräsentative Befragung von 500 bis 2500 Bürgerinnen und Bürgern, die sich dazu einverstanden erklärt haben, über einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren zu kommunalen Themen Stellung zu nehmen (online / offline).	Hauptzwecke sind die Meinungserhebung zu aktuellen Entscheidungen, die Erschließung von Beteiligungspotenzial, die Information der Bevölkerung, die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Politik und ein proaktives Beschwerdemanagement. Ein Bürgerpanel kann auch als Einstieg für intensivere und komplexere Methoden genutzt werden.	Besondere Anforderungen bestehen in der Identifizierung eines relevanten Themas und bei der Sicherstellung der Repräsentativität (offene Befragung, soziodemographische Auswertung).	Besonders geeignet, um Bereitschaften und Präferenzen zu erfassen und um die Engagementneigung sowie die Identifikation mit der Kommune zu fördern.	Beispiele: Viemheim: Befragung zum Klimaschutz Arnsberg: Integration, Wohnen u.a. Magdeburger Bürgerpanel.
	Nach dem Zufallsprinzip werden 8 bis 15 Bürgerinnen und Bürger eines Ortes oder einer Region ausgewählt, die in 1 ½ Tagen ein selbst gewähltes Thema oder Anliegen diskutieren.		Besondere Anforderungen bestehen vor allem in der Erstmobilisierung der potenziellen Akteure (Erfordernis eines Promotors) und in der Gestaltung der dynamischen Moderation.	Niederschwellige Diskurs- und Mobilisierungsmethode, um Lösungen zu aktuell bewegende Themen zu erarbeiten.	Beispiele: Vorarlberg; Büro für Zukunftsfragen (Vorarlberg)
Bürgerräte (Rat der Weisen; Wisdom Council)	Am ersten Tag werden die Ideen erhoben und festgehalten. Am zweiten Tag wird darüber diskutiert und das Ergebnis öffentlich präsentiert. Danach löst sich der Rat auf. Erwartet wird, dass die Ideen weiter getragen werden, der Prozess selbst dynamisiert und sich daraus neue Bürgerräte bilden.	Hauptzwecke sind die Förderung des Diskurses zu bestimmten Themen und die Förderung der Selbstorganisationsfähigkeit.	Beim Bürgerrat wird die Methode: „Dynamik Facilitation“ eingesetzt. Danach werden die Beträge nach Probleme, Lösungen, Bedenken sowie nach Daten und Fakten kategorisiert.		Modellversuch Baden-Württemberg
				Besonders geeignet zur Identifizierung von Missständen und von Verantwortlichen.	
Community Organizing	Aufbau einer Beziehungskultur, um durch selbstorganisiertes gemeinsames und dauerhaftes Handeln zu zivilgesellschaftlichen Lösungen zu kommen. Die Zivilgesellschaft agiert autonom. Sie ist selbstfinanziert und wird professionell gesteuert. Sie baut eine eigenen Handlungs- und Verhandlungsmacht auf, um ihre Forderungen bei Verwaltung und Rat anzubringen.	Hauptzwecke sind der Aufbau von dauerhaften Beziehungen und tragfähigen Organisationen, um Handlungsmacht aufzubauen oder zu stärken und dabei auch finanziell von staatlichen Mitteln unabhängig zu werden.	Besonders wichtig sind Schlüsselpersonen und deren Weiterentwicklung zum „Organizer“, um in Einzelgesprächen eine Vielzahl von Unterstützern zu gewinnen.	Das Modell stammt aus den USA und beruht auf Solidarität und dem Sinn für Gemeinwesenarbeit.	Beispiel: Kraftwerk Mitte, ein Bündnis zur Verbesserung der Lebensbedingungen in St. Georg / Hamburg.
		Kennzeichen von Community Organizing sind daher nicht nur Beziehungsarbeit und Vernetzung, sondern auch Sponsoring, Einwerbung von Spenden und Teilhabe an Stiftungen.		Eine breite Übertragbarkeit scheiterte bislang noch an der guten sozialen Absicherung und der Selbstzufriedenheit.	
Deliberative Polling (Deliberationsforum)	Ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung wird zu einem Thema befragt. Danach werden die Befragten eingeladen über das Thema zwei oder drei Tage einen Diskurs zu führen. Zu Beginn der Veranstaltung erhalten die Teilnehmer ausgewogenes Informationsmaterial. Danach beraten sie sich in Kleingruppen, um dann Experten und danach Politiker befragen zu können. Zum Abschluss erhalten die	Hauptzweck ist die zur Verfügung Stellung eines Lernraums, in dem eine Wissens-, Meinungs- und Konsensfindung zu gesellschaftspolitisch wichtigen Themen stattfindet.	Besonders wichtig sind offene und lernbereite Menschen und die Reflexion der Lernerfahrung.	Besonders geeignet für die Gestaltung von zivilgesellschaftlichen Lernräumen.	Informationen und Anwendungsbeispiele
			Ansatz kann in andere Formate übernommen werden.		

	<p>Teilnehmer denselben Fragebogen, um Präferenzverschiebungen zu erkennen (Verschiebungen von 20% sind typisch).</p>				
Demokratiewerkstatt	<p>Ein von Jugendlichen getragenes und ausgestaltetes Bildungsarrangement, bei dem die Jugendlichen - betreut durch einen Träger außerschulischer politischer Bildung – in die politische Rolle schlüpfen (Rollenspiele) und sich so mit Politik auseinandersetzen. Die Bildungsaktivitäten bestehen aus einem Set von Aktionen, die die Jugendlichen selbst bestimmen und organisieren. Es handelt sich um einen reinen Bildungsprozess.</p>	<p>Hauptzweck besteht in der schulischen politischen Bildung.</p>	<p>Erforderlich ist die Einbindung in ein didaktisches Konzept</p>	<p>Besonders geeignet für Perspektivwechsel</p>	<p>Div. Schulen, bekannt ist das Wiener Beispiel.</p>
Diskurs (Dialog)	<p>Akteuren wird ermöglicht, zu einem bestimmten Schwerpunktthema eine gemeinsame Basis an Wissen zu erlangen, Argumente zu einzelnen Positionen auszutauschen und zu verstehen, um gesellschaftliche Wertvorstellungen in Entscheidungsvorschläge zu integrieren. Die Themen werden zumeist in Bürgerforen entwickelt. Dort werden die Beratungsergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen dann auch zur Diskussion gestellt und bewertet.</p>	<p>Hauptzwecke sind die Entscheidungsfindung und die Diskussion unterschiedlicher Wertesysteme und Präferenzen.</p>	<p>Zur Planung eines Diskursverfahrens sind in der Regel drei Verfahrensschritte notwendig: Analyse und Auswahl, Planung und Durchführung des Verfahrens sowie die Umsetzung und Auswertung.</p> <p>Der Diskurs erfordert eine qualifizierte externe Moderation, Öffentlichkeit und eine politische Verankerung. Wichtig ist auch Auswahl der Personen bzw. Fokusgruppen.</p> <p>Der Ansatz kann gut mit anderen Methoden kombiniert werden (Zukunftswerkstatt, Open Space, Bürgerdialog).</p>	<p>Besonders geeignet für den Austausch von Interessen und Wertvorstellungen und die Initiierung von Lernprozessen im Rahmen der Dorf-, Stadt- oder Regionalentwicklung.</p>	<p>Beispiele:</p> <p>Div. Zukunftsaufgaben für Staat und Gesellschaft, zumeist kommunale Projekte (Kita Osnabrück, Energieerzeugung auf lokaler Ebene), Zukunftspolitik.</p>
e-Democracy	<p>Zusätzlicher Informations- und Kommunikationskanal für politische Themen, für Beschwerden, Hinweise und sonstige Gemeindeangelegenheiten.</p>	<p>Hauptzwecke sind die Information und Kommunikation, die Unterstützung bei der Aufgabenerfüllung und die Abgabe von Hinweisen bei Investitionsstrukturproblemen.</p>	<p>Besonders wichtig sind die Einhaltung technischer Anforderungen, eine gelingende Authentifizierung und die Vermeidung der digitalen Spaltung.</p> <p>Bei Online-Konsultationen ist eine Moderation erforderlich. Die Methode kann mit anderen kombiniert werden.</p>	<p>Besonders geeignet für die Einstellung von Planungsunterlagen ins Netz und digitalisierte Formen der Beteiligung oder des Beschwerdemanagements.</p> <p>Beschwerdemanagement „Maerker“ (Brandenburg).</p> <p>Zugriff auf den Stand der Diskussion, auf Meinungen von Experten, auf Gutachten und Projekte wäre wünschenswert.</p>	<p>Beispiel:</p> <p>In Düsseldorf z.B. bei Bauleitplanungen und bei anderen Verfahren (Informationen zur Planung mit Karte, Glossar, Erläuterungstext, Grünordnungsplan, fotografischer Ansicht des gegenwärtigen Zustands). Über einen geschützten Bereich können Bürger ihre Anregungen und Bedenken zur Planung abgeben.</p>
Gruppendelphi	<p>Klassisches Delphi-Verfahren mit der Variante, dass die Rückkopplung nicht postalisch erfolgt, sondern in gemeinsamen Workshops von 1 bis 2 Tagen und die Themen in Kleingruppen vertieft werden.</p>	<p>Hauptzweck ist die kognitive Konsensfindung überwiegend zu Zukunftsfragen.</p>	<p>Besonders wichtig sind die Expertenauswahl und die Expertenbindung.</p>	<p>Nur als Expertenbefragungen geeignet.</p>	<p>Beispiel:</p> <p>Wasserwirtschaft und Klimawandel</p>
Gemeinwesenarbeit	<p>GWA als Arbeitsprinzip professioneller Sozialarbeit zielt auf die nachhaltige Verbesserung von Lebensbedingungen in benachteiligten Wohnquartieren unter tätiger Mithilfe der dortigen Wohnbevölkerung ab. Dies geschieht u. a. durch Aktionsformen wie Haustürgespräche, aktivierende Befragungen, Versammlungen, Öffentlichkeitsaktionen und die Begleitung von möglichst selbstständig arbeitenden Bewohnergruppen.</p>	<p>Hauptzwecke sind die</p> <ul style="list-style-type: none">• Die Erhebung von Bedürfnissen, Interessen und Ärgernissen.• Die Aufdeckung widerstreitender Interessen.• Die Herstellung der Diskussionsfähigkeit von Betroffenen.• Die Identifizierung von Aktivierungspotenzial bei den Betroffenen.	<p>Besonders wichtig ist, dass seitens der öffentlichen Hand zumindest Restressourcen noch vorhanden sein (Vermeidung von Demoralisierung).</p>	<p>Besonders geeignet für Quartiers- und Stadtteilmanagement.</p>	<p>Beispiel:</p> <p>Div. Städte, in Stuttgart Teil der Jugendhilfe</p>
Integrationslotse	<p>Einrichtung, um Personen, die in Migrationsorganisationen ehrenamtlich tätig sind, besser zu erreichen, sie für ihre Arbeit zu qualifizieren und in der deutschen Gesellschaft und deren Hilfesystem besser zu verankern.</p>	<p>Hauptzweck ist die Qualifizierung von Multiplikatoren zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Personen mit Migrationshintergrund.</p>	<p>Besondere Anforderungen bestehen bezüglich der Zusammenarbeit mit den Migrationsorganisationen. Außerdem sind die Finanzierung des Qualifizierungsprogramms und der Tätigkeit selbst zu klären (Entlohnung, Entschädigung der Lotsen).</p>	<p>Besonders geeignet für die Lösung von Problemstellungen mit Migrationshintergrund.</p>	<p>Beispiel:</p> <p>Stadt Osnabrück</p>
Kompetenzwerkstatt	<p>Beteiligungsmodell, mit dem die Bedürfnisse insbesondere von Kindern und Jugendlichen oder von Menschen mit Migrationshintergrund direkt ermittelt und in personenbezogene Bedarfsgößen umgewandelt werden. Die Methode setzt nicht bei den Defiziten, sondern bei den Fähigkeiten und Interessen von jungen Menschen an.</p>	<p>Hauptzweck ist die Erfassung und gezielte Förderung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen.</p>	<p>Besondere Anforderungen sind an die Moderation zu richten. Außerdem ist eine tragfähige Finanzierung erforderlich, die auch Ausbildungsplätze einschließt. Unter Umständen kann auch eine Potenzialanalyse erforderlich sein.</p>	<p>Besonders geeignet für die Planung von Qualifizierungsmaßnahmen, Planungen der Jugendhilfe, die Setzung von Impulsen für das Wohnquartier als Lern- und Erfahrungsraum und als Anstöße für sozialräumliche Entwicklungen.</p>	<p>Beispiele:</p> <p>Modellprojekte in Paderborn und in Offenbach</p>
Konsensuskonferenz	<p>Eine gewöhnlich 2,5 Tage arbeitende Laien-Jury von neun bis 18 Personen, die von einer Koordinierungsgruppe ausgewählt wurde (Repräsentativität) und die sich gestützt auf Experten, Gutachten oder andere Informationen (öffentlich) zu einem bestimmten Thema ein Urteil bilden und dabei versuchen, einen möglichst alle Interessen berücksichtigenden Konsens zu erarbeiten.</p>	<p>Hauptzweck ist die Erstellung eines Bürgergutachtens. Minderheitenvoten sind möglich. Vorstellung des Berichts der Öffentlichkeit.</p>	<p>Strukturiertes Vorgehen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Vorabinformation der Teilnehmer,• Formulierung von Fragen• Auswahl von Experten• Anhörung und Bewertung der Stellungnahmen• Moderation der Sitzungen	<p>Besonders geeignet für die Bearbeitung zentraler Themen wie Gentechnologie, Behandlung von Unfruchtbarkeit, computergestützte Verkehrstechnologien oder Telearbeit u. a. Themen.</p>	<p>Beispiel:</p> <p>Ulmer Umweltdiskurs.</p> <p>Konsensuskonferenz St.Gallen zum Thema Brustkrebsbehandlung.</p> <p>Konsensuskonferenz zur psychosozialen Notfallversorgung.</p>

					„Liquid Democracy“ ist ein bisher in der Praxis selbst von internetaffinen Gruppen nicht angenommenes Beteiligungsmodell. Seine große Schwäche ist neben der hohen Manipulationsanfälligkeit und der zugrunde liegenden Theorie der „Weisheit der Masse“ vor allem die Annahme vom politisierten Bürger als Regelfall.
	Liquid Democracy	Liquid Democracy beschreibt einen fließenden Übergang zwischen direkter und indirekter Demokratie. Jeder Teilnehmer soll danach selbst entscheiden können, wie weit er seine eigenen Interessen wahrnehmen will oder wie weit er von anderen vertreten werden möchte. Insbesondere soll der Delegat jederzeit sein dem Delegierten übertragenes Stimmrecht zurückfordern können und muss hierzu nicht bis zur nächsten Wahl warten. Es ergibt sich daraus ein ständig im Fluss befindliches Netzwerk von Delegationen.	Getragen wird der Ansatz von der Vorstellung, das Internet könne durch die Aufhebung von Zeit und Ort der Bevölkerung erleichtern, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Damit könne der Einstieg in eine plebiszitär-basisdemokratische Gesellschaft möglich werden. In diesem Sinne wird das Internet als „Demokratiemedium“ gepriesen. In einer neuen Form der „Cyberdemokratie“ werde die schnelle Verdichtung und Vernetzung von individuellen Meinungen zu einem kollektiven Meinungspool möglich. Es könne durch entsprechende elektronisch gestützte Analysen identifiziert werden, welche Meinung mehrheitlich sind.	Besondere Voraussetzungen sind die Akzeptanz, die technische Machbarkeit und die Möglichkeit kollektive politische Intelligenz erzeugen zu können.	Potenziell für die Erhebung von auch mehrheitlich getragenen Meinungen und Bedürfnissen geeignet.
	Marktplatzmethode	Ansatz zur Anbahnung von Kooperationen zwischen Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlicher Hand im sozialen Umfeld. Dazu gestalten die sozialen Akteure einen entsprechenden „Marktplatz“ mit Handelsecken zu zivilgesellschaftlichen Angeboten/ Themen und Nachfragen (zur Verfügung Stellung von Fähigkeiten und Kompetenzen, Netzwerken, Hilfeleistungen, Baumaterialien u. a.)	Hauptzwecke liegt in der niederschwelligen Zusammenführung auf der Ebene von konkreten Bedürfnissen und in der Vernetzung auf Augenhöhe.	Besondere Voraussetzungen sind ein Promotor als Botschafter und ein Kernteam als Kümmerer und Organisator.	Als niederschwelliges Angebot überall einsetzbar (Basar).
				Einhaltung eines strukturierten Verfahrens mit folgenden Anforderungen:	
	Mediation.	Freiwilliges, selbstverantwortliches und ergebnisoffenes Verfahren der Konfliktlösung, wobei die streitenden Parteien durch die Vermittlung eines neutralen, unparteiischen Dritten (Mediator) unterstützt werden, um Problemlösungen selbst zu entwickeln, die von allen Parteien akzeptiert werden. Die Beteiligten bleiben die Herren ihres Problems. Ihnen wird keine Entscheidung diktiert. Zu dem Entwurf eines "Mediationsgesetzes" hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen (Stand: 16.05.2012).	Hauptzwecke sind Streitschlichtung und außergerichtliche Konfliktlösung.	<ul style="list-style-type: none">• Verhandlungs- und Einigungswille,• Gestaltungsraum im Konflikt,• Soziale Kompetenz der Beteiligten,• Dringender Handlungsbedarf,• Sicherstellung der Verbindlichkeit der Verhandlungsergebnisse.	Sehr gut für Interessenkonflikte und Beziehungskonflikte geeignet, zu aufwendig für Sachkonflikte. Für Strukturkonflikte und für Wertkonflikte nur geeignet, wenn Gestaltungsräume und Verhandlungsmöglichkeiten vorhanden sind.
				Der Prozess darf nicht an Vorbedingungen und Tabus geknüpft werden. Er muss ergebnisoffen sein.	Beispiele: Flughafen Frankfurt (nicht unumstritten)
				Da die unmittelbare Kommunikation der Kontrahenten wichtig ist, empfiehlt sich bei Großgruppen eine Aufteilung in verhandlungsfähige Arbeitsgruppen.	Allgemeine Themen eignen sich schlechter für eine Mediation, die ein konkretes, abgegrenztes, in Alternativen gestaltbares Thema mit Verhandlungsspielraum braucht.
	Moderation	Partizipative Methode zur Steuerung von zielgerichteten Kommunikationsprozessen in Gruppen durch einen Moderator, der dazu spezifische Moderationstechniken einsetzt.	Hauptzwecke sind die zielbezogene Erschließung des vorhandenen Wissens und die Förderung des Gedankenaustauschs idR durch Visualisierung.	Besondere Anforderungen sind an das strukturierte auf den Einzelfall abgestellte Curriculum zu richten und an die Verfügbarkeit von entsprechendem Moderationsmaterial.	Gut geeignet für alle Formen partizipativer Verfahren. Kann mit anderen Methoden gut kombiniert werden.
	Nachbarschaft HafenCity	Berücksichtigung von Gestaltungsbedürfnisse bei der Planung von neuen Stadtvierteln, in dem von vornherein nicht „fertige Räume“ geliefert, sondern Anreize geschaffen werden, damit intensive und eigendynamisch verlaufende soziale Prozesse ermöglicht werden (Berücksichtigung einer gewissen atmosphärischen Grundspannung, Schaffung von Anlässen auf Grund von unterschiedlichen gewerblichen Nutzungen und unterschiedlichen Wohnangeboten).	Hauptzwecke sind die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens durch Begegnung und Vernetzung, die Stärkung der Mitverantwortung durch Mitgestaltung und die Ermöglichung von Selbstorganisationsformen.	Voraussetzung ist, dass akzeptiert wird, dass soziale Prozesse durch die spezifischen Ausprägungen von Lebensräumen vorstrukturiert werden und diese Räume daher offen und ergänzbar gestaltet werden sollten, damit sich die Menschen darin entfalten können.	Beispiel: HafenCity Hamburg
				Erforderlich ist eine Produktion von Bedeutungsüberschuss; die Einwohner müssen sich die Besonderheit und die Chancen Ihres Lebensumfeldes zu Eigen machen.	
	Öffentliches Picknick	Niederschwelliges Angebot für Menschen, die sonst schwer zu erreichen sind, sich gemeinsamen und zwanglos mit Menschen anderer Ethnien zu treffen.	Hauptzweck ist die Bildung persönlicher Kontakte.	Erforderlich sind insbesondere muttersprachliche Multiplikatoren und die Eingrenzung des Einladungskreises (Flashmob).	Niederschwelliges Angebot zur Erreichbarkeit von beteiligungsfernen Schichten.
	Online-Konsultation (Online-Beteiligung)	Beteiligungsverfahren, das über das Internet durchgeführt wird. Die Bertelsmannstiftung hat dazu einen umfangreichen Leitfaden entwickelt.	Hauptzwecke sind die Informationen der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Einschätzungen zu bestimmten Themen.	Damit viele Personen erreicht werden können, ist eine Mobilisierungsstrategie erforderlich.	Siehe Leitfaden (Online Konsultation).
	Open Government	Leitbild eines offenen und modernen Staates (einschließlich dessen Verwaltung), der seinen Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe gegenüber tritt.	Hauptzwecke sind die Förderung von	Keine Überforderung der zivilgesellschaftlichen Kräfte. Geeignet als strategisches Regierungsziel.	Beispiele:

		<div><div><div><div><div><div></div></div></div><div><div><div><div>• Transparenz</div><div>• Partizipation</div><div>• Kollaboration</div></div></div></div></div></div><div>umgesetzt mittels moderner Web 2.0 Technologie.</div></div>			<div>Portal einer NGO</div> <div>Bisheriges noch zurückhaltendes Programm der Bundesregierung</div> <div>Elemente daraus im Koalitionsvertrag der Landesregierung enthalten</div>
Open Space	Teilnehmer (8 – über 2000) bearbeiten selbstverantwortlich und simultan ein für sie wichtiges Thema und bestimmen dabei selbst Richtung, Verlauf und Inhalt in interessengeleiteten Kleingruppen. Die Ergebnisse werden protokolliert. In einer Schlussrunde werden Prioritäten gesetzt und weitere Maßnahmen vereinbart.	Hauptzweck ist die selbstverantwortliche Bearbeitung oder Erschließung von gemeinsam interessierenden Themen.	Besondere Voraussetzung sind ein strukturiertes Vorgehen und der Verzicht auf inhaltliche Vorgaben. Grenzen schaffen nur Raum und Zeit.	Geeignet für jedes Thema, das in Großgruppen bearbeitet werden soll.	Beispiele: Open Space der Wirtschaftsförderung zum Thema: Automatisieren. Open Space zur Entwicklung eines neuen Messedesigns. Open Space der Stadt Heidelberg zum Thema: Wir für Familien. Open Space zum Stadtjubiläum.
Perspektivenwerkstatt	Fachleute und Betroffene erarbeiten in einem multidisziplinären Team (Unterarbeitsgruppen) mit Hilfe offener, konstruktiver und aktivierender Arbeitsformen gemeinsam Lösungsideen. Die Ergebnisse werden visualisiert und vom Team ausgewertet und in einem Zielkatalog veröffentlicht.	Hauptzweck ist die Überwindung von Denkblockaden bei einer Gemengelage von unterschiedlichen Interessen.	Besondere Anforderungen gelten bezüglich der Identifizierung und Aktivierung der lokalen Akteure, des strukturierten Verfahrens, der professionellen Moderation, der Auftragsklärung und der guten informationellen, technischen und organisatorischen Vorbereitung. Es sollte auch für partizipative Projektanschlüsse gesorgt sein.	Besonders geeignet für die Klärung von Standortfragen, im Siedlungsbau, bei Konversionsprojekten, für Objektplanung bei Stadtplätzen, für Baulückenschließungen oder bei Verkehrsplanungen und ähnlichen Maßnahmen.	Beispiele: Essen: Burgplatz Berliner Platz, Essen und weitere Beispiele.
Planning for Real	Planungsmethode, bei der das Objekt der Beteiligung als Ist-Modell dargestellt und als Gesprächsmedium eingesetzt wird (Modell). Die Vorschläge werden nach Dringlichkeit und Möglichkeit gewichtet, in einen Aktionsplan aufgenommen und von Arbeitsgruppen bearbeitet. Ziel ist es, möglichst schnell kleine Erfolge vorzuweisen.	Hauptzweck ist die Beteiligung an komplexen Entwicklungsmaßnahmen mit Hilfe eines niedrigschwelligen Angebots.	Strukturiertes Verfahren: <ul style="list-style-type: none">• Gruppenbildung, Sammlung von Veränderungsideen.• Abbildung des zu verändernden Ortes (Modell).• Erweiterung der Beteiligung (Modell wird veröffentlicht und kann dabei auch korrigiert werden).• Nachdenken und Erfassung der Kenntnisse und Fähigkeiten der beteiligten Menschen (Bedarfs- und Kompetenzbörse).• Gemeinsames Arbeiten am Modell.• Auswertung der Vorschläge und Bildung von Arbeitsgruppen.• Priorisierung und Zeitplanung• Erstellung eines Aktionsplanes	Konkrete Anwendungsfelder sind u. a. Planungsprozesse zur Gestaltung eines Spielplatzes, Innenraumgestaltungen, Erarbeitung von Grundlagen für den Aufbau von Projekten zur Verbesserung des Stadtteils, Entwicklung einer Konzeption für ein Jugend-Gemeinschafts- und / oder Nachbarschaftshaus.	Beispiel: Hochschule Emden Berlin Wedding
Planspiele (Handlungsspiele)	Methode zur Bewusstmachung komplexer Zusammenhänge bei Angelegenheiten mit widerstreitenden Interessen bzw. Methode zur Einübung von Verhaltensweisen z. B. bei Verhandlungen.	Hauptzweck ist die Wahrnehmung und das Verstehen des Umfelds eines sozialen Systems und deren Wechselwirkungen.	Strukturiertes Verfahren: <ul style="list-style-type: none">• Besetzung aller wichtigen Interessengruppen.• Beschreibung der Interessengruppen und Bestimmung der Kommunikationswege.• Protokollierung der Diskussionsverläufe in den Gruppen.• Interventionen durch Spielleitung (die Kommunikation läuft über die Spielleitung).	Geeignet für kommunale Planungs- und Bauvorhaben.	Beispiele: Planspiel: Bürgerhaushalt der Stadt Trier Beispiel zum Flächenverbrauch Funktionieren von Kommunalpolitik
Planungswerkstatt	Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an konkreten planerischen Fragestellungen möglichst am Ort des Objekts und mit Planern. Im Fokus steht die Umsetzungsfrage, wie kann man eine bestimmte Aufgabe in der Praxis gestalten?	Hauptzweck ist die Entwicklung von Ideenskizzen für einen weitergehenden Bearbeitungs- und Entscheidungsprozess.	Voraussetzung ist eine Interessenanalyse der Beteiligten (Akteursanalyse), damit keine Überbewertung eigener Befindlichkeiten erfolgt	Stadt- Stadtbezirksentwicklung.	Beispiel: Stuttgart
Planungszelle	Eine Gruppe von ca. 25 nach einem im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern werden für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt, um in Kleingruppen (unter Umständen in wechselnder Bestzung) Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden in einem sog. Bürgergutachten zusammengefasst. In der Regel tagen mehrere Planungszellen simultan zum gleichen Thema. Zentrale Merkmale der Methode sind somit: a) die Zufallsauswahl der Teilnehmenden b) die Freistellung und die Vergütung der Teilnahme	Hauptzweck ist die Erstellung eines Bürgergutachtens. Die Teilnehmenden können dazu Experten befragen.	Intensive organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen (Projektkonzeption, Entwicklung von Ablaufprogramm und Methodik, Aufbereitung der Arbeitsmaterialien, Einladungsverfahren, Testphase zur Programmoptimierung sowie Begleitung durch qualifizierte Tagungsteams. Bei größeren Projekten kann die Dauer auch bis zu einem Jahr betragen.	Neben kontroversen Themen innerstädtischer Planungen (z. B. Gestaltung von Plätzen und innerstädtischer Verkehrsführung), Fragestellungen wie die Bewertung neuer Informationstechnologien und zukünftiger Energiepolitik, Anforderungen an einen bürgernahen Verbraucherschutz, Aufgaben lokaler Gleichstellungsstellen oder Verbesserungen des öffentlichen Personennahverkehrs.	Beispiele: Hinweise zu verschiedenen Bürgergutachten in Bayern, Verbraucherschutz in Bayern und St.Gallen. Planungszelle zum Umbau der Bergischen Universität. Planungszelle zur Bearbeitung des

	c) der Gruppenprozess d) die Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute e) die vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur f) die Dokumentation der Ergebnisse.				Thomas Verbraucherschutz. Planungszelle zum ÖPNV Hannover.
			Halbstrukturiertes Vorgehen mit folgenden wesentliche Einzelschnitte des regelmäßig siebentägigen Projekts:		
Participatory Rapid Appraisal	Beteiligung von Zielgruppen mit Hilfe von so genannten „Küchentischgesprächen“. Für die Gespräche (zwei Interviewer) wird ein spezifischer Leitfaden entwickelt. Bei Bedarf kann der Ansatz durch weitere Methoden der Informationsbeschaffung und Datengewinnung ergänzt werden.	Die PRA kann einen Prozess vorbereiten oder eine Entwicklung abschließen (Evaluation).	<ul style="list-style-type: none">Definition des Untersuchungsauftrags (die zu befragenden Menschen müsse eine Gemeinsamkeit haben),Schulung der Interviewpartner,Auswahl der Gesprächspartner,Analyse der Gespräche und Aufarbeitung durch die Interviewer,Präsentation der Ergebnisse.	Die Methode kommt aus der ländlichen Entwicklungsarbeit der südlichen Halbkugel, mit Menschen, die weder schreiben noch lesen können.	Dorfentwicklung „Jebendiges Dorf“
Quartiersbeirat	Bewohnerngremium im Rahmen eines Quartiermanagements, das insbesondere über die Förderwürdigkeit von Projekten entscheidet und damit idR auch über die Verteilung eines zugewiesenen Budgets.	Transmission besonderer Anliegen im Rahmen eines Quartiersmanagements zwischen Stadt und Bevölkerung.	Wahl des Beirats in Beiratssitzungen (Bürgerversammlung). Mitbestimmen kann z.B. jede Person, die zweimal hintereinander an einer Beiratssitzung teilgenommen hat.	Einsatz im Rahmen des Quartiersmanagements.	Beispiel: Quartiersbeirat Reuterkiez
Real Time Strategic Change	Mit dieser Großgruppenmethode des Veränderungsmanagements kann ein strategischer Wandel simultan auf allen Ebenen und in allen Bereichen in Gang gebracht werden, in dem Menschen für einen von ihnen angestrebten “Zielzustand” gewonnen und aktiviert werden können. Die Teilnehmer repräsentieren in der Regel einen Querschnitt aus allen an dem Thema beteiligten Interessengruppen. Sie arbeiten während der Konferenz meist innerhalb von zwei bis drei Tagen in heterogen besetzten 8er-Gruppen, die als Fraktal jeweils die Meinungen und Sichtweisen der Gesamtgruppe widerspiegeln. Wichtiges Prinzip ist, dass alle Beteiligten eine gemeinsame und umfassende Sicht der Realität, insbesondere der Anforderungen des externen Umfelds, erarbeiten.	Real Time Strategic Change ermöglicht einen synchronen Wandel in einem gesamten System, z.B. einem Stadtteil.	Besondere Anforderungen sind an die Identifizierung von Veränderungsbedarfen zu richten, an den übergreifenden Dialog über die eigene Kultur, Werte und Ziele.	Geeignet für Fusionen, Veränderungs- und Integrationsprozesse bis hin zu Bürgerbeteiligungsprojekten im Rahmen der Regional- und Stadtentwicklung.	Keine konkreten Beispielsfälle im Internet.
Regional Governance	Beschreibung von schwach institutionalisierten und eher netzwerkartigen Kooperationsformen regionaler Akteure.	Ziel ist es nicht, konkurrierende Planwerke zu den bestehenden formellen und informellen Plänen und Konzepten aufzustellen, sondern einen Aushandlungsprozess anzustoßen und zu institutionalisieren, um zum Beispiel küstenbezogenen Probleme und Entwicklungsvorhaben frühzeitig unter den Betroffenen zu diskutieren und dabei zu einem Interessenausgleich zu kommen.	Keine bekannt.	Einsatz im Rahmen von Regional- und Kommunalentwicklung.	Beispiel: Küstenzonenmanagements in Schleswig-Holstein
Repräsentative Bürgerumfrage	Umfrage zu Mehrausgaben und Einsparen im Rahmen von Bürgerhaushalten bei einer bestimmen Zahl repräsentativ ausgewählter Haushalte (bei der Stadt Freiburg waren es 5000 Haushalte, bei Tübingen 1000).	Hauptzweck ist die Erfassung eines repräsentativen Meinungsbildes.	Besondere Voraussetzung sind bei der Auswahl und Mobilisierung der Zielgruppe zu beachten.	Zur Vorbereitung eines Bürgerhaushalts, an dessen Stelle oder zu dessen Ergänzung.	Beispiel: Stadt Tübingen
Runder Tisch	Vertreter ausgewählter Interessengruppen kommen zusammen, um unter Anleitung einer externen und neutralen Moderation, vorgegebene Aufgaben zu bearbeiten und diese im Konsens versuchen zu lösen. Die Ergebnisse werden öffentlich präsentiert.	Hauptzweck ist die Erzielung eines Konsenses zu einer bestimmten Fragestellung.	Interessenzugehörigkeit ist ein wichtiges Auswahlkriterium (Akteursanalyse). Ebenso wichtig ist eine professionelle Begleitung.	Einsatzfelder: Leitbild für eine nachhaltige Stadtentwicklung, Marketingkonzept für eine Region, neues Verkehrskonzept, Sauberkeit in der Innenstadt, konkrete Aktionen zur Gewaltprävention u. a. Themen	Beispiele: Kindesmissbrauch Runder Tisch Freiburg: Auswirkungen der Hartz-Gesetze.
		Folgende Ansätze werden dazu diskutiert: <ul style="list-style-type: none">Intelligenter Technologieeinsatz.Technologiegetriebener Ansatz (jede händische Erfassung muss auf den Prüfstand).Wertgetriebener Ansatz (Umweltinformationen zur Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Akteure nutzen)Systemgetriebener Ansatz (Betrachtung ganzer Subsystem)			
Smart Cities	Nachhaltige Verbesserung der Standortqualität von Städten und Regionen mit Hilfe moderner Technologie.		Strategisch ausgerichtete Themenauswahl.	Bekämpfung des Verkehrskollaps (Stockholm), Reduzierung der Umweltbelastungen (Singapur).	Beispiel: T-City Friedrichshafen
Stadtteilbüro	Dezentrale Anlaufstelle zu Themen und Anliegen der Bürgerschaft.	Hauptzwecke sind Nähe und Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern.	Erforderlich sind ein räumlich gegenständlicher Bezug und ausreichend mehrfachqualifiziertes Personal.		Beispiel: Stadtteilbüro Reutlingen.
Stadtteilforen	Dauerhafte Struktur und Rahmensetzung, die es ermöglichen den Stadtteil als aktiven Bezugspunkt und Identifikationsgröße zu erleben und darin mitzugestalten.	Ergänzung zum Gemeinderat, weshalb auch gewählte Vertreter an den Sitzungen teilnehmen.	Zur Verfügung Stellung eines Verwaltungslotsen für die Koordination der Planungen der Foren mit denen der Verwaltung.	Wird eingesetzt bei der Gestaltung und Pflege von Spielplätzen und Spielräume für Kinder, bei Verkehrsführung, der Kinderbetreuung, der Stadtbücherei, der Gestaltung von Plätzen und Treffpunkte für Erwachsene u.a..	Zwei Beispiele: Nürnberg Oberhausen

			Methodisches Vorgehen:			
Szenariotechnik	Methode, mit deren Hilfe alternative Vorstellungen über positive und negative Zukunftsentwicklungen zu umfassenden Bildern und Modellen, d. h. zu möglichen und wahrscheinlichen „Zukünften“ zusammengefasst werden können.	Hauptzweck ist die detaillierte Beschreibung mehrerer möglicher Zukunftssituationen, um daraus Annahmen für Planungen abzuleiten.	<ul style="list-style-type: none">· Problem und Aufgabenanalyse· Bestimmung der Einflussfaktoren· Vernetzungsmatrix· Trendprojektion· Handlungsempfehlungen	Die Szenariotechnik ist sowohl ein strategisches als auch Beispiel: ein kommunikatives Instrument der Entscheidungsfindung mit allen im jeweiligen System relevanten und verantwortlichen Akteure. Sie ist insofern eine ideale Methode für Diskussionsforen.	Görlitz 2030 Szenario Thüringen.	
Think Tank	Interessierte und wissenschaftlich kompetente Bürgerinnen und Bürger werden ehrenamtlich, u.U. auch auf Zeit, an bestimmten lokalen Politikprozessen beteiligt.	Aufbau und Pflege eines unabhängigen Expertenpools zur Nutzung der bürgerschaftlichen Expertise.		Besondere Aufmerksamkeit ist der Zusammensetzung des Expertenkreises zu widmen (Akteursanalyse).	Geeignet für die Bearbeitung komplexer Themen, die eine fachliche Kompetenz erfordern.	Die Beteiligungskultur im ländlichen Bereich hat zum Teil eine in diese Richtung gehende Tradition: Schlüsselpersonen, wiederholendes Engagement, methodenerprobt, Vertrauensstellung.
Urban Governance	Urban Governance“ betrifft die Steuerung und Koordination der Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse im kommunalen Bereich zu alltäglichen Angelegenheiten.	Leitbild der Veränderung der Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Kommune / Region, insbesondere in Richtung offener Planungsverfahren.		Das Leitbild kann mit den hier beschriebenen Methoden entwickelt werden.	Anwendbar für alle örtlichen Angelegenheiten von der Strategie bis zur Umsetzung.	Beispiele: Praxisbeispiele aus Frankfurt
Walt-Disney-Methode	Methode zur Berücksichtigung unterschiedlicher fachlicher Blickwinkel und der Respektierung der Verschiedenartigkeit der beteiligten Personen, in dem Räume für Träumer, Kritiker und Praktiker eingerichtet und nach einer bestimmten Methode separat durchlaufen werden.	Würdigung von unterschiedlichen Denkhaltungen durch gezielt gestaltete Räume, in denen entsprechende Fragen gestellt werden, damit die jeweils erforderliche Rolle eingenommen werden kann.		Als besondere Voraussetzungen sind Spielregeln zu vereinbaren und ein Schiedsrichter zu bestimmen.	Einsetzbar als Diskussionsmethode im Rahmen von Organisations- Stadt- und Regionalentwicklungen.	Aktuelle Beispiele stehen nicht im Web.
Web 2.0 Cities	Kommunen und Regionen, die verstärkt Web 2.0 Anwendungen nutzen (vgl. dazu den Leitfaden der Bitkom).	Hauptzweck ist die zielorientierte Kommunikation mit moderner Technologie.		Erforderlich ist eine entsprechende strategische Ausrichtung.	Geeignet zur Verbesserung der Information und der interaktiven Kommunikation.	Beispiel: Stadtwiki Karlsruhe
Wertbaumverfahren	Diskursanalytisches Verfahren zur Erfassung unterschiedlicher Wertmuster und heterogener Zielsetzungen. Der Wertbaum besteht aus einer logisch konstanten und von allen Parteien anerkannten Liste von Werten und Beurteilungskriterien, die als Bewertungsgrundlage dienen.	Hauptzwecke sind die Förderung der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bei komplexen Problemstellungen (Technikfolgenabschätzung) sowie die Verbesserung der Transparenz normativer Strukturen.		Erforderlich ist die Vorstellung eines Musters.		Verfahren bei der Technikfolgenabschätzung
World-Café	Methode zur Erschließung von Wissen und zur Entfaltung „kollektiver Intelligenz“ durch Gestaltung eines Dialoge fördernden Rahmens. In mehreren aufeinander folgenden Gesprächsrunden tauschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Wissen aus, wobei ein "Gastgeber" die neu hinzugekommenen in den bisherigen Kenntnisstand einweist.	Hauptzwecke sind die Wissenserschließung und die Vernetzung durch Selbstorganisation.		Einfach zu moderierendes Verfahren.	Vielfältig einsetzbare Methoden, um Diskussionsmuster aufzubrechen.	Beispiele: Methode. Worldcafé des Kirchenkreises Stuttgart.
Zukunftskonferenz	Großgruppenmethode, mit deren Hilfe das „ganze, offene System“ in einem Raum zusammen lernt und ein gemeinsames Zukunftsbild entwickelt. Versammelt sind dazu wichtige Interessengruppen (z. B. Kunden, Lieferanten, Händler, Lizenznehmer) sowie in Städten/Stadtteilen Vertreter aller relevanten Bevölkerungsgruppen und Institutionen.	Hauptzwecke sind die Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven, die Identifizierung von Gemeinsamkeiten und die Erzeugung von Handlungsbereitschaft. Dazu werden Gruppengrenzen aufgebrochen und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt .	<ul style="list-style-type: none">• Reflexion der Vergangenheit• Analyse der Gegenwart• Entwicklung von Zukunftsentwürfen• Erarbeitung von Gemeinsamkeiten• Entwicklung von Maßnahmenplänen	Geeignet für die Entwicklung langfristiger Ziele und Maßnahmen für eine ganze Organisation, eine Stadt, eine Region oder größere Teilbereiche sowie strategische Querschnittsthemen wie z.B. „Zukunft der Jugendarbeit im Stadtteil“, geeignet auch für Menschen und Gruppen mit divergierenden Interessen und konfliktreicher Vergangenheit. Die Methode steht in der Regel am Beginn eines komplexen Entwicklungsprozesses.	Beispiel: Zukunftskonferenz Bodensee Zukunftskonferenz Ludwigsburg Zukunftskonferenz Krems	
Zukunftswerkstatt	Methode, die unter Einbeziehung von Moderatoren die Selbstorganisation, die Wahrnehmungsfähigkeit, die Fantasie und die Handlungskompetenz der Teilnehmenden fördert, Möglichkeiten zur Realisierung gemeinsamer Ideen entwickeln hilft und diese an der Umsetzung beratend begleitet. Sie ist im Unterschied zur Zukunftskonferenz nicht so aufwendig, arbeitet mit kleineren Gruppen und ist handlungsorientierter.	Hauptzweck ist die Erarbeitung von Möglichkeiten, wie Ideen praktisch umgesetzt werden können.	Dreistufiger Aufbau und strukturierter Prozess: <ul style="list-style-type: none">· Kritikphase· Fantasiephase· Realisierungsphase	Geeignet für Leitbildentwicklungen, Lokale Agenda 21-Prozesse u.a.	Beispiel: Zukunftswerkstatt Köln Zukunftswerkstatt Plochingen zu "Familien in Plochingen"	
			Die Teilnehmenden sind mitverantwortlich für Input und Erfolg der Werkstatt.			

Weitere Hinweise (Stand 24. Mai 2012):

Stiftung Mitarbeit.

Wegweiser Bürgergesellschaft.
Netzwerk Bürgerbeteiligung.
Bundeszentrale für politische Bildung.
Landeszentralen für politische Bildung.
Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB).
Soziale Stadtteilentwicklung.
Soziale Stadt.
Bertelsmann Stiftung.
Vitalizing Democracy.
European Institute for Public Participation (EIPP).
Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik.
Österreichisches Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.
Deutsches Institut für Community Organizing.
Forschungsstelle Bürgerbeteiligung.
Robert-Jungk-Bibliothek für Bürgerbeteiligung.
ZebraLog.
TuTech Innovation GmbH.
DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation.
Liquid Democracy e.V.

Autor: Dr. Siegfried Mauch, Führungsakademie Baden-Württemberg, 2012.


[ENGAGIERTES LAND](#)
[WEGE INS ENGAGEMENT](#)
[FÖRDERUNG](#)
[PRAKTISCHE INFOS](#)

Sie sind hier: »[Startseite](#)



Gärten verbinden

Urbane Gemeinschaftsgärten haben viele Namen und Formen. Am bekanntesten sind die Interkulturellen Gärten. Das gemeinsame Gärtnern ist der Beginn des Austauschs von Menschen aus verschiedenen Herkunftskulturen. Auf der Landesgartenschau informierte eine feste Installation über die Gemeinschaftsgärten und die Engagementstrategie.

[Weiter](#)

Baden-Württemberg ist Land des Ehrenamts

Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Deutsche Freiwilligensurvey, eine Erhebung des Deutschen Zentrums für Altersfragen in Berlin. Der Untersuchung zufolge engagiert sich fast jeder zweite Baden-Württemberger in seiner Freizeit ehrenamtlich für andere. Baden-Württemberg liegt damit in der Spitzengruppe der Bundesländer.

[Weiter](#)

Land dehnt Förderung auf weitere 54 Initiativen aus

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha und die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler haben am Freitag (1. Juli) in Stuttgart die 54 Initiativen bekannt gegeben, die für eine Förderung durch das Landesprogramm „Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe“ ausgewählt wurden.

[Weiter](#)

Kommunaler Flüchtlingsdialog

Um die vielen Flüchtlinge vor Ort zu integrieren führen die Städte und Gemeinden Debatten über die zukünftige Entwicklung und Maßnahmen, die es zu ergreifen gilt. Die Landesregierung unterstützt diese Bemühungen.

[Weiter](#)

[Alle Meldungen](#)



Engagementstrategie Baden-Württemberg

Das Kabinett hat die "Engagementstrategie Baden-Württemberg" beschlossen und damit grünes Licht gegeben für ein breites Bündel von Maßnahmen zur Förderung des bürgerlichen Engagements. Eine engagierte Bürgerschaft ist die wichtigste Voraussetzung für einen demokratisch organisierten Staat.

[Weiter](#)



Preisverleihung im Dezember

Der Ehrenamtswettbewerb ECHT GUT! wurde in 7 plus 1 Kategorie ausgeschrieben. Nahezu 500 Bewerbungen wurden eingereicht. Ausgezeichnet werden Einzelpersonen oder Gruppen in den Kategorien Sonderpreis Lebenswerk, Soziales Leben, Lebendige Gesellschaft, Junge Aktive, Eine Welt im Ländle, Jugend fördern, Mensch und Umwelt sowie Sport und Kultur.

[Weiter](#)

[Zum Seitenanfang](#)

[Startseite](#)

[Benutzungshinweise](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

Bürgerentscheid mit Bürgerbeteiligung verbinden – geht das?

Andreas Paust

Einleitung

Die politische Kultur in Deutschland ist partizipativer geworden. Die Bürgerinnen und Bürger möchten nicht mehr nur wählen, sondern auch mitdiskutieren und mitentscheiden (vgl. Bertelsmann Stiftung / Staatsministerium Baden-Württemberg 2014).

Momentan stehen die beiden letztgenannten Partizipationsformen in der Praxis meist nebeneinander und werden äußerst selten kombiniert: Bürger/innen können auf kommunaler Ebene entweder mitreden – in vielfältigen Bürgerbeteiligungsverfahren (vgl. Ley/Weitz 2012) (1) – oder mitentscheiden – bei einem Bürgerentscheid (vgl. Paust 1999). Auf der einen Seite können Bürger/innen in Beratungsprozesse einbezogen werden und damit Stellung nehmen zur »Wie«-Frage. Allerdings können informelle und dialogorientierte Beteiligungsverfahren weder erzwungen werden noch können sie rechtsverbindliche Ergebnisse schaffen. Auf der anderen Seite können die Bürger/innen im Rahmen eines Bürgerentscheids rechtsverbindlich »Ja« oder »Nein« zu einer Maßnahme sagen und damit die »Ob«-Frage beantworten. Varianten und Kompromisse in der Sachfrage zu erarbeiten ist hingegen nicht möglich.

Es drängt sich die Frage auf, wie die beiden Partizipationsformen Bürgerentscheid – bzw. dessen Vorstufe Bürgerbegehren – und informelle Beteiligungsverfahren so verzahnt werden können, dass sich ihre jeweiligen Stärken und Vorteile kombinieren lassen (2).

Möglichkeiten und Grenzen der Verzahnung mit dialogorientierten Verfahren am Beispiel der kassierenden Bürgerbegehren

Nachfolgend werden anhand der kassierenden Bürgerbegehren (3), die die überwiegende Mehrheit aller Bürgerbegehren bilden (4), die Möglichkeiten und Grenzen einer Verzahnung mit informellen, dialogorientierten Beteiligungsverfahren durchgespielt.

Ein kassierendes Bürgerbegehren durchläuft in der Regel folgende Phasen (s. Abbildung nächste Seite):



Abb.1: Phasen eines Bürgerbegehren-/Bürgerentscheidsverfahrens

Phase 1: Vorgeschichte des Bürgerbegehrens: ein drohender Konflikt zeichnet sich ab

Kommunalpolitische Sachverhalte, die Gegenstand eines Bürgerbegehrens sein können, werden in der Gemeindevertretung (Stadtrat/Gemeinderat/Kreistag etc.) beraten. Insbesondere über teure und komplexe Projekte finden über einen längeren Zeitraum Diskussionen in den Fachausschüssen und den Fraktionen statt, bevor die Vertretung eine Entscheidung trifft. In dieser Phase artikulieren sich die Bürgerinnen und Bürger noch nicht durch die Sammlung von Unterschriften, sondern sie äußern sich in Form von Eingaben an ihre kommunalen Vertreter/innen, in Leserbriefen und ggfls. durch Protestveranstaltungen. Dies können deutliche Indikatoren dafür sein, dass ein Thema in der Bevölkerung umstritten ist. Das gilt erst recht, wenn Bürgerinitiativen oder Minderheitsfraktionen bereits mit einem Bürgerbegehren drohen.

An dieser Stelle ist der beste Anknüpfungspunkt für informelle Bürgerbeteiligung. Zunächst ist es in dieser Phase sinnvoll, die Bürgerinnen und Bürger verständlich, wahrheitsgemäß und umfassend zu informieren. Das reicht von der Bereitstellung von Informationsmaterial auf der städtischen Homepage über die flächendeckende Verteilung von Broschüren bis hin zur Durchführung von Bürgerversammlungen und Infomärkten. Darüber hinaus sollten die Bürger/innen aber auch – sofern der Planungsverlauf das noch zulässt – an der konkreten Ausgestaltung der Maßnahme beteiligt werden. Dazu können sie in Workshops oder Planungswerkstätten gemeinsam mit der Gemeindevertretung, der Verwaltung und externen Expert/innen die Inhalte der Planung diskutieren. Wichtig ist, dass alle potentiell Betroffenen eingebunden werden. Hierzu ist die Anwendung eines

»Beteiligungsscopings« (5) sinnvoll. Dessen Ziel sollte sein, im Vorfeld eines Vorhabens einen Konsens zu finden, der dann Gegenstand der Beschlussfassung in der Vertretung wird. Im Idealfall erübrigt sich dann ein Bürgerbegehren.

In dieser Phase kann auch noch die »Ob«-Frage gestellt werden. Je nachdem, wie die Ergebnisse der frühen Bürgerbeteiligung ausfallen, kann die Gemeindevertretung gänzlich auf eine Beschlussfassung verzichten. Oder sie legt das Thema den Bürgerinnen und Bürgern zur Entscheidung vor, indem sie einen sogenannten »Ratsbürgerentscheid« (siehe unten) anberaumt.

Phase 2: Beschlussfassung der Gemeindevertretung über eine Sachfrage: Beginn eines streng formalisierten Verfahrens

Die Vorgeschichte eines Bürgerbegehrens endet mit der Beschlussfassung zu einem Projekt durch die Gemeindevertretung. Das ist diejenige Entscheidung, gegen die die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Bürgerbegehren vorgehen.

Anknüpfungspunkt für Bürgerbeteiligung ist hier, dass es die Gemeindevertretung nicht bei der Beschlussfassung in der Sache belässt, sondern zugleich die Verwaltung beauftragt, eine Informationskampagne durchzuführen, mit der die Bürger/innen über die Inhalte des Beschlusses und seine Begründung unterrichtet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Pro- und Kontra-Argumente proaktiv dargestellt werden. Das ist zwar keine Bürgerbeteiligung in dem hier verstandenen Sinne, aber es ist ein Beitrag zu mehr Transparenz.

Phase 3: Initiierung des Bürgerbegehrens: Bürger/innen organisieren sich

In der Initiierungsphase entwerfen die Initiator/innen eines Bürgerbegehrens die Unterschriftenlisten, erarbeiten Informationsmaterialien und suchen Mitstreiter/innen. Das Bürgerbegehren wird öffentlich angekündigt – in Form einer Pressekonferenz, durch eine Einladung zur Gründungsversammlung einer »Abstimmungsinitiative« und/oder durch eine offizielle Anmeldung (6).

Anknüpfungspunkt für Bürgerbeteiligung wäre hier, in einem dialogorientierten, konfliktlösenden Beteiligungsverfahren die Widerstände, Bedenken und Sorgen gegen den Beschluss aufzugreifen und in Hinweise und Anregungen für die weitere Planung zu überführen. Ziel des Verfahrens wäre, eine Lösung zu finden, die die Initiator/innen bewegt, ihre Kampagne wieder zu beenden. Leider ist das aus zwei Gründen nicht möglich bzw. realistisch. Zum einen sind wegen der von den Gemeindeordnungen vorgegebenen Fristen für die Unterschriftensammlung und die Befassung durch die Gemeindevertretung (siehe unten) keine konfliktlösenden und zeitaufwändigen Verfahren möglich. Zum anderen lässt die Praxis vermuten, dass die Gemeindevertretung in der Regel nicht bereit ist, ein solches Verfahren zu starten und ggfls. ihre bisherige Beschlussfassung zu korrigieren, nur weil einige Bürger/innen ein Bürgerbegehren gestartet haben.

Phase 4: Qualifizierung des Bürgerbegehrens: die Sammlung der Unterschriften

Deshalb folgt in der Qualifizierungsphase die Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften. Wenn dieses Ziel erreicht, also das Quorum (7) erfüllt ist, hat sich das Bürgerbegehren qualifiziert.

In dieser Phase gibt es keine Anknüpfungspunkte für Bürgerbeteiligung, weil die Gemeindeordnungen die Initiator/innen eines Bürgerbegehrens zwingen, schnell tätig zu werden und innerhalb genau festgelegter Fristen die notwendigen Unterschriften zu sammeln (8). Die meisten Beteiligungsverfahren benötigen jedoch viel mehr Zeit (9). Deshalb besteht in dieser Phase nur noch die Möglichkeit, dass Verwaltung oder einzelne Fraktionen bzw. Wählergemeinschaften den Bürger/innen den angegriffenen Beschluss erläutern. Sie können dazu Infostände oder Veranstaltungen durchführen oder an Terminen von Vereinen und Verbänden teilnehmen. Aber auch das ist keine Bürgerbeteiligung, sondern dient dem Zweck, die Bürger/innen mit Argumenten vom Unterschreiben des Bürgerbegehrens abzuhalten.

Phase 5: Politische Interaktion zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: kommt es zur Abstimmung?

Unmittelbar nach der Übergabe der Unterschriften folgt eine Phase, in der sich die Gemeindevertretung erneut mit der Sachfrage und damit mit dem Thema des Bürgerbegehrens beschäftigt.

Zunächst setzt eine Prüfungsphase ein, bei der das Begehren auf seine formelle und materielle Zulässigkeit untersucht wird. Auch hier fordern die Gemeindeordnungen zu schnellem Handeln auf (10). Auch wenn diese Phase länger dauern kann, z.B. weil die Gemeindevertretung noch eine Rechtsauskunft bei der Kommunalaufsicht einholt oder weil die Initiator/innen gegen eine Unzulässigkeitserklärung klagen, ist hier der Einsatz von Beteiligungsverfahren nicht möglich. Denn die Beteiligten warten erst einmal ab, ob das Begehren zulässig ist oder nicht.

In einigen Bundesländern ist die Gemeindevertretung nach Feststellung der Zulässigkeit aufgefordert, sich noch einmal inhaltlich mit dem Sachverhalt zu beschäftigen. Sie muss darüber entscheiden, ob sie dem Begehren entspricht, d. h. die beantragte Maßnahme beschließt oder nicht. Der einfachste Fall – die Vertretung folgt dem Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid entfällt – ist eher selten. In den meisten Fällen bekräftigen die Vertretungen ihre frühere Entscheidung und nehmen den nun folgenden Bürgerentscheid in Kauf.

Dies wäre ein erneuter Anknüpfungspunkt für den Einsatz eines konfliktlösenden Beteiligungsverfahrens, bei dem die Gemeindevertretung und die Bürgerschaft eine gemeinsame Lösung erarbeiten. Leider steht dem auch hier die Gemeindeordnung entgegen. Zwar können sich die Vertreter/innen des Bürgerbegehrens mit der Kommune auf einen Kompromiss einigen (11) – was in seltenen Fällen auch geschieht (12). Aber für ein aufwändiges Verfahren mit einer breiten Teilnehmerschaft bleibt nicht ausreichend Zeit. Denn nach dem Beschluss zur Nicht-Entscheidung folgt zwingend im nachfolgenden Vierteljahr der Bürgerentscheid (13).

Phase 6: Öffentliche Meinungsbildung und Bürgerentscheid: der Abstimmungskampf

Die Phase der öffentlichen Meinungsbildung, die – analog zum Wahlkampf – »Abstimmungskampf« genannt werden kann, dauert bis zum Tag des Bürgerentscheids. Während dieser Zeit gibt es eine klare Konfrontation zwischen Befürworter/innen und Gegner/innen, die auf unterschiedliche Weise zu einem Gelingen oder einem Scheitern des Entscheids beitragen wollen. Beide Seiten werben mit allen Mitteln – manchmal auch unlauteren – für ihre Position.

In dieser Phase gibt es keine Anknüpfungspunkte für Bürgerbeteiligungsverfahren, mit denen ein Kompromiss erreicht werden kann. Allerdings besteht die Chance, den Abstimmungskampf zu versachlichen, indem z.B. im Rahmen eines gemeinsamen öffentlichen Faktenchecks die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente ausgetauscht werden. Hilfreich ist außerdem, wenn sich Gemeindevertretung und Initiator/innen gemeinsam über die Inhalte einer an alle Abstimmungsberechtigten zu verteilende Informationsbroschüre verständigen, die alle nötigen Informationen für eine begründete Entscheidung enthält (14).

Phase 7: Nachgeschichte des Bürgerentscheids: wieder ist alles möglich

Wenn das Abstimmungsergebnis vorliegt, schließt sich die Nachwirkungs-Phase an. Zunächst bedeutet das Ergebnis, dass das angegriffene Projekt durchgeführt wird oder gestoppt ist. Die Gewinner/innen des Entscheids sind siegestrunken, die Verlierer/innen lecken ihre Wunden. Nicht selten werden Rücktrittsfordernungen an Politiker/innen laut, die auf der Verliererseite stehen oder diese ziehen von sich aus Konsequenzen (15). Insgesamt besteht die Gefahr, dass durch den emotional geführten Abstimmungskampf die politische Kultur der Kommune beschädigt worden ist (16).

In dieser Situation wird häufig die Forderung laut, es bei strittigen Projekten künftig anders zu machen. Diese Phase bietet die Chance, jetzt dialogorientierte Beteiligungsverfahren durchzuführen oder sich – z.B. in Form von Leitlinien – auf ihre zukünftige Anwendung zu verständigen. Auf diese Weise steht nicht selten ein Bürgerentscheid am Anfang von informellen Bürgerbeteiligungsverfahren, indem er diese erst hervorruft (17).

Chancen der Verzahnung von Ratsbürgerentscheid und dialogorientierten Verfahren

Immerhin ein knappes Drittel aller Bürgerentscheide sind sogenannte Ratsbürgerentscheide (18), also Bürgerentscheide, die nicht aufgrund eines Bürgerbegehrens, sondern durch einen Beschluss der Gemeindevertretung zustande kommen. Bei ihnen bestimmt die Vertretung das Verfahren: Sie legt fest, dass und worüber eine Abstimmung stattfindet. Sie formuliert die Abstimmungsfrage, und sie bestimmt den Abstimmungstermin. Bei guter Vorbereitung und passender Terminierung bietet der Ratsbürgerentscheid zwei Chancen: (1) Der eigentlichen Abstimmung kann ein ggfls. umfangreiches und langfristig angelegtes informelles Beteiligungsverfahren

ren vorangestellt werden, und (2) die in diesem Beteiligungsverfahren erarbeiteten Maßnahmen erhalten durch den Bürgerentscheid eine besondere demokratische Legitimation (19).

Ergebnis: gute, dialogorientierte Beteiligung vorher oder nachher

Der Versuch, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid mit informellen, dialogorientierten Beteiligungsverfahren zu verzahnen, stößt bei den kassierenden Bürgerbegehren schnell an Grenzen: Die Gemeindeordnungen legen strenge Regeln für ihren Ablauf fest. Darüber hinaus gibt es Durchführungsverordnungen und kommunale Satzungen, die zu beachten sind. Abweichungen können schnell zur Unzulässigkeit bzw. Ungültigkeit führen. Nur an den »Rändern«, also weit vor einem Bürgerbegehren – wegen der dann noch vorhandenen Offenheit der Planung und der noch nicht eingetretenen Verhärtung der Positionen – oder nach einem Bürgerentscheid – wegen des dann vorhandenen »Leidensdrucks« – sind solche Verfahren möglich und sinnvoll.

Die Signale vor einem Bürgerbegehren richtig zu deuten, setzt jedoch aufmerksame und empathische Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen voraus. Immer noch wird Protest als »Bedenken der üblichen Verdächtigen« abgetan; umso größer ist dann immer wieder das Erstaunen, wenn sich ein Bürgerbegehren qualifiziert und beim Bürgerentscheid erfolgreich ist. Hier ist eine Haltungsänderung bei den Akteuren aus Politik und Verwaltung nötig, die mehr Sensibilität für die Stimmungen in ihrer Kommune entwickeln müssen.

Darüber hinaus sind die Gemeindeordnungen dahingehend anzupassen, dass es den Gemeindevertretungen und den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, nach der Initiierungsphase und der Qualifizierungsphase »Denkpausen« einzulegen, damit Politik und Bürgerschaft versuchen können, einen Kompromiss oder eine gemeinsame Lösung zu finden, ohne dass das Bürgerbegehren unzulässig wird oder ins Leere läuft (20). Denn das sollte das Ziel von jeglicher Form von Bürgerbeteiligung sein: dass Bürgerschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam an der Gestaltung des kommunalen Gemeinwesens arbeiten und gemeinsam darüber entscheiden.

Anmerkungen

(1) Siehe auch die Zusammenstellungen beim Wegweiser Bürgerbeteiligung (<http://www.buergergesellschaft.de>) und beim Beteiligungskompass (<http://www.beteiligungskompass.org>)

(2) Die Darstellung stützt sich in Teilen auf eine frühere Veröffentlichung (Paust 2000).

(3) Diese richten sich gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung und werden auch »kassatorische« oder »Korrekturbegehren« genannt. Eine seltenere Form sind initiiierende Bürgerbegehren, die auf die Durchsetzung

einer neuen Maßnahme abzielen. Diese kommen selten vor, weil sich eigentlich immer politische Kräfte in einer Gemeindevertretung finden, die ein neues Bürgeranliegen aufgreifen und – ggfls. modifiziert – beantragen. Wenn die Gemeindevertretung dies dann abgelehnt, wird aus dem initiiierenden ein kassierendes Bürgerbegehren.

(4) Vgl. Mehr Demokratie 2014, S. 28 bezogen auf Baden-Württemberg

(5) »Das Beteiligungsscoping ist der Meinungsaustausch zu den Fragen, ob eine zusätzliche Bürgerbeteiligung neben den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsformen zweckmäßig ist und welche Methoden im Rahmen einer frühen oder nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung gegebenenfalls eingesetzt werden können.« (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung Baden-Württemberg, 1.3.5)

(6) »Bürger, die beabsichtigen, ein Bürgerbegehren durchzuführen, teilen dies der Verwaltung schriftlich mit.« (§ 26 Abs. 2 GO NRW)

(7) »Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden bis 10.000 Einwohner von 10 %, bis 20.000 Einwohner von 9 %, bis 30.000 Einwohner von 8 %, bis 50.000 Einwohner von 7 %, bis 100.000 Einwohner von 6 %, bis 200.000 Einwohner von 5 %, bis 500.000 Einwohner von 4 %, über 500.000 Einwohner von 3 % der Bürger unterzeichnet sein.« (§ 26 Abs. 4 GO NRW)

(8) »Richtet sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Rates, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht sein. Gegen einen Beschluss, der nicht der Bekanntmachung bedarf, beträgt die Frist drei Monate nach dem Sitzungstag.« (§ 26, Abs. 3 GO NRW)

(9) Ein Bürgerdialog zur Planung eines Autobahnkreuzes in Tübingen dauerte sechs Monate, ein Mediationsverfahren zum Bau einer Umspannanlage in Hagen-Garenfeld sieben Monate.

(10) »Der Rat stellt unverzüglich fest, ob das Bürgerbegehren zulässig ist.« (§ 26, Abs. 6 GO NRW)

(11) »Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der zuständige Ausschuss die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen in unveränderter Form oder in einer Form beschließt, die von den benannten Vertretungsberechtigten gebilligt wird.« (§ 16g Abs. 5 GO SH)

(12) So im Jahr 2014 in Solingen, als der Stadtrat ein Bürgerbegehren zunächst ablehnte, sich dann aber wenige Wochen später mit den Vertretern des Begehrens auf einen Kompromiss einigte.

(13) »Entspricht der Rat dem zulässigen Bürgerbegehren nicht, so ist innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchzuführen.« (§ 26, Abs. 6 GO NRW)

(14) So im Jahr 2013 vor der an Bürgerentscheidsregeln angelehnten Abstimmung über eine Ortsumgehung in Waren/Müritz.

(15) »Nachdem sich die Bürger im Markt Schliersee (Kreis Miesbach) mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit bereits zum zweiten Mal für den Umbau des Kurzentrums am See in ein Freizeit- und Gesundheitszentrum ausgesprochen haben, zog nun die CSU-Fraktionsvorsitzende, Anneliese Reinthaler, ihr Mandat im Gemeinderat zurück.« (Merkur Online, 26.4.2009)

(16) »In Mannheim fiel 2013 ein Bürgerentscheid über die ‚Bundesgartenschau 2023‘ äußerst knapp aus. 50,7 Prozent stimmten für das Vorhaben, 49,3 Prozent dagegen. Eine Befriedung bleibt aber aus, der Streit spaltet die Stadt bis heute. Der vom Gemeinderat herbeigeführte Bürgerentscheid über den Bau eines neuen Stadions für den Erstligisten SC Freiburg ging Anfang Februar zwar mit 58,2 Prozent positiv für die Befürworter des Projekts aus, aber die aggressive Kampagne vor der Abstimmung hinterließ bleibende Schäden.« (FAZ, 19.2.2015)

(17) Ein Beispiel sind die acht Planungszellen zum Bürgergutachten »Neuss Innenstadt 2010«, die von Dezember 1999 bis Mai 2000 nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die Verlegung einer Straßenbahnlinie durchgeführt wurden.

(18) Vgl. Mehr Demokratie e.V. 2014, S. 34; dort ist die Rede von »Ratsreferenden« bzw. »Ratsbegehren«

(19) Ein Beispiel hierfür ist das Konzept »City 2015« in Karlsruhe: nachdem 1996 bei einem Bürgerentscheid ein geplanter Stadtbahntunnel abgelehnt worden war, wurde ein aufwändiges Bürgerbeteiligungsverfahren mit ganz verschiedenen Komponenten durchgeführt: Workshops, Bürgerforen, Bürgerarbeitsgruppen, Projektgruppen, Facharbeitsgruppen, Expertenforen, Bürger- und Besuchergutachten. Am Ende stand im Jahr 2002 ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids (vgl.

http://de.wikipedia.org/wiki/Kombil%C3%B6sung_%28Karlsruhe%29#City_2015_und_zweiter_B.C3.BCrgerentscheid - zuletzt abgerufen am 20.2.2015)

(20) Ein Ansatz dazu findet sich im Gesetz zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in den Bezirken Hamburg. Es eröffnet die Möglichkeit, die Frist zwischen dem Zustandekommen des Bürgerbegehrens und dem nachfolgenden Bürgerentscheid um zweimal 3 Monate zu verlängern, wenn sich Initiative und Bezirksversammlung z.B. auf die Einleitung eines Moderationsverfahrens verständigen.

Literatur

Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh

GO NRW: Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

GO SH: Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Ley, Astrid/Weitz, Ludwig (Hrsg.) (2012): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn

Mehr Demokratie e.V. (2014): Bürgerbegehrensbericht 2014, Berlin/Marburg/Wuppertal

Paust, Andreas (1999): Direkte Demokratie in der Kommune. Zur Theorie und Empirie von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Bonn

Paust, Andreas (2000): Vom Bürgerbegehren zur Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/2000, S. 22-30

VwV Öffentlichkeitsbeteiligung Baden-Württemberg (2013): Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren vom 17. Dezember 2013

Autor

Dr. Andreas Paust, Sozialwissenschaftler, hat über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid geforscht und betreibt die Internetseite www.buergerbegehren.de. Er ist Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung im Programm »Zukunft der Demokratie« und befasst sich im Projekt »Vielfältige Demokratie gestalten« mit der Frage, wie sich repräsentative, partizipative und direkte Demokratie miteinander verzahnen lassen.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh | Germany

Telefon: +49 5241 81-81425 | Fax: +49 5241 81-681425

E-Mail: andreas.paust@bertelsmann-stiftung.de |

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/>

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de



Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg

Die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg, die Satzung über Verfahrensregeln bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats sowie die Verwaltungsvorschrift über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters wurden am 25.07.2012 vom Heidelberger Gemeinderat beschlossen.

Die vorliegenden erstmalig geänderten Fassungen wurden am 26.03.2015 beschlossen.
Weitere Informationen finden Sie unter www.heidelberg.de/buergerbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg	1
Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates	43
Verwaltungsvorschrift über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters	57

Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg

vom 25.07.2012 geändert am 26.03.2015

Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg

Inhaltsverzeichnis

1	Ziele mitgestaltender Bürgerbeteiligung	5
2	Begriffsbestimmung und Zusammenfassung der Gestaltungsmerkmale	6
3	Anwendungsbereiche	8
4	Frühzeitige Information (Vorhabenliste)	9
5	Anregung von und Entscheidung über Bürgerbeteiligung	10
6	Planungszuständigkeiten für Beteiligungskonzepte	12
7	Inhalte des Beteiligungskonzepts	14
8	Durchführung und Ergebnisübermittlung / Kosten	17
9	Verbindlichkeit der Grundsätze und Regeln	18
10	Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung	18
11	Weiterentwicklung der Leitlinien und Stärkung der Zivilgesellschaft	19

Anlagen

Anlage 1:	Standardschema zur Verzahnung von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen	23
Anlage 2:	Ablaufschema von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung	28
Anlage 3:	„Instrumentenkoffer“ für Bürgerbeteiligung	29
Anlage 4:	Beteiligung der Bürgerschaft bei Architekturwettbewerben und städtebaulichen Wettbewerben	40

1 Ziele mitgestaltender Bürgerbeteiligung

Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, Verwaltung und Politik aufzubauen und eine Beteiligungskultur zu entwickeln. Sie ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:¹

- A. Sie sorgt für frühzeitige und umfassende Information, verlässliche Verfahren mit verbindlichen Regeln und breite Initiativrechte.
- B. Sie erkennt die Interessenvielfalt sowie das Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsbedürfnis der Bürgerschaft. Sie nimmt die Bürgerschaft aber auch in Mitverantwortung.
- C. Sie führt die Erfahrung und den Sachverstand von Einwohnerinnen, Einwohnern, Gemeinderat und Verwaltung in wesentlichen Phasen von Entwicklungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen auf kooperative Weise zusammen und macht sie für das Gemeinwesen nutzbar.
- D. Sie bereichert die repräsentative Demokratie, indem sie die Rolle von Bürgerschaft und Bezirksbeiräten stärkt und der Verwaltung die Vorstellungen der Bürgerschaft klarer vermittelt. Gleichzeitig verdeutlicht sie die Entscheidungsverantwortung des Gemeinderats.
- E. Sie erarbeitet in einem öffentlichen und ergebnisoffenen Diskurs Lösungen und macht diese einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Sie eröffnet die Möglichkeit zur Diskussion und erhöht so die Bereitschaft, die letztendlich getroffenen Entscheidungen des Gemeinderats anzuerkennen.
- F. Sie behält den sorgsamen Umgang mit knappen Ressourcen im Auge – sowohl im Verfahren als auch bei Lösungsvorschlägen.

¹

Mit dem Begriff „Verwaltung“ werden in diesen Leitlinien der Oberbürgermeister, die Bürgermeister sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Fachämtern bezeichnet.

2 Begriffsbestimmung und Zusammenfassung der Gestaltungsmerkmale

„Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen“ (kurz: Bürgerbeteiligung) im Sinne dieser Leitlinien meint die gemeinsame Gestaltung von Vorhaben und Projekten der Stadt Heidelberg. Sie basiert auf der verlässlich geregelten Zusammenarbeit von Einwohnerinnen und Einwohnern, Gemeinderäten und der Verwaltung (Trialog). Sie ersetzt nicht den politischen Wettstreit und die politische Entscheidungskompetenz des Gemeinderates und der Verwaltungsspitze.

Zentrale Elemente mitgestaltender Bürgerbeteiligung sind:

a) Frühzeitige Information durch die Vorhabenliste

Die Verwaltung erstellt in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine Vorhabenliste über städtische Projekte, bei denen das Interesse vieler Einwohnerinnen und Einwohner angenommen werden kann. Sie dient der sehr frühzeitigen Information der Öffentlichkeit zur Förderung des Dialogs, der Rückkopplung/Meinungsäußerung und der Mitgestaltung bei Projekten.

b) Anregungen für Bürgerbeteiligung von verschiedenen Seiten

Bürgerbeteiligung kann angeregt werden von der Bürgerschaft, vom Gemeinderat, vom Oberbürgermeister, von den Bezirksbeiräten, vom Jugendgemeinderat, vom Ausländerrat / Migrationsrat, vom Beirat für Menschen mit Behinderung und von Vereinen, die die Voraussetzungen nach Kapitel 5.2. dieser Leitlinien erfüllen.

c) Kooperative Planung und Ausgestaltung des Beteiligungskonzepts

Im Vorfeld eines Beteiligungsprojekts wird grundsätzlich ein Beteiligungskonzept entwickelt. Seine wesentlichen Inhalte sind die Beschreibung des Beteiligungsgegenstands, die Planung des Prozessablaufs, die Bestimmung der zu beteiligenden Einwohnerinnen und Einwohner, die Wahl der Methode(n), die Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, die Aufstellung eines Zeitplans sowie die Abschätzung der Kosten des Verfahrens. Das Konzept wird in einem kooperativen Prozess zwischen sachverständigen Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Bürgerschaft, der Verwaltung, gegebenenfalls Investoren und der Politik entwickelt. Darüber hinaus soll darauf geachtet werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie eine angemessene Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet ist.

d) Bürgerbeteiligung (gegebenenfalls) über verschiedene Projektphasen hinweg

Kommunale Vorhaben und Projekte durchlaufen in der Regel mehrere Projektphasen. Bürgerbeteiligung ist deshalb als Prozess zu verstehen, der die einzelnen Planungs- und Entscheidungsphasen begleitet. Bei mehrphasigen Prozessen sind die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung jeweils in die nachfolgenden Prozessphasen zu übernehmen.

e) Rückkopplung von Beteiligungsergebnissen in eine breitere Öffentlichkeit

In der Regel wirkt nur eine beschränkte Zahl von Personen direkt an einem Bürgerbeteiligungsverfahren mit. Um eine verlässliche Information über die Meinung der Bürgerschaft zu gewinnen, sollen deshalb an Punkten, die für die Vorhabenentwicklung von maßgeblicher Bedeutung sind, die erarbeiteten Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Rückkopplung).

f) Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen

Das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner in das Beteiligungsangebot der Stadt hängt stark davon ab, ob die Grundsätze und Regeln für Bürgerbeteiligung verbindlich und zuverlässig eingehalten werden. Dies gilt besonders bei mehrphasigen Projekten. Zentral für die Verbindlichkeit ist nicht nur die Einhaltung von Regeln sondern auch, dass die Beteiligungsergebnisse im abschließenden Entscheidungsprozess nachvollziehbar berücksichtigt werden, auch wenn sie für die jeweiligen Entscheidungsträger nicht bindend sind.

g) Weiterentwicklung und Evaluierung der Bürgerbeteiligung und der Leitlinien

Die Leitlinien sowie die einzelnen Beteiligungsprojekte unterliegen einer stetigen Evaluierung, um zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Prozesse beizutragen.

Um die Umsetzung dieser Merkmale zu unterstützen, richtet der Oberbürgermeister eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung ein (vgl. Kap. 10). Sie berät die Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie die Fachämter, steht ihnen mit Expertise und Information zur Seite, hilft bei der Entwicklung der Beteiligungskonzepte mit und unterstützt den gegenseitigen Informationsaustausch. Die Stelle wird hierfür mit einem entsprechenden Budget ausgestattet.

Abbildung 1: Standardisierter Ablauf mitgestaltender Bürgerbeteiligung in Heidelberg



3 Anwendungsbereiche

Die Leitlinien schaffen eine verlässliche Grundlage für mitgestaltende Bürgerbeteiligung. Sie tragen dazu bei, vorhandene Gestaltungsräume für Bürgerbeteiligung wirkungsvoller zu gestalten. Gleichzeitig ergänzen sie die gesetzlich geregelten Formen der Bürgerbeteiligung.

3.1 *Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats*

Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien ist möglich für alle Angelegenheiten der Gemeinde, die im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats liegen (vgl. § 24 Abs.1 GemO) mit Ausnahme der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, der Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten, der Feststellung der Jahresrechnung der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe sowie der Entscheidung in Rechtsmittelverfahren (vgl. § 21 Abs. 2 Nr. 2, 3, 5, 7 GemO).

Für die verbindliche Bauleitplanung ist Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien möglich, falls die Vorschriften des Baugesetzbuches, die Bürgerbeteiligung gesetzlich vorsehen, dem nicht entgegenstehen. Baugenehmigungsverfahren können nicht Gegenstand von Bürgerbeteiligung sein. Dementsprechend können Bauvorhaben privater Investoren nur dann Gegenstand von Bürgerbeteiligung sein, wenn deren Genehmigung von der Aufstellung eines neuen Bebauungsplans abhängig ist. Das Nähere regelt § 12 der Satzung „Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats“.

Für Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats soll eine Satzung beschlossen werden.

3.2 *Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters*

Auch für Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters sollen diese Leitlinien bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung gelten.

Zum Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters gehören die ihm vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben, die Aufgaben der laufenden Verwaltung sowie die Pflichtaufgaben nach Weisung (Weisungsaufgaben).

Für den Bereich der vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben und die Aufgaben der laufenden Verwaltung soll eine Verwaltungsvorschrift beschlossen werden, die die vom Gemeinderat gewünschten Qualitäten und Abläufe bei der Durchführung von Bürgerbeteiligung in diesen Aufgabenbereichen beschreibt und sich an den Leitlinien orientiert. Ausgenommen sind die innere Organisation der Gemeindeverwaltung sowie die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten (Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 Nr. 2, 3 GemO).

Für den Bereich der Pflichtaufgaben nach Weisung darf der Gemeinderat keine Verwaltungsvorschrift erlassen, da in diesem Bereich die Rechts- und Fachaufsichtsbehörden (Regierungspräsidium und Ministerium) für den Erlass von Verwaltungsvorschriften zuständig sind. Es wird dem Oberbürgermeister jedoch empfohlen, auch hier die Möglichkeit von Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien zu nutzen.

3.3 *Bürgerbeteiligung bei rechtlich selbständigen Einrichtungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt*

Bei rechtlich selbständigen Einrichtungen sollen der Gemeinderat und der Oberbürgermeister über die Weisungserteilung an Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den jeweiligen Organen auf Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien hinwirken, soweit dies gesellschaftsrechtlich möglich ist.

Bei neu entstehenden rechtlich selbständigen Einrichtungen sollen die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt außerdem – soweit rechtlich möglich – bei den Verhandlungen des Gesellschaftsvertrags auf die Aufnahme von Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien in diesen Verträgen hinwirken.

4 Frühzeitige Information (Vorhabenliste)

Die Vorhabenliste dient der möglichst frühzeitigen Information der Bürgerschaft zur Förderung des Dialogs, der Rückkopplung/Meinungsäußerung und der Mitgestaltung bei Vorhaben und Projekten der Stadt Heidelberg. Frühzeitigkeit bedeutet dabei, dass eine mitgestaltende Beteiligung von interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern noch möglich ist. D.h., die Grundüberlegungen werden so früh wie möglich – in der Regel aber spätestens drei Monate vor der Erstberatung im Bezirksbeirat bzw. in einem gemeinderätlichen Gremium – veröffentlicht.

In der Veröffentlichung sind beabsichtigte Vorhaben aufzuführen, bei denen das Interesse einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern unterstellt werden kann, und/oder von denen eine Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern betroffen ist. Dies gilt für gesamtstädtische und stadtteilbezogene Vorhaben.

Die Verwaltung ist verpflichtet, die Vorhabenliste unmittelbar nach Beschlussfassung im Gemeinderat (ohne Vorberatung in den Ausschüssen) zu veröffentlichen. Neue Vorhaben werden mindestens halbjährlich in Papierform und mindestens vierteljährlich online veröffentlicht. Bereits aufgenommene Vorhaben sollen regelmäßig und nach Bedarf aktualisiert werden; online ist dies jederzeit und ohne Beschluss des Gemeinderats möglich.

Die Vorhabenliste wird durch die Verwaltung auf Basis von Beiträgen der Fachämter erstellt. Sie soll Informationen zur jeweiligen politischen Beschlusslage enthalten. Verantwortlich für die Aktualität der Informationen sind die jeweiligen Amtsleiter. Das konkrete Verfahren wird durch die Verwaltung geregelt.

Die Projektinformationen sollen nach räumlicher Lage und Sachgebieten gegliedert und einfach formuliert sein. Um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten, sollen Projektinformationen maximal eine DIN A 4-Seite umfassen. Sie sollen die Bezeichnung des jeweiligen Projekts umfassen, eine Kurzbeschreibung des Projekts einschließlich seiner räumlichen Erstreckung, seine voraussichtliche Bearbeitungsdauer, die mit dem Projekt verfolgte Zielsetzung, den erwarteten Beitrag zur Problemlösung bzw. zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität, die zu erwartenden Kosten (soweit bekannt) sowie Informationen über die voraussichtlich betroffenen Teile der Bürgerschaft. Außerdem soll festgehalten sein, ob Bürgerbeteiligung von Seiten der Verwaltung beabsichtigt ist, wie sie gegebenenfalls stattfinden soll bzw. bereits stattfindet, und wie der aktuelle Bearbeitungsstand des Projekts in den städtischen Gremien ist. Wesentliche Änderungen im Verlauf eines Projektes (z.B. größere zeitliche Verzögerungen oder dessen Einstellung) sollen in der Fortschreibung der Vorhabenliste nachvollziehbar begrün-

det werden. Vorhaben, für die die Verwaltung bereits Bürgerbeteiligung vorgeschlagen hat, sollen auf jeden Fall in die Vorhabenliste aufgenommen werden.

Als Quelle zur Identifikation von wichtigen Vorhaben, die veröffentlicht werden sollen, dienen vor allem

- a. die verabschiedeten Haushaltspläne
- b. die mittelfristige Finanzplanung
- c. Aufträge des Gemeinderats an die Verwaltung
- d. von der Verwaltung selbst entwickelte Vorhaben
- e. Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungsplanverfahren.

Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters, bei denen ein Interesse oder die Betroffenheit einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern unterstellt werden kann oder bei denen Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, sollen veröffentlicht werden, sobald die Verwaltung eine grundsätzliche Entscheidung über die Durchführung des Projekts getroffen hat.

5 Anregung von und Entscheidung über Bürgerbeteiligung

5.1 Formlose Anregungen von Bürgerbeteiligung aus der Bürgerschaft

Grundsätzlich können aus der Bürgerschaft formlos Anregungen zu Bürgerbeteiligung an Projekten und Vorhaben der Stadt Heidelberg direkt an die Verwaltung (Fachamt oder Koordinierungsstelle) sowie an Mitglieder des Gemeinderats, der Bezirksbeiräte, des Jugendgemeinderats, des Ausländer-/Migrationsrats, und des Beirats für Menschen mit Behinderung herangetragen werden mit der Bitte um Unterstützung. Diese Möglichkeit haben natürlich auch Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Initiativen und sonstigen bürgerschaftlichen Gruppierungen. Angesichts der vielfach ausgeübten Dachfunktion und der historisch begründeten Verbindung mit der Bürgerschaft sind hier insbesondere die Stadtteilvereine zu nennen.

5.2 Formelle Anregungen bzw. Anträge zu Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats

Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats kann in formalisierter Form wie folgt angeregt werden:

(1) Bürgerschaft

Eine Anregung zu Bürgerbeteiligung von Seiten der Bürgerschaft kann auch über das Sammeln von Unterschriften erfolgen. Die Anregung erfolgt in zwei Schritten: Erstens der Anmeldung/Registrierung des Interesses bei der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung, die dabei auch berät. Mit der Anmeldung qualifizieren sich die Initiatoren als Ansprechpartner für Gemeinderat und Verwaltung unter Nennung folgender Informationen:

- Name der evtl. beteiligten Organisation/en,
- Persönliche Kontaktdaten des Sprechers / der Sprecherin der evtl. beteiligten Organisation/en und mindestens einer Vertretungsperson,
- Vorhaben, bei dem Bürgerbeteiligung stattfinden soll,
- die Beschreibung des Beteiligungsgegenstandes.

Im zweiten Schritt erfolgt die Einreichung einer Unterschriftenliste mit Namen der Unterstützer/innen der Anregung. Wenn mindestens 1.000 Einwohner ab 16 Jahren mit ihren Unterschriften ein Beteiligungsverfahren anregen, wird dies vom Oberbürgermeister an den Gemeinderat weitergeleitet, um durch ihn selbst oder den Gemeinderat auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt zu werden (vgl. § 43 Abs. 5 GemO und § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO). Auch weniger als 1.000 Unterschriften werden dem Oberbürgermeister vorgelegt.

Bei einem Vorhaben in einem Stadtteil sind 1% der im Stadtteil wohnenden Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren ausreichend, um ein Beteiligungsverfahren anzuregen.

Unberührt davon bleibt das Antragsrecht von Bürgern gem. § 20b GemO. Danach werden Anträge mit den Unterschriften von mindestens 3.000 Bürgerinnen und Bürgern in jedem Fall auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt und von diesem behandelt. Ändern sich die einschlägigen Bestimmungen in der Gemeindeordnung, werden die Leitlinien diesbezüglich angepasst.

(2) Verwaltung

Bei großen gesamtstädtischen Vorhaben, wegweisenden Zukunftsplanungen sowie bei Vorhaben, die vermutlich für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gesamtstadt oder einzelner Stadtteile von besonderer Bedeutung sind, soll die Verwaltung von sich aus dem Gemeinderat Bürgerbeteiligung vorschlagen und im Budget entsprechend einplanen.

(3) Bezirksbeiräte, Jugendgemeinderat, Ausländer-/Migrationsrat, Beirat für Menschen mit Behinderung

Wird in einem dieser Gremien ein Beschluss gefasst, Bürgerbeteiligung zu einem Vorhaben der Stadt anzuregen, wird dies vom Oberbürgermeister an den Gemeinderat weitergeleitet, um durch ihn selbst oder den Gemeinderat auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt zu werden (vgl. § 43 Abs. 5 GemO und § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO).

(4) Vereine, die sich für öffentliche Belange ihres Stadtteils einsetzen

Gemeinnützige Vereine, die seit mindestens 5 Jahren im Vereinsregister eingetragen und nach ihrer Satzung verpflichtet sind, sich für die öffentlichen Belange ihres Stadtteils einzusetzen, können durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung Bürgerbeteiligung an einem Vorhaben in dem jeweiligen Stadtteil anregen. Dies wird vom Oberbürgermeister ebenfalls an den Gemeinderat weitergeleitet, um durch ihn selbst oder den Gemeinderat auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt zu werden (vgl. § 43 Abs. 5 GemO und § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO).

(5) Gemeinderat

Anträge auf Bürgerbeteiligung können auch aus dem Gemeinderat kommen und von einem Viertel seiner Mitglieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Vorhaben der Stadt Heidelberg, zu denen formell Bürgerbeteiligung angeregt wurde, sind - soweit dies noch nicht der Fall ist - unmittelbar in die Vorhabenliste aufzunehmen.

Über die Einleitung von Bürgerbeteiligung entscheidet in all diesen Fällen der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung.

5.3 *Anregung von Bürgerbeteiligung bei verbindlichen Bauleitplänen*

Bei verbindlichen Bauleitplänen ist Bürgerbeteiligung gesetzlich vorgesehen und braucht bzw. kann deshalb nicht von der Bürgerschaft oder von anderer Stelle angeregt werden. Die Bürgerbeteiligung erfolgt gemäß dieser Leitlinien, soweit die Vorschriften des Baugesetzbuches dem nicht entgegenstehen (vgl. Kap. 3.1 der Leitlinien bzw. § 12 der Satzung „Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats“).

5.4 *Anregungen zu Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters*

Die Verwaltung soll bei eigenen Projekten grundsätzlich prüfen, ob Bürgerbeteiligung sinnvoll ist. Sie soll diese bereits bei der Budgetierung von Vorhaben einplanen.

Auch für Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters kann aus der Bürgerschaft, den Bezirksbeiräten, dem Jugendgemeinderat, dem Ausländerrat / Migrationsrat, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und von Vereinen, die die Voraussetzungen nach Kap. 5.2. dieser Leitlinien erfüllen, Bürgerbeteiligung angeregt werden. Anlaufstelle für die Anregung von Bürgerbeteiligung sind die Fachämter oder die Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung. Den Verfahrensablauf regelt die Verwaltungsvorschrift „Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters“. Zur weiteren Umsetzung kann der Oberbürgermeister eine Dienstanweisung erlassen.

Der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet in diesen Fällen nach den Vorgaben der Vorhabenliste über das Beteiligungskonzept und legt im Rahmen seiner finanziellen Zuständigkeit einen Kostenrahmen fest.

6 Planungszuständigkeiten für Beteiligungskonzepte

6.1 *Planungszuständigkeit der Verwaltung*

Vor Beginn eines Beteiligungsprozesses an Vorhaben und Projekten der Stadt Heidelberg ist ein Beteiligungskonzept zu entwickeln (vgl. Kapitel 7). Wenn kein Koordinationsbeirat nach Kap. 6.2 eingerichtet wurde, ist dafür die Verwaltung zuständig. Dabei muss sie den Zielen und Gestaltungskriterien dieser Leitlinien folgen, indem

- a. das jeweilige Fachamt in einer möglichst frühen Phase eines Projektes die Bürgerschaft über die Vorhabenliste informiert,
- b. vor Projektbeginn die für ein Beteiligungskonzept relevanten Punkte angemessen definiert sind,
- c. sachverständige Vertreterinnen und Vertreter aus dem Stadtteil und / oder in der Sache aktive Gruppierungen, Initiativen oder Vereine (z.B. Anwohner, Stadtteil- oder Quartiersvereine, Bürgerinitiativen, besonders betroffene Bevölkerungsgruppen) zur gemeinsamen Beratung des Beteiligungskonzepts und bei größeren Vorhaben zur Begleitung des Beteiligungsprozesses eingebunden werden (vgl. Kap. 7.6),
- d. die Verbindlichkeit entsprechend Kapitel 9 dieser Leitlinien gewährleistet wird.

Die Koordinierungsstelle berät und unterstützt die Fachämter bei der Planung mit der erforderlichen Management- und Methodenkompetenz und bei der Festlegung und Gewichtung der Kriterien für die Auswahl der jeweils einzubeziehenden Einwohnerinnen und Einwohner.

Bei der Prozessplanung soll das jeweilige Fachamt auf die Anlagen 1 und 2 der Leitlinien zurückgreifen, in denen die einzelnen Phasen eines Planungs- und Entscheidungsverfahrens in Verbindung mit einem Bürgerbeteiligungsverfahren dokumentiert und erläutert sind.

Sollte es bei der Planung des Beteiligungskonzepts zwischen der Verwaltung und den beteiligten Akteuren zu keiner Einigung kommen, kann eine von allen akzeptierte sachverständige oder neutrale Person zur Beratung hinzugezogen werden. Alternativ oder daraus folgend kann auch vorgeschlagen werden, zur Entwicklung des Beteiligungskonzepts einen projektbezogenen Koordinationsbeirat einzurichten.

6.2 Planungszuständigkeit eines projektbezogenen Koordinationsbeirats bei Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats

Die Einrichtung eines projektbezogenen Koordinationsbeirats kann sowohl von den Initiatoren des Beteiligungsverfahrens über die Koordinierungsstelle angeregt, als auch von der Verwaltung vorgeschlagen bzw. aus der Mitte des Gemeinderats beantragt werden.

Der Gemeinderat entscheidet, ob ergänzend zur Verwaltung ein solcher Koordinationsbeirat für die Erstellung des Beteiligungskonzepts eingesetzt werden soll. Diese Entscheidung kann er bei dem Beschluss über die Einleitung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens oder später treffen.

Der Gemeinderat entscheidet auch über die Zusammensetzung des projektbezogenen Koordinationsbeirats auf der Basis eines begründeten Vorschlages der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung.

Im Koordinationsbeirat soll eine kompetenzbasierte, effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sein. Deshalb soll das Gremium - je nach Projektgröße - nicht mehr als 6 bis 10 Personen umfassen. Bei der Zusammensetzung des Gremiums soll auf folgende Kriterien geachtet werden:

- a. Verwaltung und Bürgerschaft sollen in einem angemessenen Verhältnis vertreten sein. In der Regel sollen 40 Prozent der Mitglieder aus der Verwaltung (ggf. inkl. Investoren) und 40 Prozent der Mitglieder aus der Bürgerschaft kommen. 20 Prozent der Mitglieder sollen neutrale Personen sein, die entweder den Beirat als Sachverständige unterstützen oder die Sitzungsleitung übernehmen und auf die sich die Mitglieder der Verwaltung und der Bürgerschaft einigen.
- b. Die Interessenvielfalt der Bürgerschaft soll berücksichtigt werden, d.h. es sind auch Einwohnerinnen und Einwohner mit voneinander abweichenden Vorstellungen zu berufen.
- c. Falls eine Bürgergruppe mit mindestens 1.000 Unterschriften ein Beteiligungsverfahren angeregt hat, sollen die Mitglieder der Bürgerschaft nur aus dieser Bürgergruppe stammen. Die Bürgergruppe benennt geeignete Vertreterinnen und Vertreter.

- d. Falls mehrere Bürgergruppen mit mindestens 1.000 Unterschriften ein Beteiligungsverfahren angeregt haben, sollen die Mitglieder der Bürgerschaft anteilig nur aus diesen Bürgergruppen stammen. Die Bürgergruppen benennen jeweils geeignete Vertreterinnen und Vertreter.
- e. Bei der Auswahl der Mitglieder soll u.a. auf ihre Kompetenzen im Hinblick auf eine effiziente und zielführende Mitarbeit geachtet werden (hierzu können z.B. Methodenexpertise, Verfahrenskenntnisse oder Vertrautheit mit Einigungsprinzipien gehören, ebenso wie Kreativität oder Kontakte zu Bürger- bzw. Expertennetzwerken). Es soll auch darauf geachtet werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie eine angemessene Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet ist.

Der Koordinationsbeirat tagt öffentlich. Tagesordnungen und Protokolle der Sitzungen sind mit dem/der Vorsitzenden bzw. dessen/deren Stellvertretung sowie der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung abzustimmen. Das Nähere zum Verfahren des Koordinationsbeirats regelt die Geschäftsordnung. Ein entsprechendes Muster ist der „Satzung für Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats“ als Anlage beigelegt.

6.3 *Ingangbringung der Bürgerbeteiligung*

Bei Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats entscheidet dieser über die Umsetzung des Beteiligungskonzepts. Er bestimmt damit auch die Frist, bis zu deren Ablauf spätestens ein Ergebnis vorliegen muss. Ebenso legt er einen Kostenrahmen fest.

Bei Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters entscheidet dieser bzw. eine von ihm betraute Stelle innerhalb der Verwaltung darüber, ob Bürgerbeteiligung durchgeführt und das Vorhaben in die Vorhabenliste eingetragen werden soll. Gleichzeitig wird damit der Kostenrahmen festgelegt und es wird die Frist bestimmt, bis zu deren Ablauf spätestens ein Ergebnis vorliegen muss.

7 Inhalte des Beteiligungskonzepts

Das Beteiligungskonzept soll auf das jeweilige Vorhaben zugeschnitten sein und in kooperativer Zusammenarbeit erarbeitet werden. Bei verbindlichen Bauleitplänen müssen u.a. hinsichtlich der Methodenwahl und der Auswahlverfahren zusätzlich die Vorgaben des Baugesetzbuches berücksichtigt werden.

Ein Beteiligungskonzept umfasst sieben Bausteine:

1. die Beschreibung des Beteiligungsgegenstands (Arbeitsauftrag)
2. die Prozessplanung (gegebenenfalls mehrphasig)
3. die Wahl der Methoden (unter Zugrundelegung der jeweiligen Anforderungen)
4. die Auswahl der zu Beteiligenden
5. die Festlegung des Rückkopplungsverfahrens
6. die Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll
7. die Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung

7.1 Beschreibung des Beteiligungsgegenstands (Arbeitsauftrag)

Wesentlich für das Gelingen eines Beteiligungsprozesses ist, dass sich alle Beteiligten von Beginn an über die Ziele des jeweiligen Prozesses im Klaren sind und sich über den Arbeitsauftrag verständigen. Mit der Beschreibung des Beteiligungsgegenstands werden die gemeinsamen Erwartungen an den Beteiligungsprozess geklärt und mögliche spätere Enttäuschungen vermieden.

7.2 Prozessplanung (gegebenenfalls mehrphasig)

Bürgerbeteiligung ist ein Prozess, in dem einzelne Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsphasen miteinander verknüpft sind und in dem viele Beteiligte kooperieren müssen. Der standardisierte Ablaufplan eines Projekts zeigt, wie ein typischer Planungs- und Entscheidungsprozess – auch mehrstufig – mit Beteiligungsprozessen zu verknüpfen ist (vgl. Anlage 1 und 2).

Die für die Erarbeitung des Beteiligungskonzepts Verantwortlichen erarbeiten einen Vorschlag, der aufzeigt, welche der in Anlage 1 und 2 aufgeführten Projektphasen durchlaufen werden und in welchen Phasen die Bürgerbeteiligung mit welcher Zielsetzung (Beteiligungsgegenstand), mit welchen Methoden und mit welchen Beteiligten stattfinden soll. Entscheidend ist grundsätzlich eine möglichst frühzeitige Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in den Prozessablauf sowie die Berücksichtigung des Ergebnisses einer Phase in der nächsten Phase.

7.3 Methodenwahl

Grundsatz für die Methodenwahl ist eine möglichst gute Übereinstimmung zwischen den Leistungsprofilen der jeweiligen Methoden (vgl. Anlage 3) mit den Leistungsanforderungen in den jeweiligen Prozessphasen. Solche Leistungsanforderungen können sein

- a. die frühzeitige Ermittlung von Interessen in der Bevölkerung zur Information der Verwaltung und des Gemeinderats (z.B. durch repräsentative Umfragen, die ggf. durch aufsuchende Verfahren zur Einbeziehung beteiligungsferner Teile der Bevölkerung, wie z.B. die „aktivierende Befragung“, zu ergänzen sind)
- b. die Entwicklung kreativer Lösungen z.B. mit Hilfe von Arbeitsgruppen, Konsensuskonferenzen, Kreativworkshops, Open-Space Konferenzen, Planungszellen, Projektgruppen, Workshops oder Zukunftswerkstätten,
- c. die Rückkopplung von Beteiligungsergebnissen in eine breitere, möglichst „repräsentative“ Öffentlichkeit z.B. mit Hilfe von Bürgerpanel, Bürgerforen oder Bürgerversammlungen oder
- d. die Lösung von Konflikten durch Mediation oder andere geeignete Verfahren wie z.B. Runde Tische.

Bei der Methodenwahl wird auf die in der Verwaltung bzw. im projektbezogenen Koordinationsbeirat vorhandene Methodenkompetenz zurückgegriffen. Gleichzeitig kann externer beratender Sachverstand genutzt werden. Grundsätzlich sind bei der Wahl der Methoden das Kosten-Nutzen-Verhältnis und der Faktor „Zeit“ zu beachten.

7.4 Auswahlverfahren für zu beteiligende Einwohnerinnen und Einwohner

Grundsätzlich können sich alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner im Beteiligungsprozess engagieren. Je nach Projektphase sind aber auch methodenabhängig Auswahlverfahren anzuwenden, zwischen denen im Einzelfall zu entscheiden ist. Die Auswahlverfahren können basieren auf

- a. der Zugrundelegung bestimmter Eigenschaften der zu beteiligenden Personen, wie Interessen, Betroffenheit, Kenntnisse, Kompetenzen oder Funktionen (z.B. der Fähigkeit, als Multiplikator zu wirken),
- b. einem Bewerbungsverfahren und der anschließenden Auswahl „per Los“,
- c. der Zufallsauswahl (Referenzbeispiel: Planungszelle),
- d. einer Kombination der genannten Verfahren.

Außerdem soll darauf geachtet werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie eine angemessene Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet ist.

7.5 Rückkopplungsverfahren

An Kooperationsprozessen im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren ist in der Regel nur eine beschränkte Anzahl von Personen direkt beteiligt. Diese werden nicht notwendigerweise nach Gesichtspunkten der statistischen Repräsentativität ausgewählt. Damit der Gemeinderat und die Verwaltung ein möglichst aussagekräftiges Bild über die Meinung der interessierten und betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen können, ist an Punkten, die für den Vorhabenverlauf von maßgeblicher Bedeutung sind, die Rückkopplung der Beteiligungsergebnisse in eine breitere Öffentlichkeit von entscheidender Wichtigkeit. Die Rückkopplung soll deshalb bei allen Projekten eingeplant werden.

Die Rückkopplung soll einerseits Informationen über die bei der Kooperation erzielten Ergebnisse und andererseits eine Rückmeldechance einschließen. Wichtig ist dabei die Ermittlung eines möglichst repräsentativen Meinungsbildes (z.B. durch repräsentative Umfragen). Die Rückkopplungsergebnisse sind im nachfolgenden Verfahrensablauf angemessen und nachvollziehbar zu berücksichtigen.

Auf eine gesonderte Rückkopplung kann verzichtet werden, falls von vornherein Kooperationsmethoden angewandt werden, welche die Einbeziehung der breiteren Öffentlichkeit ermöglichen (z.B. Bürgerforen mit Einladung repräsentativ ausgewählter Einwohnerinnen und Einwohner, zuverlässiger Protokollierung und Auswertung der Einzeläußerungen). Bei kleineren Projekten kann die Rückkopplung durch die Einladung aller Interessierten zu einer Veranstaltung mit garantierter Mitwirkungschance aller Teilnehmenden erfolgen. Der Wahl des Vorgehens soll eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorausgehen.

7.6 Prozessbegleitende Arbeitsgruppen

Wurde kein Koordinationsbeirat eingerichtet, kann die Verwaltung bei größeren Vorhaben eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe einsetzen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die einzelnen Beteiligungsbausteine vorzubesprechen und den Verlauf des Beteiligungsverfahrens auf der Prozessebene zu reflektieren. Diese soll sich aus Vertre-

tern des zuständigen Fachamts, der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung sowie den in die Entwicklung des Beteiligungskonzepts eingebundenen sachverständigen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil und / oder in der Sache aktive Gruppierungen, Initiativen oder Vereinen (z.B. Anwohner, Stadtteil- oder Quartiersvereine, Bürgerinitiativen, besonders betroffene Bevölkerungsgruppen) (vgl. Kap. 6.1c) zusammensetzen. Der Verlauf der Beteiligungsprozesse soll gemeinsam beobachtet, Bewertungen ausgetauscht und Empfehlungen an die Verwaltung ausgesprochen werden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sollen den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die aktive Teilnahme werben (Multiplikatorenfunktion). Zudem können Sie für die Rückkopplung in ihre Gruppierungen sorgen.

7.7 Zeitplan und Kostenschätzung

Ein Zeitplan und eine Kostenschätzung für das gesamte Bürgerbeteiligungsverfahren sind zentrale Bestandteile des Beteiligungskonzepts.

8 Durchführung und Ergebnisübermittlung / Kosten

Für die Durchführung eines Beteiligungsverfahrens – unabhängig von den Zuständigkeitsbereichen (Gemeinderat oder Oberbürgermeister) – ist das jeweilige Fachamt in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung zuständig.

Ist ein projektbezogener Koordinationsbeirat eingesetzt, kann diesem vom Gemeinderat auch eine steuernde Funktion eingeräumt werden. Der Koordinationsbeirat ist regelmäßig zu informieren und bestimmt in eigener Verantwortung, wie oft er Sitzungen durchführt. Richtungsweisende Empfehlungen des Koordinationsbeirats werden dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Für die Umsetzung von Entscheidungen ist das jeweilige Fachamt zuständig.

Wird das Bürgerbeteiligungsverfahren nicht innerhalb der Frist oder des Kostenrahmens durchgeführt, ist der Gemeinderat (bzw. in seinem Zuständigkeitsbereich der Oberbürgermeister) zu informieren. Er entscheidet darüber, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen das Bürgerbeteiligungsverfahren fortgesetzt werden soll.

Der Gemeinderat (bzw. in seinem Zuständigkeitsbereich der Oberbürgermeister) darf bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der Sache nicht entscheiden. Das Eilentscheidungsrecht des Oberbürgermeisters (§ 43 Abs. 4 GemO) bleibt unberührt.

Vom Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens ist der Gemeinderat (bzw. in seinem Zuständigkeitsbereich der Oberbürgermeister) unverzüglich zu unterrichten.

Die Beteiligungsergebnisse – auch wenn sie für die jeweiligen Entscheidungsträger nicht bindend sind – fließen in den abschließenden Abwägungs- und Entscheidungsprozess ein (bei verbindlichen Bauleitplänen in die Abwägung nach § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch).

Der Gemeinderat soll vor seiner Entscheidung sachkundigen Einwohnern und Sachverständigen ein Rederecht gewähren, um ihre Positionen darzulegen. Für die Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner gilt für den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates §20 GemO entsprechend. Dabei sollen die getroffenen Entscheidun-

gen insbesondere für die beteiligten Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar dargestellt werden.

Auch der Oberbürgermeister hat in seinem Zuständigkeitsbereich seine Entscheidung zu begründen.

Die Kosten einer im Sinne dieser Leitlinien durchgeführten Bürgerbeteiligung trägt die Stadt. Abweichend hiervon tragen bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen in der Regel die Vorhabenträger die Kosten der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung. Dies soll jeweils in einer gesonderten Vereinbarung mit dem Vorhabenträger geregelt werden.

9 Verbindlichkeit der Grundsätze und Regeln

Verbindlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und insbesondere das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner in das Beteiligungsangebot der Stadt aufzubauen. Verbindlichkeit muss in vierfacher Weise sichergestellt werden, nämlich dadurch,

- a. dass die Grundsätze und Regeln für Bürgerbeteiligung verbindlich und zuverlässig eingehalten werden.
- b. dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner im Prozessablauf eines Beteiligungsprojektes Gehör verschaffen können, das heißt, dass der Dialog offen geführt wird und die Bürgeräußerungen in allen Projektphasen ermöglicht und ernstgenommen werden. Gleichzeitig soll eine aus Sachgründen erforderliche Revision nur unter Einbeziehung von Einwohnerinnen und Einwohnern – möglichst der vorher Beteiligten – stattfinden.
- c. dass die Beteiligungsergebnisse – auch wenn sie für die jeweiligen Entscheidungsträger nicht bindend sind – in den abschließenden Abwägungs- und Entscheidungsprozess einfließen.
- d. dass die getroffenen Entscheidungen unabhängig vom jeweiligen Zuständigkeitsbereich – vor allem, wenn sie von den Bürgerbeteiligungsergebnissen abweichen – für die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar dargestellt werden. Bei derartigen Abweichungen sollen die Fraktionen des Gemeinderats Stellungnahmen formulieren, die anschließend im Stadtblatt sowie auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden.

10 Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung

Zur Umsetzung der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung richtet der Oberbürgermeister eine „Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung“ mit folgenden Aufgabenschwerpunkten ein:

- a. Die Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung berät die Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie die Fachämter und die Stadträte. Sie steht allen an Beteiligungsprozessen Mitwirkenden mit Expertise und Information zur Seite.

- b. Sie sorgt für die frühzeitige Information über Vorhaben und Projekte der Stadt durch die Zusammenstellung und Pflege der "Vorhabenliste" auf Basis der Zuarbeit der Ämter der Stadtverwaltung.
- c. Sie ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie für Bürgergruppen und -initiativen in allen Fragen zur Bürgerbeteiligung.
- d. Sie berät und unterstützt die Fachämter bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten.
- e. Sie berät und unterstützt die Fachämter bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren.
- f. Sie unterstützt die Fachämter bei der Einrichtung und Begleitung der Sitzungen (Abstimmung Tagesordnungen und Protokolle) von projektbezogenen Koordinationsbeiräten und ist beratendes Mitglied.
- g. Sie unterstützt die Fachämter – ggf. mit eigenen Vorschlägen – bei der Zusammensetzung und Begleitung von prozessbegleitenden Arbeitsgruppen und nimmt bei Bedarf an deren Sitzungen teil.

Die Verantwortung für die einzelnen Bürgerbeteiligungsverfahren liegt bei dem für das jeweilige Vorhaben zuständigen Fachamt. Die Koordinierungsstelle trägt eine zentrale Verantwortung für die Sicherstellung einer koordinierten, zielführenden und effizienten Umsetzung der Leitlinien insgesamt. Die sich daraus ergebende, gemeinsame Verantwortung erfordert eine enge, vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung. Vonseiten der Fachämter ist der Koordinierungsstelle in jedem Fall die Möglichkeit einzuräumen, bei der Planung von Beteiligungskonzepten und der Umsetzung von Beteiligungsprojekten ihre Vorstellungen maßgeblich einzubringen. Bei unterschiedlichen Einschätzungen sollen zunächst verfügbare Alternativen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung gesucht werden. Gelingt dies nicht, ist der Koordinierungsstelle die Möglichkeit einzuräumen, die vom zuständigen Fachamt an die Verwaltungsspitze gerichteten Entscheidungsvorschläge um einen Kommentar zu ergänzen.

11 Weiterentwicklung der Leitlinien und Stärkung der Zivilgesellschaft

11.1 Evaluation der Leitlinien

Um die Qualität, Angemessenheit und Praktikabilität der Leitlinien sicher zu stellen, werden sie in einem ex-post-Verfahren regelmäßig durch eine dialogisch besetzte Arbeitsgruppe (Bürgerschafts-, Verwaltungs- und Gemeinderatsvertreter/innen) evaluiert. Über die Zusammensetzung dieser Gruppe entscheidet der Gemeinderat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters. Die Beantwortung der folgenden Fragen soll bei der Evaluation der Leitlinien im Mittelpunkt stehen:

- In welchem Umfang wird Bürgerbeteiligung in Heidelberg praktiziert und was hat sich daran seit der letzten Evaluation geändert?
- Welche Veränderungen bewirkt(e) die Bürgerbeteiligung aus Sicht verschiedener Akteursgruppen?
- Wie bewerten verschiedene Akteursgruppen Bürgerbeteiligung in Heidelberg (Bürger, Politik, Verwaltung, sonstige Akteure)? Welche Nutzen durch Bürgerbeteiligung werden erkannt? Welche Probleme werden thematisiert?

- Kann mit Hilfe der Leitlinien Bürgerbeteiligung umgesetzt werden, die dem Anspruch und der Qualität entsprechen wie sie in den Leitlinien formuliert sind?
- Ermöglichen die Leitlinien eine praktikable Umsetzung von Bürgerbeteiligung? Könnte die Umsetzung von Bürgerbeteiligung durch Änderung der Leitlinien verbessert werden? Wenn ja, was müsste geändert werden?
- In welchem Verhältnis stehen Mehrwert und eingesetzte Ressourcen zueinander (Effektivität und Effizienz)?
- Trägt die Umsetzung von Bürgerbeteiligung zur Entwicklung einer Beteiligungskultur bei?
- Was könnte zukünftig unternommen werden, um die Beteiligungskultur in Heidelberg weiter zu stärken?

Um sicherzustellen, dass die während der Durchführung von Beteiligungsverfahren gemachten Erfahrungen in die ex-post-Evaluation einfließen, sollen insbesondere auch die Erkenntnisse aus den prozessbegleitenden Arbeitsgruppen und den Koordinationsbeiräten Berücksichtigung finden.

Die Ergebnisse dieser Evaluationen gehen an die Verwaltungsspitze (OB und Dezerenten), den Gemeinderat und die breite Öffentlichkeit. Die Ergebnisse sollen auf allen Ebenen ausführlich diskutiert werden, um ein möglichst breites Meinungsbild zu erzielen, das in den Evaluationsprozess rückgekoppelt wird.

11.2 Aufbau einer breiten, öffentlichen Kommunikationskultur

Um eine über die konkrete Bürgerbeteiligung hinausgehende Beteiligungskultur zu entwickeln, sollen die Leitlinien für Bürgerbeteiligung durch den Aufbau einer breiten, öffentlichen Kommunikationskultur in Heidelberg unterstützt werden. Dadurch sollen auch Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht unmittelbar in Bürgerbeteiligungsprojekten engagiert waren, in den Diskussionsprozess einbezogen werden. Es gilt besonders, junge Menschen an gesamtstädtische Fragen heranzuführen und die Identifikation der gesamten Bürgerschaft mit ihrer Stadt zu stärken. Maßnahmen zum Aufbau einer solchen Kommunikationskultur sind u.a.

- a. auf Dauer angelegte, regelmäßige (institutionalisierte) Gesprächsveranstaltungen zwischen politischen Entscheidungsträgern, Verwaltung und Bürgerschaft, bei denen städtische Themen – auch jenseits konkreter Bürgerbeteiligungsverfahren – gemeinsam diskutiert werden.
- b. Schulbesuche mit Informationen und Diskussionen zu Fragen von Stadtpolitik und Bürgerbeteiligung.
- c. zielgruppenspezifische Veranstaltungen, u.a. um auch beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen in den Kommunikationsprozess einzubeziehen.
- d. Entwicklung von Medienpartnerschaften zu speziellen Themen.
- e. verständlich aufbereitete Informationen über städtische Themen (Ziele, Probleme, Argumente) auf der Homepage der Stadt Heidelberg und im Stadtblatt, die zielgruppenadäquat formuliert sind.
- f. Einführung einer festen Rubrik „Bürgerbeteiligung“ im Stadtblatt, die je nach Bedarf (wöchentlich, 14-tägig oder bei Großprojekten auch auf Sonderseiten) erscheint. Die Redaktion erfolgt durch das Amt für Öffentlichkeitsarbeit.
- g. Kontaktpflege mit verschiedenen Netzwerken bürgerschaftlichen Engagements.

- h. Information der Bürgerschaft über aktuelle und geplante Vorhaben, über Bürgerbeteiligung etc. in Bürgerämtern oder Stadtteilzentren oder ggf. in eigens dafür vorgesehenen „Bürgerräumen“ an zentraler Stelle für Großprojekte (z.B. US-Konversionsflächen).
- i. Unterstützung der Kommunikations- und Beteiligungskultur in den Stadtteilen durch die Bezirksbeiräte.

Zum Aufbau und zur Stärkung einer breiten, öffentlichen Kommunikationskultur sollen Bürgerschaft, Stadtverwaltung, Parteien und andere gesellschaftlich relevante Gruppen durch aktives Interesse und entsprechendes Engagement beitragen.

11.3 Nutzung von Frühinformationssystemen

Frühinformationssysteme wie z.B. repräsentative Umfragen, Rückmeldungen aus Bezirksbeiräten, dem Jugendgemeinderat, Stadtteilvereinen und anderen Vereinen sollen stärker als bisher genutzt werden, um der Verwaltung und dem Gemeinderat zu zeigen, welche Themen für die Einwohnerinnen und Einwohner wichtig sind, worüber gegebenenfalls mehr informiert werden oder Bürgerbeteiligung stattfinden sollte.

11.4 Information über den Haushalt der Stadt

Der von der Verwaltung begonnene Weg, im Vorfeld der Haushaltsberatungen über wichtige Eckpunkte die Einwohnerinnen und Einwohner zu informieren, Transparenz zu schaffen und einen Dialog zu ermöglichen, soll fortgeführt und ausgebaut werden.

11.5 Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Heidelberg sollen mit den Grundlagen dieser Leitlinien und Grundfragen der Bürgerbeteiligung vertraut gemacht und dabei unterstützt werden, selbst Projekte mit Bürgerbeteiligung durchzuführen. Hierfür organisiert die Stadt Heidelberg Schulungen für die Mitarbeiter/innen der Verwaltung mit einem breiten Themenspektrum von Schulungsinhalten:

- a) Rechtliche und politische Rahmenbedingungen (formelle und informelle Beteiligungsprozesse, Ergebnisoffenheit, Einbezug aller Interessengruppen)
- b) Konzeption von Beteiligungsprozessen und Partizipationsformaten, Leistungsprofil der Methoden der Bürgerbeteiligung
- c) Initiierung von Bürgerbeteiligung und die Organisation (Zeitplan, Kostenplan, Öffentlichkeitsarbeit, Zielgruppen-Ansprache ...)
- d) Moderationstechnik (Grundlagen der Moderation, kreative Methoden ...)
- e) Konfliktmanagement (Umgang mit sehr unterschiedlichen Meinungen von Einwohnerinnen und Einwohnern, Methoden der Konfliktlösung wie Mediation)
- f) Verständlich kommunizieren.

11.6 Unterstützung von Bürgergruppen, die an Beteiligungsprojekten mitwirken

Bürgerbeteiligung, die von der Bürgerschaft ausgeht, setzt – neben der frühzeitigen Information der Bürger – auch voraus, dass Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, sich über die Fragen auszutauschen, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen, zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese Prozesse sollen deshalb erleichtert werden.

Stellt eine an einem Beteiligungsprojekt mitwirkende Bürgergruppe sicher, dass ihre Treffen öffentlich stattfinden, die Treffen öffentlich angekündigt werden und die Protokolle der Treffen öffentlich zugänglich sind, kann sie die Bereitstellung von Räumlichkeiten und/oder weitere Unterstützungsmöglichkeiten schriftlich beantragen.

Bei Veranstaltungen zu Bürgerinformation oder -beteiligung sorgt die Stadt Heidelberg für geeignete Rahmenbedingungen. Hierzu gehören z. B. auch Barrierefreiheit, bei Bedarf Angebote für Kinderbetreuung und familienfreundliche Zeiten.

11.7 Beteiligung der Bürgerschaft bei Architektur- und städtebaulichen Wettbewerben

Bei der Durchführung von Architekturwettbewerben und städtebaulichen Wettbewerben wird die Bürgerschaft angemessen in das Verfahren eingebunden. Hierzu können zum Beispiel die Einbindung bei der Formulierung der Wettbewerbsaufgabe, die Mitgliedschaft in der Jury oder auch die Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion der eingereichten Vorschläge gehören. Die Entscheidung ob und in welcher Form Bürgerbeteiligung stattfindet, trifft der Gemeinderat im Einzelfall auf Basis der in Anlage 4 dargelegten Möglichkeiten.

11.8 Vereinfachung von Informationsbeschaffung und Transparenz

Um den Zugang zu Informationen für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu erleichtern, sollen folgende Maßnahmen geprüft und diskutiert werden:

- a) die Verabschiedung einer Informationsfreiheitssatzung.
- b) die frühzeitige Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten, die in öffentlicher Sitzung der Bezirksbeiräte, des Gemeinderats- oder seiner Ausschüsse abschließend behandelt werden.
- c) in der Regel öffentliche Beratungen in den Bezirksbeiräten und anderen ähnlichen Gremien (z.B. Beirat zur Gesamtanlagenschutzsatzung, Runder Tisch Naturschutz, Fahrgastbeirat, Beirat von Menschen mit Behinderungen, etc.) sowie in den vorbereitenden Ausschüssen des Gemeinderats.

Anlagen

Anlage 1: Standardschema zur Verzahnung von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen

Projektphase	Verwaltung	Bürger/ Öffentlichkeit	Politik	
			Bezirksbeirat	Gemeinderat
Vorphase 1. Benennung von Themen / Projekten 2. Sachbezogene Vorinformation und -klärung 3. Anstoß eines Bürgerbeteiligungsverfahrens 4. Entscheidung über Bürgerbeteiligung	● ● ● 	● ● ● 	● ● ● 	● ● ● ●
Alternativenentwicklung und - 5. Ausarbeitung des Beteiligungskonzepts auf Grundlage der Leitlinien 6. Herausarbeitung von Interessen, Bedarfen, Zielvorstellungen, Bewertungskriterien, Alternativen 7. Meinungsbildung und Zwischenentscheidung 8. Entwicklung/ Konkretisierung von Alternativen 9. Diskussion u. Bewertung der Alternativen - auch in der breiten Öffentlichkeit; evtl. Herausarbeiten einer Vorzugsvariante 10. Beratung der Alternativen/ Vorzugsvariante aufgrund Verwaltungsvorlage 11. Entscheidung über die Alternativen/ Vorzugsvariante aufgrund Verwaltungsvorlage	● ● ● ● 	● ● ● ● 	● ● ● 	● ● ● ●
Konkretisierung und Auftrag 12. Konkretisierung der ausgewählten Variante, Erarbeitung einer Detailplanung 13. Abschließende Beratung aufgrund Verwaltungsvorlage 14. Abschließende Entscheidung aufgrund Verwaltungsvorlage 15. Kommunikation/ Rückkopplung/ Rechenschaftslegung	● ●	● ● ●	● ● 	● ● ● ●

Projektphase	Verwal- tung	Bürger/ Öffentlich- keit	Politik	
			Be- zirks- beirat	Ge- meinde- rat
Umsetzungsphase				
16. Umsetzung der Planung	●	●		
Evaluierungsphase				
17. Prozessevaluierung	●	●		●

Erläuterungen zum Standardschema zur Verzahnung von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen

1. Der Aufbau des Standardschemas

Bürgerbeteiligung soll den Leitlinien zufolge als ein kooperativer Prozess erfolgen, der möglichst umfassend und frühzeitig einsetzt und sich an der Prozesshaftigkeit des Verwaltungs- und Politikablaufs orientiert, d.h. in der Regel mehrstufig stattfindet. Der nachfolgende Text erläutert das „Standardschema zur Verzahnung von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen“. Die Bezeichnung „Standardschema“ ist deshalb gewählt, weil es in seiner Abstraktheit für nahezu alle beteiligungsrelevanten Vorhaben der gesamten Stadtverwaltung verwendbar ist. Allerdings ist in der Praxis in jedem Einzelfall zu entscheiden, welche Schritte aus dem Gesamtschema in Anbetracht der jeweiligen Aufgabenstellung anzuwenden sind. Damit soll einerseits der Bürgerbeteiligungspraxis in der Stadtverwaltung ein gemeinsamer Rahmen vorgegeben sein. Gleichzeitig aber wird für einzelne Projektplanungen der nötige Flexibilitätsspielraum gesichert. Das Schema ist in verschiedene Phasen gegliedert, die den normalen Ablauf der Bearbeitungsschritte von Verwaltungs-, Beratungs- und Entscheidungsverfahren wiedergeben – unabhängig von der Besonderheit der jeweiligen Aufgabenstellung.

In der Anwendungspraxis muss – neben der Entscheidung über die Relevanz der Einzelphasen für die jeweilige Aufgabenbearbeitung – geprüft werden, ob alle wichtigen Arbeitsschritte erfasst, oder ob evtl. Ergänzungen des Schemas erforderlich sind. Das heißt, für jedes Vorhaben muss ein spezieller Projektplan entwickelt werden. Dieser hat neben der Auswahl und Vollständigkeitskontrolle der Phasen vor allem eine möglichst flüssige Verknüpfung zwischen den Phasen sicherzustellen. Für die hierbei erreichbare Qualität ist entscheidend, dass die Beteiligungsergebnisse, die in einer Phase erzielt werden, ohne Informationsverluste in die nachfolgende Phase übertragen werden können. Da davon auszugehen ist, dass an den verschiedenen Beteiligungsphasen zumindest teilweise unterschiedliche Personen teilnehmen, kommt es darauf an, dass die jeweiligen Beteiligungsergebnisse sowohl im Weg direkter Kommunikation, wie ggf. auch unter Nutzung geeigneter Dokumentationstechniken sichergestellt werden. Unbeschadet dessen sind die im Phasenschema vorgesehenen Entscheidungs- und Beschlussfunktionen zu beachten, mit denen u.a. die Verbindlichkeit vorgelagerter Verfahrensabschnitte sichergestellt werden soll.

2. Notwendige Ergänzungen des Standardschemas bei der Erarbeitung eines Projektplans

In den Leitlinien ist erwähnt, dass ggf. „manche Stufen erforderlichenfalls auch mehrfach wiederholt“ werden müssen. Diese Fälle möglicher Iterationen sind im Schaubild des Standardschemas nicht enthalten, da ihre Notwendigkeit von der Beschaffenheit - insbesondere auch von der Größe - des einzelnen Projekts abhängt. Was gemeint ist, lässt sich am Beispiel der Nutzungsplanung für ein größeres Areal verdeutlichen. Während es sich bei einem ersten Durchlauf um die Grobplanung der Flächenverwendung handeln wird, wird es bei einem nachfolgenden Durchlauf (oder bei nachfolgenden Durchläufen) z.B. um die detailliertere Planung für die einzelnen Gebietsteile zu gehen haben, wobei ggf. parallele Arbeitsgruppen tätig werden müssen. Der Sachverhalt selbst braucht an dieser Stelle nicht weiter erläutert zu werden. Im vorliegenden Zusammenhang ist wichtig, dass in der Regel auf den aufeinander folgenden Planungsstufen gesonderte Bürgerbeteiligungsaktivitäten vorzusehen sind, auf deren stimmige Zuordnung mit besonderer Sorgfalt zu achten ist.

Im Schaubild des Standardschemas wird weiterhin die Art der Kooperation, die in den einzelnen Phasen zwischen Bürgern, Verwaltungsangehörigen und Inhabern politischer Mandate, ggf. aber auch Spezialisten und Investoren stattfindet, nicht abgebildet. Von besonderer Bedeutung ist aber auch die Auswahl der jeweils zur Anwendung gelangenden Beteiligungsmethoden, die in dem Schaubild ebenfalls nicht genannt werden. Die Leitlinien geben hierfür den Leitgesichtspunkt vor, dass eine „möglichst gute Übereinstimmung zwischen den aus dem ‚Instrumentenkoffer‘ der Bürgerbeteiligung auszuwählenden Methoden mit den jeweiligen phasenspezifischen Leistungsanforderungen“ anzustreben ist. Damit wird deutlich, dass das Standardschema nicht isoliert angewendet werden kann, sondern unter Heranziehung weiterer Hilfsmittel genutzt werden muss.

Wichtig ist, dass es bezüglich der Methodenanwendung keine starre Vorgabe gibt, zumal die einzelnen Methoden einen erheblichen Gestaltungsspielraum bieten. Insbesondere hinsichtlich der Frage, wie sich die Kooperation zwischen den Bürgern und den „Fachleuten“ konkret gestaltet, ob erstere z.B. mit letzteren „an einem Tisch“ oder an „getrennten Tischen“ (oder in getrennten Gruppenarbeitsräumen) sitzen sollen, kann es unterschiedliche Auffassungen geben. Die Antwort auf derartige Fragen hängt unter anderem davon ab, welche Wege eingeschlagen werden, um die vielfältige Fachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger im Beteiligungsprozess nutzbar zu machen und sie - in einem praktikablen Zeittakt - zum produktiven „Mitmachen“ zu motivieren. Darüber hinaus könnte „Bürgergruppen“ die Chance gegeben werden, sich selbst Aufträge zu erteilen, die natürlich abgestimmt sein müssen. Hierfür sind die Gruppen dann allerdings mit den erforderlichen Ressourcen und fachlichen Unterstützungen für eine möglichst selbständige Aufgabenerledigung auszustatten, die sich in einen vereinbarten Sachbezug und Zeitrahmen einfügen muss.

3. Erläuterungen zu den einzelnen Abschnitten des Standardschemas

Zu 1. (Initiierung/Start von Projekten): Die Leitlinien gehen von dem Grundsatz aus, dass Bürgerbeteiligung in Heidelberg von verschiedenen Seiten angestoßen werden kann, nämlich von der Bürgerschaft, dem Gemeinderat und der Verwaltung, wie auch von den Bezirksbeiräten, dem Jugendgemeinderat, dem Ausländer- und Migrationsbeirat sowie dem Beirat für Menschen mit Behinderung.

Zu 2. (Sachbezogene Vorinformationen und Vorklärungen): Wesentliche Grundlage für den Start von Beteiligungsprojekten ist die möglichst umfassende und frühzeitige Information der Bürger über Vorhaben, die von Seiten der Stadt angedacht sind. Die in den Leitli-

nien vorgesehene Vorhabenliste stellt somit ein zentrales Element der „sachbezogenen Vorinformationen“ dar. Darüber hinaus bezieht sich das Standardschema in dieser Phase aber auch auf alle weiteren Informationen, die in Ergänzung zu der - bewusst kurzgefassten - Vorhabenliste für die sachhaltige Fundierung von Beteiligungsabsichten von Bedeutung sein können. Die Erwartungen in die Bereitschaft, solche Informationen zugänglich zu machen, richten sich logischerweise an erster Stelle an die städtische Verwaltung.

Zu 3. (Initiierung von Bürgerbeteiligung einschließlich eines Vorschlags zum Vorgehen und zur Methodenanwendung): Vorschläge, Empfehlungen oder Wünsche nach Bürgerbeteiligung müssen den zuständigen Entscheidungsinstanzen, d.h. dem Stadtrat oder dem Oberbürgermeister, in der Form einer entscheidungsfähigen Vorlage zugeleitet werden. Diese muss einer Reihe formaler Anforderungen gerecht werden, die in den Leitlinien/in der Satzung dargestellt sind. In der Regel werden solche Vorschläge, Empfehlungen oder Wünsche zunächst - ggf. auch formlos - an die Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung herangetragen, die - in Rücksprache mit den Initiatoren - eine sorgfältige Prüfung vornimmt und die anschließend, falls die Bedingungen für die Entscheidungsfähigkeit erfüllt sind, einen den formalen Erfordernissen entsprechenden Bericht abfasst, den sie an die Entscheidungsinstanz als Beschlussgrundlage weiterleitet.

Zu 4. (Entscheidung über die Bürgerbeteiligung auf der Grundlage der Leitlinien bzw. der Satzung): Entscheidungsinstanz ist jeweils - in Übereinstimmung mit der in den Leitlinien / der Satzung dargestellten Zuständigkeitsregelung - der Gemeinderat bzw. der Oberbürgermeister.

Zu 5. (Ausarbeiten der Durchführungsmodalitäten): In den Leitlinien / der Satzung wird bestimmt, dass von den in der Beschlussfassung bestimmten Verantwortlichen in kooperativer Zusammenarbeit ein „Beteiligungskonzept mit Verfahrens- und Prozessgestaltung“ erarbeitet wird. Es wird sich hier in der Regel um einen detaillierten Ablaufplan handeln, der genauere Angaben über die beabsichtigte Bürgerbeteiligung, über die hierbei anzuwendenden Methoden, über die Auswahl der zu beteiligenden Bürger, wie auch über die Verfahren der Konsensfindung bzw. Konfliktbehandlung enthält. Das Ergebnis wird der zuständigen Beschlussinstanz vorzulegen sein.

Zu 6., 7. und 8. (Herausarbeitung und Meinungsbildung von Interessen, Bedarfen und Zielvorstellungen, Entwicklung und Konkretisierung von Alternativen): Es geht in diesen Prozessabschnitten um die einleitenden Abschnitte der Bürgerbeteiligung selbst. Es wird hierbei von der Leitvorstellung ausgegangen, dass - vor allem bei größeren und komplexeren Vorhaben - zunächst die Interessen- und Bedarfslage der am Projekt interessierten Gesamtbevölkerung der Stadt oder einzelner Bevölkerungsteile erkundet wird. Gleichzeitig geht es um die Beantwortung der Frage, ob sich hierbei ein einheitliches Bild oder ein Spektrum unterschiedlicher Alternativen abzeichnet, zwischen denen ggf. zu entscheiden ist oder für die ggf. ein Kompromiss gefunden werden kann. Es wird hierbei auch auf die Einbeziehung schwer erreichbarer Bevölkerungsteile, wie auch auf ein insgesamt repräsentatives und ausreichend differenzierungsfähiges Bild zu achten sein. Das Ergebnis der Untersuchung und der Folgerungen, welche die Prozessbeteiligten aus ihr ableiten möchten, soll der Beschlussinstanz vorgelegt werden, welche ihrerseits die Bahn für weiterführende Konkretisierungen von Planungs- und Entscheidungsalternativen freigibt.

Zu 9. 10. und 11. (Diskussion und Bewertung von Alternativen, ggf. Herausarbeitung einer Vorzugsvariante - auch in der breiteren Öffentlichkeit, Beratung und Entscheidung der Alternativen / der Vorzugsvariante): In diesen Prozessabschnitten geht es um eben diese weitergehenden Konkretisierungen, die nun notwendiger Weise aus der breiten Öffentlichkeit wieder in den Bereich unmittelbar kooperationsfähiger Arbeitszusammenhänge zurückgeführt werden müssen. Dieser Prozessabschnitt mündet logischerweise in eine grundlegende Entscheidung der Beschlussinstanz, welche mit einer ersten Rechen-

schaftslegung gegenüber der am Entscheidungsprozess nicht unmittelbar beteiligten Öffentlichkeit verknüpft sein muss.

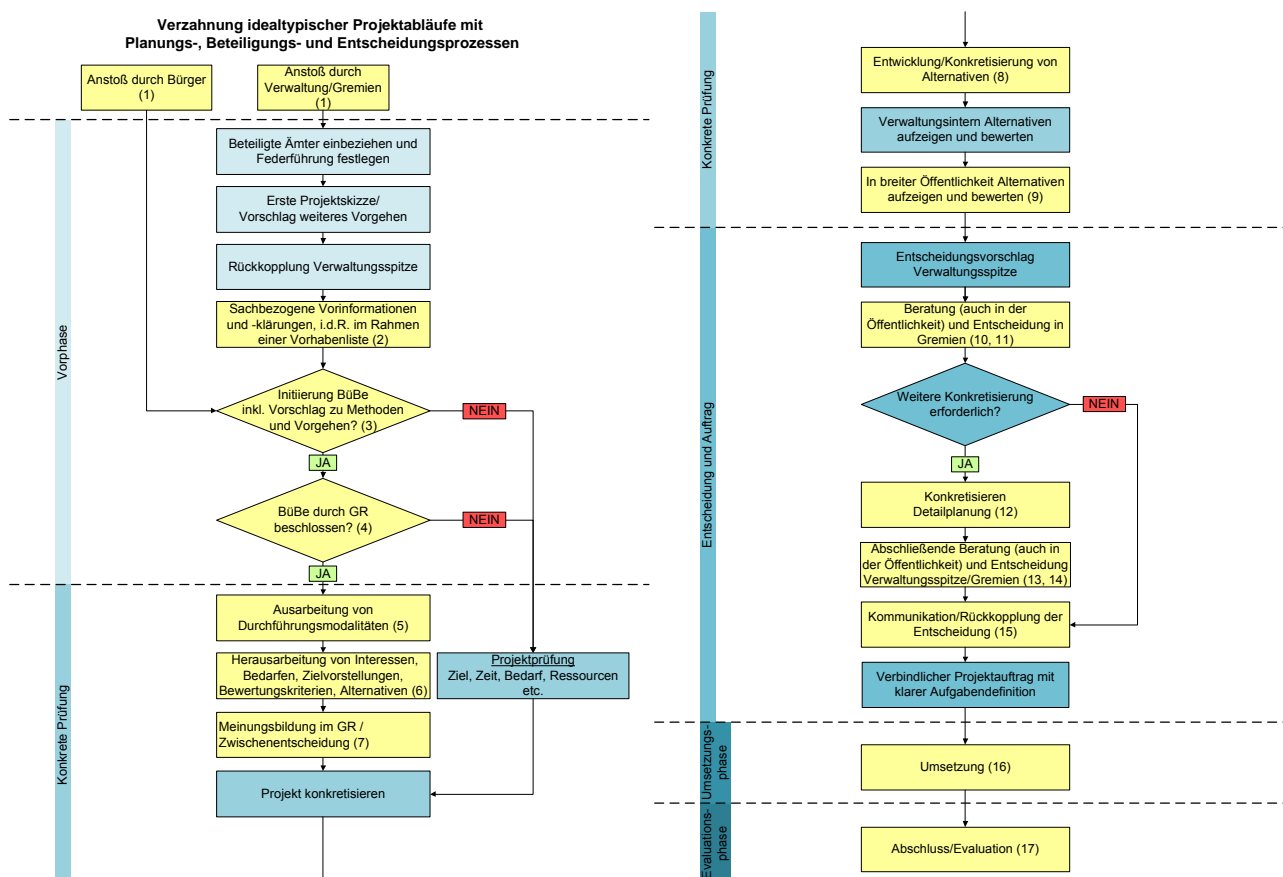
Zu 12. bis 16./17. (Konkretisierungen, abschließende Beratungen und Entscheidungen, Umsetzung und nachfolgende Evaluierung): Es folgen nunmehr Detailplanungen und -entscheidungen und eine abschließende Rechenschaftslegung gegenüber der breiteren Öffentlichkeit, dann aber auch die Einleitung der eigentlichen Umsetzung. Der gesamte Bürgerbeteiligungsvorgang steht nunmehr zur Evaluierung an, für die in den Leitlinien / der Satzung Qualitätskriterien vorgegeben werden.

Anlage 2: Ablaufschema von Planungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung

Eine Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung Heidelberg hat – unabhängig von dem in Anlage 1 dargestellten Standardschema – beschrieben, wie in unserer Verwaltung ein „Idealtypischer Verlauf eines Projekts“ aussehen könnte. Anlage 2 ist die Verbindung des in der Arbeitsgruppe der Verwaltung entwickelten Prozessablaufschemas mit dem Standardschema in Anlage 1. Die in den gelben Feldern aufgeführten Ziffern (1 bis 17) bilden die in Anlage 1 beschriebenen 17 Projektphasen ab. Das Prozessablaufschema macht ebenfalls deutlich, wie wichtig erstens die frühzeitige Einbindung aller Beteiligten und zweitens eine kontinuierliche Kommunikation in allen Phasen eines Projekts sind. Der Vorphase kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Das Schema ist für die Beschäftigten der Verwaltung als Arbeitshilfe gedacht, um zu verstehen, wie häufig und wie frühzeitig künftig Bürgerbeteiligung in bisher gewohnte Projektablaufe zu integrieren ist. Allerdings muss die Arbeitshilfe für die Verwaltung auf das jeweilige Projekt angepasst werden. Die Abläufe können bei einfacheren Projekten verkürzt werden. Umgekehrt müssen sie bei besonders komplexen und sensiblen Themen erweitert werden. Diese Anpassung erfordert eine hohe fachliche und methodische Kompetenz.

Perspektivisch gilt es, als „Lernende Verwaltung“ mit der neuen Herausforderung einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung Erfahrungen zu sammeln und auf dieser Basis unsere Projektarbeit kontinuierlich zu optimieren. Darunter fällt auch die Fortschreibung des entwickelten Ablaufschemas.



Anlage 3: „Instrumentenkoffer“ für Bürgerbeteiligung²

Im folgenden „Instrumentenkoffer“ ist eine Auswahl von Instrumenten zur Bürgerbeteiligung genannt, die kurz beschrieben werden.

Information muss generell bei allen Projektschritten /-aufgaben erfolgen. Breite Kreise der Öffentlichkeit sollen ohne großen Aufwand, schnell und ausführlich über aktuelle Themen von öffentlichem Interesse kostengünstig zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über längere Zeit gezielt informiert werden. Ebenfalls kann somit auch die Steigerung des öffentlichen Interesses an einem Thema erreicht werden. Zu nutzende lokale Medien sind: Amtsblätter, Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Magazine, Webauftritte der Kommune, Radio, TV. Speziell Internetinformationen sind attraktiv, sofern weiterführende Links oder Dokumente zum Download angeboten werden oder wenn die Informationen laufend aktualisiert werden. Umsetzungsmöglichkeiten bestehen über Pressedienste / Pressekonferenzen / Zeitungsartikel / Direkte Kontakte mit Journalistinnen und Journalisten. Akteure, die Informationen verbreiten, sind Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Generell gilt für Tageszeitung, Wochenzeitung und Homepages, dass die Journalistinnen und Journalisten darüber entscheiden, in welcher Form welche Inhalte in ihre jeweiligen Medien aufgenommen werden.

Die Entscheidung für ein Instrument oder die Kombination von Instrumenten muss unter Berücksichtigung des jeweiligen Aufgabenzwecks getroffen werden. Die Anwendung des Instrumentenkoffers ist daher eine Orientierung. Die Koordinierungsstelle berät und unterstützt bei der Auswahl und Ausgestaltung der Instrumente.

Inhaltsübersicht:

A. Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projekthaltungen

1. Arbeitsgruppen
2. Konsensuskonferenzen
3. Kreativworkshops
4. Open-Space Konferenzen
5. Planungszellen
6. Projektgruppen
7. Workshops
8. Zukunftswerkstätten

B. Bürgerbeteiligungsinstrumente zum Einholen eines belastbaren Meinungsbildes

1. Bürgerpanel
2. Bürgerforen
3. Bürgerversammlungen

C. Bürgerbeteiligungsinstrumente bei Konflikten und divergierenden Interessenlagen

1. Mediationen
2. Runde Tische

D. Zusammenfassende Gegenüberstellung der Bürgerbeteiligungsinstrumente

² Diese Anlage basiert auf einem Papier der Stadt Leipzig

A. Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projektinhalten

1. Arbeitsgruppen

Kurzbeschreibung: Eine Arbeitsgruppe ist eine Organisationseinheit, bei der mehrere Personen in Form der Gruppenarbeit eine gemeinsame Aufgabe bearbeiten. Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, mit jedem anderen Mitglied unmittelbar in Kontakt zu treten. Durch die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Mitglieder (jeder weiß über etwas Anderes Bescheid oder setzt eigene Akzente) kann eine optimierte Aufgabenlösung entstehen.

Die Gruppenarbeit kann mit teilautonomer Gruppenarbeit verknüpft werden. Teilautonome Gruppen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie Entscheidungskompetenzen (Variabilität) im Rahmen ihrer Bereiche besitzen.

Zur Durchführung der Gruppenarbeit ist erforderlich:

- a) Klärung der Aufgabe und der zentralen Anforderungen, die sich aus der konkreten Aufgabenstellung ableiten.
- b) Schaffung guter Arbeitsbedingungen.
- c) Klärung der Gruppenzusammensetzung.
- d) Klärung der Starthilfe und der Mittel zur laufenden Prozessunterstützung.

Verweis: Workshop, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Vertreter/Innen aus Bürgerschaft (auch besonders fachlich qualifizierte Bürger/Innen / Expert/Innen) aber auch Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: kleinere Gruppen (bis 15 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Mögliche Schwierigkeiten können auftreten, wenn die Gruppenmitglieder nicht die Ziele der Gruppe, sondern persönliche Ziele verfolgen.
- Die Methode ist nicht repräsentativ.
- Ebenfalls kann die Meinungsführerschaft Einzelner nicht ausgeschlossen werden, was die Ausgewogenheit der Ergebnisse und die Leistungsfähigkeit der Gruppe beeinträchtigt.

2. Konsensuskonferenzen

Kurzbeschreibung: Die Konsensuskonferenz wird angewendet zur Bearbeitung brisanter Themen durch interessierte Laien mit Unterstützung durch Expert/Innen sowie zum Ausloten der öffentlichen Meinung zu einer bestimmten Fragestellung.

Ausgewählte heterogen zusammengesetzte Bürgergruppen erarbeiten in intensivem Dialog mit Expert/Innen eine Antwort auf eine politisch oder gesellschaftlich kontrovers diskutierte Frage.

Bei den Bürger/Innen wird (z. B. über das Einwohnermelderegister) eine größere potentielle Teilnehmerzahl angeschrieben. Die für die Durchführung der Konferenz verantwortliche Koordinierungsgruppe bestimmt nach Kriterien (Alter, Geschlecht, Bildung, Berufstätigkeit, Familienstand) ein möglichst gutes Spiegelbild des für die Beteiligung relevanten Personenkreises. Die Koordinierungsgruppe wählt Konferenzteilnehmer aus, um ein möglichst gutes Spiegelbild des für die Beteiligung relevanten Personenkreises zu erhalten.

Der Ablauf der Konferenz ist wie folgt strukturiert und wird durch Prozessbegleiter (welche auch moderieren) sichergestellt.

Im Vorfeld treffen sich die Teilnehmer/Innen, um Grundinformationen zu erhalten sowie Fragen an Fachleute zu formulieren, welche für die Konferenz mit zur Verfügung gestellt werden.

Erste Phase: Beantwortung der Fragen (aus den Vorfeldtreffen) durch die Experten mit Auswertung der Antworten durch die Konferenzteilnehmer/Innen und der Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. Dieser Teil ist öffentlich.

Zweite Phase: Es werden die Zusatzfragen öffentlich beantwortet, worauf sich die Konferenzteilnehmer/Innen zurückziehen und als Schlusssokument ihre Stellungnahme verfassen. Dabei wird der Konsens der Teilnehmer/Innen angestrebt, Mehrheits- und Minderheitenvoten sind die Ausnahme.

Dritte Phase: Präsentation des Schlusssokumentes, Sachverständige können eventuelle Fehler korrigieren und Presse und Öffentlichkeit werden hinzugezogen.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind ausgewählte Bürger/Innen, Expert/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (bis 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: 1 - 3 Tage

Zu beachten:

- Die Repräsentativität ist bei der geringen Größe des Teilnehmerkreises ausgeschlossen. Potentielle Verzerrungen durch Meinungsführerschaft und Gruppendruck sind möglich.
- Durch den "Konsensdruck" besteht die Gefahr, dass sich die Teilnehmer/Innen nur auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" einigen können.

3. Kreativworkshops

Kurzbeschreibung: Siehe auch die Kurzbeschreibung zum Instrument „Zukunftswerkstatt“. Beim Kreativworkshop ist zu beachten, dass die Auswahl der Mitglieder die Interessenvielfalt der Betroffenen widerspiegeln sollte.

Ein Workshop hat keine klaren Strukturmerkmale. Aus diesem Grund können die Zahl der Teilnehmer/Innen, die Zusammensetzung der Beteiligten und das Auswahlverfahren hierzu sowie der Ablauf je nach Aufgabenstellung variieren. Um den Prozess der gemeinsamen Arbeit zu fördern, sollte das Arbeitsklima möglichst offen und frei von Zwängen sein. Vorteilhaft hierfür ist eine räumliche und soziale Situation, die sich vom herkömmlichen Arbeitsalltag unterscheidet. Auch die Art der Gesprächsleitung durch Moderator/Innen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch wenn Kreativworkshops keine vorgegebene Struktur haben, empfiehlt es sich, in der Vorbereitung ein Programm, eine Tagesordnung, einen Zeitplan oder ähnliches zu erstellen, damit sich alle Beteiligten vorbereiten können und zielorientiert gearbeitet wird.

4. Open-Space Konferenzen

Kurzbeschreibung: Die Open Space Methode (open space = engl. für offener Raum) ermöglicht es, komplexe Fragestellungen mit einer großen Zahl an Beteiligten zu bearbeiten. Open Space eignet sich als Initialzündung für ein Vorhaben, das mit einer Ideensammlung

auf breiter Basis beginnen soll und viele, ganz unterschiedliche Personen an einem komplexen Thema arbeiten sollen.

Bei einer Open Space Konferenz gibt es ein Leitthema aber keine festgelegten Referent/innen oder vorbereitete Arbeitsgruppen. Die Teilnehmer/Innen bestimmen selbst, wer wie lange zu welchen Themen arbeiten möchte. Die Teilnahme ist frei.

Die Arbeit bei einer Open Space Konferenz beruht auf einem Gesetz und vier Prinzipien:

„Das Gesetz der zwei Füße“ besagt, dass jede/r nur so lange in einer Arbeitsgruppe bleiben soll, solange er/sie dort einen Beitrag leisten und/oder etwas lernen kann. Es ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht, die Arbeitsgruppe zu wechseln.

Die vier Prinzipien lauten: 1. Wer immer kommt, ist gerade die richtige Person. 2. Was auch geschehen mag – es ist das einzige, was geschehen kann. 3. Wann immer es beginnt, es ist die richtige Zeit. 4. Vorbei ist vorbei.

Deshalb werden für alle Themen Arbeitsorte und -zeiten fixiert, die Bearbeitung der Themen erfolgt jedoch selbstorganisiert in sich immer wieder neu formierenden Kleingruppen.

In der letzten Phase der Konferenz werden die als am wichtigsten empfundenen Fragestellungen herausgearbeitet, dafür notwendige nächste Schritte besprochen und „Themenpatenschaften“ vergeben. So wird gewährleistet, dass auch nach der Konferenz die generierten Ideen weitergetragen werden.

Am Ende der Konferenz erhalten alle Teilnehmer/Innen einen Band mit den Gruppenprotokollen, in dem sie die Ergebnisse aller Gruppen nachlesen können.

Den Organisator/Innen obliegt bei einer Open Space Konferenz nur die Aufgabe, für den logistischen Rahmen und den „freien Raum“ zur Entfaltung des kreativen Potenzials zu sorgen. Sie nehmen keine Eingriffe in den Inhalt der Konferenz vor.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessensgruppen, Vertreter/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: 1 - 3 Tage.

Zu beachten:

- Jeder kann teilnehmen. Eine ausgewogene Zusammensetzung (im Sinne der Repräsentanz unterschiedlicher Meinungen) ist nicht gegeben.

5. Planungszellen

Kurzbeschreibung: Die Methode eignet sich für Planungen oder Konzepte, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Wichtig ist dabei, die ausgewogene Teilnahme von Vertreter/Innen möglichst aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Alltagswissen der Betroffenen und Expertenwissen sollten einander ergänzen.

In einer Planungszelle erstellen zufällig ausgewählte (z. B. durch eine Zufallsstichprobe aus der Einwohnermeldedatei), nicht organisierte Bürger/Innen zu einer bestimmten Fragestellung ein "Bürgergutachten", das auf ihren eigenen Erfahrungen und ihrem Wissen basiert. In Fachfragen werden sie dabei von Expert/Innen unterstützt.

Empfehlenswert ist, mehrere Planungszellen ein identisches Thema bearbeiten zu lassen. In der „nicht abgespeckten Version“ sollten die beteiligten Bürger/Innen dabei von sonstigen Verpflichtungen befreit werden und einen Auslagenersatz erhalten. Unabhängige Prozessbegleiter ermöglichen eine strukturierte Diskussion und achten darauf, dass alle zu Wort kommen. Im Zentrum der Arbeit steht zunächst die Informationsaufnahme. Die Teil-

nehmer/Innen werden durch Kurzreferate, Hearings und andere Stellungnahmen von Experten an die Problematik herangeführt.

Während des Arbeitsprozesses wird in kleinen Gruppen gearbeitet. Die spezifische Gruppenkonstellation sollte sich mehrfach ändern. Damit wird eine hohe Kommunikation erreicht und auch eine eventuelle Meinungsführerschaft gebremst. Die Protokolle aller Gruppensitzungen werden von den Prozessbegleitern zu einem Abschlussbericht zusammengefasst und dem Auftraggeber in Form eines „Bürgergutachtens“ überreicht.

Die wesentlichen Merkmale der Planungszelle sind somit:

- Die Zufallsauswahl der Teilnehmenden.
- Die Freistellung und die Vergütung der Teilnehmer/Innen.
- Der Gruppenprozess.
- Die Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute.
- Eine vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur.
- Die Dokumentation der Ergebnisse.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind ausgewählte Bürger/Innen und Expert/Innen.
- Teilnehmerzahl: mittlere bis größere Gruppen (ab 15 bis über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: 1 Tag – mehrere Tage.

Zu beachten:

- Die Methode ist - entgegen oftmaliger Aussagen - nicht repräsentativ. Das heißt, sie kann nicht „generell“ angewendet werden, da sie nicht das Meinungsbild aller Betroffenen ausgewogen widerspiegelt (Die Methode eignet sich besonders für konstruktive Arbeitsprozesse, deren Ergebnisse repräsentativ gespiegelt werden müssen).
- Die Planungszelle ist „in einem nicht verringerten Umfang“ teuer. Daher empfiehlt sich dieses Instrument auch zur Anwendung in einer „schmaleren“ Version.

6. Projektgruppen

Kurzbeschreibung: Eine Stadtverwaltung möchte beispielsweise einen Spielplatz bauen. Zuvor wurde mit Bürgerbeteiligung die Planung des Spielplatzes abgeschlossen. Es geht nun darum, dieses zeitlich befristete Vorhaben zu realisieren und um die Frage, wer hieran unmittelbar mitwirken möchte. In einer Projektgruppe schließen sich zupackende Akteure zusammen, bringen ihre Arbeitskraft und –zeit ein und setzen das geplante Projekt Stück für Stück um. Fachliches Know-how, materielle Ressourcen (Baumaterial, etc.) werden von der Kommune bereitgestellt.

Eine Projektgruppe kann veränderbar sein. Handelt es sich um ein längerfristiges Projekt, können ganz verschiedene Konfigurationen in der Gruppe entstehen: Untergruppen können sich bilden, Experten werden kurzfristig aufgenommen, um Teilaspekte des Projekts abzudecken.

Verweis: Trägerverein, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Vertreter/Innen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (15 bis 30 Teilnehmer/Innen) sowie größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Arbeiten, die eine hohe Gefährdung / Verletzungsgefahr mit sich bringen, können nicht von der Projektgruppe übernommen werden. Dies betrifft auch Aufgaben, welche spezialisierten Institutionen (wie z. B. dem TÜV) zu übertragen sind.
- Es können nicht alle Bereitwilligen beteiligt werden, sondern nur diejenigen, welche die Voraussetzungen für die jeweilig anstehenden Aufgaben erfüllen (z. B. Tischlerkenntnisse bei Holzarbeiten).

7. Workshops

Kurzbeschreibung: Es gilt die Kurzbeschreibung zum Instrument „Arbeitsgruppe“ (siehe dort) mit dem Unterschied, dass ein Workshop zur Entwicklung gemeinsamer Ideen, der Lösung von Problemen oder der Erarbeitung von Konzepten auch einen Wissensvermittlungsscharakter haben kann. Ein Workshop sollte moderiert werden, wobei die Moderatorin / der Moderator nicht immer fachlich überlegen sein muss. Je stärker Interaktionen zwischen den Teilnehmer/Innen angeregt werden, je konstruktiver ist der Arbeitsprozess zur Konzepterarbeitung oder Anregungen für weitere Entwicklungen.

8. Zukunftswerkstätten

Kurzbeschreibung: Bei der Zukunftswerkstatt geht es darum, Visionen entwickeln zu wollen, z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, Entwicklungsszenarien, Zukunftsprojekten.

In einer Zukunftswerkstatt werden die Teilnehmer/Innen unter Einbezug von Moderator/innen durch eine kreativitätsfördernde Atmosphäre angeregt, fantasievolle und ungewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragestellungen zu entwickeln.

Der klassische Aufbau (Kernphasen) ist dreistufig und besteht aus Kritikphase, Fantasiephase und Realisierungsphase.

Ein Grundprinzip ist es, mit verschiedenen Methoden und Arbeitsformen, wie Einzel-, Kleingruppenarbeit und Plenum, eine Vielfalt an Gedanken, Einschätzungen und Wünschen von Seiten der Teilnehmenden anzuregen und für alle sichtbar zu erfassen. Diese Vielfalt gilt es in allen drei Kernphasen in einem gemeinsamen nächsten Arbeitsschritt einzuengen, zu sortieren und zu Themenschwerpunkten (Clustern) zusammenzufassen. Bevor es zu einer vertiefenden Arbeit an ausgewählten Schwerpunkten kommt, entscheiden die Teilnehmenden mit unterschiedlichen Bewertungsmethoden, welche ihre wichtigsten thematischen Inhalte sind.

Die Moderator/Innen haben im Vorfeld ein Konzept bzw. »Drehbuch« für die Werkstatt entwickelt. Die Stärke der Zukunftswerkstatt liegt dann in der situationsgerechten Veränderung des Konzepts. Als Zeit- und Regelwächter sorgen sie für einen strukturierten Gesamtrahmen und Ablauf.

Zukunftswerkstätten sind aktivierend und handlungsorientiert. Sie sollten daher eingebettet sein in eine Strategie, die neben der Generierung neuer Ideen auch deren Umsetzung ermöglicht und fördert.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessengruppen, eventuell Expert/Innen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: Gruppen bis zu einer Größe von 30 Teilnehmer/Innen.
- Dauer: 1 - 3 Tage.
- Verweis: Kreativworkshop, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Zu beachten:

- Die Repräsentativität ist nicht gegeben.

B. Bürgerbeteiligungsinstrumente zum Einholen eines belastbaren Meinungsbildes

1. Bürgerpanel

Kurzbeschreibung: Bei einem Bürgerpanel handelt es sich um eine ein- oder mehrfache Wiederholungen einer „**repräsentativen Befragung**“. Eine Stadtverwaltung möchte beispielsweise wissen, wie die Bürger/-innen über die vorgesehene Bebauung eines häufig begangenen zentralen Platzes in der Stadtmitte denken. Ein Investor hat sich gemeldet, der ein Einkaufszentrum errichten möchte und mehrere Stadtverordnete hinter sich weiß. Eine Bürgerinitiative, die den Anspruch erhebt, für „die“ Bürger/Innen zu sprechen, wünscht dagegen ein Bürgerhaus. Es zeichnet sich aber bereits eine weitere Bürgerinitiative mit demselben Anspruch ab, die abweichend hiervon ein Kulturzentrum mit einem Kunstmuseum wünscht. Darüber hinaus hat sich ein Interessenverband für die Erhaltung von Grünflächen in der Stadtmitte gebildet, der ebenfalls im Namen des „Gemeinwohls“ auftritt. Die Frage steht im Raum: Was denken „die“ Bürger/Innen? Wie wollen sie „ihre“ Stadt gestaltet haben?

Gefragt ist hier wie in vielen anderen Fällen ein „repräsentatives“ Meinungsbild, das nur eine Bürgerbefragung bieten kann. Das Bürgerpanel unterscheidet sich aber von bisher gebräuchlichen Bürgerbefragungen durch die folgenden Punkte:

- Bürgerbefragungen erfolgen im Bürgerpanel relativ häufig (ggf. 2-3 mal im Jahr) und zwar in inhaltlicher und zeitlicher Abstimmung mit der Agenda von Rat und Verwaltung. Ein Dialog zu den wichtigen Entscheidungsfragen der Kommune wird somit möglich.
- Die Befragungen sind für alle Bürger/Innen offen; jede(r) Interessierte kann sich online oder über einen zugeschickten/abgeholten Fragebogen beteiligen, auch wenn er/sie nicht zur jeweiligen Stichprobe gehört (die zusätzlichen Beteiligungen werden gesondert erfasst und ausgewertet).
- Jede/r Beteiligte hat die Chance, zum institutionell Beteiligten (zum „Panelisten“) zu werden, d.h. eine Kontaktadresse anzugeben und zu weiteren Befragungen, wie auch zu sonstigen Beteiligungen eingeladen zu werden. Das in der Bevölkerung vorhandene latente Beteiligungspotenzial wird somit - auch in Verbindung mit weiteren Beteiligungsansätzen - direkt ansprechbar.
- Die Qualität der Befragungen wird durch eine unabhängige Begleitung gesichert, die gleichzeitig für eine einfache und kostengünstige Gestaltung sorgt.

Ablauf:

1. Die Befragungen werden - unter Beachtung vorhandener Rahmenregelungen zur Bürgerbeteiligung - durch Beschlussfassung gestartet.
2. Die Befragungskonzepte werden in einer Vorbereitungsgruppe erarbeitet, die Bürger/Innen einschließt.
3. Die Befragungen werden durch Informationskampagnen in der lokalen Presse und im Internet bekannt gemacht.
4. Für die Durchführung der Befragungen werden Adressen gezogen, Stichtage festgelegt, Fragebögen verteilt und ins Internet gestellt.
5. Für die Einbeziehung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen wird Sorge getragen.
6. Die Befragungsergebnisse werden ausgewertet.
7. Die Befragungsergebnisse werden in Rat und Verwaltung erörtert.
8. Die Befragungs- und Erörterungsergebnisse werden mit Unterstützung der örtlichen Medien bekannt gemacht. Das Prinzip der „Rechenschaftslegung“ findet Anwendung.
9. Ggf. erfolgt eine Fortführung des Beteiligungsprozesses in weiteren Beteiligungsformen unter Nutzung der Bereitschaftserklärungen von Befragungsteilnehmern.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: kleinere Gruppen bis hin zu einer gesamten (Groß-)Stadt.
- Das Bürgerpanel kann optional durch einen Online-Dialog ergänzt werden.

Zu beachten:

- Einzige „repräsentative“ Methode.

2. Bürgerforen

Kurzbeschreibung: Das Bürgerforum dient in erster Linie der Information einer größeren Zahl von Bürgern. Es ist (im Unterschied zur Bürgerplattform) keine konstante dauerhafte Einrichtung, sondern ist auf die Dauer des zu behandelnden Beteiligungsthemas bzw. -falles beschränkt.

Interessierte und betroffene Bürger/Innen (z. B. in den Stadtgebieten) werden zu einem bestimmten Zeitpunkt über Politiken, Pläne und Programme persönlich informiert. Meinungen und Vorschläge aus der Bevölkerung werden eingeholt und öffentlich diskutiert. Eine gesonderte Vorsprache jeder einzelnen Anwohnerin und jedes einzelnen Anwohners bei der Verwaltung oder den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern wird ersetzt durch ein gebündeltes Zusammentreffen aller Beteiligten (Verweis: Bürgerplattform, als ein etwas abgewandeltes Instrument).

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden).

Zu beachten:

- Die Verwendbarkeit des Bürgerforums für die Einholung eines belastbaren Meinungsbildes hängt entscheidend davon ab, dass die Auswahl der Teilnehmer/Innen repräsentativ erfolgt und dass eine Mindestzahl von Teilnehmer/innen realisiert werden kann.
- Das Bürgerforum kann leicht von einzelnen redegewandten Bürger/Innen (Meinungsführern) oder Politikern/Innen dominiert werden. Diese können eine unrepräsentative Minderheit sein. Das Bürgerforum spricht primär Personen an, die Einwände zum Thema haben. Dieses Problem kann gedämpft werden, wenn Diskussionsrunden in Kleingruppen ermöglicht werden. Hier kommen auch stillere Teilnehmer/Innen besser zu Wort; vorgebrachte Meinungen und Diskussionen können auch nachher öffentlich zugänglich gemacht werden, z. B. im Internet oder über Zusendung von Protokollen (für die Menschen, die nicht anwesend waren).

3. Bürgerversammlungen

Kurzbeschreibung: Die Bürgerversammlung ist eine offene, angekündigte Veranstaltung und eignet sich, wenn Interessierte und Betroffene in der Stadt zu einem bestimmten Zeitpunkt über Politikaspekte, Pläne und Programme mit lokalem Bezug persönlich informiert und dazu Meinungen und Vorschläge aus der Bevölkerung eingeholt und öffentlich diskutiert werden sollen. Somit bietet diese Methode die Möglichkeit, Interessierte und Betroffene

ne über ein Vorhaben zu informieren und die Aspekte des Vorhabens öffentlich zu erörtern. Es finden keine Beschlüsse statt, sondern es wird offen diskutiert, ohne dass eine Verbindlichkeit festgelegt wird.

Eine Bürgerversammlung unterscheidet sich von einer reinen Informationsveranstaltung durch die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben, Wünsche und Ideen einzubringen. Damit dies möglich wird, ist der Zeitpunkt der Durchführung der Versammlung entscheidend: Es muss noch Diskussionsspielraum vorhanden sein.

Die Teilnehmer/Innen sind interessierte Bürger/innen, Vertreter/Innen von Interessengruppen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung, evtl. Fachexpert/innen. Jeder kann teilnehmen ohne sich auszuweisen oder sich legitimieren zu müssen. Somit findet kein Auswahl- und Zulassungsverfahren statt.

Bürgerversammlungen bestehen aus einem Informationsteil, in dem die Interessierten über das (geplante) Vorhaben informiert werden, und einem Diskussionsteil, der den Anwesenden die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen, Wünsche und Ideen zu formulieren. Bürgerversammlungen werden zumeist auf kommunaler Ebene themenspezifisch eingesetzt.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden).

Zu beachten:

- Die Verwendbarkeit der Bürgerversammlung für die Einholung eines belastbaren Meinungsbildes hängt entscheidend davon ab, ob eine repräsentative Auswahl der Teilnehmer/innen erfolgt ist und eine Mindestzahl von Teilnehmer/innen realisiert wurde.
- Jede/-r kann teilnehmen, ohne sich auszuweisen oder sich zu legitimieren (es bleibt damit unklar, ob eine Person nur sich und ihre eigene Meinung vertritt oder von einer Gruppe als Sprecher beauftragt.) Somit findet kein Auswahl- und Zulassungsverfahren statt.
- Problematisch kann sein, dass vor allem „laute“ Meinungen auf Bürgerversammlungen Gehör finden, unabhängig von ihrer Repräsentation in der Gesamtbürgerschaft. Häufig treten primär Personen aktiv auf, die Einwände zum Thema haben. Für eine intensive Diskussion mit den Bürger/Innen ist die Bürgerversammlung ungeeignet.

C. Bürgerbeteiligungsinstrumente bei konfliktären, divergierenden Interessenslagen

1. Mediation

Kurzbeschreibung: Die Methode eignet sich zur strukturierten Bearbeitung von latenten oder offenen Konflikten bei konkreten Planungsverfahren und Problemstellungen. Sie eignet sich auch dazu, Konfliktparteien bei der Erreichung einer einvernehmlichen Lösung zu unterstützen.

Eine Mediation (=Vermittlung) ist ein freiwilliges, klar strukturiertes Verfahren, bei dem die von einem Konflikt Betroffenen gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung suchen und dabei von professionellen Mediator/Innen unterstützt werden.

Es gibt bestimmte Erfolgsvoraussetzungen, die bei einem Mediationsverfahren gegeben sein müssen:

- Ein Verhandlungs- und Einigungswille bei den Konfliktparteien.
- Ein Konsensgestaltungsraum im Konflikt.
- Reale Kompetenzen (Durchsetzungsfähigkeit in der eigenen Gruppe) bei den Verhandlungspartnern.
- Eine fachlich-inhaltliche aber auch soziale und formale Kompetenz (Logik, Abstraktionsvermögen) bei den Beteiligten,
- Die vertragliche Sicherstellung der Verbindlichkeit des Verhandlungsergebnisses für jede Gruppe (z.B. in Form eines Mediationsvertrags).
- Gegebenenfalls auch Handlungsdruck, um eine Einigung zu beschleunigen.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessensgruppen-Vertreter/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: sowohl kleine Gruppen (bis 15 Teilnehmer/-innen) als auch größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden) --> das stimmt aber nicht unbedingt! Das kann sich über mehrere „Sitzungen“ erstrecken und jeder Abschnitt wird für alle Beteiligten protokolliert!

2. Runde Tische

Kurzbeschreibung: Im Vordergrund steht die Erarbeitung einer möglichst auf Konsens ausgerichteten Lösung zu kontroversen Fragen mit unterschiedlichen Interessengruppen.

An einem Runden Tisch diskutieren Vertreter/Innen der von einer Planung betroffenen Interessengruppen gleichberechtigt ein Sachproblem und versuchen eine gemeinsame Lösung zu finden.

Der Runde Tisch steht für die gleichberechtigte Teilhabe der Beteiligten, die miteinander im Dialog eine von allen Seiten getragene Lösung finden. Im Idealfall ist das Ergebnis von großer Verbindlichkeit, da alle Betroffenen aktiv beteiligt waren.

Am Anfang der Vorbereitung eines Runden Tisches sollte eine Analyse der für das jeweilige Thema relevanten Akteure stehen. Zu den Erfolgsfaktoren gehört eine fachlich versierte und möglichst neutrale Begleitung. Schon in den ersten Sitzungen sollte geklärt werden, wie sich Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen Runden Tisch, Politik und Verwaltung gestalten und welche Bindungswirkung die Ergebnisse haben sollen. Es sollten ansprechende und großzügige Räumlichkeiten gewählt werden, die möglichst unkompliziert einen Wechsel zwischen Plenum und Kleingruppenarbeit gewährleisten.

Runde Tische haben keinen standardisierten Verfahrensablauf. Wichtig für einen erfolgreichen Verlauf sind neutrale Moderator/Innen, die Protokollierung der Diskussion und die Vertretung jeder Gruppe durch die gleiche Anzahl stimmberechtigter Personen, unabhängig von ihrer (faktischen/ politischen) Stärke.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Interessengruppen, Expert/Innen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (15 bis 30 Teilnehmer/Innen) sowie größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Die Repräsentativität ist bei der geringen Größe des Teilnehmerkreises ausgeschlossen. Potentielle Verzerrungen durch Meinungsführerschaft und Gruppendruck sind möglich.
- Festgefahrene Konflikte benötigen eher eine Mediation und sind daher nicht für den Runden Tisch geeignet.

D. Zusammenfassende Gegenüberstellung der Bürgerbeteiligungsinstrumente

Beteiligungsinstrumente	Offenheit für alle Bürger/Innen und deren Anliegen: Inklusion	Offenheit: Niederschwelligkeit (geringer Zeitaufwand sowie Einbindung bildungsferner BürgerInnen)	Attraktivität der Beteiligung (Einbringen von Kompetenz, Verantwortung, Ausüben der Bürgerrolle)	Entscheidungsbezug (Verknüpfung der Bürgerbeteiligung mit der kommunalen Agenda)	Anliegensbezug (Aufgreifen von Anliegen der Bürger/Innen)	Sicherung der Mitgestaltungschance bei Vorhaben der Entscheidungsträger/Innen	Mehrstufigkeit (Einbindung in die Schrittfolge des Entscheidungsprozesses)	Vorrangigkeit der Einbindung der Bürger/Innen	Informationskraft hinsichtlich des Bürgerwillens: Hilfe bei der Entwicklung kreativer Ideen	Information über Präferenzen und ihre Gründe	Unterstützung bei der Konsensherstellung	Repräsentativität	Differenzierungsfähigkeit hinsichtlich der Breite der verschiedenen Bürgermeinungen
Gruppe A													
Arbeitsgruppen	-	O	O	O	O	O	+	O	O	-	-	-	-
Konsensuskonferenz	-	-	+	+	+	O	+	O	O	O	+	-	-
Kreativworkshops	O	O	+	O	O	O	+	O	+	-	-	-	-
Open Space	O	-	+	+	+	O	O	O	O	-	-	-	-
Planungszelle	-	-	+	+	+	O	O	O	O	+	-	-	-
Projektgruppen	-	O	O	O	O	O	+	O	O	-	-	-	-
Workshops	-	O	O	O	O	O	+	O	O	-	-	-	-
Zukunftswerkstatt	-	-	+	O	O	O	-	O	+	-	-	-	-
Gruppe B													
Bürgerpanel	+	+	+	+	+	O	+	O	+	+	-	+	+
Bürgerforum	-	-	+	+	+	O	+	O	-	+	+	-	O
Bürgerversammlung	O	+	O	+	+	O	O	O	-	O	-	-	-
Gruppe C													
Mediation	O	-	O	+	+	O	O	O	O	-	-	-	+
Runder Tisch	-	-	+	+	+	O	+	O	O	O	+	-	-

Die Plus- und Minuszeichen zeigen an, ob dem betreffenden Instrument – aus der persönlichen Sicht der Autoren (Klages/Vetter) – hinsichtlich des jeweiligen Kriteriums Leistungsfähigkeit zukommt oder nicht. Eine Null bedeutet, dass dem betreffenden Instrument nur unter bestimmten Bedingungen Leistungsfähigkeit zugesprochen wird, wobei zwei Fälle zu unterscheiden sind, die in der Matrix nicht gesondert kenntlich gemacht sind: Diese Bedingungen können entweder in einer über das »Übliche« hinausgehenden Ausgestaltung des Instruments selbst oder auch in äußeren Gegebenheiten zu suchen sein, die nicht das Instrument selbst, sondern seine Anwendungsbedingungen im kommunalen Umfeld betreffen, die aber noch nicht ausreichend garantiert sind. Bewertung der Instrumente anhand der Kriterien [+] = durch das Konzept der Methode gewährleistet; [O] = bedingt möglich, von inneren oder äußeren Bedingungen abhängig; [-] = nicht möglich.

Anlage 4: Beteiligung der Bürgerschaft bei Architekturwettbewerben und städtebaulichen Wettbewerben

Das Schaubild (Anlage der beschlossenen Beschlussvorlage 0246/2013) stellt den Ablauf eines Vergabeverfahrens zur Vergabe von Planungsleistungen bei städtebaulichen und Architekturwettbewerben nach §§ 15ff. VOF mit anschließendem Verhandlungsverfahren oberhalb des Schwellenwertes (200.000,- Euro) dar (jeweils linke Spalte).

Die Einbindung des Gemeinderats und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft sind an den entsprechenden Stellen des Verfahrens in der rechten Spalte (gelb hinterlegt). Zur Erläuterung wird auf die Beschlussvorlage 0246/2013/BV verwiesen.

STUFE 0 – Verfahrensvorbereitung

Arbeitsschritte in der Verfahrensvorbereitung:

- **Projektvorbereitung** (Definition der Ziele und der Planungsaufgabe)
- **Abstimmung Vergabeverfahren** (Wahl des Vergabeverfahrens und Klärung der Vergabebedingungen)
- **Auslobung**
Teil A: Festlegen der Allgemeinen Wettbewerbsbedingungen in Abstimmung mit der Architektenkammer, Strukturierung des Verfahrens
Teil B: Beschreibung der Wettbewerbsaufgabe
Teil C: Wettbewerbsunterlagen

Einbindung des Gemeinderats (GR):

- GR 1a: Formulierung der Wettbewerbsaufgabe
- GR 1b: Festlegung der Matrix (Bewertungs-/ Zuschlagskriterien, Gewichtung...) für das Verhandlungsverfahren
- GR 2a: Entscheidung über die Besetzung des Preisgerichts
- GR 3: Auslobung von mehr Preisen
- GR 4a: Entscheidung über die Besetzung der Beurteilungskommission

Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft (B):

- B 1a: Einbindung bei der Formulierung der Wettbewerbsaufgabe / Zieldefinition
- B 1b: Einbindung bei der Zusammenstellung der Kriterien für das Verhandlungsverfahren

STUFE 1 – Wettbewerbe

Wettbewerbe nach RPW:

Realisierungswettbewerbe

(= Planungswettbewerb mit Realisierungsabsicht der Wettbewerbsaufgabe)

Ideenwettbewerbe

(zur Findung konzeptioneller Lösungen ohne Realisierungsabsicht)

Einbindung des Gemeinderats (GR):

- GR 2b: Sitz im Preisgericht

Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft (B):

- B 2: Einbindung durch die Benennung zum Sachpreisrichter im Preisgericht
- B 3: Einbindung als sachverständiger Berater beim Preisgericht
- B 4: Öffentliche Veranstaltung vor der Sitzung des Preisgerichts mit Meinungsabfrage, Kenntnisgabe des Preisgerichts hiervon

STUFE 2 – Verhandlungsverfahren

Verhandlungsverfahren

(im Anschluss an einen Wettbewerb nach §§ 15 ff VOF)

Einbindung des Gemeinderats (GR):

- GR 4b: Sitz in der Beurteilungskommission

Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft (B):

- B 5: Ausstellung der Preisträgerarbeiten in einer Bürgerveranstaltung nach Entscheidung des Preisgerichts und Vorstellung der Arbeiten durch die Preisrichter mit Weitergabe der Anregungen und Hinweise aus der Bürgerschaft an die Beurteilungskommission (nach Stufe 1 vor Stufe 2)
- B 6: Sitz in der Beurteilungskommission

Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats

vom 25.07.2012 geändert am 26.03.2015

Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats

(Bürgerbeteiligungssatzung – BübeS)
vom 25.07.2012 geändert am 26.03.2015

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Art. 28 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65) hat der Gemeinderat der Stadt Heidelberg am 25.07.2012 folgende Satzung beschlossen:

Präambel

Diese Satzung setzt die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg für Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates um. Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, Verwaltung und Politik aufzubauen und eine Beteiligungskultur zu entwickeln. Die gesetzlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung sollen hierdurch ergänzt werden.

Wenn im Bürgerbeteiligungsverfahren nach dieser Satzung die Bestimmung der zu beteiligenden Einwohnerinnen und Einwohner erforderlich wird, sollen die Vorgaben der von der Stadt Heidelberg unterzeichneten Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und der Kommunale Integrationsplan in die Entscheidung einbezogen werden.

§ 1 Frühzeitige Information (Vorhabenliste)

Um eine sehr frühzeitige Information der Öffentlichkeit bzw. Bürgerschaft zu ermöglichen, erstellt der Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine Vorhabenliste. Es werden Vorhaben aufgenommen, bei denen ein Interesse oder die Betroffenheit einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern unterstellt werden kann oder ein Bürgerbeteiligungsverfahren bereits vorgesehen ist. Der Gemeinderat entscheidet ohne Vorberatung über die Veröffentlichung der Vorhabenliste. Sie ist unmittelbar nach Beschlussfassung des Gemeinderats zu veröffentlichen. Dabei soll dafür Sorge getragen werden, dass Vorhaben so früh wie möglich, in der Regel aber spätestens drei Monate vor der Erstberatung in einem Bezirksbeirat oder gemeinderätlichen Gremium in die Vorhabenliste aufgenommen und veröffentlicht werden.

§ 2 Anwendungsbereich für Bürgerbeteiligung

- (1) Ein Bürgerbeteiligungsverfahren im Sinne dieser Satzung ist möglich für Angelegenheiten der Gemeinde, für die der Gemeinderat gem. § 24 Abs. 1 GemO zuständig ist mit Ausnahme der Angelegenheiten des § 21 Abs. 2 GemO.
- (2) Abweichend hiervon ist für die Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 GemO Bürgerbeteiligung nach dieser Satzung im Vorfeld der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte möglich. Für die Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 Nr. 6 GemO gilt für verbindliche Bauleitpläne, dass Bürgerbeteiligung nach der Maßgabe von § 12 dieser Satzung möglich ist, soweit die Vorschriften des BauGB nicht entgegenstehen. An Baugenehmigungsverfahren ist keine

Bürgerbeteiligung möglich. Wenn im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens ein verbindlicher Bauleitplan aufgestellt wird, richtet sich die diesbezügliche Bürgerbeteiligung nach Satz 2.

§ 3 Instrumente der Bürgerbeteiligung

Ergänzend zu den gesetzlich geregelten Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO; Bürgerantrag nach § 20b GemO; Bürgerbegehren/-entscheid nach § 21 GemO) sollen nach dieser Satzung auch andere Instrumente zum Einsatz kommen, die Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Inhalten, zur Meinungsabfrage oder zur Konfliktlösung ermöglichen. Entsprechende Instrumente der Bürgerbeteiligung sind beispielhaft in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführt.

§ 4 Anregungen von Bürgerbeteiligung

- (1) Ein Tagesordnungspunkt auf Anregung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens kann für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragt werden
 - a. aus der Mitte des Gemeinderats nach § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO oder durch die Verwaltung
 - b. im Rahmen eines Bürgerantrags nach § 20b GemO.
- (2) Der Oberbürgermeister unterrichtet den Gemeinderat gem. § 43 Abs. 5 GemO darüber,
 - a. wenn ein Bezirksbeirat, der Jugendgemeinderat, der Ausländerrat / Migrationsrat oder der Beirat für Menschen mit Behinderung bei einer Gemeindeangelegenheit ein Bürgerbeteiligungsverfahren anregt,
 - b. wenn ein gemeinnütziger Verein, der seit mindestens 5 Jahren im Vereinsregister eingetragen und nach seiner Satzung verpflichtet ist, sich für die öffentlichen Belange seines Stadtteils einzusetzen, durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung Bürgerbeteiligung an einem Vorhaben in dem jeweiligen Stadtteil anregt,
 - c. wenn 1.000 Einwohnerinnen oder Einwohner ab 16 Jahren eine Anregung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens unterzeichnen und einen Sprecher bzw. eine Sprecherin sowie einen Vertreter bzw. eine Vertreterin benannt haben,
 - d. wenn zu einem Vorhaben in einem Stadtteil mindestens 1% der Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren, die in diesem Stadtteil wohnen, eine Anregung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens unterzeichnen und einen Sprecher bzw. eine Sprecherin sowie einen Vertreter bzw. eine Vertreterin benannt haben.

In diesen Fällen kann der Oberbürgermeister von sich aus einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Gemeinderates aufnehmen oder der Gemeinderat kann dies aus seiner Mitte beantragen (§ 34 Abs. 1 Satz 4 GemO).

- (3) Der Gemeinderat entscheidet in öffentlicher Sitzung über die Einleitung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens. Die Ablehnung der Einleitung soll begründet werden.

§ 5 Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung

- (1) Die Koordinierungsstelle ist eine vom Oberbürgermeister zu bestimmende Stelle innerhalb der Verwaltung.
- (2) Die Koordinierungsstelle berät Einwohnerinnen und Einwohner, den Oberbürgermeister (Fachämter) und Gemeinderäte. Sie steht allen an Bürgerbeteiligungsverfahren nach dieser Satzung Mitwirkenden mit Expertise und Information zur Seite.
- (3) Sie unterstützt den Oberbürgermeister (Fachämter)
 - a. bei der frühzeitigen Information nach § 1 in Form der Vorhabenliste,
 - b. bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten,
 - c. bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren,
 - d. bei den Sitzungen von projektbezogenen Koordinationsbeiräten nach § 6 Abs. 3,
 - e. bei der Einrichtung und Begleitung von prozessbegleitenden Arbeitsgruppen nach § 7.

§ 6 Zuständigkeit für die Planung des Bürgerbeteiligungsverfahrens

- (1) Grundsätzlich ist der Oberbürgermeister (Fachamt) in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für die Planung des Bürgerbeteiligungsverfahrens verantwortlich.
- (2) Der Gemeinderat entscheidet darüber, ob ergänzend zum Oberbürgermeister (Fachamt) ein projektbezogener Koordinationsbeirat eingesetzt wird, der für die Planung des Bürgerbeteiligungsverfahrens verantwortlich ist.
- (3) Über die Zusammensetzung projektbezogener Koordinationsbeiräte entscheidet der Gemeinderat auf Basis eines begründeten Vorschlages der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. Dabei sollten folgende Kriterien zur Anwendung kommen:
 - a. Mitglieder der Verwaltung und der Bürgerschaft sollen in einem angemessenen Verhältnis vertreten sein, d.h. in der Regel sollen
 - 40 Prozent der Mitglieder aus der Verwaltung und gegebenenfalls aus der Investorenschaft kommen,
 - 40 Prozent der Mitglieder aus der Bürgerschaft und
 - 20 Prozent der Mitglieder neutrale Personen sein, die entweder den Beirat als Sachverständige unterstützen oder die Sitzungsleitung übernehmen.

Ein Mitglied der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung nimmt beratend an den Sitzungen teil.
 - b. Die Interessenvielfalt der Bürgerschaft soll berücksichtigt werden, d.h. es sind auch Einwohnerinnen und Einwohner mit voneinander abweichenden Vorstellungen zu berufen.
 - c. Falls Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 4 Abs. 2 c) mit mindestens 1.000 Unterschriften ein Beteiligungsverfahren angeregt haben, sollen die Mitglieder der Bürgerschaft nur aus dieser Gruppe stammen. Die Gruppe benennt geeignete Vertreter.
 - d. Falls mehrere Gruppen gem. § 4 Abs. 2 c) mit mindestens 1.000 Unterschriften ein Beteiligungsverfahren angeregt haben, sollen die Mitglieder der Bürgerschaft anteilig nur aus diesen Gruppen stammen. Die Gruppen benennen jeweils geeignete Vertreter.

Der Koordinationsbeirat tagt öffentlich. Die Tagesordnung wird vor jeder Sitzung vom Oberbürgermeister (Fachamt) in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung und dem/der Vorsitzenden bzw. dessen/deren Stellvertretung festgelegt. Die Niederschrift ist von der/dem Protokollführer/in, der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung und der / dem Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter/in zu unterzeichnen. Das Weitere zum Verfahrensgang des Koordinationsbeirats regelt die Geschäftsordnung (Mustergeschäftsordnung in Anlage 2).

§ 7 Prozessbegleitende Arbeitsgruppe

- (1) Setzt der Gemeinderat keinen projektbezogenen Koordinationsbeirat ein, kann der Oberbürgermeister (Fachamt) in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung bei größeren Bürgerbeteiligungsverfahren über den Einsatz einer prozessbegleitenden Arbeitsgruppe entscheiden. Zuständig für die Durchführung ist die für die Planung zuständige Stelle nach § 6 Abs. 1.
- (2) Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus den beteiligten Fachämtern und der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung, Bürgerinnen und Bürgern mit entsprechendem Sachverstand aus dem betroffenen Stadtteil und / oder Vertreterinnen und Vertretern von in der Sache aktiven Gruppierungen, Initiativen oder Vereinen zusammensetzen.
- (3) Im Rahmen der Arbeitsgruppe sollen die Bürgerbeteiligungsprozesse gemeinsam beobachtet, Bewertungen ausgetauscht und Empfehlungen an den Oberbürgermeister (Fachamt) ausgesprochen werden. Die Mitglieder sollen den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, für die Rückkopplung in die jeweiligen Gruppen sorgen und für die aktive Teilnahme werben (Multiplikatoren).

§ 8 Beteiligungskonzept

- (1) Die für die Planung verantwortliche Stelle nach § 6 hat ein Beteiligungskonzept zu erstellen. Ist kein projektbezogener Koordinationsbeirat eingesetzt, so soll das Beteiligungskonzept in einem kooperativen Prozess unter angemessener Einbeziehung von sachverständigen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Stadtteil und / oder in der Sache aktiven Gruppierungen, Initiativen oder Vereinen erarbeitet werden. Es umfasst
 - a. die Beschreibung des Beteiligungsgegenstands (Arbeitsauftrag)
 - b. die Prozessplanung (gegebenenfalls mehrphasig),
 - c. die Wahl der Methoden (unter Zugrundelegung der jeweiligen Anforderungen),
 - d. die Auswahl der zu Beteiligenden,
 - e. die Festlegung des Rückkopplungsverfahrens,
 - f. wenn kein projektbezogener Koordinationsbeirat eingesetzt ist: die Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll,
 - g. die Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung.

Die Begriffe sind in Anlage 3 der Satzung erläutert.

- (2) Der Gemeinderat entscheidet über das Beteiligungskonzept und legt einen Kostenrahmen fest. Er bestimmt dabei auch die Frist, bis zu deren Ablauf das Bürgerbeteiligungsverfahren abgeschlossen sein muss und ein Ergebnis vorzulegen ist.

§ 9 Durchführung des Bürgerbeteiligungsverfahrens, Moratorium

- (1) Der Oberbürgermeister (Fachamt) führt in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle das Bürgerbeteiligungsverfahren durch. Ist ein projektbezogener Koordinationsbeirat eingesetzt, kann diesem vom Gemeinderat auch eine steuernde Funktion eingeräumt werden. Er ist regelmäßig zu informieren und bestimmt in eigener Verantwortung, wie oft er Sitzungen durchführt. Richtungsweisende Empfehlungen des Koordinationsbeirats sind im Falle seiner steuernden Funktion dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Die jeweilige Entscheidung des Gemeinderats hat der Oberbürgermeister (Fachamt) umzusetzen.
- (2) Wird das Bürgerbeteiligungsverfahren nicht innerhalb der Frist oder des Kostenrahmens nach § 8 Abs. 2 durchgeführt, ist der Gemeinderat zu informieren. Er entscheidet darüber, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen das Bürgerbeteiligungsverfahren fortgesetzt werden soll.
- (3) Der Gemeinderat darf bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der Sache nicht entscheiden. Das Eilentscheidungsrecht des Oberbürgermeisters (§ 43 Abs.4 GemO) bleibt unberührt.

§ 10 Mitteilung und Folgen des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens

- (1) Vom Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens ist der Gemeinderat unverzüglich zu unterrichten. Der Gemeinderat soll nach Maßgabe des § 33 Abs. 3 und 4 GemO sachkundigen Einwohnern und Sachverständigen Rederechte gewähren.
- (2) Das Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens fließt in die weiteren Beratungen des Gemeinderats ein, bindet ihn aber nicht.
- (3) Für die Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner gilt § 20 GemO entsprechend. Dabei sollen die getroffenen Entscheidungen insbesondere für die beteiligten Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar dargestellt werden.

§ 11 Kostentragung

Die Kosten eines nach obigen Verfahrensregeln durchgeführten Bürgerbeteiligungsverfahrens trägt die Stadt.

§ 12 Bürgerbeteiligung bei verbindlicher Bauleitplanung

- (1) Für Bürgerbeteiligung bei verbindlichen Bauleitplänen gelten die Vorschriften dieser Satzung nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze, soweit die Vorschriften des BauGB nicht entgegenstehen.
- (2) Für die Aufstellung von Bebauungsplänen ist Bürgerbeteiligung im BauGB gesetzlich vorgesehen. Deshalb ist § 4 der Satzung hier nicht anwendbar.

- (3) Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan wirkt der Oberbürgermeister (Fachamt) beim Vorhabenträger darauf hin, dass dieser eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vor der Fassung eines möglichen Aufstellungsbeschlusses durchführt.
- Stimmt der Vorhabenträger dieser Vorgehensweise nicht zu, so führt der Oberbürgermeister (Fachamt) noch vor der Fassung eines möglichen Aufstellungsbeschlusses eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durch. Die Zustimmung des Gemeinderats zur Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu dem jeweiligen Vorhaben erfolgt über einen entsprechenden Beschluss oder über den Beschluss der Vorhabenliste. In beiden Fällen entfällt der Beschluss des Beteiligungskonzepts durch den Gemeinderat nach § 8 Abs. 2 dieser Satzung. Der Termin für die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird im Stadtblatt bekannt gegeben.
- Im Rahmen der Beschlussfassung über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans entscheidet der Gemeinderat, ob nach Durchführung der Beteiligung nach Satz 1 oder Satz 2 von der gesetzlich vorgesehenen frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB abgesehen werden kann, weil die Unterrichtung und Erörterung bereits zuvor auf anderer Grundlage erfolgt ist (§ 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
- Im Einzelfall kann der Gemeinderat beschließen, von einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach Satz 1 oder Satz 2 noch vor der Fassung eines möglichen Aufstellungsbeschlusses abzusehen.
- (4) Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Planung soll zu diesem Zeitpunkt nach Möglichkeit ausreichend variabel und offen sein und Raum für mögliche Änderungen lassen.
- (5) Die Zuständigkeit für die Planung des Beteiligungsprozesses ergibt sich aus § 6 der Satzung. Bei der Erstellung des Beteiligungskonzeptes und der Methodenwahl nach § 8 ist für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB darauf zu achten, dass keine Beschränkung der zu beteiligenden Bürgerinnen und Bürger erfolgen darf.
- (6) Im Falle eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans im Sinne von § 12 BauGB trägt - abweichend von § 11 der Satzung - in der Regel der Vorhabenträger die Kosten der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung. Dies soll im Rahmen einer gesonderten Vereinbarung mit dem Vorhabenträger geregelt werden.
- (7) Vom Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens ist der Gemeinderat unverzüglich zu unterrichten. Abweichend von § 10 Abs. 2 der Satzung fließen die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung in die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB ein.

§ 13 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projekthalten
Arbeitsgruppe
Bearbeitung einer gemeinsamen Aufgabe durch mehrere Personen
Konsensuskonferenz
Bearbeitung brisanter Themen durch interessierte Laien mit Unterstützung durch sachverständige Personen, Ausloten der öffentlichen Meinung zu einer bestimmten Fragestellung
Kreativworkshop
Entwicklung gemeinsamer Ideen, Problemlösung, Erarbeitung von Konzepten oder reine Wissensvermittlung
Open Space
Bearbeitung komplexer Fragestellungen mit einer großen Zahl an Beteiligten
Planungszelle
Erstellung eines „Bürgergutachtens“, das auf eigenen Erfahrungen und eigenem Wissen basiert, Unterstützung durch sachverständige Personen
Projektgruppe
Umsetzung eines konkreten Projekts
Workshop
Entwicklung gemeinsamer Ideen, Problemlösung, Erarbeitung von Konzepten oder reine Wissensvermittlung
Zukunftswerkstatt
Entwicklung von Zukunftsvisionen, z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, Entwicklungsszenarien, Zukunftsprojekten
Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Einholung eines Meinungsbildes
Bürgerpanel
repräsentative Befragung, die wiederholt werden kann
Bürgerforum
Information einer größeren Zahl von Bürgern über ein konkretes Beteiligungsthema
Bürgerversammlung
offene angekündigte Informations- und Diskussionsveranstaltung
Bürgerbeteiligungsinstrumente bei gegensätzlichen Interessenlagen
Mediation
strukturierte Bearbeitung von Konflikten bei konkreten Planungsverfahren und Problemstellungen
Runder Tisch
Erarbeitung einer möglichst auf Konsens ausgerichteten Lösung zu kontroversen Fragen mit unterschiedlichen Interessengruppen

Mustergeschäftsordnung für projektbezogene Koordinationsbeiräte

Der im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens ... eingesetzte projektbezogene Koordinationsbeirat hat in seiner Sitzung vom ... folgende Geschäftsordnung beschlossen:

§ 1 Aufgaben

- (1) Der projektbezogene Koordinationsbeirat ist für die Planung des Bürgerbeteiligungsverfahrens verantwortlich.
- (2) Er erstellt ein Beteiligungskonzept nach Maßgabe von § 8 der Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats und legt dies dem Gemeinderat zur Entscheidung vor.
- (3) Falls er durch Gemeinderatsbeschluss steuernde Funktion erhält, begleitet er den Beteiligungsprozess auch nach Erstellung des Beteiligungskonzepts steuernd bis zur Beendigung des Beteiligungsprozesses.

§ 2 Zusammensetzung und Bestellung

- (1) Der projektbezogene Koordinationsbeirat setzt sich aus ... Mitgliedern zusammen.
- (2) Die Mitglieder bzw. die Mitglieder entsendenden Gruppierungen werden durch Gemeinderatsbeschluss für die Zeit bis zum Beschluss des Beteiligungskonzepts durch den Gemeinderat und bei steuernder Funktion bis zur Beendigung des Beteiligungsverfahrens bestellt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, bestellt der Gemeinderat eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger bzw. benennt die das Mitglied entsendende Gruppierung eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Die einzelnen Gruppierungen sollen für eine kontinuierliche Teilnahme der entsandten Mitglieder Sorge tragen.
- (3) Dem projektbezogenen Koordinationsbeirat gehören als Mitglieder an:
 - ... Mitglieder aus Verwaltung/Investorenschaft
 - ... Mitglieder aus der Bürgerschaft
 - ... Mitglieder aus dem Kreis neutraler Personen: ...
- (4) Ein Mitglied der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung nimmt beratend an den Sitzungen teil.
- (5) Der projektbezogene Koordinationsbeirat wählt eine der neutralen Personen aus seiner Mitte zum / zur Vorsitzenden und eine Stellvertretung.

§ 3 Einberufung der Sitzung

- (1) Das zuständige Fachamt bereitet die Sitzung vor – ggf. mit Hilfe eines dazu beauftragten, externen Büros. Das Fachamt wird dabei von der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung unterstützt.
- (2) Räumlichkeiten werden von der Stadt Heidelberg zur Verfügung gestellt.
- (3) Die Tagesordnung wird vor jeder Sitzung vom zuständigen Fachamt in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung und dem/der Vorsitzenden bzw. dessen/deren Stellvertretung festgelegt.
- (4) Die Einladung zu den Sitzungen erfolgt schriftlich, spätestens acht Tage vor der Sitzung, durch das zuständige Fachamt. Die für die Sitzung erforderlichen Unterlagen sind beizufügen. Die Anzahl der Sitzungen beschließt der projektbezogene Koordinationsbeirat.
- (5) Die Sitzungen des Koordinationsbeirates sind grundsätzlich öffentlich.
- (6) Die Mitglieder sind verpflichtet, regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen. Bei Verhinderung ist der/die Vorsitzende oder das zuständige Fachamt möglichst frühzeitig zu benachrichtigen.

§ 4 Vorsitz, Sitzungsleitung

Der/die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, stellt Beschlussfähigkeit fest, leitet die Verhandlung und schließt die Sitzung.

§ 5 Beschlussfassung

- (1) Stimmrecht haben ausschließlich die ordentlichen Mitglieder des projektbezogenen Koordinationsbeirats.
- (2) Ziel des projektbezogenen Koordinationsbeirats ist es, zu einem einvernehmlichen Vorschlag zu kommen, wie das Beteiligungskonzept zu dem entsprechenden Vorhaben aussehen soll. Gelingt dies im Einzelfall nicht, fasst der projektbezogene Koordinationsbeirat seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (3) Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte der Koordinationsbeirat in der Sitzung nicht beschlussfähig sein, so ist in der nächsten Sitzung die Beschlussfähigkeit hergestellt, wenn aus jeder der vier Mitgliederkategorien Personen anwesend sind. Die Anwesenheit und die Abstimmungen sind zu protokollieren. Das Protokoll ist öffentlich zugänglich.

- (4) Die Beschlüsse des projektbezogenen Koordinationsbeirates werden dem zuständigen Fachamt zur Umsetzung übergeben. Bei steuernder Funktion werden richtungsweisende Empfehlungen dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

§ 6 Wahlen

- (1) Wahlen werden durch ein Mitglied der Koordinierungsstelle geleitet.
- (2) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen. Es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied des projektbezogenen Koordinationsbeirates widerspricht.
- (3) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Mitglieder erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt, bei der die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 7 Niederschrift

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Sitzung des projektbezogenen Koordinationsbeirates fertigt das zuständige Fachamt eine Niederschrift.
- (2) Die Niederschrift ist von der/dem Protokollführer/in, der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung und der/dem Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter/in zu unterzeichnen. Das Sitzungsprotokoll wird separat und zeitnah nach der Sitzung verschickt.

§ 8 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung im projektbezogenen Koordinationsbeirat in Kraft.

Beteiligungsgegenstand
genaue Abgrenzung des Arbeitsauftrags
Prozessplanung
Erarbeitung von Prozessphasen und Festlegung, in welchen Phasen die Bürgerbeteiligung mit welcher Zielsetzung, mit welchen Methoden und mit welchen Beteiligten stattfindet
Methodenwahl
Zwischen den Leistungsanforderungen in den jeweiligen Prozessphasen und den Leistungsprofilen der jeweiligen Methode soll möglichst Übereinstimmung erreicht werden. Mögliche Leistungsanforderungen können die frühzeitige Ermittlung von Interessen in der Bevölkerung, die Entwicklung kreativer Lösungen, die Rückkopplung von Beteiligungsergebnissen oder die Konfliktlösung sein.
Auswahl der zu Beteiligenden
Auswahl kann unter Zugrundelegung bestimmte Eigenschaften, Interessen, Kompetenzen, durch ein Bewerbungsverfahren, in Form der Zufallsauswahl oder durch eine Kombination der Verfahren erfolgen.
Festlegung des Rückkopplungsverfahrens
Die Rückkopplung soll den Beteiligten und den Entscheidungsträgern ein breites öffentliches Meinungsbild über die bei der Beteiligung erzielten Ergebnisse geben und die Möglichkeit der Rückmeldung einschließen.
Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll
Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung

Verwaltungsvorschrift über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters

vom 25.07.2012 geändert am 26.03.2015

Verwaltungsvorschrift über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters

vom 25.07.2012 geändert am 26.03.2015

Präambel

Diese Verwaltungsvorschrift setzt die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg für Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters um. Für den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats werden die Leitlinien durch eine entsprechende Satzung umgesetzt.

Die Verwaltungsvorschrift soll das Ermessen des Oberbürgermeisters in seinem Zuständigkeitsbereich lenken. Der Oberbürgermeister kann zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift eine Dienstanweisung erlassen.

Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, Verwaltung und Politik aufzubauen und eine Beteiligungskultur zu entwickeln. Die gesetzlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung sollen hierdurch ergänzt werden.

Wenn im Bürgerbeteiligungsverfahren nach dieser Verwaltungsvorschrift die Bestimmung der zu beteiligenden Einwohnerinnen und Einwohner erforderlich wird, sollen die Vorgaben der von der Stadt Heidelberg unterzeichneten Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und der Kommunale Integrationsplan in die Entscheidung einbezogen werden.

§ 1 Frühzeitige Information (Vorhabenliste)

Um eine sehr frühzeitige Information der Öffentlichkeit bzw. Bürgerschaft zu ermöglichen, erstellt der Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine Vorhabenliste. Es werden Vorhaben aufgenommen, bei denen ein Interesse oder die Betroffenheit einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern unterstellt werden kann oder ein Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen ist. Dabei werden der Beteiligungsgegenstand und die Art der geplanten Beteiligung genannt und soweit wie möglich spezifiziert. Der Gemeinderat entscheidet ohne Vorberatung über die Veröffentlichung der Vorhabenliste. Sie ist unmittelbar nach Beschlussfassung des Gemeinderats zu veröffentlichen.

§ 2 Anwendungsbereich

- (1) Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift ist möglich für die in den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters fallenden Angelegenheiten der laufenden Verwaltung, bei den freiwilligen Aufgaben und den Pflichtaufgaben ohne Weisung sowie für die dem Oberbürgermeister vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben der Gemeinde. Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 und 3 GemO sind ausgenommen.
- (2) Diese Verwaltungsvorschrift ist nicht anwendbar für die in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallenden Pflichtaufgaben nach Weisung gem. § 44 Abs. 3 GemO.

§ 3 Instrumente der Bürgerbeteiligung

Ergänzend zu den gesetzlich geregelten Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerversammlung nach §20a GemO; Bürgerantrag nach §20b GemO; Bürgerbegehren/-entscheid nach §21 GemO) sollen auch andere Instrumente zum Einsatz kommen, die Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Inhalten, zur Meinungsabfrage oder zur Konfliktlösung ermöglichen. Entsprechende Instrumente der Bürgerbeteiligung sind beispielhaft in Anlage 1 dieser Verwaltungsvorschrift aufgeführt.

§ 4 Ingangbringen von Bürgerbeteiligung

- (1) Der Oberbürgermeister und die Fachämter sollen bei eigenen Projekten von sich aus prüfen, ob es angemessen ist, Bürgerbeteiligung durchzuführen und die hierdurch erforderlichen Kosten einplanen. Die Koordinierungsstelle nach § 5 ist hierbei einzubinden.
- (2) Einwohnerinnen und Einwohner, Bezirksbeiräte, der Jugendgemeinderat, der Ausländer-/Migrationsrat sowie der Beirat für Menschen mit Behinderung können ebenfalls Bürgerbeteiligung anregen. Das gilt auch für gemeinnützige Vereine, die seit mindestens 5 Jahren im Vereinsregister eingetragen und nach ihrer Satzung verpflichtet sind, sich für die öffentlichen Belange ihres Stadtteils einzusetzen, und durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung Bürgerbeteiligung an einem Vorhaben in dem jeweiligen Stadtteil anregen. Dabei ist die Anregung schriftlich unter Angabe einer kurzen Begründung bei der Koordinierungsstelle i. S. d. § 5 einzureichen.
Die Koordinierungsstelle leitet die Anregung nach Prüfung an das zuständige Fachamt weiter. Dieses legt dem Oberbürgermeister oder einer von ihm hierfür bestimmten Stelle einen Entscheidungsvorschlag vor.
- (3) Der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet darüber, ob Bürgerbeteiligung durchgeführt und das Vorhaben in die Vorhabenliste eingetragen werden soll. Die Ablehnung der Durchführung soll in den Fällen des Abs. 2 auch dem Gemeinderat gegenüber begründet werden.

§ 5 Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung

- (1) Die Koordinierungsstelle ist eine vom Oberbürgermeister zu bestimmende Stelle innerhalb der Verwaltung.
- (2) Die Koordinierungsstelle berät Einwohnerinnen und Einwohner und den Oberbürgermeister (Fachämter). Sie steht allen an Bürgerbeteiligungsverfahren nach dieser Verwaltungsvorschrift Mitwirkenden mit Expertise und Information zur Seite.
- (3) Sie unterstützt den Oberbürgermeister (Fachämter)
 - a. bei der frühzeitigen Information nach § 1 in Form der Vorhabenliste,
 - b. bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten,
 - c. bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren,
 - d. bei der Einrichtung und Begleitung von prozessbegleitenden Arbeitsgruppen nach § 7.

§ 6 Zuständigkeit für die Planung des Bürgerbeteiligungsverfahrens

Die Fachämter sind für die Planung der Bürgerbeteiligung verantwortlich. Die Koordinierungsstelle hat hierbei beratende Funktion.

§ 7 Prozessbegleitende Arbeitsgruppe

- (1) Der Oberbürgermeister (Fachamt) kann in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung bei größeren Bürgerbeteiligungsverfahren über den Einsatz einer prozessbegleitenden Arbeitsgruppe entscheiden. Zuständig für die Durchführung ist die für die Planung zuständige Stelle nach § 6.
- (2) Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus den beteiligten Fachämtern und der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung, Bürgerinnen und Bürgern mit entsprechendem Sachverstand aus dem betroffenen Stadtteil und / oder Vertreterinnen und Vertretern von in der Sache aktiven Gruppierungen, Initiativen oder Vereinen zusammensetzen.
- (3) Im Rahmen der Arbeitsgruppe sollen die Bürgerbeteiligungsprozesse gemeinsam beobachtet, Bewertungen ausgetauscht und Empfehlungen an den Oberbürgermeister (Fachamt) ausgesprochen werden. Die Mitglieder sollen den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, für die Rückkopplung in die jeweiligen Gruppen sorgen und für die aktive Teilnahme werben (Multiplikatoren).

§ 8 Beteiligungskonzept

- (1) Die Fachämter haben ein Beteiligungskonzept zu erstellen. Bei der Erstellung des Beteiligungskonzepts sollen sachverständige Vertreterinnen und Vertretern aus im Stadtteil und / oder in der Sache aktiven Gruppierungen, Initiativen oder Vereinen angemessen einbezogen werden. Das Beteiligungskonzept umfasst
 - a. die Beschreibung des Beteiligungsgegenstandes (Arbeitsauftrag)
 - b. die Prozessplanung,
 - c. die Wahl der Methoden,
 - d. die Auswahl der zu Beteiligtenen,
 - e. die Festlegung des Rückkopplungsverfahrens,
 - f. die Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll,
 - g. die Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung.

Die Begriffe sind in Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift erläutert.

Die Koordinierungsstelle berät bei Bedarf. Das fertig gestellte Beteiligungskonzept ist der Koordinierungsstelle vorzulegen.

- (2) Der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet nach den Vorgaben der Vorhabenliste über das Beteiligungskonzept und legt im Rahmen seiner finanziellen Zuständigkeit einen Kostenrahmen fest. Er bestimmt dabei auch die Frist, bis zu deren Ablauf die Bürgerbeteiligung abgeschlossen sein muss und ein Ergebnis vorzulegen ist.

§ 9 Durchführung der Bürgerbeteiligung, Moratorium

- (1) Die Fachämter führen die Bürgerbeteiligung durch. Die Koordinierungsstelle berät bei Bedarf.
- (2) Wird die Bürgerbeteiligung nicht innerhalb der Frist oder des Kostenrahmens nach § 8 Abs. 2 durchgeführt, ist der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle durch das Fachamt zu informieren. Er oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet darüber, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Bürgerbeteiligung fortgesetzt werden soll.
- (3) Der Oberbürgermeister, die Dezernenten oder das Fachamt dürfen bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung in der Sache nicht entscheiden, es sei denn, es liegt Eilbedürftigkeit vor.

§ 10 Mitteilung und Folgen des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens

- (1) Vom Ergebnis der Bürgerbeteiligung ist der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Das Ergebnis der Bürgerbeteiligung fließt in die weitere Arbeit des Oberbürgermeisters, der Dezernenten und Fachämter ein, bindet sie aber nicht.
- (3) Die Öffentlichkeit soll in geeigneter Weise über das Ergebnis der Bürgerbeteiligung informiert werden. Dabei sollen die getroffenen Entscheidungen insbesondere für die beteiligten Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar dargestellt werden.

§ 11 Kostentragung

Die Kosten einer nach obigen Bestimmungen durchgeführten Bürgerbeteiligung trägt die Stadt.

§ 12 Inkrafttreten

Die Verwaltungsvorschrift tritt am 26.03.2015 in Kraft.

Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projekthalten
Arbeitsgruppe
Bearbeitung einer gemeinsamen Aufgabe durch mehrere Personen
Konsensuskonferenz
Bearbeitung brisanter Themen durch interessierte Laien mit Unterstützung durch sachverständige Personen, Ausloten der öffentlichen Meinung zu einer bestimmten Fragestellung
Kreativworkshop
Entwicklung gemeinsamer Ideen, Problemlösung, Erarbeitung von Konzepten oder reine Wissensvermittlung
Open Space
Bearbeitung komplexer Fragestellungen mit einer großen Zahl an Beteiligten
Planungszelle
Erstellung eines „Bürgergutachtens“, das auf eigenen Erfahrungen und eigenem Wissen basiert, Unterstützung durch sachverständige Personen
Projektgruppe
Umsetzung eines konkreten Projekts
Workshop
Entwicklung gemeinsamer Ideen, Problemlösung, Erarbeitung von Konzepten oder reine Wissensvermittlung
Zukunftswerkstatt
Entwicklung von Zukunftsvisionen, z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, Entwicklungsszenarien, Zukunftsprojekten
Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Einholung eines Meinungsbildes
Bürgerpanel
repräsentative Befragung, die wiederholt werden kann
Bürgerforum
Information einer größeren Zahl von Bürgern über ein konkretes Beteiligungsthema
Bürgerversammlung
offene angekündigte Informations- und Diskussionsveranstaltung
Bürgerbeteiligungsinstrumente bei gegensätzlichen Interessenlagen
Mediation
strukturierte Bearbeitung von Konflikten bei konkreten Planungsverfahren und Problemstellungen
Runder Tisch
Erarbeitung einer möglichst auf Konsens ausgerichteten Lösung zu kontroversen Fragen mit unterschiedlichen Interessengruppen

Beteiligungsgegenstand
genaue Abgrenzung des Arbeitsauftrags
Prozessplanung
Erarbeitung von Prozessphasen und Festlegung, in welchen Phasen die Bürgerbeteiligung mit welcher Zielsetzung, mit welchen Methoden und mit welchen Beteiligten stattfindet
Methodenwahl
Zwischen den Leistungsanforderungen in den jeweiligen Prozessphasen und den Leistungsprofilen der jeweiligen Methode soll möglichst Übereinstimmung erreicht werden. Mögliche Leistungsanforderungen können die frühzeitige Ermittlung von Interessen in der Bevölkerung, die Entwicklung kreativer Lösungen, die Rückkopplung von Beteiligungsergebnissen oder die Konfliktlösung sein.
Auswahl der zu Beteiligenden
Auswahl kann unter Zugrundelegung bestimmte Eigenschaften, Interessen, Kompetenzen, durch ein Bewerbungsverfahren, in Form der Zufallsauswahl oder durch eine Kombination der Verfahren erfolgen.
Festlegung des Rückkopplungsverfahrens
Die Rückkopplung soll den Beteiligten und den Entscheidungsträgern ein breites öffentliches Meinungsbild über die bei der Beteiligung erzielten Ergebnisse geben und die Möglichkeit der Rückmeldung einschließen.
Festlegung, ob eine prozessbegleitende Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll
Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung

Stadt Heidelberg

Prinz Carl, Kornmarkt 1
69117 Heidelberg

Telefon 06221 58-21500

Telefax 06221 58-48120

buergerbeteiligung@heidelberg.de

www.heidelberg.de/buergerbeteiligung

Fortschreibung Leitbild Korb

„Mit Kopf und Herz neue Impulse und Schultern für Korb“



imakomm AKADEMIE GmbH
Ulmer Str. 130
73431 Aalen
www.imakomm-akademie.de

Projektleitung:
Dr. Peter Markert
Dipl.-Geograph Florian Groß

Aalen/Korb, im Oktober 2015

**„Der beste Weg,
die Zukunft vorauszusagen, ist,
sie zu gestalten.“**

Willy Brandt (1913-1992),
dt. Politiker (SPD), 1969-1974 Bundeskanzler, 1971 Friedensnobelpreis

Vorwort

Die Gemeinde Korb hat die imakomm AKADEMIE GmbH, Aalen, im Juni 2014 mit der zweiten Fortschreibung des Leitbildes „**Korb 2020 - Mit Kopf und Herz neue Impulse und Schultern für Korb**“ beauftragt. Dabei handelt es sich bei weitem nicht um eine „bloße Fortschreibung“ – vielmehr soll es gelingen, sowohl neue inhaltliche Impulse (neue Schwerpunkte für die Gemeindeentwicklung und konkrete Maßnahmen dazu) als auch erneute Begeisterung für und Beteiligungsbereitschaft am Leitbild Korb zu entfachen. Dazu sollen bewusst auch ein neues Beteiligungsmodell mit Überlegungen zu entsprechenden Anreizen sowie Finanzierungsmöglichkeiten für Maßnahmen erarbeitet werden.

Mit dieser Dokumentation liegen die komprimierten Analyseergebnisse und die Strategie vor. Zudem wird eine Übersicht zu denkbaren Maßnahmen gegeben. Die erarbeitete Strategie soll der künftige Leitfaden der Gemeindeentwicklung sein. Sie soll als informelles städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB vom Gemeinderat am 13. Oktober 2015 beschlossen werden.

Eine Vervielfältigung und Weitergabe des vorliegenden Konzeptes an Dritte bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers und der imakomm AKADEMIE. Die imakomm AKADEMIE wird alle in diesem Projekt zugeleiteten Informationen und Daten absolut vertraulich behandeln.

Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich für die gute und zielgerichtete Zusammenarbeit bei allen Beteiligten, stellvertretend insbesondere auch bei den Projektleitern von Seiten der Gemeinde, Herrn Bürgermeister Jochen Müller und Ordnungsamtsleiter Herrn Raimon Ahrens.

Dr. Peter Markert / Dipl.-Geograph Florian Groß, Aalen, im Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

1	Die Fortschreibung Leitbild Korb.....	7
1.1	Gründe für eine Fortschreibung des Leitbildes Korb	7
1.1.1	Auswahl an Trends	7
1.1.2	Anforderungen speziell in Korb	8
1.2	Ziele der Fortschreibung des Leitbildes	9
1.3	Methodik.....	9
1.4	Der Projektablauf	11
1.5	Möglichkeiten und Grenzen der Fortschreibung des Leitbildes	12
1.5.1	Möglichkeiten.....	12
1.5.2	Grenzen.....	13
2	Die Basis: Analyse und Prognosen	16
2.1	Die Analyse und Prognosen „auf den Punkt gebracht“	16
2.2	Belege / ausgewählte Details	16
2.2.1	Die übergemeindlichen Strukturen	16
2.2.2	Zentrale Aussagen aus der Statistik	17
2.2.3	Die Sicht der Experten und der Zielgruppen: Zentrale Aussagen aus den Gesprächen	18
2.2.4	Die Sicht der Bürger/innen: Die Ergebnisse der Bürgerbefragung	19
2.2.5	Die Evaluation des Leitbildes Korb 2004.....	22
3	Die Strategie: Schwerpunkte und Ziele der künftigen Gemeindeentwicklung	25
3.1	Die Schwerpunkte.....	25
3.1.1	Übersicht	25
3.1.2	Erläuterung.....	26
3.2	Die Ziele.....	28
3.2.1	Übersicht	28
3.2.2	Die Ziele im Einzelnen	29
4	Umsetzung I: Die Maßnahmen.....	36
4.1	Übersicht.....	36
4.2	Die Maßnahmen im Detail	39
4.2.1	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 1	39
4.2.2	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 2	41
4.2.3	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 3	45
4.2.4	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 4	47
4.2.5	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 5	51
4.2.6	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 6	53
4.2.7	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 7	55
4.2.8	Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 8	57
4.3	Vorschlag einer funktionalen Neugestaltung des Seeplatzes	59
5	Umsetzung II: Die Strukturen	62

5.1	Grundüberlegungen	62
5.1.1	Steuerungsgruppe	62
5.1.2	Maßnahmenbezogene Arbeitskreise	64
5.1.3	Gemeindeverwaltung.....	65
5.1.4	Gemeinderat.....	65
6	Ausblick	68

Das Leitbild

1 Die Fortschreibung Leitbild Korb

1.1 Gründe für eine Fortschreibung des Leitbildes Korb

Die Herausforderungen für Städte und Kommunen sind vielfältig, dies gilt auch für nicht zentrale Orte in Ballungsräumen. Diese Herausforderungen werden im Folgenden speziell auf Korb bezogen dargestellt.

1.1.1 Auswahl an Trends

Im Folgenden sind einige der grundsätzlichen Entwicklungen dargestellt, die alle Kommunen und somit auch Korb betreffen.

- Änderungen bei der Bürgerschaft hinsichtlich der **Beteiligungsbereitschaft**: Von langjährigem Engagement hin zu kurzfristigerem, aber nicht weniger intensivem Engagement (BBSR (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme).
- Änderungen im **Mobilitätsverhalten**: Steigender Anteil jener Personengruppen, die sich einen eigenen Pkw nicht mehr leisten können (finanziell und/oder aus gesundheitlichen Gründen) oder wollen (Zunahme des Anteils von Car-Sharing-Angeboten an den Mobilitätsarten) (Lanzendorf, Schönduwe (2013): Urbanität und Automobilität; Laukemper, Sgobba (2013): Herausforderungen – Mobilität und Verkehr).
- Änderungen im **Einkaufsverhalten**: Weiterhin Schere zwischen Versorgungseinkauf und Erlebniseinkauf, allerdings in beiden Fällen Bedeutungszuwachs digitaler und mobiler Informations- und Bestellmöglichkeiten sowie von Serviceleistungen (Bring-/Lieferdienste usw.) (<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/zukunft-des-einkaufens-der-digitale-kaufrausch/6985330.html>, Zugriff: 01.04.2015).
- Änderungen in der **kommunalen Gesellschaft**: Zunahme der Gruppe älterer Menschen, damit zunehmende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements der Älteren

(BMFSFJ (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland), aber auch Zunahme der Anforderungen an Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in Ladenlokalen.

- Änderungen in der **Arbeitswelt**: Industrie 4.0 (<http://www.bmbf.de/de/9072.php>, Zugriff am 01.04.2015).
- Änderungen bei Anforderungen an den **kommunalen Raum**: Erreichbarkeit von zentralen Einrichtungen (öffentliche Dienstleistungen, private Dienstleistungen usw.) wird noch bedeutender (ÖPNV-Taktung und/oder alternative, ehrenamtlich oder privat organisierte Dienste, Erreichbarkeit via MIV) (Bläser, Jansen, Wehmeyer (2012): Urbane Mobilität der Zukunft. Vernetzt. Intelligent. Sozialverträglich.), gleichzeitig wird die Umsetzung der Idee einer nachhaltigen, kompakten Stadt/Gemeinde (auch baulich!) immer wichtiger.
- Bedeutungszunahme der **interkommunalen Kooperation**: Aufgrund der Abnahme jüngerer Altersgruppen und der Einwohnerzahlen insgesamt (= u.a. Verteuerung Infrastruktur pro Einwohner) bedarf es langfristig einer stärkeren interkommunalen Kooperation bei Themen wie Vereinsarbeit, Arbeitsteilung in öffentlichen Aufgaben usw. (BLE (2012): Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen).
- Bedeutungszunahme der Themen **ökologische Nachhaltigkeit und Energieeffizienz** allein schon aufgrund der Verknappung und Verteuerung von Energie. Dies schlägt sich in auch in baulichen Aktivitäten nieder (Fox-Kämper, Sondermann (2013): Strategie Grüne Stadt. Ansätze kommunaler Grünentwicklung).

1.1.2 Anforderungen speziell in Korb

Folgende Anforderungen wurden zu Projektbeginn parallel zu den Zielen gemeinsam von der Gemeindeverwaltung und der imakomm AKADEMIE definiert:

- Die Strategie muss – soll sie überhaupt Akzeptanz finden – durch einen intelligenten Beteiligungsprozess erarbeitet werden, der sowohl die sich wandelnden sozioökonomischen Strukturen als auch sich ändernde Anforderungen der Bürgerschaft an Be-

teiligungsprozesse aufgreift. Als Instrument wurde vor allem eine sogenannte „Steuerungsgruppe“ festgelegt, die mit Vertretern verschiedener Interessensgruppen und des Gemeinderats besetzt war. Zudem wurden unterschiedlichste Instrumente zur Beteiligung („breite“ Beteiligung der gesamten Bevölkerung beispielsweise durch Befragungen oder Bürgerveranstaltungen sowie zielgruppenspezifische Beteiligung wie Gespräche mit Jugendlichen, Senioren, Unternehmer usw.) angewandt.

Damit auch langfristig positive Impulse / Effekte aus dieser Fortschreibung des Leitbildes resultieren, bedarf es auch des Aufbaus nachhaltiger Beteiligungs- und Umsetzungsstrukturen.

1.2 Ziele der Fortschreibung des Leitbildes

Korb steht – wie zahlreiche andere Kommunen auch – vor spürbaren Herausforderungen durch die demografische Entwicklung (Einwohnerrückgang auf lange Sicht, absolute und relative Zunahme der Zahl älterer Menschen usw.).

Daher ist das Ziel der „Fortschreibung des Leitbildes Korb“, künftige Entwicklungsschwerpunkte (= Themen) der Gemeindeentwicklung belastbar zu definieren und dazu konkrete Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig umsetzbar sind, zu erarbeiten. Daraus entsteht eine umsetzbare Strategie der künftigen Gemeindeentwicklung.

1.3 Methodik

Im Folgenden wird die Methodik beschrieben, die bei der Erstellung der „Fortschreibung des Leitbildes Korb“ angewandt wurde.

Überblick:

Bewusst wurden verschiedene Herangehensweisen / Instrumente bei der Erarbeitung der Fortschreibung des Leitbildes angewandt. Denn: Die Erfahrung zeigt, dass nur dann eine

breite Beteiligung stattfindet, wenn nicht nur eine Form – beispielsweise Workshops / Zukunftswerkstätten – angewandt wird, sondern den Bürger/innen unterschiedliche Formen der Beteiligung offen stehen. Die folgende Grafik gibt einen Überblick:

Grafik : Der Methodenmix

Ansatz:	Wie?	Auswahl?	Beteiligung?
Evaluierung des Leitbildes 2015	Komprimierte Bestandsaufnahme bezüglich der Sichtbarkeit bereits umgesetzter Maßnahmen	Bewusst aus „Besuchersicht“	-
Komprimierte Strukturanalyse	Komprimierte Analyse statistischer Daten des Gesamtstandortes Korb	Wo vorhanden aus bestehenden Konzeptionen	-
Steuerungsgruppe	Workshop	Direktansprache Interessensvertreter (Vereinsvertreter, Kirchenvertreter usw.), Teile der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger	Insgesamt ca. 40 Bürgerinnen und Bürger
Bürgerveranstaltung		Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger	ca. 50 Bürgerinnen und Bürger
Expertengespräche	Telefonische Interviews	Mitglieder des Gemeinderats	6 Gespräche
„Phantasiereise“ mit Grundschulern	Schülerinnen und Schüler malen das zukünftige Korb aus ihrer Sicht	Grundschulklasse	ca. 20 Schülerinnen und Schüler
Jugendtalk	Persönliches Gespräch	Besucher des Jugendtreffs	ca. 20 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren
Seniorenachmittag	Persönliches Gespräch	Besucher des Seniorentreffs	ca. 25 Senioren
Vereinsabend	Persönliches Gespräch	Vereinsvertreter/innen	12 Vereinsvertreter/innen
Internationaler Abend	Persönliches Gespräch	Bürger/innen mit Migrationshintergrund	6 Teilnehmer/innen mit Migrationshintergrund
Unternehmertreff	Vortrag und Diskussion	Mitglieder des BdS	ca. 30 Mitglieder des BdS
Bürgerbefragung	Online	einfache Zufallsauswahl	329
	Auf dem Weihnachtsmarkt	einfache Zufallsauswahl	
	Im Neukauf und auf dem Seeplatz	einfache Zufallsauswahl	

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Details zur Bürgerbefragung:

Durch die Anzahl der im Rahmen der Bürgerbefragung eingebundenen Bürgerinnen und Bürger konnten belastbare Ergebnisse generiert werden, auch deshalb, weil darüber hinaus die Bürgerbefragung um weitere Elemente (z.B. Bürgerveranstaltung, Städtebau-Check, Expertengespräche usw.) ergänzt wurde, sodass die Analyseergebnisse als zentrale Basis für die Ableitung der Strategie dienen und in hohem Maße belastbar sind.

Um belastbare Ergebnisse zu erhalten und alle Altersgruppen zu erreichen bzw. die Möglichkeit zur Beteiligung zu geben, wurden folgende Befragungsformen vorgenommen (alle Interviewarten beinhalteten den gleichen Fragebogen):

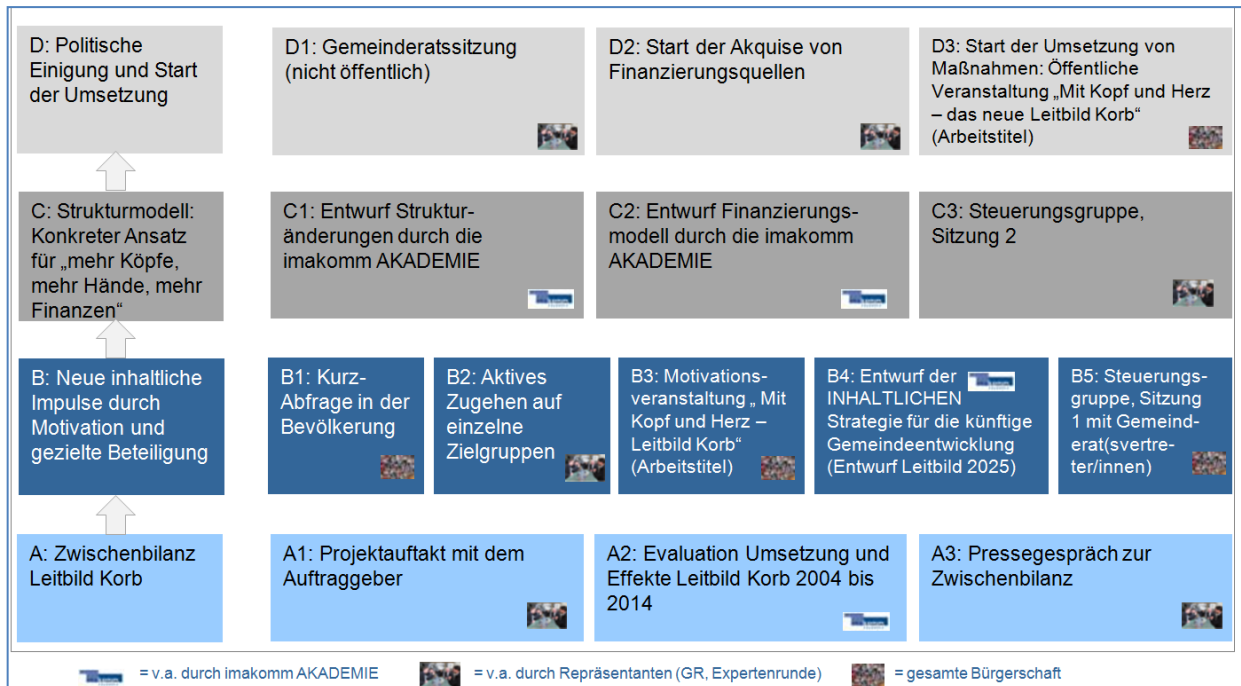
1. Ansatz: einfache Zufallsauswahl; Bewerbung der neutralen Internetplattform, auf der der Fragebogen zum anonymen Ausfüllen bereitgestellt wurde, u.a. über lokale Presse, Plakate, Flyer, kommunale Homepage, Auslage der schriftlichen Fragebögen an öffentlich zugänglichen Orten (Rathaus, Ortsteile, Geschäfte etc.) sowie über ein sogenanntes „Botschafterkonzept“, d.h. beispielsweise Vereinsvorstände hatten den Link an ihre Mitglieder weitergeleitet.
2. Rücklauf: Insgesamt wurden online, persönlich und schriftlich 329 auswertbare Fragebögen von den Korb-Bürgerinnen und Bürgern generiert.

1.4 Der Projektablauf

Die Besonderheiten in Korb spiegeln sich im Ablauf der Erstellung/Erarbeitung des Konzeptes wider. Letztlich „atmet“ der Prozess durch einen Arbeitswechsel zwischen Vorarbeiten durch die imakomm AKADEMIE, Abstimmung und Weiterbearbeitung gemeinsam mit einem vorab definierten Kreis an Personen (Steuerungsgruppe, Gemeinderat, gesamte Bürgerschaft usw.).

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die einzelnen Bausteine der Fortschreibung des Leitbildes Korb:

Grafik: Der Projektablauf in Korb



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

1.5 Möglichkeiten und Grenzen der Fortschreibung des Leitbildes

1.5.1 Möglichkeiten

- Die Fortschreibung des Leitbildes Korb **liefert die künftigen Entwicklungsschwerpunkte (= Themen) der Kommunalentwicklung in der Gesamtgemeinde Korb.**
- Diese Entwicklungsschwerpunkte sind **belastbar**, da sie sowohl mit der Bürgerschaft als auch dem Gemeinderat sowie der Gemeindeverwaltung abgestimmt sind.
- Damit wird das Konzept für seine Bürgerinnen und Bürger und die Kommunalpolitik eine **Orientierungshilfe** für viele inhaltliche Entscheidungen, insbesondere auch bei finanziellen Fragen.

- Die Fortschreibung des Leitbildes ist damit **strategisch**. Sie ist aber auch **umsetzungsorientiert** – sie liefert auch Maßnahmen, deren Priorisierung von der Bürgerschaft und der Steuerungsgruppe vorgenommen wurde.

1.5.2 Grenzen

Die Fortschreibung des Leitbildes hat allerdings auch klare Grenzen:

- Sie **löst bei weitem nicht alle kommunalen Problemstellungen**. Sie kann und darf auch nicht Ersatz für detaillierte Konzepte sein.
- **Es gibt nicht das „fertige Leitbild“**. Vielmehr handelt es sich um einen **Prozess**, der ganz bewusst erarbeitete Maßnahmen – beispielsweise aufgrund geänderter Rahmenbedingungen – verwirft, abändert, zurückstellt und gleichzeitig gänzlich neue Maßnahmen zur Umsetzung bringt.
- **Die Fortschreibung des Leitbildes ist nichts wert, wenn es nicht auch gelebt wird**. Es hängt also ganz entscheidend von der Motivation aller Bürgerinnen und Bürger, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik zur Umsetzung ab. Es bedarf also des Mutes, Maßnahmen umzusetzen und andere – weil sie nicht der Strategie des Konzeptes entsprechen – hinten anzustellen.
- Wichtig: **Es werden die zentralen zukünftigen Themen für Korb festgesetzt. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht auch andere Themen künftig bearbeitet werden können, ja sogar müssen**. Hier gilt es insbesondere in der Kommunalpolitik einen Weg des offenen Diskurses zu finden.
- Die Anregungen und Vorschläge zu Maßnahmen in Kapitel 4 sind als eine Art „Ideenpool“ zu verstehen. Diese gilt es nicht einfach abzuarbeiten, sondern auch diese befinden sich in einem ständigen Prozess: Sie gelingen, gelingen nicht, werden vor der Umsetzung schon verworfen, es entstehen neue Ideen usw. Die Maßnahmen stehen für die jeweiligen Ziele der vier Entwicklungsschwerpunkte. Um diese Ziele zu erreichen, können diese Maßnahmen umgesetzt werden. **Entscheidend sind jedoch nicht die in Kapitel 4 dokumentierten Einzelmaßnahmen. Entscheidend**

ist, dass Maßnahmen – gleich, ob es sich um diese oder andere Maßnahmen handelt – umgesetzt werden, die in der Lage sind, die Ziele der als zentral definierten künftigen Entwicklungsschwerpunkte auch tatsächlich zu erfüllen.

Die Basis: Analyse und Prognosen

2 Die Basis: Analyse und Prognosen

2.1 Die Analyse und Prognosen „auf den Punkt gebracht“

Diese Themen bewegen Korb:

- Gestaltung von Ortszentrum / Seeplatz / Aufenthaltsräumen
- Profilierung der Gemeinde Korb
- Interkommunale Gartenschau 2019
- Aufrechterhaltung der Infrastruktur
- Bürgerengagement und Willkommenskultur
- Belange der Jugendlichen

Diese Themen ergeben sich aus Statistik, Literatur etc.:

- Demografie!
- Nachhaltigkeit
- Digitale Infrastruktur

2.2 Belege / ausgewählte Details

2.2.1 Die übergemeindlichen Strukturen

Die Gemeinde Korb liegt gemäß des Landesentwicklungsplanes 2002 Baden-Württemberg innerhalb des Verdichtungsraumes Stuttgart und gehört laut Regionalplan 2009 der Region Stuttgart als Gemeinde ohne Zentralität zum Mittelbereich Waiblingen/Fellbach. Korb liegt nicht an einer Siedlungsachse. **Dies bedeutet, dass aus landesplanerischer und regionalplanerischer Sicht eine gezielte Bevölkerungszunahme oder Vermehrung der Ar-**

beitsplätze sowie gezielter Ausbau zentralörtlicher Einrichtungen nicht anzustreben sind.

Zentrale Erkenntnis: Die Gemeinde Korb ist aufgrund ihrer Funktion als nicht-zentraler Ort in unmittelbarer Nähe sowohl zum Oberzentrum als auch zum Mittelzentrum besonders zum proaktiven Handeln gezwungen.

2.2.2 Zentrale Aussagen aus der Statistik

In der folgenden Grafik werden die Ergebnisse der statistischen Untersuchungen dargestellt.

Grafik: Statistische Daten der Gemeinde Korb

	Gemeinde Korb	Rems-Murr-Kreis	Baden-Württemberg
Aktuell: ^{*)}			
Geburtensaldo (Personen je 1.000 EW) in % ^{*)}	- 0,2	- 1,3	- 0,9
Wanderungssaldo (Personen je 1.000 EW) in % ^{*)}	+ 5,1	+ 3,6	+ 4,6
Familienwanderung (Personen je 1.000 EW) in % ^{*)}	+ 9,2	+ 8,0	+ 5,5
Bildungswanderung (Personen je 1.000 EW) in % ^{*)}	- 3,5	- 10,2	+ 16,5
Anteil unter 18-Jährige in % 2014	16,6	17,4	17,1
Anteil 65 bis 79-Jährige in % 2014	16,4	15,3	14,4
Anteil ab 80-Jährige in % 2014	5,0	5,2	5,2
Prognose ^{**)}			
Einwohnerentwicklung 2012 bis 2030 (Basis Zensus 2011) in %	+ 1 – 2		
... Entwicklung der 60- bis unter 80-Jährigen	+ 904		
... Entwicklung der 20- bis unter 60-Jährigen	- 580		

^{*)} Quelle: wegweiser-kommune.de, aufgerufen im April 2015

^{**)} Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Zentrale Erkenntnis: Die Analyse der statistischen Daten zeigt eine typische Statistik für Gemeinden ohne Zentralität – die zentrale Herausforderung ist die demografische Entwicklung.

2.2.3 Die Sicht der Experten und der Zielgruppen: Zentrale Aussagen aus den Gesprächen

Im Folgenden sind die Ergebnisse aus den persönlichen Interviews mit sechs Gemeinderäten und die Ergebnisse aus den Zielgruppengesprächen dargestellt. Die grün markierten Themenfelder wurden von den Gesprächspartnern hierbei als besonders wichtig gesehen.

Grafik: Die Ergebnisse der Experten- und Zielgruppengespräche

Ergebnisse Zielgruppengespräche:	Jugendliche	Senioren	Migranten	Unternehmer	Vereine	Gemeinderäte
Seeplatz / Ortszentrum						
Sauberkeit (Seeplatz und insgesamt)						
Leerstände (Geschäfte und Arztpraxen), Unternehmen ins Ortszentrum						
Infrastruktur						
Sicherheit						
Freizeitangebot / Attraktivität für Jugendliche / Jugendzentrum						
Barrierefreiheit						
Vision						
Engagement / Aktivierung der Bevölkerung / Wir-Gefühl						
Flüchtlinge / Asylanten						
Gewerbegebiete						
Lebensqualität						

Hinweis: Grüne Farbe = Diese Themen wurden jeweils als am wichtigsten betrachtet.

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Zentrale Erkenntnis: Vor allen Dingen in den Themenfeldern Ortszentrum / Seeplatz in Verbindung mit Sauberkeit, Infrastruktur und Freizeitangebot wird Handlungsbedarf gesehen.

2.2.4 Die Sicht der Bürger/innen: Die Ergebnisse der Bürgerbefragung

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse aus der Bürgerbefragung in Form von Diagrammen und Tabellen dargestellt.

Grafik: Die Assoziationen mit Korb (Top 5-Nennungen)

Top 5: Assoziationen (%-Angaben der Bürger, Mehrfachnennungen möglich)	
Wein / Weinort	28,0% (92 Nennungen)
Korber Kopf / Weinberg	27,4% (90 Nennungen)
Heimat, Identität	20,4% (67 Nennungen)
Feste, Veranstaltungen (aktives Vereinsleben mit Festen)	14,9% (49 Nennungen)
Schöne, gute und ruhige Lage	12,2% (40 Nennungen)
n = 329, Nennungen insgesamt: 324.	

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Die Stärken von Korb (Top 6-Nennungen)

Top 5: Stärken (%-Angaben der Bürger, Mehrfachnennungen möglich)	
Gute kulturelle Angebote vorhanden (Vereine, Veranstaltungen)	11,2% (37 Nennungen)
Naturnahe Lage bzw. Lage im Grünen	10,3% (34 Nennungen)
„Gute Lage“ (ohne weitere Spezifikation)	9,7% (32 Nennungen)
Kleine, eigenständige, dörfliche Gemeinde	9,7% (32 Nennungen)
Gute Einkaufsmöglichkeiten (Nahversorgung)	7,6% (25 Nennungen)
Attraktiver Wohnstandort	6,4% (21 Nennungen)
n = 329, Nennungen insgesamt: 284.	

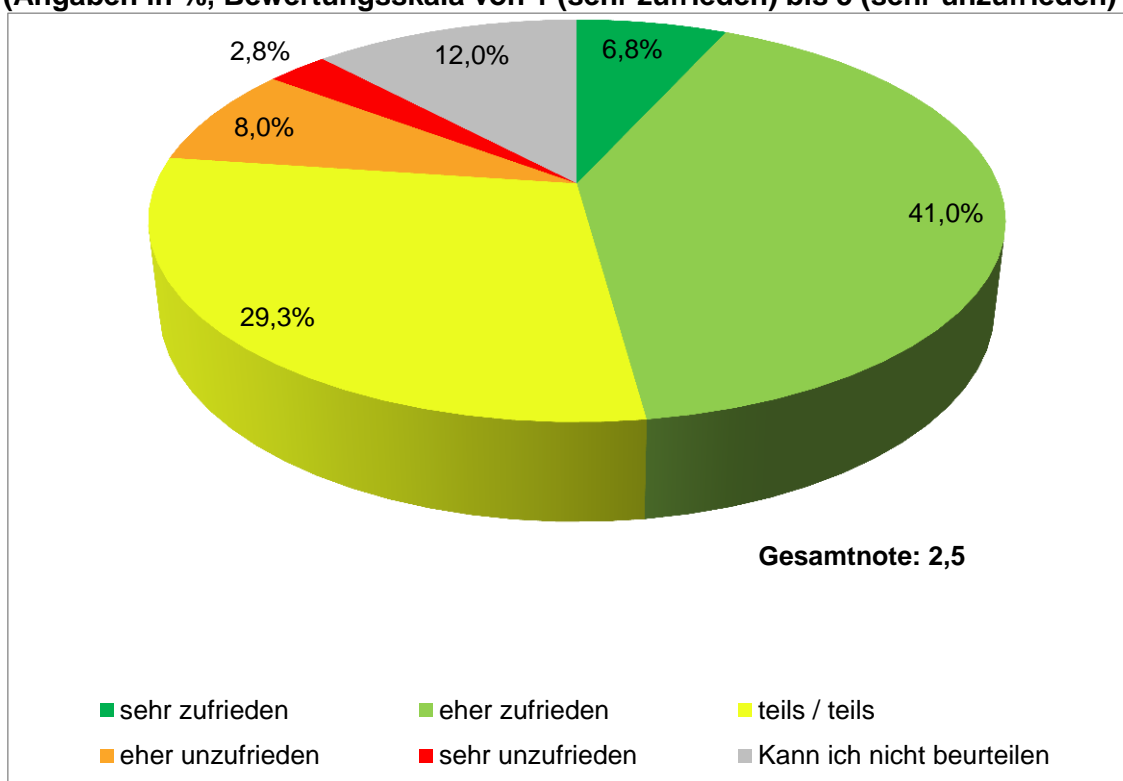
Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Die Schwächen von Korb (Top 7-Nennungen)

Top 7: Schwächen (%-Angaben der Bürger, Mehrfachnennungen möglich)	
Fehlende Einkaufsmöglichkeiten (außer Nahversorgung)	17,0% (56 Nennungen)
Schlechte ÖPNV-Anbindung (Busse, fehlender S-Bahn-Anschluss)	15,8% (52 Nennungen)
Sanierungs- / renovierungsbedürftige Infrastruktur (bspw. Straßen, Sporthalle, Spielplätze, Bäder usw.)	8,2% (27 Nennungen)
Probleme in der Gemeindepolitik / kaum gemeindliche Zukunftsplanungen	7,0% (23 Nennungen)
Fehlende Sauberkeit	4,9% (16 Nennungen)
Fehlende Attraktivität des Dorfkerns	4,9% (16 Nennungen)
Verkehrliche Belastung in Korb	4,9% (16 Nennungen)
n = 329, Nennungen insgesamt: 282.	

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

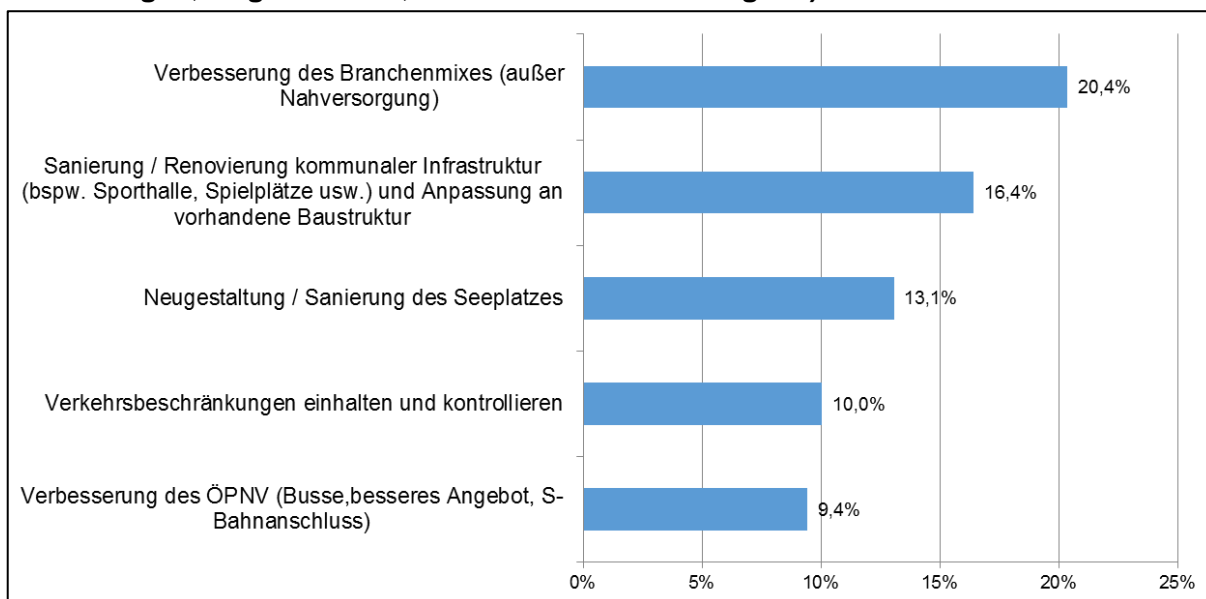
Grafik: Die Zufriedenheit mit der Gemeindeentwicklung in den letzten ca. 10 Jahren (Angaben in %, Bewertungsskala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden))



n = 329, keine Angabe: 1,5%

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

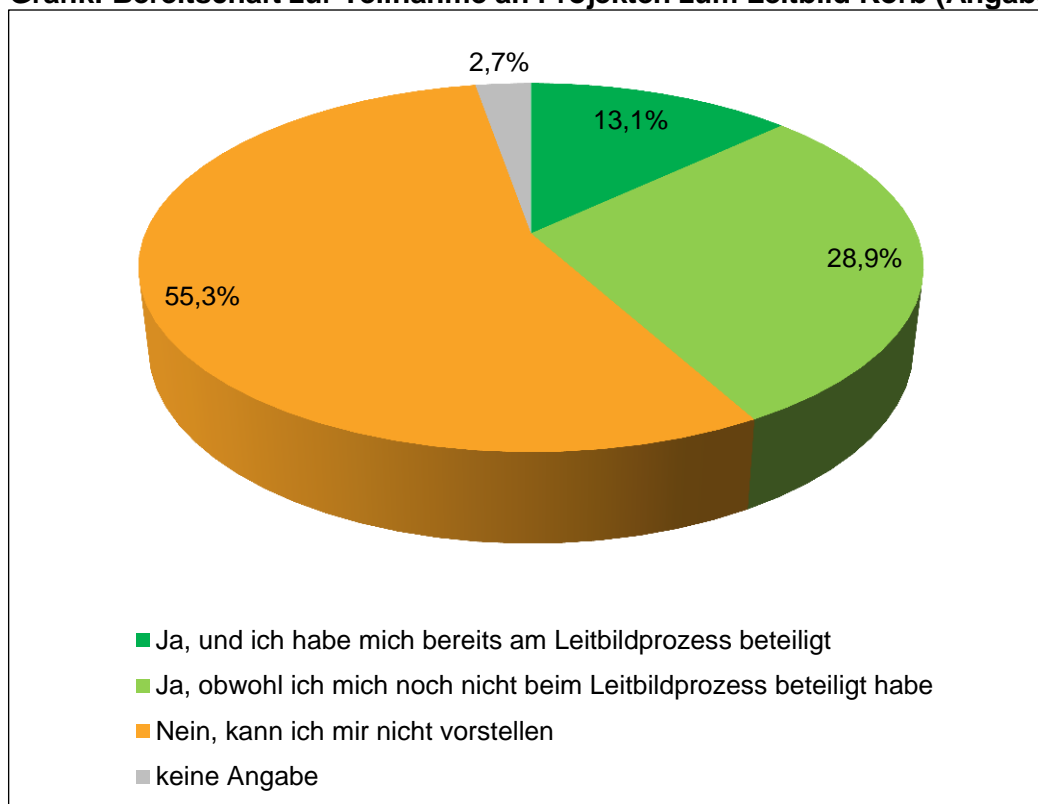
Grafik: Anzuehende Maßnahmen der Gemeinde Korb, um attraktiver zu werden (Top-5-Nennungen, Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)



n=329

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Bereitschaft zur Teilnahme an Projekten zum Leitbild Korb (Angaben in %)



n=329

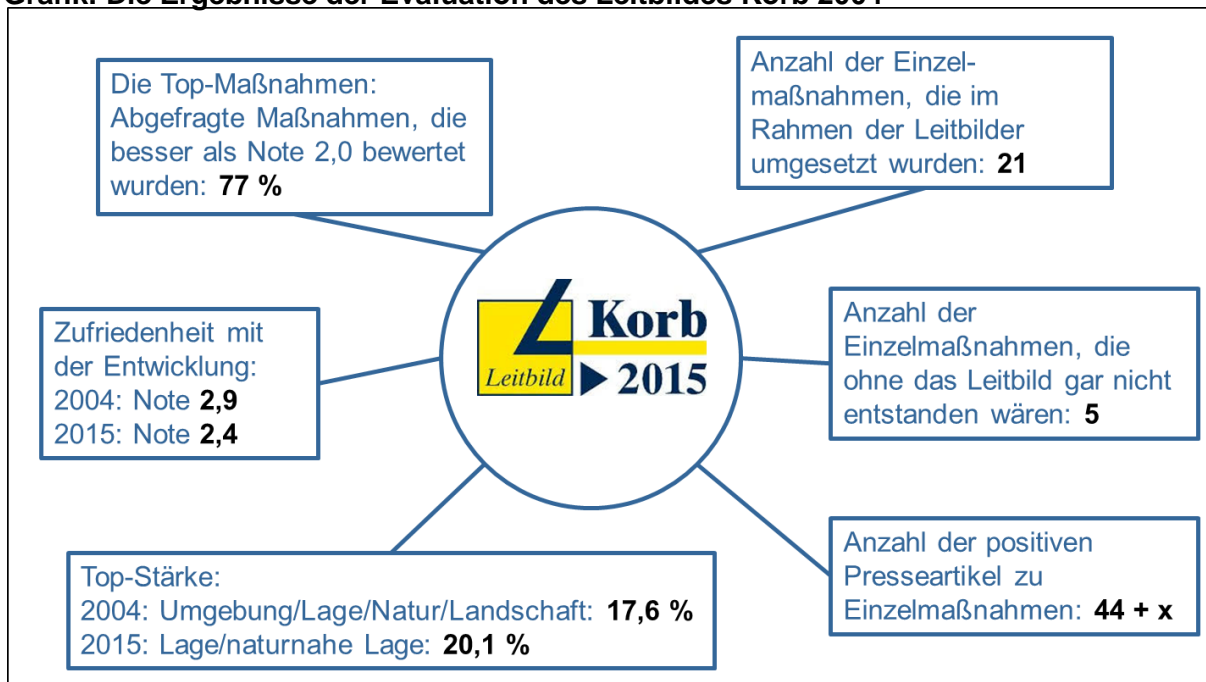
Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Zentrale Erkenntnis: Die Bürgerinnen und Bürger leben vor allem aufgrund der Lage in einer Weinbauregion und aufgrund des kulturellen Angebots gerne in Korb, die Infrastruktur und das Ortsbild sind verbesserungswürdig. Die Bereitschaft zu mehr bürgerschaftlichem Engagement ist vorhanden.

2.2.5 Die Evaluation des Leitbildes Korb 2004

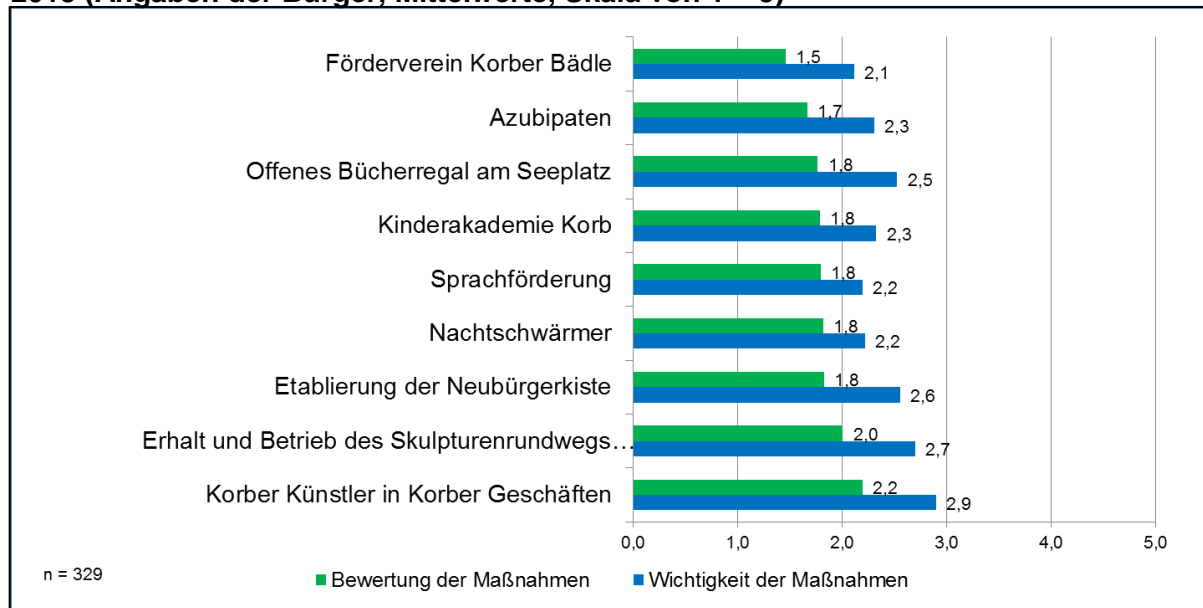
Das erste Leitbild der Gemeinde Korb wurde im Jahre 2004 erarbeitet und im Jahre 2010 zum ersten Mal fortgeschrieben. Die Effekte aus diesen Leitbildern wurden evaluiert und sind im Folgenden dargestellt.

Grafik: Die Ergebnisse der Evaluation des Leitbildes Korb 2004



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Bewertung und Wichtigkeit umgesetzter Maßnahmen aus dem Leitbilde Korb 2015 (Angaben der Bürger, Mittelwerte, Skala von 1 – 5)



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Zentrale Erkenntnis: Im Zuge des Leitbildes Korb 2004 konnten zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden. Diese wurden von der Bürgerschaft durchweg positiv bewertet und haben darüber hinaus zu einer positiven Gemeindeentwicklung beigetragen.

Die Strategie: Schwerpunkte und Ziele der künftigen Gemeindeentwicklung

3 Die Strategie: Schwerpunkte und Ziele der künftigen Gemeindeentwicklung

3.1 Die Schwerpunkte

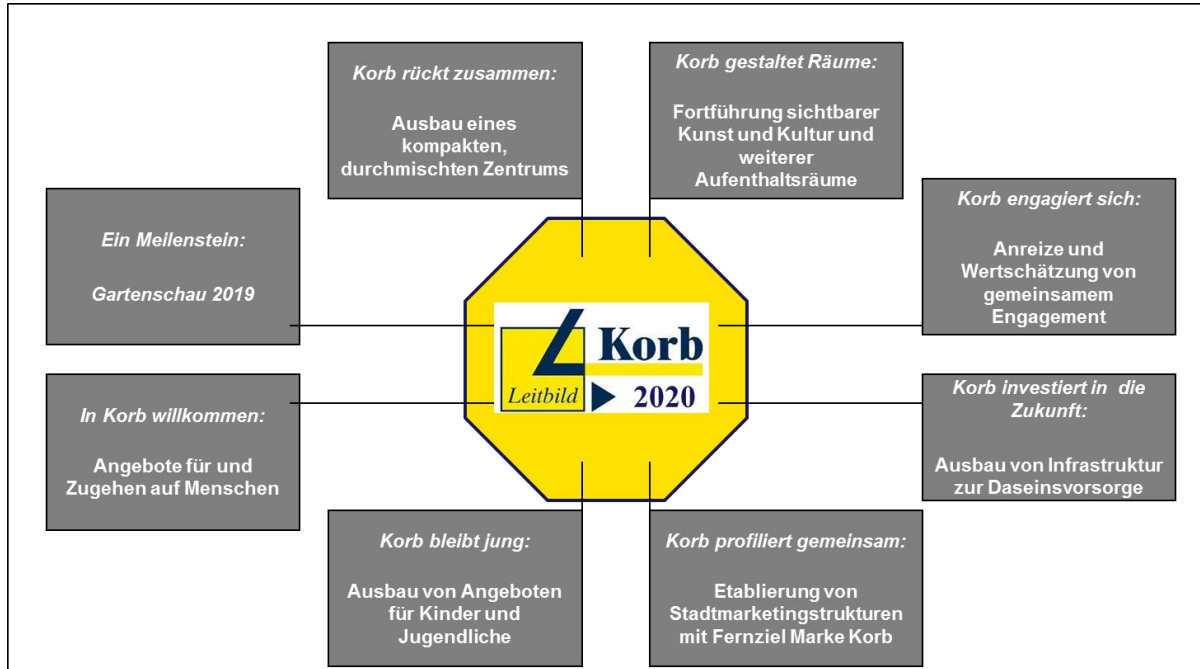
3.1.1 Übersicht

Selbstverständlich hat eine Gemeinde zahlreiche Themen heute und künftig zu bearbeiten. Diese ergeben sich allein schon aus kommunalen Pflichtaufgaben. Dennoch gilt:

- Es wurden **acht Schwerpunkte** abgeleitet, welche die künftigen Entwicklungsschwerpunkte der Gemeindeentwicklung darstellen und die in ganz erheblichem Maße die gesamte Gemeinde und deren Entwicklung prägen werden.
- Die Ableitung folgt nicht einer dogmatischen Anwendung eines „ein Ansatz muss sich auf die Stärkung von Stärken konzentrieren“. Sie folgt auch nicht einem Fokus auf „den Abbau von Schwächen“. Vielmehr definieren sich die Schwerpunkte auf Basis von beidem: Wesentliche Zukunftsthemen (generell und speziell in Korb) bilden die Basis der Ableitung. Das heißt:
- **Sie greifen einerseits die generellen Trends von Kommunen in Verdichtungsräumen auf, berücksichtigen andererseits insbesondere die heutigen (Analyseergebnisse) und künftigen (Prognoseergebnisse) Entwicklungen in Korb.**
- **Sie wurden über zahlreiche Beteiligungsformen** (Expertengespräche, öffentliche Bürgerveranstaltung, Projektgruppensitzungen usw.) **gemeinsam mit der Bürgerschaft und dem Gemeinderat abgeleitet.**
- Die Themen können und sollen im Übrigen **nicht überschneidungsfrei** sein.
- **Eine Festlegung dieser Schwerpunkte bedeutet, dass bei knappen Ressourcen Maßnahmen zur Stärkung dieser Themen präferiert werden sollen. Zudem sind gemeinderätliche Entscheidungen stets daraufhin zu prüfen, ob Sie einer Stärkung eines der drei Themen dienen.**

Die folgende Grafik zeigt die acht Schwerpunkte und die dazugehörigen Mottos im Überblick:

Grafik: Die acht Schwerpunkte mit Mottos für die künftige Gemeindeentwicklung

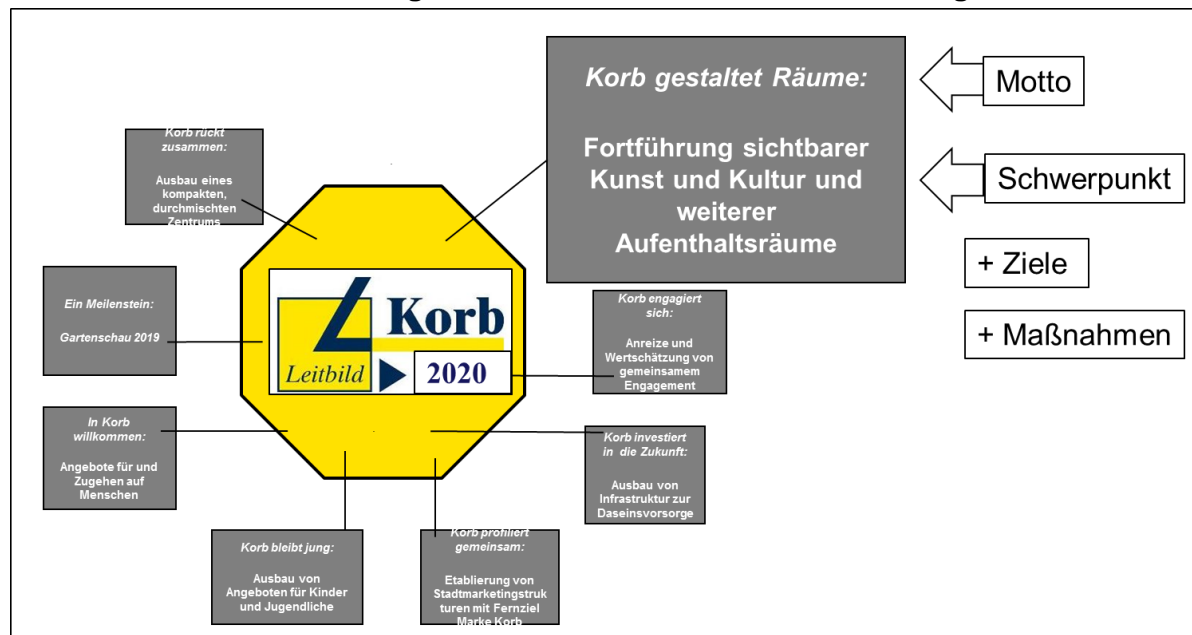


Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

3.1.2 Erläuterung

Jedem der acht Schwerpunkte für die künftige Gemeindeentwicklung wurde ein griffiges, den Schwerpunkt erläuterndes Motto zugeordnet. Zudem verfügt jeder Schwerpunkt über mehrere Ziele. Diese Ziele wurden quantifizierbar formuliert und mit einem Zeithorizont der Zielumsetzung versehen. Diesen Zielen wiederum lassen sich so zum einen die bereits erarbeiteten Maßnahmen zuordnen und zum anderen weitere, künftig noch zu erarbeitende Maßnahmen zuteilen. Die erarbeiteten Maßnahmen sind in Kapitel 4 dargestellt.

Grafik: Der Aufbau der Strategie für die Korber Gemeindeentwicklung



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

3.2 Die Ziele

3.2.1 Übersicht

Grafik: Schlagwortartige Übersicht über die Ziele der künftigen Gemeindeentwicklung innerhalb der Schwerpunkte

Korb gestaltet Räume	Korb rückt zusammen	Korb profiliert gemeinsam	Korb investiert in die Zukunft	Korb engagiert sich	In Korb willkommen	Korb bleibt jung	Ein Meilenstein: IKG 2019
1. Weiterentwicklung von Kultureinrichtungen	1. Kooperative Optimierung des Erscheinungsbildes	1. Aufbau eines Stadtmarketings	1. Prüfung moderne Kommunikationsinfrastruktur im Zentrum	1. Weiterentwicklung der Vereinslandschaft	1. Bedarfsgerechter Ausbau der Integration von Flüchtlingen	1. Kooperativer Ausbau von Angeboten für Jugendliche	1. Sukzessiver Aufbau identitätsstiftender Attraktionen
2. Qualitative Weiterentwicklung bestehender Kulturangebote	2. Stärkung Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung	2. Weiterentwicklung des Wochenmarktes	2. Optimierung innere Erreichbarkeit und ÖPNV in zentrale Orte	2. Strukturen und Anreize für eine dauerhafte Zusammenarbeit der Wengerter	2. Ausbau Angebote für weitere Zielgruppen	2. Ausbau der Möglichkeiten für sportliche Betätigungen	2. Professionelle Kommunikation auch überregional
3. Optimierung wohnortnaher Erholungsmöglichkeiten	3. Weiterentwicklung Seeplatz funktional und optisch		3. Forcierung aktives Flächenmanagement	3. Verstetigung und Anreize für das bürgerschaftliche Engagement		3. Bewegung in den Wohnungsmarkt für junge Menschen	
	4. Barrierefreier Wohnraum und öffentlicher Raum		4. Einrichtung einer professionellen, ko-finanzierten Wirtschaftsförderstelle			4. Ausbau des Austausches zwischen den Generationen	
	5. Entschärfung Verkehrssituation		5. Sanierungsplan öffentliche Gebäude				

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

3.2.2 Die Ziele im Einzelnen

Schwerpunkt 1: Fortführung sichtbarer Kunst und Kultur und weiterer Aufenthaltsräume

Motto: Korb gestaltet Räume

Ziel 1: Identitätsstiftende Kultureinrichtungen werden gleichermaßen in Korb und in Kleinheppach bis zum Jahr 2025 baulich ertüchtigt und weiterentwickelt (mindestens eine je Ortsteil). Eine nachhaltige Finanzierung gelingt dabei durch Bündelung / Integration von Einrichtungen.

Ziel 2: Das bestehende kulturelle Angebot wird qualitativ und räumlich weiterentwickelt. Dazu liegt bis Ende 2016 ein Konzept vor, das Vorschläge zur Optimierung einzelner bestehender Veranstaltungen, zur Ergänzung des Angebotes für einzelne Ziel-/Altersgruppen und zur besseren Kommunikation aller Angebote definiert.

Ziel 3: Die wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten sowie Wegeverbindungen bzw. deren Kennzeichnung in der Gemeinde werden bis zum Jahr 2025 auf Basis zu erstellender Konzeptionen optimiert.

Schwerpunkt 2: Ausbau eines kompakten, durchmischten Zentrums

Motto: Korb rückt zusammen

Ziel 1: Das Erscheinungsbild der Gemeinde soll kontinuierlich bis Ende 2020 gemeinsam – also kooperativ – von Gemeindeverwaltung, Wirtschaft und Bürgern weiter optimiert werden. Dazu werden geeignete Umsetzungsstrukturen – Patenschaften, Runde Tische, Begehungen, Computersimulationen usw. – initiiert.

- Ziel 2:** Sowohl die Einkaufsmöglichkeiten als auch die ärztliche Versorgung werden langfristig (bis 2025) gehalten und gestärkt. Hierzu werden Möglichkeiten mit relevanten Institutionen (Beispiel: Kassenärztliche Vereinigung) eruiert und Anreizsysteme für etwaige Ansiedlungen aufgebaut.
- Ziel 3:** Der Seeplatz – wichtiges Alleinstellungsmerkmal von Korb – wird in seiner Funktion als Aufenthalts- und Identifikationsraum und auch in seiner Gestaltung bis 2020 weiterentwickelt. Die Umgestaltung wird im Rahmen der Interkommunalen Gartenschau 2019 bearbeitet.
- Ziel 4:** Dem demografischen Wandel wird langfristig (bis 2025) durch Ausbau des Angebotes an barrierefreiem Wohnraum und einem barrierearmen öffentlichem Raum Rechnung getragen.
- Ziel 5:** Bis zum Jahr 2020 sind weitere Maßnahmen zur Entschärfung kritischer Verkehrssituationen umgesetzt.

Schwerpunkt 3: Etablierung von Strukturen für die Marke Korb

Motto: Korb profiliert gemeinsam

- Ziel 1:** Bis zum Jahr 2018 ist ein Stadtmarketing aufgebaut, das sich vor allem um eine professionelle Standortkommunikation sowie die Schaffung und Umsetzung von Qualitätsvorgaben beim Produkt Gemeinde Korb (Erscheinungsbild usw.) kümmert.
- Ziel 2:** Der Wochenmarkt als Frequenzbringer für den Ortskern soll bis zum Jahr 2020 in seiner Konzeption überprüft und weiterentwickelt werden.

Schwerpunkt 4: Ausbau von Infrastruktur zur Daseinsvorsorge

Motto: Korb investiert in die Zukunft

- Ziel 1:** Bis Ende 2020 sind Möglichkeiten für eine moderne Kommunikationsinfrastruktur als ein Standortfaktor speziell für den Ortskern geprüft und nach Evaluation von Kosten und Nutzen umgesetzt.
- Ziel 2:** Langfristig ist die Erreichbarkeit innerhalb der Gesamtgemeinde Korb und auch der nächsten zentralen Orte optimiert: Mindestens ein flexibles Zusatzangebot zum bestehenden ÖPNV ist bis 2025 ausgebaut oder neu geschaffen. Zudem sind im gleichen Zeitraum die Taktungen bei den Busverbunden in die nächsten zentralen Orte optimiert.
- Ziel 3:** Bis zum Jahr 2020 werden Potenziale in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie, Gewerbe und Wohnen quantifiziert, hierfür notwendige Flächen / Objekte identifiziert, in einen entsprechenden Rahmenplan überführt, um vor diesem Hintergrund eine aktive Grundstückspolitik seitens der Gemeinde zu forcieren (aktives Flächenmanagement).
- Ziel 4:** Es gilt stets: Außerhalb des Zentrums sind Einzelhandelsentwicklungen nur möglich, wenn dort nachweislich auch in mittelfristiger Perspektive (fünf Jahre) keine geeignete Fläche marktfähig wird. Von besonderer Bedeutung für die Stärkung des Ortszentrums ist die Ansiedlung eines Drogeriewarenanbieters dort. Sämtliche Entwicklungen, die geeignet wären, die Realisierung einer solchen Ansiedlung zu gefährden, werden in jedem Falle ausgeschlossen. Zur Versorgung der Gesamtbevölkerung sind zudem alternative, dezentrale Nahversorgungsmöglichkeiten zu prüfen.
- Ziel 5:** Bis zum Jahr 2020 ist eine professionelle Wirtschaftsförderstelle in der Verwaltung eingerichtet, die zumindest ansatzweise auch von der Privatwirtschaft mitfinanziert wird.

Ziel 6: Der von der Bürgerschaft empfundene „Sanierungsstau“ wird bis Ende 2016 evaluiert (faktischer Zustand öffentlicher Gebäude, Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen, Kostenplanung) und transparent dargestellt. Bis 2020 sind erste Maßnahmen gemäß Dringlichkeit umzusetzen.

Schwerpunkt 5: Anreize und Wertschätzung von gemeinsamem Engagement

Motto: Korb engagiert sich

Ziel 1: Das Engagement in den Vereinen wird sukzessive weiterentwickelt – sowohl durch die Vereine selbst, als auch durch neutrale Bedarfsermittlungen sowie durch die Gemeinde (Räumlichkeiten).

Ziel 2: Bis zur Eröffnung der IKG im Jahr 2019 sind Anreize und eine Struktur für eine dauerhafte Zusammenarbeit der Korber Wengerter umgesetzt.

Ziel 3: Bürgerschaftliches Engagement wird nicht als selbstverständlich, sondern als hochwertig betrachtet. Folgerichtig wird bis zum Jahr 2020 eine Konzeption zur Verstetigung und weiteren Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet und umgesetzt. Ein wichtiger Bestandteil dabei werden auch Anreize sein. Monetäre Anreize stehen allerdings nicht im Fokus.

Schwerpunkt 6: Angebote für und Zugehen auf Menschen

Motto: In Korb willkommen

Ziel 1: Bereits schon kurzfristig (bis Ende 2016) werden weitere bedarfsgerechte Strukturen und Angebote zur direkten Unterstützung und Integration von Flüchtlingen bzw. für bereits aktive ehrenamtliche Helfer ausgebaut. Dabei wird stets versucht, Flüchtlinge in die Umsetzung zu integrieren.

Gleichzeitig werden Bedarfe des Wohnumfeldes (Aspekte wie beispielsweise Sicherheit) beachtet.

Ziel 2: Bis zum Jahr 2020 werden weitere Angebote für Zielgruppen wie beispielsweise Brautpaare angeboten, um Korb für weitere Zielgruppen als Aufenthalts- und Lebensraum zu attraktivieren.

Schwerpunkt 7: Ausbau von Angeboten für Kinder und Jugendliche

Motto: Korb bleibt jung

Ziel 1: Gemeinsam mit Jugendlichen (kooperativer Ansatz) werden Angebote überprüft, ausgebaut und zielgruppengerechter kommuniziert. Dabei sind „mehr Eigenverantwortung“ und „Erhöhung der Qualifikation von Begleitern von Jugendlichen“ die Leitlinien, die noch stärker berücksichtigt werden.

Ziel 2: Langfristig, das heißt bis 2025, werden die Möglichkeiten zur ungezwungenen Durchführung von zeitgemäßen sportlichen Betätigungen ausgebaut.

Ziel 3: Für junge Menschen wird kurzfristig (bis 2017) der Wohnungsmarkt in Korb optimiert.

Ziel 4: Bis zum Jahr 2020 wird der Austausch zwischen den Generationen ausgebaut.

Schwerpunkt 8: Gartenschau 2019

Motto: Ein Meilenstein

Ziel 1: Für die Interkommunale Gartenschau (IKG) 2019 werden sukzessive identitätsstiftende Attraktionen auf- bzw. ausgebaut. Dies erfolgt unter

breiter Bürgerbeteiligung. Hierfür wird bis Juni 2016 ein Umsetzungsplan erarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet. Parallel wird das im Rahmen des Leitbildes erarbeitete funktionsräumliche Entwicklungskonzept für den Seeplatz in einen städtebaulichen Rahmenplan überführt.

Ziel 2: Sämtliche Kulturangebote, insbesondere aber auch Aktionen zur und im Vorfeld der IKG 2019 werden professionell und kontinuierlich kommuniziert – sowohl innerhalb der Gemeinde Korb als auch regional und überregional.

Umsetzung I: Die Maßnahmen

4 Umsetzung I: Die Maßnahmen

4.1 Übersicht

Im Folgenden ist die Übersicht zu den Maßnahmen dargestellt. Die Maßnahmen wurden unter Begleitung der imakomm AKADEMIE von der Steuerungsgruppe auf Basis der Analyseergebnisse (u.a. eben auch den Hinweisen aus der Bürgerbefragung und der Bürgerveranstaltung) abgeleitet und dann letztlich mit allen Details ausgearbeitet.

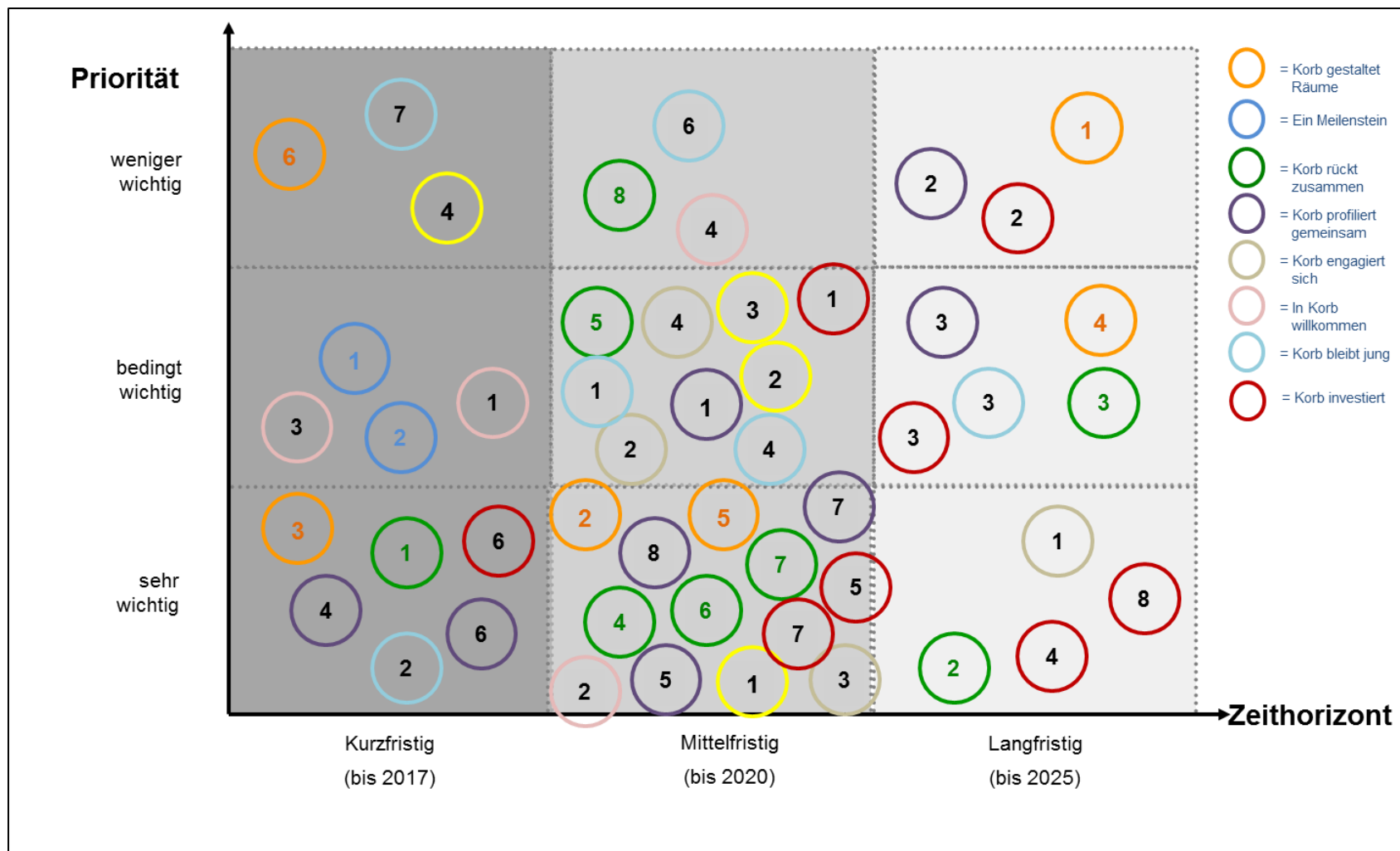
Die Maßnahmen werden, ergänzend zum Konzept, als „Ideenpool“ dargestellt.

Wichtig: Die Maßnahmen dienen als notwendige Konkretisierung. Welche tatsächlich umgesetzt werden, muss situativ von den betroffenen Akteuren entschieden werden. Letztlich ist es nicht entscheidend, welche Maßnahmen im Konkreten umgesetzt werden, wichtig ist die Verfolgung der Ziele innerhalb der Themen bzw. Schwerpunkte!

Die Maßnahmen dienen als Ideenpool. Sie sind **nicht** Teil des Konzeptes, das vom Gemeinderat als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB beschlossen wird. **Beschlossen wird die Strategie, die als „Handlungsleitfaden“ der künftigen Gemeindeentwicklung dient, nicht die Maßnahmen!**

In den folgenden Grafiken ist eine Übersicht über alle erarbeiteten denkbaren Maßnahmen dargestellt.

Grafik: Übersicht über die zeitliche Umsetzung und über Prioritäten bei den Maßnahmen



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Übersicht über voraussichtliche Kosten einzelner Maßnahmen

Schwerpunkt	Maßnahme Nr.	Name	Zeithorizont	Kostenschätzung (ca.- Angaben)
1	5	Verbesserung der Wegeführung	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 5.000 – 10.000
3	1	Stadtmarketing aufbauen	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 5.000
3	2	Wochenmarkt-Konzeption	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 5.000
3	3	Aufbau „Marke Korb“	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 30.000
3	4	Logo Leitbild 2020	kurzfristig (bis Ende 2017)	€ 4.000
4	5	Aktives Flächenmanagement	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 5.000
4	6	Potenzialanalyse Einzelhandel	kurzfristig (bis Ende 2017)	€ 15.000 – 20.000
4	7	Professionelle Wirtschaftsförderung	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 45.000 – 60.000
5	1	Weiterentwicklung der Vereinslandschaft	langfristig (bis Ende 2025)	€ 8.000 – 10.000
6	1	Bedarfsgerechte Unterstützung von Flüchtlingen	kurzfristig (bis Ende 2017)	€ 5.000 p.a.
6	2	Wirkliche Integration	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 10.000
7	1	Jugendtreff-Konzeption	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 10.000
7	2	Wohnungsbörse für junge Erwachsene	kurzfristig (bis Ende 2017)	€ 2.000
7	4	Jugendlichen mehr Eigenverantwortung geben	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 10.000
7	5	Austausch der Generationen	mittelfristig (bis Ende 2020)	€ 5.000 p.a.
7	6	Zeitgemäße Kommunikation der Angebote	kurzfristig (bis Ende 2017)	€ 2.000
Summe alle Maßnahmen				ca. € 193.000
<u>Achtung:</u> Weitere Maßnahmen; die aktuell noch nicht abgeschätzt werden können, werden unter Umständen zu weiteren erheblichen Kosten führen.				

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Kosten nach Fristigkeit

Fristigkeit (Zeithorizont)	Kosten (ca.-Werte)
kurzfristig (bis Ende 2017)	33.000 €
mittelfristig (bis Ende 2020)	150.000 €
langfristig (bis Ende 2025)	10.000 €

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

4.2 Die Maßnahmen im Detail

4.2.1 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 1

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
<p>Ziel 1: Identitätsstiftende <u>Kultureinrichtungen</u> werden gleichermaßen in Korb und in Kleinheppach bis zum Jahr 2025 baulich <u>ertüchtigt</u> und weiterentwickelt (mindestens eine je Ortsteil). Eine nachhaltige Finanzierung gelingt dabei durch Bündelung / Integration von Einrichtungen.</p> <p>Ziel 2: Das bestehende <u>kulturelle Angebot</u> wird <u>qualitativ und räumlich weiterentwickelt</u>. Dazu liegt bis Ende 2016 ein Konzept vor, das Vorschläge zur Optimierung einzelner bestehender Veranstaltungen, zur Ergänzung des Angebotes für einzelne Ziel-/Altersgruppen und zur besseren Kommunikation aller Angebote definiert.</p> <p>Ziel 3: Die <u>wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten</u> sowie <u>Wegeverbindungen</u> bzw. deren Kennzeichnung in der Gemeinde werden bis zum Jahr 2025 auf Basis zu erstellender Konzeptionen optimiert.</p>						
1	Errichtung einer modernen Bücherei in der Ortsmitte	In Korb gibt es aktuell drei Büchereistandorte. Da es allein aus finanziellen Gründen kaum möglich ist, alle Standorte langfristig gleichermaßen modern zu halten, soll ein neuer, zentraler Büchereistandort, möglichst in der Ortsmitte, geschaffen werden. <u>Dieser bündelt die drei bisherigen Standorte</u> . Dieser soll einer zeitgemäßen Infrastruktur Rechnung tragen und als Bildungszentrum oder Mediathek fungieren. Dazu gehören Internet-Ausleihe, Print- und Digital-Medien, Fachpersonal und eventuell weitere Angebote wie eine Cafeteria, um die Kommunikation zu fördern.	2	3	Kirche, Schule, Gemeinde, Bürger	noch nicht möglich

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
2	Neubau Museum in Kleinheppach	Das Steinzeitmuseum wurde von den Bürgern in der 1. Bürgerversammlung als sehr wichtig erachtet. <u>Daher soll das Steinzeitmuseum baulich weiterentwickelt werden. Dies soll in Kleinheppach geschehen</u> , da dort bereits Planungen bestehen und ein Bauplatz erworben wurde. Das historische Archiv soll integriert werden.	1	2	Bürger, Gemeinde	noch nicht möglich
3	Prüfung bestehender Feste	In Korb werden zahlreiche Feste durchgeführt – dies wird von den Bürgern als Stärke angesehen (siehe beispielsweise Ergebnisse der Bürgerbefragung). Da aber zum einen die Beteiligung durch die weniger werdende Zahl der Helfer abnimmt und zum anderen die Feste teilweise relativ ähnlich sind, soll die thematische und/oder räumliche Ausrichtung der bestehenden Feste geprüft werden.	1	1	Vereine, Landfrauen, Bürger, Gemeinde; Kirche	Kosten: kalkulatorisch: Zeitaufwand
4	Verbesserung der wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten	Die naturnahe Lage im Grünen ist eine Stärke von Korb – siehe Analyseergebnisse und Einschätzung der Zielgruppen bzw. der Bürgerschaft insgesamt. Um diese Stärke zu erhalten, soll die Erholungsfunktion verbessert werden.	2	3	Gemeinde, Beteiligte IKG, Bürger	noch nicht möglich
5	Verbesserung der Wegeführung	In den Bürgerveranstaltungen wurde eine verbesserte Wegeführung angemerkt. Dazu soll eine <u>Konzeption</u> erarbeitet werden, bei welcher einerseits die Wegeführung der Rad- und Fußwege im Ortszentrum und andererseits die Schulwege auch durch eine bessere Kennzeichnung verbessert werden.	1	2	Bürger, Gemeinde	Kosten Expertise: ca. € 5.000,- bis 10.000,-
6	Erweiterung des kulturellen Angebots	Eine der größten Stärken gemäß Bürgerbefragung ist das bereits bestehende gute kulturelle Angebot. Dieses war auch Schwerpunkt der bisherigen Leitbilder und soll als solcher beibehalten werden. Das kulturelle Angebot soll erweitert werden, beispielsweise um <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Vorträge</u> ▪ <u>Ausflüge</u> ▪ <u>Führungen</u> ▪ <u>Weitere kulturelle Veranstaltungen</u> ▪ <u>Erwachsenenbildung</u> Alle angebotenen Veranstaltungen sollen <u>monatlich in einer festen Rubrik des Amtsblattes übersichtlich dargestellt</u> werden.	3	1	VHS, Vereine, Museen, Bürger	noch nicht möglich

4.2.2 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 2

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
<p>Ziel 1: Das <u>Erscheinungsbild</u> der Gemeinde soll kontinuierlich bis Ende 2020 gemeinsam – also kooperativ – von Gemeindeverwaltung, Wirtschaft und Bürgern weiter optimiert werden. Dazu werden geeignete Umsetzungsstrukturen – Patenschaften, Runde Tische, Begehungen, Computersimulationen usw. – initiiert.</p> <p>Ziel 2: Sowohl die <u>Einkaufsmöglichkeiten</u> als auch die <u>ärztliche Versorgung</u> werden langfristig (bis 2025) gehalten und gestärkt. Hierzu werden Möglichkeiten mit relevanten Institutionen (Beispiel: Kassenärztliche Vereinigung) eruiert und Anreizsysteme für etwaige Ansiedlungen aufgebaut.</p> <p>Ziel 3: Der <u>Seeplatz</u> – wichtiges Alleinstellungsmerkmal von Korb – wird in seiner Funktion als Aufenthalts- und Identifikationsraum und auch in seiner Gestaltung bis 2020 weiterentwickelt. Die Umgestaltung wird im Rahmen der Interkommunalen Gartenschau 2019 bearbeitet.</p> <p>Ziel 4: Dem demografischen Wandel wird langfristig (bis 2025) durch Ausbau des Angebotes an <u>barrierefreiem Wohnraum und barrierearmen öffentlichem Raum</u> Rechnung getragen.</p> <p>Ziel 5: Bis zum Jahr 2020 sind weitere Maßnahmen zur <u>Entschärfung kritischer Verkehrssituationen</u> umgesetzt.</p>						
1	Sauberkeit öffentlicher Raum Gesamtgemeinde	Fehlende Sauberkeit wurde von zahlreichen Bürgern sowohl in der Bürgerbefragung als auch in Bürgerveranstaltungen und in Zielgruppengesprächen benannt. Um die Sauberkeit und somit die Außendarstellung von Korb zu verbessern, soll Folgendes umgesetzt werden:	1	1	Gemeinde (Bauhof), Bürger	Kosten: abhängig vom tatsächlichen Konzept

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
		<ul style="list-style-type: none"> Errichtung von mehr Mülleimern im Gemeindegebiet und auf Feldern (auch i.V. mit Hundemülleimern) v. a. montags und freitags das Gemeindegebiet (v.a. das Zentrum) säubern Gemeinde soll allgemein flexibler säubern (beispielsweise nach bestimmten Feiertagen wie Silvester) Schaffung von Patenschaften: beispielsweise Rentner oder andere Freiwillige säubern ehrenamtlich oder auf 450-€-Basis das Gemeindegebiet, die Gemeinde stellt das Material. Als Belohnung veranstaltet die Gemeinde beispielsweise ein Helferfest oder setzt weitere Anreize. Pflege von Hecken, die auf Gehwege wachsen 				
2	Stärkung des Einzelhandels	Mit Ausnahme der Nahversorgung fehlt es gemäß Bürgerbefragung an Einkaufsmöglichkeiten. Daher soll der Branchenmix realistisch verbessert werden. Angesichts der Einwohnerzahl ist die Kaufkraft jedoch begrenzt. <u>Daher bedarf es besonderer Anreize für potenzielle Ansiedlungen. Diese sind zu definieren.</u> Beispiel: Durch die Übernahme von 3 Monatsmieten durch die Gemeinde könnten „Einstiegskosten“ für neue Geschäfte gesenkt und die Leerstandsquote gesenkt werden.	1	3	Einzelhändler, Investoren, Gemeinde	Kosten: abhängig vom tatsächlichen Konzept
3	Ansiedlung von Ärzten	Die Versorgung der Korber Bevölkerung mit Fachärzten ist verbesserungswürdig, eine Ärzte-Ansiedlung aber schwierig. <u>Als erster Schritt soll mit der Kassenärztlichen Vereinigung ein mögliches Ansiedlungspotenzial eruiert werden.</u>	2	3	Kassenärztliche Vereinigung, Ärzte	Kosten: kalkulatorisch: Zeitaufwand

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
4	Erscheinungsbild verbessern	<p>Gemäß u.a. der Bürgerbefragung soll das Erscheinungsbild des Ortskerns und der Ortseingänge verbessert werden. Dazu soll</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ ein modernes, einheitliches und harmonisches Erscheinungsbild geschaffen werden, beispielsweise durch geeignete <u>Pflasterung</u> ▪ <u>Das Erscheinungsbild des Rewe durch andere Lagerung des Leerguts und durch ansprechendere Fassadengestaltung</u> (beispielsweise durch Künstler) verbessert werden. Hier könnte durch eine <u>Computersimulation</u> das attraktive Ergebnis verdeutlicht werden. ▪ Eigentümer sollen evtl. durch ein <u>Anreizsystem</u> verpflichtet werden, ihr Eigentum besser zu pflegen (beispielsweise die Bepflanzung). ▪ Als erster Schritt soll ein <u>runder Tisch in Verbindung mit einem Rundgang aller Gewerbetreibender</u> stattfinden, damit neuralgische Punkte vor Ort begutachtet werden und Diskussionen versachlicht werden können. Dies gilt auch für private Eigentümer von Wohnhäusern. ▪ <u>Zu prüfen: Schaffung einer Rubrik im Mitteilungsblatt „Das Ärgernis der Woche“, um Betroffene auf Missstände aufmerksam zu machen (emotionale Verpflichtung).</u> 	1	2	Bürger, Gewerbetreibende, Bürger, Gemeinde	noch nicht möglich
5	Barrierefreiheit	<p>Vor allem Senioren wünschen sich Barrierefreiheit sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum. Die Bedeutung dessen wird angesichts der demografischen Entwicklung in Korb zunehmen. Daher soll <u>vermehrt barrierefreier Wohnraum (3- bis 4-Zimmer-Wohnungen) geschaffen werden.</u> Weiterhin sollen <u>Verkehrinseln und Randsteine abgesenkt und glattes Kopfsteinpflaster vermieden werden.</u> Generell sollen <u>Standards zur Barrierefreiheit</u> gesetzt werden.</p>	2	2	Gemeinderat (Normen), Investoren, Gemeinde (Bauhof)	noch nicht möglich

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
6	Optische Gestaltung Seeplatz	Mit dem Seeplatz in der Ortsmitte verfügt Korb über ein Alleinstellungsmerkmal (Belege: siehe u.a. Bürgerbefragung), dessen optische Gestaltung aber weiterentwickelt werden muss. Ideen dazu sind: <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Den See erhalten, aber kreativ umgestalten</u> ▪ <u>Die Pergolen abbauen</u> ▪ <u>Bepflanzung verbessern</u> ▪ <u>Gestaltung des WCs verbessern</u> ▪ <u>Videoüberwachung einführen</u>, um die Sicherheit zu erhöhen ▪ <u>Einbezug ins IKG-Konzept</u> 	1	2	Bürger (Planung), Gemeinde, Künstler	noch nicht möglich
7	Funktionale Weiterentwicklung Seeplatz	Nicht nur die Gestaltung (siehe Maßnahme 6 Korb rückt zusammen), sondern auch die Funktion des Seeplatzes soll weiterentwickelt werden. Ideen dazu sind: <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Außengastronomie installieren</u> ▪ <u>Veranstaltungen</u> möglich machen, beispielsweise Musik durch eine kleine Bühne ▪ Seeplatz als Treffpunkt für Generationen entwickeln ▪ <u>Raum für Feste und den Weihnachtsmarkt belassen</u> ▪ <u>Mehr Sitzmöglichkeiten schaffen</u> 	1	2	Bürger und Gemeinde (Planung), Gastronomen, Künstler	noch nicht möglich
8	Entschärfung der Verkehrssituation	Die Verkehrssituation in der Ortsmitte wird von vielen Bürgern als teilweise kritisch eingestuft. So sollen vor allem Tempoüberschreitungen und das Falschparken durch konsequente Bestrafung und das Bauen beispielsweise von Geschwindigkeitshügeln verringert werden.	3	2	Gemeinde, Bürger	noch nicht möglich

4.2.3 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 3

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
<p>Ziel 1: Bis zum Jahr 2018 ist ein <u>Stadtmarketing</u> aufgebaut, das sich vor allem um eine professionelle Standortkommunikation sowie die Schaffung und Umsetzung von Qualitätsvorgaben beim Produkt Gemeinde Korb (Erscheinungsbild usw.) kümmert.</p> <p>Ziel 2: Der <u>Wochenmarkt</u> als Frequenzbringer für den Ortskern soll bis zum Jahr 2020 in seiner Konzeption überprüft und weiterentwickelt werden.</p>						
1	Stadtmarketing aufbauen	<p>Korb als Freizeit-, Erlebnis und Wohnstandort verfügt nachweislich über zahlreiche Stärken (Beispiele: Seeplatz, Kultur usw.). Diese Stärken müssen aber geeignet kommuniziert und weiter ausgebaut werden („Produktentwicklung“) werden.</p> <p>Daher soll ein Stadtmarketing (evtl. durch einen festen Kreis von Bürgern, Geschäftsleuten,...) eingeführt werden, das sich u.a. um folgende Punkte kümmert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Einheitliche Bewerbung</u> ▪ <u>Aufbau einer „Marke Korb“ (vgl. Maßnahme 3 Korb profiliert gemeinsam)</u> ▪ <u>Schaffung von Qualitätsvorgaben (beispielsweise für Ortseingangstafeln)</u> 	1	2	BdS, Einzelhändler, Gastronomen	Kosten: ggf. externe Moderation bei Start: ca. € 5.000,-
2	Wochenmarktkonzeption	In den Zielgruppengesprächen wurde die Wichtigkeit des Wochenmarktes als Bestandteil eines unverwechselbaren Ortskerns bestätigt. Zu dessen nachhaltiger Stärkung sollen Optimierungsmöglichkeiten entwickelt werden.	2	2	Gemeinde, Marktbeschicker	Kosten: ggf. externe Expertise: ca. € 5.000,-

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
3	Aufbau „Marke Korb“	Der Aufbau einer „Marke Korb“ (vgl. Maßnahme 1 Korb profiliert gemeinsam) wurde beispielsweise im Rahmen einzelner Zielgruppengespräche und im Rahmen einer Bürgerveranstaltung rege diskutiert. Dazu soll eine <u>Lenkungsgruppe („Marken-Gruppe“, ggf. der Stadtmarketing-Kreis) etabliert</u> werden, die auch als Beirat für den Gemeinderat fungieren könnte. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Gruppe müssen die Weingärtner sein. Die Themen Wein, Landschaft und Erholung sollten Teil dieser Marke sein.	2	2	Lenkungsgruppe	Kosten: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Imageanalyse: ca. € 10.000,- ▪ Erarbeitungsprozess: ca. € 10.000,- ▪ Puffer: ca. € 10.000,-
4	Logo Leitbild 2020	Das Logo des Leitbildes, das nahezu unverändert seit dem ersten Leitbild existiert, gilt als nicht mehr zeitgemäß. <u>Daher soll es überarbeitet werden, evtl. durch einen Wettbewerb.</u>	1	1	Bürger	Kosten: ggf. Agenturleistung: ca. € 3.000,- ggf. Preise: ca. € 1.000,-

4.2.4 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 4

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kostenschätzung
<p>Ziel 1: Bis Ende 2020 sind Möglichkeiten für eine <u>moderne Kommunikationsinfrastruktur</u> als ein Standortfaktor speziell für den Ortskern geprüft und nach Evaluation von Kosten und Nutzen umgesetzt.</p> <p>Ziel 2: Langfristig ist die <u>Erreichbarkeit</u> innerhalb der Gesamtgemeinde Korb und auch der nächsten zentralen Orte optimiert: Mindestens ein flexibles Zusatzangebot zum bestehenden ÖPNV ist bis 2025 ausgebaut oder neu geschaffen. Zudem sind im gleichen Zeitraum die Taktungen bei den Busverbunden in die nächsten zentralen Orte optimiert.</p> <p>Ziel 3: Bis zum Jahr 2020 werden Potenziale in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie, Gewerbe und Wohnen quantifiziert, hierfür notwendige Flächen / Objekte identifiziert, in einen entsprechenden Rahmenplan überführt, um vor diesem Hintergrund eine aktive Grundstückspolitik seitens der Gemeinde zu forcieren (<u>aktives Flächenmanagement</u>).</p> <p>Ziel 4: Es gilt stets: Außerhalb des Zentrums sind Einzelhandelsentwicklungen nur möglich, wenn dort nachweislich auch in mittelfristiger Perspektive (fünf Jahre) keine geeignete Fläche marktfähig wird. Von besonderer Bedeutung für die Stärkung des Ortszentrums ist die Ansiedlung eines Drogeriewarenanbieters dort. Sämtliche Entwicklungen, die geeignet wären, die Realisierung einer solchen Ansiedlung zu gefährden, werden in jedem Falle ausgeschlossen. Zur Versorgung der Gesamtbevölkerung sind zudem alternative, dezentrale Nahversorgungsmöglichkeiten zu prüfen.</p> <p>Ziel 5: Bis zum Jahr 2020 ist eine <u>professionelle Wirtschaftsförderstelle</u> in der Verwaltung eingerichtet, die zumindest ansatzweise auch von der Privatwirtschaft mitfinanziert wird.</p> <p>Ziel 6: Der von der Bürgerschaft empfundene „<u>Sanierungsstau</u>“ wird bis Ende 2016 evaluiert (faktischer Zustand öffentlicher Gebäude, Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen, Kostenplanung) und transparent dargestellt. Bis 2020 sind erste Maßnahmen gemäß Dringlichkeit umzusetzen.</p>						
1	Freies WLAN	Die Schaffung von Möglichkeiten zur modernen Kommunikation wurde von vielen Bürgern (Bürgerveranstaltung, Zielgruppengespräche) als wichtig angesehen. <u>Daher soll im Ortskern und nach Möglichkeit auch in öffentlichen Gebäuden und in Betrieben freies WLAN angeboten werden.</u>	2	2	Gemeinde, Betriebe, Telekommunikationsunternehmen	noch nicht möglich

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
2	Ruftaxi aufrechterhalten	Die ÖPNV-Anbindung von Korb wird von den Bürgern als verbesserungswürdig gesehen. Ein S-Bahn-Anschluss ist auch langfristig unrealistisch. <u>Daher gilt es, das vorhandene Angebot zumindest innerhalb der Gemeinde aufrechtzuerhalten und zu bewerben.</u>	3	3	VVS, Taxiunternehmen	noch nicht möglich
3	Stadtmobil ausbauen	Die ÖPNV-Anbindung von Korb wird von den Bürgern als verbesserungswürdig gesehen. Ein S-Bahn-Anschluss ist auch langfristig unrealistisch. <u>Daher soll das Stadtmobil als nachhaltiges Angebot erhalten und langfristig ausgebaut werden.</u>	2	3	Stadtmobil-Anbieter, Bürger	noch nicht möglich
4	Busverbindungen verbessern	Die ÖPNV-Anbindung von Korb wird von den Bürgern als verbesserungswürdig gesehen. Ein S-Bahn-Anschluss ist auch langfristig unrealistisch. <u>Daher gilt es, die Busverbindungen in die nächsten zentralen Orte, also v.a. von/nach Schwaikheim, Winnenden und Waiblingen, zu verbessern (beispielsweise die Taktung).</u>	1	3	VVS, Landkreis	noch nicht möglich
5	Aktives Flächenmanagement	Wie die meisten Kommunen in der Region Stuttgart verfügt auch Korb über zu wenige freie bzw. nicht geeignete Flächen für Einzelhandel und Gewerbe. Daher soll ein aktives Flächenmanagement betrieben werden. Dies beinhaltet die <u>Identifizierung potenziell freier Flächen, die Erstellung eines Rahmenplans und von Gestaltungsrichtlinien sowie die Bereitschaft zum Flächenkauf.</u>	1	2	Verband Region Stuttgart, Gemeinde	Kosten: ggf. externe Expertise: ca. € 5.000,-
6	Potenzialanalyse Einzelhandel	Der Branchenmix ist nicht optimal – nur die Nahversorgung wird als gut empfunden und viele Bürger wünschen sich beispielsweise ein Angebot im Bereich Drogeriewaren. <u>Zur möglichen Ansiedlung eines solchen und für weitere Sortimente soll eine professionelle Potenzialanalyse für den Einzelhandel erstellt werden.</u> Wichtig ist die Prämisse, dass Einzelhandel nur angesiedelt werden soll, sofern das Zentrum nicht geschädigt wird, bzw. das Motto „Zentrum vor außen“: <u>Handelsentwicklungen außerhalb des Zentrums nur, wenn nachweislich auch mittelfristig im Zentrum nicht möglich.</u>	1	1	Externes Büro	Kosten: ca. € 15.000,- bis 20.000,-

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
7	Professionelle Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing-Beauftragter	<p>In der Ortsmitte gibt es mehrere Leerstände, die nicht zu einem attraktiven Ortsbild beitragen. Um diese Leerstände zu verringern und weitere klassische Wirtschaftsförderaufgaben zu übernehmen, <u>soll eine Wirtschaftsförderungsstelle eingerichtet werden. Die Stelle könnte wie folgt ausgestaltet sein:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindestens 75% Zeitanteil, zunächst befristet, ca. 45.000 – 60.000 € Personalkosten pro Jahr ▪ 2/3 bezahlt die Gemeinde, 1/3 bezahlt die Wirtschaft und Weitere ▪ 8 Std./Woche Leerstandsmanagement ▪ 8 Std./Woche Marketing ▪ 8 Std./Woche Wirtschaftsförderung (Bestandspflege, Vermarktung GE Riebeisen) und Gartenschau ▪ 8 Std./Woche: Leitbild: Koordination Steuerungsgruppe und Öffentlichkeitsarbeit <p>Anmerkung: Als Anreizsystem zur Förderung der örtlichen Wirtschaft soll die Verwaltung bei Betrieben der Gemeinde Korb einkaufen. Die Gemeinde soll schnelle Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen und eine Richtwertmiete bzw. Staffelmiete soll eingeführt werden.</p> <p>Es ist v.a. zu definieren, wer/was unter „Wirtschaft“ als Kofinanzierung verstanden wird. Als erste Schritte zur Maßnahmen sollen angegangen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Definition der konkreten Inhalte der oben benannten Themen (Leerstandsmanagement usw.). Die konkreten Inhalte müssen gleichzeitig konkreten Nutzen stiften für die Unternehmen in Korb, um eine Mitfinanzierung zu erreichen. Definition durch Unternehmensbefragung (Vollerhebung Gewerbeliste & freie Berufe). 2. Ableitung konkrete Inhalte und Erstellung einer vorläufigen Stellenbeschreibung. Zudem: Ableitung eines realistischen Finanzierungsmodells. 3. Unternehmensveranstaltung zur Diskussion der Inhalte und des Finanzierungsmodells, Ermittlung der tatsächlichen Kofinanzierungsbereitschaft. 	1	2	Gemeinde, Unternehmen	<p>Kosten: ca. € 45.000,- bis 60.000,- (Personal)</p> <p>zzgl. Sachkosten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitsplatz ▪ Budget Wirtschaftsförderung

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
8	Sanierungen	<p>Die Infrastruktur ist gemäß Bürgerbefragung verbesserungswürdig. Daher soll die Gemeinde funktionale und zeitgemäße öffentliche Gebäude und Einrichtungen vorhalten. Dazu müssen folgende Einrichtungen saniert werden, deren Umsetzung transparent kommuniziert werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> Schulen Seeplatz (mit WC und Bushaltestelle im Zuge der Seeplatz-Konzeption) Hallenbad Sporthalle Flüchtlingsheim Steinzeitmuseum <p><u>Dazu sind ein Plan nach Dringlichkeit und eine Kostenplanung aufzustellen.</u></p>	1	3	Gemeinde, Vereine, Bürger	noch nicht möglich

4.2.5 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 5

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
<p>Ziel 1: Das Engagement in den <u>Vereinen</u> wird sukzessive weiterentwickelt – sowohl durch die Vereine selbst, als auch durch neutrale Bedarfsermittlungen sowie durch die Gemeinde (Räumlichkeiten).</p> <p>Ziel 2: Bis zur Eröffnung der IKG im Jahr 2019 sind Anreize und eine Struktur für eine dauerhafte Zusammenarbeit der <u>Korber Wengerter</u> umgesetzt.</p> <p>Ziel 3: <u>Bürgerschaftliches Engagement</u> wird nicht als selbstverständlich, sondern als hochwertig betrachtet. Folgerichtig wird bis zum Jahr 2020 eine Konzeption zur Verstetigung und weiteren Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet und umgesetzt. Ein wichtiger Bestandteil dabei werden auch Anreize sein. Monetäre Anreize stehen allerdings nicht im Fokus.</p>						
1	Weiterentwicklung der Vereinslandschaft	Die Vereine sind gemäß Bürgerbefragung eine der größten Stärken von Korb. Daher gilt es, diese in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen, wobei die Vereine selbst auch initiativ sein müssen. <u>Diese Unterstützung soll durch eine regelmäßige Bedarfsermittlung erfolgen, um das Angebot der Vereine zu optimieren.</u>	1	3	Vereine	Kosten: ca. € 8.000 bis 10.000,- (Bedarfsermittlung)
2	Räume für Vereine schaffen	Die Vereine sind gemäß Bürgerbefragung eine der größten Stärken von Korb, dies zeigte auch der Vereinsabend. Um ein attraktives Vereinsangebot dauerhaft zu gewährleisten, sind <u>adäquate Räumlichkeiten für Vereine, aber auch für die VHS, die Musikschule und Weitere, vonnöten. Diese Räumlichkeiten sollen bereitgestellt werden.</u> Als Vision bzw. Idealbild könnte ein „Vereinshaus“ mit Veranstaltungs-, Versammlungs- und Lagerräumen stehen.	2	2	Vereine, Musikschule, VHS, Gemeinde	noch nicht möglich

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
3	Wengerter aktivieren	Das Thema Wein ist prägend für Korb. Daher ist es wichtig, die Weingärtner in die Gemeindeaktivitäten dauerhaft zu integrieren und die Innovationsfreude v.a. der jungen Weingärtner zu unterstützen. Dazu soll ein <u>Anreizsystem</u> ins Leben gerufen werden: Weingärtner und Gemeindevertreter (dienen als Ansprechpartner) bilden eine „IG Wengerter“ und besprechen Möglichkeiten zur Beteiligung am Stadtmarketing, an der IKG usw.. Als Anreiz werden die Mitglieder der IG Wengerter ins Stadtmarketing-Budget mit aufgenommen und bekommen beispielsweise kostenlose Flyer, um auf der Gartenschau zu werben.	1	2	Weingärtner, Gemeinde	Kosten: kalkulatorisch: Zeitaufwand
4	Anreizsystem bürgerschaftliches Engagement	Viele Bürger wollen sich ehrenamtlich beteiligen – Potenzial ist trotz bereits hohen Engagements in Korb dennoch vorhanden (siehe Bürgerbefragung). Zudem sind Kommunen sind aufgrund der finanziellen Situation oftmals langfristig auch mehr Engagement auch angewiesen. <u>Dieses Engagement soll gefördert werden, indem eine Stelle beispielsweise in der Verwaltung (dient als Ansprechpartner und Koordinator) geschaffen wird und eine Ehrenamtskonzeption erarbeitet wird.</u>	2	2	Gemeinde, Bürger	Kosten: siehe Umsetzung und Schwerpunkt 4 Maßnahme 7 (Wirtschaftsförderung)

4.2.6 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 6

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
<p>Ziel 1: Bereits schon kurzfristig (bis Ende 2016) werden weitere bedarfsgerechte Strukturen und Angebote zur direkten Unterstützung und Integration von Flüchtlingen bzw. für bereits aktive ehrenamtliche Helfer ausgebaut. Dabei wird stets versucht, Flüchtlinge in die Umsetzung zu integrieren. Gleichzeitig werden Bedarfe des Wohnumfeldes (Aspekte wie beispielsweise Sicherheit) beachtet.</p> <p>Ziel 2: Bis zum Jahr 2020 werden weitere <u>Angebote für Zielgruppen</u> wie beispielsweise Brautpaare angeboten, um Korb für weitere Zielgruppen als Aufenthalts- und Lebensraum zu attraktivieren.</p>						
1	Bedarfsgerechte Unterstützung von Flüchtlingen	Mit der Aufnahme von Flüchtlingen kommen auf die Kommunen große Herausforderungen zu. Das sehen auch befragte Experten und Zielgruppen so. In Korb wurde bereits ein <u>Freundeskreis Asyl-Vielfalt-Integration</u> gegründet, <u>der in seiner Arbeit unterstützt werden soll.</u>	2	1	Freundeskreis Asyl-Vielfalt-Integration, Bürger, Flüchtlinge	Kosten: Annahme: Werbung usw. ca. € 5.000,- p.a.
2	Wirkliche Integration	Viele Experten sind sich einig: Flüchtlinge werden am besten integriert, wenn sie eine sinnvolle Beschäftigung haben, da sie dann über soziale Kontakte verfügen und die Sprache schnell lernen. Möglichkeiten dazu sind: <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Direktansprache der Flüchtlinge, um deren Fähigkeiten herauszufinden</u> ▪ <u>Durchführung eines „Festes der Nationen“ oder eines „Internationalen Standes“ auf dem Straßenfest</u>, wobei internationale Gerichte von den Flüchtlingen gekocht werden (vgl. Maßnahme 3 Korb gestaltet Räume) 	1	2	Freundeskreis Asyl-Vielfalt-Integration, Landfrauen	Kosten: Annahme: ca. € 10.000,-

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
3	Sicherheit schaffen	Das Zielgruppengespräch u.a. mit Jugendlichen zeigte, dass die unmittelbare Nähe von unterschiedlichsten Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu Konflikten führen kann. Daher soll auch das räumliche Umfeld der Flüchtlinge beachtet werden und dort das Sicherheitsgefühl verbessert werden, beispielsweise durch <u>beleuchtete Fußwege zum Jugendtreff</u> (vgl. Maßnahme 1 Korb bleibt jung).	2	1	Jugendtreff, Gemeinde	noch nicht möglich
4	Angebote für Brautpaare	In Gesprächen wurde deutlich, dass bestimmte Zielgruppen wie Brautpaare angesprochen werden könnten. Dazu sollen <u>Hochzeits-Kombipakete für Brautpaare</u> bereitgestellt werden (beispielsweise Trauung in den Weinbergen und Räumlichkeiten aus einer Hand - ungewöhnliche Lokalitäten sollen eruiert werden, z.B. Weidenkirche).	3	2	Gastronomen, Kirche, Gemeinde	Kosten: ggf. neutral durch Gebühren

4.2.7 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 7

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
<p>Ziel 1: Gemeinsam mit <u>Jugendlichen</u> (kooperativer Ansatz) werden Angebote überprüft, ausgebaut und zielgruppengerechter kommuniziert. Dabei sind „mehr Eigenverantwortung“ und „Erhöhung der Qualifikation von Begleitern von Jugendlichen“ die Leitlinien, die noch stärker berücksichtigt werden.</p> <p>Ziel 2: Langfristig, das heißt bis 2025, werden die Möglichkeiten zur ungezwungenen Durchführung von zeitgemäßen <u>sportlichen Betätigungen</u> ausgebaut.</p> <p>Ziel 3: Für junge Menschen wird kurzfristig (bis 2017) der <u>Wohnungsmarkt</u> in Korb optimiert.</p> <p>Ziel 4: Bis zum Jahr 2020 wird der <u>Austausch zwischen den Generationen</u> ausgebaut.</p>						
1	Jugendtreff-Konzeption	<p>Viele Zielgruppen sind sich einig, dass die Angebote für Jugendliche verbessert werden müssen. Daher ist eine umfassende Konzeption nötig. In dieser sollen folgende Punkte beleuchtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Räumlichkeiten</u> (evtl. Gemeindezentrum Steinreinach) ▪ <u>Standort klären</u> (Nutzungsmix aus Jugendtreff, Asyl-/Obdachlosenunterkunft und Recyclinghof sinnvoll? Daher evtl. Neubau oder Integration in neue Sporthalle) ▪ <u>evtl. Anbindung ans Ortszentrum verbessern</u> (dabei Beachtung der Vor- und der Nachteile der Abgelegenheit) ▪ <u>Sicherheitsgefühl verbessern</u> (Beleuchtung der Wege, Interessenskonflikte mit Flüchtlingen) (vgl. Maßnahme 3 In Korb willkommen) 	2	2	Gemeinde, Jugendtreff, externes Büro	Kosten: externe Expertise ca. € 10.000,-

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
2	Wohnungs-börse für junge Erwachsene	In der Steuerungsgruppe wurde diskutiert, dass Wohnraum für junge Erwachsene fehlt. Daher soll eine <u>lokale Wohnungsbörse</u> ins Leben gerufen werden (evtl. durch Nutzung von Social Media-Angeboten) und an Bürger appelliert werden, evtl. vorhandenen Wohnraum anzubieten.	1	1	Bürger	Kosten: Annahme: ca. € 2.000,- (Programmierung)
3	Sport-möglichkeiten verbessern	Vor allem Jugendliche merken an, dass die Sportmöglichkeiten (sowohl traditionelle als auch moderne) nicht ausreichend sind. Dem soll durch Folgendes entgegengewirkt werden: <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Bessere Fußballspielmöglichkeiten</u>: Fußballfeld beim Jugendtreff schaffen, größere Fußballhalle (Halle in Grundschule ist zu klein) oder Ballspielhalle soll genutzt werden dürfen (Anm.: bereits im 1. Leitbild vorhanden) ▪ <u>Neue Sporteinrichtung mit Fokus auf Jugend</u> (ohne Vereinszwang) ▪ Die <u>Ausübung von Trendsportarten</u> (beispielsweise Skaten, BMX fahren,...) soll unterstützt werden, damit Jugendliche nicht „anderswo“ hin müssen ▪ An der Downhill-Strecke soll ein Event für Jugendliche gemacht werden 	2	3	Vereine, Jugendtreff, Bürger	noch nicht möglich
4	Jugendlichen mehr Eigen-verantwortung geben	Um den Herausforderungen des „Erwachsenenlebens“ gerecht zu werden ist es wichtig, dass Jugendliche möglichst früh eigenverantwortlich handeln und dazu fachgerecht angeleitet und motiviert werden. Dies beinhaltet <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Förderung der Jugendarbeit und der Übungsleiter, auch „Jugend für Jugend“ (v.a. für sozial Schwächere)</u> ▪ Menschen, die Jugendliche anleiten, müssen entsprechend <u>ausgebildet</u> sein ▪ <u>Kooperation Handwerksbetriebe / Jugendliche</u> beispielsweise zur Berufsvorbereitung (evtl. in einem Projekt zur Jugendtreff-Umgestaltung) ▪ <u>Gründung eines Jugendgemeinderates</u> (sofern in Ortsjugendkonferenz gewünscht) oder <u>Stärkung der kommunalen Jugendgremien</u> 	2	2	Betriebe, Vereine, Schule, Jugendtreff, Gemeinderat	Kosten: kalkulatorisch: Zeitaufwand Verwaltung Kosten Weiterbildung: ca. € 10.000,-

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
5	Austausch der Generationen	Die Verbesserung des Wir-Gefühls wurde von einigen Zielgruppen als wichtig erachtet. Dazu gehört ein Austausch der Generationen, um eine etwaige Gefahr des Auseinanderdriftens der Generationen zu stoppen. Daher sollen <u>Begegnungsmöglichkeiten</u> zum Austausch geschaffen werden (beispielsweise durch Impulsvorträge) unter den Mottos „jung lernt von alt“ / „alt bleibt jung jung“.	3	2	Vereine, Senioren-treff	Kosten: Annahme: ca. € 5.000,- p.a.
6	Zeitgemäße Kommunikation der Angebote	Viele Zielgruppen sind sich einig, dass die Angebote für Jugendliche verbessert werden müssen. Diese Angebote und auch das Leitbild Korb müssen aber auch zeitgemäß und zielgruppengerecht kommuniziert werden, beispielsweise durch <u>Social Media-Plattformen oder kommunalen Jugend-Newsletter</u> .	3	1	Jugend-treff, Gemein-de	Kosten: ca. € 2.000,- p.a.(Program mierung)

4.2.8 Die Maßnahmen zum Schwerpunkt 8

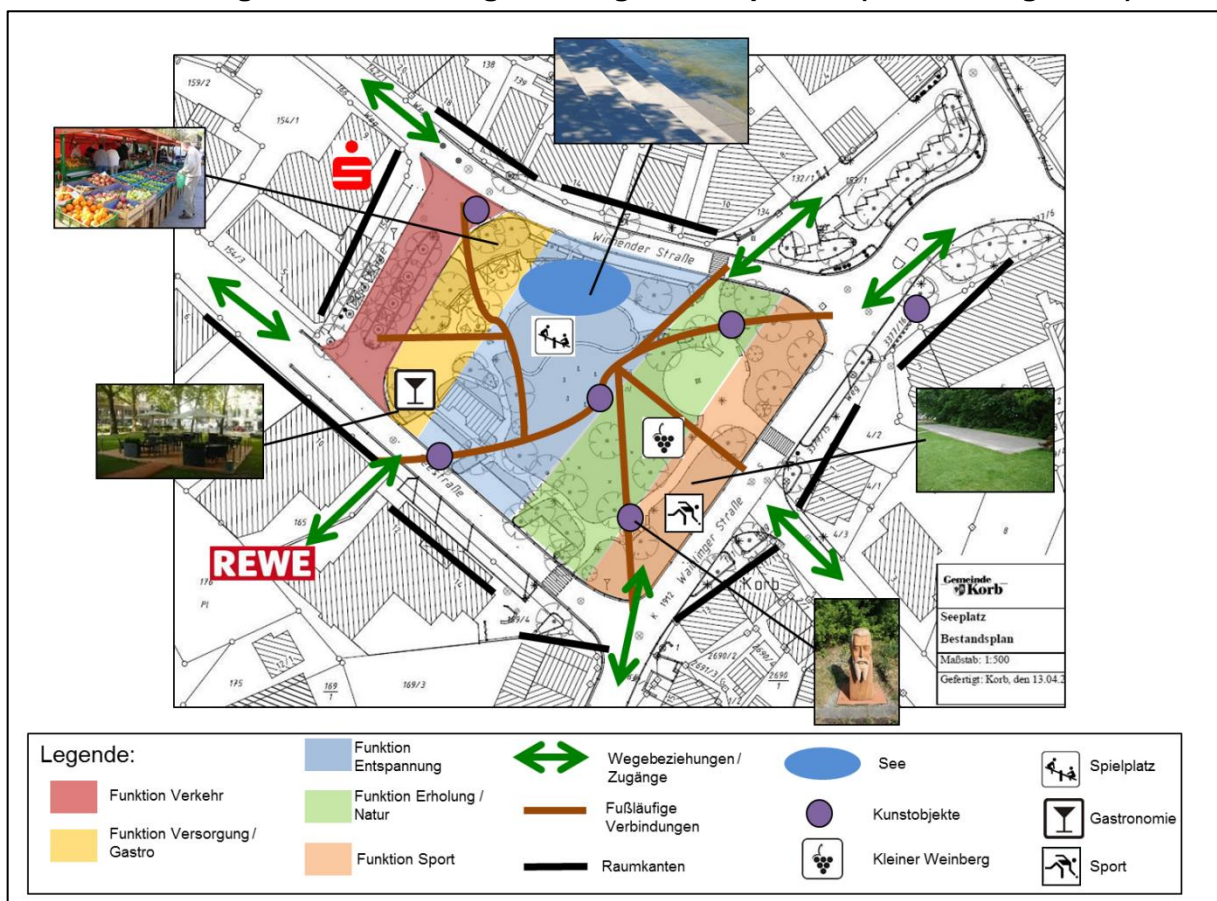
Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten-schätzung
<p>Ziel 1: Für die Interkommunale Gartenschau (IKG) 2019 werden sukzessive identitätsstiftende Attraktionen auf- bzw. ausgebaut. Dies erfolgt unter breiter Bürgerbeteiligung. Hierfür wird bis Juni 2016 ein Umsetzungsplan erarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet. Parallel wird das im Rahmen des Leitbildes erarbeitete funktionsräumliche Entwicklungskonzept für den Seeplatz in einen städtebaulichen Rahmenplan überführt.</p> <p>Ziel 2: Sämtliche Kulturangebote, insbesondere aber auch Aktionen zur und im Vorfeld der IKG 2019 werden professionell und kontinuierlich kommuniziert – sowohl innerhalb der Gemeinde Korb als auch regional und überregional.</p>						

Nr.	Maßnahme	Beschreibung	Priorität 1 = sehr wichtig 2 = bedingt wichtig 3 = weniger wichtig	Zeithorizont 1 = kurzfristig (bis Ende 2017) 2 = mittelfristig (bis Ende 2020) 3 = langfristig (bis Ende 2025)	Umsetzung v.a. bei	Kosten- schätzung
1	Attraktionen für die IKG schaffen	<p>Die IKG (Interkommunale Gartenschau) 2019 ist eine Veranstaltung, die Ausstrahlungskraft in ganz Baden-Württemberg besitzt. Daher ist es für Korb wichtig, sich mit einzigartigen Attraktionen zu präsentieren. Es sollen Ortsteile und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen mit einbezogen werden („Alle und alles für die IKG!“). Vorschläge für solche einzigartigen Attraktionen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <u>Bienenlehrpfad</u> am Seeplatz zur Profilierung bei der IKG 2019 ▪ Von der Rems nach Korb/Kleinheppach (Rikscha, <u>Pedelec</u>, <u>Segway</u>, Pferdeutsche, ...) als Mobilitätskonzept ▪ Der <u>Steinzeitrundweg</u> sollte eine Dauereinrichtung werden mit Start und Ziel Steinzeitmuseum Kleinheppach analog zu Wein- oder Waldlehrpfade mit Stationen (beispielsweise Höhle) oder Schautafeln für Erwachsene und Kinder, wobei an besonderen Tagen der Gartenschau bei den Stationen Aktionen stattfinden können. ▪ <u>Steinreinach mit einbeziehen</u>: (beispielsweise Maßwerk, Boule, Schach) Veranstaltungen, zeitweilige Überdachung d. Ruine ▪ <u>Gemeinsame Weinprobe Korber Wengerter</u>, evtl. in einem Weindorf am Seeplatz ▪ <u>Backhaus (Kleinheppach)</u>: Schaubacken, Mitmachbacken ▪ <u>Skulpturenrundweg</u> ▪ Garten der Begegnung („Korber Bürger und Flüchtlinge bestellen gemeinsam den Garten“) ▪ Zur Gartenschau thematisch passende <u>Workshops, Lesungen, Ausstellungen, Musikdarbietungen u.a.</u> durchführen. ▪ Idee: bis 2019 steht jedes Jahr unter einem anderen Motto: beispielsweise 2016: Essen, 2017: Kultur, 2018: Musik 	1	2	Bürger, Vereine, sonstige Beteiligte der IKG, Freundeskreis Asyl	noch nicht möglich
	Öffentlichkeitsarbeit	<p>Bei einer Veranstaltung ist eine umfassende und zeitgemäße Bewerbung von hoher Bedeutung. Daher soll beispielsweise ein <u>Veranstaltungskalender</u> sowohl überregional als auch in Form einer festen Rubrik 1-seitig im <u>Mitteilungsblatt</u> erscheinen.</p>	2	1	Gemeinde, Beteiligte IKG	noch nicht möglich

4.3 Vorschlag einer funktionalen Neugestaltung des Seeplatzes

Bei einigen der im vorherigen Kapitel dargestellten Maßnahmen kann bereits jetzt ein Flächenbezug hergestellt werden. Dieser wurde in der Steuerungsgruppensitzung 2 diskutiert und ist in folgender Grafik dargestellt. In der darauffolgenden Grafik ist eine Übersicht dargestellt, wobei die unterschiedlichen Funktionen gestalterisch erläutert werden und beispielhaft verschiedenen Hauptnutzungsgruppen zugewiesen werden. Diese Überlegungen sind eine Bearbeitungsstufe innerhalb des Prozesses und haben in aktuellere Planungen Einzug gehalten.

Grafik: Vorschlag funktionale Neugestaltung des Seeplatzes (Bearbeitungsstufe)



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Grafik: Übersicht der Funktionen des neugestalteten Seeplatzes (Bearbeitungsstufe)

Funktion	Gestaltung	Speziell attraktiv für
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bushaltestelle 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schüler, Pendler
Veranstaltungen / Gastronomie (Treffpunkt)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Raum für Wochenmarkt und Feste ▪ Café oder kleiner Biergarten ▪ WC-Häuschen gestalterisch integrieren oder versetzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Genießer ▪ Junge und Junggebliebene
Entspannung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ See mit flachem Zugang ▪ Spielplatz für Kinder ▪ Stufen zum Sitzen am See 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinder und Mütter ▪ Jugendliche
Erholung / Natur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wiese, Bäume und Sträucher ▪ Sitzmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturliebhaber
Sport	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bouleplatz und Schach ▪ Sitzmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gemütliche Sportler
Kunst	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Korb im Kleinen“: Kunstobjekte, die Korb beschreiben (1 Korber Kopf, 1 Steinzeitskulptur usw.), entlang der Verbindungswege 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Besucher (z.B. der IKG 2019), um Korb kennenzulernen ▪ Bewohner (zur Identifikation)

Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

Umsetzung II: Die Strukturen

5 Umsetzung II: Die Strukturen

5.1 Grundüberlegungen

Es gibt Maßnahmen, die von der Gemeinde allein zu stemmen und damit auch zu entscheiden und zu finanzieren sind, beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen. Alle weiteren Maßnahmen sollen gemeinsam und nachhaltig umgesetzt werden. Dafür gelten folgende Prämissen:

5.1.1 Steuerungsgruppe

Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt durch ein Zusammenspiel der genannten Akteure. Dabei soll es sich nach wie vor um ein Abbild der gesamten Gemeinde handeln. Dies bedeutet, dass Vertreter von Kleinheppach, des BdS, Vertreter weiterer Institutionen (z.B. der Kirchen, des DRK usw.) und Vereinen, Vertreter des Gemeinderates und der Verwaltung sowie weiterer Bürgerinnen und Bürgern beteiligt sein sollen. Dieses Abbild stellt die bisher schon aktive Steuerungsgruppe dar. Diese wird fortgeführt und sollte die Anzahl von 10 – 15 Personen nicht überschreiten. Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es,

- regelmäßig (beispielsweise dreimal pro Jahr) einen Zwischenstand zur Umsetzung von Maßnahmen einzuholen.
- Zudem sollen in der Gruppe Umsetzungsschwierigkeiten bei Maßnahmen besprochen und - soweit möglich - gelöst werden.
- Darüber hinaus werden in der Gruppe maßnahmenbezogene Arbeitskreise gegründet und wieder aufgelöst. Es werden auch neue Maßnahmen kreiert. Dabei müssen (!) sämtliche neu kreierten Maßnahmen eindeutig einem der im Leitbild dokumentierten Ziele zuordenbar sein.

Von Bedeutung sind darüber hinaus folgende Punkte:

- Die Steuerungsgruppe führt keine Änderungen am Leitbild durch – dies obliegt ausschließlich dem Gemeinderat. Sämtliche Ergebnisse aus der Steuerungsgruppensitzung sind eine Beschlussempfehlung an den Gemeinderat, die Steuerungsgruppe kann und darf auch keine Entscheidungen mit haushalterischen Auswirkungen für die Gemeinde treffen.
- Aus der Steuerungsgruppe entstehen **maßnahmenbezogene Arbeitskreise**. Diese sind für alle Interessierten offen, selbst wenn sie nicht bei Treffen der Steuerungsgruppe teilnehmen sollten. Die Termine sowohl für die Steuerungsgruppe als auch für die Arbeitskreise werden im Mitteilungsblatt (siehe Koordinator Verwaltung) bekannt gegeben.
- Um eine ausreichende Zahl an Personen zu gewinnen, die Maßnahmen umsetzen, sind folgende erste Schritte denkbar:
 - Rückkopplung mit dem Gemeinderat
 - Die bisherige Steuerungsgruppe (soweit bisher Aktive zur weiteren Beteiligung bereit sind) bildet „den Kern“ und soll um weitere Personen ergänzt werden.
 - Die weiteren Personen werden direkt angesprochen durch die Verwaltungsspitze, den BDS-Vorstand und bisherige Mitglieder der Steuerungsgruppe. Es soll hierfür eine Art „Aktiven-Liste“ erstellt werden mit Personen, bei denen ein Engagement im Leitbild vorliegen könnte. Beispiele für solche Personen:
 - Klassensprecher
 - Nicht gewählte Kandidaten der vergangenen Gemeinderatswahl (= Vermutung, dass Interesse an und Engagement für „ihre“ Gemeinde vorhanden ist)
 - Vereine
 - Studenten
 - Den dann in der Steuerungsgruppe Aktiven sollen Anreize geboten werden. Hierzu zählt in der Tat – statt finanziellen Anreizen (diese wurden in der Projektgruppe skeptisch bewertet) – ein auch öffentlich zum Ausdruck gebrachter Dank. Beispiel: Zeitungsartikel zu den Aktiven. Weiterer Anreiz für Schüler

und Studenten (siehe Credit-Point-System in Bachelor-Studiengängen) könnten Bescheinigungen für das ehrenamtliche Engagement sein.

5.1.2 Maßnahmenbezogene Arbeitskreise

- Die maßnahmenbezogenen Arbeitskreise setzen die Maßnahmen um. Sie sind für alle Bürger/innen offen. Der große Vorteil ist, dass diese Arbeitskreise mit Ende der Maßnahmenumsetzung aufgelöst werden, das Engagement also zeitlich begrenzt ist. Dies ist wichtig, um auch diejenigen Bürger/innen zu erreichen, die sich nicht dauerhaft binden wollen und/oder können.
- Die Arbeitskreise werden – so die Überzeugung aus den vergangenen Jahren und so auch die Hinweise aus der Steuerungsgruppe – nur „leben“, wenn Menschen die Möglichkeit haben, (1) sich kurzfristig zu beteiligen, statt langfristige Verpflichtungen einzugehen (siehe daher maßnahmen- statt themenbezogene Arbeitskreise), und (2) weitere Anreize bestehen. Diese Anreize sollen je Personengruppe definiert werden. Beispiele:

Personengruppe:	Denkbarer Anreiz:
- Vereine:	Vergünstigungen durch Änderungen in den Vereinsförderrichtlinien
- Schüler / Studenten:	Bescheinigungen
- Unternehmen:	„Werbepaket“ mit Anzeigen (vier mal pro Jahr) im Amtsblatt, Plakat an Ortseingangstafeln, Bericht über Leitbildunterstützung in IHK-Zeitschrift (regionsweit) usw.

- Zudem soll das Engagement der Bevölkerung quasi „verdoppelt“ werden, in dem für jede umgesetzte Leitbild-Maßnahme zusätzlich ein Strand-Korb im öffentlichen Raum, Fokus ggf. auf den Seeplatz, aufgestellt wird. Dies passt nicht nur zur Gemeinde Korb, es macht auch die Umsetzung des Leitbildes immer mehr sichtbar und erlebbar. Zudem soll jeder Korb (Kosten ca. 2.5000-3.000 Euro) die an der Maßnah-

me beteiligten Personen – quasi die „Stifter“ – namentlich benennen (Anbringen einheitlicher Schilder / Plaketten).

5.1.3 Gemeindeverwaltung

- Eine Koordination der Umsetzung des Leitbildes ohne die Verwaltung wird nicht funktionieren. Gleichwohl muss ein „die Verwaltung soll es machen“ vermieden werden. Es bedarf daher eines **Koordinators in der Verwaltung**, der folgende Aufgaben übernehmen sollte:
 - Gemeinsam (!) mit der Steuerungsgruppe einmal pro Jahr einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Leitbildes im Gemeinderat abgeben.
 - Beschlussempfehlungen aus der Steuerungsgruppe dem Gemeinderat vortragen. Ergebnisse aus dem Gemeinderat in die Steuerungsgruppe „zurückspiegeln“.
 - Organisatorische Unterstützung der Steuerungsgruppe (zum Beispiel Organisation Räumlichkeiten für Treffen).
 - Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von (1) Zwischenberichten im Mitteilungsblatt, (2) Veröffentlichungen von Terminen zu Treffen der Steuerungsgruppe und der Arbeitskreise.

5.1.4 Gemeinderat

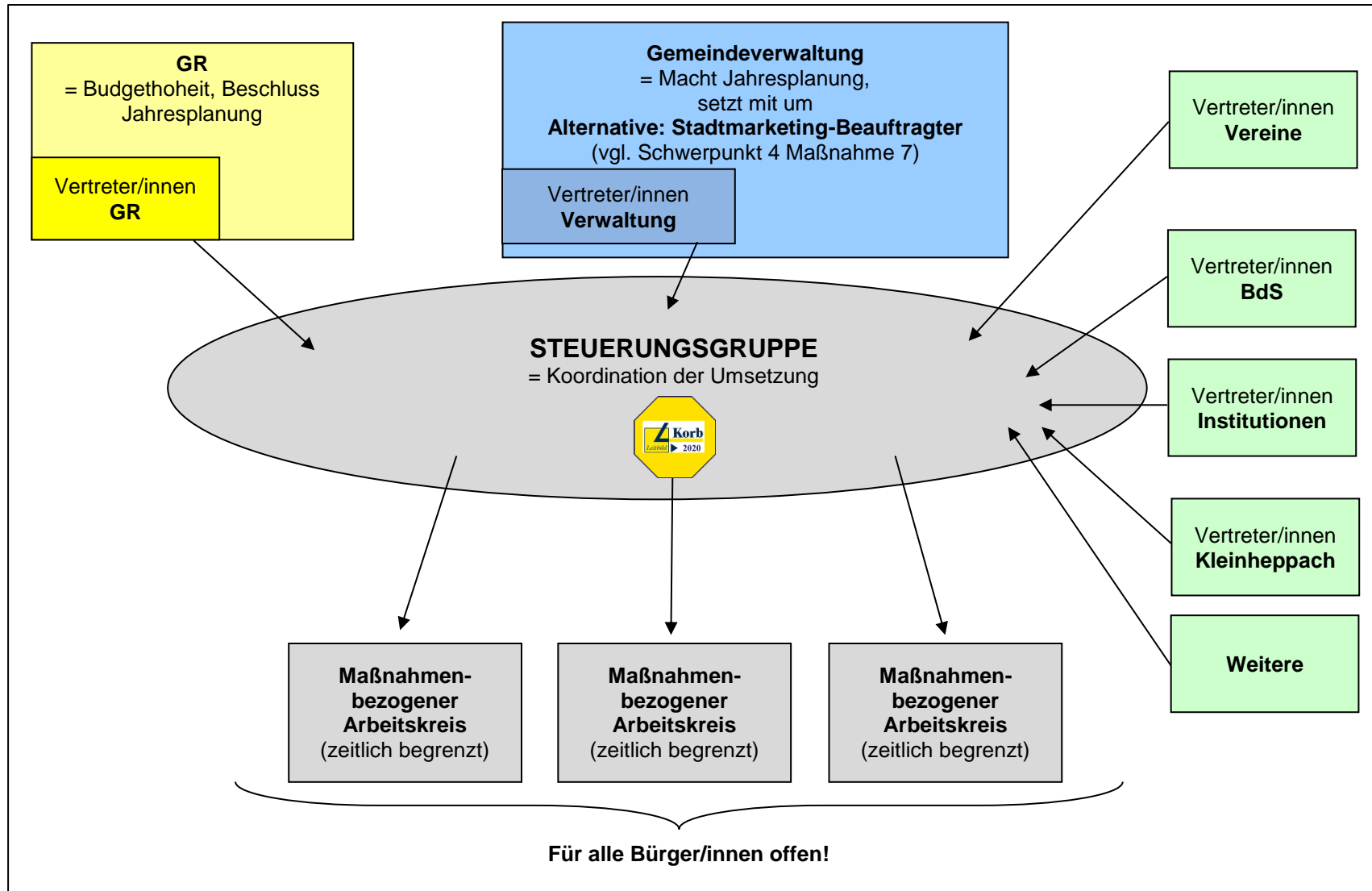
- Der Gemeinderat ist nach wie vor das kommunale Entscheidungsgremium. Die Gefahr eines „Parallelparlaments“ in Form der Steuerungsgruppe besteht nicht.
- Der Gemeinderat übernimmt die Aufgabe der Leitbildfortschreibung / -anpassung (Erfahrungswert: alle 5 Jahre etwa sinnvoll / notwendig). Ausschließlich der Gemeinde-

rat entscheidet auch über kommunale Investitionen bzw. einer finanziellen Unterstützung von Maßnahmen aus dem Leitbild.

- Der Gemeinderat ist zwingend in der Steuerungsgruppe (je Fraktion ein/e Vertreter/in) eingebunden.

Die folgende Grafik zeigt die einzelnen Akteure auf.

Grafik: Übersicht über die künftige Umsetzungsstruktur des Leitbildes



Quelle: imakomm AKADEMIE, 2015.

6 Ausblick

Die Fortschreibung des Leitbildes soll und muss gelebt und umgesetzt werden. Hierzu wird Folgendes notwendig sein:

- 1. Zur Umsetzung gehören in hohem Maße bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative. Alle Bürgerinnen und Bürger von Korb sind aufgerufen, ihren Teil zur erfolgreichen Umsetzung der Fortschreibung Leitbild beizutragen.**
- 2. Für die Umsetzung sind rechtliche, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen erforderlich, beispielsweise Gemeinderatsbeschlüsse, Verträge usw. Insbesondere sollten die Umsetzungsstrukturen aufgebaut und nachhaltig etabliert werden.**
- 3. Die Umsetzung muss Lust machen. Daher wird allein schon eine „frische“ Kommunikation über Umsetzungserfolge wichtiger Erfolgsfaktor sein.**
- 4. Die Fortschreibung Leitbild muss ständig fortgeschrieben, angepasst und auf ihre Aktualität hin überprüft werden. Ergänzend bedarf es einer stetigen und konsequenten Erfolgskontrolle!**